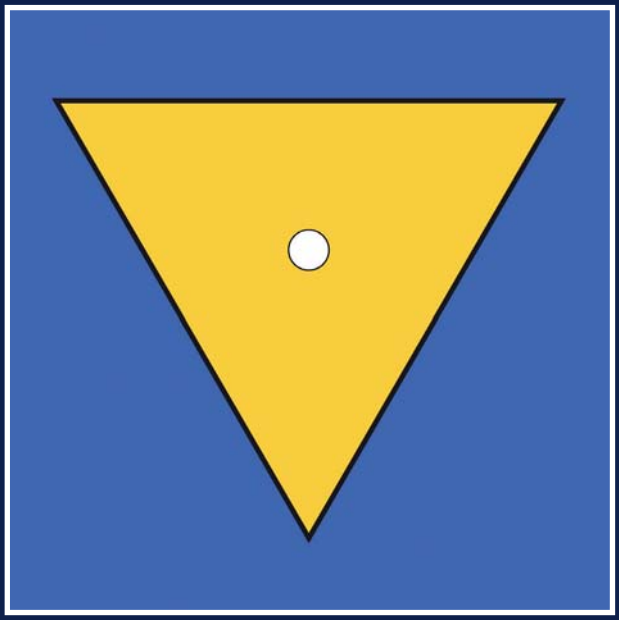
FRIBIS
Freiburg Institute for Basic Income Studies

Tobias Dumschat

Informelle Altenpflegeökonomie und Grundeinkommen

Der potenzielle Einfluss eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Lebenslage erwerbsfähiger informeller Pflegepersonen



LIT

Tobias Dumschat

Informelle Altenpflegeökonomie und Grundeinkommen

Studien des Freiburger Instituts
für Grundeinkommensstudien (FRIBIS)
an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Freiburg Studies on Basic Income

Herausgegeben von
Edited by

Prof. Dr. Bernhard Neumärker
Freiburger Institut für Grundeinkommensstudien (FRIBIS)
an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Band/Volume 7

LIT

Tobias Dumschat

Informelle Altenpflegeökonomie und Grundeinkommen

Der potenzielle Einfluss eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Lebenslage erwerbsfähiger informeller Pflegepersonen

LIT

D25

Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Theologische Fakultät, Arbeitsbereich Caritaswissenschaft und Christliche Sozialarbeit.
Erstgutachter: Prof. Dr. Klaus Baumann,
Zweitgutachter: Prof. Dr. Jörg Lindenmeier,
Dekan: Prof. Dr. Karlheinz Ruhstorfer
Tag der Promotion: 14. Juli 2025
Tag der Gesamtfeststellung durch den Prüfungsausschuss: 15. Juli 2025
Die Dissertation wurde mit magna cum laude (1,7) bewertet
Die vorliegende Druckfassung entspricht der vom Erstgutachter bestätigten, für die Veröffentlichung leicht überarbeiteten Fassung der Dissertation.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://dnb.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-643-15732-4 (br.)
ISBN 978-3-643-35732-8 (PDF)
ISBN 978-3-643-35854-7 (Open Access)
DOI: https://doi.org/10.52038/9783643157324
Zugl.: Freiburg, Univ., Diss., 2025
Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (CC BY 4.0).
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

© LIT VERLAG Dr. W. Hopf Berlin 2026
Verlagskontakt:
Fresnostr. 2 D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-62 03 20
E-Mail: lit@lit-verlag.de https://www.lit-verlag.de

Auslieferung:
Deutschland: LIT Verlag, Fresnostr. 2, D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 1

Kurzfassung 4

Abstract 5

1 Einleitung 7

2 Die Sozialökonomie der informellen Altenpflege: Zur Theorie und Empirie 13

2.1 Die Sozialökonomie als theoretische Basis 14

2.2 Die ökosoziale Perspektive und der Lebenslagen-Ansatz 34

2.3 Die informelle Altenpflegeökonomie 51

2.4 Die Sozialpolitik der informellen Altenpflege und weiterführende Ideen 78

3 Theoretische Grundlagen des bedingungslosen Grundeinkommens mit Fokus auf Sorgearbeit 99

3.1 Vorüberlegung: Realutopie als Orientierungsfunktion 100

3.2 Bedingungsloses Grundeinkommen: Zur allgemeinen Idee 104

3.3 Sorgearbeit im Kontext der Grundeinkommensdiskussion 120

4 Forschungsdesign und Methodik 137

4.1 Die Forschungsfrage und das Erkenntnisinteresse 137

4.2 Die Erhebungsmethode 140

4.3 Die Stichprobe: Strategie, Feldzugang und Umsetzung 145

4.4 Der Interview-Leitfaden 155

4.5 Datenauswertung 164

5 Die Ergebnisse 179

5.1 Merkmale und Zusammensetzung der Stichprobe 179

5.2 Status quo: Bedeutung der gegenwärtigen Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen 189

5.3 Szenario Grundeinkommen: Bedeutung der potenziellen Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen 213

5.4 Die Wechselseitigkeit der Lebenslagenfaktoren im Szenario Grundeinkommen 243

5.5 Einzelfalldarstellung: Erwerbslose Pflegeperson 248

5.6 Der Einfluss struktureller Bedingungen auf die Handlungsspielräume im Szenario Grundeinkommen 253

6 Diskussion: Die Interpretation der Studienergebnisse 257

6.1 Die empirischen Ergebnisse im Kontext der informellen Altenpflegeökonomie ... 258

6.2. Die empirischen Ergebnisse im Kontext der Grundeinkommensdiskussion ... 287

6.3 Inhaltliche Limitationen der Studienergebnisse und weiterführende Forschung ... 301

7 Fazit 309

8 Literatur 313

9 Abbildungsverzeichnis 335

10 Tabellenverzeichnis 337

11 Abkürzungsverzeichnis 338

12 Anhang 339

Anhang A: Erhebungsinstrumente ... 339

Anhang B: Analysematerial – Kategoriensystem ... 343

Vorwort

Gesellschaftlich, ethisch und wirtschaftlich wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht nur die „demographische Zeitbombe“ der Überalterung respektive Unterjüngung – wie Kaufmann und Krämer (2015) in „Die demografische Zeitbombe: Fakten und Folgen des Geburtendefizits” (Verlag Ferdinand Schöningh) beschreiben – die Bevölkerung in Deutschland und wohl auch in ganz Europa dramatisch herausfordern, sondern damit verbunden auch die steile Zunahme des Pflegebedarfs. Gerade weil der Anteil der Pflege zu Hause und durch Angehörige gegenüber der Heimpflege in den letzten zwanzig Jahren von ca. 60 auf über 80 Prozent anstieg – wie von vielen Seiten (Stakeholdern) gewünscht – und gleichzeitig die Pflegepotenziale zwischen den Generationen abnehmen – wie das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Mitteilungen 02/2008 und in Bevölkerungsforschung aktuell 3/2014 dokumentiert –, ist es notwendig, nicht nur die hohen stationären Pflegekosten zu beachten. Vielmehr müssten weit mehr die informell Pflegenden zu Hause mit ihren Belastungen und Ressourcen in den Blick kommen; es gilt, auf ihre Erfahrungen und Perspektiven zu hören und von ihnen zu lernen.

care
Freiburg Institute for Basic Income Studies

Solch primäres Hören und Beschreiben der Perspektiven von Betroffenen ist seit nunmehr 100 Jahren ein zentrales Anliegen des theologisch-interdisziplinären Faches Caritaswissenschaft an der Universität Freiburg in Forschung und Lehre in der sorgsamen Suche nach Lösungen für die sozialen, ökologischen, zwischenmenschlichen Probleme auf allen Ebenen und Feldern des Lebens. Das Fach zielt auf einen Transfer ihrer Forschungsergebnisse für die soziale Sendung der Kirche, d. h. für eine nachhaltig gerechtere, menschenfreundlichere, solidarischere Menschheitsfamilie. In dieser Per-

spektive hat sich die Caritaswissenschaft seit der Gründung des Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS) mit einem Research-Team „Care“ (siehe oben das Logo des Teams) engagiert.

Das Care-Team des FRIBIS bot Tobias Dumschat die Plattform dafür, von einem Lebenslagen-Ansatz her pflegende Angehörige im Blick auf zwei aneinander anschließende Fragen zu interviewen:

1. Welche Bedeutung haben die gegenwärtigen Handlungsspielräume für erwerbsfähige informelle Pflegepersonen?
2. Wie schätzen erwerbsfähige informelle Pflegepersonen den potenziellen Einfluss eines Grundeinkommens auf ihre Handlungsspielräume ein, den Pflegealltag zu bewältigen?

Die Verbindung bislang kaum miteinander verbundener Theoriebereiche – Sozialökonomie und Sozialarbeitsforschung einerseits, Care-Diskurse und bedingungslosem Grundeinkommen andererseits – sorgt für eine angemessen dichte Basis, auf der Tobias Dumschat pflegende Angehörige in Nordrhein-Westfalen zu ihren Pflegesituationen und aktuellen Handlungsspielräumen befragte und sie dann zu einem hypothetischen Grundeinkommens-Szenario im Blick auf Veränderungen ihrer jeweiligen Pflegesituation und Handlungsspielräume Stellung nehmen ließ.

Die Ergebnisse der qualitativen Studie ergeben ein differenziertes Bild. Aus der Sicht der pflegenden Angehörigen würde ein bedingungsloses Grundeinkommen (in Höhe von 1.500 € pro Monat) die Vereinbarkeit der Lebensbereiche von Pflege, Familie, Freizeit und Beruf oder die finanzielle Situation nur unter bestimmten Bedingungen verbessern. Für das persönliche Wohlbefinden allerdings sähen Pflegende eher positive Folgen eines Grundeinkommens für die Zeiten, die sie für Selbstsorge und für die Pflege hätten. Besonders interessant erscheint mir hierbei die Perspektive, dadurch als Pflegeperson die Zeit für die Pflege auch selbst als „Qualitätszeit“, ruhiger und mit mehr Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen gemeinsam mit diesen verbringen zu können, die ihr eigenes Wohlbefinden stärkt. Bemerkenswert ist an dieser Stelle ein neuer geschlechtsspezifischer Unterschied, den Tobias Dumschat bei Realisierung eines Grundeinkommens in dieser Situation konstatiert: Während Frauen eher den Erhalt der Erwerbsarbeit betonten, waren Männer eher bereit, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren oder ganz aufzugeben.

Diese ersten Hinweise mögen Lust darauf machen, die Studie mit ihren Resultaten für die Grundeinkommens-Diskussion wie für die Implikationen für die sozialrechtliche Gestaltung und sozialpolitische Reflexion von Pflege in unserer aktuellen und künftigen Gesellschaft (incl. caring communities) zu lesen. Tobias Dumschat liefert einen wichtigen empirischen Beitrag für differenzierte Diskussionen und Argumente für personen- und sachgerechte Weiterentwicklungen in der großen gesellschaftlichen Aufgabe der Pflege, bei der – und das ist kein geringes Verdienst seiner Studie angesichts des Vorherrschens ökonomischer Zahlenspiele – die Trägerinnen und Träger der Hauptlast, die pflegenden Angehörigen selbst, gehört und ernst genommen werden.

Freiburg im Breisgau, August 2025
Prof. Dr. Klaus Baumann

Kurzfassung

Die informelle Altenpflegeökonomie in Deutschland befindet sich aufgrund der steigenden Zahl hochaltriger Menschen bei gleichzeitig sinkender Zahl potenzieller Pflegepersonen im erwerbsfähigen Alter im Wandel. Vor diesem Hintergrund gewinnen neue Ansätze zur Unterstützung informell Pflegender an Bedeutung. Während das bedingungslose Grundeinkommen als sozialpolitische Maßnahme diskutiert wird, fehlen empirische Untersuchungen zu den Auswirkungen auf die Lebenslage informell Pflegender. Die vorliegende qualitative Studie untersucht aus ökosozialer Perspektive der Sozialökonomie, wie erwerbsfähige informell Pflegende den Einfluss eines Grundeinkommens auf ihre Handlungsspielräume einschätzen. Methodisch basiert die Studie auf 15 problemzentrierten Interviews mit erwerbsfähigen informellen Pflegepersonen (4 Männer, 11 Frauen, Alter 49-62 Jahre), die hochaltrige Pflegebedürftige mit Pflegegrad 2 bis 5 nach Sozialgesetzbuch XI versorgen. Die Datenerhebung verknüpft mittels Szenario-Methode und Fallvignette die aktuelle Lebenslage mit einem hypothetischen Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € monatlich. Die Auswertung erfolgte mittels inhaltlich-strukturierender Inhaltsanalyse. Die Ergebnisse zeigen ein differenziertes Bild: Während einige Pflegende durch ein Grundeinkommen eine potenzielle Erweiterung ihrer Handlungsspielräume erwarten, antizipieren andere keine wesentliche Veränderung ihrer Lebenslage. Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich vor allem in der Bewertung der Erwerbsarbeit: Frauen betonen deren Bedeutung als Ressource, während Männer eine höhere Bereitschaft zur Reduzierung zeigen. Die Untersuchung erweitert sowohl die Grundeinkommens-forschung durch die systematische Integration der Perspektive informell Pflegender als auch das Verständnis von Handlungsspielräumen in der informellen Altenpflegeökonomie.

Schlüsselbegriffe:
Informelle Altenpflegeökonomie, Bedingungsloses Grundeinkommen, Sozialökonomie, Care-Ökonomie, Pflegende Angehörige, Qualitative Forschung

Abstract

Germany's informal elderly care economy is facing transformations due to demographic shifts: a growing number of old people combined with a shrinking pool of working-age carers. In this context, new approaches to supporting informal carers are gaining in importance. While universal basic income is discussed as a social policy reform, empirical research on its impact on the living conditions (Lebenslage) of informal carers remains unexplored. This qualitative study adopts an eco-social perspective within social economics (Sozialökonomie) to examine how working-age informal carers assess the potential impact of a basic income on their scope for action (Handlungsspielräume). The study is based on 15 problem-centred interviews with informal carers (4 men, 11 women, aged 49-62) caring for very old people with care dependency levels (Pflegegrad) 2 to 5. Using an innovative combination of scenario method and case vignette, the study links the caregivers' current situation with a hypothetical monthly basic income of €1,500. The analysis was carried out using qualitative content analysis. The findings reveal a nuanced picture: while some caregivers expect expanded opportunities through a basic income, others expect minimal changes in their scope for action. Gender differences emerge particularly in attitudes towards employment: women emphasise its importance as a resource, while men are more willing to reduce working hours. The study advances both basic income research by systematically integrating the perspectives of informal carers and the understanding of the informal elderly care economy.

Keywords:
Informal Elderly Care, Universal Basic Income, Basic Income, Social Economics, Care Economy, Informal Caregivers, Qualitative Research

1 Einleitung

Die informelle Pflege älterer Menschen durch An- und Zugehörige bildet in Deutschland das Fundament der Altenpflegeökonomie. Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes (2024a) belegen, dass von den insgesamt 5,7 Millionen Pflegebedürftigen 86 Prozent zu Hause versorgt werden, wobei der größte Teil der Pflege durch informelle Pflegepersonen geleistet wird. Diese oft im Verborgenen geleistete Arbeit stellt eine immense gesellschaftliche und ökonomische Leistung dar, die zugleich mit persönlichen Herausforderungen der Alltagsbewältigung für die schätzungsweise 4 bis 5 Millionen informellen Pflegepersonen einhergeht (vgl. Hermann et al. 2022, 11).

Die Dringlichkeit, stabile und nachhaltige Versorgungsstrukturen in der Altenpflege zu etablieren, wird durch die demografische Entwicklung und die steigende Lebenserwartung in modernen Gesellschaften weiter verschärft (vgl. Statistisches Bundesamt 2019, 25f.). Besonders kritisch wird die Situation in den kommenden drei Jahrzehnten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge zunehmend pflegebedürftig werden (vgl. ebd., 19). Diese Entwicklung trifft auf eine Gesellschaft, in der anteilig weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter zur Verfügung stehen, um diese Pflegeaufgaben zu übernehmen (vgl. Krause & Münnich 2019, 89; Breinbauer et al. 2019, 150f.).

Das soziale Phänomen der informellen Altenpflege wird in der vorliegenden Arbeit sozialökonomisch untersucht (vgl. Wendt 2007; 2016; 2018a). Das Erkenntnisinteresse richtet sich auf das informelle Versorgungsgeschehen der Altenpflege, verstanden als alltägliche Handlungsweisen und Praktiken, mit denen pflegende Angehörige und andere nicht-professionelle Pflegepersonen die sozialen und pflegerischen Bedarfe der pflegebedürftigen Menschen bewältigen. Mit Hilfe der ökosozialen Perspektive wird das Versorgungsgeschehen im Kontext der gesamten Lebenswirklichkeit der Pflegenden untersucht. Ziel ist es, wiederkehrende Handlungsmuster und entwickelte Bewältigungsstrategien der Pflegenden systematisch zu erfassen und zu analysieren, da diese zeigen, wie informelle Pflege im Alltag konkret gestaltet und organisiert wird (s. Kap. 2).

Zentral für diese Untersuchung ist das Konzept der ‚Lebenslage', das die Handlungsspielräume beschreibt, die einer Pflegeperson zur Bewältigung des Pflegealltags zur Verfügung stehen. Die Lebenslage informell Pflegender wird von vier zentralen Faktoren beeinflusst, die in enger Wechselwirkung zueinanderstehen und die Handlungsspielräume der Alltagsbewältigung informell Pflegender maßgeblich bestimmen. Diese Faktoren sind a) die Vereinbarkeit

der Lebensbereiche, b) die finanzielle Situation, c) das persönliche Wohlbefinden und d) das soziale Netzwerk. Das Zusammenspiel dieser Faktoren prägt die individuellen Erfahrungen und Herausforderungen, mit denen informell Pflegende in ihrem Alltag konfrontiert sind, und bildet damit den Rahmen für die Analyse ihrer Lebenslage (s. Kap. 2.2.3).

Der in dieser Arbeit gewählte Ansatz ermöglicht die Berücksichtigung externer Einflussfaktoren auf die Lebenslage der Pflegenden, wobei den sozialpolitischen Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle zukommt. Die staatliche Unterstützung für informell Pflegende fällt dabei im Vergleich zu anderen Sorgearbeit leistenden Gruppen deutlich geringer aus: Während Eltern bspw. durch das Elterngeld eine umfassende finanzielle Absicherung erhalten, beschränken sich die Unterstützungsleistungen für Pflegende auf die Möglichkeit eines zinslosen Darlehens während der gesetzlichen Pflegezeit (s. Kap. 2.4). Um diese Versorgungslücke zu schließen, hat der Unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (2023) die Einführung eines Familienpflegegeldes vorgeschlagen, das analog zum Elterngeld eine Lohnersatzleistung für pflegebedingte Erwerbsunterbrechungen vorsieht. Diese Initiative verdeutlicht die grundsätzliche Herausforderung, sozialpolitische Maßnahmen so zu gestalten, dass sie die Wohlfahrt – verstanden als Lebensqualität – informell Pflegender wirksam verbessern.

In Anbetracht dieser Ausgangslage ist offenkundig, dass innovative sozialpolitische Konzepte zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ein Ansatz, der in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit erfahren hat, ist die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dieses Konzept, das allen Bürger:innen unabhängig von ihrer Erwerbssituation ein existenzsicherndes Einkommen garantieren würde, steht im Zentrum intensiver nationaler und internationaler sozialpolitischer Debatten und wird als potenzieller Lösungsansatz für vielfältige gesellschaftliche Herausforderungen diskutiert (s. Kap. 3.2). Im Kontext von Sorgearbeit wird dem Grundeinkommen das Potenzial zugeschrieben, die finanzielle Absicherung und gesellschaftliche Anerkennung unbezahlter Arbeit zu verbessern und eine flexiblere Gestaltung von Erwerbs- und Sorgearbeit zu ermöglichen (s. Kap. 3.3). Welche Auswirkungen eine solche universelle finanzielle Absicherung auf die Handlungsspielräume und Wohlfahrt informell Pflegender haben könnte, ist Gegenstand dieser Untersuchung.

Denn trotz der theoretisch diskutierten Potenziale fehlen bislang empirische Untersuchungen, die die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Lebenslage informell Pflegender analysieren (s. Kap. 3.3.3). Gleiches gilt für andere diskutierte Reformvorschläge wie das Familienpflegegeld (s.

Kap. 2.4.3.1). Vor diesem Hintergrund besteht ein besonderes wissenschaftliches Erkenntnisinteresse an der empirischen Untersuchung des Zusammenhangs zwischen einer sozialpolitischen Maßnahme wie dem Grundeinkommen und der Lebenslage informell Pflegender.

An dieser Schnittstelle zwischen Altenpflegeökonomie und bedingungslosem Grundeinkommen setzt die vorliegende Arbeit an. Sie möchte die bereits identifizierte Forschungslücke zumindest partiell schließen, indem sie die folgende zentrale Forschungsfrage in den Blick nimmt: Wie schätzen erwerbsfähige informelle Pflegepersonen den potenziellen Einfluss eines bedingungslosen Grundeinkommens auf ihre Lebenslage ein? Dabei geht es nicht um die Evaluation einer real umgesetzten Maßnahme. Vielmehr stehen die subjektiven Einschätzungen und Deutungen der Pflegenden im Mittelpunkt, d. h. ihre Vorstellungen darüber, wie ein Grundeinkommen ihre Lebenslage beeinflussen könnte.

Zur differenzierten Beantwortung der zentralen Forschungsfrage werden zwei Unterforschungsfragen entwickelt. Die erste Frage lautet: Welche Bedeutung haben die gegenwärtigen Handlungsspielräume für erwerbsfähige informelle Pflegepersonen? Diese Frage zielt darauf ab, den Status quo der Lebenslage informeller Pflegepersonen detailliert zu erfassen und zu verstehen, welche Strategien und Ressourcen sie nutzen, um ihren Pflegealltag zu bewältigen. Die zweite Frage lautet: Wie schätzen erwerbsfähige informelle Pflegepersonen den potenziellen Einfluss eines Grundeinkommens auf ihre Handlungsspielräume zur Bewältigung des Pflegealltags ein? Diese Frage ermöglicht es, die hypothetischen Auswirkungen eines Grundeinkommens aus Sicht der Zielgruppe zu untersuchen. Mit diesem zweistufigen Ansatz können sowohl die aktuellen Herausforderungen als auch mögliche Veränderungen durch ein Grundeinkommen erfasst werden. Dabei stehen nicht nur die Handlungsstrategien im Vordergrund, sondern auch deren subjektive Bedeutung für die Pflegenden. Diese Forschungsfragen zielen darauf ab, sowohl die aktuelle Lebenslage informell Pflegender als auch ihre antizipierten Handlungsspielräume im Szenario eines Grundeinkommens wissenschaftlich kritisch zu analysieren.

Methodisch verfolgt die Studie einen qualitativen Forschungsansatz, der auf problemzentrierten Interviews mit erwerbsfähigen informellen Pflegepersonen basiert. Der Fokus auf erwerbsfähige Pflegende – also auf Personen im erwerbsfähigen Alter, die potenziell einer Erwerbstätigkeit nachgehen könnten – wird gewählt, um die spezifischen Herausforderungen und Dynamiken zu untersuchen, die sich aus der gleichzeitigen Bewältigung von Pflege, Beruf und anderen Lebensbereichen ergeben. Diese Interviews erfassen in einem

ersten Schritt den Status quo der Lebenslage der Pflegenden, um in einem zweiten Schritt ihre Einschätzungen zu den möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens als hypothetisches Szenario zu erheben. Die gewonnenen Daten werden mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet, wobei der Fokus auf der Identifikation aktueller und potenzieller Handlungsspielräume sowie der subjektiven Bedeutungszuschreibung durch die Pflegenden liegt (s. Kap. 4).

Das Erkenntnisinteresse der Studie lässt sich in zwei Hauptaspekte gliedern: Erstens sollen mögliche Veränderungen der Handlungsspielräume informell Pflegender identifiziert werden, die sich durch die hypothetische Einführung eines Grundeinkommens ergeben könnten. Zweitens wird analysiert, welche Bedeutung die informell Pflegenden selbst diesen potenziellen Veränderungen beimessen. Beide Aspekte werden ohne Vorannahmen über mögliche Wirkungen untersucht.

Die Untersuchung eines noch nicht realisierten Konzepts wie des bedingungslosen Grundeinkommens stellt eine besondere methodische Herausforderung dar: Wie lassen sich Aussagen über etwas treffen, das noch nicht existiert? Das Grundeinkommen wird daher erkenntnistheoretisch als ‚Realutopie' verstanden – als eine kohärente Sozialgestalt, die als Orientierungsrahmen dient, um gegenwärtige Strukturen zu reflektieren und mögliche Veränderungen systematisch zu analysieren (s. Kap. 3.1). Diese sozialwissenschaftliche Einordnung ermöglicht es, ausgehend vom Status quo der Lebenslage der Pflegenden, potenzielle Wirkungen des Grundeinkommens ohne normative Vorfestlegungen zu untersuchen. Trotz dieses strukturierten Vorgehens werden methodische und inhaltliche Grenzen, wie z. B. mögliche Diskrepanzen zwischen hypothetischen Einschätzungen und tatsächlichem Verhalten, kritisch reflektiert, um eine differenzierte Interpretation der Ergebnisse zu gewährleisten (s. Kap. 4.5.3).

Auf der Grundlage dieses methodischen Rahmens leistet die Arbeit einen zweifachen Beitrag: Erstens trägt sie durch die systematische Analyse der Deutungsmuster informell Pflegender zur Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen bei. Zweitens bereichert sie die wissenschaftliche Diskussion über die sozialökonomischen und sozialpolitischen Dimensionen der Altenpflege. Die informelle Ökonomie der Altenpflege dient dabei als exemplarischer Anwendungsfall, an dem die potenziellen Wirkungen eines Grundeinkommens empirisch nachvollzogen werden können.

Der innovative Charakter der Arbeit liegt dabei in der erstmaligen systematischen Verknüpfung der Grundeinkommensdebatte mit der spezifischen Lebenslage informell Pflegender. Durch die methodische Kombination von

problemzentrierten Interviews und der Szenario-Methode wird ein neuartiger Ansatz entwickelt, der die empirische Untersuchung einer hypothetischen sozialpolitischen Maßnahme ermöglicht. Der Fokus auf die subjektiven Einschätzungen der Pflegenden macht die möglichen Folgen eines Grundeinkommens in einem spezifischen gesellschaftlichen Bereich greifbar und überbrückt damit die Kluft zwischen der oft abstrakten Grundeinkommensdebatte und den realen Lebenslagen informell Pflegender.

Zur systematischen Bearbeitung dieser Forschungsziele gliedert sich die Arbeit in aufeinander aufbauende Kapitel: Kapitel 2 stellt die theoretischen Grundlagen der informellen Altenpflegeökonomie dar. Hier wird das Konzept der Lebenslage eingeführt und die besondere Situation informeller Pflegepersonen aus sozialökonomischer Sicht analysiert. Kapitel 3 befasst sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen, seiner konzeptionellen Entwicklung und den aktuellen Debatten mit besonderem Fokus auf den Bereich der Sorgearbeit.

Die empirische Untersuchung wird in Kapitel 4 ausführlich dargestellt. Hier wird der qualitative Forschungsansatz begründet und die Methoden der Datenerhebung und -auswertung erläutert. Kapitel 5 stellt die Forschungsergebnisse vor und analysiert sowohl die aktuelle Lebenslage informell Pflegender als auch deren Einschätzungen zu möglichen Wirkungen eines Grundeinkommens. In Kapitel 6 werden diese Ergebnisse im weiteren Kontext der informellen Altenpflegeökonomie und der Grundeinkommensdebatte diskutiert, wobei auch inhaltliche Grenzen und mögliche Ansätze für weiterführende Forschungsprojekte reflektiert werden. Den Abschluss der Arbeit bildet Kapitel 7, das als Fazit die zentralen Ergebnisse und deren wissenschaftliche Einordnung zusammenfasst.

2 Die Sozialökonomie der informellen Altenpflege: Zur Theorie und Empirie

Um die Forschungsfrage adäquat beantworten zu können, ist es unerlässlich, sowohl die theoretischen als auch die empirischen Aspekte der informellen Altenpflegeökonomie zu beleuchten. Diese doppelte Einordnung ermöglicht ein vertieftes Verständnis dafür, wie informelle Pflegepersonen[1] als Akteure in der Versorgung agieren und wie sie in den weiteren ökonomischen und sozialen Kontext eingebettet sind. Eine solide Grundlage ist von entscheidender Bedeutung, um die empirische Untersuchung zu untermauern und weitere Diskussionen im Rahmen dieser Arbeit anzuregen.

Das Kapitel beginnt mit einer Einführung in die Sozialökonomie als theoretische Grundlage, die die notwendigen Konzepte zum Verständnis der Dynamiken und Strukturen der Altenpflegeökonomie liefert. Im nächsten Abschnitt wird die ökosoziale Perspektive als spezifischer theoretischer Zugang vertieft. Der Lebenslagen-Ansatz wird vorgestellt und dient als Analyseinstrument zur systematischen Untersuchung der Handlungsspielräume und Ressourcen informeller Pflegepersonen. Darauf aufbauend wird eine spezifische Theorie der informellen Altenpflegeökonomie entwickelt. Der empirische Teil des Kapitels vermittelt aktuelle Daten und Forschungsergebnisse zur Lebenslage informeller Pflegepersonen. Abschließend werden die sozialrechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt und weiterführende Ideen präsentiert, die in die anschließende Diskussion und Auseinandersetzung mit den Forschungsergebnissen und der Idee des Grundeinkommens einfließen.

---

[1] In dieser Arbeit werden die Begriffe ‚informelle Pflegeperson' und ‚informell Pflegende' im sozialökonomischen Sinne synonym verwendet. Wenn im Folgenden von ‚Pflegenden' die Rede ist, sind damit stets informell Pflegende gemeint; professionelle Pflegefachkräfte werden explizit als solche bezeichnet. Unter diesen Begriffen werden alle Personen zusammengefasst, die unentgeltlich im privaten Umfeld eine pflegebedürftige Person betreuen, pflegen, versorgen und bei der Bewältigung des Alltags unterstützen. Obwohl Angehörige die größte Gruppe dieser informellen Pflegepersonen darstellen, werden auch nicht verwandte Personen einbezogen. Ein wesentlicher Unterschied besteht zur Pflegeperson im sozialrechtlichen Sinne, die nur dann als solche gilt, wenn sie bei der Pflegekasse des Pflegebedürftigen registriert ist (s. Kap. 2.4.1). Diese sozialrechtliche Definition stellt eine Verkürzung der Realität dar, da auch nicht offiziell registrierte Personen informelle Pflege leisten können. In dieser Arbeit werden beide Begriffe verwendet, obwohl sie im wissenschaftlichen Gebrauch zu unterscheiden sind. Für eine genauere Ausarbeitung der Definition und Herleitung wird auf Kapitel 2.3.1.2 verwiesen.

Die theoretische Tiefe und der Umfang dieses Kapitels erfordern eine besondere didaktische Strukturierung: Im Gegensatz zu den folgenden Kapiteln wird jeder Hauptabschnitt durch eine prägnante Zusammenfassung der Kernaussagen in einer Infobox ergänzt.

2.1 Die Sozialökonomie als theoretische Basis

Diese Arbeit wählt die Sozialökonomie nach Wendt (2007; 2016; 2018a) als allgemeine theoretische Basis, um das „Versorgungsgeschehen" (Wendt 2016, 1) sozialer Bedarfe in der Altenpflege zu untersuchen und zu verstehen. Ziel dieses Kapitels ist es, die theoretischen Grundlagen für die weitere Entwicklung der informellen Altenpflegeökonomie zu legen. Es bietet die notwendigen Konzepte und Perspektiven, um die empirischen Erkenntnisse einzuordnen und zu interpretieren. Damit legt es den Grundstein sowohl für die Methodik der folgenden Studie als auch für die anschließende Diskussion der Ergebnisse. Oder um mit Münnich (2017) zu sprechen: „Jedes wissenschaftliche Forschungsgebiet braucht Navigatoren. Ihre Aufgabe besteht darin, eine Karte des Gebiets zu zeichnen, Grenzen und unentdeckte Bereiche zu benennen und vielversprechende Routen dorthin vorzuschlagen." (Münnich 2017, 118)

Kernaussagen Kapitel 2.1

1. *Theoretische Basis:* Die Sozialökonomie dient als theoretisches Fundament. Sie ermöglicht es, das gesamte Spektrum der Versorgung sozialer Bedarfe zu erfassen – von informellen Strukturen bis hin zu professionellen Dienstleistungen.
2. *Theoretische Perspektive:* Innerhalb der Sozialökonomie wird die ökosoziale Perspektive als spezifischer theoretischer Zugang gewählt. Diese Perspektive rückt die Lebenswelt der Menschen in den Mittelpunkt und eignet sich besonders gut für die Untersuchung der informellen Altenpflegeökonomie.
3. *Analytischer Zugang:* Aus der ökosozialen Perspektive wird der Lebenslagen-Ansatz als konkretes analytisches Werkzeug entwickelt. Dieser Ansatz ermöglicht es, die Handlungsspielräume und Ressourcen informeller Pflegepersonen systematisch zu untersuchen.

2.1.1 Einleitende Vorüberlegungen zum Theorieangebot

Die Altenpflegeökonomie, so wird in dieser Arbeit argumentiert, etabliert sich als Spezialgebiet in der allgemeinen Sozialökonomie. Das Theorieangebot von Wendt (2007; 2016; 2018a) und in Erweiterung von Grunwald (2014) sowie Grunwald und Langer (2018) bietet hierfür eine fundierte Theorie. Diese Auswahl erfolgt vor dem Hintergrund des Fehlens einer eigenständigen Theorie der Altenpflegeökonomie.

Die Sozialökonomie hat im Laufe der Zeit vielfältige Beiträge und Perspektiven hervorgebracht. Wichtige Arbeiten stammen u. a. von Vaudt (2022), Thiele und Güntert (2014), Brinkmann (2010), Oppolzer (1990) und Petersen (1989). Trotz unterschiedlicher Ansätze teilen diese Beiträge ein gemeinsames Interesse: Die Versorgung sozialer Bedarfe im Lichte individueller und kollektiver Wohlfahrt.

Die meisten dieser Theorien konzentrieren sich auf traditionelle ökonomische Ansätze. Sie untersuchen sowohl individuelle Entscheidungen und Marktmechanismen (Mikroökonomie) als auch gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge (Makroökonomie). Darüber hinaus berücksichtigen sie häufig die Rolle politischer Entscheidungsprozesse und Machtstrukturen (politische Ökonomie) (vgl. Thiele & Güntert 2014; Brinkmann 2010; Oppolzer 1990; Petersen 1989). Auch institutionentheoretische Ansätze werden in die Analyse einbezogen, wodurch die Bedeutung von Organisationen, Normen und sozialen Strukturen hervorgehoben wird (vgl. Vaudt 2022).

In der Entwicklung einer Sozialökonomie der Altenpflege nimmt die Arbeit von Schulz-Nieswandt (2016) eine Sonderstellung ein. Hier wird der Versuch unternommen, ein umfassendes Theorie- und Forschungskonzept speziell für den Bereich der Altenpflege zu entwickeln. Allerdings liegt der Fokus der Betrachtung vor allem auf sozialpolitischen Aspekten und wird aus dem sozialrechtlichen Rahmen abgeleitet. Diese Fokussierung birgt – so wertvoll sie ist – die Gefahr einer zu engen Perspektive. Gleichwohl bietet das Theorieangebot von Schulz-Nieswandt (2016) wertvolle Einsichten, die, wo sie sich als anwendbar erweisen, in die spezifische Theoriebildung einer Altenpflegeökonomie einfließen.

Der theoretische Ansatz von Wendt (2007; 2016; 2018a) zeichnet sich dadurch aus, dass die Sozialökonomie zunächst neutral als dynamisches Geschehen der Versorgung sozialer Bedarfe betrachtet wird. Die verschiedenen theoretischen Perspektiven werden gleichberechtigt behandelt, ohne eine Hierarchie zu etablieren. Im Kontext dieser Arbeit bietet die ökosoziale Per-

spektive einen Blickwinkel (vgl. Wendt 2007; 2018a), der die informelle Altenpflege theoretisch einbetten kann und offen für verschiedene Analysemethoden ist. Sie rückt die Lebenswelt der informellen Pflegepersonen und ihre alltäglichen Handlungsstrukturen in den Mittelpunkt der Betrachtung, die für diese Untersuchung von zentraler Bedeutung sind.

2.1.2 Eine Einführung in die allgemeine Sozialökonomie

Die Konzepte und Begriffe der Sozialökonomie haben sich in der wissenschaftlichen Diskussion etabliert, jedoch existiert kein einheitliches Verständnis dieses Forschungsfeldes (vgl. Vaudt 2022, 1; Finis Siegler 2019, 9; Oppolzer 1990, 14).[2] Um den Leser:innen eine erste Orientierung zu ermöglichen, wird zunächst eine Arbeitsdefinition der Sozialökonomie vorgestellt, die sowohl das Phänomen als auch die Wissenschaft beschreibt:

Sozialökonomie als Phänomen beschreibt die Gesamtheit aller Interaktionen, Handlungsmuster und Strukturen von Individuen und Institutionen, die an der Versorgung sozialer Bedarfe innerhalb eines definierten gesellschaftlichen Raumes beteiligt sind. Die wissenschaftliche Sozialökonomie widmet sich der systematischen Untersuchung dieser Prozesse, indem sie von sozialen Bedarfen ausgeht und die daraus resultierenden Dynamiken innerhalb definierter Systemgrenzen analysiert.

Im Folgenden wird diese Arbeitsdefinition der Sozialökonomie schrittweise entfaltet und in ihren konzeptionellen Ursprüngen beleuchtet. Die Darstellung beginnt mit einer Betrachtung der Sozialökonomie als Phänomen und als wissenschaftliche Disziplin. Anschließend werden die begriffliche Verwendung und die theoretische Entwicklung des Konzepts behandelt. Den Abschluss bildet eine Auseinandersetzung mit dem zentralen Untersuchungsgegenstand: dem Sozialen. Dieser systematische Aufbau ermöglicht es, ein

[2] Das unterschiedliche Verständnis des Begriffs ‚Sozialökonomie' hat vielfältige Ursachen, die bisher noch nicht umfassend erklärt sind. Drei wesentliche Faktoren dürften dabei eine Rolle spielen: 1) Der multi- und interdisziplinäre Charakter des Diskursraums führt zu unterschiedlichen konzeptuellen Zugängen zum Untersuchungsgegenstand Sozialökonomie. 2) Je nach spezifischer wissenschaftlicher Fragestellung kann sich der Betrachtungsrahmen verschieben. 3) Eine allumfassende Abstraktion der realen Sozialökonomie erweist sich aufgrund ihrer hohen Veränderungsdynamik als nicht zielführend. Dies gilt insbesondere, da sich die Theorie in enger Wechselwirkung mit den realen Veränderungen entwickelt und nicht losgelöst von diesen betrachtet werden kann.

umfassendes und differenziertes Verständnis der Sozialökonomie und ihrer fundamentalen Grundlagen zu entwickeln.

2.1.2.1 Die Sozialökonomie als Phänomen und Wissenschaft

Sozialökonomie ist ein gesellschaftliches Phänomen. Der Begriff umfasst die Ökonomie bzw. das Wirtschaften des Sozialen (vgl. Vaudt 2022, 3). Die Sozialökonomie bezeichnet alle ökonomischen Handlungen und Interaktionen, „mit denen Leistungen im Rahmen einer sozialen Zweckerfüllung erbracht werden." (Wendt 2007, 84) Der Dreh- und Angelpunkt der Sozialökonomie sind die Beziehungsgeflechte und Interaktionsmuster in der Versorgung sozialer Bedarfe (vgl. ebd., 39). Das Versorgungsgeschehen reduziert sich dabei nicht allein auf die Ökonomie sozialer Güter und Dienstleistungen (vgl. Grunwald & Langer 2018, 45; Wendt 2016, 1), sondern umfasst alle Interaktionen im Lichte sozialer Handlungszwecke (vgl. Wendt 2007, 39).

Eine Wissenschaft der Sozialökonomie hat die Ökonomie der theoretischen und praktischen Organisation sozialer Versorgung zum Gegenstand (vgl. Wendt 2016, 1).[3] In der sozialökonomischen Betrachtung steht nicht die Bewertung von Versorgungsprozessen im Vordergrund (vgl. Wendt 2007, 46). Vielmehr fokussiert die Sozialökonomie ihren Blick auf die Gesamtheit der Handlungen und Strukturen innerhalb eines definierten Sozialraums. Diese umfassen, wie Grunwald und Langer (2018) präzisieren, „die sozialen Handlungen, Leistungen, Maßnahmen, Dienste, Unternehmungen bis hin zu Kooperationsformen, Strukturen und Regulationen" (Grunwald & Langer 2018, 45). Die Sozialökonomie nimmt eine neutrale, wissenschaftliche Position ein. Sie dient nicht der Rechtfertigung bestehender gesellschaftlicher Strukturen oder Praktiken. Stattdessen erfüllt sie, wie Petersen (1989) erläutert, drei wesentliche Funktionen: Sie beschreibt den Status quo, analysiert kritisch und diskutiert zukünftige Orientierungsmöglichkeiten (vgl. Petersen 1989, 17).

---

[3] In dieser Arbeit wird der Begriff der ‚Sozialökonomie' dem Begriff der ‚Sozialwirtschaft' vorgezogen, um möglichst alle Beziehungsgeflechte sozialer Versorgung zu beschreiben. Auch wenn sich die theoretische Orientierung in dieser Arbeit an der ‚Sozialwirtschafslehre' nach Wendt (2007; 2016) orientiert. Teilweise werden Sozialwirtschaft und Sozialökonomie auch synonym verwendet (vgl. Brinkmann 2010, 7). Hier wird die Unterscheidung jedoch bewusst gewählt, um den Ursprung der Ökonomie als mehrdimensionale Wirtschaftslehre der Gesellschaft zu verdeutlichen und nicht auf einen marktwirtschaftlichen Fokus zu reduzieren (vgl. Vaudt 2022, 1f.).

Die Wissenschaft der Sozialökonomie hat sich zu einer umfassenden Theorie „des ganzen Komplexes der sozialen Produktion personenbezogener Wohlfahrt“ (Wendt 2018b, 67) entwickelt. Sie umfasst alle ökonomischen Aspekte des sozialen Versorgungsgeschehens (vgl. ebd., 67). Die Stärke der sozialökonomischen Theorie liegt in ihrer Fähigkeit, eine Vielzahl von Phänomenen zu erfassen und zu analysieren. Dazu gehören weitreichende gesellschaftliche Entwicklungen ebenso wie spezifische institutionelle und strukturelle Veränderungen (vgl. Grunwald & Langer 2018, 45; Oppolzer 1990, 23).

Um sozialökonomische Fragestellungen adäquat beantworten zu können, ist eine multi- und interdisziplinäre Herangehensweise unerlässlich, die zudem einen starken Praxisbezug aufweist (vgl. Schulz-Nieswandt 2016, 29; Thiele & Güntert, 2014, 20f.; Oppolzer 1990, 25). Diese Vielseitigkeit spiegelt sich in den Ursprüngen der Sozialökonomie wider, die in verschiedenen akademischen Disziplinen verwurzelt ist. Dazu gehören die Sozialwissenschaften, die wissenschaftliche Sozialpolitik, die Soziologie, die Verwaltungs- und Organisationswissenschaften sowie die Wirtschaftswissenschaft (vgl. Brinkmann 2010, 8f.; Wendt 2007, 44) und die Caritaswissenschaft (vgl. Baumann 2018).[4]

2.1.2.2 Die begriffliche Verwendung von Sozialökonomie

Der Begriff ‚Sozialökonomie‘ zeichnet sich durch seine Vielschichtigkeit und Interpretationsvielfalt aus. Diese Komplexität ergibt sich einerseits aus der Kombination der Begriffe ‚Soziales‘ und ‚Ökonomie‘, andererseits aus den facettenreichen ökonomischen Aspekten des Sozialen (vgl. Vaudt 2022, 1). International findet der Begriff Entsprechungen im Französischen ‚économie sociale‘ und im Englischen ‚social economy‘ (vgl. Wendt 2016, 2f.). Trotz paralleler Entwicklungen in Europa zeigen sich nationale und kulturelle Unterschiede, die sich in der spezifischen Ausgestaltung der Sozialökonomie der jeweiligen Wohlfahrtsgesellschaft widerspiegeln (vgl. Kaufmann 2003, 33-35).

[4] Die vorliegende Arbeit erhebt nicht den Anspruch, die Sozialökonomie durch einen einzelnen wissenschaftlichen Ansatz vollständig zu erfassen. Vielmehr wird ein sozialwissenschaftliches Interesse verfolgt, das sowohl theoretisch als auch empirisch möglichst transparent dargestellt wird. Ziel ist es, den Leser:innen eine klare Nachvollziehbarkeit der theoretischen Verortung im Rahmen der Sozialökonomie und der darauf aufbauenden empirischen Untersuchung zu ermöglichen.

Die historische und aktuelle Verwendung des Begriffs Sozialökonomie ist keineswegs einheitlich. Die Begriffsgeschichte ist von wechselnden Schwerpunktsetzungen geprägt (vgl. Oppolzer 1990, 23). Wendt (2014) führt diese Mehrdeutigkeit auf die real-historische wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zurück (vgl. Wendt 2014, 64). Die begriffliche Entwicklung spiegele den Weg von der gegenseitigen Hilfe in kleinen Verbünden hin zur staatlichen und öffentlichen Wohlfahrtsorientierung wider (vgl. Wendt 2016, 2f.).

Zur Strukturierung des Begriffsverständnisses schlägt Wendt (2016) eine Einteilung in drei Hauptkategorien vor (vgl. Wendt 2016, 2f.), die durch eine vierte ergänzt wird:

1. Sozialökonomie(n) als Formen kooperativen Wirtschaftens und Subsistenzwirtschaft(en).
2. Sozialökonomie im Kontext von Sozialunternehmen und Wohlfahrtsorganisationen, die wirtschaftliche und soziale Ziele durch Sozialmanagement verfolgen.
3. Sozialökonomie als wirtschaftspolitische Dimension, die den sozialen Beschäftigungssektor und seinen Beitrag zur Gesamtwirtschaft berücksichtigt.
4. Wissenschaftliche Sozialökonomie als multi- und interdisziplinärer Ansatz, der vielfältige Fragestellungen und Methoden aus verschiedenen Fachbereichen integriert (vgl. Fuchs-Heinritz 2020, 723f.). Sie untersucht umfassend die relevanten ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhänge innerhalb eines definierten Sozialraums, um ein ganzheitliches Verständnis der dortigen Dynamiken und Strukturen zu entwickeln (vgl. Oppolzer 1990, 6).

Diese weite Begriffsauffassung ermöglicht ein ganzheitliches Verständnis des sozialökonomischen Versorgungsgeschehens. Sie berücksichtigt kooperative Wirtschaftsformen, Subsistenzwirtschaft, professionelle Sozialunternehmen in all ihren Ausprägungen sowie die nationalen und supranationalen sozialpolitischen Rahmenbedingungen (vgl. Langer & Grunwald 2018; Wendt 2016; Vaudt 2022; Brinkmann 2010; Thiele & Güntert 2014; Schulz-Nieswandt 2006). Sie bietet damit einen differenzierten Zugang zur Komplexität sozialökonomischer Realitäten und deren theoretischer Erfassung.

2.1.2.3 Die synchrone und diachronische Theorieentwicklung der Sozialökonomie

Die Sozialökonomie ist ein komplexes Forschungsfeld, das sowohl historische Entwicklungen als auch theoretische Ansätze betrifft. Wendt (2007) unterscheidet dabei zwischen synchroner und diachroner Theorieentwicklung. Die synchrone Betrachtung fokussiert auf die gegenwärtige Situation und die kontinuierliche Weiterentwicklung sozialökonomischer Theorien, während die diachronische Perspektive den real-historischen Verlauf und dessen Einfluss auf die gegenwärtige Ausprägung der Sozialökonomie untersucht (vgl. Wendt 2007, 21f.).

Die diachronische Sicht verweist darauf, dass die Sozialökonomie eine erkennbare Praxis während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entwickelte.[5] Die soziale Frage führte zur Entstehung genossenschaftlicher Verbünde wie den ‚friendly societies' in England und den ‚mutuelles' in Frankreich (vgl. Wendt 2014, 64f.; Wendt 2018b, 68f.). Diese Ereignisse bildeten den Ausgangspunkt für die praktische und theoretische Entwicklung der Sozialökonomie (vgl. Wendt 2007, 81).

Im Laufe der Zeit integrierte sich die Sozialökonomie in die europäischen Wohlfahrtsstaaten, wobei sich eine gemischte Wohlfahrtsproduktion herausbildete, die durch freie Selbstsorge und kommunale Fürsorge charakterisiert war (vgl. Wendt 2018b, 67). Von den 1920er bis in die 1980er Jahre festigte sich die Praxis von Genossenschaften und Solidarvereinigungen. In den 1970er Jahren intensivierte sich die Diskussion um die Sektoreneinteilung, wobei Etzioni (1973) die Existenz eines Dritten Sektors postulierte, der sowohl Markteffizienz als auch staatliche Gemeinwohlorientierung vereinen sollte. Seit den 2000er Jahren haben sich nach Wendt (2014) drei wesentliche Entwicklungslinien in der modernen Versorgungslandschaft herauskristallisiert:

---

[5] Eine umfassende Vorgeschichte der Sozialökonomie lässt sich nur schwer rekonstruieren. Dennoch ist die Berücksichtigung sozialer Bedarfe und die Hilfe für sich selbst und andere als anthropologische Konstante in allen menschlichen Gesellschaften zu beobachten (vgl. Wendt 2014, 64). Es besteht eine signifikante Forschungslücke bezüglich der frühen Entwicklungsphasen der Sozialökonomien, insbesondere im historischen Kontext der Sozialwirtschaftslehre nach Wendt (2007; 2016; 2018a). Eine Aufarbeitung dieser bisher unerschlossenen Geschichte könnte wertvolle Einblicke in die Funktionsweisen des sozialen Wirtschaftens in verschiedenen Epochen liefern und die Faktoren beleuchten, die zur Herausbildung spezifischer sozialer Strukturen beigetragen haben. Solche Erkenntnisse wären nicht nur von historischem Interesse, sondern könnten auch zur Bereicherung und Weiterentwicklung aktueller sozialökonomischer Theorien und Ansätze beitragen.

1. Die traditionelle gemeinschaftliche Selbsthilfe in ‚member-serving organizations', in denen solidarisches Wirtschaften als Alternative zu Markt- und Staatsmechanismen praktiziert wird.
2. Die intermediären Formen des Wirtschaftens in sozialen Diensten und Einrichtungen, die als Unternehmen agieren, auch als ‚public-serving organizations' bezeichnet, die komplementäre Formen der öffentlichen und gemeinnützigen Daseinsvorsorge umfassen.
3. Die Bewältigung sozialer Herausforderungen, die alle Akteure (öffentlich, privat, freigemeinnützig, bürgerschaftlich) betreffen und zu einer pluralen Versorgung des Sozialen führen, in der öffentliche, privat-gewerbliche, freigemeinnützige und bürgerschaftliche Aktivitäten ineinandergreifen (vgl. Wendt 2014, 79f.; Wendt 2007, 43).

Für die synchrone Theorieentwicklung definiert Wendt (2007) die Sozialökonomie als ein Geflecht von Konzepten, die wirtschaftlichen Prozesse in sozialen Bereichen erklären (vgl. Wendt 2007, 21f.). Diese Definition unterstreicht den interdisziplinären Charakter der Sozialökonomie, die nicht als geschlossenes Theoriesystem, sondern als ein vielfältiges Wissenschaftsfeld verstanden wird (vgl. Grunwald & Langer 2018, 57; Wendt 2007, 44; Schulz-Nieswandt 2016, 29; Thiele & Güntert 2014, 20f.; Brinkmann 2010, 8f.; Oppolzer 1990, 25). Dieses Feld integriert Erkenntnisse aus verschiedenen Disziplinen:

- Wirtschaftswissenschaft: mikro- und makroökonomische Ansätze
- Ökologie: Fokus auf Versorgungsstrukturen in Haushalten
- Politikwissenschaft: Analyse von Sozialpolitik, Wohlfahrtsstaat und zivilgesellschaftlicher Entwicklung
- Soziologie: Untersuchung sozialer Strukturen in Wohlfahrtsgesellschaften (vgl. Wendt 2007, 23f.)

Die theoretische Offenheit der Sozialökonomie ermöglicht es, sowohl klassische ökonomische Konzepte (z. B. Güter, Angebot, Nachfrage, Markt und Preis) als auch spezifisch sozialökonomische Begriffe (z. B. Wohlfahrt, Solidarität, Haushalt, Bedarf, Versorgung und Subsidiarität) in die Analyse einzubeziehen (vgl. ebd., 23).

Ausgehend von ökonomischen Theorielinien identifizieren Wendt (2007), Grunwald (2014) und Grunwald und Langer (2018) unterschiedliche Perspektiven auf die Sozialökonomie. Diese umfassen die Politische Ökonomie, die

Non-Profit-Perspektive, die ökosoziale Perspektive, die feministische Perspektive, die institutionstheoretische Perspektive und die Perspektive der Kompetenzen.[6] Diese Perspektiven sind offen für Ergänzungen und verdeutlichen, dass es unterschiedliche Untersuchungsschwerpunkte gibt. Gemeinsamer Nenner aller Perspektiven ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat (vgl. Wendt 2007, 47-75; Grunwald & Langer 2018, 54-56; Grunwald 2014, 39-41).

Ein Qualitätskriterium sozialökonomischer Theorieentwicklung ist ihre Reflexivität. Die Theorie nimmt aktiv Einfluss auf die von ihr beschriebenen Phänomene und hinterfragt dabei kontinuierlich ihren eigenen Status. Diese selbstreflexive Haltung ist wesentlich, da die Theorie eng mit den Entwicklungen in ihrem Forschungsfeld verbunden ist und sich mit diesen weiterentwickelt (vgl. Wendt 2007, 83).

2.1.2.4 Das Soziale der Sozialökonomie

Die wissenschaftliche Sozialökonomie basiert auf der Analyse der Interaktionen, Handlungsmustern und Strukturen der Akteure und Organisationen, die an der Versorgung sozialer Bedarfe in einem Sozialraum beteiligt sind (s. Kap. 2.1.2 zur Arbeitsdefinition). Während die ökonomische Perspektive ausführlich dargestellt wurde, bedarf der zentrale Bezugspunkt der Sozialökonomie – das ‚Soziale' – einer näheren Betrachtung.[7]

---

[6] Auf diese Perspektiven wird hier nicht näher eingegangen. Die ökosoziale Theorielinie wird später für die Definition der informellen Altenpflegeökonomie aufgegriffen (s. Kap. 2.2).

[7] Wendt (2018a) hat die Konzeptualisierung des ‚Sozialen' in der Sozialökonomie maßgeblich vorangetrieben, was die Grundlage für die begriffliche Bedeutung in dieser Arbeit bildet. Die Literatur zeigt jedoch, dass die Bedeutung des Sozialen von vielen relevanten Autor:innen der Sozialökonomie oft als selbstverständlich vorausgesetzt wird (vgl. Schulz-Nieswandt 2006; Wendt 2007; 2016; 2018a; Grunwald 2014; Grunwald & Langer 2018). Diese Beobachtung weist auf eine theoretische Forschungslücke hin: Es fehlt eine systematische, theoretische Grundlage für die Definition und Analyse des Sozialen und sozialer Bedarfe in der Sozialökonomie. Ähnliche Herausforderungen zeigen sich auch in der Sozialen Arbeit. Scheu und Autrata (2018) und Autrata und Scheu (2021) kritisieren, dass der Begriff des Sozialen in der Sozialarbeitswissenschaft nicht hinreichend definiert sei. Sie argumentieren, dass die Bedeutung sozialer Bedarfe häufig als selbstverständlich vorausgesetzt wird, ohne dass eine fundierte theoretische Herleitung erfolgt. Stattdessen werde die Theorie häufig aus der beruflichen Praxis abgeleitet, was zu einer problematischen Selbstreferenzialität führe (vgl. Scheu & Autrata 2018, 137; Autrata & Scheu 2021, 2). Auch in der Sozialökonomie fehlt eine kategoriale oder theoretische Herleitung des Sozialen, was eine fundierte wissenschaftliche Bestimmung erschwert.

Das Soziale im Kontext der Sozialökonomie erweist sich als ein vielschichtiger Begriff. Seine Bedeutung ist nicht statisch, sondern unterliegt raum- und zeitbedingten Veränderungen sowie den jeweils angelegten Kriterien (vgl. Rieger 2003, 220f.). In der vorliegenden Arbeit orientiert sich das Verständnis des Sozialen primär an den Ausführungen von Wendt (2018a), die eine fundierte Grundlage für die Analyse sozialökonomischer Phänomene bieten.

Wendt (2018a) definiert das Soziale als konkretes Handeln in Bezug auf spezifische Lebensbereiche und Herausforderungen:

Sozial tätig werden Akteure in der Behandlung konkreter Sachverhalte und Tatbestände, als da sind: demografischer Wandel, Gesundheitszustände, Beschäftigungsverhältnisse, Wohnverhältnisse, Gegebenheiten der Bildung und Erziehung, Gefährdungen und andere Risiken in der Lebensführung individuell und in Gemeinschaft. (Wendt 2018a, 42)

Diese Definition verankert das Soziale in der alltäglichen Lebenswirklichkeit und den Herausforderungen, mit denen Menschen konfrontiert sind und umfasst ein breites Spektrum von Versorgungsaspekten, einschließlich der dafür notwendigen Ressourcen, Mittel und Wege. Es bezieht sich insbesondere auf die Praxis der eigenen Lebensführung und gewinnt an Bedeutung, wenn diese gefährdet ist und besonderer Unterstützung bedarf. In solchen Situationen wird, wie Wendt (2018a) sagt, „sozial nach Abhilfe gefragt." (ebd., 42)

Ein wichtiger Aspekt des Sozialen im ökosozialen Ansatz ist seine ökologische Prägung. Wendt (2018a) erläutert: „Mit der ökologischen Prägung des Sozialen wird überindividuell die Gemeinnützigkeit sozialen Handelns hervorgehoben." (ebd., 45) Das Soziale wird hier nicht als bloßes soziales Beziehungsgeflecht verstanden, sondern als umfassendes Phänomen der kollektiven Bearbeitung geteilter Anliegen. Diese Sichtweise betont die Bedeutung gemeinschaftlichen Handelns und dessen Einbettung in einen größeren ökologischen Kontext. Sie betont, dass soziales Handeln über indivi-

---

Wendt (2007; 2018a) betont die Notwendigkeit einer neutralen Betrachtung sozialer Phänomene in der wissenschaftlichen Untersuchung. Paradoxerweise führt jedoch das Fehlen eines präzise definierten Untersuchungsgegenstands dazu, dass eben diese äußeren Erscheinungen die Forschung übermäßig beeinflussen. Ohne eine klare theoretische Abgrenzung des Sozialen droht die Sozialökonomie, sich zu sehr von beobachtbaren Phänomenen leiten zu lassen, anstatt diese kritisch zu hinterfragen und theoretisch einzuordnen. Die historische Prägung der Sozialökonomie durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten 150 Jahre ist offensichtlich (s. Kap. 2.1.2.3), aber die Frage nach einer tiefergehenden theoretischen Fundierung des Sozialen bleibt offen. Diese Lücke macht die Sozialökonomie anfällig für die Kritik der Selbstreferenzialität und der unzureichenden wissenschaftlichen Bestimmung ihres Untersuchungsgegenstandes. Eine stärkere theoretische Fundierung des Sozialen könnte zur Weiterentwicklung und Präzisierung des Forschungsfeldes beitragen.

duelle Interessen hinausgeht und auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist, wobei die Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Umwelt berücksichtigt werden (vgl. ebd., 45).

Das Soziale hat eine konkrete räumliche und zeitliche Dimension. Wendt (2018a) beschreibt dies anschaulich: „Was sich sozial, von einer Person oder gemeinschaftlich machen lässt, kommt objektiv im Feld des tatsächlichen Daseins bzw. im Raum und Gefüge des miteinander geführten Lebens vor." (ebd., 43f.) Das Soziale manifestiert sich also in konkreten räumlichen und situativen Kontexten und zeigt sich in den vielfältigen Bedarfen und Herausforderungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Kinder benötigen z.B. Raum und Materialien für ihre Entwicklung, während Menschen mit Behinderungen häufig mit Barrieren konfrontiert sind, die es zu überwinden gilt. Pflegebedürftige Menschen benötigen häufig Anpassungen ihres Wohnumfeldes, um ihren spezifischen Bedarfen gerecht zu werden (vgl. ebd., 43f.).

Ein zentrales Element des Sozialen ist die ‚Sorge'. Wendt (2018a) betont: „Soziales Handeln ist mit einer Sorge verbunden, wenn dieses Handeln mit dem Ergehen von Menschen zu tun hat." (ebd., 66) Diese Sorge zeigt sich nicht nur im direkten Umgang mit anderen, sondern auch in der organisierten Sorge, die dem Wohl der Menschen dient. In einem früheren Werk definiert Wendt (2010) Sorgen als „in Solidarität für Menschen, am Menschen und mit Menschen arbeiten" (Wendt 2010, 28), wobei die Sorge des Individuums um sich selbst immer miteingeschlossen ist (vgl. ebd., 28f.).

Zusammenfassend kann das Soziale im sozialökonomischen Sinne als ein in der Lebenswelt verankertes Konzept verstanden werden. Es umfasst konkrete Handlungen zur Bewältigung von Lebenssituationen, berücksichtigt die ökologischen Zusammenhänge menschlichen Handelns und betont die Bedeutung der Fürsorge und gegenseitigen Hilfe. Basierend auf der sozialökonomischen Perspektive lässt sich das Soziale für diese Arbeit wie folgt charakterisieren:

1. Fokus auf Risiken der Lebensführung: Das Soziale umfasst die Identifikation, Prävention und Bewältigung von Risiken, die die individuelle oder gemeinschaftliche Lebensführung beeinträchtigen können.
2. Zentrale Bedeutung von Sorge und Hilfe: Im Zentrum des Sozialen steht die Bedeutung der Sorge, die sich über verschiedene Dimensionen erstreckt; von der direkten Hilfe für andere über die Selbstsorge bis hin zur organisierten gesellschaftlichen Unterstützung menschlicher Wohlfahrt.

2.1.3 Die Sozialökonomie im Lichte des Wohlfahrtspluralismus

In diesem Kapitel wird eine modellhafte Darstellung der Sozialökonomie vorgestellt, um die bisher abstrakt behandelten Zusammenhänge des Versorgungsgeschehens sozialer Bedarfe greifbar zu machen. Diese Konzeptualisierung dient als Grundlage für die Entwicklung einer Theorie der informellen Altenpflegeökonomie und wird in den Kontext des Wohlfahrtspluralismus gestellt.

Die Sozialökonomie bietet einen detaillierten Einblick in das komplexe Geflecht von Akteuren, Prozessen und Strukturen, die zur Versorgung sozialer Bedarfe beitragen. Das Konzept der ‚Wohlfahrt' ergänzt diese Sichtweise durch eine qualitative Dimension und ein übergeordnetes Ziel. Es dient als Maßstab für die Bewertung der Wirksamkeit sozialökonomischer Prozesse.

In diesem Zusammenhang kann die Sozialökonomie als ein System verstanden werden, das eine „wohlfahrtsdienliche Versorgung in materieller, sozialer, gesundheitlicher und pflegerischer Hinsicht" (Wendt 2016, 2) anstrebt. Diese Zielsetzung verdeutlicht, dass die Sozialökonomie über die reine Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen hinausgeht und auf kollektive und individuelle Wohlfahrt abzielt.

Der Ansatz des Wohlfahrtspluralismus betont die Vielfalt der am Versorgungsgeschehen beteiligten Akteure (vgl. Evers & Olk 1996). Diese pluralistische Perspektive ermöglicht es, die Sozialökonomie nicht nur in ihrer funktionalen Dimension zu betrachten, sondern auch ihre Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen zu erfassen (vgl. Wendt 2016, 2).

Im Folgenden wird diese modellhafte Sichtweise schrittweise entwickelt. Zunächst wird der Zusammenhang zwischen den Begriffen des ‚Sozialen' und der ‚Wohlfahrt' erläutert. Anschließend wird das Konzept des Wohlfahrtspluralismus eingeführt und die verschiedenen Sektoren, die zur Wohlfahrtsproduktion beitragen, identifiziert. Schließlich werden die Systemebenen beschrieben, die das Modell der Sozialökonomie vervollständigen.

2.1.3.1 Die Wohlfahrt und das Soziale

Die empirische Wohlfahrtsforschung in ihrer sozialwissenschaftlichen Tradition definiert Wohlfahrt als „das Ergebnis eines Konsumptionsprozesses, im Verlaufe dessen aus dem Einsatz und dem Verbrauch von Gütern, Diensten, Zeit und Energie, objektive und subjektiv wahrgenommene Bedürfnisbefrie-

digung entsteht“ (Evers & Olk 1996, 15). Diese Definition betont den prozesshaften und dynamischen Charakter von Wohlfahrt, der nicht auf einen statischen Zustand, sondern auf die kontinuierliche Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität angelegt ist (vgl. Wendt 2018a, 60).

Im Zentrum des Wohlfahrtskonzepts steht die Lebensqualität, die als Kombination aus objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden von Individuen und Gruppen definiert wird. Zu den objektiven Lebensbedingungen zählen messbare Faktoren wie Einkommen, Wohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen, während das subjektive Wohlbefinden die persönlichen Einschätzungen und Wahrnehmungen der Betroffenen umfasst (vgl. Glatzer & Zapf 1984, 391).[8] Das Verständnis von Wohlfahrt geht jedoch über individuelle Aspekte hinaus und berücksichtigt auch gesellschaftliche Dimensionen wie Chancengleichheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit sowie die Fähigkeit zur Bewältigung individueller Lebenssituationen (vgl. Grunwald 2014, 41).

Ein interessantes Phänomen in der Wohlfahrtsforschung ist das sog. ‚Wohlfahrtsparadox‘. Es beschreibt die Diskrepanz zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektiver Zufriedenheit, die sich besonders deutlich zeigt, wenn eine hohe subjektive Zufriedenheit bei sozialpolitisch prekären Verhältnissen oder eine niedrige Zufriedenheit bei hohem Lebensstandard auftritt (vgl. Glatzer & Zapf 1984, 397; Schulz-Nieswandt 2006, 38f.).

Der Zusammenhang von Sozialem und Wohlfahrt ist ein Kernthema der Sozialökonomie. Das Soziale fokussiert auf Lebensrisiken und Versorgungsbedarfe, die im Lebensverlauf entstehen (s. Kap. 2.1.2.4). Die Sozialökonomie beschreibt diese Versorgung sozialer Bedarfe im Kontext des dynamischen Prozesses individueller und kollektiver Wohlfahrt als Ausdruck von Lebensqualität (vgl. Wendt 2014, 19-21): „Wohlfahrt, individuelle wie gemeinschaftliche, hat keinen statischen Charakter. Sie ist kein Zustand. Sie bezeichnet vielmehr die dynamische Qualität eines Geschehens, in dem es mir oder uns ‚gut geht‘.“ (Wendt 2018a, 60)

Die Frage nach den Akteuren, die an der Aktivierung von Wohlfahrt als sozialer Dimension der Lebensqualität beteiligt sind, führt zum Konzept des Wohlfahrtspluralismus.

[8] Die Arbeit von Glatzer und Zapf (1984) gilt als grundlegend für die empirische Wohlfahrtsforschung (vgl. Evers & Olk 1996, 15).

2.1.3.2 Sozialökonomie als Versorgungsgeschehen im Wohlfahrtspluralismus

Der Wohlfahrtspluralismus ist ein Modell, das die vielseitige Versorgung sozialer Bedarfe in modernen Gesellschaften erfasst. Dieses Konzept, das auch als Wohlfahrtsmix bezeichnet wird (vgl. Evers & Olk 1996, 10), basiert auf der Idee, dass verschiedene Akteure und Sektoren gemeinsam zur Wohlfahrtsproduktion beitragen (vgl. ebd., 15). Dies wird dabei als Prozess verstanden, bei dem Ressourcen wie Güter, Zeit und Energie in „Beiträge zum individuellen und kollektiven Wohlbefinden" (ebd., 15) umgewandelt werden. Kaufmann (1997) erweitert dieses Verständnis, indem er betont, dass der „wohlfahrtsstiftende Sozialzusammenhang" (Kaufmann 1997, 159) weit über die Marktwirtschaft und den öffentlichen Sektor hinausgeht und auch private Haushalte, soziale Netzwerke und vielfältige soziale Aktivitäten umfasst (vgl. ebd., 159). Es geht dabei über die bloße Anerkennung verschiedener Sektoren hinaus und legt dabei besonderes Gewicht auf die „Übergänge, Verschachtelungen und Wechselwirkungen zwischen den Sektoren und ihrem spezifischen Beitrag zur Wohlfahrtsproduktion" (Evers & Olk, 1996, 40f.). Dieses Modell, das Mitte der 1990er Jahre zunehmend Aufmerksamkeit in den Politik- und Sozialwissenschaften erlangte, markiert einen Paradigmenwechsel von einer staatlichen hin zu einer pluralistischen Sichtweise auf die Erzeugung und Verteilung von Wohlfahrt (vgl. Schmid 1996, 186). Das Modell des Wohlfahrtspluralismus unterscheidet zwischen vier Hauptsektoren:

1. *Primäre Vergemeinschaftungsformen:* Dieser Sektor bezeichnet die grundlegendsten sozialen Einheiten wie Haushalte, Familien und informelle Gemeinschaften. Er ist durch persönliche, oft emotionale Beziehungen gekennzeichnet und basiert auf Prinzipien der Moral und der Reziprozität.
2. *Staat:* Der staatliche Sektor bezieht sich auf öffentliche Verwaltungen, Behörden und staatliche Einrichtungen auf allen Ebenen (kommunal, regional, national, supranational).
3. *Markt:* Der Marktsektor besteht aus privatwirtschaftlichen Unternehmen, die Güter und Dienstleistungen gegen Entgelt anbieten.
4. *Dritter Sektor:* Dieser intermediäre Bereich umfasst Organisationen, die weder dem Staat noch dem Markt zuzuordnen sind, wie gemeinnützige Vereine, Stiftungen, Wohlfahrtsverbände oder Genossenschaften. Sie verfolgen in der Regel gemeinwohlorientierte Ziele und finanzieren sich oft aus einer Mischung aus öffentlichen Mitteln,

Spenden und eigenen Einnahmen (vgl. Vaudt 2022, 8; Schulz- Nieswandt 2016, 33f.).

Diese Sektoren existieren nicht isoliert voneinander, sondern stehen in einem komplexen Verhältnis des „Gegen-, Mit- und Nebeneinanders" (Schulz-Nieswandt 2016, 33f.). Ein zentraler Aspekt des Wohlfahrtspluralismus ist die Erkenntnis, dass jeder dieser Sektoren seine eigenen zentralen Bezugswerte und normativen Maßstäbe hat. Im Bestreben, diesen gerecht zu werden, neigen sie dazu, andere Werte und Kriterien zu vernachlässigen (vgl. Evers & Olk, 1996, 22-24). Diese Einsicht führt zu der Schlussfolgerung, dass es nicht eine einzige optimale Lösung für die Wohlfahrtsproduktion gibt, sondern dass verschiedene Akteure und Sektoren jeweils spezifische, sich ergänzende Beiträge leisten können (vgl. Schmid 1996, 203f.).

In der Praxis manifestiert sich der Wohlfahrtspluralismus als eine gemischte Wohlfahrtsproduktion (vgl. Kaufmann 2003, 42f.), die durch die Zusammenarbeit formeller und informeller Dienstleister gekennzeichnet ist (vgl. Wendt 2014, 80f.). Die spezifische Zusammensetzung der verschiedenen Versorgungsformen in einer Gesellschaft wird als „Arrangement der Wohlfahrtsproduktion" (Kaufmann 2003, 42; herv. i. Orig.) bezeichnet. Dieses Arrangement ist das Ergebnis politischer Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen und hat wesentlichen Einfluss auf die Lebenslagen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (vgl. ebd., 42f.).

2.1.3.3 Systemebenen der Sozialökonomie im Wohlfahrtspluralismus

Sozialökonomie und Wohlfahrtspluralismus können auf drei miteinander verbundenen Systemebenen analysiert werden: Mikro-, Meso- und Makro-Ebene. Diese Ebenen ermöglichen ein vollständiges Verständnis der ineinander verschachtelten Zusammenhänge in der Wohlfahrtsproduktion (vgl. Kaufmann 2009, 276-278).

Mikro-Ebene: Diese Ebene konzentriert sich auf individuelle Akteure und Leistungsempfänger:innen sozialer Dienste. Sie untersucht, wie Individuen verschiedene Wohlfahrtsquellen in ihren persönlichen Bewältigungsstrategien nutzen (vgl. Evers 2011, 267f.). Zudem werden hier die direkten Interaktionen zwischen Fachkräften und Leistungsempfänger:innen bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen betrachtet (vgl. Finis Siegler 2019, 171).

Meso-Ebene: Diese Ebene befasst sich mit Organisationsformen und institutionellen Strukturen. Sie umfasst die operative Ebene der Sozialwirtschaft,[9] einschließlich Diensten, Einrichtungen und Programmen zur sozialen Versorgung (vgl. Wendt 2016, 2). Hier werden die Grenzen und Überschneidungen zwischen verschiedenen institutionellen Akteuren und Handlungsfeldern untersucht (vgl. Benz 2014, 95). Charakteristisch für diese Ebene sind hybride Organisationsformen, wie etwa Pflegedienste in freier Trägerschaft, die sowohl als Marktakteure agieren als auch öffentliche Versorgungsaufträge erfüllen (vgl. Evers 2011, 268).

Makro-Ebene: Diese Ebene umfasst die Analyse des Gesamtsystems und seiner Teilbereiche, wobei sowohl die gesellschaftspolitische Perspektive als auch die staatliche Gesetzgebung zur Daseinsvorsorge einbezogen werden (vgl. Wendt 2016, 2). Hier werden die Rollen und Gewichtungen verschiedener Formen der Wohlfahrtsproduktion im Gesamtsystem analysiert (vgl. Evers 2011, 268f.). Zudem beinhaltet diese Ebene die Untersuchung wohlfahrtsstaatlicher Regime und deren Auswirkungen auf die Wohlfahrtsproduktion (vgl. Benz 2014, 91f.).

Der Wohlfahrtspluralismus unterstreicht die Vielfalt der Akteure und Sektoren, die auf allen drei Ebenen zur Wohlfahrtsproduktion beitragen. Die Sozialökonomie kann als ein System verstanden werden, in dem verschiedene Subsysteme miteinander in Beziehung stehen, wobei jedes dieser Subsysteme seine eigenen Regeln und Dynamiken aufweist (vgl. Vaudt 2022, 15-17). Von besonderer Bedeutung sind die Wechselwirkungen zwischen den Ebenen. So ergeben sich aus dem lebensweltlichen Kontext der Mikroebene Anforderungen an strukturelle Hilfen auf der Meso- und Makroebene (vgl. Benz 2014, 96). Gleichzeitig beeinflussen makrostrukturelle Entscheidungen die Möglichkeiten und Ressourcenausstattung der Individuen auf der Mikroebene (vgl. Schulz-Nieswandt 2006, 16).

Die Analyse dieser Ebenen im Kontext des Wohlfahrtspluralismus eröffnet neue Perspektiven auf „intermediäre Felder und hybride Programmverflechtungen“ (Pankoke 2008, 447). Sie ermöglicht ein tieferes Verständnis der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Akteuren und Sektoren der Wohlfahrtsproduktion und verdeutlicht die Verflechtungen zwischen individuellen Bedarfen, Organisationsstrukturen und gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

---

[9] An dieser Stelle wird bewusst der Begriff ‚Sozialwirtschaft‘ gewählt, um den professionellen, erwerbswirtschaftlichen Teilbereich der Sozialökonomie zu betrachten (s. Kap. 2.1.2.2 zur grundsätzlichen Unterscheidung).

2.1.4 Zum Verhältnis von Sozialökonomie und Sozialpolitik

Das Zusammenspiel von Sozialökonomie und Sozialpolitik ist ein Schlüssel zum Verständnis sozialer Versorgungssysteme. Während sich die Sozialökonomie auf die konkreten Versorgungsgeschehen konzentriert, die die Wohlfahrt der Menschen beeinflussen, stellt die ‚vertikale Sozialpolitik' den sozialrechtlichen Rahmen bereit. Diese Wechselbeziehung ermöglicht es, die Interaktionen zwischen staatlichen Maßnahmen einerseits und individuellem und gemeinschaftlichem Handeln andererseits zu analysieren und zu verstehen.

Ergänzend dazu gewinnt das Konzept der ‚horizontalen Sozialpolitik' an Bedeutung. Es erweitert den Blickwinkel über die staatlichen Akteure hinaus und bezieht alle gesellschaftlichen Kräfte in die Betrachtung ein. Dieser erweiternde Ansatz trägt der Erkenntnis Rechnung, dass soziale Wohlfahrt nicht allein durch staatliches Handeln, sondern durch das Zusammenwirken vielfältiger Akteure entsteht. In diesem Kapitel wird ein mehrdimensionales Verständnis von Sozialpolitik entwickelt und zur Sozialökonomie in Beziehung gesetzt.[10]

2.1.4.1 Vertikale Sozialpolitik: Ein klassisches Verständnis von Sozialpolitik

Im klassischen Verständnis bezieht sich Sozialpolitik stets auf staatliches Handeln (vgl. Althammer et al. 2021, 4; Thiele & Güntert 2014; Vaudt 2022, 8). In Deutschland bildet das Grundgesetz (GG) den übergeordneten Rahmen, wobei Art. 20 GG und Art. 28 GG die Grundlagen für den Sozialstaat legen. Der Staat trägt die Verantwortung für die Gewährleistung sozialer Sicherheit, auch wenn dies im GG nicht konkret formuliert ist. Das Sozialrecht, insbesondere das Sozialgesetzbuch (SGB), konkretisiert wiederum das Sozialstaatsprinzip (vgl. Thiele & Güntert 2014, 20f.). Althammer et al. (2021) definieren Sozialpolitik wie folgt:

---

[10] In der vorliegenden Arbeit steht primär die sozialökonomische Perspektive im Vordergrund, während sozialpolitische Aspekte eher indirekt behandelt werden. Dies lässt sich am Beispiel des Grundeinkommens verdeutlichen: Während das Grundeinkommen selbst eine sozialpolitische Maßnahme darstellt (s. Kap. 3.2), konzentriert sich diese Untersuchung auf die Lebenslage und Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen. Der Fokus liegt also auf dem Versorgungsgeschehen aus einer ökosozialen Perspektive (s. Kap. 2.2), ohne dabei den weiteren sozialpolitischen Kontext aus den Augen zu verlieren.

In diesem Sinne lässt sich praktische Sozialpolitik definieren als jenes politische Handeln, das abzielt, die wirtschaftliche und soziale Stellung von wirtschaftlich oder sozial absolut oder relativ schwachen Gruppen durch den Einsatz geeigneter Mittel im Sinne der in einer Gesellschaft verfolgten gesellschaftlichen und sozialen Grundziele (freie Entfaltung der Persönlichkeit, soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Gleichbehandlung) zu verbessern (‚Verteilungsfunktion') und den Eintritt wirtschaftlicher oder sozialer Schwäche im Zusammenhang mit dem Auftreten existenzgefährdender Risiken zu verhindern (‚Versicherungsfunktion'). (Althammer et al. 2021, 4)

Die beiden zentralen Aufgaben staatlicher Sozialpolitik sind die Absicherung existenzieller Risiken und die Verteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Positionen. In Deutschland spielt die Sozialversicherung eine zentrale Rolle, ergänzt durch die Einkommens- und Vermögensumverteilung, die Grundsicherung und die Arbeitsmarktpolitik (vgl. ebd., 4).

Entsprechend ihrer sozialpolitischen Ziele und Prinzipien verfolgt die staatliche Sozialpolitik ihre Ziele, indem sie Rechtsansprüche und -pflichten in ein bedarfsgerechtes Angebot umsetzt. Dabei muss der Staat nicht selbst Anbieter dieser Leistungen sein. Wie sich in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) zeigt, sind auch nicht-staatliche Träger im Rahmen der staatlichen Sozialpolitik von Bedeutung (vgl. Vaudt 2022, 8).

Sozialpolitik und staatliche Sozialpolitik werden häufig gleichgesetzt, da Sozialpolitik stark verstaatlicht ist. Nicht-staatliche Hilfe wird erst zu einer solchen, wenn sie öffentlich wird (vgl. Bellermann 2011, 19; Vaudt 2022, 24f.). Eine solche hierarchische Form der politischen Steuerung als ‚Hilfe von oben' kann als vertikale Sozialpolitik bezeichnet werden. Findet Sozialpolitik aber auch auf anderen gesellschaftlichen Ebenen statt, kann von ‚Hilfe auf Gegenseitigkeit' gesprochen werden, die als ‚horizontale Sozialpolitik' verstanden werden kann (vgl. Schulz-Nieswandt 2006, 48f.).

2.1.4.2 Horizontale Sozialpolitik: Ein alternatives Verständnis von Sozialpolitik

Das Konzept der horizontalen Sozialpolitik erweitert das traditionelle, staatszentrierte Verständnis von Sozialpolitik. Es stellt private Initiativen und Zusammenschlüsse in den Mittelpunkt, die zur Deckung sozialer Bedarfe beitragen. Schulz-Nieswandt (2006) betont in diesem Zusammenhang die Be-

deutung von Individuen, Gemeinschaftsverbänden, freigemeinnützigen Organisationen und privat-gewerblichen Unternehmen bei der Gestaltung sozialer Unterstützungssysteme (vgl. ebd., 48f.).

Dieser erweiterte Politikbegriff von Schulz-Nieswandt (2006) umfasst Aktivitäten jenseits staatlichen Handelns. Die Bundeszentrale für Politische Bildung (2024) definiert Politik in diesem Sinne als „jegliche Art der Einflussnahme und Gestaltung sowie die Durchsetzung von Forderungen und Zielen, sei es in privaten oder öffentlichen Bereichen." (Bundeszentrale für Politische Bildung 2024) Politik ist demnach nicht auf formale staatliche Institutionen und Prozesse beschränkt, sondern durchdringt viele Aspekte des gesellschaftlichen Lebens. In dieser erweiterten Perspektive beinhaltet Politik alle Formen der Einflussnahme, mit denen Individuen oder Gruppen ihre Interessen und Ziele verfolgen. Dies kann durch unterschiedliche Akteure wie Gemeinschaftsinitiativen, Vereine, NGOs, private Unternehmen oder informelle Netzwerke geschehen. Diese Akteure können gesellschaftliche Ressourcen mobilisieren, Bedarfe identifizieren und befriedigen sowie gesellschaftliche Normen und Werte beeinflussen.[11]

Dieses erweiterte Verständnis von Sozialpolitik macht deutlich, dass soziale Unterstützung und Wohlfahrt nicht allein durch staatliche Maßnahmen gewährleistet werden können. Vielmehr ermöglicht erst das Zusammenwirken verschiedener Akteure und deren Fähigkeit zur Selbstorganisation und Kooperation eine umfassende Befriedigung sozialer Bedarfe.

2.1.4.3 Wechselseitige Beziehung zwischen Sozialökonomie und Sozialpolitik

Die Unterscheidung zwischen Sozialökonomie und Sozialpolitik ist grundlegend für das Verständnis der Dynamik des Versorgungsgeschehens sozialer Bedarfe. Beide Bereiche sind eng miteinander verbunden und beeinflussen sich gegenseitig, können aber nicht als identisch betrachtet werden.

Die staatliche Sozialpolitik spielt eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die die Phänomene der Sozialökono-

[11] Ein anschauliches Beispiel für diese Form horizontaler Sozialpolitik sind Bürger:inneninitiativen, die sich für lokale Anliegen wie Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit oder Nachbarschaftshilfe einsetzen. Obwohl sie oft unabhängig von staatlichen Strukturen agieren, leisten sie einen sozialpolitischen Beitrag zur sozialen Unterstützung und zum Gemeinschaftsleben.

mie prägen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Sozialpolitik und Sozialökonomie gleichzusetzen sind. Sozialpolitik wird zwar häufig aus der Sicht des Staates interpretiert (vertikale Sozialpolitik), sie umfasst zugleich auch individuelles und gemeinschaftliches Handeln, das sich im Rahmen des Grundgesetzes abspielt und nicht notwendigerweise den Vorstellungen des Staates von Versorgungsstrukturen folgt. Auch solche Handlungen sind als sozialpolitisches Handeln zu verstehen (horizontale Sozialpolitik).

Sozialpolitik in diesem erweiterten Verständnis ist ein Politikfeld, dessen Aufgabe es ist, die Herausforderungen menschlicher Daseinsgestaltung im Spannungsfeld zwischen Föderalismus und Subsistenz zu gestalten (vgl. Schulz-Nieswandt 2006, 23). Das bedeutet, dass Sozialpolitik nicht nur auf staatliche Maßnahmen beschränkt ist, sondern auch die Rahmenbedingungen für individuelle und gemeinschaftliche Initiativen schafft, die zur sozialen Unterstützung und Wohlfahrt beitragen.

Die Betrachtung der Sozialökonomie als ein von vielfältigen Handlungen und Entscheidungen geprägtes Phänomen unterstreicht die Notwendigkeit einer klaren Unterscheidung zwischen Sozialökonomie und Sozialpolitik. Der erweiterte horizontale Ansatz der Sozialpolitik berücksichtigt Entscheidungsprozesse und Zielsetzungen auf allen Ebenen der Gesellschaft. Diese Entscheidungen und Handlungen formen die Sozialökonomie, während letztere die tatsächlichen Prozesse und Strukturen der sozialen Versorgung abbildet.

Die enge Verflechtung und wechselseitige Beeinflussung dieser beiden Bereiche erfordert eine ganzheitliche Analyse. Nur durch eine solche differenzierte Betrachtung können die realen Versorgungsstrukturen und -prozesse in ihrer Gesamtheit erfasst werden. Dies umfassende Verständnis ermöglicht es, die komplexen Wechselwirkungen zwischen staatlichen Maßnahmen, individuellen Entscheidungen und gemeinschaftlichen Initiativen zu erkennen und gezielt für die Verbesserung sozialer Unterstützungssysteme zu nutzen.

2.2 Die ökosoziale Perspektive und der Lebenslagen-Ansatz

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Sozialökonomie als theoretische Grundlage vorgestellt wurde, widmet sich dieses Kapitel zwei spezifischen Konzepten: der ökosozialen Perspektive und dem Lebenslagen-Ansatz. Ziel ist es, eine theoretische Perspektive auf das Versorgungsgeschehen der Sozialökonomie einzunehmen und ein analytisches Instrument für die Untersuchung der Lebenslage informeller Pflegepersonen zu entwickeln.

Das Kapitel ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird die ökosoziale Perspektive als theoretischer Zugang eingeführt und ausführlich erläutert. Anschließend erfolgt eine Abgrenzung zur feministischen Care Ökonomie, um die Besonderheiten und Vorteile des ökosozialen Ansatzes herauszuarbeiten. Darauf aufbauend wird der Lebenslagen-Ansatz als analytisches Werkzeug vorgestellt und seine Anwendbarkeit für die Untersuchung der Lebenslage informeller Pflegepersonen diskutiert.

Kernaussagen Kapitel 2.2

1. Die ökosoziale Perspektive betont die untrennbare Verwobenheit von sozialem und ökonomischem Handeln und rückt die unmittelbare Lebenswelt der Akteure in den Mittelpunkt des Versorgungsgeschehens sozialer Bedarfe.
2. Im Gegensatz zur feministischen Care Ökonomie ermöglicht der ökosoziale Ansatz eine neutralere Betrachtung, die geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigen kann, ohne sie als dominierenden Faktor zu setzen.
3. Der Lebenslagen-Ansatz dient als analytisches Instrument, um die Handlungsspielräume und Ressourcen informeller Pflegepersonen systematisch zu untersuchen.

2.2.1 Die ökosoziale Perspektive als theoretischer Zugang

Der ökosoziale Ansatz[12] bietet eine spezifische Perspektive auf die Sozialökonomie.[13] Sie basiert auf der Prämisse einer unauflösbaren Verflechtung von sozialem und wirtschaftlichem Handeln (vgl. Wendt 2007, 60). Diese Verflechtung impliziert, dass ökonomisches Handeln immer auch soziale Auswirkungen hat und umgekehrt (vgl. Wendt 2018a, 51).[14]

Der Ansatz betrachtet das Versorgungsgeschehen unter dem Aspekt der Subsistenz, also der eigenständigen Versorgung (vgl. Wendt 2007, 60; Wendt 2018a, 47). Im Zentrum der Betrachtung stehen die Haushalte, die als vielseitige und dynamische Einheiten verstanden werden. Sie spielen eine Schlüsselrolle im Versorgungsgeschehen und erfüllen dabei multiple Funktionen. Einerseits sind sie der Ort, an dem konkrete Versorgungsleistungen erbracht und empfangen werden. Andererseits fungieren sie als Räume, in denen Präferenzen gebildet, Ziele gesetzt und Entscheidungen getroffen werden. Diese Prozesse sind Teil der immateriellen Vergesellschaftung, bei der Werte, Normen und soziale Praktiken ausgehandelt und umgesetzt werden. Somit sind

---

[12] Der ökosoziale Ansatz wurde von Wendt (2007) in dieser Form beschrieben und in weiteren Publikationen weiterentwickelt (vgl. dazu Wendt 2018a) und findet sich auch bei Grundwald und Langer (2018) und Grunwald (2014) wieder.

[13] Im Vergleich zum ökosozialen Ansatz, der die lebensweltliche Dimension des Versorgungsgeschehens in den Mittelpunkt stellt, fokussieren sich andere theoretische Perspektiven auf spezifische Aspekte der Sozialökonomie. Die Theorien der Politischen Ökonomie verfolgen einen makrotheoretischen Ansatz, der die Deckung sozialer Bedarfe primär unter ökonomischen Gesichtspunkten und im Kontext staatlicher Entscheidungsprozesse analysiert (vgl. Wendt 2007, 47f.; Grunwald & Langer 2018, 55; Grunwald 2014, 40). Die institutionentheoretische Perspektive hingegen betrachtet sozialökonomische Organisationen als institutionalisierte Einheiten mit eigenständigen Handlungsmustern und Strukturen. Sie untersucht den Beitrag dieser Institutionen zur individuellen und kollektiven Wohlfahrt (vgl. Wendt 2007, 74f.). Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen verbindet diese Ansätze ein grundsätzliches Interesse an der Sozialökonomie. Die Wahl der Perspektive kann je nach Forschungsinteresse variieren, ohne dass die Erkenntnisse der anderen Ansätze vernachlässigt werden müssen. Vielmehr ergänzen sich die verschiedenen Perspektiven und ermöglichen in ihrer Gesamtheit ein ganzheitliches Verständnis der vielschichtigen Realitäten innerhalb der Sozialökonomie. Diese Vielfalt an theoretischen Perspektiven unterstreicht die Komplexität des Forschungsfeldes und die Notwendigkeit mehrdimensionaler Betrachtungsweisen.

[14] Ein anschauliches Beispiel hierfür sind informelle Pflegetätigkeiten, die sowohl eine soziale Dimension in Form unmittelbarer Fürsorge als auch eine ökonomische Komponente in Form unbezahlter Arbeit aufweisen. Diese Perspektive ermöglicht ein differenziertes Verständnis des Versorgungsgeschehens, das über rein strukturelle und quantitative Aspekte hinausgeht und die Qualität der Pflege in den Vordergrund rückt.

Haushalte nicht nur passive Empfänger von Leistungen, sondern aktive Gestalter des sozialen und ökonomischen Geschehens (vgl. Wendt 2007, 61; Wendt 2018a, 47f.).

Die ökosoziale Perspektive ist in hohem Maße sozialraumorientiert. Sie betont die Bedeutung des unmittelbaren Lebensumfeldes und der lokalen Kultur für die Gestaltung und Erhaltung von Lebensqualität (vgl. Wendt 2007, 64-66). Die lebensweltliche Dimension von Hilfeempfangenden und Hilfegebenden bildet damit den Ausgangspunkt der analytischen und empirischen Untersuchungen: „In der Denkbewegung der ökosozialen Theorie wird zirkulär vom Sozialen auf den lebensgemeinschaftlichen Oikos zurückgeschlossen, in dem ökonomisch getan wird, was dem gemeinschaftlichen und individuellen Wohl dienlich ist." (Wendt 2018a, 48; herv. i. Orig.) Das heißt, sie berücksichtigt die vielfältigen Beziehungen und Wechselwirkungen, in die Menschen sowohl in ihrem unmittelbaren Umfeld als auch in größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen eingebunden sind (vgl. ebd., 44).

Die Subsistenz der Haushalte, der unmittelbaren Akteure in ihrer Lebenswelt, ist Ausgangspunkt der Betrachtung, aber nicht auf sie beschränkt. Der ökosoziale Ansatz erweitert die Perspektive: Er reicht von der individuellen Haushaltsführung über die gemeinschaftliche Selbstversorgung bis zur formellen öffentlichen Daseinsvorsorge (vgl. Wendt 2007, 62; Grunwald & Langer 2018, 56; Grunwald 2014, 45f.). Dabei wird die Bedeutung des eigenen Handelns als Grundlage für gesellschaftliches Wohlergehen betont:

Ökosozial bedacht, hat Wohlfahrt den Verlaufscharakter des Gedeihens. Gemeint sein kann das Gedeihen des Gemeinwesens, dem wir angehören [...], das gute Ergehen eines Kollektivs [...] und ein Gelingen im Leben des einzelnen Menschen. Wohlfahrt besteht in einem Prozess, der Lebensqualität unterhält und herstellt. (Wendt 2018a, 60)

Der ökosoziale Ansatz führt systematisch alle Facetten des Versorgungsgeschehens zusammen und ermöglicht es, die komplexen ökonomischen Wechselwirkungen und Ressourcenströme zwischen den verschiedenen Bereichen des Versorgungssystems detailliert zu untersuchen. Dabei werden sowohl marktförmige als auch nicht-marktförmige Aktivitäten als wesentliche Bestandteile ökonomischen Handelns anerkannt (vgl. Wendt 2007, 70f.).

Diese wechselseitigen Beziehungen sind für die Theoriebildung von herausragender Bedeutung. Der ökosoziale Ansatz erfasst den privaten, intermediären und institutionalisierten Bereich ganzheitlich und definiert die Sozialökonomie als „eine auf individuelle und gemeinschaftliche Qualität des Lebens angelegte Wirtschaftsform der Selbsthilfe, der gegenseitigen Hilfe und der gemeinschaftlichen Versorgung" (ebd., 64). Wendt (2022) charakterisiert

die Sozialökonomie in diesem Sinne als ein Ökosystem, in dem individuelle Haushalte, sozialwirtschaftliche Betriebe und öffentliche Infrastruktur in wechselseitiger Abhängigkeit stehen. In diesem System bedingen private Daseinsvorsorge und öffentliche Leistungen einander, wobei alle Akteure sowohl als Leistungserbringer fungieren als auch die relevante Umwelt füreinander darstellen (vgl. Wendt 2022, 30f.).[15]

2.2.2 Die Unterscheidung zur feministischen Care Ökonomie

Die wissenschaftliche Sozialökonomie umfasst ein breites Spektrum von Perspektiven und Theorielinien zur Analyse des Versorgungsgeschehens sozialer Bedarfe (s. Kap. 2.1.2.3). Eine dieser wichtigen Perspektiven ist die feministische Ökonomie, die einen wesentlichen Beitrag zur sozialökonomischen Diskussion leistet, ohne dabei ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Hervorzuheben ist, dass die Sozialökonomie verschiedene Perspektiven nicht vereinnahmt, sondern sie als gleichwertige und komplementäre Sichtweisen auf das Versorgungsgeschehen integriert.

Die feministische Perspektive zeichnet sich durch eine Vielfalt von Positionen und Ansätzen aus, was sich besonders deutlich am Konzept der ‚Care Ökonomie' zeigt. Im Folgenden werden die Grundzüge dieses Konzepts skizziert, um die Grenzen und Überschneidungen zwischen der feministischen Perspektive und dem in dieser Arbeit verwendeten Ansatz der ökosozialen Perspektive präzise herauszuarbeiten.

Die Bedeutung dieser Gegenüberstellung wird durch die Tatsache unterstrichen, dass die feministische Care Ökonomie den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs im Bereich der Care Ökonomie maßgeblich prägt und dominiert. Diese Kontextualisierung ermöglicht es, die in dieser Arbeit entwickelten Ansätze in Bezug zu etablierten feministischen Theorien zu setzen. Dadurch können sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede in der Konzeptualisierung von Care Ökonomie herausgearbeitet werden.

---

[15] Eine vergleichbare Perspektive entwickelt Baumann (2024) mit dem Verständnis von Sorgearbeit als ökologisches Konzept. Der Begriff der ‚Care-Ökologie' betont dabei die vielfältigen Wechselbeziehungen und Abhängigkeiten in der Sorgearbeit, die über monetäre Aspekte hinausgehen und das Zusammenspiel von Umwelt und Gesellschaft in den Blick nehmen (vgl. Baumann 2024, 79f.).

2.2.2.1 Die Inhalte feministischer Care Ökonomie

Die feministische Ökonomie eröffnet eine interessante Perspektive, indem sie den Blick auf die oft übersehene und unbezahlte Arbeit lenkt, die überwiegend von Frauen geleistet wird. Diese Arbeit, die ein breites Spektrum von der Pflege von Kindern und älteren Menschen bis hin zur Haushaltsführung umfasst, wird in der klassischen ökonomischen Theorie oft marginalisiert oder gänzlich ignoriert. Autor:innen der feministischen Ökonomie argumentieren überzeugend, dass diese Tätigkeiten nicht nur essenzielle gesellschaftliche Funktionen erfüllen, sondern auch das unverzichtbare Fundament für zahlreiche bezahlte wirtschaftliche Aktivitäten bilden (vgl. Appel & Prainsack 2024, 19-21; Fraser 2018; Ferber & Nelson 2009; Folbre 1995). Ein zentraler Beitrag dieses Ansatzes liegt in der Hervorhebung von lebensweltlichen Zusammenhängen und Genderaspekten, die in traditionellen ökonomischen Modellen oft vernachlässigt werden. Dadurch wird ein differenzierteres und ganzheitlicheres Verständnis ökonomischer Prozesse ermöglicht, dass der Komplexität sozialer und ökonomischer Realitäten besser gerecht wird (vgl. Wendt 2007, 70; Grunwald & Langer 2018, 57; Grunwald 2014, 46f.).

Ein Schlüsselbegriff der feministischen Ökonomie ist der der ‚Care-Arbeit',[16] der ein breites Spektrum von Tätigkeiten beinhaltet. Dieses reicht von unbezahlten Leistungen wie der Pflege von Familienangehörigen bis hin zu bezahlten Tätigkeiten im Bereich sozialer Dienstleistungen (vgl. Thomas 1993, 665). Die feministische Perspektive geht in ihrer Betrachtung dieser Arbeit weit über rein nutzenorientierte Aspekte hinaus. Vielmehr rückt sie die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen, die im Rahmen dieser Tätigkeiten entstehen und gepflegt werden, in den Vordergrund (vgl. Wendt 2007, 68).

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ‚Care Konzepten' manifestiert sich in einer Vielzahl von Begrifflichkeiten, die die Differenziertheit dieses Forschungsfeldes widerspiegeln.[17] Zu den zentralen Begriffen zählen ‚care economy' (vgl. Madörin 2001), ‚caring economy' (vgl. Jochimsen 2003), das ‚vorsorgende Wirtschaften' (vgl. Biesecker et al. 2000, vgl. Biesecker 2010) sowie die ‚Versorgungsökonomie' oder die ‚Lebensweltökonomie' (vgl.

[16] Im deutschsprachigen Raum werden die Begriffe ‚Care-Arbeit' und ‚Sorgearbeit' synonym verwendet (vgl. Appel & Prainsack 2024, 15; Winker 2021, 9).

[17] Für eine allgemeine theoretische Verortung siehe Gubitzer und Mader (2011) sowie Schmitt et al. (2018). Diese Aufsätze bieten eine ausführliche Analyse der verschiedenen theoretischen Ansätze und Begrifflichkeiten im Bereich der Care Ökonomie.

Jochimsen et al. 2004). Diese terminologische Vielfalt unterstreicht den Reichtum und die Vielfalt der Ansätze innerhalb der feministischen Ökonomie. Eine umfangreiche Definition, die viele zentrale Aspekte der Care Ökonomie aus feministischer Perspektive zusammenfasst, liefert Vinz (2011):

Die Care Ökonomie umfasst sorgende und vorsorgende Tätigkeiten zur Pflege und Erziehung von Menschen in privaten Haushalten als auch vom Staat, von Sozialversicherungsträgern oder von der Privatwirtschaft getragene bezahlte Versorgungsarbeiten (in Heimen, Krankenhäusern). Damit werden Bereiche bezahlter und unbezahlter Arbeit umfasst, in denen nach wie vor hauptsächlich Frauen für die Versorgung und Pflege anderer zuständig sind. Die Care Ökonomie wird damit als eigenständige Kategorie für die Sorgetätigkeiten von der feministischen Ökonomie eingeführt.[18] (Vinz 2011) Diese Definition hebt einige zentrale Aspekte der Care Ökonomie hervor:

- Die Vielfalt der Care-Tätigkeiten: Sie reicht von der Pflege und Erziehung in privaten Haushalten bis zu institutionalisierten Formen der Versorgung.
- Die Pluralität der Akteure: Neben privaten Haushalten sind staatliche, sozialversicherungsfinanzierte und privatwirtschaftliche Formen der Sorgearbeit beteiligt.
- Die Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Arbeit: Beide Formen werden als integraler Bestandteil der Care Ökonomie betrachtet.
- Die Geschlechterdimension: Es wird betont, dass diese Tätigkeiten nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet werden.

Diese vielfältigen Aspekte und Dimensionen der Care Ökonomie verdeutlichen die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit ‚Care' als Begriff selbst. Im folgenden Kapitel wird daher eine kurze Analyse des Care-Begriffs vorgenommen, um seine verschiedenen Interpretationen und Anwendungsbereiche näher zu beleuchten.

[18] Es ist wichtig zu unterstreichen, dass diese Definition zwar viele Gemeinsamkeiten der verschiedenen feministischen Zugänge zur Care Ökonomie aufzeigt, dass es aber keine einheitliche feministische Position gibt. Die verschiedenen Ansätze unterscheiden sich in Nuancen und Schwerpunktsetzungen, was die Komplexität und Vielschichtigkeit des Themas unterstreicht.

2.2.2.2 Die Vielfalt des Care-Begriffs

Die Begriffe ‚Care', ‚Care-Arbeit' und ‚Sorgearbeit' weisen, ähnlich wie der Begriff des ‚Sozialen' (s. Kap. 2.1.2.4), eine Unschärfe und Vielfalt in der Verwendung auf. Es sei an dieser Stelle nur angedeutet, dass es eine breite Diskussion über ihre genaue Definition und Verwendung gibt. Diese begriffliche Vielschichtigkeit spiegelt die Komplexität des Themas wider. Der Care-Begriff umfasst Konzepte, die in verschiedenen Disziplinen und Kontexten unterschiedlich interpretiert und operationalisiert werden.[19]

Der Begriff ‚Care' hat sich seit den 1980er Jahren als zentraler Begriff im feministischen Diskurs etabliert und einen Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung und Bewertung von unbezahlter Arbeit und Fürsorgetätigkeiten in Ökonomie und Gesellschaft eingeleitet. Die feministische Bewegung nutzte den Begriff strategisch, um eine grundlegende Lücke im traditionellen ökonomischen Denken aufzudecken und zu adressieren. Vor der Einführung des Care-Begriffs wurden zahlreiche unbezahlte Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen geleistet werden, in ökonomischen Modellen und gesellschaftlichen Bewertungssystemen weitgehend marginalisiert oder als selbstverständlich vorausgesetzt. Dazu gehören wesentliche Aufgaben wie Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Haushaltsführung und emotionale Unterstützung. Obwohl diese Tätigkeiten für das Funktionieren von Gesellschaften und Volkswirtschaften unverzichtbar sind, bleiben sie in herkömmlichen ökonomischen Analysen und politischen Entscheidungsprozessen häufig unsichtbar (vgl. Weicht 2015, 6-8; Knecht 2012, 38f.; Schnabl 2005, 57f.).

[19] Im Juli 2022 veranstaltete das FRIBIS-Team Care einen Workshop zum Thema ‚Arbeit am Care-Begriff: Verwendung und Differenzierung des Care-Begriffs'. Die multiperspektivische Betrachtung zeigte die Vielfalt der theoretischen Ursprünge und Anwendungsfelder des Care-Begriffs. Eine zentrale Erkenntnis war, dass eine allgemeingültige Definition des Begriffs nicht möglich ist. Stattdessen wurde die Notwendigkeit betont, den Care-Begriff kontextabhängig zu verstehen und zu definieren. Der Workshop unterstrich die Bedeutung eines kontinuierlichen, interdisziplinären Diskurses für die Weiterentwicklung des Konzepts, um den sich verändernden sozialen, ökonomischen und kulturellen Realitäten, in denen Sorgearbeit stattfindet, gerecht zu werden (vgl. FRIBIS Team Care 2022).

Der Care-Begriff lässt sich grundsätzlich in eine enge und eine weite Auslegung unterscheiden (vgl. Aulenbacher 2020, 129-131; Praetorius 2015, 51f.; Blaschke 2014).[20] ‚Care' im engeren Sinne fokussiert primär auf konkrete Fürsorgetätigkeiten und -beziehungen zwischen Menschen. Dieser Ansatz betrachtet die praktischen Aspekte der Fürsorge, insbesondere in Situationen, in denen Menschen aufgrund von Alter, Krankheit oder Behinderung besondere Unterstützung benötigen. Der enge Care-Begriff umfasst sowohl professionelle Pflegedienste als auch informelle Pflege in Familien oder Gemeinschaften. Er akzentuiert die unmittelbaren, oft körperbezogenen Handlungen, wie z. B. die Unterstützung bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität (vgl. Winker 2021, 9; Schnerring & Verlan 2020, 26-28). ‚Care' wird in dieser Perspektive als eine spezifische Form zwischenmenschlicher Interaktion verstanden, die auf die Befriedigung grundlegender körperlicher und emotionaler Bedürfnisse abzielt, ohne notwendigerweise weitergehende philosophische oder gesellschaftliche Implikationen einzubeziehen (vgl. Müller 2018, 86-88).

Der weite Care-Begriff ist mit dem Konzept der Reproduktion verknüpft, der seine Wurzeln in marxistischen und feministischen Theorieströmungen hat (vgl. Kofman und Raghuram 2015, 40-42). Fischer (2015) identifiziert drei Ebenen der Reproduktion in einer Gesellschaft: die sexuelle, die soziale und die materielle Reproduktion. Die biologische Komponente geht über die reine Fortpflanzung hinaus und schließt auch die Versorgung und Erziehung des Nachwuchses ein. Die soziale Dimension meint den sozialen Zusammenhalt durch gegenseitige Unterstützung. Die materielle Dimension bezieht sich auf die Sicherung grundlegender Lebensbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft und andere essenzielle Ressourcen (vgl. Fischer 2015, 40). Dieses Konzept verdeutlicht, dass Reproduktion über die reine Sorgearbeit hinausgeht. Sie stellt ‚Care' in einen größeren Zusammenhang, der die Analyse kapitalistischer Strukturen, Arbeitsverhältnisse sowie Produktions- und Tauschprozesse aus feministischer Perspektive einschließt (vgl. Aulenbacher 2020, 130). Der weite Care-Begriff ermöglicht somit eine ganzheitliche Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen Sorgearbeit und gesellschaftlichen Strukturen, wodurch die tiefgreifenden Implikationen von ‚Care' für soziale, ökonomische und politische Systeme sichtbar gemacht werden können.

---

[20] Blaschke (2014) unterscheidet vier feministische Lesarten des Care-Begriffs und dessen Verwendungen. Dies bietet einen aufschlussreichen Überblick über die Definition und deren theoretische Herkunft.

2.2.2.3 Begründung für eine Unterscheidung

Die Sozialökonomie widmet sich primär der Untersuchung des Versorgungsgeschehens sozialer Bedarfe. Als wissenschaftliche Disziplin betrachtet sie dieses Phänomen aus unterschiedlichen Perspektiven. Eine wichtige Perspektive ist die feministische Interpretation der Care Ökonomie, die insbesondere geschlechtsspezifische Unterschiede in den Blick nimmt. Zwischen dieser Perspektive und der in dieser Arbeit verwendeten ökosozialen Theorielinie bestehen sowohl Gemeinsamkeiten als auch wesentliche Unterschiede.

Die Darstellung der feministischen Care Ökonomie dient der Kontextualisierung und Begründung der Wahl der ökosozialen Theorie als theoretischen Bezugspunkt für die Analyse der Altenpflegeökonomie. Diese Begründung ist umso relevanter, als die Care Ökonomie den Diskurs über informelle Tätigkeiten weitgehend dominiert. Die Entscheidung, auf diese Perspektive und ihre Begrifflichkeiten zu verzichten, sollte daher begründet werden.

Sowohl die ökosoziale als auch die feministische Perspektive betonen die Bedeutung der lebensweltlichen Nähe des Versorgungsgeschehens. Diese Nähe manifestiert sich in den alltäglichen Erfahrungen und Beziehungen, die im Rahmen der Pflege entstehen und gepflegt werden. An dieser Stelle ergeben sich wichtige Schnittstellen zwischen den beiden Ansätzen, da beide die Relevanz des lebensweltlichen Kontextes betonen.

Der Fokus dieser Arbeit liegt auf dem lebensweltlichen Kontext informeller Pflegepersonen, ohne dabei geschlechtsspezifische Unterschiede in den Vordergrund zu stellen. Dies bedeutet keineswegs eine Vernachlässigung der Geschlechterperspektive, sondern vielmehr eine Konzentration auf die Alltagsrealität und die spezifischen Herausforderungen, mit denen informelle Pflegepersonen konfrontiert sind. Dieser Ansatz ermöglicht eine ganzheitliche Betrachtung der Pflegesituation, die geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt, sich aber nicht darauf beschränkt.

Ein wesentlicher Vorteil des ökosozialen Ansatzes wird hier in seiner relativen Neutralität gesehen. Im Gegensatz zur feministischen Perspektive, die geschlechtsspezifische Ungleichheiten von vornherein als zentral voraussetzt und ihre Ergebnisse vor diesem Hintergrund interpretiert, geht der ökosoziale Ansatz von einem neutraleren Ausgangspunkt aus. Diese Neutralität ermöglicht es, geschlechtsspezifische Aspekte zu berücksichtigen, ohne sie a priori als dominierenden Faktor zu setzen. Dies ermöglicht eine offenere Herangehensweise an die Forschungsfragen und die Interpretation der Ergebnisse. Es kann dazu beitragen, bisher übersehene oder unterschätzte Einflussfaktoren auf die Alltagsbewältigung informell Pflegender zu identifizieren. Ein weiterer

Vorteil dieser neutraleren Position ist, dass die Forschungsergebnisse für ein breiteres Spektrum von Akteuren zugänglich und akzeptabel werden. Dies ist insbesondere für die praktische Anwendbarkeit der Ergebnisse relevant.[21]

Im Vergleich zu feministischen Konzepten der Care Ökonomie, die ein breites Spektrum von Tätigkeiten und Feldern umfassen, bietet die ökosoziale Perspektive die Möglichkeit, spezifische Versorgungsrealitäten innerhalb der Sozialökonomie genauer in den Blick zu nehmen. Gleichzeitig behält sie das Versorgungsgeschehen als Ganzes im Blick. Diese doppelte Perspektive ermöglicht sowohl eine detaillierte Analyse einzelner Aspekte als auch deren Einordnung in einen größeren Kontext.

Bei der Verwendung des Begriffs der Care Ökonomie ergeben sich häufig Schwierigkeiten, verschiedene Aspekte des Versorgungsgeschehens trennscharf voneinander abzugrenzen. Der Hauptgrund dafür liegt in der inhärenten Breite des Care-Begriffs, der selbst in seiner engsten Definition ein sehr weites Feld abdeckt. Die ökosoziale Perspektive erkennt zwar die umfassende Bedeutung des Care-Begriffs an und ermöglicht gleichzeitig eine genauere Untersuchung spezifischer Teilbereiche, ohne diese aus dem Gesamtzusammenhang zu lösen.

Ein zentrales Ziel dieser Arbeit ist es zu zeigen, dass eine fundierte Analyse und Darstellung der Versorgung sozialer Bedarfe auch ohne expliziten Rückgriff auf den Care-Begriff möglich und sinnvoll sind. Dabei soll gezeigt werden, dass dieser Ansatz nicht nur in sich konsistent ist, sondern auch Anknüpfungspunkte an relevante Grenzbereiche in Praxis und Theorie bietet. Dies unterstreicht die Flexibilität und Anwendbarkeit der ökosozialen Perspektive in unterschiedlichen Kontexten der Sozialökonomie.

2.2.3 Der Lebenslagen-Ansatz als analytisches Werkzeug

Der theoretische Rahmen dieser Arbeit erfordert einen konkreten analytischen Zugang, um die Forschungsfrage adäquat untersuchen zu können. Dazu wird der ‚Lebenslagen-Ansatz' herangezogen, der sich durch seine subjektive Personenzentrierung auszeichnet und gleichzeitig objektive Faktoren

[21] Es ist zu beachten, dass diese Darstellung eine bestimmte Argumentationslinie darstellt. Jeder theoretische Ansatz bringt zwangsläufig eine gewisse Verzerrung in der Wahrnehmung und Interpretation der Realität mit sich. Die Einschränkung gilt auch für die ökosoziale Perspektive.

integrieren kann. Insbesondere laufen hier zwei wesentliche Stränge zusammen: der sozialökonomische und der sozialpolitische Lebenslagen-Ansatz.

Der Lebenslagen-Ansatz hat in der jüngeren Forschung unterschiedliche Interpretationen und Weiterentwicklungen erfahren. Wendt (2018a) integriert den Lebenslagen-Ansatz in die ökosoziale Theorie und betont dabei die Wechselwirkungen zwischen Individuum und Umwelt. Diese Darstellung bleibt jedoch weitgehend selbstreferenziell und berücksichtigt kaum parallel existierende Forschungsstränge. Demgegenüber haben Voges et al. (2003), Schulz-Nieswandt (2006) und Kaufmann (2009) das aktuelle Verständnis der Lebenslage aus sozialpolitischer Perspektive maßgeblich geprägt. Sie erweitern den Ansatz um wichtige Dimensionen wie die Rolle staatlicher Interventionen, gesellschaftlicher Strukturen und individueller Handlungsspielräume.

Die Konvergenz dieser beiden Stränge – des ökosozialen und des sozialpolitischen – im Lebenslagen-Ansatz ermöglicht eine ganzheitliche Betrachtung: Sie verbindet die umfassende ökosoziale Perspektive mit dem gezielten Blick auf sozialpolitische Maßnahmen und deren Wirkungen. Gerade im Kontext der Analyse sozialpolitischer Maßnahmen wie dem Grundeinkommen erweist sich diese Konvergenz als besonders wertvoll. Diese Synthese ermöglicht es, das subjektive Erleben des Einzelnen als Ergebnis vielfältiger Einflussfaktoren zu verstehen (s. Kap. 2.1.4.3 zum Verhältnis von Sozialökonomie und Sozialpolitik).

2.2.3.1 Die ökosoziale Herleitung der Lebenslage

Die ökosoziale Perspektive liefert den theoretischen Zugang zur Sozialökonomie in dieser Arbeit, d. h. sie bietet einen konzeptionellen Rahmen, um die komplexen Wechselwirkungen zwischen Individuen, ihrer unmittelbaren Umwelt und größeren gesellschaftlichen Strukturen zu verstehen und zu integrieren. Ihr Ausgangspunkt sind die Menschen in ihrer unmittelbaren Lebenswelt. Das bedeutet, dass sie sich zunächst auf das individuelle Versorgungsgeschehen der Menschen in ihrem alltäglichen Umfeld konzentriert. Sie berücksichtigt dabei den Einfluss persönlicher Beziehungen, lokaler Gemeinschaften und der unmittelbaren Lebensumstände der Individuen (s. Kap. 2.2.1). Gleichzeitig hat die ökosoziale Perspektive auch die äußeren Einflussfaktoren im Blick, die auf die Lebenswelt der Menschen einwirken: „Ökosozial wird auf die Ressourcen gesehen, die zum persönlichen und gemeinschaftlichen Unterhalt und zur Problembewältigung verfügbar sind.“ (Wendt 2018a, 64)

Die Verfügbarkeit von Ressourcen ist je nach individueller Situation unterschiedlich. Menschen greifen sowohl auf persönliche Fähigkeiten und innere Kräfte als auch auf externe Unterstützungsquellen zurück, um für sich selbst und andere zu sorgen. Zugleich stellt die gesellschaftliche Infrastruktur ein breites Spektrum an Ressourcen zur Verfügung, darunter materielle Güter, personelle Unterstützung und professionelle Dienstleistungen, um den vielfältigen sozialen Bedarfen in der Versorgung gerecht zu werden. Die Zusammensetzung und Relevanz der Ressourcen ist dynamisch und passt sich den jeweiligen Lebensumständen an. Je nach den spezifischen Anforderungen und Herausforderungen, mit denen eine Person konfrontiert ist, verändert sich die Konstellation der als hilfreich erachteten Ressourcen. Dabei unterliegen sowohl die Wahrnehmung als auch die Bewertung dieser Ressourcen einem ständigen Wandel, der von den aktuellen Bedürfnissen und Situationen des Individuums geprägt ist (vgl. ebd., 63-65).

Diese Gesamtheit innerer und äußerer Lebensumstände bildet die sog. ‚Lebenslage' eines Individuums. Im ökosozialen Konzept dient der Begriff der Lebenslage dazu, alle Faktoren zu erfassen, die die individuelle Lebensführung beeinflussen und bedingen (vgl. ebd., 61). Analytisch und empirisch geht es letztlich um die „alltäglichen Lebensverhältnisse und Bewältigungsmuster" (ebd., 62).

Die Lebenslage einer Person enthält verschiedene Aspekte, die sich gegenseitig bedingen. Alle diese Faktoren sind eng miteinander verwoben und bilden zusammen den Rahmen der Lebenslage, innerhalb dessen ein Mensch sein Leben gestaltet und sich entwickelt. Sie beinhaltet:

- die persönliche Lebensgeschichte und biographische Entwicklung,
- die Perspektiven und Möglichkeiten der zukünftigen Lebensgestaltung,
- die gegenwärtige Verfassung, die sich aus der körperlichen und seelischen Gesundheit, der Widerstandsfähigkeit gegenüber Herausforderungen (Resilienz) und der Art und dem Ausmaß der Verletzlichkeit (Vulnerabilität) zusammensetzt,
- und die äußeren Umstände, zu denen die materielle Situation, das soziale Umfeld und die Beziehungen, der kulturelle Kontext sowie die Machtstrukturen und Abhängigkeiten gehören, welche das Leben einer Person oder Familie beeinflussen (vgl. ebd., 61).

2.2.3.2 Die sozialpolitische Herleitung der Lebenslage

Die Darstellung des sozialpolitischen Ansatzes der Lebenslage ist nicht nur wegen seiner inhaltlichen Bezüge mit der ökosozialen Perspektive von Bedeutung. Der Lebenslagen-Ansatz kann auf eine beachtliche Entwicklungsgeschichte zurückblicken, die weit in das vergangene Jahrhundert zurückreicht und sich über mehrere Jahrzehnte erstreckt. Seine konzeptionelle Entfaltung begann bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert und hat seitdem kontinuierlich an Tiefe und Komplexität gewonnen.

Systematisch hergeleitet und ausgearbeitet wurde der Lebenslagen-Ansatz in moderner Form bei Voges et al. (2003). Dies ist der primäre Bezugspunkt für den in dieser Arbeit verwendeten Ansatz, der durch weitere theoretische Konstrukte bei Schulz-Nieswandt (2006) und Kaufmann (2009) ergänzt wird. Allen gemeinsam ist der Rückbezug auf die Arbeiten von Weisser (1956; 1978), die den Lebenslagen-Ansatz maßgeblich geprägt haben (vgl. Kaufmann 2009, 122f.; Schulz-Nieswandt 2006, 39-41; Voges et al. 2003, 40f.; Finis Siegler 2019, 168f.).

Weisser (1965, 1978) hat den Lebenslagen-Ansatz für sozialpolitische Analysen der Nachkriegszeit aufgegriffen und weiterentwickelt. Im Fokus stehen das Individuum und sein Wohlergehen (vgl. Amann 1983, 139). Der Wert der Lebenslage definiert sich dabei aus dem ‚Handlungsspielraum', der durch äußere Umstände für die Befriedigung menschlicher Interessen zur Verfügung steht (vgl. Weisser 1956, 986). Es geht um die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten zur Selbstverwirklichung im Rahmen eines Katalogs von Grundanliegen. Mit dem Lebenslagen-Ansatz werden die mehrdimensional wirkenden sozialen und gesellschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen als mitkonstituierend für die individuelle Lebenslage und die Handlungsmöglichkeiten einbezogen (vgl. Voges 2003, 40f.). Dabei ist der Begriff ‚Lebenslage' eine relative Kategorie, da die einbezogenen Dimensionen je nach zeitgeschichtlicher Perspektive variieren können (vgl. Weisser 1972, 773).

Nach Voges et al. (2003) erfährt der von Weisser (1956, 1978) entwickelte Lebenslagen-Ansatz bei Nahnsen (1992) eine sinnvolle Erweiterung (vgl. Voges 2003, 42f.). Nahnsen (1992) führt den Ansatz weiter, indem ein individualstrukturalistischer Aspekt betont wird. Nahnsen (1992) argumentiert, dass der Wert einer Lebenslage nicht nur durch den zur Verfügung stehenden Spielraum von Grundanliegen bestimmt werde, sondern auch als Möglichkeit zur Entwicklung und Entfaltung dieser Anliegen betrachtet werden sollte. Ziel dieses Ansatzes ist es, die strukturellen Bedingungen zu analysieren, um die Reichweite der Handlungsmöglichkeiten individueller Akteure erkennen zu

können (vgl. Nahnsen 1992, 105-107). Nahnsen (1992) fokussiert auf Möglichkeiten und durch sie eröffnete oder verschlossene Handlungsspielräume und argumentierte, dass die Struktur der Bedingungen die Realisierung bzw. Entfaltung von Interessen beeinflusst. Es wurden fünf verschiedene Spielräume identifiziert: Versorgungs- und Einkommensspielraum, Kontakt- und Kooperationsspielraum, Lern- und Erfahrungsspielraum, Muße- und Regenerationsspielraum und Dispositions- und Partizipationsspielraum (vgl. ebd., 117f.), die als reine Hypothesen zu betrachten sind, aber von Schwenk (1999) als relevante Dimensionen der Lebenslage bewertet werden (vgl. Schwenk 1999, 46). Im Gegensatz zum subjektiven Schwerpunkt bei Weisser (1956; 1978), fügte Nahnsen (1992) einen objektiven Schwerpunkt hinzu und machte den Lebenslagen-Ansatz damit operationalisierbar (vgl. Voges 2003, 42f.).

Nach Schulz-Nieswandt (2006) beschreibt der Lebenslangen-Ansatz die Handlungsspielräume, die Menschen benötigen, um ihre Ziele und Lebensentwürfe im Einklang mit ihren Werten zu verwirklichen (vgl. Schulz-Nieswandt 2006, 13). Das Zusammenspiel von personalen und kontextuellen Ressourcen, darunter materielle, psychische und soziale Kompetenzen sowie ökonomische, soziale, technische und räumliche Ressourcen, bestimmt die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Lebenslage in einer Lebensphase. Lebenslagen können zu spezifischen Lebensstilen verdichtet werden, d. h. die Bedeutung von Ressourcen könne nur im Lichte der Personenzentrierung der Lebenslagenkategorien verstanden werden (vgl. ebd., 14f.).[22]

Kaufmann (2009) fragt bei der Entwicklung einer soziologischen Theorie staatlicher Sozialpolitik danach, auf wen sozialpolitische Maßnahmen überhaupt wirken. Dabei sieht auch Kaufmann (2009) den Lebenslagen-Ansatz als zentrales Wirkungsfeld staatlicher Sozialpolitik. Kaufmann (2009) definiert das Handlungsfeld der Sozialpolitik als die sozialen Verhältnisse von Individuen unter dem Gesichtspunkt ihrer Teilhabe an gesellschaftlichen Möglichkeiten. Lebenslagenmerkmale wie Arbeitsverhältnisse, Einkommen, Wohnverhältnisse, medizinische Versorgung, Klage- und Mitbestimmungsrechte seien vergleichbar und würden eine objektivere Beurteilung der sozialen Lage ermöglichen (vgl. Kaufmann 2009, 78f.).

---

[22] Damit positioniert sich dieser Ansatz auch als Kritik an einem reinen Ökonomismus, der ökonomische Effizienz als dominanten Faktor menschlicher Lebensführung und als alleinigen Maßstab für Wohlfahrt ansieht (vgl. Schulz-Nieswandt 2006, 100).

2.2.3.3 Die Arbeitsdefinition der Lebenslage und ihre Kategorien

Aus der Verschränkung beider Theoriestränge kristallisiert sich der Lebenslagen-Ansatz zu folgender Arbeitsdefinition heraus, die im Rahmen der ökosozialen Perspektive zu verstehen ist:

Die Lebenslage einer Person beschreibt die Handlungsspielräume, die einer Person im Hinblick auf die allgemeinen An- und Herausforderungen in ihrem Lebenszyklus zur Verfügung stehen. Die vorhandenen und prinzipiellen Handlungsspielräume werden durch mehrdimensionale Ressourcen (materielle und immaterielle Ressourcen) ausgestaltet. Dabei sind Ressourcen und Handlungsspielräume immer gesellschaftlich gerahmt, werden von diesen beeinflusst und stehen in wechselseitigen Beziehungen.

Der Lebenslagen-Ansatz verbindet die individuelle Dimension mit der extern-strukturellen Dimension und macht sie einer theoretischen Darstellung und schließlich auch einer methodischen Analyse zugänglich. Diese Verknüpfung erfolgt über eine mehrdimensionale Struktur, die verschiedene Systemebenen und Faktoren berücksichtigt (s. Kap. 2.1.3.3 zu den Systemebenen).

Auch wenn beide Dimensionen in ihrer Vielschichtigkeit aufgefächert werden, bleibt das Individuum im Zentrum der Betrachtung, da sich Strukturen immer auf die persönliche Lebenslage beziehen und im persönlichen Erleben wirksam werden. Der mehrdimensionale Ansatz ermöglicht es, die komplexen Wechselwirkungen zwischen Individuum und Umwelt differenziert zu erfassen und zu analysieren.

Die Handlungsspielräume werden als mehrdimensionale Ressourcenräume verstanden, und müssen als solche kategorial aufgeschlüsselt werden (vgl. Schulz-Nieswandt 2006, 27f.). Die Kategorien der Lebenslage werden anhand ihrer charakteristischen Wirkungen und Einflüsse auf die individuelle Situation strukturiert. Sie lassen sich zu vier zentralen, sich wechselseitig beeinflussenden Kategorien der Lebenslage verdichten:

1. Sozialrechtlicher Status von Personen
2. Ökonomische Ressourcen
3. Ökologische Struktur (Gelegenheitsstruktur) von Personen
4. Handlungskompetenzen von Personen (vgl. Kaufmann 2009, 89-91).[23]

[23] Es ist wichtig zu beachten, dass diese Kategorisierung nach Kaufmann (2009) dem sozialpolitischen Forschungsstrang entstammt. In diesem Kontext spielt der soziale Rechtsstatus eine bedeutende Rolle. Aus sozialökonomischer Perspektive hingegen nimmt dieser Aspekt eine

Die Anwendung des Lebenslagen-Ansatzes im Rahmen der ökosozialen Theorie erfordert eine Präzisierung, um ihn an die spezifische Forschungsfrage anzupassen. In dieser Arbeit liegt der Fokus auf der Untersuchung der spezifischen Lebenslagen informeller Pflegepersonen, wobei eine bestimmte Gruppe mit charakteristischen Merkmalen im Mittelpunkt steht: erwerbsfähige informelle Pflegepersonen. Diese gezielte Ausrichtung des Lebenslagen-Ansatzes ermöglicht eine detaillierte Analyse der charakteristischen Handlungsspielräume dieser Gruppe. So können die Handlungsmöglichkeiten und Bewältigungsstrategien erwerbsfähiger informell Pflegender im Alltag eingehend erfasst und untersucht werden. Die Alltagsbewältigung stellt nichts anderes als das Versorgungsgeschehen sozialer Bedarfe dar, womit sich der Kreis zur Sozialökonomie schließt.[24]

2.2.3.4 Erkenntnistheoretische Probleme des Lebenslagen-Ansatzes

Die Erforschung von Lebenslagen wirft auch erkenntnistheoretische Fragen auf. In diesem Kapitel werden die Herausforderungen untersucht, die sich aus der Subjektivität individueller Bewertungen und der Dualität von Lebenslage als Ursache und Wirkung ergeben.

Im Blickpunkt des Erkenntnisinteresses steht die Lebenslage des Individuums, deren Bewertung aufgrund ihrer Subjektivität eine besondere Herausforderung darstellt. Die Bewertung der Lebensqualität kann nicht nur von individuellen Faktoren, sondern auch von situativen affektiven Zuständen beeinflusst werden, was zu einer Heterogenität der Bewertungen führen kann. Dieses Erkenntnisproblem der subjektiven Lebensqualitätsforschung kann zu paradoxen Ergebnissen führen, wie Glatzer und Zapf (1984) in Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bevölkerung zeigen (vgl. Glatzer & Zapf 1984, 394f.). Voges et al. (2003) bestätigen die mögliche Diskrepanz zwischen subjektiver Einschätzung und objektiver Bewertung (vgl. Voges et al. 2003, 48-

---

weniger dominante Position ein. Die übrigen drei Kategorien – ökonomische Ressourcen, ökologische Struktur und Handlungskompetenzen – finden jedoch in beiden Ansätzen, dem sozialpolitischen wie dem sozialökonomischen, gleichermaßen Berücksichtigung. Diese Überschneidung verdeutlicht die Konvergenz der verschiedenen theoretischen Perspektiven im Lebenslagen-Ansatz.

[24] Eine ausführliche Herleitung und Diskussion der informellen Altenpflegeökonomie erfolgt in Kapitel 2.3. Dort wird das spezifische Versorgungsgeschehen der informellen Altenpflege eingehend analysiert und in den größeren Kontext der Sozialökonomie eingeordnet.

50), die Schulz-Nieswandt (2006) als Wohlfahrtsparadox bezeichnet (vgl. Schulz-Nieswandt 2006, 46-48; s. Kap. 2.1.3.1).

Das grundlegende erkenntnistheoretische Dilemma besteht darin, dass die Beurteilung einer Lebenslage nicht allein auf der Basis objektiv messbarer Ressourcen (wie z. B. Einkommen) erfolgen kann. Andererseits reichen auch die subjektiven Einschätzungen der Betroffenen nicht aus, um die tatsächliche Verfügbarkeit und Qualität dieser Ressourcen vollständig zu erfassen. Schulz-Nieswandt (2006) betont, dass beide Aspekte – objektive Gegebenheiten und subjektive Wahrnehmungen – untrennbar miteinander verwoben sind und sich gegenseitig beeinflussen. Diese Komplexität macht es unmöglich, Lebenslagen entweder rein objektiv oder rein subjektiv zu beurteilen, sondern erfordert stets eine ganzheitliche Betrachtung (vgl. ebd., 46-48).
Aus erkenntnistheoretischer Sicht ist es für einen analytischen Zugang zum Lebenslagen-Ansatz entscheidend, zwischen zwei Erklärungsansätzen zu unterscheiden:

1. Die Lebenslage als Ergebnis bestimmter Bedingungen und Ressourcen (Output-Faktor).
2. Die Lebenslage als Einflussfaktor auf Bedingungen und Ressourcen (Input-Faktor).

Voges et al. (2003) differenzieren diese Wirkungsrichtungen als Lebenslage in der Rolle des Explanandums (zu erklärende Variable) und des Explanans (erklärender Faktor) (vgl. Voges et al. 2003, 50).

Bei der Betrachtung der Lebenslage als Output-Faktor wird untersucht, welche Bedingungen das Ergebnis der Lebenslage beeinflussen. Wird die Lebenslage hingegen als Input-Faktor analysiert, steht die Frage im Vordergrund, wie sie andere Entitäten, Strukturen oder Ressourcen beeinflusst. Diese Dualität verdeutlicht, dass die Lebenslage als Erkenntnisobjekt nicht in einer einseitigen Ursache-Wirkungs-Beziehung steht. Vielmehr ist sie sowohl Ursache als auch Wirkung, wobei sich diese Beziehungen im Zeitverlauf entfalten (vgl. ebd., 56).

2.3 Die informelle Altenpflegeökonomie

Dieses Kapitel baut auf den zuvor erarbeiteten theoretischen Grundlagen der Sozialökonomie und der ökosozialen Perspektive auf, um eine spezifische Theorie und Empirie der informellen Altenpflegeökonomie zu entwickeln. Ziel ist es, ein umfassendes Verständnis dieses Teilbereichs der Altenpflegeökonomie zu schaffen und die Basis für die anschließende empirische Untersuchung zu legen.

Ausgehend von der Theorie der Sozialökonomie nach Wendt (2007; 2016; 2018) wird zunächst eine allgemeine Definition der Altenpflegeökonomie abgeleitet. Darauf aufbauend wird die informelle Altenpflege in diesem Rahmen verortet und mit der ökosozialen Perspektive sowie dem Lebenslagen-Ansatz verknüpft. Dieses systematische Vorgehen ermöglicht eine fundierte Darstellung der informellen Altenpflegeökonomie, die durch aktuelle empirische Daten und Zahlen untermauert wird.

Kernaussagen Kapitel 2.3

1. Die informelle Altenpflegeökonomie umfasst alle informellen Interaktionen, Handlungsmuster und Strukturen zur Versorgung pflegebedürftiger älterer Menschen.
2. Empirische Daten belegen die herausragende Rolle der informellen Pflege im Versorgungssystem und verdeutlichen gleichzeitig die vielfältigen Herausforderungen, mit denen informelle Pflegepersonen konfrontiert sind.
3. Das entwickelte Modell zur Lebenslage informelle Pflegepersonen identifiziert vier zentrale Faktoren: Vereinbarkeit der Lebensbereiche, finanzielle Situation, persönliches Wohlbefinden und soziales Netzwerk.

2.3.1 Eine Theorie der informellen Altenpflegeökonomie

In diesem Kapitel wird eine Theorie der informellen Altenpflegeökonomie entwickelt, um die dynamischen Prozesse und Strukturen im Versorgungsgeschehen pflegebedürftiger älterer Menschen zu verstehen. Zunächst wird die

allgemeine Altenpflegeökonomie definiert, um darauf aufbauend spezifische Aspekte der informellen Altenpflegeökonomie herauszuarbeiten. Dieses Kapitel schließt die Theorie ab und bereitet den Übergang zur empirischen Analyse im nächsten Kapitel vor, in dem die Lebenslagen und Erfahrungen von informellen Pflegepersonen dargestellt werden.

2.3.1.1 Das Konzept der allgemeinen Altenpflegeökonomie

Wenn die Sozialökonomie das Versorgungsgeschehen sozialer Bedarfe als Phänomen beschreibt (s. Kap. 2.1.2), dann ist es für die darauf aufbauende Altenpflegeökonomie essenziell, das ‚Soziale der Altenpflege' genau zu bestimmen. Denn dies bildet die zentrale Achse des Versorgungsgeschehens. Soziale Bedarfe umfassen die Versorgung und Unterstützung bei Risiken, die die selbstständige Lebensführung beeinträchtigen (s. Kap. 2.1.2.4). Im Kontext der Pflege bedeutet dies, dass diese Bedarfe unabhängig vom Alter mit einer Pflegebedürftigkeit verbunden sind.

Die Definition von Pflegebedürftigkeit orientiert sich an der zeitgemäßen Definition des Wissenschaftlichen Beirats im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) (vgl. BMG 2009; 2013). Pflegebedürftigkeit wird hier wie folgt erfasst: Pflegebedürftig ist, wer körperliche oder psychische Schädigungen, Beeinträchtigungen der körperlichen, kognitiven oder psychischen Funktionsfähigkeit oder gesundheitlich bedingte Belastungen und Anforderungen mangels eigener Ressourcen nicht selbständig bewältigen oder kompensieren kann. Diese Person benötigt dauerhaft oder vorübergehend Unterstützung bei den Aktivitäten des täglichen Lebens, bei der Krankheitsbewältigung, bei der Gestaltung von Lebensbereichen und bei der sozialen Teilhabe (vgl. BMG 2013, 11).

Pflegebedürftigkeit kann Menschen jeden Alters betreffen, auch Kinder und junge Erwachsene. Die zentrale Zielgruppe dieser Arbeit sind jedoch Menschen in der ‚vierten Lebensphase'. In der Gerontologie bezeichnet diese Phase das hohe Alter bzw. die Hochaltrigkeit, die typischerweise im Alter zwischen 80 und 85 Jahren beginnt. Diese Lebensphase ist durch häufigere gesundheitliche Beeinträchtigungen und einen erhöhten Hilfe- und Pflegebedarf gekennzeichnet, im Gegensatz zur dritten Lebensphase, dem sog. ‚jungen Alter', in dem die meisten Menschen noch relativ gesund und selbstständig sind (vgl. Wurm 2019).

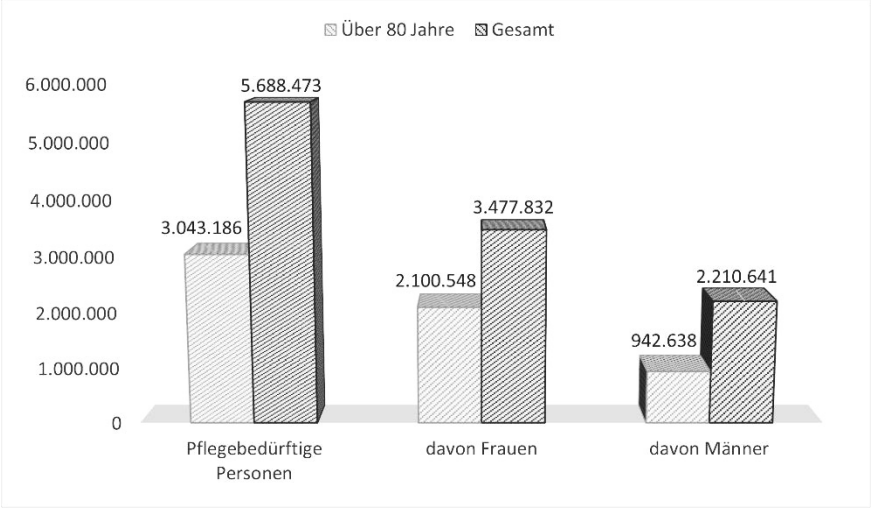


Abbildung 1: Absolutes Verhältnis der über 80-jährigen Pflegebedürftigen zur Gesamtzahl der Pflegebedürftigen in Deutschland, Stichtag 31.12.2023 (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a; eigene Darstellung).

Die Pflege betrifft vor allem die mittlere und höhere Lebensphase (vgl. Geyer & Schulz 2014, 294-296). Das Gesamtrisiko, pflegebedürftig zu werden, liegt bei den über 80-Jährigen bei ca. 46 Prozent, wohingegen das Risiko bei 60- bis 80-Jährigen bei 9,5 Prozent und bei unter 60-Jährigen bei 2 Prozent liegt (vgl. BMG 2024a, 20). Die Bedeutung der vierten Lebensphase wird an Zahlen verdeutlicht: Von insgesamt 5.688.473 Pflegebedürftigen in Deutschland sind 3.043.186 Menschen über 80 Jahre alt. Das entspricht 53,5 Prozent der pflegebedürftigen Bevölkerung, wobei der Anteil bei Frauen mit 69 Prozent höher liegt als bei Männern mit 31 Prozent (s. Abb. 1). Der hohe Anteil Hochaltriger unter den Pflegebedürftigen ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Neben dem natürlichen Alterungsprozess treten häufig chronische und primäre Alterskrankheiten auf. Eine besondere Herausforderung ist die Multimorbidität, das gleichzeitige Auftreten mehrerer Krankheiten (vgl. Lang 1994, 284-286).

Die Betrachtung der Pflegebedürftigkeit im Alter ist von besonderem Interesse, da ältere Menschen aufgrund ihrer erhöhten Gesundheitsrisiken und ihres komplexen Pflegebedarfs eine besonders vulnerable Gruppe darstellen. Ältere Menschen sind häufiger auf ein hohes Maß an Unterstützung angewie-

sen. Um diesem gesellschaftlichen Bedarf gerecht zu werden, hat sich ein dynamisches Versorgungsgeschehen entwickelt, das auf die vielschichtigen Bedarfe dieser Bevölkerungsgruppe eingeht. Dies macht die Altenpflege zu einem wichtigen Bereich innerhalb der Sozialökonomie.

Durch die Bestimmung der Sozialökonomie und der Pflegebedürftigkeit ist es nun möglich, eine allgemeine Arbeitsdefinition der Altenpflegeökonomie zu geben:

Die Altenpflegeökonomie ist ein Teilbereich der Sozialökonomie, der alle Interaktionen, Handlungsmuster und Strukturen umfasst, die zur Versorgung der sozialen Bedarfe pflegebedürftiger älterer Menschen in einem Sozialraum beitragen. Pflegebedürftigkeit im hohen Alter wird definiert als der Zustand, in dem eine Person aufgrund fehlender persönlicher Ressourcen nicht in der Lage ist, die Aktivitäten des täglichen Lebens, die Bewältigung von Krankheit und die soziale Teilhabe selbständig zu bewältigen. Die Ökonomie der Altenpflege umspannt als Phänomen das gesamte Versorgungsgeschehen bei der Bereitstellung von Hilfe und Sorge, zur Bewältigung von Risiken, die die selbstständige Lebensführung im hohen Alter beeinträchtigen.

Eine wissenschaftliche Altenpflegeökonomie macht dieses Versorgungsgeschehen zu ihrem Untersuchungsgegenstand. Sie analysiert und erforscht die Bewegungen und Prozesse innerhalb definierter Systemgrenzen, stets im Hinblick auf spezifische Forschungsfragen und -interessen.

2.3.1.2 Der Wohlfahrtspluralismus der Altenpflegeökonomie

Auf der Grundlage der modellhaften Betrachtung des Wohlfahrtspluralismus wird nun der spezielle Bereich der informellen Altenpflegeökonomie entwickelt (s. Kap. 2.1.3 für die Grundlagen). Diese Betrachtung soll die abstrakten Zusammenhänge des Versorgungsgeschehens bei Pflegebedürftigkeit älterer Menschen greifbar und für die Entwicklung einer Theorie der informellen Altenpflegeökonomie nutzbar machen.

Altenpflege und Wohlfahrt – der Zusammenhang zwischen ‚Sozialem' und ‚Wohlfahrt' ist ein zentrales Thema der Sozialökonomie. Das Soziale geht von Lebensrisiken und Hilfebedarfen aus. Es beinhaltet die Herausforderungen und Bedarfe, die sich im Laufe des Lebens ergeben. Die Sozialökonomie beschreibt dieses Versorgungsgeschehen sozialer Bedarfe und betrachtet es im dynamischen Prozess individueller und kollektiver Wohlfahrt als Manifestation von Lebensqualität (s. Kap. 2.1.3.2).

Pflegebedürftigkeit im hohen Alter wird definiert als der Zustand, in dem eine Person aufgrund fehlender persönlicher Ressourcen nicht in der Lage ist, die Aktivitäten des täglichen Lebens, die Bewältigung von Krankheiten und die soziale Teilhabe selbständig zu bewältigen (s. Kap. 2.1.3.2). Diese Definition verdeutlicht, dass Pflegebedürftigkeit eine zentrale Rolle für die Wohlfahrt bzw. die Lebensqualität im hohen Alter spielt. Alle Interaktionen, Handlungsmuster und Strukturen der Altenpflegeökonomie zielen darauf ab, die sozialen Bedarfe pflegebedürftiger älterer Menschen zu bedienen.

Der Wohlfahrtspluralismus der Altenpflegeökonomie – der Wohlfahrtspluralismus, der die Komplexität des Versorgungsgeschehens sozialer Bedarfe in modernen Gesellschaften erfasst, ist besonders relevant für die Altenpflegeökonomie. Im Kern dieses Modells steht die Idee, dass verschiedene Akteure und Sektoren gemeinsam zur Wohlfahrtsproduktion beitragen (s. Kap. 2.1.3). Die Altenpflege „kann auf dieser Grundlage als eingebettet in die Wohlfahrtsproduktion eines Mehr-Sektoren-Modells moderner Gesellschaften verstanden werden." (Schulz-Nieswandt 2006, 15f.) Diese Perspektive ist für ein umfängliches Verständnis der Altenpflegeökonomie unerlässlich. In der Altenpflegeökonomie spielen die vier Hauptsektoren im Wohlfahrtspluralismus eine zentrale Rolle (s. Kap. 2.1.3.3).

Der erste Sektor, die *primären Vergemeinschaftungsformen*, umfasst Haushalte, Familien und informelle Gemeinschaften. Hier findet die informelle Pflege durch Familienangehörige und Zugehörige statt, die auf persönlichen und emotionalen Beziehungen sowie auf den Prinzipien der Moral und der Reziprozität beruhen. Diese informellen Strukturen sind häufig die ersten und wichtigsten Unterstützungsquellen für pflegebedürftige ältere Personen.

Der zweite Sektor, der *Markt*, besteht aus privatwirtschaftlichen Unternehmen, die Güter und Dienstleistungen gegen Bezahlung anbieten. In der Altenpflegeökonomie umfasst dieser Sektor ambulante Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen, die zur Vielfalt des Pflegeangebots beitragen und die spezifischen Bedarfe der älteren Bevölkerung abdecken.[25]

Der nächste Hauptsektor, der so genannte *Dritte Sektor*, meint gemeinnützige Organisationen wie Wohlfahrtsverbände, Stiftungen und Genossenschaften. Diese Organisationen verfolgen gemeinwohlorientierte Ziele und bieten oft ergänzende Dienstleistungen an, die weder vom Staat noch vom

[25] Allerdings ist zu beachten, dass der Altenpflegemarkt kein freier Markt ist, sondern ein staatlich regulierter ‚Quasi-Markt' ist, in dem es keine freie Preisbildung gibt (vgl. Schulz-Nieswandt 2020, 62).

Markt abgedeckt werden. Sie sind mitunter auf die ehrenamtliche Mitarbeit und Spenden angewiesen und spielen eine wichtige Rolle in der Altenpflege.

Der *öffentliche Sektor,* der vierte Hauptsektor des Wohlfahrtspluralismus, beinhaltet den gesetzlichen Rahmen, öffentliche Verwaltungen, Behörden und staatliche Institutionen auf allen Ebenen. Politische Entscheidungen zur Pflegeversicherung (in SGB XI), zur Finanzierung von Pflegeeinrichtungen und zur Unterstützung informeller Pflegepersonen spielen hier eine zentrale Rolle.

Zwischen diesen Sektoren bestehen dynamische Wechselwirkungen und Übergänge. Jeder Sektor bringt seine eigenen zentralen Bezugspunkte und normativen Kriterien in die Wohlfahrtsproduktion ein und leistet spezifische und komplementäre Beiträge zur Altenpflege. Diese sektorübergreifende Zusammenarbeit manifestiert sich als *gemischte Wohlfahrtsproduktion*, „seien sie öffentlicher oder privater Art, entgeltlich oder unentgeltlich, formell oder informell." (Kaufmann 2003, 42f.)

Die Systemebenen der Altenpflegeökonomie – Die Altenpflegeökonomie kann im Rahmen des Wohlfahrtspluralismus auf drei miteinander verbundenen Systemebenen betrachtet werden: Mikro-, Meso- und Makro-Ebene (s. Kap. 2.1.3.3). Diese Systemebenen ermöglichen es, die Komplexität und die verschiedenen Dimensionen der Wohlfahrtsproduktion in der Altenpflege besser zu verstehen und zu analysieren. Sie ermöglichen es, die von Menschen, mit Menschen und für Menschen erbrachten Leistungen in einem vielschichtigen System zu verstehen, das sowohl horizontale Abhängigkeiten als auch ein vertikal strukturiertes Mehrebenenmodell berücksichtigt (vgl. Schulz-Nieswandt 2016, 21-23).

Die *Mikro-Ebene* fokussiert auf individuelle Akteure, Anspruchspersonen und Adressaten des Versorgungsgeschehens in der Altenpflegeökonomie. In der Altenpflegeökonomie sind dies die pflegebedürftigen älteren Menschen und ihre direkten Pflegepersonen, wie Familienmitglieder, Angehörige, Zugehörige, Freunde, Nachbarn oder professionelle Pflegekräfte. Auf dieser Ebene geht es darum, wie Individuen verschiedene Unterstützungs- und Versorgungsquellen in ihrer persönlichen Lebenslage miteinander verknüpfen und die Anforderungen und Herausforderungen der Lebensphase bewältigen. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die direkten Interaktionen zwischen Pflegenden und Pflegebedürftigen sowie die alltägliche Pflegepraxis.

Auf der *Meso-Ebene* werden Organisationsformen und institutionelle Arrangements betrachtet. In der Altenpflegeökonomie umfasst dies die betrieblich-operative Ebene der Sozialwirtschaft mit Diensten, Einrichtungen und Programmen der sozialen Versorgung. Auf dieser Ebene werden die Strukturen und Prozesse von stationären Pflegeeinrichtungen, ambulanten Diensten und

gemeinnützigen Organisationen analysiert. Die Meso-Ebene ist gekennzeichnet durch organisatorische Mischformen, wie z. B. Pflegedienste in freier Trägerschaft, die gleichzeitig Marktteilnehmer sind und im öffentlichen Versorgungsauftrag handeln. Von Interesse sind auch die Abgrenzungen und Verschränkungen zwischen verschiedenen institutionellen Akteuren und Handlungsfeldern, die die Effizienz und Effektivität der Versorgung beeinflussen.

Die *Makro-Ebene* bezieht sich auf das Gesamtsystem und seine Teilbereiche. Sie bezieht die sozialpolitische Perspektive und die staatliche Gesetzgebung zur Daseinsvorsorge mit ein. In der Altenpflegeökonomie beinhaltet dies die Analyse der Rolle und des Gewichts der verschiedenen Arten der Wohlfahrtsproduktion im Gesamtsystem. Auf dieser Ebene werden wohlfahrtsstaatliche Regime und deren Einfluss auf die Altenpflegeökonomie untersucht. Die Makro-Ebene umfasst auch die Interaktionen zwischen staatlichen, marktlichen und gemeinnützigen Akteuren sowie deren normative Rahmenbedingungen und Regulierungsmaßnahmen.

2.3.1.3 Das Konzept der informellen Altenpflegeökonomie

Aufbauend auf der allgemeinen Definition der Altenpflegeökonomie kann nun eine spezifische Definition der informellen Altenpflegeökonomie entwickelt werden. Dieses Kapitel schließt die theoretische Herleitung der informellen Altenpflegeökonomie ab und bildet damit die Grundlage für die qualitative Untersuchung dieser Arbeit.

Die informelle Altenpflegeökonomie ist ein spezifischer Bereich der Altenpflegeökonomie, der sich mit allen informellen Interaktionen, Handlungsmustern und Strukturen befasst, die zur Versorgung der sozialen Bedarfe pflegebedürftiger älterer Menschen durch nicht-professionelle Pflegepersonen beitragen.[26] Die informelle Altenpflegeökonomie beschreibt als Phänomen die Gesamtheit der informellen Versorgungsaktivitäten bei der

[26] Der Unterschied zwischen formellen und informellen Strukturen in der Altenpflege liegt vor allem in der Art der Organisation, der Qualifikation der Pflegepersonen sowie den rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Professionelle Strukturen sind formal organisiert, gesetzlich reguliert und mit ausgebildeten Fachkräften besetzt, während informelle Strukturen auf persönlichen Beziehungen beruhen, weniger formell sind und oft keine spezifische Ausbildung der Pflegepersonen erfordern. Beide Strukturen spielen eine wichtige Rolle im Pflegesystem und können sich gegenseitig ergänzen, um den vielfältigen Bedarfen älterer Menschen gerecht zu werden (vgl. Brinkmann 2010, 3; Schulz-Nieswandt 2006, 15f.; Kaufmann 2003, 42f.).

Bereitstellung von Hilfe und Pflege zur Bewältigung von Risiken, die die selbstständige Lebensführung im hohen Alter beeinträchtigen können. Diese informellen Strukturen sind häufig die erste und wichtigste Quelle der Unterstützung für pflegebedürftige ältere Personen bei der Beantwortung ihrer sozialen Bedarfe. Diese informelle Pflege wird hauptsächlich von Familienmitgliedern, Freunden, Nachbarn und anderen Personen aus sozialen Netzwerken geleistet. Sie umfasst die alltägliche Unterstützung und Pflege, die auf persönlichen und emotionalen Beziehungen sowie auf den Prinzipien der Gegenseitigkeit und Solidarität beruht und daher privat, unentgeltlich und informell erbracht wird.

In Bezug auf die informelle Pflege älterer Menschen bezieht sich der Wohlfahrtssektor hauptsächlich auf die primären Vergemeinschaftungsformen, die Haushalte, Familien und informelle Gemeinschaften betreffen. Diese Strukturen erbringen alltägliche Pflege- und Unterstützungsleistungen, die durch persönliche Netzwerke geleistet und häufig flexibel an die spezifischen Bedarfe der pflegebedürftigen Person angepasst werden. Die informelle Altenpflege ist vor allem auf der Mikro-Ebene des Wohlfahrtspluralismus angesiedelt. Diese Systemebene ist besonders relevant, da sie die individuellen Akteure sowie deren unmittelbare Interaktionen und Beziehungen einbezieht. Auf der Mikro-Ebene wird untersucht, wie pflegebedürftige ältere Menschen und ihre informellen Pflegepersonen – wie Familienangehörige, Freunde, Nachbarn und Zugehörige – verschiedene Unterstützungs- und Versorgungsquellen in ihren persönlichen Lebenslagen kombinieren und die Herausforderungen der Pflege bewältigen.

Es ist wichtig zu betonen, dass dieser Bereich und diese Systemebene nicht unabhängig existieren, sondern im Sinne des „Gegen-, Mit- und Nebeneinanders“ (Schulz-Nieswandt 2016, 33f.) durchdrungen, gestört und ergänzt werden. Die Mikro-Ebene der informellen Altenpflegeökonomie wird kontinuierlich von Einflüssen aus der Meso- und Makro-Ebene berührt. So wirken sich bspw. Organisationsstrukturen und politische Rahmenbedingungen auf die alltäglichen Pflegepraktiken und -beziehungen aus. Diese wechselseitigen Interaktionen verdeutlichen die Komplexität und Vielschichtigkeit der informellen Altenpflegeökonomie.

2.3.1.4 Die ökosoziale Perspektive auf die informelle Altenpflegeökonomie

Die Sozialökonomie orientiert sich grundsätzlich an der Wohlfahrt, d. h. an der Lebensqualität (s. Kap. 2.1.3.2). In dieser Arbeit wird die ökosoziale Perspektive auf die informelle Altenpflegeökonomie gewählt, um die Lebenswelt der informellen Pflegepersonen in den Fokus zu rücken (s. Kap. 2.2.1).[27] Ausgehend von der theoretischen Bestimmung der informellen Altenpflegeökonomie ist die ökosoziale Perspektive aus drei Gründen für die Analyse dieses Versorgungsgeschehens geeignet.

1. *Fokus auf die lebensweltliche Erfahrung:* Die ökosoziale Perspektive rückt die unmittelbaren lebensweltlichen Erfahrungen der informell Pflegende+++n und der Pflegebedürftigen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Dies ermöglicht ein vertieftes Verständnis der alltäglichen Anforderungen und Herausforderungen häuslicher Pflege. Durch diesen Fokus können die tatsächlichen Bedarfe und Erfahrungen der Betroffenen erfasst und in der Theoriebildung berücksichtigt werden.
2. *Ganzheitliche Betrachtung der sozialen Wohlfahrt:* Ein wesentlicher Vorteil der ökosozialen Perspektive liegt in ihrer umfassenden Sichtweise auf soziale Wohlfahrt. Sie integriert sozialpolitische Maßnahmen aus dem privaten, intermediären und institutionalisierten Bereich. Dies ist insbesondere für die informelle Altenpflege relevant, da hier verschiedene Akteure und Systeme ineinander greifen. Pflege findet häufig in privaten Haushalten statt, wird aber durch öffentliche Dienstleistungen und intermediäre Organisationen unterstützt. Die ökosoziale Perspektive ermöglicht es, diese komplexen Interaktionen zu erfassen und in ihrer Gesamtheit zu analysieren.
3. *Neutralität gegenüber Geschlechterunterschieden:* Die ökosoziale Perspektive nimmt eine neutrale Haltung gegenüber Geschlechterunterschieden ein, ohne diese zu ignorieren. Dies ist ein wichtiger Aspekt bei der

[27] Die ökosoziale Perspektive kann nicht nur auf die informelle Pflege angewendet werden, sondern auch auf die Lebenswelt von professionellen Pflegefachkräften oder auf das Handeln der Menschen, die in staatlichen Institutionen wie der Pflegeversicherung tätig sind. Im Zentrum dieser Perspektive steht immer die Lebenswelt der handelnden Personen in ihren unmittelbaren Beziehungskontexten – sei es eine informelle Pflegeperson im Pflegesetting, die Pflegefachkraft im ambulanten Pflegedienst oder Sachbearbeiter:innen bei der Pflegekasse.

> Untersuchung der informellen Altenpflege, da Frauen oft die Hauptlast der Pflegearbeit tragen. Die ökosoziale Perspektive ermöglicht es, geschlechtsspezifische Muster und Ungleichheiten zu erkennen und zu analysieren, ohne sie von vornherein zum zentralen Ausgangspunkt der Untersuchung zu machen. Dies ermöglicht einen ausgewogenen Blick auf das Versorgungsgeschehen, der sowohl geschlechtsspezifische als auch andere relevante Faktoren berücksichtigen kann.

Die ökosoziale Perspektive bietet einen Rahmen für das Verständnis von sozialer Wohlfahrt und Lebensqualität im Kontext der informellen Altenpflege. Sie ermöglicht es, die Lebenswelt der Pflegenden und der Pflegebedürftigen zu erfassen und die vielfältigen sozialen und institutionellen Einflüsse zu berücksichtigen.

Der *Lebenslagen-Ansatz* konkretisiert diese Perspektive, indem er eine analytische Methode zur systematischen Untersuchung der individuellen und strukturellen Dimensionen der Lebenslage, d. h. der Handlungsspielräume und ihrer Bedeutung für informelle Pflegepersonen, bietet (s. Kap. 2.2.3). Es ermöglicht die Analyse der Wechselwirkungen zwischen persönlichen Fähigkeiten, subjektiven Wahrnehmungen und äußeren Einflüssen. Durch die Anwendung des Lebenslagen-Ansatzes wird ein analytischer Zugang dazu geschaffen, wie verschiedene Faktoren die Handlungsspielräume der informellen Altenpflegeökonomie beeinflussen.

Der entwickelte Ansatz der informellen Altenpflegeökonomie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und bringt Schwächen mit sich, die es zu beachten gilt. Erstens, obwohl der ökosoziale Ansatz die Einbeziehung von Makro-Strukturen ermöglicht, betrachtet er diese stets im Kontext der Lebenswelt der informellen Pflegepersonen. Dies könnte dazu führen, dass die komplexe Eigenständigkeit dieser Makro-Ebenen nicht vollständig erfasst wird, wodurch ihre vielschichtigen Einflüsse erheblich vereinfacht dargestellt werden. Zweitens, während die angestrebte Neutralität des Ansatzes vorteilhaft erscheint, besteht das Risiko, dass wesentliche Unterschiede, wie etwa geschlechterspezifische Diskrepanzen, nicht ausreichend berücksichtigt und thematisiert werden. Diese Schwächen verdeutlichen die Notwendigkeit, den Ansatz durch ergänzende Perspektiven und Analysen zu erweitern, um ein vollständigeres Bild der informellen Altenpflegeökonomie zu erhalten (s. Kap. 2.1.2.3).

Nichtsdestotrotz bietet die Kombination dieser Ansätze eine wertvolle Grundlage für eine vertiefende Analyse, die sowohl die individuellen Erfahrungen als auch die strukturellen Rahmenbedingungen der informellen Altenpflegeökonomie berücksichtigt. Im nächsten Kapitel erfolgt die empirische Analyse, die auf diesen theoretischen Grundlagen aufbaut und die konkreten Lebenslagen und Erfahrungen von informellen Pflegepersonen untersucht.

2.3.2 Die Empirie der informellen Altenpflegeökonomie

Die Achse des gesamten Versorgungsgeschehens informeller Altenpflege sind die pflegebedürftigen Menschen. Ihr sozialer Bedarf ist der Dreh- und Angelpunkt aller Hilfe, Sorge und Versorgung. Das gesamte Versorgungsgeschehen in der vierten Lebensphase zielt darauf ab, auf diese vielfältigen Bedarfe einzugehen. Wie sich dieses Versorgungsgeschehen als Gesamtphänomen darstellt, ist letztlich Untersuchungsgegenstand der wissenschaftlichen Altenpflegeökonomie. Welche unterschiedlichen Akteure versorgen, betreuen und pflegen pflegebedürftige Menschen im Alter mit welchen Tätigkeiten und in welchem Umfang? Wie entsteht Wohlfahrt im Sinne von Lebensqualität für alle Beteiligten, und in welcher Qualität? Schließlich geht es darum, die Interaktionen und deren Ausmaß zwischen Hilfeleistenden und Hilfeempfangenden quantitativ und qualitativ sichtbar zu machen.

Die Arbeit beschäftigt sich auf Grundlage einer zentralen Fragestellung mit der informellen Altenpflege, insbesondere auf die privaten und unentgeltlichen Interaktionen, Handlungsmuster und Strukturen, die bei der Versorgung pflegebedürftiger älterer Menschen durch Angehörige und Zugehörige[28] zum Tragen kommen. Diese Gruppe stellt den ersten Hauptsektor des Wohlfahrtspluralismus dar, der eine wesentliche Rolle in der Pflege und Betreuung spielt.

Die Untersuchung erfolgt aus einer ökosozialen Perspektive, die die Lebenslage der informell Pflegenden in den Vordergrund stellt. Es wird untersucht,

[28] Mit Zugehörigen sind alle Personen gemeint, die nicht in einem direkten Verwandtschaftsverhältnis zur pflegebedürftigen Person stehen, wie Freunde, Nachbarn, Wahlverwandte und freiwillige Helfer:innen. Statistisch gesehen wird der Großteil der informellen Altenpflege jedoch von direkten Angehörigen übernommen (s. Kap. 2.3.2.3). Der Großteil informeller Pflegepersonen sind also Angehörige, die in einem direkten Verwandtschaftsverhältnis zur pflegebedürftigen Person stehen, nur ein kleiner Teil sind nahestehende Zugehörige (vgl. Kantar 2019, 255-257).

welche Handlungsspielräume und lebensweltlichen Möglichkeiten diesen Personen zur Verfügung stehen und wie sie diese nutzen, um die An- und Herausforderungen der Pflege zu bewältigen. Es wird beleuchtet, wie die Wohlfahrt dieser Pflegepersonen durch ihre Aktivitäten beeinflusst wird.

Die quantitative Darstellung beginnt mit einem allgemeinen Überblick über die Altenpflegeökonomie, um den Kontext und die Bedeutung der informellen Pflege zu verdeutlichen. Anschließend wird die informelle Altenpflege näher betrachtet, bevor der Schwerpunkt auf die erwerbsfähigen Pflegepersonen gelegt wird. Ziel ist es, diese Gruppe sowohl quantitativ als auch qualitativ zu analysieren, um ein umfassendes Bild ihrer Lebenslage auf der Grundlage aktueller Forschungsergebnisse zu zeichnen.

2.3.2.1 Die Anzahl pflegebedürftiger Personen in Deutschland (Makro-Ebene)

Auf der politischen Systemebene (Makro) veröffentlicht das Statistische Bundesamt alle zwei Jahre die umfassendsten Daten zur Pflegebedürftigkeit sowie zur Anzahl und Häufigkeit der beteiligten Akteure. Aufgrund dieser Verzögerung spiegeln die Daten nicht die aktuelle Situation wider. Auch wissenschaftliche Publikationen, die auf diesen Daten basieren, sind daher nicht mehr auf dem neuesten Stand (vgl. u. a. Hermann et al. 2022; Simon 2021, 280f.).[29] Trotz dieser kritischen Betrachtung stellen die Daten des Statistischen Bundesamtes die umfangreichste und verlässlichste Grundlage dar, auf die im Folgenden Bezug genommen wird.

Neben den Daten der amtlichen Pflegestatistik (der statistischen Ämter des Bundes und der Länder) liegen Informationen zur Anzahl der Pflegebedürftigen nach dem SGB XI von der sozialen Pflegeversicherung (SPV) und der privaten Pflegepflichtversicherung (PPV) vor.[30] Mit Blick auf die Stichtagsdaten Ende 2023 erfassen SPV und PPV zusammen 5.579.329 pflegebedürftige

[29] Es ist stets zu berücksichtigen, dass erhobene Daten, insbesondere wenn sie staatlichen Ursprungs sind, kritisch zu hinterfragen sind. Auch wenn sie mit wissenschaftlichen Methoden erhoben wurden, bleibt oft unklar, welche politischen Interessen dahinterstehen (vgl. Simon 2021, 280f).

[30] Bei dieser quantitativen Darstellung ist zu beachten, dass nur die Personen erfasst werden, die Leistungen im Sinne der Pflegeversicherung erhalten. Es ist möglich, dass es Personen gibt, die keine Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch nehmen. Denn erst mit der Inanspruchnahme beginnt die staatliche Unterstützung der Pflege (vgl. Kaufmann 2009, 284; Kaufmann 1997, 101f.) und damit auch die statistische Erfassung.

Personen (BMG 2025, 1). Die amtliche Pflegestatistik 2023 weist dagegen 5.688.473 Pflegebedürftige aus (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a).[31]

Hinsichtlich der Prognose der Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland wird in einem mittleren Zukunftsszenario aufgrund der Alterung der Bevölkerung bis 2055 ein Anstieg von rund 5,0 Mio. im Jahr 2021 auf rund 6,8 Mio. erwartet. Nach 2055 sind keine großen Veränderungen mehr zu erwarten, da die geburtenstarken Jahrgänge von geburtenschwächeren Jahrgängen abgelöst werden. Die Pflegequote, die das Risiko beschreibt, in einem bestimmten Alter pflegebedürftig zu sein, wird voraussichtlich konstant bleiben (vgl. Statistisches Bundesamt 2023).

Von den knapp 5,7 Mio. Pflegebedürftigen leben 86 Prozent zu Hause, 14 Prozent sind in vollstationären Pflegeeinrichtungen untergebracht. Von den 86 Prozent, die zu Hause leben, werden 55 Prozent ausschließlich von informellen Pflegepersonen versorgt. Weitere 19 Prozent werden sowohl von informell Pflegenden als auch von ambulanten Pflege- und Betreuungsdiensten oder ausschließlich durch professionelle Dienste unterstützt. 12 Prozent der Pflegebedürftigen fallen in den Pflegegrad 1, wobei Pflegebedürftige dieses Grades kein Pflegegeld und keine Pflegesachleistungen erhalten und ebenfalls in der Gesamtsumme der Pflegebedürftigen berücksichtigt werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2024b).

Bisher wurde die Statistik der Pflegebedürftigen aller Altersgruppen betrachtet. Besonders hervorzuheben sind dabei die Pflegebedürftigen in der vierten Lebensphase. Wie bereits in Kapitel 2.3.1.3 erwähnt, sind von den insgesamt 5.688.473 Pflegebedürftigen in Deutschland 3.043.186 Personen über 80 Jahre alt, was etwa 53,4 Prozent der pflegebedürftigen Bevölkerung ausmacht (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a). Auch die Darstellung der Leistungsempfänger:innen der SPV nach Altersgruppe zum Stichtag 31.12. 2023 zeigt, dass 50,6 Prozent aller Leistungsempfänger:innen über 80 Jahre alt sind, 69 Prozent mindestens 70 Jahre oder älter (vgl. BMG 2023a).

Im Zentrum dieser Arbeit steht die Altersgruppe der über 80-Jährigen. Da viele statistische Quellen diese Gruppe nicht immer eindeutig abgrenzen, wird in der Analyse flexibel vorgegangen: Der Hauptfokus liegt zwar konsequent auf den über 80-Jährigen, doch werden bei Bedarf auch weiter gefasste Altersgruppen oder Gesamtzahlen mit berücksichtigt. Wo immer möglich, werden die Daten gezielt auf die über 80-Jährigen bezogen und entsprechend

---

[31] Der Unterschied wird dadurch erklärt, dass in den Stichtagsdaten der sozialen Pflegeversicherung methodisch bedingt Nacherfassungen auftreten, deren Umfang nicht quantifizierbar sei (vgl. Statistisches Bundesamt 2022).

interpretiert. Durch dieses Vorgehen bleibt die Analyse auf die älteste Bevölkeungsgruppe ausgerichtet, während gleichzeitig ein breiteres Datenangebot genutzt werden kann, um Entwicklungen und Zusammenhänge umfassend darzustellen.

2.3.2.2 Die professionelle Altenpflegeökonomie in Zahlen (Meso-Ebene)

Um den professionellen Bereich der Altenpflegeökonomie, die betrieblich-operative Meso-Ebene, kurz darzustellen, ist es wichtig, die zur Verfügung stehenden Einrichtungen und das Personal zu betrachten. Zum Stichtag 15.12.2023 wurden in Deutschland insgesamt 16.505 stationäre Pflegeeinrichtungen und 15.549 ambulante Pflegedienste verzeichnet. Das professionelle Personal in Pflegeeinrichtungen umfasst insgesamt 817.711 Personen, von denen 240.963, also rund 29 Prozent, in Vollzeit tätig sind. In ambulanten Diensten arbeiten 446.425 Personen, davon 126.251 oder rund 28 Prozent in Vollzeit (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a).

Im stationären Pflegebereich dominieren weiterhin die freigemeinnützigen Träger, die mit 8.792 Einrichtungen rund 53 Prozent der Pflegeheime betreiben. Private Träger machen mit 6.996 Einrichtungen etwa 42 Prozent aus, während öffentliche Träger mit 717 Einrichtungen nur rund 4 Prozent. Im ambulanten Bereich dominieren die privaten Anbieter noch deutlicher: Sie stellen mit 10.648 Diensten etwa 68 Prozent aller ambulanten Pflege- und Betreuungsdienste. Die freigemeinnützigen Träger kommen mit 4.697 Diensten auf einen Anteil von 30 Prozent und die öffentlichen Träger sind mit 204 Diensten lediglich mit 1 Prozent vertreten (vgl. ebd.).

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der ambulanten und stationären Pflege wird im Rahmen der Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung (GGR) dem Bereich der medizinischen Versorgung zugeordnet. Im Jahr 2021 trug dieser Bereich insgesamt 202,1 Mrd. € zur Bruttowertschöpfung in Deutschland bei. Die Pflegeeinrichtungen hatten daran einen Anteil von 22,5 Prozent.

Das bedeutet, dass jeder fünfte € der Gesundheitswirtschaft in der medizinischen Versorgung durch die Pflege erwirtschaftet wird. Im Einzelnen erwirtschaften die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen im Jahr 2021 eine Bruttowertschöpfung von insgesamt 45,5 Mrd. €, wovon 21,5 Mrd. € auf die ambulante und 24,0 Mrd. € auf die stationäre Pflege entfallen. Damit liegt die Pflege im Gesundheitswesen an dritter Stelle hinter den Arztpraxen

mit 73,1 Mrd. € und den Krankenhäusern mit 61,5 Mrd. € Bruttowertschöpfung (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2024).

Ein Bereich der Altenpflegeökonomie, der sowohl informelle als auch semiprofessionelle und professionelle Tätigkeiten umfasst, ist das sog. ‚Live-In-Modell'. Dieser Bereich ist arbeits- und steuerrechtlich umstritten (vgl. Freitag 2020; Städtler-Mach & Ignatzi 2020; Steiner et al. 2019). Rund 94 Prozent der ‚Live-Ins' sind Frauen (ugs. 24-Stunden-Kräfte) aus osteuropäischen Ländern, die bei Pflegebedürftigen leben und arbeiten und dabei Pflege, Betreuung und hauswirtschaftliche Tätigkeiten übernehmen, häufig in Kombination mit ambulanten Pflegediensten (vgl. Freitag 2020, 14).

Diese Frauen werden meist über Agenturen vermittelt, sind selbstständig tätig oder werden von Familien ohne offiziellen Arbeitsvertrag und ohne steuerliche Anmeldung beschäftigt (vgl. Haberstumpf-Münchow 2020, 11f.). Dieser Bereich wird als „grauer Pflegemarkt" (Städtler-Mach & Ignatzi 2020, 8) bezeichnet, da er sich rechtlich in einer Grauzone bewegt und häufig illegale Beschäftigungsverhältnisse umfasst (vgl. Steiner et al. 2019, 14f.). Ethisch ist dieser Bereich problematisch, da er auf dem Wohlstandsgefälle zwischen Deutschland und den osteuropäischen Ländern basiert (vgl. Städtler-Mach & Ignatzi 2020, 8f.). Hochschild (2000) hat den Begriff ‚care chain' geprägt, um eine Situation zu beschreiben, in der ‚Live-Ins' Kinder und ältere Menschen im Ausland betreuen und damit eine Lücke in Bezug auf ihre eigenen Pflegeverpflichtungen hinterlassen (vgl. Hochschild 2000, 136f.). Dies bedeutet ein Pflegegewinn im Gastland und einen Pflegeverlust im Herkunftsland, das als ‚care drain' bezeichnet wird und zu einer Fortsetzung sozialer Ungleichheit auf globaler Ebene führt (vgl. ebd., 186f.).

In Deutschland gibt es kein offizielles Register für diesen Sektor, und ein Teil der migrantischen 24-Stunden-Betreuung findet im informellen Bereich statt. Eine genaue quantitative Erfassung dieses Teils der Altenpflegeökonomie ist schwierig (vgl. Steiner et al. 2019, 4f.). Schätzungen gehen jedoch von ca. 300.000 (vgl. Stiftung Warentest 2017, 88) bis 400.000 (vgl. Jensen 2018) migrantischen Live-Ins aus. Aufgrund seiner zahlenmäßigen Bedeutung ist dieser Bereich für eine sozialökonomische Betrachtung der sozialen Bedarfsdeckung relevant und soll der Vollständigkeit halber erwähnt werden.[32]

[32] Im November 2024 hat eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), des BMG und der Pflegebevollmächtigten Vorschläge für eine rechtssichere Gestaltung der Live-In-Betreuung erarbeitet. Die AG kommt zu dem Ergebnis, dass es derzeit keine breit umsetzbare Lösung für eine rechtssichere 24-Stunden-Betreuung gibt, und empfiehlt ein wissenschaftlich begleitetes Modellprogramm zur Erprobung praxisnaher Ansätze (vgl. BMAS 2024).

2.3.2.3 Die informelle Altenpflegeökonomie in Zahlen (Mikro-Ebene)

Der größte Teil der Pflegebedürftigen wird nicht ausschließlich in professionellen Pflegeeinrichtungen oder ausschließlich durch ambulante Pflegedienste versorgt (vgl. Rothgang & Müller 2018, 85). Vielmehr wird die Pflege überwiegend durch informelle Pflegepersonen, d. h. unentgeltlich tätige Angehörige und nahestehende Zugehörige, auf der Mikro-Ebene geleistet (vgl. Statistisches Bundesamt 2024b). Als Pflegeperson im Sinne der Pflegeversicherung gilt (vgl. § 19 SGB XI), wer eine pflegebedürftige Person mit Pflegegrad 2 bis 5 nicht erwerbsmäßig in seiner häuslichen Umgebung pflegt (vgl. BMG 2024b). Damit stellt die informelle Pflege den „größten Pflegedienst der Nation" (Breinbauer, M. et al., 2019, 150) dar und spielt eine entscheidende Rolle in der Altenpflegeökonomie (vgl. ebd., 172f.; Bischof & Gerspach 2017, 15; Geyer & Schulz 2014, 295). Trotz gesellschaftlicher Veränderungen wie Frauenerwerbstätigkeit und Kinderlosigkeit wird die familiäre Pflege nach wie vor hoch geschätzt und im Vergleich zur professionellen Pflege als flexibler und gestaltungsoffener angesehen (vgl. Dräger 2015, 121f.).

Die amtliche Pflegestatistik liefert keine Informationen über die Anzahl und die Gruppen der Pflegepersonen. Daher wird für einen allgemeinen empirischen Überblick vor allem auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und ergänzende Publikationen zurückgegriffen.

Es wird davon ausgegangen, dass sich im Durchschnitt ein bis zwei Pflegepersonen um eine pflegebedürftige Person kümmern (vgl. Nowossadeck et al. 2016, 9). Zu den informellen Pflegepersonen zählen auch Personen, die eine Person ohne anerkannte Pflegegrad pflegen, weniger als zehn Stunden pro Woche pflegen, nicht erwerbstätig sind oder mehr als 30 Stunden pro Woche erwerbstätig sind sowie zugehörige Personen (vgl. Hermann et al. 2022, 10). Diese Gruppen werden in der amtlichen Statistik nicht erfasst. Um Informationen über diese Personen zu erhalten, muss daher auf weitere Umfragedaten zurückgegriffen werden. Das SOEP ist eine repräsentative Haushaltsbefragung in Deutschland, die seit 1984 jährlich mehr als 20.000 Haushalte zu ihrer Lebenssituation befragt (vgl. Goebel et al. 2019). Unter Berücksichtigung der Personen, die angeben, durchschnittlich mindestens eine Stunde pro Werktag für Pflegetätigkeiten aufzuwenden, ergibt sich für das Jahr 2020 eine geschätzte Zahl von 4,9 Mio. informellen Pflegepersonen, die sich um Pflegebedürftige kümmern (vgl. Hermann et al. 2022, 11). Davon sind etwa 2/3 weiblich und 1/3 männlich (vgl. ebd., 15; Rothgang & Müller 2018, 113f.).

Von den 4,9 Mio. informellen Pflegepersonen, die laut SOEP 2020 regelmäßig an Werktagen pflegen, sind rund 3,4 Mio. erwerbsfähig, von denen rund 2,6 Millionen auch erwerbstätig sind. Im Vergleich zu 2019 ist der Anteil der erwerbsfähigen Personen gestiegen. Als erwerbsfähig gelten Personen bis 65 Jahre, die keine Rente beziehen. Demnach gibt es rund 0,8 Millionen erwerbsfähige, aber nicht erwerbstätige Pflegepersonen wie Arbeitslose oder Studierende und rund 1,6 Millionen Pflegepersonen, die entweder älter als 65 Jahre sind oder eine Rente beziehen (nicht erwerbsfähig). Insgesamt sind also rund 2,4 Millionen der 4,9 Millionen Pflegenden nicht erwerbstätig (vgl. Hermann et al. 2022, 15).

Mehr als 70 Prozent der werktäglich informellen Pflegepersonen sind 50 Jahre und älter. Bezogen auf die erwerbstätigen Pflegepersonen liegt dieser Anteil noch bei 58,5 Prozent. Umgekehrt sind nur 16,3 Prozent aller Pflegepersonen jünger als 40 Jahre, bei den erwerbsfähigen Pflegepersonen steigt dieser Anteil auf 23,7 Prozent. Eine Analyse nach Geschlecht zeigt, dass sich das Durchschnittsalter von pflegenden Männern und Frauen kaum unterscheidet. Männer sind im Durchschnitt etwa ein Jahr älter (vgl. ebd., 16).

Rund 2,6 Millionen informelle Pflegepersonen sind erwerbstätig und arbeiten im Durchschnitt knapp 33 Stunden pro Woche bei einem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen von 1.960 €. Im Geschlechtervergleich zeigt sich, dass pflegende Frauen seltener erwerbstätig sind als pflegende Männer: Von den rund 2,1 Millionen pflegenden Frauen sind 1,6 Millionen erwerbstätig (76 Prozent), bei den Männern sind es 1 Million von 1,3 Millionen (82 Prozent). Diese Erwerbsquoten entsprechen weitgehend denen nicht pflegender Personen, so dass die Unterschiede nicht primär auf die Pflegetätigkeit zurückzuführen sind. Pflegende Frauen arbeiten im Durchschnitt kürzer: knapp 29 Stunden pro Woche gegenüber 39,5 Stunden bei Männern. Ihr durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen liegt bei 1.530 € (Männer: 2.620 €). Dieser Einkommensunterschied lässt sich sowohl durch die geringere Arbeitszeit als auch durch niedrigere Stundenlöhne erklären, die auf unterschiedliche Berufsfelder zurückzuführen sind (vgl. ebd., 17f.).

Etwa 16 Prozent der informellen Pflegepersonen leben allein, ohne Partner:in, Kinder oder andere Mitbewohner:innen. Bei den älteren, nicht erwerbsfähigen Pflegepersonen steigt dieser Anteil auf 21 Prozent. Männer, insbesondere die erwerbsfähigen und erwerbstätigen, leben etwas häufiger allein als Frauen. Rund zehn Prozent der erwerbsfähigen Pflegepersonen sind alleinerziehend, wobei dieser Anteil bei den Frauen höher ist als bei den Männern. Insgesamt leben rund 17,8 Prozent der erwerbstätigen Pflegepersonen mit Kindern unter 16 Jahren, einschließlich Enkelkindern, im Haushalt. Bei

den erwerbstätigen Pflegepersonen liegt dieser Anteil bei 25,2 Prozent. Frauen in dieser Gruppe leben häufiger mit Kindern zusammen als Männer: 26,8 Prozent gegenüber 22,4 Prozent. Von den nicht erwerbsfähigen Pflegepersonen leben nur rund zwei Prozent mit Kindern im Haushalt (vgl. ebd., 18f.).

Knapp 23 Prozent der pflegenden Personen reduzieren ihre Erwerbsarbeitszeit (vgl. ebd., 49f.), wenn sie Pflegeverantwortung übernehmen, was ihnen den Wiedereinstieg in den Beruf nach der Pflege häufig erschweren oder zu einem geringeren Verdienst nach der Rückkehr führen kann. Seit 2001 sind rund 74 Prozent der erwerbsfähigen Pflegepersonen während ihrer Pflegetätigkeit erwerbstätig, gegenüber 77 Prozent im Jahr vor Beginn der Pflege. Nach Beendigung der Pflegetätigkeit liegt dieser Anteil wieder bei rund 76 Prozent. Generell gibt es sowohl Personen, die nach der Pflege weniger arbeiten, als auch solche, die ihren Erwerbsarbeitsumfang erhöhen. Bei der Übernahme von Pflegetätigkeiten reduzieren einige ihre Erwerbsarbeitszeit, während andere sie erhöhen. Häufiger ist jedoch der Fall, dass die Erwerbsarbeitszeit zu Beginn der Pflege reduziert und nach Ende der Pflege wieder erhöht wird. Im Jahr nach der Pflege sind rund 47,7 Prozent der informell Pflegenden vollzeitbeschäftigt, 21,1 Prozent teilzeitbeschäftigt, 7,2 Prozent unregelmäßig oder geringfügig beschäftigt und 24 Prozent nicht erwerbstätig (vgl. ebd., 19-20).

Die durchschnittliche Pflegedauer aller Pflegebedürftigen (von jung bis alt) beträgt 8 Jahre (vgl. BMFSFJ 2002). Das Leistungsspektrum informell Pflegender umfasst Haushaltsführung, Betreuung, Verwaltung, Pflege und persönliche Assistenz (vgl. Dräger 2015, 123f.). Die Dauer der Pflege älterer Menschen variiert stark, liegt aber laut einer Befragung der gesetzlichen Krankenkasse DAK-Gesundheit) bei 40 Prozent der Fälle unter einem Jahr, bei 20 Prozent 1 bis 2 Jahre, dann bei 27 Prozent 3 bis 4 Jahre und bei 13 Prozent über 5 Jahre (vgl. Rothgang 2015, 17). Sterbetafelmethoden zeigen, dass 19 Prozent der Männer und 12 Prozent der Frauen innerhalb der ersten drei Monate nach Pflegebeginn versterben (vgl. Nowossadeck et al. 2016, 14).

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der häuslichen Pflege kann nur geschätzt werden (vgl. Rothgang & Müller 2018, 93), da viele Pflegeleistungen durch Pflegende informell und unentgeltlich erbracht werden, was nicht systematisch erfasst wird (vgl. Schnerring & Verlan 2020, 34f.; Vaudt 2022, 3). Eine annähernde Analyse von Rudolf und Löffler (2024) basiert auf Daten des SOEP, Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungsdaten des Statistischen Bundesamtes und Medianlöhnen der Bundesagentur für Arbeit. Die Berechnungen umfassen die Bruttowertschöpfung

von Kinderbetreuung, Hausarbeit und Pflege. Für die Bruttowertschöpfung der informellen Altenpflegeökonomie ergibt sich für das Jahr 2021 ein Wert von 777 Mrd. € (vgl. Rudolf & Löffler 2024). Auch Kaufmann (1997) unterstreicht die wirtschaftliche Bedeutung dieses Sektors treffend: „Die unentgeltlichen Investitionen der Familie sind also nahe doppelt so hoch wie die gesamten Wirtschaftsinvestitionen." (Kaufmann 1997, 105f.)

2.3.3 Modell und Empirie der Lebenslage informeller Pflegepersonen

In diesem Kapitel wird ein Modell zur Lebenslage informeller Pflegepersonen vorgestellt und empirisch untermauert. Dieses Modell bildet die Grundlage für die Studie in dieser Arbeit. Ziel ist es, die verschiedenen Handlungsspielräume als Lebenslagenfaktoren für erwerbsfähige informelle Pflegepersonen umfassend zu beschreiben.

Die Basis für das Modell bilden die Theorie zur Lebenslage (s. Kap. 2.2.3), aktuelle empirische Befunde zur Lebenswelt informeller Pflegepersonen sowie die empirische Anwendung des Lebenslagen-Ansatzes bei Schmitt (2022). Durch die Integration dieser Elemente wird ein umfassendes Verständnis der Handlungsspielräume informell Pflegender entwickelt, das sowohl individuelle als auch strukturelle Dimensionen berücksichtigt.

2.3.3.1 Die Empirie der Lebensqualität informeller Pflegepersonen

Aus einer ökosozialen Perspektive rückt die Lebenswelt der informellen Pflegepersonen ins Zentrum des Interesses. Es wird untersucht, wie diese ihre Rolle und die damit verbundenen Tätigkeiten qualitativ wahrnehmen und erleben. Um dieses Erleben fundiert darstellen zu können, wurde die aktuelle Literatur umfassend analysiert.[33] Durch eine sorgfältige Auswertung und Synthese der vorliegenden empirischen Forschungsdaten konnten drei zentrale

[33] Es sei darauf hingewiesen, dass es eine Vielzahl von Publikationen gibt, die auf unterschiedlichen methodischen Ansätzen und Datengrundlagen beruhen, darunter sowohl quantitative als auch qualitative Erhebungen. Ziel dieses Kapitels ist es nicht, einen detaillierten Überblick über die verschiedenen Methoden zu geben, sondern die qualitative Dimension der Lebenswelt informeller Pflegepersonen auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes zusammenhängend darzustellen.

Themenbereiche identifiziert werden, die das Erleben informell Pflegender maßgeblich prägen und im Folgenden näher beschrieben werden:

1. die physischen und psychischen Belastungen sowie die vorhandenen Ressourcen,
2. die ökonomische Situation der informellen Pflegepersonen und
3. die zeitliche Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (Synchronisation).

1) Physische und psychische Belastungen, vorhandene Ressourcen

Die Pflege älterer Menschen, insbesondere demenziell erkrankter Menschen, kann für die informellen Pflegepersonen eine erhebliche Belastung darstellen. Physische und psychische Belastungen wie soziale Isolation, mangelnde Anerkennung, Undankbarkeit seitens der Pflegebedürftigen und Überforderung sind dabei häufig anzutreffen (vgl. Zwar et al. 2020, 5-7; Pinquart 2016, 62; Nowossadeck et al. 2016, 13f.; Dräger 2015, 124; Wetzstein et al. 2015, 3-5). Pflegepersonen weisen im Vergleich zu nicht-pflegenden Personen tendenziell einen schlechteren Gesundheitszustand auf (vgl. Wetzstein et al. 2015, 6f.). Besonders auffällig ist die Abnahme der subjektiv wahrgenommenen psychischen Gesundheit, die häufig mit dem Auftreten depressiver Symptome einhergeht (vgl. Berglund et al. 2015, 13; Lambert et al. 2017, 7; Hansen et al. 2014, 12). Es gibt jedoch auch positive Entwicklungen: Die Lebenszufriedenheit steigt im dritten Jahr nach Übernahme der Pflegetätigkeit wieder an (vgl. Geyer & Schulz 2014, 299f.).

Eine stärkere Orientierung an der eigenen Selbstfürsorge reduziert das wahrgenommene Belastungserleben und trägt zu einer erfolgreichen Bewältigung der Pflegeaufgaben bei. Eine geringe Selbstfürsorgeorientierung führt hingegen zu einem erhöhten Belastungserleben und einer prekären Pflegebewältigung (vgl. Auth et al. 2018, 13).[34]

[34] Auth et al. (2018) ziehen eine klare Grenze zwischen erfolgreicher und prekärer Pflegebewältigung. Eine erfolgreiche Pflegebewältigung liegt dann vor, wenn die Pflege in Übereinstimmung mit den eigenen Vorstellungen gestaltet wird und das subjektive Wohlbefinden hoch ist. In diesem Fall wird auch ein hoher Pflegeaufwand eher akzeptiert und das Belastungserleben ist geringer. Demgegenüber steht die prekäre Pflegebewältigung, bei der die eigene Lebensplanung der Pflege untergeordnet werden muss. Dies führt zu einem hohen Maß an Fremdbestimmung und eingeschränkter Handlungsfähigkeit. Die Pflegeaufgabe wird als kaum kontrollierbar erlebt, die soziale Anerkennung ist gering und eine resignative Haltung ist häufig.

2) Ökonomischer Status

Der ökonomische Status ist nicht die wichtigste Kategorie bei der Bewertung informeller Pflegetätigkeit, da er durch das soziale Netzwerk überlagert und kompensiert werden kann. In Situationen, in denen Pflegepersonen stark in Pflegeaufgaben eingebunden sind oder hohe familiäre Erwartungen erfüllen müssen, wirkt ein hoher ökonomischer Status nicht entlastend (vgl. ebd., 12).

Insbesondere nicht erwerbstätige Frauen, die informell pflegen, sind tendenziell von Altersarmut bedroht (vgl. Simoes & Münnich 2016, 153). Auch die häusliche Pflege verstärkt die relative Armut, da die Pflegekosten hoch sind und der Verdienstausfall durch die Anpassung der Erwerbstätigkeit an die Pflegetätigkeit die Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens beeinflusst. Frauen sind von diesen wirtschaftlichen Herausforderungen derzeit stärker betroffen als Männer (vgl. Simoes et al. 2019, 234-236).

Das Pflegegeld spielt als Motiv für die Übernahme informeller Pflegeleistungen eine untergeordnete Rolle. Da das Pflegegeld an die pflegebedürftige Person ausgezahlt wird, bleibt unklar, ob die Pflegepersonen auch die Empfänger:innen dieses Geldes sind (vgl. Dräger 2015, 122f.; s. Kap. 2.4.1.1). Die Übernahme von Pflegetätigkeiten kann sich potenziell negativ auf die wirtschaftliche Situation erwerbstätiger Pflegender auswirken, was zu Einkommensrisiken aufgrund familiärer Pflegeaufgaben führen kann (vgl. Ehrlich et al. 2020, 22f.).

3) Zeitliche Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (Synchronisation)

Der Zusammenhang zwischen der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist komplex und vielschichtig. Es gibt negative Effekte wie Überforderung, Rollenkonflikte und Belastungen durch den Zeitaufwand (vgl. Kenny et al. 2014, 656f.; Lee et al. 2001, 286-288). Auch externe und eigene Erwartungen und Ansprüche, wie Rollenerwartungen und Schuldgefühle, an die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sind ebenfalls vielfältig und können sich auf die psychische Belastung informell Pflegender auswirken (vgl. Pinquart 2016, 66f.). Dies gilt auch für Personen, die aus der Ferne helfen, z. B. durch organisatorische Unterstützung oder gelegentliche Besuche (vgl. Franke et al. 2019, 3-5).

In solchen Fällen reichen die verfügbaren persönlichen und sozialen Ressourcen nicht aus, um die Pflegeaufgaben erfolgreich zu bewältigen (vgl. Auth et al. 2018, 16).

Zwischen dem Einfluss der Pflegetätigkeit auf die Erwerbsarbeit und dem damit verbundenen Belastungserleben lässt sich ein signifikanter Zusammenhang nachweisen. Das heißt, dass die Anforderungen und der Druck, sowohl berufliche als auch pflegerische Aufgaben zu erfüllen, das Stresserleben deutlich erhöhen können. Solche Doppelbelastungen führen häufig zu einem Gefühl der Überforderung und können die Gesundheit und das Wohlbefinden informeller Pflegepersonen beeinträchtigen (vgl. Longarce et al. 2017, 7-9).

Andererseits kann Erwerbstätigkeit auch als schützend und stabilisierend für die psychische Gesundheit wahrgenommen werden (vgl. Bidenko & Bohnet-Joschko 2020, 125). Einige Studien zeigen keine signifikanten Unterschiede in der wahrgenommenen Belastung durch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (vgl. Hansen & Slagsvold 2014, 58f.; Cannuscio et al. 2004, 1253-1255). Erwerbsarbeit kann als Ressource betrachtet werden, die einen Ausgleich zum Pflegealltag bietet und die Möglichkeit schafft, soziale Kontakte zu pflegen und Kompetenzen in einem anderen Kontext einzusetzen und weiterzuentwickeln. Konflikte bei der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflege können sich jedoch negativ auf die Belastung auswirken (vgl. Pinquart 2016, 68f.).

Die Erwerbsbeteiligung informeller Pflegepersonen unter 65 Jahren liegt bei rund zwei Dritteln. Die für die Erwerbstätigkeit aufgewendete Zeit steht häufig im Konflikt mit anderen Lebensbereichen wie Freizeit, Erholung, Familie und Haushalt (vgl. Nowossadeck et al. 2016, 16).

Die Kombination von Erwerbstätigkeit und Pflegezeit hat zugenommen, was nicht nur durch Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung, sondern auch durch Vollzeiterwerbstätigkeit bedingt ist. Diese Entwicklung ist auf ein höheres Renteneintrittsalter und die Einschränkung der Frühverrentung zurückzuführen (vgl. Klaus & Tesch-Römer 2016, 192f.; Rothgang et al. 2015, 118-120). Insbesondere bei Personen zwischen Mitte 50 und Mitte 60 hat die Erwerbstätigkeit am stärksten zugenommen (vgl. Klaus & Tesch-Römer 2016, 202f.). Diese Altersgruppe kombiniert ihre Erwerbstätigkeit häufig mit Pflegetätigkeiten, insbesondere Personen mit mittlerer und höherer Bildung. Pflegende mit niedrigem Bildungsniveau übernehmen dagegen seltener Betreuungsaufgaben und sind während der Pflege seltener erwerbstätig (vgl. Nowossadeck et al. 2016, 16).

Auch wenn die Erwerbstätigkeit zunimmt, führt die Pflegetätigkeit häufig zur Einschränkung oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit, insbesondere wenn der Pflegeaufwand zunimmt und die Pflege länger dauert (vgl. Schmidt & Schneekloth 2011, 30f.). Dies gilt insbesondere für die Pflege von Menschen mit Demenz (vgl. Schäufele et al. 2016, 44). Die zeitliche, organisatorische

und emotionale Belastung durch die Pflegetätigkeit kann erwerbstätige Pflegende dazu veranlassen, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren oder sogar ganz aus dem Beruf auszusteigen, oder sich auf den beruflichen Bereich auswirken und zu Fehlzeiten, unterbrochenen Arbeitsabläufen und Angst vor Arbeitsplatzverlust führen (vgl. Geyer 2016, 38-40; TNS Infratest 2017, 58-60). Zudem zeigt sich ein geschlechtsspezifischer Unterschied im Umgang mit Pflegetätigkeit und Erwerbsarbeit: Frauen reduzieren eher ihre Erwerbsarbeitszeit, während Männer ab einem bestimmten Pflegeaufwand ihre Erwerbstätigkeit ganz aufgeben (vgl. Geyer 2016, 39f.).

2.3.3.2 Die Empirie der Lebenslagenfaktoren informeller Pflegepersonen

Der Lebenslagen-Ansatz wurde bereits in Kapitel 2.2.3 theoretisch hergeleitet und beschreibt die Handlungsspielräume einer Person in Bezug auf allgemeine Herausforderungen im Lebenszyklus, die durch materielle und immaterielle Ressourcen bestimmt werden. Für die informelle Altenpflegeökonomie bedeutet dies, dass die Handlungsspielräume erwerbsfähiger informeller Pflegepersonen sowohl durch individuelle Fähigkeiten und Ressourcen als auch durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen beeinflusst werden. Diese Handlungsspielräume werden als mehrdimensionale Ressourcenräume verstanden, die in vier zentrale Kategorien unterteilt werden: sozialer Rechtsstatus, ökonomische Ressourcen, ökologische Struktur und Handlungskompetenzen.

In einem nächsten Schritt werden diese Kategorien als Lebenslagenfaktoren, d. h. als spezifische Merkmale und Bedingungen, die die Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen beeinflussen, adaptiert und für die Analyse nutzbar gemacht. Diese Faktoren sind für das Verständnis der Handlungsspielräume und ihrer Bedeutung für Pflegepersonen von zentraler Bedeutung.

Eine wegweisende Studie in diesem Bereich wurde von Schmitt (2022) vorgelegt. Schmitt (2022) untersucht die Rahmenbedingungen des Handelns informeller Pflegepersonen vor dem Hintergrund der subjektiven Wahrnehmung ihrer Handlungsspielräume. Dabei wird der Lebenslagen-Ansatz zur handlungstheoretischen Fundierung herangezogen und qualitative Interviews mit der Methode der objektiven Hermeneutik durchgeführt. Schmitt (2022) identifiziert drei zentrale Dimensionen, die die Lebenslage informeller Pflegepersonen maßgeblich prägen. Diese werden im Folgenden näher erläutert:

1) Kompetenzen und Fähigkeiten,
2) ökonomische Dimension und
3) soziale Ressourcen.

1) Kompetenzen und Fähigkeiten

Hier geht es um die Faktoren, die die Handlungsfähigkeit informell Pflegender beeinflussen. Kontrolle, Selbstwirksamkeit und Kompetenzerleben werden als Basis genannt. Das Fehlen von Kompetenzen wird kritisch, wenn finanzielle Mittel fehlen, um professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen (vgl. Schmitt 2022, 178f.). Individuelle Ressourcen wie Bewältigungsstrategien werden ebenfalls als wichtig erachtet (vgl. ebd., 183f.).

Eine weitere wichtige Ressource ist die Zeit. Zeitknappheit entsteht durch den Vereinbarkeitskonflikt (Synchronisationsproblem) zwischen Pflege, Beruf und Freizeit (vgl. ebd., 184f.). Flexible Zeitgestaltung und Vereinbarkeitspolitik können helfen, dieses Problem zu lösen. Der Mangel an Zeit und Zeitsouveränität schränkt die Handlungsmöglichkeiten ein und mindert das Einkommen (vgl. ebd., 185-187). Schmitt (2022) stellt die These auf, dass die Ressource Zeit in Kombination mit ökonomischen Ressourcen erweitert werden kann (vgl. ebd., 187).

2) Ökonomische Dimension

Ökonomische Ressourcen werden als bedeutsam für das Handeln informeller Pflegepersonen angesehen. Dabei spielt nicht nur das Einkommen der Pflegenden eine zentrale Rolle, sondern auch die finanziellen Ressourcen des familiären Netzwerks und der gepflegten Person (vgl. ebd., 175). Die wirtschaftliche Situation der Befragten war stabil, und sie hatten ausreichende Ressourcen zur Unterstützung ihrer Pflegeaktivitäten, sodass finanzielle Ressourcen nicht entscheidend für ihre Handlungseffektivität waren. Die Verfügbarkeit und Auswirkungen von finanziellen Ressourcen auf die subjektive Lebensqualität der Pflegenden hängen von den konkreten Umständen ab. Das familiäre Umfeld kann als finanzielle Ressource für die Pflegebewältigung dienen, kann aber auch zu Abhängigkeit führen (vgl. ebd., 176f.). Bei der Methodik der Studie wäre es wichtig gewesen, Teilnehmer:innen mit niedrigem Einkommen einzubeziehen (vgl. ebd., 177).

3) Soziale Ressourcen

Die Pflegearrangements basieren auf familiären Netzwerken, bestehend aus Ehe- oder Lebenspartner:innen, Kindern und Geschwistern, wobei Verfügbarkeit, Verlässlichkeit und emotionale Erreichbarkeit wichtiger sind als die Anzahl der Akteure (vgl. ebd., 165-167). Die Unterstützung durch eigene Kinder dominiert die Pflegearrangements. Ehe- und Lebenspartner:innen spielen im Vergleich zu den eigenen Kindern eine untergeordnete Rolle (vgl. ebd., 167f.). Geschwister übernehmen in der Regel keine Unterstützungsaufgaben und können das Handlungsspektrum der Hauptpflegepersonen einschränken (vgl. ebd., 168f.). Die Nutzung professioneller Unterstützungsnetzwerke ist ambivalent und geschlechtsabhängig: Frauen greifen weniger auf professionelle Hilfen zurück als Männer (vgl. ebd., 172). Hybride Unterstützungsnetzwerke jenseits formeller und informeller Strukturen können eine sinnvolle Ergänzung darstellen (vgl. ebd., 173-175).

2.3.3.3 Der angewandte Lebenslagen-Ansatz für die Studie

Für den Lebenslagen-Ansatz in dieser Arbeit – ein Modell, das die unterscheidbaren Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen umfassend beschreibt – werden die Theorie zur Lebenslage (s. Kap. 2.2.3), empirische Befunde zur Lebenswelt informeller Pflegepersonen (s. Kap. 2.3.3.1) sowie die Anwendung des Lebenslagen-Ansatzes bei Schmitt (2022) herangezogen (s. Kap. 2.3.3.2).

Der Lebenslagen-Ansatz liefert die Grundlage. Er beschreibt, wie materielle und immaterielle Ressourcen die Handlungsspielräume bestimmen. Empirische Befunde zur Lebenswelt informeller Pflegepersonen bieten spezifische Einblicke in die Herausforderungen und Ressourcen, die in der Pflegepraxis relevant sind. Die Anwendung des Lebenslagen-Ansatzes von Schmitt (2022) zeigt, wie subjektive Wahrnehmungen von Handlungsspielräumen erfasst und analysiert werden können. Darauf aufbauend entwickelt das Modell vier zentrale Lebenslagenfaktoren (s. Abb. 2):

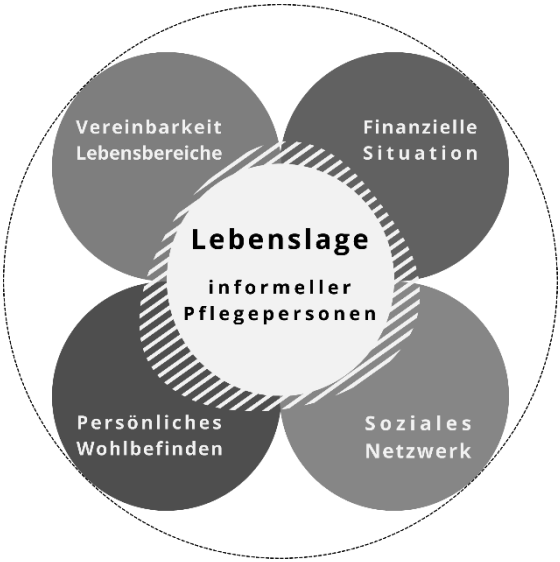


Abbildung 2: Die vier Lebenslagenfaktoren informeller Pflegepersonen. Vereinbarkeit der Lebensbereiche (grün, links), finanzielle Situation (blau, rechts), persönliches Wohlbefinden (unten links) und soziales Netzwerk (unten rechts) bestimmen den zentralen Handlungsspielraum (weiß). Die Schattierung zeigt dynamische Anpassungsmöglichkeiten, der äußere gestrichelte Kreis verdeutlicht die Offenheit und den emergenten Charakter der Lebenslage.

- *Vereinbarkeit der Lebensbereiche:* Pflege, Beruf, Familie und Freizeit.
- *Finanzielle Situation:* Einfluss finanzieller Ressourcen auf die Bewältigung des Alltags.
- *Persönliches Wohlbefinden:* Individuelle Strategien und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Verbesserung des persönlichen Wohlbefindens während der Pflege.
- *Soziales Netzwerk:* Nutzung von Strategien und Ressourcen des sozialen Umfeldes zur Bewältigung der Pflege.

Abbildung 3: Lebenslagenfaktoren in dynamischer Wechselwirkung. Die Spiralform zeigt die dynamische Beziehung der Faktoren, die sich gegenseitig beeinflussen und die individuelle Lebenslage kontinuierlich neu gestalten.

Diese Faktoren integrieren sowohl individuelle als auch strukturelle Dimensionen und ermöglichen eine umfassende Erfassung und Beschreibung der Handlungsspielräume informell Pflegender. Der Vorteil dieses Modells liegt in seiner Fähigkeit, die dynamischen Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Dimensionen differenziert abzubilden und damit ein ganzheitliches Verständnis der Lebenslage informeller Pflegepersonen zu schaffen.

Diese statische Sichtweise ermöglicht es, die verschiedenen Aspekte der Lebenslage informeller Pflegepersonen klar zu identifizieren und zu analysieren. Sie bietet einen strukturierten Überblick und erleichtert das Verständnis der individuellen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Ebenso wichtig ist es jedoch, den dynamischen Charakter der Lebenslage informell Pflegender zu berücksichtigen. Sie ist nicht statisch, sondern verändert sich ständig durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren.[35]

[35] Sehr vereinfacht dargestellt könnte bspw. eine Verbesserung der finanziellen Situation durch staatliche Unterstützung oder andere Einkommensquellen Stress reduzieren, was wiederum

2.4 Die Sozialpolitik der informellen Altenpflege und weiterführende Ideen

Dieses abschließende Kapitel schlägt eine Brücke zwischen der empirischen Untersuchung und der anschließenden Diskussion vor dem Hintergrund der Forschungsergebnisse und der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens.[36] Diese Bestandsaufnahme ist notwendig, um später in der Diskussion (Kap. 6.1) analysieren zu können, wie sich ein Grundeinkommen zu den bestehenden Unterstützungsleistungen verhalten würde und welche Lücken es möglicherweise schließen könnte.

Das Kapitel gliedert sich in die Darstellung der Pflegeversicherung, die Erläuterung der sozialrechtlichen Stellung von Pflegepersonen und die Beschreibung aktueller Unterstützungsleistungen. Abschließend werden innovative Ansätze zur Weiterentwicklung der Unterstützungssysteme vorgestellt.

Kernaussagen Kapitel 2.4

1. Die aktuelle Sozialpolitik bietet sozialrechtliche Unterstützungsleistungen für informelle Pflegepersonen.
2. Das Familienpflegegeld ist ein zu diskutierender Reformvorschlag, um die finanzielle Situation informeller Pflegepersonen zu verbessern und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erleichtern.
3. Die Leitidee des Subsidiaritätsprinzips und das Leitbild sorgender Gemeinschaften sind als weiterführende Ideen für die Entwicklung der Altenpflegeökonomie zu diskutieren.

---

das persönliche Wohlbefinden steigert und die Vereinbarkeit der Lebensbereiche erleichtert. Ebenso kann ein starkes soziales Netzwerk emotionale Unterstützung bieten und dadurch Stress reduzieren, was sich wiederum positiv auf die anderen Faktoren auswirken könnte.

[36] Die enge Verflechtung von Sozialpolitik und Sozialökonomie zeigt sich deutlich in der Altenpflege. Sozialpolitische Maßnahmen, sowohl vertikale (staatliche Interventionen) als auch horizontale (gesellschaftliche Initiativen), beeinflussen maßgeblich das Versorgungsgeschehen der Altenpflege (s. Kap. 2.1.4).

2.4.1 Die gesetzliche Pflegeversicherung und der sozialrechtliche Status

Dieses Unterkapitel gibt einen Überblick über die gesetzliche Pflegeversicherung in Deutschland und die damit verbundene sozialrechtliche Stellung der Pflegepersonen. Ziel ist es, die grundlegenden Strukturen und Funktionsweisen der Pflegeversicherung sowie die rechtliche Stellung der Beteiligten zu verdeutlichen.[37]

2.4.1.1 Die Inanspruchnahme der sozialrechtlichen Pflegeversicherungsleistungen

Das Pflegeversicherungsgesetz trat am 1. Januar 1995 in Kraft und wurde als Elftes Buch in das SGB XI integriert, womit die Pflegeversicherung neben der Kranken-, Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung zur fünften Säule der Sozialversicherung wurde (vgl. Meyer 1996, 101f.; Deutscher Bundestag 1994), nachdem über 20 Jahre lang darüber diskutiert worden war (vgl. Meyer 1996, 153f.).[38] Vor der Einführung der Pflegeversicherung führte Pflegebedürftigkeit nicht zu einem sozialrechtlichen Leistungsanspruch (vgl. Gerlinger 2022).

Die soziale Pflegeversicherung hat die Aufgabe, die Versorgung pflegebedürftiger Menschen in Deutschland sicherzustellen (vgl. § 1 Abs. 4 SGB XI). Ziel ist es, diesen Personen ein möglichst selbstständiges und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen (vgl. § 2 SGB XI). Besondere Bedeutung kommt dabei der Förderung der häuslichen Pflege zu. Die Pflegeversicherung soll in erster Linie die häusliche Pflege und die Pflegebereitschaft der Angehörigen und Zugehörigen stärken, damit Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können (vgl. § 3 SGB XI). Die Pflege wird

---

[37] Für eine ausführliche Einführung in das System der gesetzlichen Pflegeversicherung wird auf Simon (2021) verwiesen.

[38] Die Pflegeversicherung wurde eingeführt, um auf mehrere drängende Probleme zu reagieren. Viele Pflegebedürftige waren finanziell überfordert und mussten Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Die hohen Anforderungen an informelle Pflegepersonen und unzureichende Pflegedienste verringerten die Bereitschaft zur häuslichen Pflege, was angesichts des demografischen Wandels besonders kritisch war. Hinzu kamen eine unzureichende Pflegeinfrastruktur und hohe Kosten für die Kommunen, die als Sozialhilfeträger die Pflegekosten zu tragen hatten. Diese Umstände führten zu Gerechtigkeits- und Qualitätslücken in der Versorgungsstruktur. Um diese Probleme zu lösen, die finanziellen Lasten gerechter zu verteilen und die Qualität der Pflege zu verbessern, wurde die Pflegeversicherung eingeführt (vgl. Meyer 1996, 27f.).

gemäß § 8 Abs. 1 SGB XI als eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (§ 8 Abs. 1 SGB XI) verstanden.

Die Pflegeversicherung als sozialpolitische Maßnahme wird für die Bürger:innen erst dann sozialrechtlich wirksam, wenn sie in Anspruch genommen wird (vgl. Kaufmann 2009, 284; Kaufmann 1997, 101f.). Dies gilt auch für Pflegebedürftigkeit. Leistungen der Pflegeversicherung können nur dann in Anspruch genommen werden, wenn Pflegebedürftigkeit im Sinne des § 14 SGB XI vorliegt und die betroffene Person aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen ihren Alltag nicht mehr selbstständig bewältigen kann und der Hilfe durch andere Personen bedarf. Die Pflegebedürftigkeit wird bei der zuständigen Pflegekasse angezeigt, die daraufhin den Medizinischen Dienst mit der Begutachtung beauftragt. Kern der Begutachtung der Pflegebedürftigkeit ist der Grad der Selbstständigkeit und inwieweit die pflegebedürftige Person in der Lage ist, den Alltag ohne Hilfe zu bewältigen. Hierfür gibt es die Einstufungen in die Pflegegrade 1 bis 5 (vgl. BMG 2024c). Die Pflegeversicherung kategorisiert Pflegebedürftige in die Pflegegrade 1 bis 5, um ihren individuellen Pflegebedarf zu ermitteln.[39] Mit zunehmendem Pflegegrad steigt der Umfang der benötigten Unterstützung und damit auch die gewährten Leistungen. Diese können ab Pflegegrad 2 in Form von Geld- oder Sachleistungen erbracht werden und orientieren sich an dem durch eine Pflegebegutachtung festgestellten Pflegegrad.

Höhere Pflegegrade führen somit zu einer umfangreicheren Unterstützung durch die Pflegekasse (vgl. AOK 2023). Pflegebedürftige haben grundsätzlich die Wahl zwischen reinen Sachleistungen (die von ambulanten Pflege- und Betreuungsdiensten erbracht und direkt mit dem Leistungserbringer abgerechnet werden), reinen Geldleistungen (das sog. Pflegegeld) und gemischten Sach- und Geldleistungen (die sog. Kombileistung; hier wird das Pflegegeld anteilig um den Wert der in Anspruch genommenen ambulanten Sachleistungen gekürzt).[40] Im Verhältnis von Geld- zu Sachleistungen steigt der Anteil der Sachleistungen mit zunehmenden Pflegegrad (vgl. BMG 2023c).

---

[39] Pflegegrad 1 dient der frühzeitigen Unterstützung von Menschen mit geringen Beeinträchtigungen der Selbständigkeit. Ziel ist die Erhaltung und Verbesserung der Selbstständigkeit durch Beratungs- und Schulungsangebote sowie durch finanzielle Zuschüsse zur Anpassung des Wohnumfeldes. Ambulante Sachleistungen oder Pflegegeld sind nicht vorgesehen, Betroffene können jedoch individuelle Pflegeberatung, einen monatlichen Entlastungsbetrag i. H. v. 125 € und Pflegehilfsmittel in Anspruch nehmen (vgl. BMG 2024d).

[40] Da es in dieser Arbeit um die Leistungen für informelle Pflegepersonen geht, sei an dieser Stelle auf den vollständigen Leistungskatalog und Leistungsumfang für die verschiedenen Pflegegrade im Jahr 2024 verwiesen (vgl. BMG 2024a, 8-10).

Leistungsart	Absolut (in Tsd.)	In Prozent
Häusliche Versorgung Gesamt	4.044	100,0
Pflegesachleistung	173	4,3
Pflegegeld	2.694	66,7
Kombileistung	570	14,1
Tages- und Nachtpflege	145	3,6
Verhinderungspflege	31	0,7
Kurzzeitpflege	26	0,6
Stundenweise Verhinderungspflege	405	10

Tabelle 1: Leistungsinanspruchnahme in der häuslichen Pflege. Verteilung nach Leistungsarten der sozialen Pflegeversicherung (SPV), Jahresdurchschnitt 2023 (vgl. BMG 2023c; eigene Darstellung in Anlehnung an Hermann et al. 2022, 9).

Tabelle 1 zeigt die Verteilung der zu Hause versorgten Pflegebedürftigen auf die verschiedenen Leistungsarten im Jahresdurchschnitt 2023. Insgesamt wurden 4.044 Tausend Pflegebedürftige zu Hause versorgt, was 100 Prozent der betrachteten Gruppe entspricht (vgl. BMG 2023c). Die Verteilung verdeutlicht, dass der Großteil der Pflegebedürftigen durch Pflegegeld unterstützt wird (66,7 Prozent), während andere Leistungen wie Pflegesachleistungen und die verschiedenen Formen der Verhinderungspflege weniger häufig in Anspruch genommen werden.

2.4.1.2 Der sozialrechtliche Status als Pflegeperson

Eine Pflegeperson als angehörige Person „oder sonstige ehrenamtlich tätige Personen" (BMG 2024f) wird zur Pflegeperson im sozialrechtlichen Sinne, wenn sie im Antragsverfahren auf mindestens Pflegegrad 2 der betroffenen Person als Pflegeperson im sozialrechtlichen Sinne benannt wird. Damit kann die Pflegeperson im sozialrechtlichen Sinne ihre Rechte geltend machen (vgl. § 44 SGB XI; Pflege Wegweiser NRW 2022).

Im Sinne der Pflegeversicherung ist eine Pflegeperson eine Person, die einen Pflegebedürftigen nicht erwerbsmäßig in seiner häuslichen Umgebung pflegt. Wenn diese Pflegeperson einen oder mehrere Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 wenigstens zehn Stunden wöchentlich, verteilt auf regelmäßig mindestens zwei Tage, pflegt, hat sie Anspruch auf Leistungen der sozialen

Sicherung, die in den folgenden Kapiteln beschrieben werden (vgl. BMG 2024b).[41]

2.4.2 Sozialrechtliche Leistungen für Pflegepersonen

Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über die sozialrechtlichen Leistungen und Unterstützungsmaßnahmen für Pflegepersonen in Deutschland. Dabei wird auf die Bedeutung des Pflegegeldes, die soziale Absicherung von Pflegepersonen und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eingegangen. Ziel ist es, die verfügbaren Hilfen und rechtlichen Rahmenbedingungen für informelle Pflegepersonen im sozialrechtlichen Sinne darzustellen und deren Inanspruchnahme anhand aktueller Daten zu beleuchten.

2.4.2.1 Die Rolle des Pflegegeldes für Pflegepersonen

Das nach den Pflegegraden gestaffelte Pflegegeld wird von der Pflegekasse direkt an den Pflegebedürftigen ausgezahlt (s. Tab. 2). Diese Person kann frei entscheiden, wie das Geld zur Sicherstellung der Pflege und zur Bewältigung des Alltags verwendet wird (vgl. BMG 2024e).

Pflegegrad	Pflegegeld pro Monat
2	332 €
3	573 €
4	765 €
5	947 €

Tabelle 2: Monatliche Pflegegeldleistungen nach Pflegegraden, Stand 2024 (vgl. BMG 2024e; eigene Darstellung).

[41] Diese Definition verdeutlicht die Abgrenzung zwischen der sozialökonomischen und der sozialrechtlichen Betrachtung informeller Pflegepersonen (s. Kap. 2, Fußnote 1). Sozialökonomisch umfasst der Begriff alle unentgeltlich Pflegenden, unabhängig von ihrem rechtlichen Status. Sozialrechtlich werden jedoch nur diejenigen als Pflegepersonen anerkannt, die bestimmte gesetzliche Kriterien erfüllen. Dies hat zur Folge, dass manche informelle Pflegepersonen aus sozialökonomischer Sicht als solche gelten, aber keinen rechtlichen Status als Pflegeperson haben, während andere beide Definitionen erfüllen.

Das Pflegegeld ist nach § 37 Abs. 1 SGB XI für speziell organisierte Pflegehilfen bestimmt. Eine registrierte Pflegeperson bei der Pflegekasse ist dazu keine Voraussetzung für den Bezug von Pflegegeld (vgl. Pflege Wegweiser NRW 2022).

Aus sozialrechtlicher Perspektive ist stets die pflegebedürftige Person Empfänger:in des Pflegegeldes und entscheidet über dessen Verwendung. 66,7 Prozent der Pflegebedürftigen wählen in der häuslichen Versorgungsform das Pflegegeld (s. Kap. 2.4.1.1). Dies zeigt, dass das Pflegegeld in der häuslichen Pflege eine große Rolle spielt.[42]

So zeigt die Befragung der informellen Pflegepersonen, dass das Pflegegeld am häufigsten an die Pflegepersonen selbst weitergegeben wird (47 Prozent), teilweise um deren Einkommensverlust auszugleichen. Es wird aber auch häufig für andere Unterstützungskräfte wie Haushalts- und Betreuungshilfen (39 Prozent), 24-Stunden-Pflegekräfte (17 Prozent) oder ehrenamtliche Helfer:innen (9 Prozent) verwendet. Darüber hinaus wird das Pflegegeld häufig für allgemeine Haushaltsausgaben verwendet. Lediglich 5 Prozent der Befragten geben an, dass sie das Pflegegeld zum Sparen, z. B. für eine mögliche spätere stationäre Pflege, verwenden. Insgesamt wird das Pflegegeld also überwiegend pflegebezogen verwendet (vgl. Haumann 2022, 54f.).

Die Pflegepersonen berichten in dieser Studie überwiegend positiv über die Wirkung des Pflegegeldes. Während nur 5 Prozent angeben, dass das Pflegegeld nichts oder kaum etwas gebracht hat und 18 Prozent es nur als kleine Anerkennung sehen, bewerten 24 Prozent das Pflegegeld als gute Unterstützung und 47 Prozent halten es sogar für unverzichtbar für die häusliche Pflege. Besonders stark belastete Pflegepersonen bewerten das Pflegegeld positiv. Rund 25 Prozent der informell Pflegenden erhalten oder erhielten zumindest einen Teil des Pflegegeldes. Dabei ist zu beachten, dass das Pflegegeld nicht immer vollständig an die Pflegenden ausgezahlt wird, sondern auch für Haushaltshilfen oder andere Unterstützungskräfte verwendet wird. Frauen und Personen im mittleren Alter von 30 bis 49 Jahren erhalten häufiger Pflegegeld als Männer oder jüngere und ältere Altersgruppen (vgl. ebd., 56f.)

---

[42] Es gibt nur wenige Studien, die die Verwendung des Pflegegeldes untersuchen. Es gibt jedoch zwei neuere Untersuchungen, die gewisse Tendenzen aufzeigen. Besonders hervorzuheben ist die Studie von Haumann (2022), da sie methodisch klarer und übersichtlicher dargestellt ist. Die Ergebnisse dieser Studie werden zudem durch die Studie von Büscher et al. (2022) bestätigt.

Pflegepersonen, die das Pflegegeld von der pflegebedürftigen Person erhalten, übernehmen in der Regel die Hauptverantwortung und investieren mehr Zeit in die Pflege. Während im Durchschnitt nur 46 Prozent aller Pflegenden mehr als drei Stunden täglich pflegen, sind es bei den Pflegegeldempfänger:innen 74 Prozent. Diese Gruppe bewertet das Pflegegeld als finanziell sehr wichtig: 78 Prozent halten es für entscheidend, um finanziell über die Runden zu kommen, nur 21 Prozent halten es für weniger oder gar nicht wichtig. Besonders stark belastete Pflegende schätzen das Pflegegeld als wertvolle finanzielle Unterstützung und soziale Anerkennung (vgl. ebd., 58f.).

Das Pflegegeld spielt in der häuslichen Pflege eine zentrale Rolle und wird von den meisten Pflegenden positiv bewertet, insbesondere von denjenigen, die zeitlich stark in die Pflege eingebunden sind. Es wird jedoch nur teilweise oder gar nicht von den Pflegebedürftigen an die informellen Pflegepersonen weitergegeben.

2.4.2.2 Die soziale Sicherung für Pflegepersonen

Pflegepersonen, die einen oder mehrere Pflegebedürftige mindestens zehn Stunden wöchentlich, verteilt auf zwei Tage in der Woche, pflegen und nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich erwerbstätig sind, erhalten Beiträge zur Rentenversicherung aus der Pflegeversicherung. Die Höhe der Beiträge ist abhängig vom Pflegegrad und der Art der in Anspruch genommenen Leistungen. Im Jahr 2024 beträgt sie in den alten Bundesländern zwischen 124,27 € und 657,51 € monatlich, in den neuen Bundesländern zwischen 121,81 € und 644,49 € monatlich (vgl. BMG 2024b).

Ein Sachgutachten stellt fest, dass pflegende Beschäftigte in ihrer rentenrechtlichen Absicherung gegenüber nicht pflegenden Beschäftigten benachteiligt sind. Ein erheblicher Teil der Pflegenden zahlt nur geringe Beiträge in die Rentenversicherung ein. Selbst diejenigen, die rentenversichert sind, erhalten im Vergleich zu Beschäftigten ohne Pflegeaufgaben keinen vollen rentenrechtlichen Ausgleich für ihre Pflegetätigkeit (vgl. Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2023, 23).

Darüber hinaus sind informelle Pflegepersonen gesetzlich unfallversichert. Dieser Versicherungsschutz umfasst pflegerische Maßnahmen und Hilfen bei der Haushaltsführung sowie den direkten Weg zur und von der Pflegeeinrichtung, wenn die pflegebedürftige Person in einer anderen Wohnung lebt. Wenn Pflegepersonen ihren Beruf aufgeben, um sich um einen Pflegebedürftigen zu kümmern, übernimmt die Pflegeversicherung für die gesamte Dauer

der Pflegetätigkeit die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Damit bleibt der Versicherungsschutz erhalten und die Pflegepersonen haben weiterhin Anspruch auf Arbeitslosengeld und Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, wenn sie nach der Pflegetätigkeit nicht sofort wieder eine Beschäftigung finden (vgl. BMG 2024b).

2.4.2.3 Sozialrechtliche Unterstützung zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Neben der sozialen Absicherung haben Pflegepersonen auch Rechte, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf unterstützen. Die Sachinformationen in diesem Kapitel basieren auf Angaben des BMG und des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). Diese Angaben sollen durch aktuelle Daten untermauert werden.[43]

Beschäftigte haben einen Anspruch auf Freistellung von bis zu zehn Arbeitstagen, um in einer akut aufgetretenen Pflegesituation für einen nahen Angehörigen eine pflegerische Versorgung zu organisieren (vgl. § 2 Abs. 1 PflegeZG). Dies gilt unabhängig von der Anzahl der Beschäftigten im Betrieb. Die Verhinderung und deren Dauer sind dem Arbeitgeber unverzüglich mitzuteilen und auf Verlangen ist eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen. Offizielle Zahlen zur Inanspruchnahme der kurzzeitigen Arbeitsverhinderung liegen nicht vor, da sie nicht meldepflichtig ist. Schätzungen für das Jahr 2019 gehen von ca. 18.000 Personen aus, die von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben (vgl. Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2023, 24f.).

Als Ausgleich für das während der kurzzeitigen Arbeitsverhinderung ausgefallene Arbeitsentgelt können Beschäftigte ein Pflegeunterstützungsgeld beantragen, das für bis zu zehn Arbeitstage pro Kalenderjahr und pflegebedürftiger Person gezahlt wird. Es beträgt 90 Prozent des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts, bei einmalig gezahltem Arbeitsentgelt innerhalb der letzten zwölf Monate 100 Prozent, höchstens jedoch 70 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze. Im Jahr 2019 wurden für das Pflegeunterstützungsgeld nach §

[43] Eine Maßnahme, die zwar für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf von untergeordneter Bedeutung ist, aber das persönliche Wohlbefinden und das Wissen der Pflegenden bereichern kann, ist das kostenlose Angebot von Schulungskursen durch die Pflegekassen. Diese Kurse sollen das soziale Engagement in der Pflege fördern, die Pflege und Betreuung erleichtern und verbessern sowie körperliche und seelische Belastungen mindern und vorbeugen (vgl. BMG 2024g).

44a SGB XI rund 5,59 Mio. € aus Mitteln der sozialen Pflegeversicherung bereitgestellt (vgl. BMG 2021, 153). Zu diesem Zeitpunkt lagen den Pflegekassen 9.000 Anträge auf Pflegeunterstützungsgeld vor, obwohl die Bundesregierung von 20.000 Anträgen pro Jahr ausgegangen war (vgl. Deutsches Ärzteblatt 2020). Ursprünglich hatte der Gesetzgeber mit weniger als 200.000 Fällen pro Jahr gerechnet (vgl. Deutscher Bundestag 2014, 3).

Beschäftigte, die einen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung pflegen, haben nach dem Pflegezeitgesetz (PflegeZG) einen Anspruch auf bis zu sechs Monate unbezahlte Freistellung von ihrem Arbeitgeber. Dieser Anspruch gilt nur in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten, in kleineren Betrieben kann die Pflegezeit freiwillig vereinbart werden. Die Pflegezeit muss dem Arbeitgeber zehn Arbeitstage vor Beginn schriftlich angekündigt werden, wobei Zeitraum und Umfang der Freistellung anzugeben sind. Bei Teilzeitpflege ist zusätzlich die gewünschte Verteilung der Arbeitszeit anzugeben und zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schriftlich zu vereinbaren. Der Arbeitgeber muss den Wünschen entsprechen, sofern keine dringenden betrieblichen Gründe entgegenstehen. Während der Pflegezeit bleibt der Kranken- und Pflegeversicherungsschutz in der Regel über eine Familienversicherung bestehen. Beschäftigte, die nach dem Pflegezeitgesetz eine teilweise oder vollständige Freistellung von bis zu sechs Monaten in Anspruch nehmen, haben Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. Das Darlehen kann beim BAFzA beantragt werden und wird in monatlichen Raten ausgezahlt, die grundsätzlich die Hälfte des durch die Arbeitszeitreduzierung fehlenden Nettogehalts abdecken (vgl. BMG 2024b).

Reichen 6 Monate Pflegezeit nicht aus, können Beschäftigte das Familienpflegezeitgesetz (FPfZG) in Anspruch nehmen, das eine Freistellung von bis zu 24 Monaten bei einer Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden im Jahresdurchschnitt für die Pflege eines nahen Angehörigen (Pflegegrad 1 bis 5) ermöglicht. Auch in diesem Fall kann ein zinsloses Darlehen beim BAFzA aufgenommen werden, um den Lohnausfall während der Familienpflegezeit abzufedern (vgl. BAFzA o. J.).

Pflegepersonen können Freistellungen nach dem Pflegezeitgesetz und dem Familienpflegezeitgesetz miteinander kombinieren, wobei die Gesamtdauer aller Freistellungen 24 Monate nicht überschreiten darf. Diese Freistellungen können parallel oder nacheinander in Anspruch genommen werden, so dass die Pflege partnerschaftlich geteilt werden kann (vgl. BMG 2024b).

Über die Anzahl der beantragten und bewilligten Freistellungen liegen keine öffentlichen Statistiken vor. Allerdings hat der Deutsche Bundestag im Jahr

2020 auf eine Anfrage von Bundestagsabgeordneten eine Antwort zu den Daten und der Entwicklung der Darlehen gegeben. Danach haben 64 Prozent der Frauen und 36 Prozent der Männer (von insgesamt 760 Personen), die eine Freistellung nach dem PflegeZG beantragt haben, auch ein Darlehen beansprucht (vgl. Deutscher Bundestag 2020, 10). Bei der Freistellung nach dem FPfZG haben 60 Prozent der Frauen und 40 Prozent der Männer (von insgesamt 510 Personen) ein Darlehen bezogen. Zwischen 2015 und 2019 wurden insgesamt 982 Darlehen mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 10,8 Monaten und einer durchschnittlichen Höhe von 3.830,42 € bewilligt (vgl. Deutscher Bundestag 2020, 5f.).[44]

In einer Befragung gaben freigestellte Beschäftigte an, ihren Lebensunterhalt während der Freistellungsphase zu 70,7 Prozent aus eigenem Einkommen, zu 55,3 Prozent aus dem Pflegegeld einer pflegebedürftigen Person, zu 46,3 Prozent aus Ersparnissen, zu 28,5 Prozent aus der Rente des Angehörigen und zu 16,3 Prozent aus dem Einkommen anderer Familienmitglieder zu bestreiten. Ein staatliches Unterstützungsangebot in Form eines speziellen Pflegedarlehens halten nur 39 Prozent der Befragten für hilfreich, 52 Prozent hingegen für nicht hilfreich. Die negative Bewertung steigt mit dem Alter der Befragten (vgl. Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2019, 45; 2023, 21).[45]

Schließlich gibt es noch eine Maßnahme, die auf die pflegebedürftige Person ausgerichtet ist, aber auch die informell Pflegenden zeitlich entlasten kann. Wenn eine Pflegeperson Urlaub macht oder aus anderen Gründen vorübergehend nicht pflegen kann, übernimmt die Pflegeversicherung für Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 für bis zu sechs Wochen im Jahr die Kosten einer Ersatzpflege, der sog. Verhinderungspflege. Diese Ersatzpflege kann

---

[44] Eine aktuelle Anfrage beim Referat 303 des BAFzA (Stand: September 2024) ergab, dass keine amtliche Statistik zur Inanspruchnahme von Freistellungen nach dem Pflegezeitgesetz und dem Familienpflegezeitgesetz existiert. Laut der Bundestagsdrucksache 20/8183 wurden von 2015 bis August 2023 insgesamt 2.197 Anträge auf ein zinsloses Darlehen BAFzA gestellt. Die jährliche Anzahl der Anträge schwankte zwischen 215 (2016) und 310 (2015), wobei durchschnittlich etwa 60 Prozent der Antragsteller:innen weiblich waren. Das Durchschnittsalter der Antragsteller:innen lag in diesem Zeitraum bei etwa 50 Jahren. Die Auszahlungssummen der zinslosen Darlehen variierten jährlich, mit einem Höchstbetrag von 920.116,19 € im Jahr 2016 und einem Mindestbetrag von 648.329,28 € im Jahr 2015. Es ist zu beachten, dass die Anzahl der Anträge nicht zwangsläufig der Anzahl der Bewilligungen entspricht und die Laufzeiten der Darlehen in der Regel jahresübergreifend sind (vgl. Deutscher Bundestag 2023, 49f.).

[45] Diese Angaben beziehen sich auf eine Studie, die im Auftrag des BAFzA durchgeführt, aber nicht veröffentlicht wurde. Herausgeber der zitierten Quelle ist das BAFzA selbst, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Daten vorliegen.

durch ambulante Pflegedienste, Einzelpflegepersonen, ehrenamtliche Pflegepersonen oder nahe Angehörige erbracht werden und auch in einer Einrichtung stattfinden. Voraussetzung ist, dass die Pflegeperson den Pflegebedürftigen mindestens sechs Monate zu Hause gepflegt hat. Während der Verhinderungspflege wird bis zu sechs Wochen im Jahr die Hälfte des Pflegegeldes weitergezahlt. Außerdem können nicht in Anspruch genommene Leistungsbeträge der Kurzzeitpflege für die Verhinderungspflege verwendet werden. Ab dem 1. Juli 2025 werden die Leistungen für Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege zu einem gemeinsamen Jahresbetrag von bis zu 3.539 € zusammengefasst, der flexibel eingesetzt werden kann (vgl. BMG 2024f).

2.4.3 Weiterführende Ideen zur Diskussion

In diesem Unterkapitel geht es um weiterführende Konzepte, die den bestehenden Rahmen sozialrechtlicher Leistungen für informelle Pflegepersonen erweitern. Ziel ist es, diese Ideen vor dem Hintergrund der vorgestellten Studienergebnisse für eine weiterführende Diskussion aufzubereiten. Der Fokus liegt dabei auf ausgewählten, besonders anschlussfähigen Ansätzen, die mit der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens in Verbindung gebracht werden können.

Dabei fällt auf, dass die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens in der Sozialökonomie und Sozialpolitik der Altenpflege bislang kaum Beachtung gefunden hat. Klie (2014) erwähnt das Grundeinkommen lediglich im Kontext des Subsidiaritätsprinzips als einen „hochrelevanten Vorschlag, da er die Voraussetzung für die öffentliche Verantwortungswahrnehmung schafft" (Klie 2014, 169). Eine vertiefte Analyse der spezifischen Auswirkungen und der weitergehenden Bedeutung des Grundeinkommens für die Altenpflegeökonomie steht jedoch noch aus.

2.4.3.1 Der Reformvorschlag des Familienpflegegeldes

In der Öffentlichkeit wird derzeit vor allem die Pflegevollversicherung diskutiert. Dabei handelt es sich um ein Konzept, bei dem alle Pflegekosten von der Versicherung übernommen werden (vgl. Der Paritätische 2024). Das bedeutet, dass Pflegebedürftige weder für ambulante Sachleistungen noch für stationäre Pflege einen Eigenanteil zahlen müssen. Im Gegensatz zur heutigen Pflegeversicherung, die nur einen Teil der Kosten abdeckt und den Rest

den Pflegebedürftigen überlässt, bietet die Pflegevollversicherung eine vollständige finanzielle Absicherung (vgl. Rothgang 2023; Rothgang & Domhoff 2019).

In den Diskussionen um das Modell einer Pflegevollversicherung wird die Rolle der informellen Pflegepersonen oft weniger berücksichtigt, obwohl diese Gruppe prozentual mehr als 80 Prozent der Pflegeleistungen erbringt. Damit stellen informell Pflegende einen bedeutenden Faktor im Versorgungsgeschehen dar. Eine umfassende Konzeption einer Pflegevollversicherung könnte spezifische Maßnahmen und Hilfen für diese Gruppe beinhalten. Der Verein wir pflegen e.V. (2024) argumentiert, dass ohne solche gezielten Unterstützungsangebote für informell Pflegende ein wesentlicher Teil des Pflegesystems in der Konzeption einer Pflegevollversicherung unberücksichtigt bleiben könnte (vgl. wir pflegen e. V. 2024, 5f.).

Eine Idee, die sich explizit an Pflegepersonen richtet, ist das sog. ‚Familienpflegegeld' im Rahmen des PflegeZG und FPfZG (vgl. Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2023, 26; Kuhlmey & Budnick 2023, 554f.) Wie bereits in Kapitel 2.4.2.3 dargestellt, haben Pflegepersonen einen Anspruch auf Pflegezeit bzw. Familienpflegezeit. Nehmen Pflegepersonen die Pflegezeit in Anspruch, können sie bis zu 6 Monate unter Wahrung des Kündigungsschutzes von der beruflichen Tätigkeit freigestellt werden; bei der Familienpflegezeit sind es bis zu 24 Monate. In dieser Zeit werden die Sozialversicherungsbeiträge von der Pflegeversicherung weitergezahlt, und zur Finanzierung dieser Zeit kann die Pflegeperson ein zinsloses Darlehen beim BMFzA beantragen.

Das Konzept des Familienpflegegeldes sieht nun vor, die zwei Gesetze zu einem Gesetz zusammenzufassen. Dieses Gesetzesreform soll analog zu den Regelungen zum Elterngeld und zur Elternzeit in eine Freistellung (Familienpflegezeit) und eine Lohnersatzleistung (Familienpflegegeld) aufgeteilt werden, wobei das bisherige Darlehen als finanzielle Unterstützung entfallen soll (vgl. Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2023, 26). Ziel ist es, die Arbeit informeller Pflegepersonen anzuerkennen und neue soziale Maßnahmen einzuführen, die ähnlich den bestehenden Unterstützungsleistungen für Eltern ausgestaltet sind (vgl. Kuhlmey & Budnick 2023, 554).

Anspruchsberechtigt sind demnach familiäre Pflegepersonen einschließlich vergleichbar nahestehender Personen.[46] Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Familienpflegezeit und Familienpflegegeld sei grundsätzlich, dass die Pflege in häuslicher Umgebung erfolgt. Es sei jedoch nicht erforderlich, dass Pflegebedürftige und Anspruchsberechtigte in einem Haushalt leben. Die Pflege könne sowohl im Haushalt des Pflegebedürftigen als auch im Haushalt des Anspruchsberechtigten erfolgen (vgl. Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2023, 27f.)

Für den neuen Anspruch auf Familienpflegegeld wird analog zu den Regelungen beim Elterngeld vorgeschlagen, dass die Anspruchsberechtigten regelmäßig nicht mehr als 32 Stunden pro Woche erwerbstätig sein dürfen (vgl. ebd., 29). Die Pflegeverantwortung soll auf mehrere Personen verteilt werden können, um die Hauptpflegeperson zu entlasten. Durch die Möglichkeit, das Familienpflegegeld und die Familienpflegezeit auf mehrere Pflegepersonen aufzuteilen, sollen auch diejenigen unterstützt werden, die sonst aus finanziellen oder zeitlichen Gründen die Pflege nicht übernehmen könnten. Eine maximale Anzahl von Anspruchsberechtigten pro Pflegebedürftigen wird nicht festgelegt, da die individuelle Situation unterschiedlich sei (vgl. ebd., 31).

Um die gesetzlichen Freistellungen besser an die durchschnittliche Pflegedauer und die vielfältigen Lebensrealitäten anzupassen, sollen Pflegepersonen maximal 36 Monate Familienpflegezeit pro Pflegebedürftigen in Anspruch nehmen können. Davon können bis zu sechs Monate als vollständige oder teilweise Freistellung mit weniger als 15 Wochenstunden in Anspruch genommen werden. Die restliche Zeit müsse als teilweise Freistellung mit mindestens 15 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit gestaltet werden. Die Freistellungen können nacheinander oder gleichzeitig von verschiedenen Anspruchsberechtigten in Anspruch genommen werden. Die Familienpflegezeit kann in bis zu drei Zeitabschnitte pro Anspruchsberechtigten aufgeteilt werden, mit Zustimmung des Arbeitgebers seien auch weitere Zeitabschnitte möglich. Eine Mindestdauer der Familienpflegezeit gebe es nicht. Beim Familienpflegegeld beträgt die Mindestbezugsdauer einen Monat (vgl. ebd., 31-33).

Das steuerfinanzierte Familienpflegegeld soll einkommensabhängig sein und soll bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 250.000 € gezahlt werden. Die Berechnung erfolgt analog zum Elterngeld, wobei die Beträge regelmäßig angepasst werden sollen. Bei einer teilweisen Freistellung werde der pflegebedingte Einkommensverlust als Grundlage für die Berechnung des

[46] Derzeit sind nach § 7 Abs. 3 PflegeZG nur direkte Verwandte als Pflegepersonen anspruchsberechtigt (s. Kap. 2.4.2.3).

Familienpflegegeldes herangezogen. Eine Erhöhung sowohl der prozentualen Bemessung als auch der Obergrenze von 1.800 € wird als notwendig erachtet, um sowohl das Elterngeld als auch das Familienpflegegeld an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen. Da informelle Pflegepersonen häufig älter sind und damit über ein höheres Einkommen verfügen, sei der Einkommensverlust bei vollständiger Freistellung besonders problematisch. Trotz dieser Problematik sollen die Berechnungsgrundlagen des Elterngeldes beibehalten werden (vgl. ebd., 33f.).

Informelle Pflegepersonen dürfen durch eine teilweise oder vollständige Freistellung von der Arbeit keine Nachteile bei der Alterssicherung erleiden. Die rentenrechtliche Absicherung ist so zu überarbeiten, dass sie mindestens den heutigen Regelungen für Pflegepersonen und Eltern entspricht. Zudem wird für die rentenrechtliche Absicherung eine wöchentliche Arbeitszeit von maximal 32 Stunden vorausgesetzt (vgl. ebd., 36).

Auch die Regelungen zur kurzzeitigen Arbeitsverhinderung sollen ausgeweitet werden. Pflegepersonen können die Pflegezeit für dieselbe pflegebedürftige Person jedes Jahr in Anspruch nehmen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (vgl. ebd., 38).[47]

Kuhlmey und Budnick (2023) unterstützen diesen Entwurf grundsätzlich. Allerdings würden nicht alle Pflegenden gleichermaßen profitieren, insbesondere nicht erwerbstätige Vollzeitpflegende wie Mütter oder Angehörige von Demenzkranken. Nur eine „generelle Entlohnung von Pflegearbeit würde diesen Gruppen Rechnung tragen“ (Kuhlmey & Budnick 2023, 554). Dennoch werden die Empfehlungen zur Familienpflegezeit und zum Familienpflegegeld als Fortschritt für diejenigen gesehen, die Pflege und Beruf vereinbaren müssen. Diese Regelungen könnten informell Pflegenden, die bisher in Vollzeit gepflegt haben, einen Anreiz bieten, wieder in den Beruf einzusteigen, und Berufstätige ermutigen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. So könnten Pflegende Pflege und Beruf besser miteinander vereinbaren, ohne große finanzielle Einbußen hinnehmen zu müssen (vgl. ebd., 554).

Es bleibt abzuwarten, wie viele Personen das Familienpflegegeld im Falle einer Einführung tatsächlich in Anspruch nehmen würden (vgl. ebd., 555). Eine aktuelle Mikrosimulation auf Basis von SOEP-Daten aus dem Jahr 2019 schätzt, dass rund 1,9 Millionen Personen, die mindestens 10 Stunden pro Woche häusliche Pflege leisten, Anspruch auf das Familienpflegegeld hätten.

---

[47] Diese Änderung wurde bereits zum 01.01.2024 nach § 2 Abs. 1 PflegeZG von zehn Tagen pro pflegebedürftige Person auf einmal im Jahr erweitert (vgl. BMG 2023b).

Davon würden rund 1,5 Millionen Personen die Leistung tatsächlich beziehen, was rund 78 Prozent der Pflegenden entspricht. Die Bruttoausgaben für diese Leistung würden sich auf insgesamt 6,9 Mrd. € pro Jahr belaufen, während durch höhere Steuereinnahmen und Einsparungen bei anderen Sozialleistungen ein Nettoaufwand von rund 5 Mrd. € entstünde. Diese Zahlungen würden das Einkommen der Pflegenden um rund 170 € pro Monat erhöhen und ihr Armutsrisiko deutlich senken. Die Armutsrisikoquote würde auf 15,6 Prozent und die Armutsquote um mehr als 20 Prozent sinken. Der Einkommenszuwachs wäre bei Pflegehaushalten höher, der Rückgang der Armutsrisikoquote bei Pflegepersonen, die außerhalb des Haushalts pflegen, jedoch stärker. Bei Frauen würde die Armutsquote von 24 Prozent auf 19 Prozent und bei Männern auf rund 13 Prozent sinken (vgl. Felder et al. 2022, 32f.).

Bemerkenswert ist, dass dieser Reformvorschlag insbesondere hinsichtlich der finanziellen Absicherung Parallelen zur Konzeption eines bedingungslosen Grundeinkommens aufweist (s. Kap. 3.2). Diese Ähnlichkeiten machen das Familienpflegegeld zu einem vielversprechenden Ausgangspunkt für die weitere Diskussion. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit sollen die vorgestellten Untersuchungsergebnisse dazu dienen, die Annahmen und Ziele dieses Vorschlags kritisch zu beleuchten und einzuordnen (s. Kap. 6.1.2.3).

2.4.3.2 Das Leitprinzip der Subsidiarität in der Altenpflege

Nach der Betrachtung des konkreten Reformvorschlags des Familienpflegegeldes wendet sich die Diskussion nun einem grundlegenderen Konzept zu, das für die Gestaltung der Altenpflege von zentraler Bedeutung ist: dem Subsidiaritätsprinzip. Dieses Prinzip, ein Schlüsselbegriff der sozialökonomischen Wissenschaft (vgl. Wendt 2007, 23), bietet einen breiteren konzeptionellen Rahmen, in den sich auch die Idee eines Grundeinkommens einordnen lässt. Klie (2014) argumentiert, dass Subsidiarität als Leitprinzip für die zeitgemäße Weiterentwicklung der Altenpflege in Deutschland eine wichtige Rolle spielen könnte (vgl. Klie 2014, 190-192). Die Auseinandersetzung mit diesem Prinzip eröffnet fruchtbare Diskussionsmöglichkeiten, sowohl im Hinblick auf die informelle Altenpflegeökonomie als auch in Bezug auf die Idee des Grundeinkommens.

Das Subsidiaritätsprinzip betont die Bedeutung der Eigenverantwortung des Individuums für seine Lebensgestaltung, wobei eine größere Organisationseinheit wie z. B. der Staat unterstützend eingreift, wenn die Selbsthilfe

nicht ausreicht (vgl. Sachße 2003, 194). Subsidiarität hat einen doppelten Charakter: Einerseits betont sie immer die Eigenverantwortung, andererseits schafft und fördert sie durch Dritte die Voraussetzungen für die Eigenverantwortung (vgl. Schulz-Nieswandt 2006, 136-138; Nell-Breuning 1990, 79).

Das Subsidiaritätsprinzip hat seinen Ursprung in der katholischen Soziallehre (vgl. Klie 2014, 172-174). Es wurde erstmals in den päpstlichen Enzykliken ‚Rerum novarum' von Papst Leo XIII. (1891) und ‚Quadragesimo anno' von Papst Pius XI. (1931) hervorgehoben. Diese Enzykliken setzten sich mit den Auswirkungen des Wirtschaftsliberalismus auseinander und etablierten das Prinzip der Fürsorge zwischen Individuum, Gemeinschaft und Gesellschaft (vgl. Pius XI. 1931, 120f.). Nell-Breuning (1990) formulierte das Subsidiaritätsprinzip als allgemeinen Rechtsgrundsatz, der die Zuständigkeiten zwischen kleineren Gemeinschaften und übergeordneten Einheiten regelt (vgl. Nell-Breuning 1990, 114f.). Es betont den Vorrang der kleineren Einheiten vor den größeren und die Pflicht der größeren Einheiten, die kleineren zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen (vgl. Sachße 2003, 194): „Subsidiarität organisiert Solidarität so, dass Individualität verwirklicht wird." (ebd.)

Das Subsidiaritätsprinzip hat im Laufe der Zeit je nach politischem und gesellschaftlichem Kontext verschiedene Phasen durchlaufen. Während es im Liberalismus dazu diente, die Eigenverantwortung der Bürger:innen gegenüber dem Staat zu stärken, nutzte die katholische Soziallehre das Prinzip, um den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die Ausweitung staatlichen Handelns zu legitimieren (vgl. ebd., 212). Heute gilt Subsidiarität als Leitprinzip des deutschen Sozialstaates und ist im Grundgesetz verankert (vgl. Art. 23 (1) GG). Es fördert die Selbsthilfe vor Ort sowie die Eigenaktivität und Eigenverantwortung (vgl. Sachße 2003, 210f.). Seit Ende der 1990er Jahre wird Subsidiarität im Rahmen der Debatte um den Wohlfahrtspluralismus betont (vgl. Evers & Olk 1996). Dabei verschiebt sich der Fokus von der Kompetenzabgrenzung zwischen öffentlichen und freien Trägern[48] hin zum Verhältnis zwischen Haushalten, Markt, Staat und Drittem Sektor (vgl. Klie 2017, 247f.; Sachße 2003, 210). Die Wiederentdeckung der Selbsthilfepotenziale als Alternative zur staatlichen Steuerung erfolgte vor dem Hintergrund der Krise des Wohlfahrtsstaates, die durch Ökonomisierung, Verrechtlichung, Bürokratisierung, Professionalisierung und Zentralisierung gekennzeichnet war (vgl. Kaufmann 2009, 284). In der modernen Interpretation wird der Staat nicht mehr als zentrale Instanz gesehen, sondern als ein Akteur unter anderen, der

[48] Diese Debatte wird als Neo-Korporatismus bezeichnet und diskutiert das Verhältnis zwischen Staat und Wohlfahrtsverbänden in Deutschland (vgl. Rieger 2014, 149f.).

innovative Rahmenbedingungen schafft, Selbstorganisation unterstützt und die Zivilgesellschaft befähigt, ihre Herausforderungen eigenständig zu bewältigen (vgl. Klie 2014, 182; Sachße 2003, 211).

Ein Grund für die Herausforderungen im deutschen Altenpflegesystem liegt möglicherweise in der Vernachlässigung des Subsidiaritätsprinzips, das die Balance zwischen staatlicher Intervention und der Eigenverantwortung von Individuen, Familien und Gemeinschaften im unmittelbaren Sozialraum beschreibt (vgl. Klie 2014, 169-171). Ein Hauptkritikpunkt ist, dass der Staat sowohl in die professionelle als auch in die häusliche Pflege durch qualitätssichernde und regulierende Maßnahmen eingreift. Gleichzeitig wird jedoch betont, dass die Pflegeversicherung dem Subsidiaritätsprinzip diene, indem sie die Pflegeverantwortung von Familien und lokalen Gemeinschaften überhaupt erst ermögliche (vgl. ebd., 170). Die zentrale Kritik richtet sich gegen Zentralisierungstendenzen und sozialpolitische Top-Down-Strukturen, die Eigenverantwortung und Selbstgestaltungspotenziale in kleinen Gemeinschaften untergraben (vgl. ebd., 192). Der Pflegeversicherung fehle es daher an „subsidiärer Vorsorge" (ebd., 192).

Ein wesentlicher Aspekt, der in der Diskussion um das Subsidiaritätsprinzip betont wird, ist die Notwendigkeit des Aufbaus sozialer Unterstützung von unten nach oben. Klie (2014) formuliert diesen Aspekt folgendermaßen:

Soziale Unterstützung hat sich von unten her aufzubauen, aus den kleinen Kreisen. Es gilt, die Selbstorganisationsfähigkeit der Familien, die kleinen Kreise auch in neuen Formen, die über klassische Familien hinausgehen, zu stärken. Wo dies aber nicht gelingt und solange die nicht gelingt, ist die nächste Ebene gefragt, wie etwa die staatliche Beratung, das Case-Management, um die solidarische Unterstützung zu stärken, zu ermöglichen, zu organisieren und professionell zu begleiten. Dabei stellt sich die Frage, was denn die Kompetenzen der jeweiligen Akteure ausmacht, worauf zu achten ist, woraus sich die Güte und Tragfähigkeit der solidarischen Unterstützung ergibt. Hier sind die Menschenrechte wesentlicher Gradmesser. (ebd., 188f.)

Das Subsidiaritätsprinzip eröffne immer wieder Raum für die Diskussion und Gestaltung der Gesellschaft im Hinblick auf die Balance zwischen Eigenverantwortung im Sozialraum und Unterstützung durch übergeordnete Einheiten. Es halte das natürliche menschliche Spannungsfeld zwischen dem eigenen Wohlergehen und dem Wohlergehen der Mitmenschen stets präsent (vgl. ebd., 191). Klie (2014) fasst diesen Gedanken im Zusammenhang mit der Altenpflege in Deutschland wie folgt zusammen:

Das Subsidiaritätsprinzip eignet sich in einer modernen Gesellschaft als ethischer Maßstab für die Bewertung sozialpolitischer Gestaltungsoptionen.

Denn jede reglementierte, zentral gesteuerte Dienstleistung für pflegebedürftige Menschen steht in Gefahr, selbstorganisierte Formen der Unterstützung und Solidaritätsbereitschaft zu beeinträchtigen. Es lässt sich eine Art Beweislast des Sozialstaates aus dem Subsidiaritätsprinzip ableiten, der zufolge Interventionen den Grundsätzen der Subsidiarität nicht widersprechen dürfen. (ebd., 190)

Im Kontext der Aussage von Klie (2014) zur Subsidiarität wird das Grundeinkommen als „hochrelevanter Vorschlag" (ebd., 169) gesehen, da es die Grundlage für die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung schaffen könnte (vgl. ebd., 169). Diese Aussage soll in der späteren Diskussion näher untersucht werden (s. Kap. 6.1.3). Es geht darum zu verstehen, wie das Grundeinkommen die Eigenverantwortung beeinflussen kann und welche Rolle es im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips für die informelle Altenpflegeökonomie spielen könnte.

2.4.3.3 Das Leitbild sorgender Gemeinschaften: Caring Communities

Das Subsidiaritätsprinzip befasst sich mit Grundfragen der gesellschaftlichen Ordnung und konzentriert sich auf das Verhältnis von Staat, Markt, Drittem Sektor und Individuum. Es betont insbesondere die Eigenverantwortung des Einzelnen und die Unterstützung dieser Eigenverantwortung durch die Gemeinschaft (s. Kap. 2.4.3.2). Ein viel diskutiertes Konzept, das eine mögliche Konkretisierung des Subsidiaritätsprinzips darstellt, sind sog. ‚Sorgende Gemeinschaften' bzw. ‚Caring Communities' (vgl. Zängl 2023; Schürch & Holten 2022; Laufenberg 2018; Wegleitner & Schuchter 2021; Klie 2021). Diese werden als zivilgesellschaftliche lokale Verantwortungsgemeinschaften verstanden (vgl. Kricheldorff et al. 2015, 408).[49]

[49] Das Konzept der ‚Sorgenden Gemeinschaften' weist inhaltliche Parallelen zum Ansatz der ‚Commons' auf (vgl. Schürch & Holten 2022, 266; Dumschat et al. 2021). Beide Konzepte betonen die Bedeutung gemeinschaftlich getragener Verantwortung und kollektiver Ressourcennutzung. Helfrich und Bollier (2020) definieren Commons als „lebendige soziale Strukturen, in denen Menschen ihre gemeinsamen Probleme in selbstorganisierter Art und Weise angehen." (Helfrich & Bollier 2020, 20) Diese Definition lässt sich auch auf sorgende Gemeinschaften übertragen, die ebenfalls auf Selbstorganisation und gemeinschaftliche Problemlösung im Bereich der Pflege und Fürsorge abzielen.

Das Leitbild der sorgenden Gemeinschaften erstreckt sich nicht nur auf die Pflege älterer Menschen, sondern umfasst auch verschiedene Formen der Unterstützung innerhalb lokaler Verantwortungsgemeinschaften (vgl. Netzwerk Caring Communities o. J.). Diese Gemeinschaften konzentrieren sich je nach Bedarf und Schwerpunktsetzung auf unterschiedliche Themen, die alle Lebensphasen betreffen. Dazu gehören neben der Altenpflege und dem Umgang mit Krankheit und Behinderung auch Kinderbetreuung, Migration und ökologische Nachhaltigkeit (vgl. Schürch & Holten 2022, 265f.). Insbesondere in der Altenpflege gewinnt das Konzept angesichts der demografischen Herausforderungen und des abnehmenden häuslichen Pflegepotenzials an Bedeutung (vgl. Kricheldorff et al. 2015, 408).

Das zugrundeliegende Konzept basiert auf verschiedenen Diskussionen und Ansätzen aus der Pflege und der Sozialen Arbeit. Dazu gehören die Hospizbewegung, die Inklusionsdebatte von Menschen mit Behinderung oder Demenz sowie Vorstellungen einer würdevollen Sterbebegleitung (vgl. Klie 2014, 113-115; Wegleitner et al. 2023, 70f.; Schürch & Holten 2022, 265-267; Laufenberg 2018, 80f.). Ein zentrales Thema ist die gemeinschaftliche Organisation von Hilfe und Sorge durch bürgerschaftliches Engagement in schwierigen Lebenslagen (vgl. Wegleitner & Schuchter 2018, 2). Das Leitbild verbindet unterschiedliche Sektoren und Themen zur Bewältigung individueller und gesellschaftlicher Herausforderungen. Es bündelt gemeinsame Interessen und Aktivitäten, um Unterstützung im lokalen Sozialraum zu bieten und die Eigenverantwortung im öffentlichen Raum zu stärken. Das Engagement in diesen Gemeinschaften spiegelt besondere gesellschaftliche Werte und Motive wider. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive sind sorgende Gemeinschaften Ausdruck von gegenseitiger Hilfe und Fürsorge (vgl. Steinebach et al. 2023, 25). Damit sind sie auch für die sozialökonomische Theorie und die ökosoziale Perspektive dieser Arbeit von Interesse.

Dieses Leitbild steht für eine Pflegekultur, die das bürgerschaftliche Engagement in den Mittelpunkt stellt (vgl. Klie 2014, 113f.). Es kann als Antwort auf die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft mit steigendem Pflegebedarf verstanden werden (vgl. Steinebach et al. 2023, 25). Die Entstehung solcher sorgenden Gemeinschaften ist zum Teil auf Verschiebungen zwischen den vier Hauptsektoren des Wohlfahrtspluralismus zurückzuführen. Derzeit wird auf verschiedenen Ebenen neu ausgehandelt, inwieweit Sorgeverantwortung zunehmend durch zivilgesellschaftliches Engagement übernommen werden kann (vgl. Fleischer 2023, 109).

Durch die enge Vernetzung des Individuums mit seinem Wohnumfeld und dem Sozialraum erweitert dieses Leitbild den Fokus über das individuelle

Pflegesetting und die familiären Grenzen hinaus. Es betont die soziale Verbundenheit und Mitverantwortung bei der Bewältigung schwieriger Lebenssituationen und zielt darauf ab, die Bedarfe anderer wahrzunehmen und ihre Autonomie und Selbstbestimmung zu respektieren (vgl. ebd., 111; Kricheldorff et al. 2015, 409). Das Leitbild verweist auf eine „neue soziale Qualität des Miteinanders" (Klie 2014, 126). Neue Wege der Hilfe und Unterstützung sollen vor Ort gemeinsam mit den Betroffenen, ihren Angehörigen, Freunden, Nachbarn und Fachkräften entwickelt werden. Diese Akteure bilden ein Netzwerk, das pflegende Familien unterstützt und die häusliche Pflege auch dann ermöglicht, wenn eine einzelne Pflegeperson überfordert wäre (vgl. Kricheldorff et al. 2015, 410). Eine sorgende Gemeinschaft kann aus anderen Freiwilligeninitiativen wie der Nachbarschaftshilfe hervorgehen und sich von einer anfänglichen Pionierphase zu einem komplexen Ökosystem entwickeln. Dabei geht es nicht darum, verschiedene Formen des Engagements zu bewerten oder zu hierarchisieren (vgl. Zängl 2023, 20).

Die Idee der sorgenden Gemeinschaft wird als Oberbegriff für unterschiedliche Lösungsansätze und offene Zugänge zur Unterstützung und Versorgung älterer Menschen beschrieben (vgl. Berner 2015, 7). „Caring Communities sind gesellschaftliche Hoffnungsbilder und Projektionsflächen zugleich […]." (Wegleitner et al. 2023, 51) Es wird argumentiert, dass diese breite Verwendung den Begriff verwässert und ihn eher als abstraktes Leitbild ohne konkrete Handlungsstrategien erscheinen lässt. Dies könne zu einer idealisierten Vorstellung von Gemeinschaften führen (vgl. Berner 2015, 11).

Inzwischen wird nicht nur das Leitbild sorgender Gemeinschaften diskutiert, sondern auch überlegt, wie daraus konkrete Handlungsansätze für Sozialräume, Quartiere, Kommunen und Gemeinden abgeleitet werden können (vgl. Klein & Weigel 2014). Daraus ergeben sich Forschungsfragen, wie sorgende Gemeinschaften die häusliche Langzeitpflege verbessern können (vgl. Kapser et al. 2021).[50]

Eine sorgende Gemeinschaft bedarf, um eine zusammenfassende Aussage von Klie (2014) aufzugreifen, „gerade wenn sie als Leitbild taugen soll, der Unterstützung, Anregung und Ermutigung, einer Sicherheit gebenden Infrastruktur und eines professionellen Back-ups" (Klie 2014, 128). Hier wird die

[50] Erste Pilotprojekte wie das ‚CareComLab' sind bereits gestartet. ‚CareCom' steht für ‚Caring Communities' und ‚Labs' für ‚Laboratorien'. Bei diesen ‚Labs' handelt es sich jedoch nicht um herkömmliche Experimentierräume an Universitäten, sondern um fünf reale Gemeinden in der Schweiz, in denen in Kooperation von Wissenschaft und Zivilgesellschaft geforscht und experimentiert wird (vgl. CareComLabs 2022, 1). Erste Projekte in dieser Richtung sind bereits abgeschlossen (vgl. Gashi et al. 2022).

inhaltliche Nähe zum Subsidiaritätsprinzip deutlich, da beide Ansätze auf die Förderung von Eigenverantwortung und die Unterstützung durch eine übergeordnete Struktur abzielen (s. Kap. 2.4.3.2).

Die potenziellen Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens auf das soziale Netzwerk informeller Pflegepersonen und dessen Bedeutung für sorgende Gemeinschaften werden in der anschließenden Diskussion erörtert (s. Kap. 6.1.3.3).

3 Theoretische Grundlagen des bedingungslosen Grundeinkommens mit Fokus auf Sorgearbeit

Dieses Kapitel bildet den zweiten theoretischen Baustein der vorliegenden Arbeit, indem es die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens[51] sowohl allgemein als auch spezifisch im Kontext von Sorgearbeit bzw. ‚Care'[52] beleuchtet. Durch die kritische Auseinandersetzung mit dem aktuellen Forschungsstand und die Identifikation von Forschungslücken leistet dieses Kapitel einen Beitrag zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Debatte um Grundeinkommen und Sorgearbeit. Es schafft die theoretische Grundlage für die anschließende empirische Untersuchung und begründet deren Fokussierung auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen im Lichte eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Das Vorgehen gliedert sich in drei Hauptteile: Einleitend werden Vorüberlegungen zur Rolle von Utopien wie dem bedingungslosen Grundeinkommen in den Sozialwissenschaften angestellt, um den erkenntnistheoretischen Rahmen dieser Untersuchung zu etablieren. Es folgt eine allgemeine Einführung in die Idee des Grundeinkommens, einschließlich ihrer historischen Entwicklung, aktueller Modelle und zentraler Diskussionslinien. Anschließend wird die Debatte um Grundeinkommen und Sorgearbeit ausführlich dargestellt,

---

[51] In dieser Arbeit werden die Begriffe ‚Grundeinkommen' und ‚bedingungsloses Grundeinkommen' synonym verwendet. Jede Erwähnung von ‚Grundeinkommen' bezieht sich auf das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens. Im englischen Sprachraum wird die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens ‚Universal Basic Income' bzw. als ‚Basic Income' bezeichnet.

[52] Die vorliegende Arbeit baut auf der Theorie der Sozialökonomie auf und nicht auf feministischen Care Konzepten (s. Kap. 2.2.2). Obwohl der Begriff der ‚Sorge' auch in der Sozialökonomie zentral ist, wurde eine bewusste Abgrenzung zur feministischen Care Ökonomie vorgenommen. Da der Grundeinkommensdiskurs zur Sorgearbeit jedoch stark feministisch geprägt ist, dominiert sowohl in der englischen als auch in der deutschen Debatte der Begriff ‚Care'. Dieser wird als Sammelbegriff für alle unbezahlten Tätigkeiten verwendet, die häufig von Frauen geleistet werden (s. Kap. 2.2.2.2 zum feministischen Verständnis des Care-Begriffs). Um dem Diskurs gerecht zu werden und gleichzeitig dem alternativen theoretischen Ansatz dieser Arbeit Rechnung zu tragen, werden die Begriffe ‚Care' und ‚Sorgearbeit' hier synonym verwendet. Diese Klarstellung soll mögliche Missverständnisse vermeiden und sowohl eine objektive Darstellung der aktuellen Literatur als auch die Berücksichtigung des spezifischen theoretischen Ansatzes dieser Arbeit ermöglichen.

wobei sowohl der englischsprachige als auch der deutschsprachige Diskurs berücksichtigt wird. Der dritte Teil bietet eine kritische Einordnung des Forschungsstandes, zeigt Grenzen auf und schlägt neue Forschungsansätze vor.

3.1 Vorüberlegung: Realutopie als Orientierungsfunktion

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist eine sozialpolitische Idee,[53] bei der alle Bürger:innen einen gesetzlich festgelegten, regelmäßigen Geldbetrag erhalten – von der Geburt bis zum Lebensende. Dieses Einkommen wird als individueller Rechtsanspruch verstanden, der weder an eine Erwerbsverpflichtung noch an eine Bedürftigkeitsprüfung gebunden ist (vgl. Kovce & Priddat 2019, 11). Diese Grundidee bildet den Ausgangspunkt für verschiedene Modelle und weiterführende Diskussionen über die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung eines solchen Systems (vgl. De Wisperleare 2015, 47f.).

Das Grundeinkommen wurde bisher in keinem Land vollständig umgesetzt (vgl. Van Parijs 2023, 57; Wright 2017, 44). Dieser Umstand erschwert eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung seiner gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen. Zwar gibt es zahlreiche Experimente und Pilotprojekte, die einzelne Aspekte des Grundeinkommens in spezifischen Kontexten erproben, doch sind diese in ihrer Aussagekraft begrenzt (s. Kap. 3.2.1.3).

Bereits Elster (1987) erkannte die grundsätzliche Herausforderung, vor der die Sozialwissenschaften bei der Prognose langfristiger Auswirkungen tiefgreifender institutioneller Veränderungen wie der Einführung eines Grundeinkommens stehen. Die Komplexität und Dynamik sozialer Systeme mache es nahezu unmöglich, die vielschichtigen Folgen solch weitreichender Reformen zuverlässig zu prognostizieren (vgl. Elster 1987, 709-711).

Diese Kritik wirft die Frage auf, ob und wie eine Idee im Sinne einer Utopie, die einen noch nichtexistierenden Ort beschreibt (vgl. Kubon-Gilke & Maier-Rigaud 2020, 13), wissenschaftlich untersucht werden kann. Diese Überlegung führt zu einer basalen erkenntnistheoretischen Herausforderung: Wie

[53] Das bedingungslose Grundeinkommen wird in der Fachliteratur auch als sozialpolitische Reform diskutiert (vgl. Van Parijs 1992; Wright 2017, 20). Heinze und Schupp (2022) verwenden diese Bezeichnung, um die potenzielle Rolle des Grundeinkommens als Instrument zur Reform des bestehenden Sozialsystems zu betonen (vgl. Heinze & Schupp 2022, 15).

können sich die Sozialwissenschaften mit Utopien auseinandersetzen, wenn diese per Definition jenseits der gegenwärtigen Realität liegen?[54]

Zur erkenntnistheoretischen Einordnung orientiert sich diese Arbeit am Ansatz von Kubon-Gilke und Maier-Rigaud (2020). Damit wird eine Grundlage für einen strukturierten Umgang mit Utopien geschaffen, der es ermöglicht, unterschiedliche Reformvorschläge sozialwissenschaftlich zu untersuchen. Insbesondere wird die Rolle von realen, konkreten und prozesshaften Utopien als Orientierungshilfe für sozialwissenschaftliche Untersuchungen anerkannt (vgl. Kubon-Gilke & Maier-Rigaud 2020, 9f.). Das Autorenpaar vertritt die These, „dass Gesellschaftsutopien in einem relativen, prozessualen und realorientierten Verständnis [...] von verschiedensten Beurteilungen der Sozialpolitik Anregungen und Orientierungen sowohl für Reformen als auch für Transformationen der Sozialpolitik bereithalten können." (ebd., 12f.)

Der Begriff ‚Utopie' bezeichnet ein Gesellschaftsmodell oder Teile davon, das in der Gegenwart nicht existiert. Dabei kann es sich um ein völlig neues Konzept handeln oder um ein Konzept, das in der Vergangenheit existierte, heute aber nicht mehr besteht (vgl. ebd., 13). Utopien nehmen die gegenwärtige Realität als Ausgangspunkt, bleiben aber nicht in ihren Grenzen stehen. Sie nutzen die gegenwärtige Wirklichkeit als Basis, um von dort aus neue Möglichkeiten zu erkunden (vgl. ebd., 13). Im Gegensatz zu beliebigen Utopien und Zukunftsvorstellungen betrachten Kubon-Gilke und Maier-Rigaud (2020) ‚reale Utopien' aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive, die kritische Gesellschaftstheorie mit empirischer Forschung verbindet:

Reale Utopien legen Augenmerk auf eine sorgfältige und im Zuge der Reformen wiederholte Wirkungsanalyse, um nicht nur a priori vermutete Vorteile der Alternativen zu preisen, sondern deren konkrete Wirkungen genauer zu untersuchen. Dabei geht es auch darum, potentielle Gefahren neuer Institutionen (...) zu identifizieren, letztlich um sowohl die Robustheit und Widerstandskraft der Utopien gegenüber abweichenden Wirkungszusammenhängen zu prüfen als auch die nötige Anpassungsfähigkeit an veränderte Umstände und Funktionalitäten wie etwa einem anderen Mix an informellen und formellen Normen zu garantieren. Insofern sind reale Utopien automatisch auch immer kritische und relative Utopien. (ebd., 25)[55]

---

[54] In der Philosophie stellen sich ähnliche Fragen im Zusammenhang mit Gedankenexperimenten, die rein gedanklich entwickelt werden und keine Entsprechung in der Realität haben (vgl. Linsbichler & da Cunha 2023, 236f.; Brown & Fehige 2023).

[55] Auch für Bregman (2017) sind Utopien nicht als detaillierte Prognosen oder starre Gesellschaftsmodelle zu verstehen. Vielmehr fungieren sie als flexible Denkanstöße, die zur kritischen Auseinandersetzung mit der Gegenwart anregen. Ihr Wert liegt in der Fähigkeit, neue

In der Diskussion um reale Utopien und ihre Bedeutung für die Sozialwissenschaften ist es entscheidend, den engen Zusammenhang zwischen utopischem Denken und sozialpolitischer Praxis zu verstehen. Kubon-Gilke und Maier-Rigaud (2020) betonen, dass Sozialpolitik nicht nur innerhalb bestehender Systeme wirkt, sondern diese auch aktiv verändert. Dabei betonen sie den dynamischen Charakter von Sozialpolitik, der sich aus dem Zusammenspiel von staatlichen Interventionen und informellen sozialen Normen ergibt (vgl. ebd., 26f.). Diese Perspektive verdeutlicht, dass die Auseinandersetzung mit utopischen Konzepten nicht nur Zukunftsvisionen erforscht, sondern auch ein Spiegel gegenwärtiger gesellschaftlicher Realität und ihrer sozialpolitischen Praxis ist und damit Einsichten in aktuelle gesellschaftliche Dynamiken und Bedarfe liefern kann.

Kubon-Gilke und Maier-Rigaud (2020) führen im Rahmen ihrer Untersuchung realer Utopien den Begriff ‚Sozialgestalten'[56] ein und definieren ihn wie folgt: „Handelt es sich jeweils um konsistente, in sich geschlossene Gedankengebäude, so sprechen wir nachfolgend von Sozialgestalten, ohne sie an dieser Stelle gleichzeitig bereits normativ und inhaltlich zu werten." (ebd., 28f.) Der Begriff ‚Sozialgestalt' hebt zwei wichtige Aspekte hervor. Erstens handelt es sich um umfassende Konzepte einer sozialen Ordnung. Eine Sozialgestalt beschreibt ein vollständiges Bild, das alle wesentlichen Elemente einer Gesellschaft umfasst. Zweitens werden diese Konzepte zunächst neutral betrachtet, ohne sie moralisch oder inhaltlich zu bewerten. Diese neutrale und ganzheitliche Betrachtungsweise eröffnet neue Perspektiven für die Analyse und den Vergleich verschiedener Gesellschaftsentwürfe. Die daraus resultierende „Orientierungsfunktion von Utopien" (ebd., 30) dient als analytisches Werkzeug und erkenntnistheoretischer Rahmen zur systematischen Erfassung und Analyse komplexer sozialpolitischer Ideen, wobei eine vorschnelle Bewertung vermieden wird (vgl. ebd. 28-30).

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht sind zwei zentrale Voraussetzungen für Realutopien von besonderer Bedeutung. Zum einen basieren Realutopien in

---

Denkansätze zu fördern und frische Perspektiven auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu eröffnen (vgl. Bregman 2017, 19-21). Wright (2017) verwendet den Begriff ‚reale Utopie' mit dezidiert transformativem Charakter als konkrete Strategie zur Überwindung des kapitalistischen Systems (vgl. Wright 2017, 11). Dies steht im Gegensatz zur hier verwendeten neutralen Bedeutung, die keinen expliziten Transformationsdruck impliziert.

[56] Der Begriff ‚Sozialgestalten', den Kubon-Gilke und Maier-Rigaud (2020) hier einführen, basiert auf der Gestalttheorie und wird in ihrer Arbeit ausführlich entwickelt. Für eine detaillierte Herleitung und theoretische Fundierung dieses Konzepts wird auf die entsprechenden Textstellen verwiesen (vgl. Kubon-Gilke & Maier-Rigaud 2020, 73-120).

ihrer Orientierungsfunktion auf klaren und prägnanten Vorstellungen einer alternativen Gesellschaftsordnung. Zum anderen zeichnet sich eine Realutopie durch eine gründliche Analyse ihrer möglichen Auswirkungen aus. Dies umfasst nicht nur die Betrachtung möglicher Vorteile, sondern auch eine kritische Auseinandersetzung mit unbeabsichtigten Folgen und möglichen Risiken (vgl. ebd., 78f.). Diese beiden Bedingungen ermöglichen es, Realutopien als strukturierte und reflektierte Konzepte in der sozialwissenschaftlichen Forschung einzusetzen.[57]

Kubon-Gilke und Maier-Rigaud (2020) interpretieren die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens als Realutopie. Es stelle ein bisher nicht realisiertes, umfassendes Modell sozialer Sicherung dar, das zu intensiven Diskussionen und Umsetzungsbemühungen anrege. Als Sozialgestalt zeichne sich das Grundeinkommen durch seine Komplexität aus, da es Aspekte wie Finanzierung, Arbeitsmarkteffekte und gesellschaftliche Auswirkungen integriere. Die kontroversen Debatten um das Grundeinkommen würden seine Prägnanz als kohärentes Gedankengebäude unterstreichen (vgl. ebd., 166-175).

Das Ziel dieser Vorüberlegung zur Idee des bedingungslosen Grundeinkommens ist es, die erkenntnistheoretische Herausforderung zu adressieren, die sich in der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Utopien stellt. Mit Bezug auf Kubon-Gilke und Maier-Rigaud (2020), Levitas (2013) und Bregman (2017) wird argumentiert, dass ‚Utopie als Methode' im sozialwissenschaftlichen Kontext nicht nur möglich ist, sondern auch Erkenntniswert besitzt und als legitime Form der Wissensproduktion gelten kann.[58] Sie ermöglicht es, alternative Zukunftsszenarien zu entwerfen und kritisch zu

---

[57] Levitas (2013) sieht in der ‚Utopie als Methode' eine valide Form der Wissensproduktion. Diese Methode ermöglicht es, verschiedene Zukunftsmöglichkeiten zu entwickeln und zu erforschen. Dabei wird betont, dass diese Ideen vorläufig, veränderbar und von vielen Faktoren abhängig sind. Der Prozess ist offen und regt zum kritischen Nachdenken über mögliche Zukünfte an (vgl. Levitas 2013, 217-219).

[58] Diese Herangehensweise stützt sich auf Feyerabends (1980) Konzept des Methodenpluralismus in der Wissenschaft. Feyerabend (1980) lehnt die Idee einer einzigen, universell gültigen wissenschaftlichen Methode ab und plädiert stattdessen für offene und vielfältige Ansätze. Das Motto ‚anything goes' unterstreicht die Auffassung, dass jede Methode legitim sein kann, solange sie zu neuen Erkenntnissen führt (vgl. Feyerabend 1980, 97-99). Dieser Ansatz rechtfertigt die Beschäftigung mit utopischen Konzepten wie dem Grundeinkommen als legitimen Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, auch wenn sie jenseits der gegenwärtigen Realität liegen.

prüfen. In der vorliegenden Arbeit wird das bedingungslose Grundeinkommen als Realutopie und Sozialgestalt verstanden, die ohne normative Vorfestlegung als Orientierungshilfe im offenen Forschungsprozess dient.

In diesem Sinne ist die Betrachtung des bedingungslosen Grundeinkommens als Realutopie nicht als Abkehr von wissenschaftlicher Rationalität zu verstehen, sondern als Erweiterung des methodischen Repertoires, die neue Perspektiven und Erkenntnisse ermöglicht. Diese erkenntnistheoretische Einbettung ermöglicht es, den möglichen Einfluss eines Grundeinkommens auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen analytisch nachvollziehbar zu untersuchen.

3.2 Bedingungsloses Grundeinkommen: Zur allgemeinen Idee

Das Kapitel führt in das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens ein und skizziert dessen historische Entwicklung sowie zentrale Diskussionslinien. Der Fokus liegt dabei auf der spezifischen Anwendung des Grundeinkommens in der informellen Altenpflegeökonomie, die im empirischen Teil dieser Arbeit untersucht wird. Eine umfassende theoretische Diskussion des Grundeinkommens wird bewusst ausgeklammert.[59]

3.2.1 Relevanz, Ideengeschichte, Experimente und Pilotprojekte

Die aktuelle Relevanz des Grundeinkommens, seine historische Entwicklung und praktische Erprobungen in Experimenten und Pilotprojekten werden vorgestellt. Diese Kontextualisierung ermöglicht ein besseres Verständnis der Grundeinkommensdebatte.

---

[59] Für einen umfassenden Überblick zur Idee des bedingungslosen Grundeinkommens sei auf folgende Sammelbände und Monografien verwiesen. Im englischsprachigen Raum: Torry (2023), Torry (2021), Van Parijs & Vanderborght (2017), Widerquist et al. (2013), Van Parijs (1992); im deutschsprachigen Raum: Kovce & Priddat (2019), Butterwegge & Rinke (2018) & Schmidt et al. (2016).

3.2.1.1 Nationale und internationale Relevanz

Die Relevanz der Grundeinkommensdiskussion im globalen Kontext ist auf verschiedene gesellschaftliche Herausforderungen zurückzuführen und wird vor diesem Hintergrund als ein möglicher Lösungsansatz diskutiert (vgl. Van Parijs 2023, 56f.).

In Deutschland ist die Idee des Grundeinkommens nicht nur Gegenstand akademischer Debatten, sondern hat zunehmend an politischer und gesellschaftlicher Relevanz gewonnen (vgl. Zimmermann et al. 2020, 304f.). Diese Entwicklung ist in verschiedenen Bereichen zu beobachten.

Im wissenschaftlichen Bereich beschäftigen sich verschiedene Forschungseinrichtungen intensiv mit der Idee des Grundeinkommens. Zu den wichtigsten Institutionen in diesem Bereich gehören das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und das Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS). Diese Institutionen untersuchen verschiedene Aspekte des Grundeinkommens aus wissenschaftlicher Perspektive. FRIBIS zeichnet sich besonders dadurch aus, dass es auch den Dialog mit aktivistischen und politischen Gruppen sucht und in seine Forschung einbezieht (vgl. Busemeyer et al. 2023, 1f.).[60]

Auf politischer Ebene hat die Idee des Grundeinkommens Eingang in die Programme verschiedener Parteien gefunden. So haben sich bspw. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bereits programmatisch damit auseinandergesetzt (vgl. Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Dortmund 2019; Die Linke 2021). Zudem hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2021) ein Gutachten zur Bewertung der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens erstellt, was die Relevanz des Themas auf höchster politischer Ebene unterstreicht.

Nicht zuletzt spielen zivilgesellschaftliche Initiativen eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung und Diskussion der Grundeinkommensidee in der breiten Öffentlichkeit. Organisationen wie das Netzwerk Grundeinkommen e. V. und Mein Grundeinkommen e. V. tragen dazu bei eine gesellschaftliche Debatte anzuregen.[61] Diese vielfältige Auseinandersetzung mit dem Thema Grundeinkommen in Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft verdeutlicht die Bedeutung und Aktualität dieser Idee in Deutschland.

---

[60] DIW Berlin: www.diw.de/de/diw_01.c.611616.de/grundeinkommen.html (abgerufen am 01.07.2025); FRIBIS: www.fribis.uni-freiburg.de (abgerufen am 01.07.2025).

[61] Netzwerk Grundeinkommen e. V.: www.grundeinkommen.de (abgerufen 01.07.2025); Mein Grundeinkommen e. V.: http://www.mein-grundeinkommen.de/ (abgerufen 01.07.2025).

Die Diskussion um ein Grundeinkommen ist jedoch nicht auf Deutschland beschränkt, sondern wird international auf allen Kontinenten geführt. In der Wissenschaft hat sich das Thema fest etabliert, wie die unüberschaubare Zahl an Publikationen zeigt. Eine Literaturrecherche in Google Scholar (2024) unter Verwendung der Suchbegriffe ‚bedingungsloses Grundeinkommen', ‚Grundeinkommen', ‚basic income', ‚universal basic income' und ‚unconditional basic income' ergab etwa 27.700 Ergebnisse (vgl. Google Scholar 2024). Bemerkenswert ist, dass die Diskussion um ein Grundeinkommen nicht auf Industrieländer beschränkt ist, sondern auch in Entwicklungsländern ernsthaft geführt wird. In einigen dieser Länder werden sogar konkrete Pilotprojekte durchgeführt (vgl. Banerjee et al. 2019, 979f.; Davala et al. 2015). Ein wichtiger Meilenstein in der internationalen politischen Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen war die landesweite Volksabstimmung in der Schweiz am 5. Juni 2016, bei der die Einführung eines Grundeinkommens von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde. 23,1 Prozent der Wähler:innen sprachen sich für die Einführung aus (vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft 2016).

3.2.1.2 Historische Entwicklung der Idee

Die Idee des Grundeinkommens blickt auf eine facettenreiche Geschichte zurück. Dieser kurze historische Abriss zeigt die Entwicklung der Kernidee des bedingungslosen Grundeinkommens von den Anfängen bis zur aktuellen globalen Debatte. Im Folgenden wird eine knappe Auswahl wichtiger Vorläufer und Entwicklungsschritte vorgestellt.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens lässt sich bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen (vgl. Van Parijs & Vanderborght 2017, 70). Zwei frühe Vordenker dieser Idee waren Thomas Paine (1796) und Thomas Spence (1797). Sie argumentierten, dass die Einführung des Privateigentums die Gesellschaft grundlegend verändert und viele Menschen benachteiligt habe. Als Ausgleich dafür schlugen sie vor, allen Bürger:innen regelmäßig einen bestimmten Geldbetrag auszuzahlen. Diese frühen Konzepte betonten bereits den universellen und bedingungslosen Charakter des Grundeinkommens (vgl. ebd., 70-72; siehe i. Orig. Paine 1796; Spence 1797).

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Idee des Grundeinkommens weiter. Joseph Charlier (1848) entwarf das erste detaillierte Konzept für ein landesweites Grundeinkommen als eine vierteljährliche Zahlung an alle Bürger:innen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Begründung basierte auf

der Idee, dass die Natur und ihre Ressourcen allen Menschen gleichermaßen gehören und durch Privateigentum eingeschränkt werden (vgl. Van Parijs & Vanderborght 2017, 73f.; siehe i. Orig. Charlier 1848). Der Ökonom John Stuart Mill diskutierte zur gleichen Zeit ähnliche Ideen wohlwollend und sah darin eine Möglichkeit, soziale Sicherheit mit individueller Freiheit zu verbinden (vgl. Van Parijs & Vanderborght 2017, 75-77).

In den 1960er und 1970er Jahren wurde die Idee des Grundeinkommens im Kontext der modernen Industriegesellschaft neu interpretiert. Namhafte Ökonomen wie James Tobin (1968) und John Kenneth Galbraith (1966) propagierten ein garantiertes Einkommen als Instrument zur Bekämpfung von Armut und zur Bewältigung des technologischen Wandels (vgl. ebd., 87-89.; siehe i. Orig. Tobin 1968; Galbraith 1966). Ähnlich argumentierte der Psychoanalytiker und Sozialphilosoph Erich Fromm (1966) aus humanistischer Perspektive für ein garantiertes Einkommen, um die Freiheit des Menschen gegenüber dem Zwang zur Erwerbsarbeit zu stärken (vgl. Fromm 1966, 175-177).

Der liberale Ökonom Milton Friedman (1962) entwickelte parallel dazu das Konzept der negativen Einkommenssteuer, das zwar Ähnlichkeiten zum Grundeinkommen aufweist, sich aber in wesentlichen Punkten unterscheidet. Die negative Einkommensteuer sieht vor, dass Menschen mit einem Einkommen unterhalb einer bestimmten Grenze Geld vom Staat erhalten, anstatt Steuern zu zahlen. Im Gegensatz zum bedingungslosen Grundeinkommen ist diese Zahlung jedoch an das Einkommen gekoppelt und nimmt mit steigendem Verdienst ab (vgl. Van Parijs & Vanderborght, 2017, 90f.; siehe i. Orig. Friedman 1962).

Einen politischen Höhepunkt erreichte die Debatte 1972, als der US-Präsidentschaftskandidat George McGovern ein universelles ‚Demogrant' i. H. v. 1.000 US-Dollar pro Person in sein Wahlprogramm aufnahm (vgl. Bluhm 1973), diesen Vorschlag aber später wieder zurückzog (vgl. Van Parijs & Vanderborght, 2017, 90f.).

Während die Diskussion der Idee in den USA Ende der 1970er Jahre nahezu verstummt war, lebte sie in den 1980er Jahren in europäischen Ländern wieder auf (vgl. Van Parijs 2023, 53). Wichtige Beiträge zur Grundeinkommensdiskussion im Kontext der europäischen Wohlfahrtsstaaten kamen unter anderem von Schmid (1984), Opielka und Voruba (1985), Büchele und Wohlgenannt (1985) und Gorz (1984) (vgl. ebd., 54f.).

Seit den 1990er Jahren wird die Kernidee des Grundeinkommens durch das internationale Netzwerk Basic Income Earth Network (BIEN), ein internationales Netzwerk aus Akademiker:innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren,

vertreten und weiterentwickelt. BIEN hat eine Definition des Grundeinkommens formuliert, die heute weithin anerkannt ist und als zentraler Referenzpunkt in der aktuellen Diskussion dient (vgl. ebd., 55f.; Van Parijs & Vanderborght, 2017, 97f.). Diese Definition erfasst die Idee in ihrer gegenwärtigen Form prägnant: „A Basic Income is a periodic cash payment unconditionally delivered to all on an individual basis, without means test or work requirement." (BIEN o. J.)[62]

Diese historische Entwicklung zeigt, wie sich die Idee des Grundeinkommens über die Jahrhunderte von einem philosophischen Konzept zu einem konkreten sozialpolitischen Vorschlag entwickelt hat, der heute weltweit diskutiert und auch in verschiedenen Formen erprobt wird.

3.2.1.3 Experimente und Pilotprojekte

Die Idee des Grundeinkommens ist in keinem Land der Welt als sozialpolitische Reform eingeführt. Es gibt sozialpolitische Maßnahmen, die Aspekte der Existenzsicherung beinhalten, aber nicht den reinen Kriterien eines Grundeinkommens entsprechen (vgl. Van Parijs 2023, 57; Wright 2017, 44). Doch es gibt weltweit Experimente und Pilotprojekte, die die Idee des Grundeinkommens in der Praxis erproben.[63]

---

[62] Dt.: „Ein Grundeinkommen ist eine regelmäßige Geldzahlung, die bedingungslos an alle Individuen ausgezahlt wird, ohne Bedürftigkeitsprüfung oder Erwerbsarbeitsverpflichtung."; eigene Übersetzung).

[63] Um Vielfalt und praktische Umsetzung dieser Experimenten zu veranschaulichen, lohnt ein Blick auf ausgewählte Piloten: In Indien fand 2012-2013 ein 18-monatiges Pilotprojekt in Madhya Pradesh statt, in dem rund 6.000 Dorfbewohner bedingungslos 200-300 Rupien pro Monat erhielten, um die Auswirkungen auf Grundbedürfnisse und soziale Entwicklung zu untersuchen (vgl. Davala et al. 2015). In Namibia fand 2008-2009 ein 24-monatiges Gemeindeexperiment im Dorf Otjivero statt, in dem 1.000 Einwohner bedingungslos 9 € pro Monat erhielten, um die Auswirkungen auf Armut, Beschäftigung und soziale Indikatoren zu testen (vgl. Haarmann et al. 2023). Finnland führte 2017/18 ein zweijähriges randomisiertes Experiment durch, bei dem 2.000 zufällig ausgewählte Arbeitslose monatlich 560 € bedingungslos erhielten, um die Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung und das Wohlbefinden zu untersuchen (vgl. De Wispelaere et al. 2023). Seit August 2020 läuft in Deutschland eine Langzeitstudie zum bedingungslosen Grundeinkommen, deren Datenerhebung im Mai 2024 abgeschlossen wurde. Das vom DIW Berlin geleitete Pilotprojekt umfasst zwei Gruppen: 122 Teilnehmende erhalten über drei Jahre monatlich 1.200 €, eine Vergleichsgruppe von 1.380 Personen erhält kein Geld. Beide Gruppen beantworten im Laufe der Studie sieben Fragebögen, um die sozialen Auswirkungen des Grundeinkommens zu untersuchen (vgl. Pilotprojekt Grundeinkommen o. J.). Die Ergebnisse sind im April 2025 veröffentlicht worden (vgl. Bohmann et al. 2025).

Die Experimente zum bedingungslosen Grundeinkommen.[64] dienen in erster Linie dazu, dessen Auswirkungen in realen Kontexten zu untersuchen und zu bewerten. Sie ermöglichen einen empirischen Zugang zu einer Idee, die eine tiefgreifende Veränderung des Sozialsystems darstellen würde. Durch die Durchführung von Experimenten wird das Thema in die öffentliche Diskussion eingebracht, was eine fundierte Auseinandersetzung fördert. Die gewonnenen Erkenntnisse können politische Entscheidungsprozesse unterstützen und helfen, die komplexen Zusammenhänge zwischen Grundeinkommen und verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verstehen (vgl. Merrill et al. 2022, 6-8). Ergänzend zu diesen Aspekten ist zu betonen, dass Grundeinkommensexperimente als Teil eines umfassenderen Forschungs- und Diskussionsprozesses zu verstehen sind. Sie können die Debatte zwar nicht abschließend klären, aber in Kombination mit anderen Forschungsmethoden kontextspezifische Erkenntnisse liefern (vgl. Widerquist 2018, 141-143).

Experimente und Pilotprojekte weisen zudem zahlreiche Einschränkungen auf, die ihre Aussagekraft und Übertragbarkeit auf reale Szenarien einschränken (vgl. Van Parijs & Vanderborght, 2017, 139f.). Eine zentrale Herausforderung ist die Schwierigkeit, langfristige und gesamtgesellschaftliche Effekte in begrenzten Zeiträumen und kleineren Gemeinschaften zu beobachten (vgl. Widerquist 2018, 132f.; Merrill et al. 2022, 7). Auch die Auswahl der Teilnehmenden und Gemeinschaften kann zu Verzerrungen führen und die Ergebnisse sind möglicherweise nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung (vgl. Widerquist 2018, 133f.). Zudem können Experimente in der Regel nicht alle relevanten Variablen und Wechselwirkungen erfassen, die für eine umfassende Bewertung eines Grundeinkommens notwendig wären. Schließlich besteht die Gefahr, dass die Ergebnisse in der öffentlichen Debatte falsch interpretiert oder zu stark vereinfacht werden (vgl. ebd., 137f.).[65]

Grundeinkommensexperimente stoßen bei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf Interesse, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Erwartungen. Politische Entscheidungsträger:innen suchen nach konkreten Handlungsempfehlungen für die Gestaltung von Sozialpolitik. Forscher:innen streben nach der Gewinnung fundierter wissenschaftlicher

---

[64] Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit Experimenten und Pilotprojekten zum bedingungslosen Grundeinkommen sei auf einschlägige Grundlagenwerke verwiesen. Siehe dazu Widerquist (2018), Standing (2021), Merrill et al. (2022) und Teil IV bei Torry (2023).

[65] Ein Beispiel hierfür ist das Experiment in Finnland, bei dem ausschließlich Langzeitarbeitslose ein Grundeinkommen erhielten. Dadurch waren keine Aussagen über die Auswirkungen auf andere Bevölkerungsgruppen möglich (vgl. De Wispelaere et al. 2023).

Erkenntnisse über die Auswirkungen eines Grundeinkommens. Die Zivilgesellschaft, einschließlich Bürger:innen und Medien, erhofft sich häufig klare Antworten auf komplexe soziale Fragen (vgl. ebd., 2f.).

Diese Experimente und Pilotprojekte liefern trotz ihrer methodischen Einschränkungen empirische Daten zu den möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens und erweitern damit die Diskussion um eine praktische Dimension, die über rein theoretische Überlegungen hinausgeht.

3.2.2 Modell, Merkmale und Diskussionslinien

Die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen umfasst eine Vielzahl von Ausgestaltungsmöglichkeiten, die über die allgemeine Definition hinausgehen (vgl. Kovce & Priddat 2019, 11f.; Torry 2023a, 24f.; BIEN o. J.). Statt die verschiedenen Modelle im Detail zu diskutieren, ist es sinnvoller, sich auf die wesentlichen Merkmale von Grundeinkommenskonzepten zu konzentrieren und ihre entscheidenden Eigenschaften herauszuarbeiten.[66] Zum Abschluss des allgemeinen Teils zur Idee des Grundeinkommens werden die wichtigsten kritischen Diskussionslinien skizziert. Dies soll einen inhaltlichen Einstieg in die allgemeine Debatte ermöglichen, bevor im nächsten Abschnitt die Thematik von Sorgearbeit im Kontext des Grundeinkommens ausführlich behandelt wird.

3.2.2.1 Arbeitsdefinition: Bedingungsloses Grundeinkommen

Während diverse Modelle und Ansätze zur Idee des bedingungslosen Grundeinkommens existieren (vgl. Blaschke 2024), stützt sich diese Arbeit auf die Definition von Van Parijs und Vanderborght (2017).[67] Diese Wahl beruht auf einer durchdachten Konzeption, der wissenschaftlichen Reputation des Autorenpaares und der Anschlussfähigkeit des Ansatzes.[68]

---

[66] Eine übersichtliche Darstellung verschiedener Entwürfe findet sich u. a. bei Blaschke (2024), die als Grundlage für eine systematische Analyse der wesentlichen Unterscheidungsmerkmale und Ansätze dienen kann.

[67] Diese Ausgestaltungsform des Grundeinkommens ist bereits bei Van Parijs (1992) angelegt.

[68] Darüber hinaus wird das Modell von Van Parijs und Vanderborght (2017) in vielen wissenschaftlichen Beiträgen als Referenzpunkt verwendet (vgl. u. a. Kim 2021; Hoynes & Rothstein 2019; Milanovic 2019, 201f.).

Van Parijs und Vanderborght (2017) definieren das Grundeinkommen als eine monatliche Transferzahlung, die von der Gemeinschaft jedem ihrer Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Erwerbsarbeitszwang gewährt wird und die im Sinne eines Mindesteinkommens die Grundbedürfnisse eines Menschen in dieser Gesellschaft abdeckt (vgl. Van Parijs & Vanderborght 2017, 8; Van Parijs 1992, 3f.;).[69] Diese Definition umfasst drei zentrale Merkmale:

1. *Individualität:* Das Grundeinkommen ist ein persönlicher Anspruch jedes Individuums und wird nicht an Haushalte oder Familien als Einheit ausgezahlt.
2. *Universalität:* Das Grundeinkommen steht ausnahmslos allen Mitgliedern der Gesellschaft zu, unabhängig von ihrer finanziellen Situation oder ihrem sozialen Status.
3. *Bedingungslosigkeit:* Es gibt weder eine Bedürftigkeitsprüfung noch einen Erwerbsarbeitszwang. Die Auszahlung des Grundeinkommens erfolgt periodisch und unabhängig von der individuellen Lebenssituation und der Bereitschaft zu arbeiten (vgl. Van Parijs & Vanderborght 2017, 14-22).

Neben den drei allgemeinen Prinzipien gibt es eine breite Diskussion über weitere Variablen, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden (vgl. De Wisperlaere 2015, 49f.; Blaschke 2024). Die wichtigsten Merkmale werden in den folgenden Teilkapiteln betrachtet und betreffen den Personenkreis, die Höhe des Grundeinkommens, bestehende Sozialversicherungsleistungen und die Finanzierung.

[69] Das Konzept der Grund- und Mindestsicherung, das in Deutschland durch das Bürgergeld und die Sozialhilfe repräsentiert wird (vgl. Bundesregierung 2024), unterscheidet sich vom bedingungslosen Grundeinkommen vor allem durch seinen selektiven Charakter. Während das Grundeinkommen universell und ohne Prüfung gewährt wird, erfordert die Grundsicherung eine detaillierte Bedürftigkeitsprüfung. Sie richtet sich gezielt an Personen in finanziellen Notlagen und fungiert als letztes soziales Auffangnetz (vgl. Blaschke 2011, 11f.).

3.2.2.2 Anspruchsberechtigte Personen und Höhe des Grundeinkommens

Bei der Konzeption eines bedingungslosen Grundeinkommens ist die Frage der Anspruchsberechtigung von zentraler Bedeutung. Hier werden vor allem zwei Modelle diskutiert: das staatsbürgerschaftsbasierte und das aufenthaltsbasierte Modell. Ersteres knüpft den Anspruch an die Staatsbürgerschaft (vgl. Zelleke 2005), während letzteres den dauerhaften Aufenthalt in einem Land unabhängig von der Staatsbürgerschaft als Kriterium heranzieht (vgl. Löffler 2021, 274f.). Van Parijs und Vanderborght (2017) schlagen als dritte Option vor, die Anspruchsberechtigung an die steuerliche Ansässigkeit in einer bestimmten Gemeinschaft zu knüpfen (vgl. Van Parijs & Vanderborght 2017, 8f.).

Die Höhe des Grundeinkommens ist ein weiterer zentraler Diskussionspunkt in verschiedenen Modellen und hat weitreichende Auswirkungen auf die Umsetzbarkeit und die gesellschaftlichen Effekte des Konzepts (vgl. De Wisperlaere 2015, 58f.; Torry 2023a, 26). Dabei lassen sich folgende Hauptansätze identifizieren (vgl. Torry 2023a, 27):

- *Subsistenzniveau:* Dieses Niveau zielt auf ein Grundeinkommen, das das soziokulturelle Existenzminimum abdeckt (vgl. Straubhaar 2017, 97f.). Es soll nicht nur die physischen Grundbedürfnisse befriedigen, sondern auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die Definition von Subsistenz variiert jedoch je nach kulturellem und ökonomischem Kontext und ist Gegenstand fortlaufender Debatten (vgl. De Wisperlaere 2015, 58f.; Yamamori 2022).[70]
- *Demokratische Bestimmung:* Ein weiterer Vorschlag ist, die Höhe des Grundeinkommens durch demokratische Prozesse in jedem Land individuell festzulegen (vgl. Torry 2023a, 27).
- *Differenzierte Terminologie:* Um der Komplexität der Debatte gerecht zu werden, wurde in früheren Diskussionen eine Unterscheidung zwischen ‚Full Basic Income' (auf dem Niveau des Existenzminimums)

[70] Das soziokulturelle Existenzminimum in Deutschland ist im Sozialgesetzbuch II definiert. Es beinhaltet Grundbedürfnisse, Wohnbedarf und soziale Teilhabe. Nach § 20 Abs. 1 SGB II umfasst es insbesondere „[...] Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung und Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile sowie persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Zu den persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens gehört in vertretbarem Umfang eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft."

und ‚Partial Basic Income' (unterhalb des Existenzminimums) vorgeschlagen (vgl. Groot 2004, 14; Torry 2023a, 27).

Als Orientierungspunkt für ein existenzsicherndes Grundeinkommen schlagen Van Parijs und Vanderborght (2017) einen Betrag von etwa einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf vor. Dieser Richtwert soll einerseits bescheiden genug sein, um als nachhaltig zu gelten, andererseits aber auch großzügig genug, um ein emanzipatorisches Subsistenzniveau zu gewährleisten. Die konkrete Höhe variiert je nach Land und wirtschaftlicher Situation und kann je nach ethischen Erwägungen oder politischer Durchsetzbarkeit angepasst werden (vgl. Van Parijs & Vanderborght, 10-12).[71]

3.2.2.3 Sozialversicherungsleistungen und Finanzierung

Ein zentraler Diskussionspunkt bei der Modellierung eines Grundeinkommens ist die Frage, inwieweit es bestehende Sozialleistungen ersetzen soll. Van Parijs und Vanderborght (2017) konzipieren das Grundeinkommen als unbedingten Sockelbetrag, der bei Bedarf durch zusätzliche, bedingte Sozialleistungen ergänzt werden kann (vgl. ebd., 10-12). In deutschsprachigen Modellen wird häufig vorgeschlagen, dass das Grundeinkommen Leistungen wie Sozialhilfe, Bürgergeld, Kindergeld und die Grundsicherung im Alter ersetzen und damit zu einer Vereinfachung und Entbürokratisierung des Sozialsystems beitragen soll (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2021, 2).

Liberale Modellvorschläge gehen noch einen Schritt weiter und plädieren neben der Abkehr von steuerfinanzierten Sozialleistungen für die Abschaffung des gesamten Sozialversicherungssystems. Demnach sollen Unfall-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung vollständig durch ein Grundeinkommen ersetzt werden (vgl. Straubhaar 2017, 100f.; Hohenleitner & Straubhaar 2008, 20f.).[72]

---

[71] Aktuelle Modelle für Deutschland schlagen Beträge zwischen 1.000 € und 1.500 € pro Monat für Erwachsene vor. Für Personen unter 18 Jahren wird in den meisten Modellen etwa die Hälfte dieser Beträge angesetzt (vgl. Blaschke 2024).

[72] Gleichzeitig werden in diesen liberalen Modellen verschiedene Ansätze diskutiert, um eine umfassende medizinische Grundversorgung für alle Bürger:innen zu gewährleisten. Die Vorschläge reichen von der Integration der Versicherungsbeiträge ins Grundeinkommen über staatlich ausgegebene Versicherungsgutscheine bis hin zu einem vollständig öffentlichen Gesundheitssystem (vgl. Straubhaar 2017, 101f.).

Die Finanzierung eines Grundeinkommens ist ein komplexes Thema, das verschiedene Ansätze umfasst und zentrale finanzielle Herausforderungen aufwirft (vgl. Torry 2023b, 225f.; Heinze & Schupp 2022, 36f.; Van Parijs & Vanderborght 2017, 133; De Wisperlaere 2015, 59-61). Grundsätzlich hängt die Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens maßgeblich davon ab, ob es innerhalb des bestehenden Steuer- und Sozialsystems ohne größere Einbußen für die Haushalte finanziert werden kann (vgl. Torry 2023b, 226-228). In der Diskussion werden insbesondere die folgenden allgemeinen Punkte hervorgehoben:

- *Vielfalt der Finanzierungsansätze:* Es gibt sowohl klassische (z. B. Einkommens-, Konsum- und Unternehmenssteuern) als auch innovative Ideen (z. B. Tobin-Steuer, Cap-and-Dividend, Kryptowährungen) zur Finanzierung des Grundeinkommens.
- *Haushaltsumschichtungen versus neue Einnahmequellen:* Einige Modelle setzen auf die Umlenkung bestehender Budgets, während andere neue Einnahmequellen wie z. B. Ressourcendividenden vorschlagen.
- *Finanzierungsstrategien:* Es besteht die Wahl zwischen allgemeinen und zweckgebundenen Steuermodellen. Darüber hinaus wird diskutiert, ob das Grundeinkommen haushaltsneutral durch Einsparungen bei anderen Programmen oder selbstfinanzierend durch die Senkung der Armutskosten gestaltet werden kann (vgl. De Wisperlaere 2015, 59-61).

Van Parijs und Vanderborght (2017) schlagen eine Finanzierungsstrategie für ein Grundeinkommen vor, die auf mehreren Quellen basiert. Eine zentrale Komponente ist die Nutzung der Einkommensteuer, die in entwickelten Wohlfahrtsstaaten als die naheliegendste Finanzierungsmethode gilt. Ein Großteil des Grundeinkommens könnte durch die Streichung von Sozialleistungen und Steuerfreibeträgen finanziert werden (vgl. Van Parijs & Vanderborght 2017, 134-136). Darüber hinaus könnten alternative Finanzierungsquellen wie die Besteuerung von Kapital, die Nutzung von Ressourcendividenden und die mögliche Nutzung der Geldschöpfung genutzt werden (vgl. ebd., 147-158). Trotz der Herausforderungen betonen Van Parijs und Vanderborght (2017) die Möglichkeit, die Nachhaltigkeit durch eine schrittweise Einführung eines partiellen Grundeinkommens zu gewährleisten, das durch bestehende Steuerstrukturen finanziert wird (vgl. ebd., 165f.).

Die Diskussion um die Anspruchsberechtigung, die Höhe des Grundeinkommens, den Umgang mit bestehenden Sozialleistungen und die Finanzierung zeigt die Komplexität und Vielschichtigkeit des Grundeinkommenskonzeptes auf. Diese Aspekte sind nicht nur technische Details, sondern haben weitreichende Auswirkungen auf die sozialen und ökonomischen Effekte eines Grundeinkommens. Sie bilden die Grundlage für kontroverse Debatten und unterschiedliche Modellvorschläge. Im Folgenden werden die zentralen Diskussionslinien, die sich aus diesen grundsätzlichen Überlegungen ergeben näher beleuchtet.

3.2.2.4 Die kritischen Diskussionslinien

Im Folgenden werden die zentralen Argumentationslinien dieser Debatte dargestellt. Dabei wird deutlich, dass die Diskussion um das Grundeinkommen von einer grundsätzlichen Ambivalenz geprägt ist: Zu fast jedem Argument gibt es ein Gegenargument, was den vielschichtigen und oft widersprüchlichen Charakter der Debatte unterstreicht. Ziel dieses Abschnitts ist es, einen ausgewogenen Überblick über die wichtigsten Diskussionspunkte zu geben und damit die Komplexität und Kontroversität des Themas zu verdeutlichen.

Grundeinkommen als Lösungsansatz: Positive Aspekte – die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens wird von einer Reihe von Argumenten gestützt, die sich um zentrale Themen wie individuelle Freiheit, die Neudefinition von Arbeit, Verwaltungseffizienz und Armutsbekämpfung drehen. Diese Argumente haben weitreichende gesellschaftliche und kulturelle Implikationen.

Die Diskussion um ein Grundeinkommen umfasst vielfältige Aspekte, die weit über rein ökonomische Überlegungen hinausgehen. Ein Kernpunkt der Diskussion betrifft die möglichen Auswirkungen des Konzepts auf *individuelle Freiheit und Selbstbestimmung*. Dabei werden sowohl Chancen für mehr persönliche Autonomie als auch mögliche Veränderungen gesellschaftlicher Dynamiken und Wertvorstellungen diskutiert (vgl. Van Parijs 1995, 5f.; Standing 2020, 2f.; Widerquist 2013, 15f.). Ein Grundeinkommen diskriminiere nicht zwischen verschiedenen Vorstellungen vom guten Leben und ermögliche auch denjenigen, die sich gegen Erwerbsarbeit entscheiden, ein menschenwürdiges Leben. Dies entspreche dem liberalen Prinzip der Neutralität des Staates (vgl. van Parjis 1991, 126-128).

Eng damit verbunden ist die Frage nach einer *möglichen Neudefinition der Rolle von Arbeit* in der Gesellschaft. Es wird diskutiert, wie ein Grundeinkommen das Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich relevanten Tätigkeiten verändern könnte. Dabei geht es auch um die Wertschätzung und Anerkennung verschiedener Formen von Arbeit, darunter fallen bspw. unbezahlte Sorgearbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten und künstlerische Aktivitäten. Damit könnte ein Grundeinkommen nicht nur individuelle Lebensentwürfe, sondern auch grundlegende gesellschaftliche Strukturen und Wertesysteme beeinflussen (vgl. Gorz 2000, 119-121; Liebermann 2005, 531f.; Werner 2008, 80-90).

Dieses neue Verständnis von Arbeit gewinnt vor dem Hintergrund der *Herausforderungen des modernen Arbeitsmarktes* besondere Relevanz. In Zeiten zunehmender Automatisierung und technologischen Fortschritts wird die Gefahr wachsender Arbeitsplatzverluste und einer fortschreitenden Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen diskutiert. Das Grundeinkommen wird in diesem Zusammenhang als ein möglicher Lösungsansatz betrachtet, um soziale Sicherheit in einer sich wandelnden Arbeitswelt zu gewährleisten und gleichzeitig neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen (vgl. Busemeyer & Sahm 2022; Dermont & Weisstanner 2020).

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Debatte sind die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf den *Staatshaushalt und die Verwaltungsstrukturen*. Es wird argumentiert, dass durch den Ersatz verschiedener bestehender Sozialleistungen durch ein einheitliches Grundeinkommen erhebliche Einsparungen im Verwaltungsaufwand erzielt werden könnten. Zudem wird diskutiert, ob ein solches System ohne Bedarfsprüfung zu einer Verringerung staatlicher Einmischung in das Leben der Bürger:innen und zu einer Verschlankung des Sozialstaates führen könnte (vgl. Straubhaar 2017, 15f.; Kovce & Priddat 2019, 13f.; Werner 2008, 90-92).

Ein weiterer zentraler Aspekt der Debatte betrifft die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf *Armut und soziale Sicherheit*. Hier wird die These vertreten, dass ein solches System ein wirksames Instrument zur (verdeckten) Armutsbekämpfung darstellen und die soziale Sicherheit für alle Bürger:innen erhöhen könnte. Diese Perspektive betont das Potenzial des Grundeinkommens, eine finanzielle Grundsicherung zu bieten und damit zur Verringerung sozialer Ungleichheit beizutragen (vgl. Standing 2020, 2f.; vgl. Bidadanure 2019, 482; vgl. Kovce & Priddat 2019, 12f.).

Grundeinkommen auf dem Prüfstand: Kritische Aspekte – die Kritik am Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens umfasst eine Reihe von Einwänden, die sich auf Fragen der Finanzierbarkeit, mögliche negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmoral, sowie Bedenken hinsichtlich der Leistungsgerechtigkeit und der Effizienz sozialer Unterstützung konzentrieren.

Im Zentrum der Kritik steht das *Finanzierungsdilemma*.[73] Ein existenzsicherndes Grundeinkommen würde erhebliche finanzielle Ressourcen erfordern (vgl. Rincón, 2023; Chrisp et al., 2020; Rossetti et al., 2020). In der Diskussion wird argumentiert, dass dessen Finanzierung entweder umfangreiche Kürzungen im bestehenden Sozialsystem oder deutliche Steuererhöhungen notwendig machen könnte. Beide Optionen könnten potenziell negative Anreizeffekte auf die Wirtschaft und das individuelle Verhalten haben (vgl. Cremer 2019, 21-23; Raddatz 2019, 43-47; Martinelli 2017, 472f.). Dieses Dilemma führe zu einem grundsätzlichen Zielkonflikt: Einerseits würde ein niedriges, finanzierbares Grundeinkommen seine sozialpolitischen Ziele verfehlen, andererseits wäre ein hohes, zielführendes Grundeinkommen aus finanzieller Sicht nicht realisierbar (vgl. Kay 2017, 71f.; Cremer 2019, 24f.; Martinelli 2017, 462f.).

Ein zentraler Diskussionspunkt betrifft die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf den *Arbeitsmarkt und die Arbeitsmoral*. Einerseits wird mit dem Konzept die Möglichkeit verbunden, Flexibilität und Kreativität auf dem Arbeitsmarkt zu fördern (vgl. Bregman 2017, 165-167). Auf der anderen Seite werden mögliche negative ökonomische Folgen diskutiert, insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigungsquote und die gesamtwirtschaftliche Leistung. Ein zentraler Aspekt dieser Debatte ist die Frage, inwieweit Menschen ohne direkte materielle Anreize weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgehen würden (vgl. Fratzscher 2017, 522; Cremer 2019, 20f.; Raddatz 2019, 41f.).[74]

---

[73] Diese stabilisierende Wirkung eines Grundeinkommens betonen auch Neumärker et al. (2021) besonders für Krisenzeiten. Ein Grundeinkommen könnte demnach die ökonomische Grundsicherung und psychologische Stabilität der Menschen in unsicheren Zeiten gewährleisten und damit ihre Handlungsfähigkeit bewahren (vgl. Neumärker et al. 2021, 21f.).

[74] Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2021) hat in einem Gutachten umfangreiche Berechnungen zur Finanzierbarkeit verschiedener Varianten des Grundeinkommens angestellt. Für ein existenzsicherndes Grundeinkommen von monatlich 1.208 € für Erwachsene und 684 € für Kinder ergibt sich ein jährlicher Finanzierungsbedarf von knapp 1.119 Mrd. €. Selbst wenn alle möglichen Einsparungen im Sozialsystem gegengerechnet würden, verbliebe eine Finanzierungslücke von 887 Mrd. € (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2021, 11f.). Die Simulationsrechnungen zeigen, dass selbst bei sehr hohen Steuersätzen von 90 Prozent eine aufkommensneutrale Finanzierung

Die Debatte um ein Grundeinkommen wirft grundsätzliche Fragen der *Leistungsgerechtigkeit* und ihrer Auswirkungen auf die gesellschaftliche Arbeitsethik auf. Im Zentrum steht die Neujustierung des Verhältnisses von individueller Leistung und gesellschaftlicher Entlohnung. Die finanzielle Grundsicherung für Nichterwerbstätige stellt das traditionelle Prinzip der Leistungsgerechtigkeit in Frage und erweitert die Diskussion um die Bewertung gesellschaftlich relevanter Tätigkeiten. Diese potenzielle Neuordnung könnte den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Motivation zur Erwerbsarbeit beeinflussen (vgl. Elster 1987, 719; Cremer 2019, 25; Raddatz 2019, 39f.).[75]

Das Grundeinkommen steht auch in einem grundsätzlichen Konflikt mit den Prinzipien der bestehenden Sozialsysteme. Besonders deutlich wird dies am *Prinzip der Reziprozität*. In den heutigen Systemen sind Leistungen oft an Bedingungen oder Gegenleistungen geknüpft. Das Grundeinkommen hingegen soll bedingungslos und für alle gelten. Diese Idee weicht so stark von etablierten Vorstellungen ab, dass sie als ‚radikale Alternative' zum traditionellen Wohlfahrtsstaat bezeichnet wird (vgl. Roosma & van Oorschot 2020). Gerade die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens könnte als Bruch mit dem Prinzip der Reziprozität wahrgenommen werden, was die Akzeptanz des Konzepts in der Bevölkerung erschweren könnte (vgl. Zimmermann et al. 2020).[76]

Zudem sind die Umverteilungswirkungen eines Grundeinkommens unklar und möglicherweise nicht so gerecht wie oft angenommen (vgl. Kay 2017, 73; Fratzscher 2017, 521f.). Die universelle Auszahlung unabhängig von der finanziellen Situation wirft Fragen nach der *Effizienz der Mittelverwendung* auf

---

nicht möglich wäre (vgl. ebd., 31). Spermann (2022) kritisiert diese Berechnungen in mehrfacher Hinsicht: Erstens würden die negativen Beschäftigungseffekte und damit die fiskalischen Kosten durch die Art der Modellierung überschätzt. Zweitens werde nicht ausreichend zwischen Einkommens- und Substitutionseffekten unterschieden. Drittens würden mögliche positive Effekte wie z. B. reduzierte Bürokratiekosten nicht berücksichtigt. Spermann (2022) plädiert daher für weitere Mikrosimulationsstudien mit verbesserter Modellierung, um die tatsächlichen Effekte eines Grundeinkommens genauer abschätzen zu können (vgl. Spermann 2022, 7f.).

[75] Darüber hinaus würde ein Grundeinkommen zwar die individuelle Verhandlungsmacht der Beschäftigten stärken, aber die grundlegenden Machtverhältnisse in der Arbeitswelt und die rechtlichen Strukturen nicht direkt verändern (vgl. Gourevitch 2016, 23f.).

[76] Neuere empirische Untersuchungen zeigen, dass die Idee der Bedingungslosigkeit in Deutschland auf eine höhere Akzeptanz stößt als ursprünglich angenommen (vgl. Busemeyer et al. 2023). Dabei wird weniger die Bedingungslosigkeit an sich kritisch gesehen, sondern vielmehr beeinflussen Bedenken hinsichtlich der Universalität und sozialen Gerechtigkeit die Akzeptanz eines Grundeinkommens (vgl. Leopold & Lindenmeier 2024).

(vgl. Colombino 2019, 6f.). In diesem Zusammenhang wird diskutiert, ob gezielte Sozialprogramme für bedürftige Gruppen nicht eine effektivere Alternative darstellen könnten (vgl. Hanna & Olken 2018, 202; Atkinson 2015, 219f.; Martinelli 2017, 466).

Schließlich führt die Grundeinkommensdebatte häufig zu einer ungerechtfertigten *Abwertung des bestehenden Sozialsystems* (vgl. Rincon et al. 2022; Chrisp et al. 2020; Stephens 2019). Bei einer Finanzierung aus dem bestehenden Sozialbudget drohen viele wichtige Leistungen wie Kranken- und Pflegeversicherung wegzufallen (vgl. Cremer 2019, 22f.). Ergänzende bedarfsgeprüfte Leistungen blieben weiterhin notwendig (vgl. Raddatz 2019, 40f.).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Debatte um das Grundeinkommen von einer grundsätzlichen Ambivalenz geprägt ist. Die vorgebrachten Argumente basieren weitgehend auf theoretischen Überlegungen und Prognosen. Die bisher durchgeführten Experimente und Modellversuche konnten aufgrund ihrer begrenzten Reichweite und Dauer keine abschließenden, realitätsnahen Erkenntnisse liefern, die diese theoretischen Annahmen eindeutig bestätigen oder widerlegen würden. Diese Unsicherheit bezieht sich nicht nur auf die möglichen positiven Effekte eines Grundeinkommens, sondern auch auf die befürchteten negativen Folgen. Wright (2017) bringt diese Ungewissheit prägnant auf den Punkt:

„Es gibt gewiss keine Garantie, dass ein großzügig berechnetes Grundeinkommen jemals eingeführt werden wird, und auch keine dafür, dass es im Falle seiner Einführung mit staatlichen Initiativen zur Schaffung einer Infrastruktur einhergeht, die die Ausweitung demokratischer, gesellschaftlich ermächtigter Formen der Wirtschaftstätigkeit befördert." (Wright 2017, 24)

3.3 Sorgearbeit im Kontext der Grundeinkommensdiskussion

Dieses Kapitel analysiert die spezifische Bedeutung des Grundeinkommens für die Sorgearbeit. Ausgehend von der umfangreicheren englischsprachigen und der deutschsprachigen Debatte folgt eine kritische Einordnung des Forschungsstands. Die Analyse identifiziert bestehende Forschungslücken und begründet den gewählten Forschungsansatz der empirischen Untersuchung.

3.3.1 Sorgearbeit und Grundeinkommen in der englischsprachigen Debatte

Die Diskussion um Sorgearbeit im Kontext des Grundeinkommens ist stark von feministischen Perspektiven geprägt. Dabei ist zu beachten, dass es innerhalb der feministischen Bewegung unterschiedliche Positionen gibt, die zu unterschiedlichen Bewertungen der Idee eines Grundeinkommens führen. Charakteristisch für die Debatte ist die Polarisierung der Argumente: Für fast jeden positiven Aspekt gibt es ein konträres Gegenargument und umgekehrt.

Obwohl die verschiedenen Argumentationslinien eng miteinander verwoben sind und sich teilweise überschneiden, lassen sich auf Basis einer umfassenden Literaturanalyse[77] fünf zentrale Themenkomplexe identifizieren, die den Kern der inhaltlichen Auseinandersetzung bilden und in den folgenden Unterkapiteln entfaltet werden:

- Anerkennung und Wertschätzung von Sorgearbeit,
- Potenzielle Veränderungen in Familienstrukturen,
- Auswirkungen auf das Arbeitsangebot und damit verbundene Einkommenseffekte,

[77] Die Literaturanalyse wurde in den Jahren 2022-2024 durchgeführt und hatte zum Ziel, einen möglichst umfassenden Überblick über die Forschung zu Sorgearbeit bzw. ‚Care' im weiteren Sinne und Grundeinkommen zu geben. Der Fokus lag auf wissenschaftlichen Publikationen in englischer und deutscher Sprache. Zentrale Suchbegriffe waren u. a. ‚Universal Basic Income and Care', ‚Basic Income and Informal Care', ‚Elderly Care', ‚Grundeinkommen und Care' und ‚Grundeinkommen und Pflege'. Die Analyse umfasste begutachtete Zeitschriftenartikel, Buchkapitel und Forschungsberichte aus einschlägigen Datenbanken. Es wurde versucht, alle relevanten Beiträge zum Thema einzubeziehen, um ein möglichst vollständiges Bild der aktuellen Diskussion zu erhalten.

- Geschlechtsspezifische Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit,
- Ethische Perspektiven auf Care und Grundeinkommen.[78]

3.3.1.1 Die Anerkennung und Wertschätzung von Sorgearbeit

Ein möglicher positiver Effekt des Grundeinkommens auf die Dynamik der Sorgearbeit in der Gesellschaft könnte darin bestehen, dass durch die Zahlung eines Grundeinkommens an alle Menschen der Eigenwert von Sorgetätigkeiten und unbezahlter Arbeit anerkannt und aufgewertet würde (vgl. Baker 2008, 4f.; Zelleke 2011, 91f.; McKay 2001, 115). Dabei wäre das Grundeinkommen nicht als Entlohnung oder finanzielle Kompensation für Sorgearbeit zu verstehen, würde diese aber auch nicht ausschließen. Das Grundeinkommen könnte somit als universelle Unterstützung von Sorgearbeit verstanden werden, da es Handlungsspielräume (insbesondere für Frauen) eröffnen und den Rahmen des Transfersystems erweitern würde (vgl. Baker 2008, 4f.; Fitzpatrick 1999, 164). Ob das Grundeinkommen tatsächlich so interpretiert werden würde, hänge stark von der öffentlichen Debatte und dem ideologischen Klima ab (vgl. Baker 2008, 4f.).

---

[78] Da es nur eine Publikation zur ethischen Perspektive gibt, soll der Inhalt als Fußnote genügen. Aus Sicht von Kim (2021) könne ein Grundeinkommen allein Sorgearbeit nicht leisten. Es könne nicht auf die menschliche Abhängigkeit und die Fürsorgebedürfnisse der Menschen reagieren, da diese Bedürfnisse der Fürsorgeempfänger:innen durch persönliche Zuwendung der Fürsorgenden und nicht durch bloße finanzielle Unterstützung erfüllt werden müssten. Im Kern werde hier die Marktlogik angewandt, wobei zwischenmenschliche Aspekte vernachlässigt würden (vgl. Kim 2021, 6f.). Entgegen der Behauptung, dass ein Grundeinkommen die Autonomie der Sorgearbeitenden erhöhen würde (vgl. Van Parijs & Vanderborght 2017, 14), argumentiert Kim (2021), dass Care keine unabhängige und autonome Tätigkeit sei, die ohne externen Aufwand existieren könne. Zudem sei die Wahlfreiheit für Betreuungspersonen relativ eingeschränkt, da sie aufgrund ihrer Verantwortung für andere Menschen einen geringeren Handlungsspielraum hätten. So könnten bspw. Pflegekräfte nicht so leicht mit Streik drohen wie Industriearbeiter:innen (vgl. Kim 2021, 7f.). In Anlehnung an Folbre (2001) werden die Sorgenden so zu „Gefangenen der Liebe" (Folbre 2001, 40). Die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur ermögliche eine ‚privilegierte Verantwortungslosigkeit' (vgl. Tronto 1993, 146f.; Tronto 2013, 103-105). Dies bedeutet, dass Menschen, die keine Sorgearbeit leisten und sich dieser entziehen, dennoch von ihr profitieren würden und umgekehrt. Ein anschauliches Beispiel sei eine alleinerziehende Mutter, die trotz eines hohen Einkommens gegenüber einer Person ohne Sorgeverantwortung stets benachteiligt sei (vgl. Bergmann 2008, 4f.). Kim (2021) argumentiert, dass ein Grundeinkommen dieses strukturelle Problem nicht adressieren würde und vertritt die Ansicht, dass ein Grundeinkommen allein nicht ausreiche, um die strukturellen Ungleichheiten im Bereich der Fürsorge zu beheben (vgl. Kim 2021, 11f.).

Die Gegenargumente hinsichtlich der Anerkennung von Sorgearbeit stehen einem Grundeinkommen mit neutralen bis negativen Wirkungspotenzialen gegenüber. Da ein Grundeinkommen universell gezahlt würde, d. h. jede Person unabhängig von ihrer Beteiligung an Sorgearbeit ein Grundeinkommen erhalten würde, scheint die besondere Anerkennung von Sorgearbeit keine Rolle zu spielen. Lediglich ein Grundeinkommen, das speziell auf Personen zugeschnitten ist, die Sorgearbeit leisten, würde Sorgearbeit wirklich anerkennen (vgl. Krebs 2000, 172-175; Robeyns 2001, 102f.).

Ein universelles Grundeinkommen würde Sorgearbeit nicht als öffentlichen Wert anerkennen, da es nicht automatisch eine Priorität für Sorgearbeit in der Gesellschaft schaffe und ihren grundlegenden Charakter nicht anerkenne. Der Wert der Sorgearbeit müsse also erst zu einem öffentlichen Wert werden (vgl. Kim 2021, 8). Auch wenn ein Grundeinkommen den Wert von Sorgetätigkeiten anerkennen würde, wäre damit noch lange nicht festgelegt, wie die Arbeit zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werde (vgl. Fitzpatrick 1999, 167). In Bezug auf Geschlechterunterschiede wird argumentiert, dass, solange Männer sich aus der Verantwortung für Sorgearbeit zurückziehen,[79] könnte das Grundeinkommen die Abwertung von Sorgearbeit sogar tendenziell verstärken (vgl. Gheaus 2008, 5; Fitzpatrick 1999, 166f.).

3.3.1.2 Die potenziellen Veränderungen in Familienstrukturen

Ein Grundeinkommen könnte neue Handlungsspielräume im Familiengefüge eröffnen, indem es Frauen von dem Zwang befreit, unter allen Umständen in der Familie bleiben zu müssen. Das Konzept „power to say no" (Widerquist 2013, 15; dt.: „Die Macht, Nein zu sagen"; eigene Übersetzung), das im Hinblick auf ein Grundeinkommen im Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis diskutiert wird (vgl. ebd., 15f.), ließe sich auch auf das Verhältnis zwischen Frau und Familie übertragen. Dies könnte bedeuten, dass Frauen weniger aus finanziellen Gründen in Partnerschaften gedrängt werden und eher die Möglichkeit hätten, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu lösen, da sich ihre ökonomische Situation verbessert hätte. Die ökonomische Verhandlungsposition von Frauen gegenüber ihren Partner:innen könnte gestärkt werden, da

[79] Für die Zurückhaltung von Männern in der Sorgearbeit werden verschiedene Gründe angeführt: Sie wird häufig als gesellschaftlich geringgeschätzt, monoton oder unvereinbar mit traditionellen Männlichkeitsbildern wahrgenommen (vgl. Gheaus 2008, 5).

das Haushaltseinkommen möglicherweise gerechter verteilt werde und die finanziellen Ressourcen nicht mehr ausschließlich von den männlichen Partnern kontrolliert werden würden (vgl. Fitzpatrick 1999, 164; Zelleke 2011, 91f.). Vor diesem Hintergrund sollte eine feministische Sozialpolitik eine geschlechtsspezifische Form der Dekommodifizierung (relative Freiheit vom Markt) und der Entfamilisierung (Unabhängigkeit von Haushalt und Familie) betonen (vgl. Fitzpatrick 1999, 166f.). Dies könnte dazu beitragen, die Autonomie von Frauen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Familie zu stärken.

Auch für Männer könnte sich der Zwang des sog. „breadwinner model" (Fitzpatrick 1999, 162; dt.: „Brotverdienermodell"; eigene Übersetzung) lockern, da sie nicht mehr ausschließlich auf Lohnarbeit angewiesen wären. Die durch ein Grundeinkommen gewährte Freiheit vom Arbeitsmarkt, ausgedrückt durch das Konzept „power to say no" (Widerquist 2013, 15), würde Männern die Möglichkeit eröffnen, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren. In der Folge könnten sie mehr Zeit in unbezahlte Tätigkeiten investieren, was potenziell zu einer verstärkten Übernahme von Sorgearbeit durch Männer führen könnte (vgl. Baker 2008, 6; Fitzpatrick 1999, 164f.). Diese Verschiebung könnte zu einer ausgewogeneren Verteilung der Verantwortung für Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern beitragen und traditionelle Rollenbilder aufweichen.

Im Hinblick auf eine sich möglicherweise verändernde Familienstruktur, in der sich Frauen von der Familie emanzipieren könnten und Männer mehr Zeitressourcen für Sorgearbeit zur Verfügung hätten, wird die Vermutung geäußert, dass Männer und Frauen gleichberechtigter für Sorgearbeit zuständig wären. Es sei aber nicht sicher, ob Männer die von der Erwerbsarbeit befreite Zeit tatsächlich für Sorgearbeit nutzen würden (vgl. Carlson 1997, 8). Das Grundeinkommen könnte somit Möglichkeiten für Trittbrettfahrer eröffnen, die zwar von der finanziellen Unterstützung profitieren, aber im Gegenzug nicht mehr Verantwortung im Bereich der Sorgearbeit übernehmen würden (vgl. Fitzpatrick 1999, 62). Diese Bedenken verdeutlichen, dass neben den ökonomischen Anreizen auch kulturelle und soziale Faktoren bei der möglichen Wirkung eines Grundeinkommens berücksichtigt werden müssen.

3.3.1.3 Die Auswirkungen auf das Arbeitsangebot und damit verbundene Einkommenseffekte

Ein positiver Effekt des Grundeinkommens könnte durch die Veränderung des sog. „wagework bias" (Uhde 2018, 5) erwartet werden. Dieser beschreibt die Tendenz, bezahlte Erwerbsarbeit gegenüber anderen Arbeitsformen wie unbezahlter Sorgearbeit oder ehrenamtlichen Tätigkeiten zu bevorzugen, was zu einer Marginalisierung unbezahlter, aber gesellschaftlich wichtiger Arbeitsformen führt. Diese erwerbsarbeitszentrierte Ethik könnte durch ein Grundeinkommen verändert werden. Dies könnte auch zu einer Verringerung des ‚Gender-Pay-Gap' führen, da dieser gesellschaftlich tief verankert sei und die Anerkennung von Sorgearbeit bisher verhindere (vgl. Uhde 2018, 5).

Dieser Effekt auf das Arbeitsangebot, der durch die Wahlfreiheit entsteht, die ein Grundeinkommen ermöglichen würde, könnte insbesondere für Frauen in gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen relevant sein. Ein Teil dieser Frauen würde sich möglicherweise aus der Erwerbsarbeit zurückziehen, wobei Teilzeitarbeit als Option erhalten bliebe (vgl. Robeyns 2001, 90f.). Dieser mögliche Rückzug aus der Vollzeitbeschäftigung bzw. aus dem Arbeitsmarkt insgesamt könnte als Zugewinn an individueller Freiheit und Selbstbestimmung interpretiert werden.

Bezüglich der Einkommenseffekte ist es nicht möglich, absolute oder relative Einkommensveränderungen im Verhältnis zu den Partner:innen genau vorherzusagen. Dennoch seien drei Aussagen möglich:

1. Die Höhe des Grundeinkommens würde die Stärke des Effekts bestimmen.
2. Frauen ohne bisheriges Einkommen würden eine Einkommensverbesserung erfahren.
3. Alleinerziehende Mütter wären finanziell bessergestellt, wenn es neben dem Grundeinkommen weiterhin Sozialleistungen geben würde (vgl. Robeyns 2001, 91).

Negative Auswirkungen auf den „wagework bias" (Uhde 2018, 5) werden damit erklärt, dass ein Grundeinkommen die Wahlfreiheit zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit nicht verbessern würde. Zentrales Argument ist, dass die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung durch den Rückzug von Frauen aus dem Arbeitsmarkt verfestigt und verstärkt werden könnte (vgl. Gheaus 2008, 4f.). Die Segregation des Arbeitsmarktes könnte durch diese Tendenz verstärkt werden (vgl. Fitzpatrick 1999, 168; McKay 2001, 114). Ein

Grundeinkommen würde möglicherweise nicht den erhofften freien Wechsel zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit ermöglichen. Die Besteuerung von Arbeitseinkommen könnte viele Niedriglohnbezieher:innen dazu veranlassen, sich aus dem Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Da die Mehrheit der Niedriglohnempfänger:innen Frauen sind, hätte ein solcher Rückzug entsprechende geschlechtsspezifische Auswirkungen (vgl. Fitzpatrick 1999, 167f.). Bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt könnten dadurch eher verstärkt als abgebaut werden.

3.3.1.4 Die geschlechtsspezifische Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit

Bei der Diskussion der Veränderungen des Arbeitsangebots und der Einkommenseffekte wurden bereits Aspekte der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung angesprochen. Diese Dimension der Diskussion verdient jedoch eine gesonderte Betrachtung, da es sich um ein sensibles und emotional aufgeladenes Thema handelt (vgl. ebd., 165). Die Diskussion um die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung offenbart ein Spannungsfeld mit gegensätzlichen Hypothesen.

Das Verhältnis der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung könnte durch ein Grundeinkommen eine positive Wendung erfahren, indem unbezahlte Tätigkeiten aufgewertet und ökonomische Unabhängigkeit gefördert werden (vgl. ebd., 164). Entgegen der Befürchtung, dass ein Grundeinkommen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verfestigen könnte, wird argumentiert, dass es Sorgetätigkeiten für beide Geschlechter attraktiver machen und damit auch Männern den Einstieg in die Sorgearbeit erleichtern könnte (vgl. Baker 2008, 6).

Auch das Verhältnis der Marktsegregation könnte sich durch ein Grundeinkommen verändern. Der Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt hänge häufig davon ab, ob sich Erwerbsarbeit für sie finanziell lohnt, wobei der ökonomische Verdienst des Partners als Maßstab dient (vgl. Fitzpatrick 1999, 165f.). Ein Grundeinkommen könnte Teilzeitarbeit finanziell attraktiver machen und damit die Segregation zwischen Teilzeit- und Vollzeitarbeit verringern (vgl. Standing 1992, 59). Dies würde bedeuten, dass das Grundeinkommen nicht mehr auf dem Brotverdienermodell basiert, da es zu einer Angleichung der ökonomischen Stellung beider Geschlechter beitragen könnte (vgl. Fitzpatrick 1999, 166).

Die oben dargestellten Argumente für ein Grundeinkommen werden als potenziell androzentrisch kritisiert, da die formale Einführung gleicher Rechte nicht automatisch zu gleichen Ergebnissen führe (vgl. McKay 2001, 103f.). Aus ökonomischer Sicht bestehe die Gefahr, dass Frauen durch einen möglichen Rückzug vom Arbeitsmarkt Qualifikationen und damit Humankapital verlieren würden. Dies würde einen späteren Wiedereinstieg erschweren und sich in einem geringeren Einkommen niederschlagen (vgl. Gheaus 2008, 5; Zelleke 2011, 93).

Auf sozialer und kultureller Ebene sei unklar, ob ein Grundeinkommen häusliche Gewalt und Geschlechterstereotype reduzieren oder möglicherweise sogar verstärken würde. Auf der psychologischen Ebene bestehe die Gefahr, dass Frauen weiterhin die Verantwortung für die Sorgearbeit zugeschrieben werde, was ihre soziale Marginalisierung verfestigen könnte. Darüber hinaus könnte die Privatisierung von Sorgearbeit die individuellen Kosten für eine geschlechtssymmetrische Lebensführung erhöhen, insbesondere in eher geschlechtskonservativen Gruppen. Dies könnte zur Verfestigung geschlechterungerechter Normen beitragen (vgl. Gheaus 2008, 5).

Ein Grundeinkommen, so wird argumentiert, gewähre keine wirkliche Freiheit. Dies liege an den unterschiedlichen Wahlmöglichkeiten von Männern und Frauen sowie an der Abhängigkeit von sozialen Gruppen. Zum einen sind männliche Partner weniger bereit als weibliche Personen, Verantwortung für den Haushalt zu übernehmen. Zum anderen gehe der Arbeitsmarkt davon aus, dass Erwerbstätige frei von Betreuungspflichten seien, was Frauen stärker einschränke als Männer (vgl. Robeyns 2001, 101).

Uhde (2018) widerlegt das Argument, ein Grundeinkommen würde Geschlechterrollen verfestigen, indem es Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalte (vgl. Bergmann, 2008; Gheaus, 2008; Krebs, 2000; Robeyns, 2001). Dieses Argument sei zu statisch, da es die umfassenden Auswirkungen eines Grundeinkommens auf das menschliche Verhalten nicht berücksichtige (vgl. Uhde 2018, 1). Der Versuch, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung durch Auslagerung und Kommerzialisierung der Sorgearbeit zu bekämpfen und gleichzeitig die Pflegenden in die Erwerbsarbeit zu drängen, widerspreche dem tief verwurzelten Verständnis zwischenmenschlicher Beziehungen. Sie frustriere das Bedürfnis nach Liebe und Fürsorge. Dies bedeute nicht, dass die Vorstellung von Sorgearbeit als weiblicher Tätigkeit unhinterfragt bleiben sollte. Die Bedeutung von Intimität und der Widerstand gegen Kommerzialisierung müssten jedoch kritisch hinterfragt werden. Sozialpolitik solle daher darauf abzielen, Liebes- und Fürsorgebeziehungen zu unterstützen, anstatt sie zu verdrängen (vgl. Baker 2008, 7).

Die englischsprachige Debatte zu Sorgearbeit und Grundeinkommen zeigt eine komplexe und oft widersprüchliche Argumentationslandschaft, die von feministischen Perspektiven geprägt ist und zentrale Fragen zur Anerkennung von Sorgearbeit, Familienstrukturen, Arbeitsmarktdynamiken und Geschlechterrollen aufwirft, ohne dabei zu eindeutigen Schlussfolgerungen zu gelangen.

3.3.2 Sorgearbeit und Grundeinkommen in der deutschsprachigen Debatte

Im Gegensatz zur umfangreichen englischsprachigen Diskussion ist die deutschsprachige Debatte zu Grundeinkommen und Sorgearbeit weniger breit angelegt, setzt aber eigene Akzente. Um die spezifischen Beiträge und Schwerpunkte des deutschsprachigen Diskurses herauszuarbeiten, werden die Positionen im Folgenden entlang der prägenden Autor:innen dargestellt.

Praetorius (2014) kritisiert, dass die Grundeinkommensdebatte auf einem „ungeklärten Verständnis" (Praetorius 2014, 100) der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse basiere (vgl. ebd., 99f.). Der zentrale Fehler der gegenwärtigen Ökonomie liege in der Gleichsetzung von Bedürfnissen mit wirtschaftlicher Nachfrage. Dabei würden Lebensbereiche, die ohne monetären Tausch funktionieren (u. a. private Haushalte, Nachbarschaftshilfe, landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft, ehrenamtliche Tätigkeiten), vernachlässigt (vgl. ebd., 101). Diese feministische Forderung nach einem Grundeinkommen impliziert die Notwendigkeit eines staatlich geförderten Care-Sektors, in dem Sorgearbeit in reguläre Erwerbsarbeit transformiert wird. Nur in dieser Kombination sei ein Grundeinkommen postpatriarchal zukunftsfähig (vgl. ebd., 108-110).

Ringger (2015) sieht in der Idee des Grundeinkommens eine Alternative zu den strukturellen Problemen des Kapitalismus. Er betont, dass private Sorgearbeit ökonomisch entwertet werde und zudem ein hoher Kostendruck auf den öffentlichen Sorge- und Pflegesektor herrsche (vgl. ebd., 92-94). Ringger (2015) argumentiert, dass ein Grundeinkommen allein die Macht des Kapitals nicht auflöse und nicht das Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft bedeute. Denn eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse sei durch ein Grundeinkommen nicht impliziert. Es bestehe sogar die Möglichkeit, dass sich die Verhältnisse verhärten und das Grundeinkommen den Effekt einer „Herdprämie" (ebd., 97) für Frauen mit sich bringe (vgl. ebd., 96f.).

Fischer (2015) stellt die Frage, ob das Konzept des Grundeinkommens eine Grundlage für die Transformation des Care-Sektors sein könnte. Die Bedeutung von Care für die Erhaltung und Entwicklung der sozialen und natürlichen Umwelt wird dabei hervorgehoben (vgl. Fischer 2015, 40).[80] Fischer (2015) stellt fest, dass Sorgearbeit meist durch Erwerbsarbeit oder Familieneinkommen abgesichert werde. Im Grundeinkommen wird dann die positive Möglichkeit gesehen, das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Einkommen zu entkoppeln. Gleichzeitig bestünden offene Fragen hinsichtlich der Finanzierung und der Auswirkungen auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (vgl. ebd., 42-44).

Blaschke (2014) betrachtet den Zusammenhang zwischen Grundeinkommen und Sorgearbeit im Kontext von vier feministischen Positionen.[81] Neben der Darstellung der verschiedenen Feminismen in Bezug auf den Care-Begriff fasst Blaschke (2014) zusammen, dass sich ein Grundeinkommen positiv auf die Verhandlungsmacht auf dem Arbeitsmarkt, die politische Partizipation, die Selbstbestimmungsmöglichkeiten, die Existenzsicherung und die Loslösung von finanziellen Abhängigkeiten auswirken könnte (vgl. Blaschke 2014, 119f.). Diese potenziellen Vorteile würden vor allem von erwerbsarbeitszentrierten feministischen Positionen abgelehnt, die einen engen Begriff von Care-Arbeit und Care Ökonomie vertreten (vgl. ebd., 126).

Winker (2021) plädiert im Rahmen der Transformation zu solidarischen Strukturen für ein Grundeinkommen als „erwerbsunabhängige Existenzsicherung" (Winker 2021, 149). Damit könnten insbesondere unbezahlte Sorgetätigkeiten wieder in den Fokus rücken, die in der kapitalistisch organisierten Gesellschaft häufig ignoriert werden würden. Eine existenzielle Absicherung könnte Raum für Lebensentwürfe schaffen, die Verantwortung

---

[80] Ausgehend vom soziologischen Ansatz der dreifachen Reproduktion stellt Fischer (2015) fest, dass eine Gesellschaft die sexuelle Reproduktion (Nachwuchs), die soziale Reproduktion (soziales Verhalten untereinander) und die materielle Reproduktion (existenzielle Lebensgrundlage) benötigt. Kulturelle Praxis sei das Ergebnis des Handelns von Individuen und Gesellschaft in Bezug auf die „Bewährungsdimensionen" (Fischer 2009, 39), ihre zentralen Herausforderungen (vgl. Fischer 2009, 38-40).

[81] Die vier Hauptpositionen sind: 1) Gleichstellungspolitische Position (stellt die Frage, ob die Gleichstellung von Frauen unter ökonomischen Bedingungen gewährleistet ist oder nicht); 2) Postpatriarchale Position (stellt die kapitalistische Logik von Produktion und Reproduktion in Frage und rückt die Sorge um den Menschen ins Zentrum); 3) Sozialökologische Position (kritisiert das Mensch-Natur-Verhältnis auf Basis der Produktionslogik); 4) Demokratiepolitische Position (erweitert in Anlehnung an Hannah Arendt den engen Care-Begriff auf das Öffentlich-Politische) (vgl. Blaschke 2014, 119).

für Selbst- und Fremdsorge ermöglichen und durch die Befreiung von Existenzängsten neue Handlungsspielräume eröffnen würden (vgl. ebd., 150f.). Es wird darauf hingewiesen, dass ein Grundeinkommen eine gerechtere geschlechtliche Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zwar fördern, aber nicht vollständig ausgleichen könne. Daher sei auch in einer Grundeinkommensgesellschaft eine intensive Auseinandersetzung mit diesem Thema notwendig. Diese erweiterte feministische Perspektive ermögliche es, das kapitalistische Leistungsprinzip und die „Überbetonung der Erwerbsarbeit" (ebd., 151) zu hinterfragen und gleichzeitig unbezahlte Sorgetätigkeiten aufzuwerten. Dies wird als Grundlage für eine Neuorganisation gesellschaftlicher Arbeit im Sinne menschlicher Bedürfnisse und Grenzen gesehen, die als „Care Revolution" (ebd., 16) bezeichnet wird (vgl. ebd., 151f.).

Ähnlich argumentieren Appel und Prainsack (2024), dass die Bedingungslosigkeit bereits in den Pflegetätigkeiten selbst angelegt sei und in der kapitalistischen Gesellschaft als selbstverständlich vorausgesetzt werde. Sie bewerten dies als eine Form der Ausbeutung (vgl. Appel & Prainsack 2024, 18f.). Dem Grundeinkommen wird daher ein emanzipatorisches Potenzial zugeschrieben, das dieser selbstverständlichen Ausbeutung entgegenwirken könne (vgl. ebd., 20f.).[82] Es wird sowohl als redistributives Instrument zur Umverteilung gesamtgesellschaftlicher Ungleichheiten zwischen Arm und Reich als auch als prädistributives Instrument verstanden. Letzteres ermögliche „vielfältige Beiträge zum Gelingen des Gemeinwesens" und erleichtere „die (Selbst-)Organisation in kooperativen Arbeitsformen" (ebd., 24).

Schnerring und Verlan (2020) diskutieren das Grundeinkommen im Kontext der politischen Forderung nach ‚Equal Care'. Frauen und Männer sollen danach gemeinsam Verantwortung für eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit übernehmen (vgl. Schnerring & Verlan 2020, 17). Zwar wird das Potenzial eines Grundeinkommens gesehen, die finanziellen Rahmenbedingungen für Sorgearbeit zu verbessern; gleichzeitig wird bezweifelt, dass es allein die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten auflösen könne. Frauen mit Sorgeverantwortung würden lediglich finanziell bessergestellt (vgl. ebd., 144). Daher wird zusätzlich ein ‚Care-Konto vorgeschlagen, um die Notwendigkeit und Verteilung von Sorgearbeit sichtbar zu machen (vgl. ebd., 116f.).[83]

---

[82] Der hier verwendete Emanzipationsbegriff zielt darauf ab, „die Bedingungen für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse zu schaffen und damit Unterdrückung zu beenden." (Appel & Prainsack 2024, 21)

[83] Das ‚Care-Konto' ist ein konzeptionelles Modell, das darauf abzielt, den Bedarf und die Leistung von Sorgearbeit über den Lebensverlauf eines Menschen zu erfassen und sichtbar zu

Die deutschsprachige Debatte zu Sorgearbeit und Grundeinkommen zeigt, trotz ihrer geringeren Breite im Vergleich zum englischsprachigen Diskurs, eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema. Sie hebt insbesondere die Notwendigkeit struktureller Veränderungen hervor, betont die Wechselwirkungen zwischen Grundeinkommen und Care und weist auf die Grenzen eines Grundeinkommens als alleinige Lösung für geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Sorgearbeit hin.

3.3.3 Kritische Einordnung des Forschungsstandes

Die feministische Care-Perspektive erweitert die Grundeinkommensdebatte über rein ökonomische Aspekte und individuelle Freiheiten hinaus, indem sie zwischenmenschliche Beziehungen und unbezahlte Arbeit in den Mittelpunkt rückt. Die folgende Analyse untersucht die zentralen Argumentationslinien der bisherigen Forschung, arbeitet deren Stärken und Schwächen heraus und identifiziert relevante Forschungslücken im Schnittfeld von Grundeinkommen und Care-Arbeit.

3.3.3.1 Relativierung und Kritik feministischer Argumente

Obwohl die Argumente für und gegen ein Grundeinkommen aus der Perspektive der Sorgearbeit auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen, gibt es einen wichtigen Konsens: Die Einführung eines Grundeinkommens allein reiche nicht aus, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Vielmehr bedarf es zusätzlicher sozialpolitischer Maßnahmen. Betont wird zumeist die Notwendigkeit staatlicher Unterstützung, um Frauen in verschiedenen Lebensbereichen zu entlasten (vgl. Robeyns 2001, 103; McKay 2001, 115; Uhde 2018, 1f.).

---

machen. Es basiert auf der Idee, dass jeder Mensch sowohl Empfänger:in als auch Geber:in von Fürsorge ist. Auf der einen Seite des Kontos wird die Sorgearbeit verbucht, die eine Person im Laufe ihres Lebens benötigt (Soll-Seite). Auf der anderen Seite werden die Fürsorgeleistungen erfasst, die die Person für sich selbst und andere erbringt (Haben-Seite). Ziel sei es, ein Bewusstsein für den Wert und die Verteilung von Sorgearbeit zu schaffen und möglicherweise Mechanismen für einen gesellschaftlichen Ausgleich zu entwickeln. Idealerweise sollte sich zum Lebensende ein Gleichgewicht zwischen empfangener und geleisteter Sorgearbeit ergeben (vgl. Schnerring & Verlan 2020, 116f.).

Ein wesentlicher Kritikpunkt an der feministischen Argumentation zum Grundeinkommen ist die unzureichende Berücksichtigung des Konzepts der Intersektionalität. Dieses Konzept besagt, dass sich verschiedene soziale Kategorien wie Geschlecht, Rasse und Klasse überschneiden und so die individuellen Erfahrungen und Benachteiligungen einer Person prägen. Die Identität einer Frau werde demnach nicht nur durch ihr Geschlecht, sondern auch durch andere soziale Faktoren wie ihre ethnische Zugehörigkeit, ihren sozioökonomischen Status oder ihre sexuelle Orientierung bestimmt (vgl. Carastathis 2014, 311f.; Crensshar 1989, 141-143). Diese Vielfalt an Erfahrungen mache es schwierig, von universellen Fraueninteressen zu sprechen (vgl. McLean & McKay 2015, 5).

Ein damit verbundener Kritikpunkt ist, dass die feministische Debatte häufig von einer bestimmten Gruppe dominiert werde: weiße Frauen aus der Mittelschicht. Diese Gruppe tendiere dazu, ihre eigenen Erfahrungen und Interessen in den Vordergrund zu stellen, was ungewollt dazu führen könne, dass die vielfältigen Lebensrealitäten und Bedürfnisse von Frauen aus anderen sozialen Gruppen vernachlässigt oder übersehen werden (vgl. Zack 2005, 199f.). Dies könne zu einer verzerrten oder unvollständigen Darstellung der Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Frauen führen, da nicht alle Perspektiven gleichermaßen berücksichtigt werden.

In der Grundeinkommensdebatte spiegele sich auch ein feministischer Grundkonflikt wider: Wie kann unbezahlte Hausarbeit angemessen gewürdigt werden, ohne traditionelle Geschlechterrollen zu verfestigen? Die vereinfachte Gegenüberstellung von ‚Arbeitnehmerin' und ‚Mutter' werde der Komplexität weiblicher Lebenserfahrungen und den vielfältigen Formen geschlechtsspezifischer Benachteiligung nicht gerecht (vgl. McLean & McKay 2015, 10).

Fraser (1994) hat zwei zentrale Prinzipien hervorgehoben, die bei der Bewertung des Grundeinkommens aus feministischer Perspektive nicht aus den Augen verloren werden sollten: die Bekämpfung von Armut und die Verhinderung von Ausbeutung (vgl. Fraser 1994, 596-598). Das Grundeinkommen könne als ein Versuch gesehen werden, ökonomische Sicherheit auf diskriminierungsfreie Weise zu gewährleisten. Auch wenn es Einkommensunterschiede nicht vollständig beseitigen kann, könne es doch zu deren Verringerung beitragen und damit die Verwirklichung von Gleichstellungszielen unterstützen. Dabei trägt es potenziell auch der Intersektionalität und Heterogenität innerhalb der Gruppe der Frauen Rechnung (vgl. McLean & McKay 2015, 2).

Die feministische Debatte um das Grundeinkommen macht sowohl die Potenziale als auch die Grenzen dieses Konzepts für die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und die Aufwertung von Sorgearbeit deutlich: Während es einerseits ökonomische Sicherheit und Handlungsspielräume erweitern kann, zeigt die kritische Analyse andererseits die Notwendigkeit, intersektionale Perspektiven stärker zu berücksichtigen, vereinfachende Dichotomien zu überwinden und das Grundeinkommen als Teil eines umfassenderen Ansatzes zur Transformation gesellschaftlicher Strukturen zu verstehen.

3.3.3.2 Weiterführende Forschungswege

Die bisherige Debatte um Sorgearbeit im Kontext des Grundeinkommens wurde vor allem aus feministischer Perspektive geführt. Diese Diskussionen haben wichtige Erkenntnisse hervorgebracht, insbesondere hinsichtlich der Kritik an den bestehenden Geschlechterverhältnissen in Bezug auf Sorge- und Erwerbsarbeit. Das Ideal einer geschlechtergerechten Arbeitsteilung wird dabei häufig als zentraler Bewertungsmaßstab für sozialpolitische Maßnahmen herangezogen.

Neben dem Mangel an empirischen Studien, die die tatsächlichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Verteilung von Sorgearbeit in unterschiedlichen sozialen Kontexten analysieren, bleiben viele Argumente in der Debatte spekulativ. Dies führt zu einer deutlichen Polarisierung der Diskussion: Während die einen im Grundeinkommen ein Potenzial für geschlechterausgleichende Handlungsmöglichkeiten sehen, befürchten andere eine Verfestigung bestehender Ungleichheiten (s. Kap. 3.3.1). Diese Pattsituation verdeutlicht die Notwendigkeit, den Diskurs zu erweitern und neue Forschungsansätze zu verfolgen. Dies soll im Folgenden begründet werden.

Die Fixierung auf das Ideal der Geschlechtergerechtigkeit in der Care-Diskurs stellt ein zentrales Problem dar, das einer differenzierten und realitätsnahen Analyse im Wege steht. Dieses Problem lässt sich anhand der von Sen (2009) beschriebenen Unterscheidung zwischen ‚transcendental institutionalism' und ‚comparative approaches' verdeutlichen. Das Ideal der Geschlechtergerechtigkeit entspricht dem von Sen (2009) kritisierten ‚transcendental institutionalism', der von einer festen, idealisierten Vorstellung vollkommener Gerechtigkeit ausgeht und versucht, alle Diskussionen daran auszurichten (vgl. Sen 2009, 5-7). Dies führt dazu, dass die Debatte häufig in einer Selbs-

treferenzialität gefangen bleibt und die Komplexität der realen Sozialökonomie vernachlässigt. Sen (2009) plädiert demgegenüber für einen ‚comparative approach', der sich an den realen sozialen Verhältnissen orientiert und auf die Beseitigung konkreter Ungerechtigkeiten abzielt. Dabei handelt es sich um ein prozessuales Verständnis von Gerechtigkeit, das Rahmenbedingungen und Alternativen zur Verringerung von Ungerechtigkeiten in den Blick nimmt, anstatt sich an einem unerreichbaren Idealzustand zu orientieren (vgl. ebd., 9f.).

Diese Unterscheidung lässt sich auch auf die feministische Debatte übertragen, in der sowohl radikale als auch moderate Strömungen zu beobachten sind. Während moderate Feminismen eher dazu neigen, verschiedene Alternativen kritisch abzuwägen, kreisen radikale Feminismen eher um eine fixe Gerechtigkeitsvorstellung. Eine Loslösung von der starren Fixierung auf das Ideal der Geschlechtergerechtigkeit kann den Raum für eine differenzierte Diskussion über die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Sorgearbeit öffnen.[84] Eine wegweisende Perspektive aus der gegenwärtigen Sackgasse der Sorgearbeit- und Grundeinkommensdebatte erfordert eine Neubewertung der Rolle feministischer Positionen. Diese leisten zweifellos einen zentralen Beitrag, sollten aber nicht als alleiniger Ausgangs- und Endpunkt der Diskussion verstanden werden. Es besteht die Gefahr, dass die Debatte sonst ausschließlich um feministische Kriterien kreist und dadurch einseitig gefärbt wird.

Die Kritik an der feministischen Strömung in der Debatte um Care und Grundeinkommen lässt sich auch auf die allgemeine Grundeinkommensdebatte übertragen. Ähnlich wie die feministische Perspektive, die sich oft zu sehr auf ein idealisiertes Konzept von Geschlechtergerechtigkeit konzentriert, neigt auch die allgemeine Grundeinkommensdebatte dazu, die Auswirkungen auf die Sorgearbeit zu vereinfachen und zu verallgemeinern. In diesem Zusammenhang wird häufig pauschal argumentiert, dass Menschen durch ein Grundeinkommen mehr Zeit für Sorgearbeit hätten (vgl. Standing 1992, 59), ohne die spezifische Ausgestaltung dieser Bereiche zu berücksichtigen. Diese Vereinfachung wird der Komplexität und Vielfalt von Sorgearbeit sowie den unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und kulturellen Kontexten, in denen sie stattfindet, nicht gerecht.

---

[84] Zu beachten ist auch, dass etwa ein Drittel der informellen Pflegepersonen in Deutschland männlich ist – ein Anteil, der häufig unterschätzt werde (vgl. Hammer 2014, 9f.).

Ein weiteres zentrales Problem in der aktuellen Debatte ist die Verallgemeinerung des Begriffs ‚Care' (s. Kap. 2.2.2.2 zur Begriffsklärung). Häufig wird dieser Sammelbegriff undifferenziert verwendet, ohne die vielfältigen und komplexen Aspekte zu berücksichtigen, die sich dahinter verbergen. ‚Care' ist kein homogener Bereich, sondern umfasst ein breites Spektrum von Tätigkeiten, deren Anforderungen, Kontexte und Herausforderungen sehr unterschiedlich sein können. Dazu gehören die Kindererziehung, die Pflege älterer und kranker Menschen, die Betreuung von Menschen mit Behinderungen, die Haushaltsführung und die emotionale Unterstützung von Familienmitgliedern oder Wahlverwandten. Jeder dieser Bereiche hat seine eigenen spezifischen Merkmale und sozialen Bedarfe. Die Erziehung von Kindern erfordert bspw. andere Fähigkeiten und Zeitstrukturen als die Pflege älterer Menschen. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die sozialpolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die verschiedenen Bereiche oft sehr unterschiedlich sind. So gelten für die professionelle Altenpflege andere gesetzliche Regelungen und Qualifikationsanforderungen als für die Kinderbetreuung. Um die Diskussion voranzubringen, ist es sinnvoll, wie von Blaschke (2014) vorgeschlagen, einen erweiterten Care-Begriff zu verwenden, der diskurs- und anschlussfähig ist. Dieser Ansatz ermöglicht es, unterschiedliche Aspekte von ‚Care' jenseits klassisch feministischer Perspektiven in den Blick zu nehmen. Ergänzend bieten Arbeiten wie die von Fischer (2015), Winker (2021), Baker (2008) und Uhde (2018) erweiterte feministische Perspektiven, die Raum für weiterführende Diskussionen eröffnen.

Ein weiterführender Ansatz in der Debatte um Sorgearbeit und Grundeinkommen erfordert die Überwindung einer oft zu pauschalen Sichtweise, die sich vor allem auf westliche Staaten und Demokratien bezieht, ohne die spezifischen sozialpolitischen Kontexte zu berücksichtigen. Diese Verallgemeinerung wird der Komplexität des Themas nicht gerecht, da sie die erheblichen Unterschiede in der Ausgestaltung der Sozialpolitik zwischen verschiedenen Nationalstaaten außer Acht lässt. Die Herausforderung besteht darin, dass die sozialpolitischen Systeme auf nationaler Ebene stark variieren und zudem von regionalen Unterschieden geprägt sind (s. Kap. 2.1.3). In Deutschland ergeben sich bspw. durch die föderale Struktur (Bundesebene, Länderebene und kommunale Ebene) weitere Differenzierungen, die in der Analyse berücksichtigt werden sollten.

Um den Diskurs um Grundeinkommen und Sorgearbeit zu vertiefen, zielt diese Arbeit auf *eine höhere Auflösung* in der Analyse ihrer Wechselwirkungen. Der Forschungsansatz zielt darauf ab, ein differenzierteres Bild zwischen dem

bedingungslosen Grundeinkommen und den spezifischen Realitäten der Sorgearbeit zu zeichnen. Dies wird durch drei zentrale Aspekte erreicht:

1. *Relativierung feministischer Dimensionen:* Die ökosoziale Perspektive der Sozialökonomie stellt die unmittelbare Lebenswelt der Menschen in den Mittelpunkt. Dieser Ansatz verzichtet auf primär geschlechtsspezifische Annahmen, kann diese aber, wo relevant, einbeziehen und ermöglicht so eine erweiterte Sichtweise (s. Kap. 2.2.2.3).
2. *Spezifische Ausdifferenzierung von Sorgearbeit:* Bisherige Arbeiten und Forschungen haben ‚Care' häufig als homogenes Feld betrachtet, ohne die Besonderheiten einzelner Bereiche zu berücksichtigen. Zudem blieben viele Untersuchungen auf der Ebene theoretischer Argumentationen stehen. Diese Arbeit geht einen Schritt weiter, indem sie sich speziell auf erwerbsfähige informelle Pflegepersonen im Kontext der Altenpflegeökonomie konzentriert und einen empirischen Ansatz verfolgt.
3. *Sozialpolitische Systemgrenzen:* Die Untersuchung bezieht sich auf Deutschland und auf der Länderebene auf Nordrhein-Westfalen. Durch diese klare geographische und politische Eingrenzung können die spezifischen sozialpolitischen Rahmenbedingungen und Strukturen, die für die informelle Altenpflegeökonomie in diesem Kontext relevant sind, berücksichtigt werden.

Mit diesem Forschungsansatz will die vorliegende Studie einen Beitrag zum Diskurs um Sorgearbeit und Grundeinkommen leisten, mit einem spezifischen Fokus auf die informelle Ökonomie der Altenpflege. Statt auf abstrakten Konzepten zu verharren, werden konkrete Kontexte und Personengruppen in den Blick genommen, um die Wechselwirkungen zwischen Grundeinkommen und Sorgearbeit empirisch zu untersuchen und praxisrelevante Erkenntnisse zu gewinnen.

4 Forschungsdesign und Methodik

In diesem Kapitel werden das Forschungsdesign und die Methoden der qualitativen Studie erläutert, die die potenzielle Wirkung eines Grundeinkommens auf die Lebenslage erwerbsfähiger informeller Pflegepersonen untersucht. Es behandelt die Forschungsfragen, das Ziel der Studie, den theoretischen Rahmen, die Strategie der Stichprobenziehung, die Entwicklung des Interviewleitfadens, die Methoden der Datenerhebung, die Techniken der Datenanalyse sowie ethische Überlegungen. Damit soll die Transparenz, intersubjektive Nachvollziehbarkeit und wissenschaftliche Qualität der Untersuchung gewährleistet werden.[85]

4.1 Die Forschungsfrage und das Erkenntnisinteresse

Die zentrale Forschungsfrage dieser Studie lautet: Wie schätzen erwerbsfähige informelle Pflegepersonen den potenziellen Einfluss eines bedingungslosen Grundeinkommens auf ihre Lebenslage ein?

Diese Frage zielt darauf ab, die subjektive Wahrnehmung und Einschätzung der informellen Pflegepersonen hinsichtlich der möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf ihre Lebenslage zu erfassen. Um die Hauptfrage umfassend beantworten zu können, werden zwei Unterfragen formuliert. Diese Unterfragen sollen helfen, die verschiedenen Dimensionen und Facetten der Hauptfrage zu beleuchten und ein tieferes Verständnis der Lebenslage informeller Pflegepersonen und der möglichen Veränderungen durch ein Grundeinkommen zu erlangen.

Welche Bedeutung haben die gegenwärtigen Handlungsspielräume für erwerbsfähige informelle Pflegepersonen?[86]

---

[85] Für allgemeine Aspekte der qualitativen Sozialforschung, die in dieser Arbeit behandelt werden, finden sich Grundlagen in den Werken von Flick (2021), Lamneck und Krell (2016), Przyborski und Wohlrab-Sahr (2014) sowie im umfassenden Sammelband von Baur und Blasius (2019).

[86] Handlungsspielräume, Handlungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen werden synonym verwendet.

Bei dieser Frage geht es darum zu verstehen, welche Ressourcen und Strategien informell Pflegende derzeit nutzen, um ihren Pflegealltag zu bewältigen. Die Analyse dieser aktuellen Handlungsmöglichkeiten ist entscheidend, um ein klares Bild der aktuellen Lebenslage zu zeichnen. Es geht darum herauszufinden, welche Faktoren die Alltagsbewältigung ermöglichen und welche Herausforderungen sie dabei bewältigen müssen. Die Bedeutung dieser Handlungsmöglichkeiten wird durch die subjektiven Erfahrungen und Bewertungen der Pflegepersonen selbst bestimmt, was einen tiefen Einblick in ihre Alltagsrealität und die damit verbundenen Strategien und Handlungsmuster ermöglicht.

Wie schätzen erwerbsfähige informelle Pflegepersonen den potenziellen Einfluss eines Grundeinkommens auf ihre Handlungsspielräume ein, den Pflegealltag zu bewältigen?

Diese Frage untersucht, inwiefern ein bedingungsloses Grundeinkommen die gegenwärtigen Handlungsspielräume von informellen Pflegepersonen verändern könnte. Es geht darum, die hypothetischen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die verschiedenen Dimensionen ihres Pflegealltags zu erfassen. Ziel der Evaluation ist es, die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Lebenslage informell Pflegender zu untersuchen. Dabei wird das gesamte Spektrum der Möglichkeiten ohne normative Vorfestlegung betrachtet – von der Eröffnung neuer Handlungsspielräume über die Veränderung bestehender Belastungen bis hin zu möglichen neuen Herausforderungen oder dem Ausbleiben wesentlicher Veränderungen.

Durch die Betrachtung sowohl des Status quo als auch des hypothetischen Szenarios eines Grundeinkommens kann die Studie die tatsächlichen Bedarfe und potenziellen Handlungsmöglichkeiten informell Pflegender erfassen.

Dabei stehen zwei Aspekte im Mittelpunkt: Zum einen die konkreten Handlungsstrategien (Faktoren), die informelle Pflegepersonen aktuell nutzen, um ihren Alltag zu bewältigen. Zum anderen die Bedeutungsdimension, die beschreibt, welchen Sinn und welche Bedeutung die Pflegepersonen diesen Handlungsstrategien und Ressourcen zuschreiben. Dies bedeutet, dass nicht nur eine Auflistung der Strategien und Maßnahmen erfolgt, sondern auch deren subjektive Sinnhaftigkeit und Bedeutung für die Pflegenden erfasst wird. Diese Erkenntnisse sind für die Erforschung einer Utopie wie dem Grundeinkommen besonders wertvoll, da sie aufzeigen, wie sich die Handlungsmöglichkeiten im Szenario eines Grundeinkommens theoretisch in alle Richtungen – positiv, negativ oder neutral – verändern könnten.

Für die Beantwortung der Hauptforschungsfrage ist die Darstellung der aktuellen Handlungsmöglichkeiten und ihrer Bedeutung aus zwei Gründen wesentlich:

1. Diese Arbeit folgt dem Prinzip einer *neutralen und detaillierten Beschreibung* der Realität als Ausgangspunkt für weiterführende Analysen und Interpretationen (vgl. Baumann 2018, 20-22). Eine fundierte Darstellung des Status quo erlaubt es, ein möglichst objektives und differenziertes Bild der Lebenslage zu zeichnen, bevor Schlussfolgerungen gezogen werden.
2. *Fundierte Utopieforschung* braucht einen starken Realitätsbezug (vgl. Levitas 2013, 153f.; Kubon-Gilke & Maier-Rigaud 2020, 225f.; s. Kap. 3.1). Die detaillierte Beschreibung der gegenwärtigen Situation ermöglicht es, die Ergebnisse aus dem hypothetischen Szenario in einen realistischen Kontext zu stellen. Dies ermöglicht eine datengestützte Analyse und interpretative Schlussfolgerungen, wie ein Grundeinkommen die aktuelle Lebenslage verändern könnte, welche Bedarfe bestehen und inwiefern mögliche Maßnahmen die Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen verändern könnten.

Diese zwei Gründe verdeutlichen, warum die Beschreibung des Status quo nicht nur für die Beantwortung der zentralen Forschungsfrage, sondern auch für die generelle Erweiterung des Wissens über die informelle Altenpflegeökonomie relevant ist. Eine fundierte Analyse der aktuellen Handlungsmöglichkeiten bietet die Grundlage für eine realistische und umfassende Einschätzung der möglichen Wirkungen eines Grundeinkommens.

4.2 Die Erhebungsmethode

Für die Beantwortung der Forschungsfragen ist neben der Auswahl der Stichprobe die Erhebungsmethode von entscheidender Bedeutung. Da sich die Forschungsfrage auf die Bedeutung von Handlungsspielräumen in der Lebenslage informell Pflegender bezieht und somit die subjektive Einschätzung abgefragt wird, wurde eine qualitative Erhebungsmethode gewählt.

4.2.1 Qualitativ erheben

In dieser Studie wird ein neuartiger Forschungsansatz verfolgt, der die möglichen Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Lebenslage von erwerbsfähigen Pflegepersonen untersucht. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der Betroffenen hinsichtlich möglicher Veränderungen, die ein Grundeinkommen in ihrem Alltag bewirken könnte. Da dieser Bereich bisher wenig erforscht ist (s. Kap. 2.4.3 & Kap. 3.3.3.2), wird ein explorativer Ansatz gewählt, um neue Erkenntnisse zu gewinnen und ein vertieftes Verständnis für die spezifischen Herausforderungen und Chancen zu entwickeln, mit denen diese Personengruppe konfrontiert ist.

Aufgrund der Komplexität der Fragestellung und des explorativen Charakters der Studie sind qualitative Forschungsmethoden besonders geeignet. Während quantitative Ansätze statistische Daten liefern können, erfassen sie nicht die Tiefe und Nuancen, die für das Verständnis subjektiver Perspektiven und komplexer sozialer Realitäten notwendig sind (vgl. Hussy et al. 2013, 51-53). Qualitative Interviews bieten die notwendige Flexibilität und Offenheit, um neue Themenbereiche zu entdecken, die in standardisierten Befragungen möglicherweise übersehen werden. Sie ermöglichen es, detaillierte Informationen über die individuellen Erfahrungen, Wahrnehmungen und Bewertungen der informellen Pflegepersonen zu erhalten (vgl. ebd., 189-191; Wichmann 2019, 52f.).

Für die vorliegende Untersuchung wurde eine Primärerhebung gewählt, bei der die Daten selbst erhoben werden (vgl. Akremi, 2019, 318f.). Diese Methode ermöglicht eine direkte und zielgerichtete Erfassung der relevanten Informationen und bietet die notwendige Flexibilität, um auf spezifische Forschungsfragen einzugehen.

Die Studie verwendet ein offenes, qualitatives Forschungsdesign, das für die noch wenig erforschten Auswirkungen eines Grundeinkommens auf informell Pflegende besonders geeignet ist. Durch offene Interviews können subjektive Perspektiven und komplexe Zusammenhänge in der Tiefe erfasst werden. Das flexible, explorative Vorgehen ermöglicht wertvolle Einblicke in die individuellen Erfahrungen und Bedeutungszuschreibungen der Betroffenen.

4.2.2 Problemzentriertes Interview als Basis

Die folgende Darstellung des problemzentrierten Interviews basiert auf den methodischen Arbeiten von Witzel (1985; 2000), Witzel und Reiter (2012), Helfferich (2011) sowie Lamnek und Krell (2016) und fasst deren zentrale Charakteristika zusammen.

Als grundlegende Erhebungsmethode wurde für die Studie das problemzentrierte Interview gewählt. Diese Methode eignet sich besonders gut, um die komplexen und vielschichtigen Erfahrungen informeller Pflegepersonen zu erfassen. Das problemzentrierte Interview kombiniert offene Fragen mit einem Leitfaden, der sich auf zentrale Probleme und Themen konzentriert, die für die Forschungsfrage relevant sind. Auf diese Weise können sowohl die subjektiven Perspektiven der Befragten als auch spezifische Problemfelder detailliert untersucht werden.

Die Besonderheit des problemzentrierten Interviews liegt in der Fokussierung auf konkrete Fragestellungen. Ziel ist es, ein tieferes Verständnis der Problematik aus Sicht der Teilnehmenden zu erlangen. Dabei steht der offene Dialog im Vordergrund, sodass die Teilnehmenden ihre eigenen Erfahrungen, Einschätzungen und Perspektiven umfassend darstellen können.

Das Interview wird nicht-direktiv geführt, d. h. der Interviewer gibt keine vorgefertigten Lösungen oder Meinungen vor. Stattdessen wird den Teilnehmenden Raum gegeben, ihre Gedanken frei zu äußern und eigene Standpunkte zu entwickeln. Die interviewführende Person agiert als einfühlsame Gesprächspartner:in, die aktiv zuhört und den Gesprächsverlauf durch Nachfragen lenkt, ohne jedoch die Antworten der Teilnehmenden zu beeinflussen

Der Leitfaden des problemzentrierten Interviews dient nicht als enges Korsett, sondern als strukturelle Orientierung und Möglichkeit zur Vertiefung einzelner Aspekte. Im Mittelpunkt des Gesprächs steht der selbst entwickelte Erzählstrang des Interviewten. Der Leitfaden gibt dem Interviewer eine grobe

Struktur vor, um sicherzustellen, dass relevante Themen angesprochen werden. Er ermöglicht es dem Interviewer, den Gesprächsverlauf zu lenken und gezielte Nachfragen zu stellen, um eine vertiefte Exploration des Problems zu ermöglichen. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass der Leitfaden flexibel gehandhabt wird. Der Interviewer lässt der befragten Person Raum, ihren eigenen Erzählstrang zu entwickeln und die für sie wichtigen Aspekte zu betonen. Es wird darauf geachtet, dass die interviewte Person die Kontrolle über den Erzählprozess behält und die Möglichkeit hat, ihre eigenen Erfahrungen, Einschätzungen und Perspektiven ausführlich darzustellen. Dieses Vorgehen gewährleistet, dass die Befragten ihre Erfahrungen und Sichtweisen in ihrem eigenen Tempo und auf ihre eigene Art und Weise darstellen können (vgl. Witzel 1985; Witzel 2000; Witzel und Reiter 2012, 51; Helfferich 2011, 36, Lamnek & Krell 2016, 344-346).

4.2.3 Szenario-Methode und Fallvignette kombinieren

Das problemzentrierte Interview ist ein wichtiges Instrument für offene und zielgerichtete Befragungen, stößt aber an seine Grenzen, wenn es darum geht, Zukunftsszenarien wie die Einführung eines Grundeinkommens abzubilden. Solche Szenarien erfordern ergänzende Instrumente, die es ermöglichen, die Teilnehmenden in hypothetische Situationen zu versetzen und ihre möglichen Reaktionen und Handlungen realistisch zu erfassen.

Zwei dieser ergänzenden Instrumente sind die Szenario-Methode und die Fallvignette. Die Szenario-Methode ermöglicht die systematische Erkundung zukünftiger Entwicklungen, während Fallvignetten konkrete Situationen darstellen, auf die die Teilnehmenden reagieren können. Die Kombination der Szenario-Methode mit der Fallvignette ermöglicht einen Ansatz, der sowohl eine systematische Darstellung als auch explorative Elemente integriert. Die Entwicklung dieser kombinierten Methode wird im Folgenden anhand der in der Literatur beschriebenen Verfahren erläutert.

4.2.3.1 Die klassische Szenario-Methode

Die klassische Szenario-Methode, die darauf ausgelegt ist, mögliche zukünftige Zustände und Entwicklungen zu erforschen, regt die befragten Personen an, über mögliche Veränderungen und deren Auswirkungen nachzudenken.

Diese Methode zeichnet sich durch ihren systematischen und nachvollziehbaren Charakter aus, der eine wissenschaftliche Überprüfbarkeit und Reproduzierbarkeit ermöglicht. Durch die Entwicklung und den Vergleich verschiedener Szenarien können Forschende die Auswirkungen bestimmter Bedingungen oder Entscheidungen untersuchen. Auf diese Weise können Ursache-Wirkungs-Beziehungen analysiert und Schlussfolgerungen gezogen werden (vgl. Kosow & Gaßner 2008; Kosow & León 2015; Schlosser 2022).

Beispiele für die klassische Szenario-Methode:

- Szenario 1: Ein bedingungsloses Grundeinkommens i. H. v. 1.000 € pro Monat wird eingeführt. Die Teilnehmenden werden gebeten, sich vorzustellen, wie sich ihr Leben und ihre Pflegeverantwortung unter diesen neuen finanziellen Rahmenbedingungen verändern würden.
- Szenario 2: Eine bedingte Sozialleistung, die an bestimmte Kriterien wie Pflegeverantwortung oder Arbeitssuche geknüpft ist, wird eingeführt. Die Teilnehmenden reflektieren, wie diese Bedingungen ihren Handlungsspielraum und ihre Lebensqualität beeinflussen könnten.

Diese Beispiele veranschaulichen, wie die Methode es ermöglicht, unterschiedliche Zukunftsbilder zu entwickeln und deren Konsequenzen systematisch zu vergleichen. Dabei ist zu betonen, dass die Anwendung der Szenario-Methode stark vom spezifischen Forschungsinteresse abhängt.

4.2.3.2 Die klassische Fallvignette

Die Fallvignette erlaubt eine detaillierte Analyse aktueller und konkreter Situationen. Sie ermöglicht es den Befragten, ihre aktuellen Erfahrungen und Herausforderungen zu thematisieren und in einen hypothetischen Kontext zu stellen. Die Fallvignette stellt ein einzelnes Szenario dar, das jedoch eher gegenwarts- oder vergangenheitsbezogen ist. Dadurch kann der Fokus auf konkrete Situationen gelegt werden, um ein besseres Verständnis für aktuelle Bedingungen und Herausforderungen zu erhalten (vgl. Schnurr 2003; Dülmer 2019).

Bei der klassischen Anwendung der Fallvignette wird eine konkrete, aktuelle Situation dargestellt, um die Reaktionen der Teilnehmenden zu erfassen. Folgend eine Fallvignette als Beispiel:

Anna (54), eine pflegende Angehörige, die Bürgergeld bezieht, pflegt ihre Mutter (88) mit Pflegegrad 3. Anna hat zugunsten der Pflege ihrer Mutter

ihren Beruf aufgegeben, was zu finanziellen Engpässen führt. Die Teilnehmenden werden gebeten, ihre Eindrücke zu dieser konkreten Situation zu schildern.

Diese Methode erlaubt es, die unmittelbaren Reaktionen und Überlegungen der Teilnehmenden zu erfassen und daraus wertvolle Erkenntnisse über die derzeitigen Bedingungen und Herausforderungen abzuleiten. Die Anwendung der Fallvignette kann somit je nach Forschungsinteresse variieren und bietet eine präzise Möglichkeit, aktuelle Probleme und deren Auswirkungen auf die Betroffenen zu beleuchten.

4.2.4 Szenario-Methode und Fallvignette methodisch integrieren

Eine Erhebungsmethode, die die subjektive Bedeutung informeller Pflegepersonen in einem hypothetischen Zukunftsszenario abbilden will, benötigt also eine auf die Zukunft (Szenario) bezogene Form (Fallvignette).[87] Diese Kombination ergänzt das problemzentrierte Interview in idealer Weise, da sie es ermöglicht, hypothetische Szenarien zu nutzen, um die subjektiven Bedeutungen und Handlungsoptionen der Befragten zu erkunden. Durch die Integration beider Methoden können sowohl zukünftige als auch aktuelle Herausforderungen in den Blick genommen werden.

Im weiteren Verlauf der Arbeit wird methodisch nur noch über das ‚Szenario Grundeinkommen' gesprochen, da es sich um ein hypothetisches zukünftiges Szenario handelt. Dieser Begriff ist jedoch im Sinne der Kombination von Szenario-Methode und Fallvignette zu verstehen.

Das Szenario wird in den Interviews standardisiert dargestellt. Es gibt ein vorgefertigtes Narrativ, das auf alle Teilnehmenden angewendet wird (s. Kap. 4.4 zum Interviewleitfaden). Dies gewährleistet die Vergleichbarkeit der Ergebnisse, da alle Teilnehmenden mit denselben hypothetischen Bedingungen konfrontiert werden.

---

[87] In der recherchierten Literatur wurde die Kombination von Szenario-Methode und Fallvignette bisher nicht in dieser Weise hergeleitet und zusammengeführt.

4.3. Die Stichprobe: Strategie, Feldzugang und Umsetzung

Die Auswahl der Stichprobe und der Zugang zum Forschungsfeld sind zentrale Elemente einer qualitativen Studie. In diesem Kapitel werden die angewandte Stichprobenstrategie, der Feldzugang, die Akquise der Studienteilnehmenden sowie die ethischen Überlegungen bei der Durchführung der Studie detailliert erläutert. Abschließend wird die realisierte Stichprobe vorgestellt.

4.3.1 Die Stichprobenstrategie

Die Umsetzung der folgenden Stichprobenstrategie im Sinne eines heterogenen Quotenplans orientiert sich an Akremi (2019). Bei dieser Stichprobenstrategie handelt es sich um eine *nicht-zufällige Methode*, bei der die Auswahl der Teilnehmenden anhand spezifischer Kriterien erfolgt. Im Gegensatz zur Zufallsstichprobe, die eine repräsentative Abbildung der Grundgesamtheit anstrebt, erfolgt bei der nicht-zufälligen Methode eine gezielte Auswahl, um bestimmte Merkmale und Variationen innerhalb der Zielgruppe abzubilden. Diese Methode ist besonders nützlich in qualitativen Studien, in denen das Ziel darin besteht, tiefere Einblicke und ein umfassenderes Verständnis der untersuchten Phänomene zu gewinnen.

Die Stichprobenstrategie ist *prozessgenerierend*, d. h. sie entwickelt sich dynamisch während der Datenerhebung. Dies ermöglicht eine flexible Reaktion auf neue Erkenntnisse und Anforderungen, die sich im Laufe der Studie ergeben. Anstatt sich strikt an eine vorab festgelegte Stichprobe zu halten, können während des Prozesses Anpassungen vorgenommen werden, um sicherzustellen, dass alle relevanten Perspektiven und Erfahrungen erfasst werden.

Ein zentrales Element dieser Strategie ist der *Quotenplan*. Der Quotenplan definiert die Zielgruppe und legt spezifische Quoten für verschiedene Merkmale fest (vgl. Akremi 2019, 321-323). Für diese Untersuchung sind das Geschlecht und die Art der Beschäftigung (erwerbslos, Vollzeit, Teilzeit) von besonderer Bedeutung, um die Vielfalt der Erfahrungen und Hintergründe widerzuspiegeln.

Für die empirische Untersuchung wurden erwerbsfähige informelle Pflegepersonen im Raum Köln und Umgebung (Nordrhein-Westfalen) ausgewählt, die eine pflegebedürftige Person im vierten Lebensalter mit Pflegegrad 2 bis

5 (nach SGB XI) betreuen (s. Kap. 2.3.1 zur Theoriebildung der informellen Altenpflegeökonomie). Die Auswahlkriterien umfassen:

Erwerbsfähige informelle Pflegepersonen: Die Studie konzentriert sich auf Personen, die nicht verrentet sind und nicht im gleichen Haushalt leben wie die pflegebedürftige Person. Erwerbsfähige Pflegepersonen, unabhängig davon, ob sie Vollzeit, Teilzeit oder derzeit erwerbslos sind, sind besonders interessant, weil sie verschiedene Perspektiven auf die Vereinbarkeit der Lebensbereiche bieten. Dabei lag der Fokus auf informellen Pflegepersonen wie Töchtern, Söhnen, Schwiegertöchtern und -söhnen sowie weiteren Verwandten und Wahlverwandten.[88]

Pflegegrade 2 bis 5 nach SGB XI: Diese Pflegegrade wurden im Hinblick auf die Gewährleistung eines hohen Maßes an Unterstützung für die pflegebedürftigen Personen gewählt. Die Orientierung an den sozialpolitischen Pflegegraden stellt sicher, dass die informell Pflegenden vor substanziellen Herausforderungen stehen, was die Analyse ihrer Handlungsmöglichkeiten und Strategien besonders relevant macht.[89]

Hochaltrigkeit der Pflegebedürftigen: Unter Hochaltrigkeit[90] wird ein durchschnittliches Lebensalter von mindestens 80 Jahren für Frauen und Männer

---

[88] In dieser Studie wurde versucht, auch informelle Pflegepersonen zu identifizieren, die nicht direkt zur Familie gehören, aber dennoch Pflegeverantwortung übernehmen. Es stellte sich jedoch heraus, dass solche zugehörige Personen schwer zu finden ist, was die Rekrutierung erheblich erschwerte und schließlich zum Verzicht auf dieses Merkmal führte. Die Studie konzentriert sich daher ausschließlich auf pflegende Angehörige im direkten Verwandtschaftsverhältnis zur pflegebedürftigen Person. Aus diesem Grund werden die Begriffe ‚informelle Pflegeperson', ‚informell Pflegende' und ‚pflegende Angehörige' in der Beschreibung der Studie synonym verwendet, da hier ausschließlich angehörige Personen gemeint sind.

[89] Der Begriff ‚Pflegeperson' ist ein sozialrechtlicher Begriff für verantwortliche Pflegepersonen, die bei der Beantragung eines Pflegegrads von der Pflegekasse erfasst werden. Diese Registrierung berechtigt Pflegepersonen zu Ansprüchen wie Rentenfortzahlung, Pflegezeit und Familienpflegezeit. Es gibt jedoch auch Personen, die aus unterschiedlichen Gründen keine sozialrechtlichen Pflegeleistungen in Anspruch nehmen und somit nicht als Pflegepersonen im sozialrechtlichen Sinne erfasst werden, obwohl sie pflegende Angehörige sind. In der Ausschreibung der Studie wurde gezielt nach pflegenden Angehörigen gesucht, die auch als Pflegeperson registriert sind, um die Komplexität zu reduzieren. Die Begriffe ‚Pflegeperson' und ‚pflegende Angehörige' werden in diesem Zusammenhang synonym verwendet.

[90] Es handelt sich hierbei um eine pragmatische Definition von Hochaltrigkeit, da eine einheitliche Definition anhand der physischen, psychischen und sozialen Dimensionen nicht begründbar ist (vgl. Eggen 2012, 11-13). In vielen deutschsprachigen Publikationen wird eine Altersgrenze von 80 Jahren als Beginn der Hochaltrigkeit angegeben, da dies eine gängige und pragmatische Definition in der Altersforschung darstellt. Diese Altersgrenze spiegelt die allgemein anerkannte Auffassung wider, dass sich ab diesem Alter spezifische körperliche, psychische und soziale Veränderungen häufen, die einer differenzierten Betrachtung und

verstanden. Der Fokus auf die Pflege von hochaltrigen Menschen ist für diese Arbeit zentral, da die altersspezifischen Pflegebedarfe und die damit verbundenen Herausforderungen eine wesentliche Komponente des Forschungsinteresses darstellen. Obwohl das SGB XI sozialrechtlich alle Personen umfasst, die Pflege benötigen, liegt der Schwerpunkt dieser Studie spezifisch auf der Altenpflege. Durch die Konzentration auf hochaltrige Pflegebedürftige können die Studienergebnisse präzise auf die Besonderheiten und Anforderungen der Altenpflege zugeschnitten werden.

Die Kombination der nicht-zufälligen Methode und des Quotenplans hat mehrere Vorteile. Der prozessgenerierende Charakter der Methode ermöglicht es, flexibel auf unvorhergesehene Entwicklungen und neue Erkenntnisse während der Datenerhebung zu reagieren. Die gezielte Auswahl und der Quotenplan ermöglichen es, eine große Vielfalt an Erfahrungen und Perspektiven zu erfassen, die für ein tiefes Verständnis des untersuchten Phänomens notwendig sind. Die spezifischen Auswahlkriterien stellen sicher, dass die Teilnehmenden relevante und vergleichbare Erfahrungen teilen, was die Qualität und Aussagekraft der Ergebnisse erhöht. Darüber hinaus erleichtert die Konzentration auf eine bestimmte Zielgruppe und Region die Rekrutierung und Durchführung der Interviews, insbesondere im Hinblick auf logistische und zeitliche Aspekte.[91]

4.3.2 Feldzugang und Akquise für Studienteilnahme

Die transparente Darstellung des Feldzugangs und der damit verbundenen Herausforderungen ist nicht nur für die methodische Nachvollziehbarkeit der Studie wichtig, sondern soll auch zukünftige Forschungsprojekte inspirieren

---

Unterstützung bedürfen. Darüber hinaus ermöglicht diese Definition eine einheitliche Grundlage für empirische Untersuchungen und erleichtert die Vergleichbarkeit von Studienergebnissen (vgl. BMFSFJ 2002, 53f.). Zudem entspricht diese Altersgrenze der aktuellen Lebenserwartung: Nach den Ergebnissen der aktuellen Sterbetafel 2020/2022 liegt die Lebenserwartung für Männer bei 78,3 Jahren und für Frauen bei 83,2 Jahren (vgl. Statistisches Bundesamt 2024c).

[91] Die Entscheidung, die Interviews im Raum Köln und Umgebung (Nordrhein-Westfalen) durchzuführen, basiert auf praktischen und methodischen Überlegungen: Der Wohnort des Autors erleichtert die logistische Durchführung und die Konzentration auf eine Region vermeidet die Komplexität unterschiedlicher gesetzlicher Regelungen in den einzelnen Bundesländern. Im Vordergrund steht die Erfassung individueller Erfahrungen, nicht der regionale Vergleich. Regionale Unterschiede in Kultur und Infrastruktur können in dieser Arbeit jedoch nicht berücksichtigt werden.

und unterstützen. Die vorliegende Studie wurde als Untersuchung zur Alltagsbewältigung pflegender Angehöriger ausgeschrieben. Der gesamte Prozess von den ersten Akquise-Versuchen bis zur Terminierung des ersten Interviews dauerte ca. 2,5 Monate.

Die Informationen über die Studie wurden umfassend zur Verfügung gestellt und Interessenten konnten sich telefonisch oder per E-Mail an den Projektleiter wenden. Ein telefonisches Vorgespräch diente dazu, die Studie transparent zu erläutern, die Teilnehmenden zu qualifizieren und eventuelle Fragen ihrerseits zu klären. So konnte ein Termin für ein persönliches Interview vereinbart werden.

Der Ort des Interviews sollte die Lebensnähe des Gesprächs unterstützen und in einer Umgebung stattfinden, die den Befragten natürlich und vertraut erscheint. Daher wurde der Haushalt als bevorzugter Ort für die Befragungen gewählt, um eine authentische und komfortable Atmosphäre zu schaffen (vgl. Lamnek & Krell 2016, 378). Um die Belastung für die Teilnehmenden so gering wie möglich zu halten, wurde stets angeboten, einen neutralen Ort zu wählen, falls ein Besuch im eigenen Haushalt abgelehnt wurde.

Die Offenheit der Befragung wird dadurch gewährleistet, dass Personen befragt werden, die nicht im selben Haushalt wie die pflegebedürftige Person leben. Dieses Vorgehen ermöglicht es den Befragten, ihre Sichtweisen und Erfahrungen frei und ohne mögliche Beeinflussung durch die unmittelbare räumliche Nähe zur pflegebedürftigen Person zu äußern (vgl. Misoch 2019, 222-224; Reuband 1984, 36). Lebt die befragte Person im selben Haushalt, ist es möglich, dass sie aus Sorge um die Privatsphäre der pflegebedürftigen Person zurückhaltender ist oder bestimmte Informationen zurückhält. Durch die Einbeziehung von Personen, die nicht im selben Haushalt leben, wird eine größere Offenheit und Bereitschaft erwartet, ehrlich und detailliert über ihre Erfahrungen, Belastungen und Einschätzungen im Zusammenhang mit der Pflege zu berichten.

Für die Teilnahme an der Studie wurde eine Aufwandsentschädigung von 20 € angeboten. Drei der 15 Teilnehmenden lehnten die Auszahlung der 20 € ab, was zeigt, dass die finanzielle Aufwandsentschädigung nicht die Hauptmotivation war. Vielmehr stand das Interesse am Thema der Studie und der Beitrag zur Forschung für alle Beteiligten im Vordergrund.

4.3.2.1 Herausforderungen beim Feldzugang und Erfahrungen bei der Akquise

In einem ersten Schritt wurden in Anlehnung an die Praxishinweise von Auth et al. (2018) sog. ‚Gate-Keeper' identifiziert, also Personen oder Institutionen, die der Zielgruppe im öffentlichen Raum am nächsten stehen und Zugang zu ihr haben (vgl. Misoch 2019, 201f.). Zu diesen Gate-Keepern zählen vor allem Seniorenberatungsstellen, die spezifische Unterstützung und Beratung für ältere Menschen anbieten, sowie Gesprächskreise für pflegende Angehörige und Demenzgruppen, die regelmäßige Treffen und Austauschmöglichkeiten für Betroffene und deren Angehörige anbieten. Auch ambulante Pflegedienste, die direkt zu den Pflegebedürftigen nach Hause kommen und eng mit den pflegenden Angehörigen zusammenarbeiten, sowie Hausärzte, die häufig die erste Anlaufstelle bei Fragen zu Gesundheit und Pflegebedürftigkeit sind, zählen zu den identifizierten Gate-Keepern (vgl. Auth et al. 2018, 8). Diese Institutionen und Personen wurden gezielt angesprochen, um den Zugang zur Zielgruppe zu erleichtern und geeignete Teilnehmende für die Studie zu finden. Die tatsächlichen Erfahrungen und Erlebnisse werden in den folgenden Abschnitten geteilt.

Seniorenberatungsstellen und Demenzgruppen: Obwohl die Seniorenberatungsstellen eine naheliegende Anlaufstelle zu sein schienen, erwies es sich als schwierig, erwerbsfähige informelle Pflegepersonen zu finden. Die Seniorenberater:innen berichteten, dass es sich bei den Pflegenden meist um die pensionierten Partner:innen im gleichen Alter handelt. Informell Pflegende, die selbst noch berufstätig sind, hätten oft keine Zeit, solche Beratungsstellen aufzusuchen. Es wurden auch angeleitete Selbsthilfe- und Demenzgruppen kontaktiert, aber auch hier waren die meisten Teilnehmenden verrentete Pflegepersonen. Aufgrund der sensiblen Situation und der zeitlichen Verpflichtungen der Teilnehmenden in diesen Gruppen wurde der Studienaufruf verständlicherweise nicht weitergeleitet.

Ambulante Pflegedienste: Die Mitarbeiter:innen der ambulanten Pflegedienste, die in direktem Kontakt mit den Pflegebedürftigen und ihren Pflegepersonen stehen, fanden die Studie interessant, mussten aber aus Gründen der eigenen Überlastung die Bitte um Weiterleitung ablehnen.

Flyer in Hausarztpraxen und medizinischen Versorgungszentren: Flyer wurden in Hausarztpraxen und Medizinischen Versorgungszentren ausgelegt. Dies führte jedoch zu keiner Interviewteilnahme.

Da die Rücklaufquote über diese Gate-Keeper gering war, musste die Strategie geändert werden, um den Zugang zum Feld erfolgreich zu gestalten.

Zeitungsanzeige und Social Media: Ein Zeitungsartikel mit Informationen über die Studie in einer Lokalzeitung im Raum Köln erwies sich als erfolgreich. Daraufhin meldete sich die Hälfte der Teilnehmenden. Auch in Social Media Gruppen (Facebook) wurde der Studienaufruf geteilt, woraus sich ein Interview ergab.

Unternehmen: Da erwerbsfähige informelle Pflegepersonen in öffentlichen Beratungsstellen seltener anzutreffen sind, wurde die Akquise auf betriebliche Kontexte ausgeweitet. Mit dieser Strategie sollten Personen erreicht werden, die in Teilzeit oder Vollzeit beschäftigt sind und gleichzeitig Pflegeverantwortung tragen. Viele große Unternehmen im Raum Köln wurden angeschrieben und um Teilnahme gebeten. Zwei Unternehmen leiteten die Ausschreibung weiter und stellten sie in ihr Intranet. Aus Datenschutzgründen können die Kontaktdaten nicht direkt herausgegeben werden, so dass eine interne Ausschreibung erforderlich war. Daraus ergaben sich weitere Gespräche.

Die einzige erwerbslose Pflegeperson wurde über eine *persönliche Empfehlung* erreicht. Um mehr erwerbslose informelle Pflegepersonen in der Studie abbilden zu können, wurde explizit bei den örtlichen Jobcentern und der Agentur für Arbeit nachgefragt, in der Annahme, dass diese dort zu finden sind.

Agentur für Arbeit/Jobcenter: Die Anfrage wurde jedoch aufgrund der Prioritäten der Arbeitsagenturen freundlich abgelehnt. Theoretisch sind die Informationen dort hinterlegt und Personen mit dem Status ‚erwerbslos und pflegend angehörig' könnten direkt angesprochen werden. Dieser Hinweis führte zu weiteren statistischen Recherchen, die auf Basis der Einzelfalldarstellung in eine interessante Diskussionen mündeten (s. Kap. 6.1.1.4).

4.3.2.2 Schlussfolgerung für zukünftige Forschung

Die Akquise von erwerbsfähigen informell Pflegenden für die Studie war mit verschiedenen Herausforderungen verbunden. Die Ansprache von offensichtlichen Gate-Keepern erwies sich als wenig zielführend, da diese Personengruppe in diesen Kontexten selten anzutreffen ist. Eine Anpassung der Strategie war erforderlich. Um den Zugang zum Feld für zukünftige Forschung effektiver und effizienter zu gestalten, wird vorgeschlagen, mehrere Ansätze zu kombinieren:

Breite Öffentlichkeitsarbeit: Zeitungsanzeigen und Social Media haben sich als effektiv erwiesen. Diese sollten gezielt genutzt werden, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und potenzielle Teilnehmende zu informieren.

Unternehmenskooperationen: Kooperationen mit großen Unternehmen, die interne Ausschreibungen ermöglichen, können den Zugang zu erwerbstätigen Pflegepersonen erleichtern. Unternehmen sollten frühzeitig in die Planung einbezogen werden, um Datenschutzbedenken auszuräumen und eine reibungslose Kommunikation zu gewährleisten.

Gezielte Ansprache über Jobcenter: Auch wenn die direkte Ansprache von Jobcentern in dieser Studie nicht erfolgreich war, könnte eine intensivere Kooperation und gezielte Ansprache von erwerbslosen Pflegenden in zukünftigen Projekten erfolgversprechend sein. Eine statistische Erfassung dieser Zielgruppe könnte helfen, gezielter vorzugehen.

Direkte Empfehlungen und Netzwerke: Persönliche Empfehlungen und die Nutzung bestehender Netzwerke haben sich als wertvoll erwiesen. Die Mobilisierung von Kontakten und Empfehlungen aus dem persönlichen Umfeld der Forschenden kann zusätzliche Teilnehmende generieren.

Durch die Kombination dieser Strategien kann der Zugang zum Feld in zukünftigen Studien nicht nur effizienter gestaltet, sondern auch die Repräsentativität und Diversität der Teilnehmenden erhöht werden. Dies trägt zur Validität der Forschung und zur Gewinnung breiterer Erkenntnisse bei.

4.3.3 Ethische Überlegungen bei der Studienerhebung

Im Rahmen der Studienplanung wurde in ‚Peer-Groups' intensiv diskutiert,[92] ob ein Antrag bei der Ethikkommission gestellt werden sollte. Obwohl informelle Pflegepersonen einer hohen Belastung ausgesetzt sein können, wurde diese Gruppe nicht als vulnerabel im Sinne der Ethikkommission eingestuft (vgl. Ethik-Kommission der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 2024). Eine solche Einstufung wäre notwendig gewesen, wenn die Pflegebedürftigen selbst befragt worden wären. Nach differenzierter Abwägung in den Peer-Groups, in denen insbesondere die Belastungen und Stressoren informeller Pflegepersonen thematisiert wurden, wurde daher auf einen Ethikantrag verzichtet.

[92] Es handelt sich um zwei wissenschaftliche Gruppen an der Universität Freiburg: das Kolloquium des Arbeitsbereichs Caritaswissenschaft und das FRIBIS-Team Care. Beide Gruppen setzen sich aus verschiedenen Mitgliedern der Professorenschaft, dem wissenschaftlichen Nachwuchs auf Postdoc-Ebene und Doktorierenden zusammen, die sowohl inhaltlich als auch methodisch fachkundig sind.

Diese Entscheidung bedeutet jedoch nicht, dass keine ethischen Standards eingehalten wurden. Im Gegenteil, es wurde großer Wert auf ein ethisch verantwortungsvolles Vorgehen gelegt, um die wissenschaftliche Integrität in Anlehnung an Friedrich (2019) zu gewährleisten. Folgende Maßnahmen wurden getroffen:

- *Transparente Information und freiwillige Teilnahme:* Alle Teilnehmenden wurden umfassend über den Zweck und den Ablauf der S tudie informiert und nahmen freiwillig teil.
- *Freie Wahl des Interviewortes:* Den Teilnehmenden wurde die Möglichkeit gegeben, den Ort des Interviews selbst zu wählen, um eine angenehme und vertraute Umgebung zu gewährleisten.
- *Bereitstellung von Unterlagen und Kontaktadressen:* Alle relevanten Unterlagen und Kontaktinformationen wurden den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt.
- *Möglichkeit zur Pause oder zum Abbruch des Interviews:* Die Teilnehmenden hatten jederzeit die Möglichkeit, das Interview zu unterbrechen oder abzubrechen, wenn sie sich unwohl fühlten.
- *Information über Datenablage und Vernichtung:* Die Teilnehmenden wurden darüber informiert, wie ihre Daten gespeichert und nach Abschluss der Studie vernichtet werden.
- *Rücknahme der Daten bei nachträglichem Unwohlsein:* Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, ihre Daten zurückziehen zu lassen, falls sie nach dem Interview ein ungutes Gefühl hatten.
- *Vertraulichkeit und Anonymität:* Die Vertraulichkeit und Anonymität der Teilnehmenden wurden zu jeder Zeit gewährleistet. Identifizierende Informationen wurden anonymisiert, um sicherzustellen, dass keine Rückschlüsse auf die Identität der Teilnehmenden gezogen werden können.
- *Nachbetreuung:* Nach den Interviews hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich bei weiteren Fragen oder Anliegen an das Forschungsteam zu wenden. Kontaktinformationen für eine mögliche Nachbetreuung wurden zur Verfügung gestellt.

Diese Informationen wurden den Teilnehmenden vor Beginn des Interviews ausführlich mitgeteilt und eine schriftliche Einverständniserklärung wurde eingeholt. Diese Maßnahmen stellen sicher, dass die Studie nach wissenschaftlichen ethischen Standards durchgeführt wurde.

4.3.4 Die konkrete Stichprobe

Im Rahmen der methodischen Darstellung soll nach der Beschreibung der Stichprobenstrategie und des Feldzugangs nun die konkrete Stichprobe vorgestellt werden. Inhaltlich relevante Aspekte werden im Ergebniskapitel im Zusammenhang dargestellt (s. Kap 5.1), weshalb sich die Informationen zur Stichprobe auf ein Minimum beschränken, um rein methodische Fragen zu beantworten.

Die Stichprobe besteht aus 15 Interviewpartner:innen. Unter den Befragten befinden sich 4 Männer und 11 Frauen. Die Altersspanne reicht von 49 bis 62 Jahren, das Durchschnittsalter liegt bei 55 Jahren (s. Tab. 3). Die meisten Interviews wurden im Raum Köln und Umgebung (Nordrhein-Westfalen) geführt, vereinzelt auch in Richtung Niederrhein, Münsterland und Ruhrgebiet.[93] Um die Anonymität der Teilnehmenden zu wahren, werden die spezifischen Orte nicht genannt. Sowohl ländliche als auch städtische Regionen wurden abgedeckt. 13 der 15 Interviews wurden bei den Teilnehmenden zu Hause durchgeführt, die beiden anderen in den Büros von Unternehmen.

Die Verteilung der Stichprobe zeigt, dass etwa zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer in dieser Altersgruppe pflegende Angehörige sind. Diese Verteilung entspricht zwar allgemeiner statistischer Beobachtungen (s. Kap. 2.3.2.3), darf aber nicht als statistische Validität interpretiert werden. Das bedeutet, dass die Ergebnisse dieser Studie nicht dazu dienen sollen, exakte Zahlen oder Verhältnisse für die Gesamtpopulation informell Pflegender zu ermitteln. Vielmehr sollen sie einen qualitativen Einblick in die unterschiedlichen Erfahrungen und Herausforderungen geben, die diese Personen in ihrem Alltag erleben.

Der heterogene Quotenplan sah Unterschiede hinsichtlich der Beschäftigungsart (erwerbslos, Vollzeit, Teilzeit) und des Geschlechts vor (Männer, Frauen, Divers). Dieser Plan wurde weitgehend umgesetzt, wobei im Verlauf der Erhebungsphase verstärkt versucht wurde, weitere Männer und erwerbslose Personen für die Studie zu gewinnen.

---

[93] Die Stichprobe ist nicht repräsentativ für Nordrhein-Westfalen insgesamt oder für eine bestimmte Region. Statistische Repräsentativität ist nicht das Ziel dieser qualitativen Studie. Das bedeutet, dass die Stichprobe nicht so ausgewählt wurde, dass sie die Grundgesamtheit (z. B. alle informellen Pflegepersonen in Nordrhein-Westfalen) exakt abbildet. Stattdessen wurde die Stichprobe nach anderen Kriterien zusammengestellt (z. B. nach Geschlecht und Art der Beschäftigung), um ein breites Spektrum an Erfahrungen abzubilden (s. Kap. 4.3.1).

Pflegende Männer wurden gezielt über Gate-Keeper angesprochen, lehnten jedoch aus unterschiedlichen Gründen, häufig aus Zeitmangel, ab. Auch eine Kooperation mit Jobcentern zur Ansprache erwerbsloser Pflegepersonen konnte nicht aufgebaut werden. Es ist davon auszugehen, dass diese Personengruppe besonderen Herausforderungen ausgesetzt ist, die bisher nicht vollständig erfasst werden konnten.

Alle Teilnehmenden gaben ihr informiertes Einverständnis zur Teilnahme, Aufzeichnung und Auswertung der Interviews. Sie stimmten auch der Veröffentlichung der Ergebnisse unter der Bedingung zu, dass ihre Anonymität gewahrt bleibt und eine Rückverfolgung ausgeschlossen ist.

Alter (Jahre)	Geschlecht	Beschäftigungsstatus	Interviewdauer (Min.)
62	weiblich	erwerbslos	84
55	weiblich	Teilzeit	36
55	weiblich	Teilzeit	37
60	weiblich	Teilzeit	38
54	weiblich	Teilzeit	42
51	weiblich	Teilzeit	60
50	weiblich	Teilzeit	65
58	weiblich	Teilzeit	71
59	weiblich	Vollzeit	28
49	männlich	Vollzeit	33
54	weiblich	Vollzeit	38
59	weiblich	Vollzeit	54
59	männlich	Vollzeit	57
51	männlich	Vollzeit	62
49	männlich	Vollzeit	79
Ø 55,0	**w: 11, m: 4**	**V: 7, T: 7, E: 1**	**Ø 52,3**

Tabelle 3: Soziodemografische Merkmale und Interviewdauer der interviewten Pflegepersonen. Die Stichprobe (n=15) setzt sich aus elf Frauen und vier Männern zusammen. Die Beschäftigungssituation verteilt sich auf sieben Vollzeitbeschäftigte (V), sieben Teilzeitbeschäftigte (T) und eine erwerbslose Person (E). Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 52,3 Minuten bei einem Durchschnittsalter von 55,0 Jahren.

Die durchschnittliche Interviewdauer betrug ca. 52 Minuten, wobei das kürzeste Interview 28 Minuten und das längste 84 Minuten dauerte. Insgesamt wurden 784 Minuten (ca. 13 Stunden) Daten erhoben.

4.4. Der Interview-Leitfaden

Dieses Kapitel führt durch den Prozess der Entwicklung des Interview-Leitfadens, beginnend mit der Operationalisierung der Lebenslage über die Konzeption des Fragebogens bis hin zur konkreten Ausgestaltung der Interviews. Dabei werden sowohl methodische Überlegungen als auch praktische Anwendungen beleuchtet, um eine fundierte Datenerhebung zu gewährleisten.

4.4.1 Den Lebenslagen-Ansatz operationalisieren

Da sich die zentrale Forschungsfrage auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen bezieht, ist es notwendig, diese für die Studie zu definieren und zu operationalisieren. Dies ist notwendig, um die theoretischen Konzepte des Lebenslagen-Ansatzes in messbare und beobachtbare Einheiten zu übersetzen. Operationalisierung bedeutet in diesem Zusammenhang, die abstrakten Konzepte und Theorien in konkrete Fragen, Kategorien und Messinstrumente zu überführen, die im Rahmen von Interviews und Datenerhebungen eingesetzt werden können (vgl. Lamnek & Krell 2016, 130-132). Operationalisierung ist somit „das Bindeglied zwischen Theorie und Empirie." (ebd., 132).

Wie im Theorieteil dieser Arbeit ausführlich dargelegt (s. Kap. 2.1), basiert die theoretische Grundlage dieser Untersuchung auf der Sozialökonomie, die das Versorgungsgeschehen sozialer Bedarfe in den Mittelpunkt stellt. Innerhalb dieses Rahmens wird eine ökosoziale Perspektive eingenommen, die es ermöglicht, die Lebenswelt der Akteure in den Blick zu nehmen. Als analytisches Instrument zur Erfassung und Untersuchung der Handlungsspielräume wird der Lebenslagen-Ansatz verwendet (s. Kap. 2.2.3). Der dort entwickelte theoretische Ansatz wird nun für den empirischen Teil der Arbeit operationalisiert. Im Folgenden soll der Lebenslagen-Ansatz im Kontext des Methodenkapitels kurz erläutert werden.

Der Lebenslagen-Ansatz ist ein sozialwissenschaftliches Konzept, das eine sozialökonomische und eine sozialpolitische Perspektive integriert. Er be-

trachtet die Lebenslage einer Person als die Gesamtheit der Handlungsspielräume, die sie in ihrer spezifischen Lebensphase angesichts von Anforderungen und Herausforderungen nutzt und über die sie verfügt. Der Lebenslagen-Ansatz betont die Bedeutung des individuellen Erlebens und der subjektiven Wahrnehmung der Lebenslage einer Person. Gleichzeitig erkennt er an, dass Handlungsspielräume sowohl durch persönliche Ressourcen als auch durch äußere Faktoren beeinflusst werden können. Basierend auf der theoretischen Grundlage und empirischen Erkenntnissen wurden für diese Studie vier zentrale Lebenslagenfaktoren identifiziert: (1) Vereinbarkeit der Lebensbereiche, (2) finanzielle Situation, (3) persönliches Wohlbefinden und (4) soziales Netzwerk. Diese Faktoren bilden die Grundlage für die Analyse der Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen. Durch die Zusammenführung von subjektivem Erleben und objektiven Faktoren bietet der Lebenslagen-Ansatz einen analytischen Vorteil und dient daher als Werkzeug für die vorliegende Forschungsarbeit (s. Kap. 2.2.3.3).[94]

Für die weitere empirische Untersuchung ist es notwendig, den Lebenslagen-Ansatz zu operationalisieren und für das Interview in die soziale Realität der Pflegenden zu übersetzen. Dabei ist es entscheidend, dass die Formulierungen für die Pflegepersonen verständlich sind und ihrer Alltagssprache entsprechen. Dies ermöglicht den Befragten, die Fragen korrekt zu interpretieren und authentisch sowie präzise zu antworten. Eine zu akademische oder abstrakte Sprache könnte zu Missverständnissen oder ungenauen Antworten führen (vgl. Lamnek & Krell 2016, 134f.).

Es wird argumentiert, dass der Schwerpunkt der Untersuchung auf der *alltäglichen Lebensbewältigung* von Personen in ihrer Rolle als informell Pflegende liegt und auf der subjektiven Bedeutung, die sie ihren Handlungen und Ressourcen beimessen. Die Operationalisierung des Lebenslagen-Ansatzes für die Studie erfolgt in zwei Schritten:

Von der Lebenslage zu konkreten Handlungsspielräumen: Ausgehend vom theoretischen Rahmen des Lebenslagen-Ansatzes werden Handlungsspielräume als

---

[94] Der Lebenslagen-Ansatz dient in dieser Arbeit als analytisches Werkzeug, ohne jedoch die empirische Datenerhebung und Theorieentwicklung vollständig vorzubestimmen. In einem offenen Forschungsprozess werden zwar Erkenntnisse aus der empirischen Literatur in Form der vier Lebenslagenfaktoren bei der Gestaltung des Interviewleitfadens berücksichtigt (s. Kap. 2.3.3.3), diese fungieren jedoch lediglich als Ausgangspunkte und nicht als festgelegte Kategorien. Das Hauptziel ist es, in diesem offenen Prozess die subjektiven Sinn- und Bedeutungsgehalte herauszuarbeiten, die Pflegende ihrem alltäglichen Handeln zuschreiben. Dieser Ansatz ermöglicht es, über vorhandene Konzepte hinauszugehen und neue, unerwartete Einsichten zu gewinnen, die direkt aus den Erfahrungen und Perspektiven der Pflegenden erwachsen.

Möglichkeiten und Ressourcen definiert, die informell Pflegende zur Bewältigung ihres Alltags nutzen. Die ‚Bewältigung des Pflegealltags' umfasst dabei die Bewältigung aller Aufgaben und Herausforderungen, die mit der Pflege eines pflegebedürftigen Menschen verbunden sind. Diese Formulierung spiegelt die soziale Realität der Pflegepersonen wider. Der Begriff ‚Bewältigung' wurde bewusst gewählt, da er neutral ist und weder eine positive noch eine negative Konnotation hat. Er beschreibt lediglich die Bewältigung der alltäglichen Anforderungen, ohne zu bewerten, ob dies gut oder schlecht gelingt.

Empirische Erhebung: Für den Leitfaden der Interviews werden spezifische Fragen zur Bewältigung des Pflegealltags entwickelt. Die Frage nach dem ‚Wie' zielt darauf ab, die konkreten Strategien zu erfassen, mit denen Pflegende ihren Alltag bewältigen, z. B. „Wie gelingt es Ihnen, den Pflegealltag zu bewältigen?". Die Frage nach dem ‚Inwiefern' ist darauf ausgerichtet, die Bedeutung dieser Strategien zu erfassen, z. B.: „Inwiefern hilft Ihnen diese Strategie, den Pflegealltag zu bewältigen?". Diese Fragen decken die praktischen Maßnahmen und deren subjektive Bedeutung ab.[95]

Durch dieses strukturierte Vorgehen kann die empirische Erhebung Daten liefern, die sowohl die praktischen Bewältigungsstrategien als auch die dahinter liegenden Bedeutungsdimensionen der informell Pflegenden abbilden. Dies ermöglicht eine vertiefte Analyse ihrer Lebenslage und bietet eine fundierte Basis für weiterführende Interpretationen und theoretische Überlegungen.

4.4.2 Den Leitfaden entwickeln

Der Leitfaden für die Interviews wurde so entwickelt, dass alle relevanten Aspekte der Lebenslage informeller Pflegepersonen systematisch und umfassend erfasst werden. Dabei wurde darauf geachtet, dass der Leitfaden sowohl offene als auch gezielte Fragen enthält, um die subjektiven Erfahrungen und objektiven Bedingungen der informell Pflegenden zu beleuchten (vgl. Helfferich 2019, 676-678). Der Prozess der Leitfadenentwicklung orientiert sich am ‚SPSS-Verfahren' nach Helfferich (2011). Das praxisorientierte Verfahren bietet einen methodischen Ansatz zur Erstellung von Interviewleitfäden, die

[95] Alle interviewten Personen haben die Frage mit dem Bezugspunkt der Bewältigung ohne Nachfrage verstanden, was die Relevanz und Verständlichkeit dieser Operationalisierung unterstreicht.

sowohl Offenheit als auch Struktur gewährleisten. Die ausformulierte Methode umfasst vier Schritte: Sammeln, Prüfen, Sortieren und Subsumieren (vgl. Helfferich 2011, 182-189).

- *Sammeln:* In diesem ersten Schritt werden alle potenziell relevanten Fragen gesammelt, die sich auf den Forschungsgegenstand beziehen. Es wird eine breite Sammlung angestrebt, ohne die Eignung der Fragen oder ihre inhaltliche Relevanz zu diesem Zeitpunkt zu bewerten.
- *Prüfen:* Nachdem eine umfangreiche Liste von Fragen erstellt wurde, erfolgt eine kritische Durchsicht. Dabei werden die Fragen auf ihre Relevanz und Brauchbarkeit überprüft und die Liste wird deutlich reduziert, so dass nur noch die wesentlichen Fragen übrig bleiben.
- *Sortieren:* Die verbleibenden Fragen und Stichpunkte werden nach relevanten Kriterien wie zeitlicher Abfolge oder inhaltlichen Aspekten strukturiert. Das Ergebnis ist eine Gliederung der Fragen in wenige, thematisch zusammenhängende Blöcke.
- *Subsumieren:* Im letzten Schritt wird für jede Fragengruppe ein übergeordneter Erzählaufruf entwickelt, der die einzelnen Fragen zusammenfasst und erzählgenerierend wirkt. Ziel ist es, eine Erzählung zu initiieren, in der die interessierenden Aspekte von den Befragten möglichst selbstständig angesprochen werden.

Durch diesen Prozess wird nicht nur der Leitfaden strukturiert, sondern auch das eigene theoretische Vorwissen expliziert und reflektiert, was die Qualität der Forschungsergebnisse erhöht (vgl. ebd., 189).

4.4.3 Das Interview strukturieren

Die Fragen innerhalb des Interviews sind in thematische Abschnitte gegliedert, beginnend mit einfachen Einstiegsfragen. Soziodemographische und möglicherweise sensible Fragen werden in der Regel an das Ende gestellt, um das Risiko für vorzeitige Abbrüche zu minimieren. Überleitungstexte zwischen den Blöcken erleichtern die Navigation durch den Fragebogen und erhalten die Motivation der Befragten. Abschließend bietet der Fragebogen Raum für Kommentare, was die Wertschätzung der Teilnehmenden zeigt und zusätzliche Einblicke ermöglicht (vgl. Fietz & Friedrichs 2019, 813-817).

Entsprechend den Empfehlungen von Porst (2019) wurde beachtet, dass die Qualität einer Interviewfrage maßgeblich von ihrer Formulierung abhängt. Diese beeinflusst vor allem das Verständnis der Frage. Die Teilnehmenden müssen sowohl die semantische Bedeutung der verwendeten Wörter erfassen als auch den pragmatischen Kontext verstehen, d. h. erkennen, was genau die interviewende Person herausfinden möchte (vgl. Porst 2019, 830).

Basierend auf diesen Überlegungen wurde ein detaillierter Interviewleitfaden entwickelt, der die vier identifizierten Lebenslagenfaktoren berücksichtigt und eine strukturierte Exploration der Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen im Status quo und im Szenario ermöglicht (s. Anh. A.1 Interviewleitfaden).

Im Folgenden werden die Hauptabschnitte des Leitfadens kurz erläutert:

1. *Einstieg über die biografische Entwicklung und die aktuelle Pflegesituation:* Die Einstiegsfragen zielen darauf ab, die biografische Entwicklung der informell Pflegenden vom Beginn der Pflege bis zur aktuellen Situation zu erfassen. Dabei wird die Lebensphase als pflegende Person nach eigenen Relevanzkriterien erzählt und das aktuelle Pflegearrangement beschrieben. Dieser Teil dient als Einstieg in das Interview und soll eine vertrauensvolle Atmosphäre schaffen. Darüber hinaus wird die aktuelle Pflegesituation ausführlich beschrieben, einschließlich des Umfangs der Tätigkeiten und des zeitlichen Aufwands, den die Pflege erfordert. Dies ermöglicht ein umfassendes Verständnis der täglichen Herausforderungen und Verpflichtungen, denen sich die Pflegenden gegenübersehen.
2. *Gegenwärtige Handlungsspielräume (Status quo):* Dieser Abschnitt fokussiert auf die Alltagsbewältigung der Pflegepersonen. Es werden die Bewältigungsstrategien und deren Bedeutung im täglichen Leben untersucht. Der Interviewprozess beginnt mit allgemeinen, offenen Fragen, um den Teilnehmenden Raum für ihre individuellen Erfahrungen zu geben. Anschließend werden die zuvor identifizierten Lebenslagenfaktoren gezielt angesprochen, sofern sie nicht bereits von den Befragten selbst thematisiert wurden. Dieser Abschnitt soll die aktuellen Handlungsmöglichkeiten und deren Bedeutung für die Pflegenden erfassen und nimmt ca. 60 bis 70 Prozent der Interviewzeit in Anspruch. Dies ermöglicht eine vertiefte Reflexion der aktuellen Lebenslage, bevor das Szenario diskutiert wird. Wichtig ist, dass sich die Pflegepersonen in ihrer aktuellen Situation wertgeschätzt

und ernst genommen fühlen. Würde das Interview sofort mit dem Szenario beginnen, so die Argumentation, würde die notwendige Fundierung fehlen und Zusammenhänge könnten nicht sichtbar gemacht werden.

3. *Übergangsfrage:* Dieser Teil bildet den Abschluss der Erfassung des Status quo und leitet über zur Exploration des Szenarios. Hier werden die tatsächlichen Erwartungen und Wünsche der Pflegenden zur Veränderung ihrer Lebenslage erfragt, bevor ihnen eine neue Idee vorgegeben wird. Dahinter steht eine doppelte methodische Überlegung: Erstens ermöglicht es den Pflegenden, ihre eigenen Vorstellungen zu artikulieren, was sie potenziell offener für neue Konzepte macht. Zweitens dient es als natürlicher Einstieg in das folgende Szenario, indem es den Fokus bereits auf mögliche Veränderungen lenkt.
4. *Potenzielle Handlungsspielräume (Szenario Grundeinkommen):* Das Szenario des bedingungslosen Grundeinkommens bildet den Kern des Interviews, da es die zentrale Forschungsfrage adressiert. Es dient als Instrument, um potenzielle Veränderungen in den Handlungsspielräumen der informellen Pflegepersonen zu explorieren. Es wird ein Grundeinkommensmodell als hypothetisches Szenario vorgestellt, in dem alle Bürger:innen monatlich 1.500 € bedingungslos erhalten.[96] Ziel ist es, die informell Pflegenden dazu einzuladen, über die möglichen Einfluss eines solchen Grundeinkommens auf ihre Alltagsbewältigung nachzudenken. Zunächst wird den Teilnehmenden in einem offenen Gesprächsrahmen die Idee des Grundeinkommens

[96] Das hier verwendete Grundeinkommens-Modell orientiert sich am Konzept des emanzipatorischen Grundeinkommens nach Van Parijs und Vanderborght (2017). Es zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: Universalität (Zahlung an alle Bürger:innen), Individualität (personenbezogene Auszahlung), Bedingungslosigkeit (keine Bedürftigkeitsprüfung oder Erwerbsarbeitsverpflichtung) und existenzsichernde Höhe. Ein zentraler Aspekt dieses Modells ist, dass es nicht nur die physische Existenz sichern, sondern auch kulturelle und soziale Teilhabe ermöglichen soll (s. Kap. 3.2.2). Die Höhe von 1.500 € wurde aus methodischen Überlegungen gewählt, um ein einfaches und greifbares Szenario für die Befragten zu schaffen, das sowohl Existenzsicherung als auch gesellschaftliche Partizipation berücksichtigt. Dieser Betrag liegt an der oberen Grenze aktueller Modellvorschläge für Deutschland (vgl. Blaschke 2024) und über der Armutsgefährdungsschwelle, die für eine alleinlebende Person in Deutschland im Jahr 2024 bei 1.381,92 € im Monat lag (vgl. Statistisches Bundesamt 2024d). Die Wahl eines relativ hohen Betrags soll den Teilnehmenden ermöglichen, potenzielle Veränderungen in ihren Handlungsspielräumen umfassend zu reflektieren. Es sei darauf hingewiesen, dass in der Realität die Einführung eines Grundeinkommens komplexere wirtschaftliche Anpassungen erfordern würde und die Finanzierung eines so hohen Grundeinkommens fraglich ist (s. Kap. 3.2.2.4).

vorgestellt. Dabei werden sie ermutigt, ihre spontanen Gedanken, Assoziationen und ersten Einschätzungen frei zu äußern. Dies dient dazu, die Teilnehmenden gedanklich auf das Szenario vorzubereiten, ihre Vorverständnisse und ersten Reaktionen zu erfassen, ohne die Teilnehmenden in eine bestimmte Richtung zu lenken. Anschließend wird das Szenario detailliert beschrieben, um sicherzustellen, dass alle Teilnehmenden ein gemeinsames Verständnis haben. Eine klare und detaillierte Beschreibung des Szenarios minimiert Missverständnisse und schafft eine solide Grundlage für die Analyse und Vergleichbarkeit der Daten.[97] Die Pflegenden werden gebeten, offen und frei über die möglichen Auswirkungen eines monatlichen Grundeinkommens von 1.500 € auf ihre Alltagsbewältigung nachzudenken.[98]

Offene Fragen bilden den Kern dieses Interviewabschnitts. Sie ermöglichen es den Teilnehmenden, ihre subjektiven Einschätzungen zu den potenziellen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf ihre Handlungsmöglichkeiten frei zu äußern. Dieser Ansatz zielt darauf ab,

---

[97] In der Konzeption des Szenarios wurde bewusst darauf geachtet, das Grundeinkommen nicht als zusätzliches Einkommen darzustellen. Diese methodische Entscheidung basiert auf der theoretischen Annahme, dass ein Grundeinkommen durch Umverteilung bestehender Ressourcen finanziert würde, nicht durch zusätzliche Geldschöpfung (vgl. Van Parijs & Vanderborght 2017). Entsprechend den Berechnungen des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen (2021) würde ein Grundeinkommen erhebliche Umverteilungseffekte haben, ohne notwendigerweise das gesamtgesellschaftliche Einkommen zu erhöhen. Im Szenario wurde den Teilnehmenden daher vermittelt, dass ihr Gesamteinkommen (Grundeinkommen plus eventuelles Erwerbseinkommen) in etwa dem entsprechen würde, was sie bisher durch ihre Erwerbstätigkeit erzielen. Diese Darstellung sollte den Fokus der Pflegenden auf die potenziellen qualitativen Veränderungen in ihrer Alltagsbewältigung lenken, ohne durch die Vorstellung eines zusätzlichen Einkommens abgelenkt zu werden.

[98] Im Rahmen der Interviewvorbereitung wurden Strategien entwickelt, um auf mögliche kritische Einwände der Teilnehmenden zu reagieren (s. Anh. A.1 Interviewleitfaden). Diese betrafen insbesondere kontroverse Aspekte des Grundeinkommens wie dessen Finanzierung, potenzielle Auswirkungen auf die Arbeitsmotivation und Folgen für das Sozialversicherungssystem. Ziel war es, solche Bedenken respektvoll aufzugreifen und gleichzeitig den Fokus auf das Forschungsanliegen zu wahren. In der Praxis erwies sich der Einsatz dieser vorbereiteten Interventionen als nicht notwendig. Die Mehrheit der Teilnehmenden zeigte eine grundlegende Vertrautheit mit dem Konzept des Grundeinkommens und war bereit, dessen potenzielle Auswirkungen auf ihre persönliche Situation zu reflektieren. Auch Teilnehmende ohne Vorkenntnisse konnten das Konzept nach kurzer Erläuterung nachvollziehen und auf ihre Lebenslage anwenden. Diese Offenheit der Befragten ermöglichte es, direkt in die inhaltliche Diskussion einzusteigen, ohne dass Interventionen erforderlich waren.

einen authentischen und tiefen Einblick in die Perspektiven der Pflegenden zu gewinnen. Im Anschluss an die offenen Fragen folgen gezielte Nachfragen zu spezifischen Lebenslagenfaktoren. Diese strukturierten Nachfragen orientieren sich an den zuvor identifizierten Kategorien der Lebenslage (s. Kap. 2.3.3.3) und werden eingesetzt, wenn bestimmte Aspekte von den Teilnehmenden nicht spontan angesprochen werden. Diese Kombination aus offenen und gezielten Fragen, charakteristisch für das problemzentrierte Interview, ermöglicht es, sowohl unerwartete Einsichten zu gewinnen als auch sicherzustellen, dass alle relevanten Dimensionen der Lebenslage im Kontext des Grundeinkommens beleuchtet werden.

5. *Abschluss über Allgemeine Meinung zum Grundeinkommen:* Im letzten Teil des Interviews wird die allgemeine Meinung der Befragten zur Idee des Grundeinkommens erfragt. Dies dient dazu, ihre grundsätzliche Haltung und eventuelle Vorbehalte oder Zustimmung zu dokumentieren. Darüber hinaus wird den Teilnehmenden Raum gegeben, offene Punkte anzusprechen und weitere Anmerkungen zu machen, die während des Interviews nicht zur Sprache gekommen sind. Diese Gelegenheit ermöglicht es den Pflegenden, zusätzliche Gedanken, Bedenken oder Anregungen zu äußern, was zur Vollständigkeit der gewonnenen Daten beiträgt und das Interview in einer reflektierten Weise abschließt.

Im Anschluss an das Interview wurden zusätzlich soziodemografische Daten sowohl zur pflegenden als auch zur pflegebedürftigen Person erhoben (s. Anh. A.2 für den Fragebogen). Diese Erhebung umfasste Informationen wie Alter, Geschlecht, Nationalität, Sprache, Wohnort, Familienstand, Anzahl der Kinder, Bildungsstand, Beruf und monatliches Einkommen der pflegenden Person. Für die pflegebedürftige Person wurden, soweit bekannt, ebenfalls relevante Daten wie Alter, Geschlecht, Wohnort, Familienstand, Anzahl der Kinder, Verwandtschaftsverhältnis, monatliches Einkommen, Pflegegrad und erhaltene Pflegeleistungen erhoben. Diese Daten ermöglichen eine detaillierte Beschreibung der Stichprobe und dienen der Identifizierung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten innerhalb der Gruppe der informell Pflegenden und der Pflegebedürftigen.

4.4.4 Den Leitfaden in der Praxis testen und die reale Interviewsituation

Vor der eigentlichen Datenerhebung wurde der Leitfaden im Rahmen eines ‚Pretests' unter realen Bedingungen einer Interviewsituation getestet, um sicherzustellen, dass die Leitfragen klar und für einen flüssigen Gesprächsverlauf förderlich sind, alle relevanten Themen abdecken und die gewünschten Informationen effizient generieren (vgl. Weichbold 2019, 352-354). Die Person, die an diesem Interview teilnahm, war Teil der ursprünglichen Auswahl potenzieller Interviewpersonen und hätte daher auch für die regulären Interviews berücksichtigt werden können. Da keine größeren Änderungen am Leitfaden notwendig waren und die Einverständniserklärung die Verwendung des Interviews erlaubte, wurde das Transkript des Pretest-Interviews in die zu analysierende Datensammlung aufgenommen und ausgewertet.

Die Interviews wurden an verschiedenen Orten durchgeführt, um den Präferenzen und Möglichkeiten der Teilnehmenden entgegenzukommen. Der Großteil, nämlich 13 Gespräche, fand in den privaten Räumlichkeiten der Befragten statt. Die übrigen zwei Interviews wurden in einer ruhigen Umgebung am Arbeitsplatz der Befragten durchgeführt, wobei auf Privatsphäre und Ungestörtheit geachtet wurde.

Nach einer freundlichen Begrüßung und einem kurzen Smalltalk wurden die Teilnehmenden in die bevorstehende Interviewsituation eingeführt. Meist in entspannter Atmosphäre, z. B. im Wohnzimmer oder in der Wohnküche, wurden sie nochmals über das Thema, die Ziele und die zu erwartende Dauer des Interviews informiert. Darüber hinaus wurde über die Datenschutzbestimmungen, die Verwendung der Daten und die vorgesehenen Anonymisierungsverfahren informiert. Die Einhaltung des Datenschutzes wurde durch schriftliche Einverständniserklärungen der Teilnehmenden sichergestellt.

Zu Beginn wurde besonders betont, dass die Fragen offen gestellt und ebenso offen beantwortet werden sollten, um einen detaillierten Erzählstil zu unterstützen. Die Teilnehmenden wurden auch darüber informiert, dass sie das Interview jederzeit unterbrechen oder vorzeitig beenden können. Nachdem diese Punkte geklärt waren, wurde das Aufnahmegerät eingeschaltet und das Interview begann. Der Interviewleitfaden diente als flexible Orientierungshilfe, um einen möglichst natürlichen Gesprächsverlauf zu gewährleisten. Neben den vorbereiteten Fragen wurden auch spontane Nachfragen und Detailfragen gestellt, um die Aussagen der Befragten besser verstehen zu können. Im Anschluss an das Interview wurden die Teilnehmenden gebeten, auf freiwilliger Basis einen Fragebogen zu ihren soziodemographischen Daten

auszufüllen. Als Dankeschön für ihre Teilnahme erhielten sie eine Aufwandsentschädigung von 20 €.

Diese Grundhaltung und situative Gesprächsführung während der Interviews orientierte sich an den Empfehlungen und Techniken, die in den Arbeiten von Helfferich (2011) sowie Lucius-Hoene und Deppermann (2002) beschrieben sind (vgl. Helfferich 2011, 119-162; Lucius-Hoene & Deppermann 2002, 300-305).

4.5 Datenauswertung

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Schritte der Datenauswertung beschrieben. Zuerst werden die Interviews transkribiert. Anschließend erfolgt die inhaltlich-strukturierende Inhaltsanalyse, nach der die Daten codiert werden. Darauf folgt die Analyse, die eine kategorienbasierte Untersuchung sowie vertiefende Einzelfallanalysen und paarweise Korrelationen umfasst. Abschließend wird die Gütequalität der Forschung durch Transparenz und detaillierte Darstellung der Methodik sichergestellt.

4.5.1 Die Daten transkribieren

Die Transkription sprachlicher Äußerungen in Textform folgt festgelegten Transkriptionsregeln (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 197). Diese Regeln legen fest, wie verbale und nonverbale Elemente wie Intonation, Lautstärke, Sprechpausen, Dialekte, Gestik und paraverbale Signale wie Lachen oder Husten schriftlich festgehalten werden. Die Auswahl der zu dokumentierenden Merkmale hängt sowohl vom Ziel der Analyse als auch von den verfügbaren Ressourcen ab. Verschiedene Transkriptionssysteme bieten unterschiedliche Ansätze zur Erfassung dieser Details (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 197-199).

Für die Datenanalyse wurde eine vereinfachte Transkriptionsmethode in Anlehnung an Kuckartz und Rädiker (2022) und basierend auf den Überlegungen von Dresing und Pehl (2018) verwendet, um den Prozess zu beschleunigen und ein Gleichgewicht zwischen Genauigkeit und Lesbarkeit zu erreichen.

In der Transkription werden alle Sprechbeiträge einzeln formatiert, indem sie jeweils in einem eigenen Absatz dargestellt und durch eine Leerzeile getrennt werden, um die Lesbarkeit zu erhöhen. Die Beiträge verschiedener

Sprecher:innen werden durch spezifische Kürzel oder Namen markiert, die zur leichteren Identifikation fett gedruckt wurden.[99] Die Transkription erfolgt wörtlich und in Hochdeutsch, auch wenn im Original Dialekt gesprochen wurde. Die Sprache wird leicht an die Schriftsprache angeglichen, wichtige Pausen und besondere Betonungen werden markiert. Besonders lautes Sprechen wird durch Großbuchstaben gekennzeichnet, während zustimmende Laute wie ‚mhm', die den Redefluss nicht unterbrechen, nicht transkribiert werden. Auch Füllwörter werden nur aufgezeichnet, wenn sie inhaltlich relevant sind. Äußere Störungen werden gezielt notiert. Unverständliche Wörter oder unklare Passagen werden durch spezielle Markierungen hervorgehoben. Zeitmarken werden an das Ende jeder Sprechpassage gesetzt (vgl. ebd., 200f.).

Die Transkription der Interviews erfolgte in einem mehrstufigen, sorgfältigen Prozess unter Berücksichtigung der vorab festgelegten Transkriptionsregeln. Im ersten Schritt wurden die Audiodateien mithilfe der automatischen Transkriptionssoftware Amberscript in Text umgewandelt.[100] Nach eigenen Erfahrungen erreicht diese Software eine Genauigkeit von 80 bis 90 Prozent bei der automatisierten Transkription der Daten, was den Revisionsprozess erheblich erleichtert. Der Einsatz von Amberscript hat zu einer erheblichen Verkürzung der Transkriptionszeit im Vergleich zur rein manuellen Methode geführt: Während für jede Stunde Interviewmaterial manuell in der Regel 6 bis 8 Stunden benötigt wurden, reduzierte sich der Aufwand mit Amberscript auf ca. 3 bis 4 Stunden (vgl. dazu die Erfahrungen bei Kuckartz & Rädiker 2022, 203). Anschließend wurde jede Transkription sorgfältig gegengelesen und gegebenenfalls korrigiert, um die Richtigkeit zu gewährleisten. Im nächsten Schritt wurden alle personenbezogenen Daten anonymisiert oder durch Pseudonyme ersetzt, um die Privatsphäre der Befragten zu schützen. Abschließend wurde die Transkription als Word-Datei zur weiteren Bearbeitung exportiert (vgl. ebd., 197).

---

[99] ‚I' steht für ‚Interviewer:in' und ‚T' für ‚Teilnehmer:in'.

[100] Amberscript B. V., ein Unternehmen mit Sitz in den Niederlanden, entwickelt und vertreibt automatische Transkriptionssoftware. Diese Software ermöglicht das Hochladen, Suchen, Bearbeiten und Exportieren von Daten. Darüber hinaus gewährleistet Amberscript eine hohe Datensicherheit durch die Einhaltung der DSGVO und die Zertifizierung nach ISO 27001 und ISO 9001. Siehe dazu: https://www.amberscript.com/de/produkte/automatische-transkription/ (abgerufen am 01.07.2025).

4.5.2 Auswertungsmethode: Inhaltlich-strukturierende Inhaltsanalyse

In diesem Kapitel wird die gewählte Auswertungsmethode, die inhaltlich-strukturierende Inhaltsanalyse, detailliert vorgestellt und begründet. Ziel ist es, einen transparenten Einblick in den methodischen Ansatz zu geben und die Nachvollziehbarkeit der Analyse zu gewährleisten.

4.5.2.1 Begründete Auswahl der Methode

Für die Auswertung der Daten wurde die ‚qualitative Inhaltsanalyse' den beiden anderen klassischen qualitativen Auswertungsmethoden, der ‚Grounded Theory' und der ‚Objektiven Hermeneutik', vorgezogen. Diese Entscheidung wird im Folgenden kurz begründet (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2014 zur Methodentheorie).

Die Entscheidung gegen die Anwendung der Grounded Theory für diese Forschungsarbeit ist vor allem in der vorgegebenen theoretischen Ausrichtung und den spezifischen Forschungszielen begründet. Die Grounded Theory (vgl. Strauss & Corbin 1990; 2006) zielt darauf ab, eine Theorie direkt aus den Daten zu entwickeln, was einen offenen, explorativen Forschungsansatz erfordert, bei dem Hypothesen und der theoretische Rahmen erst während der Datenanalyse entstehen (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2014, 181-183). Entscheidend ist, dass der Lebenslagen-Ansatz den theoretischen Rahmen für die Forschungsarbeit bildet und bekannte Faktoren aus der Empirie zur Lebenslage informell Pflegender in die Untersuchung einbezogen werden (s. Kap. 4.4.1). Diese theoretische Vorstrukturierung steht im Widerspruch zur methodologischen Grundorientierung der Grounded Theory, die eine theoretische Unvoreingenommenheit zu Beginn des Forschungsprozesses voraussetzt.

Die objektive Hermeneutik (vgl. Oevermann 2000; Wernet 2009) wurde für diese Studie vor allem wegen ihres spezifischen Fokus auf die Rekonstruktion tiefer liegender, oft unbewusster Sinnstrukturen nicht verwendet. Diese Methode zielt darauf ab, die latenten Bedeutungen und Strukturen zu rekonstruieren, die den Äußerungen und Handlungen der Beteiligten zugrunde liegen (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2014, 246-248). Die zentrale Forschungsfrage bezieht sich auf die konkreten Bewältigungsfaktoren und deren Bedeutungszuschreibung durch die Pflegepersonen selbst. Daher erscheint dieser Ansatz für die vorliegende Forschungsfrage weniger geeignet.

Nachdem die Grounded Theory und die objektive Hermeneutik als weniger geeignet ausgeschlossen wurden, erweist sich die qualitative Inhaltsanalyse als die für diese Studie am besten geeignete Methode. Diese Methode ist besonders effektiv, da sie eine systematische Analyse des Datenmaterials sowohl hinsichtlich der offensichtlichen als auch der tiefer liegenden Inhalte ermöglicht (vgl. Lamnek & Krell 2016, 475f.). Die Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse in dieser Studie begründet sich durch zwei Hauptaspekte: Erstens durch die theoretische und empirische Vorstrukturierung, die der Lebenslagen-Ansatz bietet und zweitens durch die expliziten Bewältigungsfaktoren, die für die Pflegenden einen bestimmten Bedeutungs- und Sinngehalt haben.

Schreier (2014) beschreibt in einem Überblicksartikel, dass die qualitative Inhaltsanalyse keine einheitliche Methode ist und unterscheidet acht verschiedene Formen. Dem übergeordneten Forschungsziel können spezifische Formen der Inhaltsanalyse dienlich sein (vgl. Schreier 2014, 2). Bei der Entscheidung über das geeignete Auswertungsinstrument für diese Studie wurden zunächst die Ansätze von Mayring (2022) und Kuckartz und Rädiker (2022) berücksichtigt. Ein zentraler Aspekt ihrer Methode, der inhaltlich-strukturierenden Inhaltsanalyse, ist die systematische Analyse des Datenmaterials.[101] Dabei wird das Material im Hinblick auf bestimmte, oft themenbezogene Aspekte untersucht. Diese Aspekte sind auf die Forschungsfragen abgestimmt und entwickeln sich induktiv im Verlauf der Analyse. Diese Aspekte bilden die Grundlage für die Kategorienbildung,[102] die ein grundlegendes Element der qualitativen Inhaltsanalyse darstellt. Ziel ist es, ein Kategoriensystem zu erstellen, das die Forschungsfragen beantwortet (vgl. Stamann et al. 2016, 3; Mayring & Fenzl 2019, 692f.; Kuckartz & Rädiker 2022, 53-55).

---

[101] Der Begriff ‚systematisch' umfasst in diesem Zusammenhang vier wesentliche Aspekte: Erstens, die Einbeziehung aller relevanten Interviews in die Analyse, ohne Auslassungen oder willkürliche Auswahl. Zweitens, die konsistente Bearbeitung jedes einzelnen Interviews, beginnend mit der vollständigen Durchsicht vor der eigentlichen Analyse. Drittens, die Offenlegung aller angewandten Methoden und Verfahren, um Nachvollziehbarkeit und wissenschaftliche Überprüfbarkeit zu gewährleisten. Viertens, die Anwendung geeigneter Verfahren, die sicherstellen, dass die Analyse intersubjektiven Standards genügt und vergleichbare Ergebnisse von verschiedenen Forschenden erzielt werden können (vgl. Kuckartz & Rädiker 2024, XIVf.).

[102] Eine ‚Kategorie' ist eine Gruppe, die durch gemeinsame Merkmale definiert wird. Es gibt Hauptkategorien, die ein übergeordnetes Thema einordnen, und Unterkategorien, die diese weiter differenzieren. Alle Kategorien zusammen bilden das Kategoriensystem, das als Struktur- und Ordnungssystem dient. Der Hauptzweck der Kategorien ist die Codierung von Daten. Ein codiertes Segment ist eine Textstelle, die einer bestimmten Kategorie zugeordnet ist, wie z. B. hier einem Faktor oder einer Bedeutung (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 53-69).

Die Methode von Kuckartz und Rädiker (2022) wird aus zwei Hauptgründen der Methode von Mayring (2022) vorgezogen. Der erste Grund ist inhaltlicher Art. Kuckartz und Rädiker (2022) bieten einen flexibleren Ansatz bei der Kategorienbildung. Während Mayring (2022) eine strikte theoretische Fundierung der für die Datenanalyse verwendeten Kategorien fordert (vgl. Mayring 2022, 96-98), ermöglichen Kuckartz und Rädiker (2022) eine kombinierte deduktiv-induktive Kategorienentwicklung. D. h., sie nutzen sowohl bestehende Theorien als auch neue Erkenntnisse, die aus dem analysierten Material gewonnen werden (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 102f.).[103] Diese Methodik erlaubt Anpassungen des Kategoriensystems während der Analyse, um besser auf unerwartetes Datenmaterial reagieren zu können. Dies führt zu einer präziseren und anpassungsfähigeren Analyse, die sowohl theoretisch fundiert als auch empirisch offen ist (vgl. Schreier 2014, 6-8).

Der zweite Grund für die Bevorzugung der Methode von Kuckartz und Rädiker (2022) liegt in ihrer praktischen Anwendbarkeit, insbesondere durch die Integration mit der computergestützten Auswertungssoftware ‚MAXQDA'.[104] Diese Software optimiert den Prozess der Datenanalyse, indem sie Funktionen bereitstellt, die die Organisation, Codierung und Visualisierung von Textdaten erleichtern. Dadurch wird die Analyse nicht nur übersichtlicher und benutzerfreundlicher, sondern auch deutlich zeitsparender (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 196f.; Kuckartz & Rädiker 2024). Aus diesem Grund wurde im vorliegenden Fall MAXQDA 2024 für die Auswertung verwendet.

---

[103] Ein ähnliches Vorgehen wie bei Kuckartz und Rädiker (2022) findet sich auch bei Schreier (2012), ist jedoch ein rein methodisch-theoretischer Hinweis und wird im Folgenden nicht weiter behandelt.

[104] MAXQDA ist eine in der Sozialforschung weit verbreitete Software zur qualitativen und quantitativen Datenanalyse. Sie unterstützt Forschende bei der systematischen Auswertung und Interpretation von Textdaten wie Interviews oder Befragungen und ermöglicht die Codierung, thematische Analyse und Visualisierung der Ergebnisse. Siehe hier für mehr Informationen: https://www.maxqda.com/de/ (abgerufen am 01.07.2025).

4.5.2.2 Daten entlang der inhaltlich-strukturierenden Inhaltsanalyse auswerten

Die inhaltlich-strukturierende qualitative Inhaltsanalyse bietet ein breites Spektrum von Vorgehensweisen, die von einer vollständig induktiven bis zu einer weitgehend deduktiven Kategorienbildung reichen. Obwohl die inhaltsstrukturierende Analyse auch bei Gruppendiskussionen, narrativen Interviews oder Medienbeiträgen angewendet werden kann, eignet sie sich besonders für leitfadengestützte und problemzentrierte Interviews (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 129f.). Im Kern zeichnet sie sich dadurch aus, dass das Datenmaterial zunächst grob anhand von Hauptkategorien codiert wird, die sich häufig aus dem Forschungsleitfaden ergeben. In weiteren Durchgängen werden diese Kategorien verfeinert und detaillierter ausgearbeitet, um eine tiefere und präzisere Analyse zu ermöglichen. Ziel ist es, die Inhalte systematisch zu strukturieren und zu interpretieren, um fundierte und nachvollziehbare Erkenntnisse zu gewinnen (vgl. ebd., 104f.).[105]

Das methodische Vorgehen bei der Auswertung und Analyse orientiert sich am Ablaufschema von Kuckartz und Rädiker (2022). Insgesamt werden sieben Phasen unterschieden, die immer in Bezug auf die Forschungsfrage zu bearbeiten sind (vgl. ebd., 129-131). Diese Phasen sind nicht streng linear zu durchlaufen, sondern zirkulär zu verstehen, d. h. es kann zu wiederholten Rückschritten und Anpassungen kommen, um die Analyse zu verfeinern und die Forschungsfrage erschöpfend zu beantworten (vgl. ebd., 106f.). Praktisch orientiert sich das Vorgehen ebenfalls an Kuckartz & Rädiker (2024), insbesondere hinsichtlich der konkreten Anwendung einer Interviewanalyse in MAXQDA.[106] Der folgende Ablauf beinhaltet eine eigene angepasste Darstellung des Vorgehens entlang des konkreten Datenmaterials.

---

[105] Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass Kuckartz und Rädiker (2022) neben der inhaltlich-strukturierenden auch die evaluative und die typengenerierende qualitative Inhaltsanalyse anbieten. Die evaluative qualitative Inhaltsanalyse ist ein Verfahren, bei dem das Datenmaterial nicht nur beschrieben und kategorisiert, sondern auch bewertet wird. Ziel ist es, die Inhalte nicht nur zu analysieren, sondern auch qualitativ zu bewerten, um differenzierte Erkenntnisse zu gewinnen. Die typenbildende qualitative Inhaltsanalyse ist eine Methode, die darauf abzielt, verschiedene Typen oder Kategorien zu entwickeln, die bestimmte Muster oder Gemeinsamkeiten innerhalb des Datenmaterials repräsentieren. Ziel ist es, tiefere Einsichten in die Struktur und Variabilität der Daten zu gewinnen, indem typische Muster und Unterschiede identifiziert und beschrieben werden (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 104f.)

[106] Auf die technischen Begriffe der Software wird in der Darstellung verzichtet. Im Vordergrund steht das allgemeine Vorgehen, das durch die Software unterstützt wird. Dies soll die

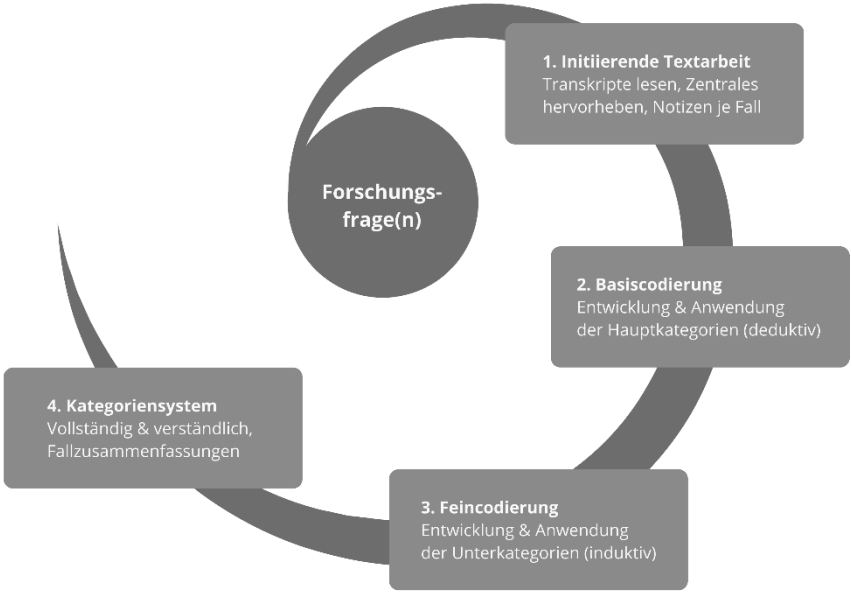


Abbildung 4: Phasen der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz, Rädiker (2022) in einem zirkulären Prozess (angelehnt an Kuckartz, Rädiker 2022, 132; eigene Darstellung).

In diesem Kapitel werden die ersten Schritte der Datenauswertung grafisch dargestellt (s. Abb. 4). Die letzten beiden Schritte der Analyse und Ergebnisdarstellung werden im nächsten Unterkapitel beschrieben, um eine übersichtliche Darstellung zu gewährleisten.

Nachdem das Textmaterial transkribiert und in der ersten Phase der einleitenden Textarbeit gründlich gelesen, wichtige Passagen markiert und Notizen zu jedem Fall gemacht wurden, folgte die Basiscodierung.[107] Dies beinhaltete sowohl die Entwicklung als auch die Anwendung von Hauptkategorien, die deduktiv aus dem Interview-Leitfaden abgeleitet wurden. Die Hauptkategorien wurden in einem Probedurchlauf auf ihre Anwendbarkeit getestet und

Darstellung verständlicher und zugänglicher machen, ohne dass spezifisches technisches Wissen über die Software vorausgesetzt wird.

[107] Codieren ist hier als Prozess der Kategorienbildung zu verstehen. Kategorien oder ‚Codes' (engl.) sind das Ergebnis dieses Prozesses (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 58-60).

bildeten die Grundlage für die Basiscodierung. Die Daten wurden Zeile für Zeile durchgegangen und relevante Textpassagen den entsprechenden Hauptkategorien zugeordnet, während irrelevante Passagen uncodiert blieben.

In der anschließenden dritten Phase der Feincodierung, die die induktive Bildung von Subkategorien umfasst, wurde die Struktur weiter verfeinert. Zunächst wurde eine bestimmte Hauptkategorie ausgewählt, die einer weiteren Untergliederung bedurfte. Alle bereits codierten Textstellen, die zu dieser Kategorie gehörten, wurden gesammelt und in einer Liste organisiert. Anschließend begann die eigentliche Bildung der Subkategorien direkt am Material.[108] Nachdem erste Vorschläge für Subkategorien gesammelt worden waren, wurden diese systematisiert und geordnet. Relevante Aspekte der Daten wurden identifiziert und ähnliche Subkategorien zu abstrakteren oder allgemeineren Gruppen zusammengefasst. Schließlich wurden für jede neu gebildete Subkategorie präzise Definitionen formuliert und durch entsprechende Zitate aus dem Material illustriert, um die Anwendbarkeit und Relevanz jeder Subkategorie im Kontext der Forschungsfragen zu verdeutlichen.

In der von Kuckartz und Rädiker (2022) beschriebenen Methode können deduktive und induktive Kategorienbildung sequenziell kombiniert werden: Zunächst werden deduktive Kategorien verwendet, die auf bestehenden Theorien oder Hypothesen basieren. Anschließend werden induktiv neue Kategorien oder Unterkategorien direkt aus dem untersuchten Material gebildet. Dieses Vorgehen wird als deduktiv-induktive Kategorienbildung bezeichnet (vgl. ebd., 102). Es stellt sicher, dass die Analyse sowohl theoretisch fundiert als auch flexibel genug ist, um neue, unerwartete Erkenntnisse aus dem Datenmaterial zu integrieren. Neben der deduktiven Basiscodierung auf der Grundlage des Interview-Leitfadens sollen die Kategorien auch induktiv aus den Daten entwickelt werden, da es nicht nur um die Bewältigungsfaktoren an sich geht, sondern um die Bedeutungs- und Sinndimensionen, die Pflegende ihrer Alltagsbewältigung selbst zuschreiben.

Nachdem die ersten Phasen der Textarbeit und Kategorienbildung abgeschlossen waren, folgte eine systematische Ordnung und Strukturierung des Kategoriensystems, um dessen inhaltliche Vollständigkeit und Verständlichkeit zu gewährleisten. Als die Entwicklung neuer Kategorien stagnierte und eine Sättigung erreicht schien, wurden die bestehenden Kategorien systematisch geordnet (vgl. ebd., 92). Ähnliche Kategorien wurden zusammengefasst

---

[108] Hier werden zwei Arten von Kategorien unterschieden: 1) Faktorkategorie: Beschreibt die konkrete Handlungsstrategie von informell Pflegenden. 2) Bedeutungskategorie: Beschreibt die Bedeutungs- und Sinndimension dieser Handlungsstrategien.

und gegebenenfalls zu übergeordneten Kategorien gebündelt. Neue Hauptkategorien wurden definiert bzw. bestehende Kategorien zu Hauptkategorien erhoben. Das entwickelte Kategoriensystem wurde fortlaufend überprüft und angepasst, um sicherzustellen, dass es wichtigen Kriterien wie Trennschärfe, Plausibilität und Vollständigkeit genügt und sich gut darstellen lässt. Dies unterstreicht die zirkuläre Dimension der Analyse (s. Anhang B: Analysematerial – Kategoriensystem B für das vollständige Kategoriensystem).

Nach Überarbeitung und Vervollständigung des Kategoriensystems wurde für jeden Fall eine kurze Fallzusammenfassung in Bezug auf die beiden zentralen Forschungsfragen formuliert; um den Überblick über die Einzelfälle zu behalten und neben der thematischen Auswertung auch eine fallorientierte Auswertung für die weitere Analyse offen zu halten (vgl. ebd., 109f.).

4.5.2.3 Die Daten analysieren

Nach der Feincodierung und den fallbezogenen thematischen Zusammenfassungen erfolgte die Datenanalyse, die schließlich die Grundlage für die Ergebnisdarstellung bildet. Im Mittelpunkt der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse stehen die identifizierten Themen und Unterthemen. In der Literatur werden verschiedene Analyseformen vorgeschlagen (s. Abb. 5).

Der Analyseplan sieht vor, zunächst eine kategorienbasierte Analyse entlang der Hauptkategorien zu den beiden Forschungsfragen durchzuführen. Da sich ein besonderer Einzelfall herauskristallisierte, wurde dieser zusätzlich in einer vertiefenden Einzelfallanalyse untersucht. Im Laufe des Prozesses ergab sich eine weitere Analysemöglichkeit, die den Zusammenhang zwischen zwei Kategorien untersucht. Hierfür wurde eine Kombination aus tabellarischer Fallübersicht und der Analyse paarweiser Zusammenhänge zwischen Kategorien verwendet. Im Folgenden wird das Vorgehen der verschiedenen Analyseformen nachvollziehbar dargestellt.

Die erste und zweite Forschungsfrage wurden entlang der Hauptkategorien analysiert (vgl. ebd., 148-150). Dies umfasst eine systematische Darstellung der Ergebnisse für jede Hauptkategorie und deren Unterkategorien. Die zentrale Strukturdimension dieser Auswertung ist die Themenmatrix, die einen systematischen Überblick über die verschiedenen Fälle (Fall x Kategorie) bietet. Diese Matrix dient dazu, die für die einzelnen Fälle relevanten Kategorien zu erfassen und eine strukturierte Analyse zu ermöglichen (vgl. ebd., 108-110).

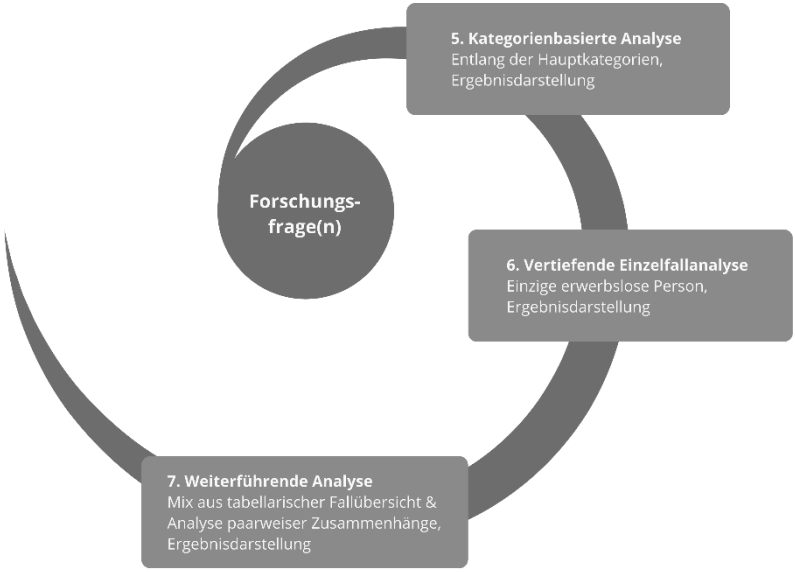


Abbildung 5: Kategorienbasierte Auswertung der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse mit Einzelfallanalyse, Analyse der Hauptkategorien und Analyse der Zusammenhänge als Fortführung der Analysephasen aus Abb. 4 (vgl. Kuckartz, Rädiker 2022, 147f.; eigene Darstellung).

Zur Beantwortung der beiden Forschungsfragen wurden zwei zentrale Analyseeinheiten definiert, die jeweils bestimmte Abschnitte des Datenmaterials umfassen. Die *Status quo Analyse* untersucht die aktuelle Situation und die Handlungsspielräume informell Pflegender anhand der in der Datenerhebung identifizierten relevanten Kategorien. Ziel ist es, die aktuelle Lebenslage dieser Personen zu verstehen und die Rahmenbedingungen zu identifizieren, die ihren Handlungsspielraum beeinflussen. Die *Szenarioanalyse* bildet den Ausgangspunkt der Untersuchung und betrachtet das hypothetische Szenario eines bedingungslosen Grundeinkommens in Bezug auf die Alltagsbewältigung der Pflegepersonen. Hier werden die individuellen Einschätzungen und Erfahrungen der Befragten analysiert, um zu verstehen, wie das Grundeinkommen ihre Lebenslage beeinflussen könnte. Auch die einleitenden und abschließenden Teile der Interviews, obwohl nicht explizit unter dem Aspekt

der Forschungsfragen analysiert, sollen in der Ergebnisdarstellung den Leser:innen dazu dienen, sich mit der Stichprobe vertraut zu machen und ein vollständiges Bild zu erhalten.

Für diesen beschreibenden Auswertungsteil wurde eine logische und nachvollziehbare Reihenfolge der Kategorien gewählt, die für die Leser:innen sinnvoll ist. Für die Erstellung dieses Berichtsteils wurden die Segmente der jeweiligen Unterkategorie gründlich gelesen und auf Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Auffälligkeiten untersucht. Im Ergebnisbericht werden aussagekräftige Beispiele angeführt, um die qualitativen Ergebnisse zu veranschaulichen. Obwohl die Forschungsfragen keinen spezifischen Gruppenvergleich beinhalten, werden gruppenspezifische Auffälligkeiten im Ergebnisteil explizit dargestellt (s. Kap. 5.1 bis Kap. 5.4).

Eine quantitative Darstellung ist aufgrund der geringen Fallzahlen nicht sinnvoll. Die Darstellung orientiert sich primär an den Inhalten und nicht an der Häufigkeit. Nur bei selten oder besonders häufig auftretenden Themen wird explizit darauf hingewiesen (vgl. ebd., 108f.).

Die *vertiefende Einzelfallanalyse* eignet sich, um besonders interessante oder auffällige Fälle im Detail zu untersuchen (vgl. ebd., 152f.). In der vorliegenden Studie wird ein solcher Fall durch eine pflegende Person repräsentiert, die im Gegensatz zu allen anderen Studienteilnehmenden nicht erwerbstätig ist. Aus qualitativer Sicht ist dieser Einzelfall von besonderer Bedeutung, da er einzigartige Erkenntnisse liefern kann (vgl. Mayring 2022, 20). Zudem ermöglicht diese Analyse den Leser:innen einen detaillierten Überblick über einen kohärenten Einzelfall, der in sich stimmig ist und die thematische Analyse der Studie ergänzt.

Für diese Einzelfallanalyse wurde das Transkript der ausgewählten Person nochmals sorgfältig und unter Berücksichtigung der beiden zentralen Forschungsfragen gelesen. Die Darstellung der Ergebnisse orientierte sich ebenfalls, wie bei der kategorienbasierten Analyse, an den Hauptkategorien (s. Kap 5.5).

Für eine *weiterführende Analyse,* die im Laufe des Auswertungsprozesses entwickelt wurde, wurde eine Kombination aus tabellarischer Fallübersicht und der Analyse paarweiser Zusammenhänge zwischen Kategorien gewählt (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 149-151). Die Kombination aus tabellarischer Fallübersicht und paarweiser Korrelationsanalyse ermöglicht es, einzelne Fälle systematisch zu vergleichen und gleichzeitig Zusammenhänge zwischen Kategorien zu untersuchen. Ziel der Analyse ist es, die aktuellen Bedingungen zu identifizieren, die die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten informell

Pflegender im Kontext eines bedingungslosen Grundeinkommens beeinflussen. Die Analyse basiert auf Fallzusammenfassungen, die die inhaltlichen Abschnitte jedes Interviews im Hinblick auf die beiden zentralen Forschungsfragen der Studie zusammenfassen. Diese Analyse soll aufzeigen, unter welchen strukturellen Bedingungen das Grundeinkommen als Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen wird und unter welchen Bedingungen es aus subjektiver Sicht unverändert bleibt.

Um einen systematischen Vergleich der einzelnen Fälle zu ermöglichen, wurden die in einem früheren Schritt erstellten Fallzusammenfassungen verwendet. Diese Zusammenfassungen wurden in Form einer tabellarischen Fallübersicht dargestellt. Anschließend wurden für jeden Fall die Zusammenhänge zwischen den Hauptkategorien (Status quo und Szenario Grundeinkommen) analysiert und die Beobachtungen festgehalten. Dabei ging es nicht nur darum festzustellen, ob zwei Kategorien miteinander in Beziehung stehen, sondern auch darum, die Art dieser Beziehung zu verstehen. Auf dieser Grundlage wurden die Fälle nebeneinander gestellt und nach erkennbaren Mustern abstrahierend geordnet und gruppiert. Obwohl diese vergleichende Analyse nicht als primäre Forschungsfrage geplant war, sondern sich organisch aus dem Forschungsprozess entwickelt hat, liefert sie zusätzliche Erkenntnisse. Sie ermöglicht es, übergreifende Muster und Zusammenhänge zu erkennen, die in der Einzelfallanalyse nicht erkennbar gewesen wären.

Auch wenn die weiterführende Analyse wertvolle Hinweise darauf gibt, unter welchen Bedingungen ein bedingungsloses Grundeinkommen die Handlungsspielräume Pflegender erweitern könnte, sind einige *methodische Einschränkungen* zu beachten.

Erstens hat sich die zusätzliche Forschungsfrage erst im Verlauf der Datenerhebung und -auswertung ergeben. Das bedeutet, dass sie nicht vollständig mit den ursprünglichen Daten und Interviewfragen beantwortet werden konnte. Die Interviews waren nicht auf die Beantwortung dieser spezifischen Frage ausgerichtet, was die Tiefe und die Genauigkeit der Schlussfolgerungen einschränken.

Zweitens dienen die Fallzusammenfassungen in erster Linie dazu, einen groben Überblick über die Fallstruktur zu geben. Sie können nicht alle erhobenen Daten und Feinheiten der individuellen Erfahrungen und Perspektiven der Pflegenden vollständig abbilden. Die Zusammenfassungen bieten nur einen komprimierten Blick auf das Wesentliche und können die Komplexität der individuellen Lebenslagen und Erfahrungen nicht in ihrer Gesamtheit abbilden.

Drittens sind die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Bedingungen und Auswirkungen eines Grundeinkommens weitaus komplexer, als sie in dieser Analyse dargestellt werden können. Die Analyse konzentriert sich auf sehr grobe Linien und offensichtliche Muster, die zwar wichtige Hinweise geben, aber die Bedingtheit und Komplexität der Zusammenhänge teilweise verschleiern. Es ist wichtig zu erkennen, dass die Lebenswirklichkeit der Pflegepersonen von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird, die in dieser Analyse möglicherweise nicht vollständig erfasst oder berücksichtigt wurden.

Diese methodischen Einschränkungen müssen bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden. Sie unterstreichen die Notwendigkeit weiterer Forschung, um die vorläufigen Ergebnisse zu untermauern und zu erweitern und um ein vollständigeres Bild der möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen zu zeichnen.

4.5.3 Gütekriterien und methodische Reflexion

Die Güte einer Studie beschreibt die Qualität und Zuverlässigkeit der Forschungsergebnisse. Bei qualitativen Erhebungen variieren Fragestellung, Stichprobe, Ort und Zeitpunkt der Erhebung sowie die qualitativen Daten selbst stark, was die Anwendung standardisierter Kriterien erschwert (vgl. Flick 2019, 485). Insbesondere die klassischen Gütekriterien der empirischen Sozialwissenschaften wie Reliabilität (Zuverlässigkeit der Messung) und Validität (Gültigkeit des Gemessenen) können in der qualitativen Forschung nicht in gleicher Weise angewendet werden wie in der quantitativen Forschung (vgl. Mayring 2022, 118-120).

Es besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass die Qualität einer Studie durch eine fundierte Begründung der Gültigkeit erreicht wird. Dies erfordert *Transparenz im Vorgehen* und eine detaillierte Darstellung der Methoden und Verfahren durch eine umfassende Forschungsdokumentation, die die Gründe für die Methodenwahl und Entscheidungen im Forschungsprozess erläutert (vgl. Flick, 2019, 485). Ziel ist es, die Zuverlässigkeit, Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Regelgeleitetheit der qualitativen Daten bestmöglich nachzuweisen, um letztlich die *intersubjektive Nachvollziehbarkeit* zu gewährleisten (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 237f.).

Neben der transparenten Dokumentation wurde die Studie von Beginn des Forschungsdesigns an in regelmäßigen monatlichen Abständen kritisch diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei die Validität der Forschungsergebnisse, d.

h. ob sie tatsächlich das untersuchen und darstellen, was beabsichtigt war. Das sog. ‚Peer Debriefing', die Diskussion im Forschungskollegium, fand regelmäßig in zwei verschiedenen Gruppen statt (s. Kap. 4.3.3, Fußnote 93), wodurch unterschiedliche Perspektiven in die kritische Reflexion einflossen (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 252f.; Misoch 2019, 257).

Es ist wichtig zu betonen, dass die Ergebnisse der Studie *nicht repräsentativ* sind, d. h. sie spiegeln nicht die Grundgesamtheit der spezifischen Bevölkerungsgruppe wider. Aufgrund der kleinen Stichprobe von 15 Teilnehmenden ist eine solche Verallgemeinerung ausgeschlossen (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 254). Die geringe Stichprobengröße bedeutet, dass die Ergebnisse spezifisch für die untersuchte Gruppe sind und nicht unbedingt auf andere informell Pflegende oder andere Kontexte übertragen werden können. Die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Kontexte muss daher von der wissenschaftlichen Gemeinschaft kritisch und diskursiv hinsichtlich ihres Nutzens beurteilt werden (vgl. ebd., 252f.).

Ziel der Untersuchung war es nicht, eine utopische Vision zu entwerfen, sondern mögliche Handlungsstrategien aufzuzeigen. Eine zentrale Herausforderung bestand darin, methodisch verlässliche Aussagen zu generieren. Dazu war es notwendig, die Befragung so zu gestalten, dass die aktuelle Lebenslage der Pflegenden im Mittelpunkt stand. So konnten die Teilnehmenden in ihre eigene Erfahrungswelt geführt werden, bevor sie sich mit dem hypothetischen Szenario auseinandersetzten.

Wenn die Befragung direkt mit dem Szenario begonnen hätte, wären wahrscheinlich zwei Probleme aufgetreten: Erstens wäre es schwierig gewesen, inhaltliche Veränderungen festzustellen, und zweitens hätten sich die Teilnehmenden für die Fragen möglicherweise nicht so leicht öffnen können. Die Tatsache, dass sich alle Teilnehmenden auf das Szenario einlassen konnten, zeigt, dass sie durch die anfängliche Reflexion ihrer aktuellen Situation in einem wertschätzenden Rahmen vorbereitet wurden. Dieses Vorgehen ermöglichte es, dass das abstrakte Szenario funktionierte, weil es auf ihren realen Erfahrungen basierte. Das Szenario wurde bewusst so einfach wie möglich und so komplex wie nötig gestaltet, um realistische und verwertbare Erkenntnisse zu gewinnen.

Die Studie untersucht keine konkrete, aktuelle Situation, sondern ein hypothetisches Szenario. Diese methodische Entscheidung bringt von vornherein gewisse Einschränkungen mit sich. Es muss immer berücksichtigt werden, dass die Handlungsstrategien und Aussagen in den Interviews hypothetisch sind. Sollte das Szenario tatsächlich eintreten, können die tatsächlichen Hand-

lungen und deren Bedeutungen von den im Interview dargestellten abweichen. Es ist wichtig, diese Einschränkung transparent zu kommunizieren und die Ergebnisse im Kontext ihres hypothetischen Charakters zu interpretieren. Die Ergebnisse der Studie liefern wertvolle Hinweise und Hypothesen, die in zukünftigen realen Kontexten weiter untersucht und validiert werden können. Trotz dieser methodischen Limitation wurde nach Einschätzung der Interviewperson die Ehrlichkeit und Authentizität der Teilnehmenden gewährleistet.

Ein potenzieller ‚Interviewer Bias' ist eine große Herausforderung bei qualitativen Studien, insbesondere bei hypothetischen Szenarien wie dem Grundeinkommen. Um Effekte der *‚sozialen Erwünschtheit'* (vgl. Misoch 2019, 19) zu minimieren, wurde das Szenario bewusst offen und neutral eingeführt, ohne wertende oder suggestive Formulierungen. Die Fragen wurden so gestaltet, dass sie keine impliziten Annahmen über Vor- oder Nachteile eines Grundeinkommens enthielten. Die Interviewperson achtete zudem auf eine neutrale Körpersprache und Stimmlage, um subtile Beeinflussungen zu vermeiden. Die Vielfalt der Antworten – von möglichen positiven Veränderungen bis hin zu keiner Veränderung – zeigt, dass sich die Teilnehmenden frei äußern konnten. Dies bestätigt die Wirksamkeit des neutralen Ansatzes und stärkt die Validität der Studie. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine unbewusste Beeinflussung in die eine oder andere Richtung stattgefunden hat.

Es ist wichtig zu betonen, dass in dieser Studie nicht die Geschlechterunterschiede im Vordergrund stehen, sondern die Bewältigungsfaktoren und deren Bedeutung. Auffälligkeiten in den Daten, wie z. B. Unterschiede aufgrund des Geschlechts oder des Beschäftigungsverhältnisses, werden jedoch explizit erwähnt.

Die *absolute Verteilung der Aussagen* ist schwer zu erfassen, da es in den Interviews auch zu widersprüchlichen Codierungen und Mehrfachnennungen kommen kann. Aufgrund der geringen Stichprobengröße liegt der Fokus mehr auf inhaltlichen Aspekten als auf absoluten Zahlen. Statt absoluter Zahlen, wer was gesagt hat, wird das inhaltliche Spektrum dargestellt. Aufgrund der kleinen Stichprobe und der Fokussierung auf inhaltliche Aspekte statt auf absolute Zahlen ist die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse eingeschränkt und die Analyse anfällig für zu kurz greifende subjektive Interpretationen.

5 Die Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der qualitativen Studie zur Lebenslage informell Pflegender und ihrer Einschätzung eines bedingungslosen Grundeinkommens systematisch dargestellt. Die Darstellung der Ergebnisse folgt einer klaren Struktur, die sich an den Forschungsfragen orientiert und die verschiedenen Dimensionen der Untersuchung abdeckt (s. Kap. 4.5.2 zur Auswertungsmethode).

Das Kapitel beginnt mit einer Einführung in die Stichprobe und die Charakteristika der Pflegesituation (s. Kap. 5.1). Anschließend werden die Ergebnisse zur Bedeutung der aktuellen Handlungsmöglichkeiten informell Pflegender vorgestellt (s. Kap. 5.2). Der Hauptteil widmet sich der Analyse der potenziellen Handlungsspielräume im Szenario eines Grundeinkommens (s. Kap. 5.3). Ergänzend wird das dynamische Verhältnis der Lebenslagenfaktoren untersucht (s. Kap. 5.4) und ein ausgewählter Einzelfall vertiefend dargestellt (s. Kap. 5.5). Abschließend werden die strukturellen Bedingungen analysiert, die die Handlungsmöglichkeiten im Szenario Grundeinkommen beeinflussen (s. Kap. 5.6).

Um die kategorienbasierten Befunde anschaulich zu machen und die Vielschichtigkeit individueller Pflegesituationen zu verdeutlichen, werden ausgewählte Fallbeispiele aus den Interviewdaten vorgestellt. Sie illustrieren typische Konstellationen, zeigen die Bandbreite der Erfahrungen informell Pflegender und beleuchten sowohl deren aktuelle Bewältigungsstrategien als auch ihre Einschätzungen zu den möglichen Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens auf ihre Lebenslage.

5.1 Merkmale und Zusammensetzung der Stichprobe

Die Stichprobe umfasst 15 informelle Pflegepersonen, die insgesamt 19 pflegebedürftige Personen betreuen (14 Frauen und 5 Männer). Alle Pflegenden sind direkte Angehörige der Pflegebedürftigen, wobei einige beide Elternteile pflegen.[109] Sämtliche Befragte besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Eine

[109] Es ist anzumerken, dass die allgemeine Definition informeller Pflegepersonen neben Angehörigen auch Zugehörige einschließt (s. Kap. 2, Fußnote 1). Für diese Studie konnten ausschließlich Pflegende mit direktem Verwandtschaftsverhältnis rekrutiert werden. Daher wird im Rahmen der Ergebnisdarstellung von pflegenden Angehörigen gesprochen. Im Kontext der

nicht erwerbstätige Person wird aufgrund ihrer Sonderstellung im Rahmen einer Einzelfalldarstellung separat analysiert. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich daher auf die 14 Personen, die entweder in Vollzeit oder in Teilzeit erwerbstätig sind (s. Tab. 4).

Alter	Geschlecht	Familienstand	Eigene Kinder	Verwandtschafts-beziehung	Beschäftigungs-status
55	weiblich	verheiratet	2	Tochter	Teilzeit
55	weiblich	verheiratet	1	Tochter	Teilzeit
60	weiblich	ledig	0	Tochter	Teilzeit
54	weiblich	verheiratet	0	Tochter	Teilzeit
51	weiblich	verheiratet	2	Schwiegertochter	Teilzeit
50	weiblich	verheiratet	2	Tochter	Teilzeit
58	weiblich	verheiratet	2	Tochter	Teilzeit
59	weiblich	verheiratet	1	Tochter	Vollzeit
49	männlich	geschieden	1	Sohn	Vollzeit
54	weiblich	verheiratet	1	Tochter	Vollzeit
59	weiblich	verheiratet	0	Tochter	Vollzeit
59	männlich	verheiratet	1	Sohn	Vollzeit
51	männlich	ledig	0	Sohn	Vollzeit
49	männlich	ledig	0	Sohn	Vollzeit
Ø 55,0	**w: 10; m: 4**	**-**	**Ø 0,9**	**-**	**V: 7, T: 7**

Tabelle 4: Familiäre Konstellation und Erwerbssituation der informell Pflegenden. Darstellung der persönlichen familiären Situation (Alter, Geschlecht, Familienstand, eigene Kinder), der Beziehung zur pflegebedürftigen Person (Verwandtschaftsverhältnis) sowie der beruflichen Einbindung (Beschäftigungsstatus).

Die Altersverteilung der pflegenden Angehörigen liegt zwischen 49 und 60 Jahren. Von den 14 Personen sind 4 männlich und 10 weiblich.

---

informellen Altenpflegeökonomie ist jedoch zu beachten, dass neben Angehörigen auch Zugehörige Pflege leisten können (s. Kap. 2.3.2, Fußnote 28).

Der Familienstand umfasst ledige, verheiratete und eine geschiedene Person. Die Mehrheit der Pflegenden hat ein bis zwei Kinder, was auf mögliche familiäre Verpflichtungen hinweist. In dieser Stichprobe sind bis auf einen Fall alle eigenen Kinder volljährig, so dass eine Doppelbelastung durch Kinderbetreuung eher selten ist.

Die Mehrheit der Befragten ist voll- oder teilzeitbeschäftigt, was zeigt, dass viele versuchen, ihre beruflichen Verpflichtungen mit den Anforderungen der Pflege in Einklang zu bringen. Die verwandtschaftlichen Beziehungen zur Pflegeperson sind vielfältig: Vier Söhne, neun Töchter und eine Schwiegertochter übernehmen die Pflege, was die familiäre Verantwortung unterstreicht.

5.1.1 Der biografische Rollenwechsel: Übernahme der Pflegeverantwortung

Der Übergang in die Rolle der pflegenden Person stellt einen wichtigen biographischen Wendepunkt dar. Dieser Rollenwechsel geht einher mit der Entwicklung der Pflegebedürftigkeit der betroffenen Person(en) und beeinflusst die Dynamiken innerhalb der Familie. Die Teilnehmenden berichten von unterschiedlichen Auslösern und Entwicklungen, die zur Übernahme dieser Rolle führen.

Ein zentrales Thema, das sich in den Interviews herauskristallisiert hat, ist der Verlust der Autonomie der Eltern als Hauptgrund für die Übernahme von Pflegeverantwortung. Altersbedingte Gebrechen und Krankheiten wie Demenz führen dazu, dass Eltern zunehmend auf Unterstützung angewiesen sind. Viele der befragten Angehörigen beschreiben einen ‚schleichenden Prozess', in dem die Pflegeverantwortung allmählich zunimmt.

Eine Person bringt dies treffend auf den Punkt: „Naja, das ist so ein schleichender Prozess. Ich bin pflegende Angehörige geworden, weil die Notwendigkeit einfach da war. Meine Eltern haben beide Pflegestufe drei, und ja, meine Mutter war als erste so weit. Und es war immer mehr zu tun, was meine Eltern selber nicht mehr erledigen konnten, und so wird man das automatisch." (Interview 8, Pos. 3)

Ein weiterer wichtiger Faktor, der die Entscheidung zur Übernahme der Pflege beeinflusst, ist der Wunsch der Eltern, zu Hause alt zu werden. Viele Eltern äußern den Wunsch, in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben, was die Angehörigen dazu motiviert, die Pflege selbst zu übernehmen.

Eine Person berichtet: „Also, meine Mutter hat schon immer den Wunsch gehabt zu Hause alt zu werden." (Interview 15, Pos. 3)

Das familiäre Verpflichtungsgefühl spielt ebenfalls eine zentrale Rolle bei der Übernahme der Pflegeverantwortung. Die enge emotionale Bindung und das Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Eltern sind für viele Angehörige ausschlaggebend. „[...] und für mich ist es auch dann selbstverständlich als Sohn quasi da auch zu unterstützen und auch zu pflegen und alles dafür zu tun" (Interview 3, Pos. 3), erklärt eine Person. Vor allem Einzelkinder fühlen sich oft besonders verantwortlich, da sie keine Geschwister haben, mit denen sie sich die Pflege teilen können.

Eine Person gibt an: „Ich bin Einzelkind, meine Mutter ist schon lange verwitwet." (Interview 7, Pos. 3) Der biografische Rollenwechsel verdeutlicht die wachsenden An- und Herausforderungen, denen informell Pflegende in ihrem Alltag begegnen. Für ein tieferes Verständnis ihrer Lebenswirklichkeit ist es unerlässlich, die konkrete Pflegesituation und die damit verbundenen Tätigkeiten und Belastungen näher zu betrachten.

5.1.2 Die Merkmale der Pflegesituation

Die Pflegesituation informell Pflegender ist durch ein komplexes Zusammenspiel individueller Bedürfnisse und vielfältiger Unterstützungsstrukturen gekennzeichnet. Um die Pflegesituation besser zu verstehen, ist es hilfreich, das Pflegeprofil der pflegebedürftigen Person sowie den Pflege-Mix, also die Gesamtheit aller an der Pflege beteiligten Akteure (vgl. Schulz-Nieswandt 2016, 42; s. Kap. 2.1.3.2), näher zu betrachten.

5.1.2.1 Das Pflegeprofil

Von den 18 Pflegebedürftigen sind 13 Frauen und 5 Männer, ihr Alter liegt zwischen 76 und 95 Jahren.[110] Die sozialrechtlichen Pflegegrade der Pflegebedürftigen reichen von 2 bis 5 und spiegeln damit unterschiedliche Grade

[110] Die Altersspanne der Pflegebedürftigen in dieser Studie (76 bis 95 Jahre) verdeutlicht die Komplexität des Alterungsprozesses und des damit verbundenen Pflegebedarfs. Während in der Gerontologie die ‚vierte Lebensphase' oft ab 80 Jahren angesetzt wird (vgl. Wurm 2019), zeigt das Beispiel der 76-jährigen Person, dass Pflegebedürftigkeit nicht strikt an eine Altersgrenze gebunden ist. Individuelle Faktoren wie Gesundheitszustand, Lebensstil und genetische

der Pflegebedürftigkeit wider (s. Tab. 5). Personen mit höheren Pflegegraden benötigen in der Regel eine intensivere Betreuung und umfangreichere Pflegeleistungen (s. Kap. 2.3.1.1). Allerdings ist zu beachten, dass die Vergabe eines Pflegegrads von der Entscheidung der zuständigen Pflegekasse abhängt und nicht immer den tatsächlichen Pflegebedarf widerspiegelt. Innerhalb der Stichprobe zeigt sich eine große Bandbreite der in Anspruch genommenen Pflegeleistungen. Diese reichen von Sachleistungen, die die Inanspruchnahme professioneller Pflegedienste beinhalten, über Kombinationsleistungen, die eine Mischung aus Sach- und Geldleistungen darstellen, bis hin zu reinen Geldleistungen, die den Pflegebedürftigen zur Verfügung gestellt werden (s. Kap. 2.4.1).

Das Pflegeprofil, eine umfassende Darstellung der Pflegesituation ausgehend von der pflegebedürftigen Person, lässt sich in zwei Dimensionen unterteilen: Das ‚innere Pflegeprofil', das individuelle gesundheitliche und persönliche Aspekte der Pflegebedürftigkeit umfasst, und das ‚äußere Pflegeprofil', das externe, umgebungs- und situationsbezogene Faktoren berücksichtigt (s. Abb. 6).[111]

Hinsichtlich des ‚inneren Pflegeprofils' zeigt sich, dass die Pflegebedürftigen häufig in ihrer körperlichen Mobilität stark eingeschränkt sind. Eine befragte Person berichtet: „Mein Vater hatte vor vier Jahren, fünf Jahren, einen Infarkt gehabt. Der ist halt, auf der einen Seite ist er nicht mehr so, ich sage jetzt mal: mobil. Und das schränkt auch extremst ein, wobei er geistig noch relativ fit ist. Aber halt das Körperliche dort eingeschränkt ist, und da kommen viele Faktoren dann zusammen." (Interview 3, Pos. 9)

Prädisposition können den Beginn der Pflegebedürftigkeit beeinflussen. Diese Variabilität unterstreicht die Notwendigkeit, Alter im Kontext der Pflegebedürftigkeit als flexibles Konzept zu betrachten. Die Studie berücksichtigt daher bewusst auch Fälle, die knapp unter der statistischen Schwelle von 80 Jahren liegen, um ein umfassendes Bild der Realität in der informellen Altenpflege zu zeichnen (s. Kap. 2.3.1.1 sowie Fußnote 90 in Kap. 4.3.1 zur Definition hochaltriger Pflegebedürftigkeit).

[111] Die Darstellung als Pflegeprofil ist aus dem Bedarf entstanden, die verschiedenen Einflüsse und Aspekte der Pflegesituation geordnet und verständlich zu präsentieren. Es bietet eine strukturierte Darstellung sowohl der individuellen gesundheitlichen und persönlichen Aspekte der Pflegebedürftigkeit (inneres Pflegeprofil) als auch der externen, umgebungs- und situationsbezogenen Faktoren (äußeres Pflegeprofil). Damit ermöglicht es eine ganzheitliche Betrachtung der Pflegesituation, die die spezifischen Bedarfe und Herausforderungen der Pflegebedürftigen und der Pflegenden erkennt. Da ein solches Konzept in der Literatur bisher nicht zu finden ist, sollte es hinsichtlich seiner Eignung und Anwendbarkeit weiter diskutiert werden. Zumindest hier ermöglicht das Pflegeprofil ein besseres Verständnis der Pflegesituation.

Alter Pflege-person (PP)	Beziehung PP – PB	Alter PB1	Geschlecht PB1	Pflegegrad PB1	Alter PB2	Geschlecht PB2	Pflegegrad PB2
55	Tochter	90	m	3			
55	Tochter	81	w	3			
60	Tochter	82	w	4	87	m	4
54	Tochter	87	w	3	85	m	3
51	Schwieger-tochter	83	w	2			
50	Tochter	82	w	3			
58	Tochter	86	w	4			
59	Tochter	92	w	4			
49	Sohn	81	w	4	83	m	2
54	Tochter	85	w	3	89	m	3
59	Tochter	95	w	5			
59	Sohn	95	w	5			
51	Sohn	78	w	4			
49	Sohn	76	w	3			

Tabelle 5: Demografische Merkmale und Pflegegrade in den Pflegekonstellationen. Dargestellt sind das Alter der Pflegeperson, die verwandtschaftliche Beziehung sowie Alter, Geschlecht und Pflegegrad der Pflegebedürftigen (PB), bei Mehrfachpflege für beide PB.

Häufig treten auch kognitive Beeinträchtigungen wie Demenz auf. Darüber hinaus beeinflussen psychische Erkrankungen wie Depressionen das Pflegeprofil. Die gleiche Person erklärt: „[...] auch Schicksalsschläge, Depression mit dem ganzen Drumrum, familiär ist halt die Struktur ein bisschen schwierig."

(Interview 3, Pos. 9) Die Fähigkeit, alltägliche Dinge selbstständig zu erledigen, ist bei vielen Pflegebedürftigen eingeschränkt, wie folgende Aussage verdeutlicht: „Die können mal nicht zum Arzt gehen oder mal eben raus, und das ist auch schwierig. Die wohnen auch auf der dritten Etage und mit Rollator in der Wohnung [...]." (Interview 3, Pos. 11)

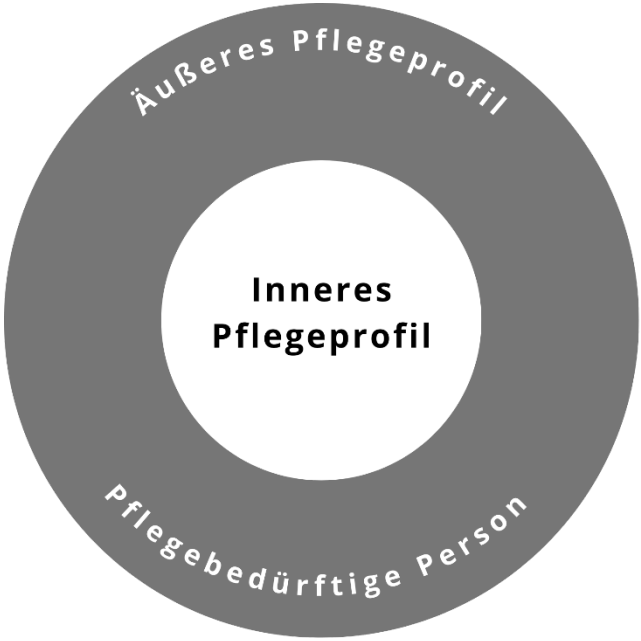


Abbildung 6: Das Pflegeprofil. Der innere Kreis stellt das ‚innere Pflegeprofil' mit individuellen Aspekten der Pflegebedürftigkeit dar, der äußere Kreis das ‚äußere Pflegeprofil' mit umgebungs- und situationsbezogenen Faktoren.

Das ‚äußere Pflegeprofil' bezieht sich auf die strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Pflegesituation. Es umfasst drei Hauptaspekte: sozialrechtliche Faktoren wie Pflegegrade und damit verbundene Leistungsansprüche, die finanzielle Situation sowohl der pflegebedürftigen Person als auch hinsichtlich der verfügbaren Pflegeleistungen, sowie das häusliche Umfeld mit seinen räumlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten. Diese Aspekte des äußeren Pflegeprofils werden im Ergebnisteil in Kapitel 5.2 detailliert behandelt, sofern sie für die jeweiligen Analysen relevant sind.

Fallbeispiel 1: Zwischen Vollzeitjob und Rund-um-die-Uhr-Pflege

Der 59-jährige verheiratete Sohn repräsentiert mit 60 Wochenstunden Pflegeaufwand an sieben Tagen den Extremfall der Stichprobe. Seit elf Jahren betreut er seine 95-jährige Mutter mit Pflegegrad 5 und ist dabei weiterhin vollzeiterwerbstätig. Seine Pflegesituation verdeutlicht die Grenzen der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und intensiver häuslicher Pflege.

Das innere Pflegeprofil seiner Mutter zeigt eine hochgradige Pflegebedürftigkeit mit umfassenden Einschränkungen in allen Lebensbereichen. Das äußere Pflegeprofil umfasst professionelle Sachleistungen und nachbarschaftliche Unterstützung, die jedoch den Pflegebedarf nur teilweise abdecken. Sein Alltag ist vollständig durch Arbeit und Pflege strukturiert – ein Zustand, den er als nicht mehr nachhaltig beschreibt.

Seine Bewältigungsstrategien konzentrieren sich auf die Anpassung der Arbeitszeiten in Kooperation mit dem Arbeitgeber und die maximale Nutzung aller verfügbaren Unterstützungsangebote. Freizeit und soziale Kontakte sind nahezu vollständig weggefallen. Die frühere sportliche und gesellschaftliche Aktivität musste er aufgeben. Finanziell wird die Situation durch steigende Pflegekosten zunehmend angespannt.

Im Szenario Grundeinkommen zeigt er als einziger Befragter die Bereitschaft zur vollständigen Erwerbsaufgabe. Ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.500 € würde ihm ermöglichen, sich ausschließlich der Pflege zu widmen. Er sieht darin sowohl eine persönliche Entlastung als auch eine Verbesserung der Pflegequalität für seine Mutter. Die Neudefinition seiner Lebensprioritäten weg von der Erwerbsarbeit hin zur Pflegekonzentration illustriert das transformative Potenzial eines Grundeinkommens in extremen Pflegesituationen.

5.1.2.2 Der Pflege-Mix: Beteiligte Akteure

Der Pflege-Mix beschreibt die Gesamtheit aller an der Pflege beteiligten Personen und Organisationen. In der Regel übernimmt ein naher Angehöriger die Rolle der primären Pflegeperson, unterstützt von anderen Familienmitgliedern und Freunden. In der vorliegenden Stichprobe handelt es sich bei den primären Pflegepersonen um neun Töchter, vier Söhne und eine Schwiegertochter. Familienangehörige und informelle Helfer:innen unterstützen regelmäßig oder gelegentlich im Alltag und bei der Pflege.

„Mein Bruder fährt immer schon täglich auf dem Rückweg von seiner Arbeit auf dem Nachhauseweg auf jeden Fall vorbei und ist auch für Notfälle da“ (Interview 4, Pos. 7), berichtet eine Person.

Die Hauptpflegeperson, meist Töchter oder Söhne, die bei der Pflegekasse als Hauptpflegeperson eingetragen sind, übernimmt die direkte Pflege und die Organisation der Pflegeleistungen. Andere Familienmitglieder unterstützen ergänzend, z. B. durch regelmäßige Besuche, Begleitung zu Arztterminen oder gelegentliche Hilfe im Haushalt. Freund:innen und Nachbar:innen leisten ehrenamtliche Unterstützung, z. B. beim Einkaufen oder einfach durch soziale Kontakte und Gesellschaft.

„Ja, dann haben wir noch jemanden, der einkauft. Okay, das ist eine nette Freundin der Familie, sag ich mal so, die was Gutes tun möchte und weil die meine Eltern eben mag. Sie macht das für die, und sie kriegt von mir ein bisschen Benzingeld.“ (Interview 10, Pos. 7)

Professionelle, vor allem ambulante Pflegedienste übernehmen wesentliche pflegerische Aufgaben. „Ein ambulanter Pflegedienst ist da, die kommen morgens zum Waschen, Anziehen, und die Beine müssen gewickelt werden mit Kompressionsverbänden“ (Interview 5, Pos. 21), erklärt eine Person.

In einigen Fällen gibt es eine 24-Stunden-Betreuung: „[...] sie hat im Moment eine 24 Stundenkraft aus Polen, die halt vor Ort auch wohnt, mit der sie ganz gut klar kommt“ (Interview 2, Pos. 8), erzählt eine Person.

Alltags- und Haushaltshilfen unterstützen bei der Hausarbeit und der Organisation des Alltags. „Ich habe dann auch eine Haushaltshilfe organisiert, die kommt einmal in der Woche“ (Interview 7, Pos. 3), berichtet eine Person.

Soziale Betreuungsangebote fördern das Wohlbefinden und die Teilhabe der Pflegebedürftigen: „Es gibt noch eine junge Dame, die kommt einmal die Woche für anderthalb Stunden zu ihr. Die machen dann, ich glaube nur Konversation.“ (Interview 6, Pos. 25)

5.1.2.3 Umfang der Tätigkeiten und zeitlicher Aufwand

Informell Pflegende übernehmen ein breites Spektrum an Aufgaben, das folgende Bereiche umfasst:

- **Körpernahe Pflege:** Tätigkeiten wie Hilfe beim Anziehen, Duschen und der Körperhygiene.
- **Haushaltsführung und Alltagsorganisation:** Die Organisation des Haushalts und des täglichen Lebens.

- **Bürokratische Aufgaben:** Dazu gehören die Verwaltung und Beantragung von Pflegeleistungen sowie die Koordination von Arztbesuchen.
- **Begleitung zu Arztbesuchen und Therapien:** Die Organisation und Begleitung zu Arztterminen.
- **Soziale Betreuung und Freizeitgestaltung:** Die Vermeidung sozialer Isolation durch die Organisation und Durchführung von Freizeitaktivitäten.

Alter	Geschlecht	Pflegedauer in Jahren	Pflegezeit pro Woche (Std.)	Pflegetage pro Woche
55	weiblich	3,0	10	3
55	weiblich	3,0	30	5
60	weiblich	6,0	15	4
54	weiblich	6,0	20	2
51	weiblich	4,0	15	7
50	weiblich	1,5	30	7
58	weiblich	4,0	20	4
59	weiblich	13,0	21	7
49	männlich	4,5	30	7
54	weiblich	4,5	10	7
59	weiblich	6,0	30	5
59	männlich	10,0	60	7
51	männlich	1,5	14	6
49	männlich	3,0	22	5
Ø 54,5	**w: 10, m: 4**	**Ø 5,0**	**Ø 23,4**	**Ø 5,4**

Tabelle 6: Zeitliche Dimension der Pflegetätigkeit. Dargestellt sind die bisherige Pflegedauer in Jahren sowie der wöchentliche Pflegeaufwand, differenziert nach Stunden und Tagen.

Die durchschnittliche Pflegedauer der Befragten liegt bei etwa 5 Jahren, wobei die Pflegedauer stark variiert und von einem Jahr bis zu 13 Jahren reicht (s. Tab. 6). Dies spiegelt die große Bandbreite an Erfahrungen und langfristigen Verpflichtungen der pflegenden Angehörigen wider. Die wöchentliche Pflegezeit beträgt im Durchschnitt 23,4 Stunden, verteilt auf etwa 5 Tage pro Woche. Dabei zeigt sich eine erhebliche Bandbreite der Pflegeverpflichtungen mit wöchentlichen Pflegezeiten zwischen 10 und 60 Stunden. Besonders

bemerkenswert ist die Pflege an 7 Tagen pro Woche, die von mehreren Befragten geleistet wird. Diese Ergebnisse verdeutlichen den hohen zeitlichen Einsatz und das kontinuierliche Engagement der Pflegepersonen für ihre pflegebedürftigen Familienmitglieder.

5.2 Status quo: Bedeutung der gegenwärtigen Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse zur ersten Teilforschungsfrage dargestellt (s. Kap. 4.1): Welche Bedeutung haben die gegenwärtigen Handlungsspielräume für erwerbsfähige informelle Pflegepersonen?

Die Lebenslage informell Pflegender – und damit ihre Handlungsmöglichkeiten – wird umfassend durch die Vereinbarkeit der Lebensbereiche, die finanzielle Situation, das persönliche Wohlbefinden und das soziale Netzwerk wesentlich beeinflusst (s. Kap. 2.3.3.3).[112] Die Auswertung erfolgt für jeden Lebenslagenfaktor in zwei Schritten. Zunächst wird ein zusammenfassender Überblick präsentiert, der einen allgemeinen Einblick in die Hauptkategorien des jeweiligen Faktors bietet. Anschließend folgt eine tiefergehende inhaltliche Betrachtung der einzelnen Kategorien, bei der spezifische Strategien, Ressourcen und Unterstützungssysteme der informell Pflegenden identifiziert und in ihrer Bedeutung für die Alltagsbewältigung analysiert werden. Dieses zweistufige Vorgehen ermöglicht es, sowohl einen strukturierten Gesamtüberblick zu geben als auch detaillierte Einblicke in die komplexen Realitäten der Pflegenden zu gewinnen. Ziel ist es, ein umfassendes Verständnis der aktuellen Handlungsspielräume und deren Bedeutung für die Alltagsbewältigung der Pflegenden zu entwickeln.[113]

---

[112] Die Studienergebnisse bestätigen die Relevanz und Vollständigkeit der vier identifizierten Hauptkategorien für die Analyse der Handlungsspielräume informell Pflegender. Es wurden keine zusätzlichen übergeordneten Kategorien identifiziert, was die Robustheit des bestehenden Forschungsstandes unterstreicht. Die Analyse ermöglichte jedoch eine weitere Ausdifferenzierung dieser Kategorien in Bezug auf die spezifische Strichprobe. Dies führte zu einer Erweiterung der bisher erkannten Qualitäten und einer präziseren Erfassung ihrer Bedeutungsdimensionen (s. Kap. 6.1.1 für eine ausführliche Diskussion dieser Ergebnisse).

[113] Die detaillierte Darstellung des Status quo der Lebenslage informeller Pflegepersonen ist für die zentrale Forschungsfrage von entscheidender Bedeutung. Eine fundierte Utopieforschung erfordert einen soliden Realitätsbezug, um die potenziellen Auswirkungen eines Grundeinkommens angemessen einschätzen zu können (s. Kap. 3.1). Ohne ein tiefgreifendes Verständnis der aktuellen Handlungsspielräume und deren Bedeutung für die Pflegenden würden die Ergebnisse zum Grundeinkommensszenario im luftleeren Raum stehen. Somit schafft

5.2.1 Vereinbarkeit der Lebensbereiche

Diese Kategorie analysiert, wie pflegende Angehörige ihre zeitlichen und energetischen Ressourcen zwischen Pflegeaufgaben, Beruf, Familie und Freizeit aufteilen. Der Fokus liegt dabei auf den Handlungsspielräumen und Strategien, die sie entwickeln, um diese verschiedenen Lebensbereiche miteinander in Einklang zu bringen.[114] Die Analyse konzentriert sich auf drei Hauptbereiche (s. Abb. 7):

1. *Berufsleben:* Beschreibt die Handlungsmöglichkeiten, die informell Pflegende in ihrem beruflichen Umfeld nutzen, um ihre Aufgaben in der Pflege mit beruflichen Verpflichtungen zeitlich und räumlich zu vereinbaren.
2. *Freizeit:* Beschreibt, wie Pflegende ihre Freizeitgestaltung und soziale Interaktionen anpassen.
3. *Familie und Haushalt:* Umfasst Maßnahmen innerhalb der Familienstruktur und der Haushaltsführung, die zur Integration der Pflegeaufgaben beitragen.

Die Untersuchung zeigt, wie diese eng verwobenen Bereiche sich gegenseitig beeinflussen und welche Strategien und Handlungsspielräume pflegende Angehörige entwickeln, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ihnen herzustellen.

5.2.1.1 Anpassungen im Berufsleben

Die erste Unterkategorie ‚Anpassung der Erwerbsarbeitszeit' umfasst alle Veränderungen und Strategien bezüglich des Erwerbsarbeitszeitvolumens und der Erwerbsarbeitszeitgestaltung, die Pflegende vornehmen, um die

---

die anschauliche Darstellung der aktuellen Lebenslage die notwendige Basis für aussagekräftige und kontextbezogene Schlussfolgerungen zur potenziellen Wirkung eines Grundeinkommens auf die Handlungsspielräume informell Pflegender.

[114] Es ist anzumerken, dass die Pflege selbst natürlich ein integraler Bestandteil der Vereinbarkeit der Lebensbereiche ist. Das Hauptaugenmerk dieser Analyse liegt jedoch auf den anderen Lebensbereichen, deren Anpassung und Organisation von entscheidender Bedeutung sind, um die Pflege gewährleisten zu können. Die Betrachtung dieser anderen Lebensbereiche ermöglicht ein umfassenderes Verständnis der Herausforderungen und Strategien, die Pflegende entwickeln, um ihre vielfältigen Verpflichtungen zu bewältigen.

Pflege zu gewährleisten. Die zweite Unterkategorie, ‚Erwerbsarbeit als Ressource', beleuchtet die Bedeutung der Erwerbsarbeit als wichtige Ressource für die Pflegepersonen.

Abbildung 7: Vereinbarkeit der Lebensbereiche. Die schattierte, dynamische Form verdeutlicht das individuelle Ausbalancieren von Beruf, Familie und Haushalt, Freizeit sowie die notwendigen Anpassungen im Pflegealltag.

Anpassungen der Erwerbsarbeitszeit

Ein zentrales Element der Handlungsmöglichkeiten ist die Erwerbsarbeitszeitreduktion, insbesondere die Reduzierung auf Teilzeit. Diese Maßnahme ermöglicht es pflegenden Angehörigen, mehr Zeit für Pflegeaufgaben zur Verfügung zu haben.

Ein Beispiel aus den Interviews zeigt dies deutlich: „Ich habe meine Arbeitsstelle reduzieren müssen, die Stunden reduzieren müssen oder ich wollte es reduzieren, damit ich mehr Zeit für meine Mutter habe. Ich habe jetzt nur noch eine halbe Stelle." (Interview 9, Pos. 19)

Die Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit bietet eine persönliche Entlastung, indem sie ein Gleichgewicht zwischen beruflichen Anforderungen, persönlichen Bedürfnissen und Pflegeverpflichtungen schafft. Dies verringert den Stress und entlastet die Pflegenden, wie ein weiteres Zitat verdeutlicht: „Das wird nicht dauerhaft so funktionieren. Also, das wird mein Körper nicht konsequenzlos irgendwie hinnehmen, und wenn es dann halt mal einen Tag mehr krank ist oder so, dann ist das so. Das heißt, idealer wäre es, wenn ich von der Arbeitszeit was abknippen könnte." (Interview 2, Pos. 22)

Die Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit wird oft als notwendige Anpassung gesehen, um der Pflegeverantwortung gerecht zu werden. Eine Pflegeperson erklärt: „Ich habe meine Arbeitszeit schon reduziert, also von 39 auf 30 Stunden, damit ich eben mehr Zeit habe für meine Eltern." (Interview 10, Pos. 38) Diese Entscheidung führt häufig zu einer Neudefinition der eigenen Rolle sowohl im beruflichen als auch im privaten Kontext, wobei die Pflege Priorität erhält.

Dies wird in folgendem Zitat deutlich: „Naja, anfangs war es eine 75 Prozent Stelle. Dann habe ich mir überlegt, das ist zu viel, wenn ich auch noch bei meiner Mutter so viele Stunden sein muss, das funktioniert nicht, dann habe ich ja gar keine Freizeit mehr." (Interview 9, Pos. 31)

Die Entscheidung für eine Erwerbsarbeitszeitreduktion bringt aber auch finanzielle Kompromisse und Unsicherheiten mit sich. Eine Person beschreibt dies so: „Aber ich muss ja auch gucken, ich habe keinen Mann, keinen Versorger, sag ich mal, ich muss meine Rente selber verdienen und da muss ich natürlich auch gucken, dass das funktioniert." (Interview 10, Pos. 38)

In den Daten fällt auf, dass in der Stichprobe nur Frauen von Vollzeit auf Teilzeit gewechselt haben, während die vier Männer in der Stichprobe ihre Vollzeitstelle behalten haben. Andere Frauen waren vor der Übernahme der Pflege bereits teilzeitbeschäftigt.

Neben der Erwerbsarbeitszeitverkürzung spielt auch die *flexible Arbeitszeitgestaltung* eine wichtige Rolle. Diese Anpassungen ermöglichen eine größere Flexibilität im Tagesablauf, wie z. B. Gleitzeitmodelle oder die freie Einteilung der Erwerbsarbeitszeit. Eine Person berichtet: „Und wenn es ihr mal nicht gut geht, dann kann ich das auch aufs Minimum begrenzen und direkt wieder nach Hause fahren. Das ist schon eine große Erleichterung." (Interview 15, Pos. 7)

Flexible Arbeitszeiten erlauben es Pflegenden, weiterhin beruflich engagiert und leistungsfähig zu bleiben in Absprache mit der vorgesetzten Person, wie ein weiteres Zitat zeigt: „Ich kann sehr viele Sachen zu Hause machen, irgendwann zwischendurch, am Wochenende. Also den Fokus, den er [der

Vorgesetze] früher darauf hatte, bestimmte Sachen sehr kurzfristig zu kriegen, Auswertungen, Analysen, sonstige Dinge, er hat sich darauf eingestellt, dass ich das nicht immer spontan machen kann, […]." (Interview 15, Pos. 27)

Eine weitere bedeutende Anpassung ist die Möglichkeit, im *Homeoffice* oder in *Telearbeit* zu arbeiten. Diese Verlagerung des Arbeitsortes bietet eine flexible Arbeitsorganisation, die es den pflegenden Angehörigen ermöglicht, berufliche Verpflichtungen und Pflegeaufgaben besser zu koordinieren.

Eine Interviewperson beschreibt dies so: „Also, ich bin ja im Homeoffice, um zu arbeiten, das heißt so oder so, ich habe halt nur die An- und Abfahrt nicht, das heißt, ich bin im Homeoffice nachmittags schneller fertig und kann dann das eine oder andere noch zu normalen Zeiten erledigen." (Interview 13, Pos. 41)

Die *Anpassung der beruflichen Rolle und Verantwortung* ist eine weitere Strategie, um den Anforderungen der Pflege besser gerecht zu werden. Dies kann eine Versetzung an einen weniger anspruchsvollen Arbeitsplatz oder den Abbau von Überstunden beinhalten.

Eine Person erklärt: „Ja, oder dann halt in der Woche, wenn ich weiß die Betreuung ist dann da vorher und nachher mit meiner Mama, und das spreche ich mit meiner Chefin ab. Und ja, die nehmen da Rücksicht drauf." (Interview 11, Pos. 27)

Spezielle Urlaubsregelungen und gesetzliche Freistellungen bieten Pflegenden die Möglichkeit, sich für bestimmte Zeiträume von der Arbeit freistellen zu lassen, um intensivere Pflegeaufgaben wahrnehmen zu können. Diese Regelungen vermitteln ein Gefühl von Flexibilität und Autonomie.

Eine Person berichtet dies so: „Man kann sich ja ein halbes Jahr freistellen lassen von der Arbeit, also ich glaube, man hat zwei Wochen, kann man sich kurzfristig nehmen und kann sich bis zu sechs Monaten freistellen lassen." (Interview 7, Pos. 13)

Auch die *Nutzung von unterstützenden Unternehmensprogrammen* kann eine wertvolle Hilfe sein. Diese Programme reduzieren den organisatorischen Aufwand und die Zeit, die die Pflegenden für die Koordination von Pflegedienstleistungen aufwenden müssen. Eine Person berichtet: „Das ist einer von diesen Familien-Services, die man anrufen kann. Wir haben da und da ein Problem, und die haben jetzt zum Beispiel eine Kurzzeitpflege für den nächsten Urlaub gesucht." (Interview 2, Pos. 25)

Krankschreibungen werden von informell Pflegenden genutzt, um sich von den physischen und psychischen Belastungen zu erholen, die durch die Kombination von Berufstätigkeit und Pflegeverantwortung entstehen.

Eine Person erläutert: „Wenn ich sage, nein geht nicht, und das ist auch nicht richtig, dann nutze ich halt auch die Möglichkeit, dass ich länger krankgeschrieben werde." (Interview 2, Pos. 37)

Zur Anpassung der Erwerbsarbeitszeit gehören auch die Herausforderungen und organisatorischen Lösungen im Schichtdienst. Pflegende Angehörige müssen hier ihre Arbeitszeiten genau mit den Betreuungszeiten für die pflegebedürftige Person abstimmen.

Eine Interviewperson beschreibt die Situation wie folgt: „Ich arbeite auch in der Pflege, ich bin Kinderkrankenschwester, und wenn ich da Nachtschicht habe, dann fahr ich abends um acht zur Nachtschicht, dann habe ich meine Mutter fertig gemacht, und dann passt mein Mann oder mein Sohn auf meine Mutter auf." (Interview 11, Pos. 17).

Insgesamt zeigt die Anpassung der Erwerbsarbeitszeit eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten, die Pflegende nutzen, um die Vereinbarkeit der Lebensbereiche zu regulieren. Diese Anpassungen sind entscheidend, um eine Balance zwischen beruflichen Verpflichtungen und Pflegeaufgaben herzustellen. Pflegende Angehörige gewinnen dadurch den notwendigen Freiraum, um ihren beruflichen und pflegerischen Verpflichtungen nachzukommen. Diese Maßnahmen tragen wesentlich dazu bei, Stress zu reduzieren, die eigene Gesundheit zu schützen und die täglichen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

Die Erwerbsarbeit als Ressource

Die Aufrechterhaltung der Berufstätigkeit dient als wichtiger Ausgleich zur Pflegetätigkeit und als Quelle persönlicher Erfüllung und Zufriedenheit. Die Pflegenden berichten, dass sie ihren Beruf als notwendigen Kontrast zur Pflege sehen. Eine Person betont: „Naja es ginge schon, aber ich will halt auf jeden Fall weiter arbeiten gehen. Ich will halt nicht aufhören zu arbeiten, weil das für mich auch so ein Ausgleich ist." (Interview 7, Pos. 9)

Die Möglichkeit, weiterhin berufstätig zu sein, hilft den Pflegenden, ihr persönliches Wohlbefinden zu erhalten und verhindert, dass sie sich völlig in der Rolle der Pflegeperson verlieren.

Der Beruf trägt wesentlich zur Bewahrung der eigenen Identität bei. Pflegende Angehörige wollen nicht ausschließlich in ihrer Rolle als Pflegende wahrgenommen werden. Der berufliche Kontext bietet ihnen eine weitere soziale Rolle, die ihre Identität stärkt und ihnen ein Gefühl von Normalität vermittelt.

Eine Person beschreibt dies eindrucksvoll: „Ja also, voll Arbeiten gehen kann man gar nicht. Nein, man muss schon Teilzeit arbeiten, und wenn ich die nicht mehr hätte, würde ich ein Teil von mir verlieren: Meine Arbeit. Und dann wäre ich nur noch pflegende Angehörige." (Interview 11, Pos. 31)

Die Teilhabe am Erwerbsarbeitsleben ermöglicht Pflegenden soziale Kontakte außerhalb des Pflegealltags, bietet Abwechslung und ein Stück Normalität. Die Erwerbstätigkeit bietet Gelegenheiten für soziale Interaktionen und schafft einen strukturierten Tagesablauf.

Eine Person beschreibt dies so: „Also, ich brauch einen Ausgleich, den Kopf mal frei kriegen, dass auch Menschen mich anders sehen und dass ich so mein altes Leben wieder ein bisschen zurück habe. Genau, dass ich Kolleginnen habe und auch ein Rhythmus habe und nach Hause komme und vor allen Dingen was anderes gesehen habe." (Interview 11, Pos. 31)

Die Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit und die Betrachtung der Erwerbsarbeit als Ressource stehen nicht im Widerspruch zueinander. Sie ergänzen sich vielmehr und zeigen die flexible Anpassungsfähigkeit informell Pflegender. Während die Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit notwendig sein kann, um ausreichend Zeit und Energie für die Pflegeaufgaben zu gewinnen, bleibt die Erwerbsarbeit dennoch eine wichtige Ressource. Auch bei reduzierter Erwerbsarbeitszeit ermöglicht der Beruf den Pflegenden einen psychosozialen Ausgleich, den Erhalt ihrer Identität und sozialer Kontakte.

5.2.1.2 Anpassungen der Freizeit

Informell Pflegende müssen häufig ihre Freizeitaktivitäten einschränken oder umorganisieren, um ihren Pflegeverpflichtungen nachkommen zu können. Ein Beispiel aus den Interviews verdeutlicht dies: „Aber ich opfere halt jetzt Sachen, die ich halt vorher nicht geopfert hätte. Ich muss auch sagen, die Freizeit ist halt eingeschränkter. Ich überlege mir jetzt genauer, ob ich irgendwo hingehen will, und sag dann im Zweifel eher mal ab." (Interview 2, Pos. 18) Diese zentrale Dynamik wird auch zu Beginn der Interviews deutlich, wenn nach den Veränderungen im Leben der Pflegenden gefragt wird. Eine Interviewperson beschreibtdies so: „Mein Leben ist sozusagen ein, ich hatte früher ein Berufsleben und ein Privatleben. Jetzt habe ich ein Berufsleben, wobei die zweite Hälfte des Berufslebens einen anderen Inhalt hat." (Interview 6, Pos. 7)

Zu diesen Anpassungen gehört die *Umorganisation des sozialen Lebens.* Pflegende Angehörige schränken ihre Teilnahme an sozialen Aktivitäten ein, um

den zeitlichen Anforderungen der Pflege gerecht zu werden. Dies führt häufig zu einem Rückgang sozialer Interaktionen und kann das Gefühl der sozialen Isolation verstärken.

Ein Beispiel hierfür ist: „Und ich habe mich selbst, was meine Freizeit anbetrifft, extremst zurückgefahren. Normalerweise, früher habe ich Triathlon gemacht, mittlerweile gehe ich nur noch zweimal die Woche laufen, und ich kann mir nur noch zweimal die Woche abends Kampfsport als Zerstreuung leisten, um den Kopf freizukriegen […]." (Interview 15, Pos. 19)

Auch der *Verlust von Spontaneität und Flexibilität* ist eine häufige Folge der Pflegeverantwortung. Pflegende Angehörige planen ihre Freizeit detailliert, was spontane Unternehmungen oft unmöglich macht. Ein weiterer Aspekt ist die Anpassung der Urlaubsplanung. Pflegende passen ihre Urlaubs- und Reiseaktivitäten an die Pflegeverantwortung an. Dies bedeutet häufig Einschränkungen in der Möglichkeit, Urlaub zu nehmen, sowie die Notwendigkeit, den Urlaub sorgfältig zu planen und gegebenenfalls Unterstützung für die Zeit der Abwesenheit zu organisieren.

Eine Person beschreibt dies so: „Es hat sich auch verändert in dem, dass man nicht mehr so, ich sage mal, frei einen Urlaub planen kann oder ein verlängertes Wochenende oder sowas, was einem selber Entlastung geben würde." (Interview 8, Pos. 7)

Die Schwierigkeit, spontane Reisen oder Ausflüge zu unternehmen, führt zu einem empfundenen Verlust von Freiheit und Unabhängigkeit im Leben der Pflegepersonen.

Zusammenfassend zeigt die Anpassung der Freizeit, wie informell Pflegende ihre sozialen Interaktionen und Freizeitaktivitäten umstrukturieren, um den Pflegeanforderungen gerecht zu werden. Diese Anpassungen können zu einer bewussteren Planung und Auswahl der Aktivitäten führen, aber auch zu einer Reduktion der sozialen Kontakte und zu einem Verlust an Spontaneität und Flexibilität. Solche Veränderungen sind bei fast allen Teilnehmenden der Studie notwendig, um den Pflegeverpflichtungen nachkommen zu können.

5.2.1.3 Anpassungen in der Familie und im Haushalt

Ein zentrales Element ist die *Umorganisation der alltäglichen Haushaltsführung.* Die Pflegeaufgaben führen zu einer intensiveren Haushaltsführung, da zusätzliche Aufgaben wie die Zubereitung von Mahlzeiten oder das Waschen anfallen.

Ein Beispiel aus den Interviews verdeutlicht dies: „Ja, meine ganze Freizeit hat sich verändert, ich habe nämlich kaum noch welche. […] Der Partner

möchte auch mal irgendwas mit einem machen. Ich organisiere mir die Woche richtig, also ich organisiere mir die Woche mehr, als ich zu Arbeitszeiten gemacht habe." (Interview 1, Pos. 5).

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die *Balance der familiären Bedürfnisse.* Pflegende Angehörige möchten sowohl den Bedürfnissen des Pflegebedürftigen als auch denen der anderen Familienmitglieder gerecht werden, was oft zu einem komplexen Balanceakt führt.

Eine Person veranschaulicht diese Herausforderung: „Weniger Freizeit für mich, für mein Haus, für meinen Garten, für meine Partnerschaft, das leidet. Also wir versuchen, es nicht leiden zu lassen, aber manchmal funktioniert es nicht." (Interview 9, Pos. 19)

In der Realität kann es auch zu einer Doppelbelastung durch Pflege- und Kinderbetreuungspflichten kommen. In der vorliegenden Stichprobe haben neun der Befragten ein oder zwei Kinder, die jedoch bereits im Jugend- oder Erwachsenenalter sind, so dass keine pflegerelevanten Kinderbetreuungspflichten bestehen. Dies zeigt jedoch, dass Pflegende auch in anderen Zusammenhängen häufig zwischen den Anforderungen der Kinderbetreuung und der Pflege abwägen müssen.

Zusammenfassend zeigt die Anpassung von Familie und Haushalt, wie Pflegende ihre Familien- und Haushaltsstrukturen umgestalten, um ein unterstützendes und funktionierendes häusliches Umfeld zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Dabei vollziehen die Pflegenden häufig einen komplexen Balanceakt, um sowohl den Bedürfnissen der pflegebedürftigen Person als auch denen der anderen Familienmitglieder gerecht zu werden.

5.2.2 Finanzielle Situation

Die Kategorie ‚Finanzielle Situation' bezieht sich auf die Art und Weise, wie finanzielle Ressourcen und Kapazitäten die Durchführung von Pflegeaktivitäten beeinflussen und inwiefern finanzielle Faktoren die Bewältigung des täglichen Pflegeaufwandes mitbestimmen. Diese Kategorie gliedert sich in zwei Unterkategorien:

1. *Finanzielle Situation der pflegebedürftigen Person:* Erfasst, inwieweit die finanziellen Ressourcen der pflegebedürftigen Person die Pflegesituation und die Möglichkeiten der Pflegegestaltung beeinflussen.

2. *Die finanzielle Situation der pflegenden Person:* Beschreibt die finanzielle Situation der Pflegeperson und inwiefern diese die Handlungsmöglichkeiten der Pflegeperson selbst beeinflusst.

In den Interviews wurde offen nach der Relevanz der finanziellen Situation für die Bewältigung der Pflege gefragt. Viele Befragte thematisierten sowohl ihre eigene finanzielle Situation als auch die der pflegebedürftigen Person(en). Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, beide Perspektiven zu berücksichtigen.

5.2.2.1 Die finanzielle Situation der pflegebedürftigen Personen

Die finanzielle Situation der pflegebedürftigen Person spielt aus Sicht der Pflegenden eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Pflegesituation. Diese Unterkategorie erfasst, inwieweit die finanziellen Ressourcen der pflegebedürftigen Person die Pflegesituation beeinflussen. Hierbei lassen sich im Wesentlichen zwei Situationen unterscheiden: eine stabile Einkommenssituation und eine prekäre Einkommenssituation.

Die Datentabelle auf der folgenden Seite gibt einen Überblick über das monatliche Einkommen der pflegebedürftigen Personen. (s. Tab. 7). Es zeigt sich ein breites Spektrum der finanziellen Situation der Pflegebedürftigen, sowohl in Bezug auf das persönliche Einkommen der Pflegeperson als auch in Bezug auf das Einkommen anderer pflegebedürftiger Familienmitglieder. Die monatlichen Einkommen variieren sehr stark, was unterschiedliche Auswirkungen auf die Pflegesituation haben kann.

Eine *stabile Einkommenssituation* ist gekennzeichnet durch ausreichende finanzielle Mittel, die eine kontinuierliche und angemessene Versorgung und Betreuung der pflegebedürftigen Person ermöglichen, ohne die Lebensqualität oder die finanzielle Sicherheit der pflegebedürftigen Person oder der Pflegeperson selbst wesentlich zu beeinträchtigen. In solchen Fällen kann das Einkommen der pflegebedürftigen Person dazu beitragen, qualitativ hochwertige Pflege und notwendige Hilfsmittel zu finanzieren.

Eine Person beschreibt dies folgendermaßen: „Im Grunde würde die gar keine Rolle spielen, weil meine Schwiegermutter sehr gut gestellt ist und meine Auffassung ist, dass ich für meinen eigenen Lebensabend und meine Pflege irgendwie selbst aufkommen muss." (Interview 12, Pos. 53)

Alter	Beziehung	Alter PB 1	Geschlecht PB 1	Einkommen PB 1	Alter PB 2	Geschlecht PB 2	Einkommen PB 2
55	Tochter	90	männlich	1.500 €			
55	Tochter	81	weiblich	k. A.			
60	Tochter	82	weiblich	k. A.	87	männlich	k. A.
54	Tochter	87	weiblich	850 €	85	männlich	3.000 €
51	Schwieger-tochter	83	weiblich	1.950			
50	Tochter	82	weiblich	k. A.			
58	Tochter	86	weiblich	1.550 €			
59	Tochter	92	weiblich	1.600 €			
49	Sohn	81	weiblich	550 €	83	männlich	550 €
54	Tochter	85	weiblich	1.100 €	89	männlich	1.100 €
59	Tochter	95	weiblich	1.500 €			
59	Sohn	95	weiblich	900 €			
51	Sohn	78	weiblich	900 €			
49	Sohn	76	weiblich	1.500 €			

Tabelle 7: Monatliches Einkommen der pflegebedürftigen Person. Dargestellt sind Alter und verwandtschaftliche Beziehung der Pflegenden sowie Alter, Geschlecht und monatliches Einkommen der Pflegebedürftigen (PB), bei Mehrfachpflege für beide PB. Keine Angabe (k. A.) bedeutet, dass die pflegenden Personen keine Auskunft über das Einkommen der Pflegebedürftigen geben konnten oder wollten.

Diese finanziellen Ressourcen sind oft entscheidend für die Sicherstellung der Pflegequalität. Zudem kann das Einkommen der pflegebedürftigen Person die finanzielle Last der Pflegeperson mindern, wodurch diese weniger persönliche Opfer bringen muss.

Ein weiteres Beispiel zeigt dies deutlich: „Wie viel Geld können meine Eltern zum Beispiel noch privat, aus privater Tasche zahlen, um ihren Lebensstandard, um das für sie schöner zu machen, für mich leichter zu machen?“ (Interview 10, Pos. 19)

Im Gegensatz dazu liegt eine *prekäre Einkommenssituation* vor, wenn die finanziellen Ressourcen der pflegebedürftigen Person zu gering sind, um eine angemessene Pflege zu gewährleisten. Dies führt zu finanziellen Engpässen, Einschränkungen im Lebensstandard und einer erhöhten emotionalen Belastung. Die Pflegenden stehen dann vor der Herausforderung, mit begrenzten finanziellen Mitteln die bestmögliche Pflege zu gewährleisten. Dies kann zu

Stress und Ängsten führen, wenn die verfügbaren Ressourcen nicht ausreichen, um den Bedürfnissen der pflegebedürftigen Person gerecht zu werden.

Eine Person bringt es auf den Punkt: „So und wenn man überlegt, 1.000 € oder 1.100 € ist jetzt nicht viel Geld, wenn man zurzeit, ja die entsprechenden Mieten und so sieht. Wir haben Gott sei dank noch ein Stück weit das Glück, dass die in der Zwei-Zimmer-Wohnung leben, zwar auf der dritten Etage und aber da halt die Hälfte dafür knapp verwendet wird. Und wenn das Pflegegeld nicht da wäre, dann sähe es ziemlich düster aus, weil komplett finanzieren, das geht ja nun mal auch nicht." (Interview 3, Pos. 27)

Eine prekäre Einkommenssituation kann auch zu einem erhöhten finanziellen Druck auf die Pflegeperson selbst führen. Wenn das Einkommen der pflegebedürftigen Person nicht ausreicht, um die Pflege- und Lebenshaltungskosten zu decken, kann sich die finanzielle Belastung auf die Pflegeperson verlagern. Dies kann zu finanziellen Abstrichen und Einschränkungen des eigenen Lebensstandards der Pflegeperson führen.

Eine Person schildert dies eindrücklich: „Eine sehr große Rolle. Meine Eltern sind jetzt, ja, mein Vater ist als Gastarbeiter Mitte der sechziger hier hin gekommen, hat auch krankheitsbedingt dann auch nicht lange arbeiten können. Das waren 15, 20 Jahre maximal, und da können Sie sich auch die Rentenansprüche vorstellen. Und meine Mutter hat dann irgendwann auch halbtags gearbeitet, ja und in Zahlen ausgedrückt sind es brutto 870 € über meinen Vater und 220 € über meine Mutter." (Interview 3, Pos. 27)

Hervorzuheben ist – insbesondere vor dem Hintergrund der zweiten Forschungsfrage –, dass es sich bei den Pflegebedürftigen in prekärer Einkommenssituation in dieser Studie um zwei Personen mit türkischem Migrationshintergrund handelt, die zusammen eine Bruttorente von 1.090 € beziehen. Sie leben in einer günstigen Wohnung im dritten Stock. Diese Konstellation unterstreicht die Bedeutung des externen Pflegeprofils (s. Kap. 5.1.2.1), da die Pflegesituation maßgeblich von der finanziellen Situation, den bezogenen Leistungen und dem Wohnumfeld beeinflusst wird.

Zusammenfassend zeigt die finanzielle Situation der pflegebedürftigen Person, wie eng finanzielle Ressourcen mit der Gestaltung und Bewältigung von Pflegeaufgaben verbunden sind. Eine stabile finanzielle Situation ermöglicht bessere Pflegequalität und reduziert die finanzielle Belastung der Pflegeperson. Eine prekäre finanzielle Situation hingegen führt zu finanziellen Sorgen sowohl bei der pflegebedürftigen Person als auch bei der Pflegeperson selbst.

5.2.2.2 Die finanzielle Situation der informell Pflegenden

Die finanzielle Situation der Pflegenden umfasst ihre persönliche ökonomische Lage und deren Auswirkung auf ihren Handlungsspielraum in der Bewältigung der Pflege. Diese Unterkategorie ist in verschiedene Bereiche unterteilt, die jeweils unterschiedliche Aspekte der finanziellen Auswirkungen auf die Pflegepersonen beleuchten.

Zum besseren Verständnis der finanziellen Situation der pflegenden Angehörigen gibt die folgende Datentabelle einen Überblick über die demografischen und finanziellen Daten der Befragten (s. Tab. 8). Auch hier zeigt sich ein breites Spektrum der finanziellen Situation der informell Pflegenden, sowohl in Bezug auf das persönliche Einkommen als auch auf das Haushaltseinkommen.

Alter	Geschlecht	Familienstand	Erwerbs-status	Einkommen	Haushaltsein-kommen ges.
55	weiblich	verheiratet	Teilzeit	1.400 €	2.800 €
55	weiblich	verheiratet	Teilzeit	k. A.	k. A.
60	weiblich	ledig	Teilzeit	2.500 €	k. A.
54	weiblich	verheiratet	Teilzeit	1.200 €	k. A.
51	weiblich	verheiratet	Teilzeit	2.400 €	4.500 €
50	weiblich	verheiratet	Teilzeit	k. A.	k. A.
58	weiblich	verheiratet	Teilzeit	1.250 €	3.300 €
59	weiblich	verheiratet	Vollzeit	3.000 €	6.000 €
49	männlich	geschieden	Vollzeit	2.600 €	2.600 €
54	weiblich	verheiratet	Vollzeit	4.700 €	k. A.
59	weiblich	verheiratet	Vollzeit	2.500 €	6.000 €
59	männlich	verheiratet	Vollzeit	2.500 €	5.000 €
51	männlich	ledig	Vollzeit	4.000 €	6.000 €
49	männlich	ledig	Vollzeit	2.900 €	2.900 €

Tabelle 8: Soziodemografische Merkmale und Einkommenssituation der informell Pflegenden. Dargestellt sind Alter, Geschlecht, Familienstand und Beschäftigungsstatus sowie das persönliche und das Haushaltseinkommen der Pflegenden. Bei fehlenden Angaben (k. A.) wollten oder konnten die Befragten keine Auskunft über ihre Einkommenssituation geben.

Unter einer stabilen finanziellen Situation der Pflegeperson ist zu verstehen, dass die Pflegeperson über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, um den

Pflegebedarf auch über das von der Sozial- oder Krankenversicherung abgedeckte Maß hinaus wirksam zu unterstützen.

Eine Person beschreibt dies so: „Ja, also ich glaube, es ist schon ganz praktisch, dass wir unsere Eltern auch unterstützen können, solange noch keine Leistungen fließen. So, also wir sind schon, also wir sind finanziell so gut aufgestellt, dass wir uns sehr gut bewegen können, also dass wir im Zweifel auch sagen können: Okay, das eine oder andere übernehmen wir, wenn die Krankenkasse das nicht übernimmt. So, das wäre auch selbstverständlich für uns, tatsächlich. (Interview 13, Pos. 49)

Diese finanzielle Unabhängigkeit ermöglicht es den Pflegepersonen, ohne erhebliche finanzielle Belastungen für die Pflegebedürftigen zu sorgen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Einkommensverlust bei *Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit*. Diese Kategorie umfasst die finanziellen Auswirkungen, die die Übernahme von Pflegeverantwortung auf das Einkommen der Pflegenden hat.

Eine Person erläutert: „Und dann haben wir es mal durchgerechnet, und dann habe ich gesagt, ich muss reduzieren, sonst geht es nicht, ne. Und ja, ich meine, ich habe natürlich Zeit gewonnen, die ich dann bei meiner Mutter investiere, aber natürlich Geld verloren, ist ja klar. Das war dann auch so eine Sache, wo ich dann dreimal überlegt habe, aber Geld ist auch nicht alles. Dann, das ist halt gerade so.“ (Interview 9, Pos. 31)

Dieser unmittelbare Einkommensverlust umfasst die direkten finanziellen Einbußen durch die Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit und wie sich diese Veränderungen auf das verfügbare Budget der Pflegenden auswirken.

Der Einkommensverlust macht sich für die informell Pflegenden in zwei wichtigen Bereichen bemerkbar: *eingeschränkte berufliche Entwicklung* und *unsichere Altersvorsorge*. Unter die eingeschränkte berufliche Entwicklung fallen die langfristigen Folgen der Erwerbsarbeitszeitreduzierung für die Karriere, einschließlich verpasster Aufstiegs- und Weiterbildungschancen.

Eine Person veranschaulicht dies: „Aber beruflich kann ich mich auch nicht verändern, weil ich bin im Moment froh, dass ich diesen tariflichen Schutz hab als Betriebsrat und auch noch, den ich habe, weil das, was ich jetzt eigentlich so gefühlt leiste, das würde ich bei keinem neuen Arbeitgeber überstehen, und dementsprechend ist das, was, was gerade ziemlich unbefriedigend ist, zumal ich auch versucht habe, eben meine noch ein bisschen mich weiterzubilden, aber dafür ist einfach keine Zeit da.“ (Interview 2, Pos. 31)

Die Unsicherheit in der Altersvorsorge macht deutlich, wie sich die Übernahme von Pflegeaufgaben auf die Altersvorsorge auswirkt, insbesondere durch geringere Einzahlungen in die Rentenversicherung und den Verlust

von Erwerbsarbeitsjahren. Eine Interviewperson beschreibt dies eindrücklich: „Es gibt keine richtige Unterstützung, was das Geldliche anbetrifft. Es gibt keine Aufrechterhaltung der Einzahlungsleistung in die Rentenversicherung. Da werden nur Minimalbeträge eingezahlt. Das hilft mir kein Stück weiter. Wenn die Rentenleistung permanent runtergefahren wird, dann macht das eine extremst niedrige Rente für mich aus und das kann ich so nicht aufrechterhalten. Das geht nicht, da muss ich halt weiterarbeiten, habe die Stunden runtergefahren, und dann rechnet sich das ganze noch für mich, dann bleibt mir was, und so würde ich meine Zukunft aufgeben, wenn ich meinen Beruf aufgebe." (Interview 15, Pos. 23)

Fallbeispiel 2: Gastarbeiter-Erbe und prekäre Pflegefinanzierung

Der 49-jährige geschiedene Sohn bewältigt seit sechs Jahren die Doppelpflege beider Eltern türkischer Herkunft bei gleichzeitiger Vollzeiterwerbstätigkeit. Seine 81-jährige Mutter hat Pflegegrad 4, der 83-jährige Vater Pflegegrad 2. Die finanzielle Ausgangslage verdeutlicht strukturelle Herausforderungen: Der Vater erhält 870 € Rente, die Mutter 220 € – zusammen 1.090 € brutto für beide Personen.

Die prekäre Einkommenssituation der Eltern prägt die gesamte Pflegeorganisation. Das Pflegegeld wird zur existenziellen Notwendigkeit, ohne das eine angemessene Versorgung nicht finanzierbar wäre. Die Familie lebt in einer günstigen Wohnung im dritten Stock, was zusätzliche Mobilitätshürden schafft. Diese Konstellation zeigt exemplarisch, wie Migrationsbiografien und geringe Rentenansprüche die Pflegesituation erschweren.

Seine Bewältigungsstrategien erfordern strikte Organisation und den systematischen Verzicht auf persönliche Bedürfnisse. Die Vollzeiterwerbstätigkeit ist unabdingbar, da die Eltern keine finanzielle Unterstützung leisten können. Mit 30 Stunden Pflegeaufwand an sieben Tagen pro Woche bleibt wenig Raum für Erholung oder soziale Kontakte. Professionelle Unterstützung wird über Pflegegeld und Verhinderungspflege organisiert, reicht aber nicht aus.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde das Haushaltseinkommen der Eltern um fast 40 Prozent erhöhen und damit qualitativ hochwertigere Pflegeoptionen ermöglichen. Er könnte private Pflegekräfte finanzieren und seine Erwerbsarbeitszeit flexibler gestalten. Das Grundeinkommen würde strukturelle Benachteiligungen kompensieren und eine gerechtere Teilhabe am Pflegesystem schaffen.

Zusammenfassend zeigt die finanzielle Situation der Pflegenden, wie eng die ökonomische Lage mit den Handlungsmöglichkeiten zur Pflegeerbringung verknüpft ist. Eine stabile finanzielle Situation ermöglicht eine effektivere Unterstützung der Pflegebedürftigen. Einkommenseinbußen bei Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit haben jedoch Konsequenzen, wie z. B. die Wahrnehmung eingeschränkter beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten und Unsicherheiten in der Altersvorsorge, die sich auf die Lebens- und Zukunftsperspektiven der Pflegenden auswirken können. Diese finanziellen Herausforderungen und ihre Bedeutung für die pflegenden Angehörigen verdeutlichen die komplexen Situationen, in denen sie ihren Aufgaben nachkommen.

5.2.3 Persönliches Wohlbefinden

Die Kategorie ‚Persönliches Wohlbefinden' umfasst individuelle Strategien und Maßnahmen, die eine Person einsetzt, um ihr physisches und emotionales Wohlbefinden während der Pflegeaufgaben aufrechtzuerhalten oder zu verbessern. Hier werden spezifische Praktiken, Ressourcen oder Selbstpflegemaßnahmen erfasst, die der Förderung des persönlichen Wohlbefindens dienen.

5.2.3.1 Herausforderungen

Informell Pflegende sind mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, die sich auf ihr persönliches Wohlbefinden auswirken können. Dazu gehören sowohl physische als auch psychische Belastungen, die durch die Pflegeverantwortung verstärkt oder hervorgerufen werden.

Ein Beispiel verdeutlicht dies: „Da kommt meine Person halt wesentlich zu kurz. Das ist einfach so. Weil man auch immer irgendwie im Hinterkopf hat, dass man in der Verpflichtung ist, dass man in der Verantwortung ist. Man kann nicht eben so, weiß ich nicht, drei Wochen in den Urlaub oder so. Das gestaltet sich schon schwierig." (Interview 3, Pos. 17)

Ein zentrales Thema sind die physischen und psychischen Belastungen. Die Pflegenden berichten häufig von körperlichen Beschwerden wie Rückenproblemen oder Schulterschmerzen, die durch die körperlich anstrengende Pflegearbeit entstehen.

Eine Person berichtet: „Ja, auch schon sehr großes, also ich habe letztes Jahr noch mal einen Bandscheibenvorfall bekommen. Ich denke mal, da hängt

vielleicht ein und das andere zusammen. Dass ich manchmal auch so Schulterschmerzen hab, wo man dann schon mal sagt, das ist das, was einem alles auf der Schulter liegt, was einem alles so den Rücken beschwert, also glaube ich schon. Und wenn ich dann die ganzen Sachen immer schleppen muss, das fällt mir auch mittlerweile schwer." (Interview 5, Pos. 35)

Eine weitere Herausforderung besteht durch die Vernachlässigung des eigenen Wohlbefindens. Einige Pflegende konzentrieren sich so sehr auf die Pflegeaufgaben, dass sie ihre eigene Gesundheit und ihre eigenen Bedürfnisse vernachlässigen.

Ein Zitat einer Person soll dies erläutern: „Oh, jetzt kriegen sie mich. Ich bin von meiner Geschäftsleiterin auch angesprochen worden, dass das eigentlich, also ich eigentlich ein bisschen zurückstecken sollte. Also kurze Vorgeschichte. Ich bin schon zweimal an Brustkrebs erkrankt, habe eigentlich die Order, dass es ruhiger geht, klappt gerade nicht." (Interview 12, Pos. 57)

Soziale Isolation und der Verlust persönlicher Freiräume stellen ebenfalls große Herausforderungen dar. Die Pflegeverantwortung führt häufig dazu, dass pflegende Angehörige weniger Zeit für soziale Aktivitäten und persönliche Freiräume haben, was ihr Wohlbefinden weiter beeinträchtigt.

Eine Person bringt dies auf den Punkt: „Komplett untergeordnet, also, ich denke da gar nicht drüber nach, darf ich auch nicht, dann müsste ich das alles hinlegen. Ich war früher ein komplett sportlich durchtrainierter Mensch mit extremstem Selbstbewusstsein und eben auch überall in vielen Sachen involviert, großen Wert gelegt auf meine Freizeit, auf meine persönlichen Freiheiten, das ist alles weg, gibt es nicht mehr!" (Interview 15, Pos. 43)

5.2.3.2 Strategien zum Erhalt und zur Verbesserung

Trotz dieser Herausforderungen entwickeln informell Pflegende vielfältige Strategien, um ihr Wohlbefinden zu fördern (s. Abb. 8, folgende Seite).

Eine zentrale Rolle spielen dabei *Freizeitaktivitäten*. Dazu gehören kreative Tätigkeiten, Hobbys und andere Aktivitäten außerhalb der Pflegeverantwortung, die zur Selbstbestimmung und Autonomie beitragen.

Ein Beispiel soll dies deutlich machen: „Entweder hätte ich meine Mutter oder ich würde arbeiten, und ich brauche auch zwischendurch mal frei, auch für meinen Mann und für mich. Und dadurch, dass ich das so ein bisschen dann verschachtelt habe, da habe ich wirklich schon mal ein bisschen Luft und kann mal ein paar Tage aufatmen, hab dann mal frei und kann auch mit

meinem Mann wegfahren oder mal jemanden besuchen oder mal ein bisschen Zeit mit meinen Kindern haben." (Interview 11, Pos. 17)

Ein weiterer wichtiger Faktor ist das *körperliche Wohlbefinden*. Sportliche Aktivitäten wie Wandern, Joggen, Radfahren oder ein Besuch im Fitnessstudio sind wichtig, um Stress abzubauen und neue Energie zu tanken.

Eine Person beschreibt: „In die Sauna zu gehen. Freizeit, mal zum Sport zu gehen, mal Walken zu gehen, einfach mal frische Luft zu haben auch. Wenn man sowieso den ganzen Tag im Büro sitzt, ist mal Frischluft, mal Walken zu gehen, schon sehr wichtig. Da kann ich also gut bei abschalten." (Interview 5, Pos. 25)

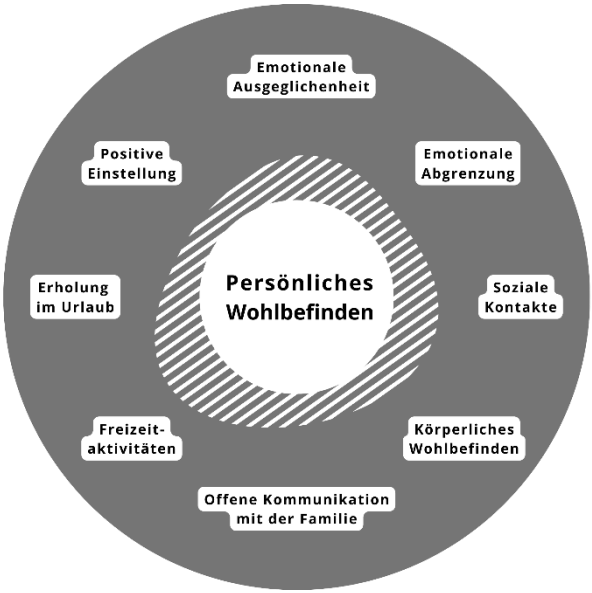


Abbildung 8: Handlungsstrategien des persönlichen Wohlbefindens. Die schattierte, dynamische Form zeigt die individuellen Anpassungen, die informell Pflegende zur Erhaltung und Stärkung ihres Wohlbefindens nutzen.

Die *emotionale Ausgeglichenheit* wird auch durch Freizeitaktivitäten gefördert. Sie helfen, den Alltagsstress abzubauen und einen Ausgleich zum Pflegealltag zu schaffen.

Ein Beispiel: „Genau dann bin ich halt hier und mach dann so ein Stündchen Pause, versuche ich mir schon jeden Tag zu nehmen, mich einfach mal, was weiß ich, ich habe im Keller so einen Stepper stehen, dass ich da mal

hingehe und ein bisschen einfach oder, wenn schönes Wetter ist, was draußen bisschen rausgehe ein Stündchen. Oder einfach auf dem Sofa sitzen, ein Buch lesen oder was Stricken." (Interview 7, Pos. 15)

Von Bedeutung ist auch die *Urlaubserholung*. Kurzurlaube oder Ausflüge ermöglichen es den Pflegenden, Abstand vom Pflegealltag zu gewinnen und dienen der Regeneration und dem Aufladen der eigenen Batterien.

Eine Person berichtet: „Ich rede mir das selber ein bisschen grün, weil ich habe auch manchmal Tage, wo ich denke, geht nicht mehr, ich kann nicht mehr, ich will nicht mehr, und dann sagt, Gott sei Dank mein Mann, jetzt fahren wir eine Woche nach Holland, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen." (Interview 1, Pos. 19)

Soziale Kontakte sind ebenfalls ein wichtiger Faktor für das Wohlbefinden. Sie umfassen die Interaktionen und Beziehungen, die Pflegende mit Freunden, Familienmitgliedern, Bekannten und anderen Personen außerhalb ihrer direkten Pflegeaufgaben haben. Diese sozialen Interaktionen bieten emotionale Unterstützung und tragen zur Stärkung der sozialen Unterstützung bei.

Eine Person erklärt: „Ich spreche auch gerne über die Situation. Das ist so mein Anker." (Interview 12, Pos. 41)

Entscheidend ist auch die *Selbstfürsorge*. Sie umfasst Selbstbelohnung, mentale und emotionale Strategien und das Setzen von Grenzen (vgl. Reichhart 2021, 18f.). Sie betont die Wichtigkeit, auf die eigenen Bedürfnisse zu achten, Emotionen zu regulieren und Grenzen zu setzen.

Ein Beispiel: „Das kriege ich halt bei meiner Mutter mit. Die Tatsache, dass der pflegende Angehörige immer verfügbar ist, macht die Situation, dass sie eigentlich gar nicht erkennen kann, dass ich irgendwie an Grenzen komme. Also sage ich ihr diese Grenzen und das ist für sie nicht schön." (Interview 6, Pos. 7)

Eine *positive Einstellung* hilft Pflegenden, ihr emotionales und körperliches Wohlbefinden während der Pflegeaufgaben zu unterstützen und zu stärken.

Eine Person sagt dazu: „Ja, also dieses Thema ‚Mut zur Lücke', finde ich, ist wichtig." (Interview 10, Pos. 19).

Die *offene Kommunikation* mit der Familie spielt eine zentrale Rolle. Sie umfasst die Bedeutung und die Praxis der offenen Kommunikation zwischen pflegenden Angehörigen und anderen Familienmitgliedern. Dieser effektive Austausch über Gefühle, Herausforderungen und Unterstützungsbedarf stärkt das emotionale Wohlbefinden der pflegenden Person.

Eine Person beschreibt dies so: „Aber da merke ich mit denen zu reden, ist eben total hilfreich. Also diesen Ärger, den ich habe, dass das an mir nagt, das kann ich mit meinen beiden Geschwistern besprechen, und ich stoße da auf

ein offenes Ohr und auch Verständnis. Was total hilfreich ist! Da stelle ich mir dann manchmal vor, was ist denn, wenn ich das nicht hätte? (Interview 6, Pos. 7)

Ein weiterer Aspekt des persönlichen Wohlbefindens ist die Dankbarkeit der Pflegebedürftigen. *Dankbarkeit und Anerkennung* spielen eine zentrale Rolle, da sie den Pflegenden emotionale Bestätigung und Wertschätzung für ihre Bemühungen bieten. Dieses positive Feedback kann zu einem Gefühl der Erfüllung und des Stolzes führen und das emotionale Wohlbefinden der Pflegenden stärken.

Dies wird von einer Person eindrucksvoll beschrieben: „Es gelingt mir insofern, dass meine Eltern eigentlich dankbar sind für Dinge, die man tut, dass man da so ein bisschen was zurückbekommt." (Interview 8, Pos. 21).

Zusammenfassend wird deutlich, dass die Herausforderungen für das persönliche Wohlbefinden informell Pflegender vielfältig und tiefgreifend sind. Physische und psychische Belastungen, die Vernachlässigung eigener Bedürfnisse sowie soziale Isolation und der Verlust persönlicher Freiräume sind zentrale Aspekte, die das Wohlbefinden der Pflegenden stark beeinträchtigen können. Gleichzeitig spielen Strategien wie Freizeitaktivitäten, soziale Kontakte, Selbstfürsorge und eine positive Einstellung eine entscheidende Rolle bei der Förderung und Aufrechterhaltung des persönlichen Wohlbefindens und damit bei der Bewältigung der Pflegeaufgaben.

5.2.4 Soziales Netzwerk

Die Kategorie ‚Soziales Netzwerk' beschreibt die Strategien und Ressourcen, die Pflegende nutzen, um die Anforderungen der Pflege mit Unterstützung ihres sozialen Umfelds zu bewältigen. Dabei werden spezifische Interaktionen, Beziehungen und Unterstützungssysteme erfasst, die zu einer erfolgreichen Bewältigung der Pflegeverantwortung beitragen (s. Abb. 9). In diesem Kapitel werden die verschiedenen Akteure des sozialen Netzwerks vorgestellt und ihre Bedeutung für die Bewältigung der Pflege aus der Sicht der Pflegenden selbst erläutert.

Die *Familie* spielt eine Schlüsselrolle im sozialen Netzwerk informell Pflegender. Sie umfasst alle Formen der Hilfe und Unterstützung, die pflegende Angehörige von Familienmitgliedern erhalten, sowie die damit verbundenen familiären Beziehungen und Spannungen.

Eine Person erklärt dies folgendermaßen: „Also, wenn meine Mutter nicht bei mir, also wenn ich nicht bei meiner Mutter bin, dann nimmt meine

Schwester sie nach oben zu sich nach Hause, dann wohnt die mit meiner Mutter bei meiner Schwester, die hat da ein Pflegebett, die hat einen Badewannenlift, die hat alles da, dann ist sie da.“ (Interview 11, Pos. 17)

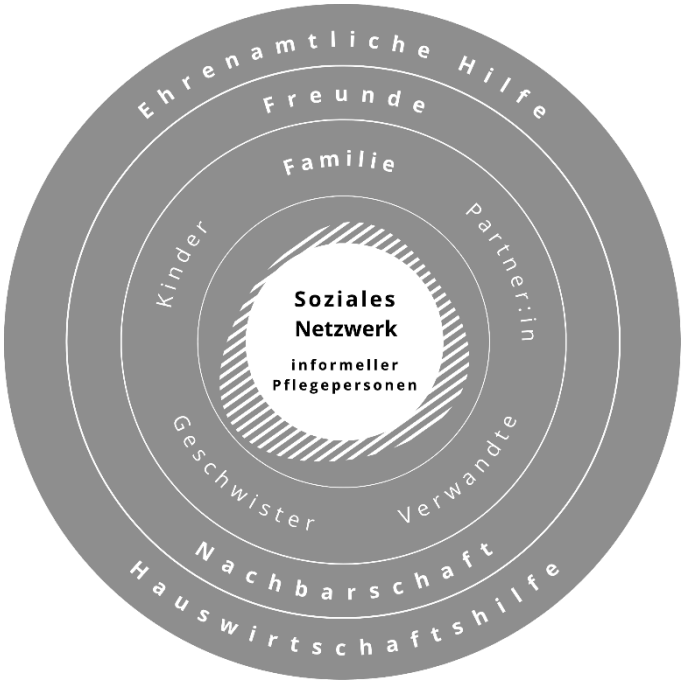


Abbildung 9: Soziales Netzwerk informeller Pflegepersonen. Die schattierte, dynamische Form zeigt die individuellen Möglichkeiten der Unterstützung durch Familie, Freunde, Nachbarschaft sowie ehrenamtliche und haushaltsnahe Hilfen zur Bewältigung der Pflege.

Geschwister spielen oft eine wesentliche Rolle bei der Koordination der Pflege und der Entscheidungsfindung, was die Pflege effektiver und effizienter machen kann. Eine Person berichtet dazu: „Und es gelingt mir insofern, dass ich mich mit meiner Schwester bemühe, mich abzustimmen, dass wir da irgendwo gemeinsam eine Lösung für finden.“ (Interview 8, Pos. 21)

Geschwisterbeziehungen können jedoch auch Quelle von Konflikten und Spannungen sein. Dies tritt besonders dann zutage, wenn Meinungsverschiedenheiten über Pflegeentscheidungen aufkommen oder wenn die Verteilung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten als unausgewogen empfunden wird.

Solche Situationen können die familiäre Dynamik herausfordern und zusätzlichen Stress in einer ohnehin komplexen Pflegesituation erzeugen.

So berichtet eine Person: „Wir hatten, die Schwester, die jetzt meine Mutter betreut und ich, wir hatten sehr viel Unstimmigkeiten untereinander. Das hat nicht gut geklappt." (Interview 11, Pos. 27)

Von großer Bedeutung ist auch die *Partnerschaft*. Eine funktionierende Partnerschaft kann die Pflegeverantwortung erheblich erleichtern, da beide Partner gemeinsam an der Bewältigung der Pflegesituation arbeiten und sich gegenseitig unterstützen.

Eine Person beschreibt dies wie folgt: „Eine gute Partnerschaft! Also, meine Frau hält mir extrem den Rücken frei. Die unterstützt mich in allen Sachen, übernimmt oft Dienste." (Interview 9, Pos. 25)

Die Pflegeverantwortung kann aber auch zu Belastungen und Konflikten in der Partnerschaft führen: „Ja, dass mein Mann halt auch nicht immer das Verständnis hat, dass ich mich kümmern muss, also dass ich zum Beispiel einen Urlaub abstimmen muss mit meiner Schwester, dass ich kein gutes Gefühl habe zum Beispiel eine Fernreise zu machen." (Interview 8, Pos. 23)

Kinder und die *erweiterte Familie* spielen ebenfalls eine unterstützende Rolle: „Ja, oder ich delegiere in Anführungszeichen auch schon was auf meinen Sohn, der studiert und der hat ein super Verhältnis zu Oma und Opa […]." (Interview 13, Pos. 29)

Die erweiterte Familie kann durch direkte Hilfe, emotionale Unterstützung oder finanzielle Beiträge zur Pflege beitragen.

Eine Person erklärt: „Also, dass man auch mal sagen kann, also war das dann schon so, wenn keiner von uns da war, um meine Mutter oder meinen Vater zum Arzt bringen konnte, dann hat es auch mal eine Tante von mir gemacht oder so, oder ein Onkel ist auch mal eingesprungen. Und das braucht es, sonst kann man das nicht schaffen. (Interview 4, Pos. 13)

Freundschaften und nachbarschaftliche Beziehungen sind die zweite Unterstützungsebene und stellen oft eine Ergänzung zur familiären Unterstützung dar. Sie schließen sowohl informelle Unterstützungsnetzwerke als auch formellere Formen der Nachbarschaftshilfe ein.

Eine Person beschreibt: „Meiner Freundin, die mich da unterstützt, die jetzt meine Mutter vor der Nachtschicht betreut, oder auch zur Tagespflege fährt, sag ich: Du bist echt mein Engel. Ohne, also es ist nicht nur die Hilfe, es tut einfach gut, dass man nicht so alleine ist." (Interview 11, Pos. 21).

Auch die Nachbarschaftshilfe kann eine wertvolle Unterstützung bieten: „Also, was natürlich ganz gut ist, das ist diese Nachbarschaftshilfe." (Interview 15, Pos. 31).

Die äußerste Unterstützungsebene sind Hilfen jenseits der Verwandtschaft und Zugehörigen. *Professionelle Hauswirtschaftshilfen* unterstützen und entlasten die Pflegenden.

Eine Person führt aus: „Eine Frau, die jetzt seit zwei Wochen in Zukunft immer montags, mittwochs, freitags zu ihr kommt als Haushaltshilfe, damit ich da entlastet bin, denn das habe ich die letzten zwei Jahre gemacht." (Interview 6, Pos. 7). Auch *ehrenamtliche Hilfen* bieten emotionale Unterstützung und Beratung.

Eine Person betont: „Ich selber bin hier in der Gruppe, also in doppelter Funktion im Gesprächskreis für pflegende Angehörige, aber ich lege das jedem ans Herz, den ich so spreche: Macht das, einfach um sich auch mal auskotzen zu können und Tipps zu holen, Rat zu holen oder was auch immer." (Interview 4, Pos. 13)

Das soziale Netz bietet informell Pflegenden eine Vielzahl von Unterstützungsformen, die das Wohlbefinden fördern und die Pflegeaufgaben erleichtern. Ein zentraler Aspekt ist die *praktische Hilfe im Alltag*. Pflegende werden durch praktische Unterstützung aus dem sozialen Netzwerk entlastet. Dazu gehören Tätigkeiten wie Einkaufen, Haushaltstätigkeiten und die Betreuung der pflegebedürftigen Person.

Eine Person beschreibt dies so: „Aber ich bin berufstätig, ich mache Früh- und Nachtschichten, und jetzt habe ich diese Frau, es ist eine Freundin von mir, die wohnt hier im Ort, die dann früher bei uns sauber gemacht hatte und Mama betreut hatte." (Interview 11, Pos. 17)

Die Unterstützung durch das soziale Netz ermöglicht es den Pflegenden, *Flexibilität im Alltag* zu gewinnen und sich Freiräume für die persönliche Erholung zu schaffen.

Eine Person erklärt: „Dafür stehen einem 125 € im Monat zur Verfügung, wo ich dann einfach mal, wenn ich selbst einen Arzttermin habe oder irgendetwas, eine Bekannte habe, die ich bitten kann, vorbeizukommen und sich mit meiner Mutter zu beschäftigen […]." (Interview 15, Pos. 31)

Entscheidend ist auch die *emotionale Unterstützung*. Familie, Freunde und Nachbarn bieten Zuwendung, Verständnis und Ermutigung. Diese emotionale Unterstützung ist entscheidend für das Wohlbefinden der Pflegepersonen.

Eine Person berichtet: „Mein Mann ist so offen, dass er sich das jedes Wochenende anhört. Jetzt habe ich auch noch ein Riesenglück, dass mein Mann ist hauptberuflich psychologischer Psychotherapeut, also kann ich einen besseren finden?" (Interview 6, Pos. 15)

Fallbeispiel 3: Schichtdienst trifft Familienpflege

Die 58-jährige verheiratete Frau vereint seit fünf Jahren berufliche Pflegeerfahrung mit privater Familienpflege. Sie betreut ihre 86-jährige Mutter mit Pflegegrad 4 mit 20 Stunden an vier Tagen pro Woche und arbeitet parallel im Schichtdienst. Ihre Situation illustriert sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen beruflicher Pflegeexpertise in der informellen Pflege.

Das von ihr entwickelte soziale Unterstützungssystem zeigt bemerkenswerte Innovationskraft: Während ihrer Nachtschichten übernehmen Mann und erwachsener Sohn die Betreuung, eine langjährige Freundin unterstützt regelmäßig, und die Schwester teilt sich die Pflegeverantwortung. Die Mutter wechselt zwischen beiden Haushalten, die jeweils mit Pflegebett und Badewannenlift ausgestattet sind. Diese Lösung demonstriert kreative Netzwerkorganisation.

Ihre Bewältigungsstrategien basieren auf der Koordination aller Beteiligten und der Nutzung ihrer beruflichen Flexibilität. Die Erwerbstätigkeit ist dabei nicht nur finanziell notwendig, sondern dient als psychischer Ausgleich und Identitätsanker. Die professionelle Pflegeerfahrung erleichtert die häusliche Pflege, kann aber die emotionale Belastung nicht vollständig kompensieren.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde ihr ermöglichen, die gesundheitlich belastenden Nachtschichten zu reduzieren, ohne die geschätzte Teilzeitbeschäftigung aufzugeben. Sie könnte eine gesündere Work-Life-Balance erreichen und gleichzeitig ihre berufliche Identität bewahren. Ihr Fall zeigt, wie ein Grundeinkommen selektive Verbesserungen ermöglichen kann, ohne etablierte Bewältigungsstrukturen zu zerstören.

Informelle Pflegepersonen sind aber auch mit gesellschaftlichen Normen und Stereotypen konfrontiert, die vorgeben, wie Pflege ‚richtig' zu sein hat. Diese Erwartungen können zusätzlichen Druck erzeugen. Eine Person beschreibt dies so: „Das ist eine Frage, die ich mich oft schon selbst gefragt habe. Also, das soziale Umfeld spielt immer eine Rolle, eine große sogar. Es gibt immer irgendwie Erwartungen, ausgesprochen oder nicht ausgesprochen, und dann ist jetzt hier so in der Nachbarschaft, die nicht immer alle mitbekommen, was jetzt so aktueller Stand der Dinge ist, die dann sagen: Ach, was, XY [Name der Schwiegermutter] ist im Heim, wie konnte das denn sein?" (Interview 12, Pos. 61)

Zusammenfassend zeigt sich, dass das soziale Netzwerk eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung des Pflegealltags spielt. Die Unterstützung durch Familie, Freunde, Nachbarn und professionelle Helfer:innen trägt wesentlich zur Entlastung und zum Wohlbefinden der informell Pflegenden bei. Gleichzeitig können Konflikte und Spannungen innerhalb des sozialen Netzwerks aber auch zusätzliche Herausforderungen darstellen.

5.3 Szenario Grundeinkommen: Bedeutung der potenziellen Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse zur leitenden Forschungsfrage *„Wie schätzen informelle Pflegepersonen den Einfluss eines Grundeinkommens auf ihre Lebenslage ein?"* präsentiert (s. Kap 4.1). Dabei wird zwischen zwei Unterfragen unterschieden, um die Hauptforschungsfrage zu spezifizieren und die Schwerpunkte der Analyse herauszuarbeiten.

Die erste Unterfrage *„Wie schätzen informelle Pflegepersonen den Einfluss eines Grundeinkommens auf ihre Handlungsspielräume zur Bewältigung des Pflegealltags ein?"* spezifiziert die Hauptfragestellung, indem sie den Fokus auf die Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Lebenslage legt. Diese Betrachtung ist wesentlich, um zu verstehen, inwieweit ein Grundeinkommen als potenzieller Handlungsspielraum wahrgenommen wird.

Die zweite Teilfrage *„Welche Bedeutung haben die potenziellen Handlungsspielräume für informelle Pflegepersonen im Szenario eines Grundeinkommens?"* untersucht, welche spezifischen Handlungsmöglichkeiten durch das Grundeinkommen eröffnet werden könnten und wie diese Möglichkeiten von den Pflegenden bewertet werden. Der Fokus liegt dabei auf der subjektiven Bedeutung dieser Handlungsmöglichkeiten, um ein tieferes Verständnis dafür zu entwickeln, wie ein Grundeinkommen die Bewältigung der Pflege aus Sicht der Pflegepersonen beeinflussen könnte.

Die Antworten auf diese beiden Teilfragen werden nicht getrennt dargestellt, sondern fließen ineinander, um ein abgerundetes Bild der Einschätzungen und Bedeutungen zu zeichnen. Insgesamt beleuchten die inhaltlichen Fragen des Szenarios die subjektive Einschätzung informeller Pflegepersonen in Bezug auf mögliche Veränderungen ihrer Handlungsmöglichkeiten, die sich durch ein Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € ergeben könnten. Ziel der Untersuchung ist es, mögliche Bewältigungsfaktoren und deren Bedeutung für die Pflegenden zu erfassen.

Das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten wird, wie bereits in der ersten Forschungsfrage zum Status quo (s. Kap. 5.2), entlang der vier wesentlichen Lebenslagenfaktoren informeller Pflegepersonen dargestellt:

1. *Vereinbarkeit der Lebensbereiche (Szenario Grundeinkommen):* Hier wird untersucht, inwiefern sich ein Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € auf die Vereinbarkeit von Pflege, Familie, Freizeit und Beruf auswirken könnte.
2. *Finanzielle Situation (Szenario Grundeinkommen):* Es wird erfasst, wie Pflegepersonen ihre finanzielle Situation subjektiv einschätzen und inwiefern diese durch ein Grundeinkommen verändert werden könnte.
3. *Persönliches Wohlbefinden (Szenario Grundeinkommen):* Dieser Faktor beleuchtet, inwiefern sich ein Grundeinkommen auf das persönliche Wohlbefinden der Pflegepersonen auswirken könnte.
4. *Soziales Netzwerk (Szenario Grundeinkommen):* Schließlich wird analysiert, inwiefern ein Grundeinkommen die Unterstützungssysteme und Beziehungen im sozialen Netzwerk der Pflegenden verändern könnte.

Jeder dieser vier Faktoren wird separat analysiert,[115] um die spezifischen Veränderungen und Bedeutungen, die sich durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ergeben könnten, umfassend zu beleuchten.[116]

---

[115] Entsprechend den Prinzipien des problemzentrierten Interviews (vgl. Kap. 4.2) wurden die vier Lebenslagenfaktoren im ersten Teil zunächst durch offene Erzählaufforderungen thematisiert. Nur wenn bestimmte Faktoren in den Erzählungen der Befragten nicht vorkamen, wurden diese durch gezielte Nachfragen erschlossen. Diese offene Interviewführung wurde auch im zweiten Teil, der sich mit dem Grundeinkommensszenario befasste, beibehalten. Über die vier bekannten Lebenslagenfaktoren hinaus ergaben sich keine zusätzlichen Kategorien.

[116] Es ist wichtig zu betonen, dass die absolute Verteilung der Aussagen nur schwer zu erfassen ist, da es in einem Interview auch zu widersprüchlichen Codierungen kommen kann. Aufgrund der geringen Stichprobengröße wird daher der Fokus mehr auf inhaltliche Aspekte als auf Quoten gelegt. Die Darstellung erfolgt also nicht in absoluten Zahlen, wer was gesagt hat, sondern als Darstellung des inhaltlichen Spektrums. Deutliche Auffälligkeiten wie geschlechtsspezifische Unterschiede und besondere Arbeitsbedingungen wie z. B. Schichtarbeit werden besonders hervorgehoben.

5.3.1 Vereinbarkeit der Lebensbereiche im Szenario Grundeinkommen

Dieses Kapitel analysiert, wie ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.500 € die Handlungsmöglichkeiten informeller Pflegepersonen beeinflussen könnte. Untersucht werden sowohl Optionen zur Anpassung der Erwerbsarbeit als auch die Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Pflege, Beruf, Familie und Freizeit. Auch die mögliche Perspektive fehlender signifikanter Effekte wird berücksichtigt (s. Abb. 10).

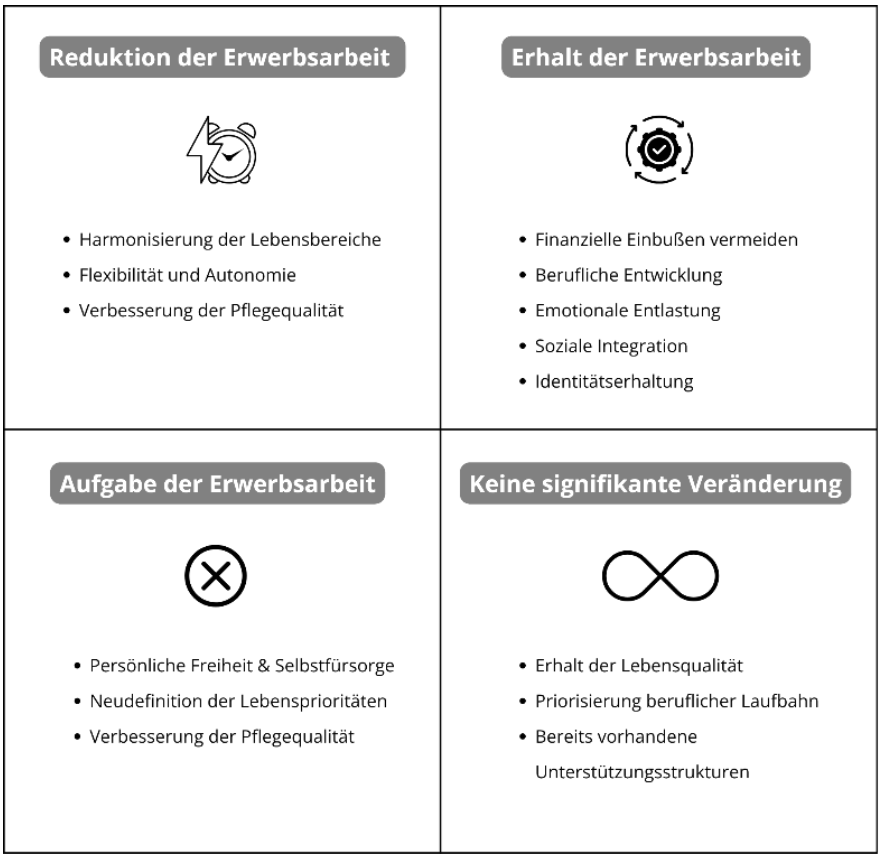


Abbildung 10: Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen zur Vereinbarkeit der Lebensbereiche im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen.

5.3.1.1 Erwerbsarbeit: Reduzieren – Erhalten – Aufgeben

Die Analyse der Handlungsoptionen im Grundeinkommensszenario zeigt, dass die Pflegenden unterschiedliche Strategien in Betracht ziehen, um ihre Pflegeverantwortung mit anderen Lebensbereichen in Einklang zu bringen. Die zentralen Handlungsoptionen – Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit, Beibehaltung der Erwerbsarbeit und Aufgabe der Erwerbsarbeit – spiegeln die Vielfalt der Bedürfnisse und Prioritäten wider.

Besonders auffällig ist die geschlechtsspezifische Verteilung der Präferenzen. Während viele Frauen den *Erhalt der Erwerbsarbeit* betonen und Arbeit als wesentlichen Bestandteil ihrer Identität und sozialen Integration sehen, zeigen alle männlichen Teilnehmer eine Bereitschaft zur *Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit* bis hin zur *Aufgabe der Erwerbsarbeit.*

Erwerbsarbeitszeit reduzieren

Eine bedeutsame Erweiterung der Handlungsspielräume stellt die Möglichkeit der *Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit* dar. Informell Pflegende sehen in einem Grundeinkommen die Chance, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren, um eine bessere Balance zwischen Beruf, Pflegeverantwortung, Familie und Freizeitaktivitäten zu erreichen.

Eine Person beschreibt dies folgendermaßen: „Ich hätte weniger Stress. Also meine Tage beginnen jetzt morgens um viertel nach fünf und enden so um 21 Uhr, was sehr lang ist und ich würde wahrscheinlich wieder mehr Freizeit haben. Anfänglich sagte ich, ich hatte mal so ein Berufsleben und ein Freizeitleben. Jetzt habe ich das Gefühl von, ich habe ein Berufsleben beim Arbeitgeber und ein Berufsleben hier, und der Teil würde wahrscheinlich wieder, oder den sehe ich dann zurück gewinnbar, weil der Teil beim Arbeitgeber reduziert werden würde. Ich hätte wieder, ich hätte nicht nur gefühlt, sondern auch zeitlich mehr Luft wieder für mich, für mein Leben. Ja, das wäre die Bedeutung.“ (Interview 6, Pos. 33)

Der *Harmonisierung der Lebensbereiche* käme eine zentrale Bedeutung zu. Die zeitliche Ausgewogenheit wäre entscheidend, denn sie ist der Schlüssel zur Bewältigung der komplexen Herausforderungen, die sich aus der Kombination von Pflegeverantwortung, beruflichen Verpflichtungen und dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung ergeben.

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: „Dann wäre für mich die Überlegung, wenn ich 1.500 € sicher hätte oder eben etwas weniger, aufzuhören zu arbeiten und an den Tagen, wenn meine Mutter zum Beispiel in der Tagespflege ist, meine Sachen zu machen. Und dann die anderen Tage, wenn meine Mutter halt Betreuungszeit benötigt, für sie da zu sein. Das wäre so, ja." (Interview 9, Pos. 55)

Ein weiterer wichtiger Aspekt wäre die *Flexibilität und Autonomie*, die durch die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ermöglicht würde. Ein Grundeinkommen könnte Pflegenden die Möglichkeit geben, ihren Tagesablauf selbstbestimmt zu planen. Diese Flexibilität würde helfen, die Anforderungen der Pflege zu bewältigen, indem Zeit und Ressourcen gezielt eingesetzt werden können. So könnten sowohl die Bedarfe der zu pflegenden Person als auch die eigenen Bedarfe und beruflichen Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Eine Person betont: „Naja, es würde mir ja mehr Freizeit für mich verschaffen. Da kann ich dann Sachen für mich machen, die ich eben schon mehrfach aufgezählt hab: Sport machen, Wandern, Einkäufe, einfach nur hier sitzen und ein Buch in Ruhe mal lesen, ja, vielleicht ein paar Tage in den Urlaub fahren, wenn man es gut taktet. (Interview 9, Pos. 57)

Auch die *Verbesserung der Pflegequalität* wäre ein wichtiger Aspekt. Mehr Zeit für die pflegebedürftige Person könnte nach Einschätzung der Befragten zu einer Verbesserung der Pflegequalität führen. Pflegende Angehörige stehen häufig vor der Herausforderung, ihre Pflegeverpflichtungen mit anderen beruflichen und privaten Aufgaben zu koordinieren. Eine Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit, die ihnen mehr Zeit für die Pflege verschafft, könnte zu einer deutlichen Verbesserung der Pflegequalität führen.

Eine Person erklärt: „Indem ich einfach mehr Zeit habe, dass ich die Sachen gelassener angehe, dass ich mir auch die Zeit nehme, vielleicht noch mehr die Zeit nehme, statt wirklich mal eine Stunde anderthalb vor Ort vielleicht zu sein, die Sachen zu erledigen, einfach mal auch, das glaube ich auch, das würden sich meine Eltern auch wünschen, weil auch da immer das Veto kommt und gehst du schon wieder und so weiter, und ja, geht halt nicht anders. Aber das Verständnis ist an der Stelle natürlich schwierig. Wenn meine Mutter mich, wenn ich sie anrufe oder wir telefonieren, und sie sagt, kannst du mal eben vorbeikommen, und dieses eben vorbeikommen, ist genau das, was ich sage. Das kostet mich zwei, drei Stunden Zeit. Da hätte ich das halt nicht." (Interview 3, Pos. 39)

Ein *Sonderfall* ist eine weibliche Person, die im Schichtdienst arbeitet. Für diese Person könnte eine Reduzierung der Nachtschichten eine erhebliche Verbesserung ihrer Lebensqualität bedeuten.

Sie beschreibt ihre Situation wie folgt: „Ja, also, was mich wirklich ein bisschen runterzieht, sind meine Nachtschichten, muss ich schon zugestehen. Und ich habe, wie gesagt, für eine längere Zeit nicht in die Rente einbezahlt, also wenig, dann halt auf 400 €, solange meine Kinder mich brauchten. Da möchte ich zum Beispiel einen Beitrag haben. Aber wenn ich jetzt zum Beispiel die Nächte nicht mehr machen müsste und würde nur noch in die Schule gehen oder so was. Also ich habe jetzt eine 21 Stunden Woche. Wenn ich das reduzieren würde, glaube ich, hätte ich diese Tiefs nicht, wie ich jetzt zum Beispiel habe. Also jetzt durch die Nächte, durch den Schlafentzug. Oder dann muss ich dann auch, wenn ich dann keine, ich muss ja sowieso aufstehen, also wäre schon nicht schlecht." (Interview 11, Pos. 39)

Es ist jedoch zu beachten, dass eine Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit nicht für alle Pflegenden sinnvoll erscheint. Eine Person gab an, dass eine weitere Reduzierung ihrer Erwerbsarbeitszeit keinen praktischen Nutzen hätte, da ihre Teilzeitstelle bereits das Minimum sei.

„Also eine halbe Stelle ist das Minimum in meinem Beruf. Insofern würde mir das ja eigentlich nichts bringen." (Interview 12, Pos. 79).

Der Wunsch nach einer Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit bezieht sich jedoch auch auf Personen, die bereits in Teilzeit arbeiten (zwischen 50 Prozent und 75 Prozent) und dennoch bereit wären, ihre Arbeitszeit weiter zu reduzieren, um ihren Betreuungspflichten besser nachkommen zu können. Darüber hinaus zeigen die Daten, dass die vier vollzeiterwerbstätigen Männer in der Stichprobe alle bereit wären, ihre Arbeitszeit zu reduzieren oder sogar aufzugeben.

Erwerbsarbeit erhalten

Diese Kategorie beschreibt die Entscheidung von Pflegepersonen, trotz des Bezugs eines bedingungslosen Grundeinkommens weiterhin erwerbstätig zu sein. Diese Kategorie berücksichtigt, wie sich ein Grundeinkommen auf die Motivation zur Erwerbsarbeit auswirken könnte und welche Rolle die Erwerbsarbeit im Leben der Personen spielt.

Ein wichtiges Thema sind die *finanziellen Einbußen*. Pflegende äußern Bedenken hinsichtlich möglicher finanzieller Einbußen und Herausforderungen, wenn sie ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren würden. Dazu gehören der Verlust von Zusatzeinkünften wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, geringere Beiträge zur Rentenversicherung und die Sorge, dass das Grundeinkommen

allein nicht ausreichen könnte, um den gewohnten Lebensstandard oder die finanzielle Absicherung, insbesondere im Alter, zu gewährleisten.

Eine Person formuliert dies so: „Man hat da noch mal finanzielle Einbußen, was Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld angeht, und ich hab ja auch jahrelang auch Teilzeit gearbeitet, dass ich auch selber gucken muss, dass ich auch für meine Rente einzahle, gerade die letzten Jahre." (Interview 5, Pos. 59).

Ein weiterer Faktor ist die *berufliche Entwicklung*. Einige Pflegepersonen ziehen es vor, ihre berufliche Laufbahn aktiv fortzusetzen, auch wenn ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Verfügung stünde. Diese Entscheidung beruht häufig auf der Bedeutung, die Erwerbsarbeit über das reine Einkommen hinaus im Leben der Menschen spielt, einschließlich beruflicher Zufriedenheit, der Verwirklichung persönlicher Ziele und sozialer Anerkennung.

Eine Person erklärt: „In meinem hohen Alter fange ich jetzt keinen anderen Job mehr an. Nein, aber die meisten sind, die dann pflegen, sind ja auch in meinem Alter und im Beruf auch so, dass es da ja auch schon eher dem Ende zugeht, ne!? Anstatt dass man sagt, okay, man macht jetzt jemand, der jetzt 30 Jahre jünger ist, und verändert seinen Beruf nochmal, natürlich kann man seinen Beruf auch mit 50 noch mal ändern, aber ob man mit Pflege gleichzeitig dann nochmal einen Jobwechsel oder eine Ausbildung macht, also das glaube ich, also ich würde es nicht mehr schaffen, sagen wir es mal so!" (Interview 5, Pos. 55)

Auch die *emotionale Entlastung* durch die Fortsetzung der Berufstätigkeit ist ein wichtiger Aspekt. Die Berufstätigkeit bietet den Pflegepersonen die notwendige psychische Distanz zum Pflegealltag. Sie ermöglicht Momente der Ablenkung und trägt zur psychischen Gesundheit bei, indem sie einen Ausgleich zur emotionalen Belastung durch die Pflege schafft.

Eine Person hebt hervor: „Ja, also das schon. Aber ich würde nicht aufhören wollen zu arbeiten, weil ich brauche einfach auch für meinen Kopf, und für mein Wohlempfinden brauche ich ja auch noch irgendwie was anderes." (Interview 8, Pos. 51)

Der *Erhalt der sozialen Integration* ist ein weiterer bedeutsamer Faktor. Die Erwerbsarbeit sichert den Zugang zu einem sozialen Umfeld außerhalb der Pflege. Die Interaktion mit dem Arbeitskollegium und die Teilnahme am Berufsleben fördern das Zugehörigkeitsgefühl und unterstützen den Erhalt sozialer Kompetenzen.

Eine Person beschreibt dies wie folgt: „Naja, das macht mich aus. Ich möchte meine Dinge umsetzen und ich arbeite mit Menschen in einem anderen Kontext." (Interview 8, Pos. 53)

Schließlich sind *Identitätserhaltung und Selbstverwirklichung* ein wesentlicher Aspekt. Die Arbeit ermöglicht es den Pflegenden, ihre berufliche Identität zu bewahren und persönliche Ziele zu verfolgen. Sie bietet einen Rahmen für persönliche Erfolge und Erfüllung, die unabhängig von der Pflegerolle bestehen.

Eine Person fasst dies zusammen: „Ja, indem ich dann nicht so viel Zeit auf der Arbeit verbringen müsste und mehr Zeit für meine Eltern hätte dann. Aber, wo ich mir dann auch wieder die Frage stelle, wo ist mein Leben? Bin ich geboren, um pflegend zu sein?“ (Interview 10, Pos. 46)

Eine neutrale Betrachtung der Daten zeigt, dass insbesondere alle befragten Frauen den Erhalt der Erwerbsarbeit betonen. Sie betonen, dass Erwerbsarbeit nicht nur eine finanzielle Notwendigkeit darstellt, sondern auch eine wichtige Rolle für ihre psychische Gesundheit, ihre soziale Integration und ihre Selbstverwirklichung spielt. Die Erwerbsarbeit wird als wesentlicher Bestandteil ihrer Identität und ihres Alltags gesehen, der ihnen hilft, die Herausforderungen der Pflege besser zu bewältigen.

Die Kategorie ‚Erhalt der Erwerbsarbeit‘ zeigt, dass viele Pflegende trotz der Einführung eines Grundeinkommens und der potenziellen Möglichkeit, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren, weiterhin erwerbstätig sein möchten.

Erwerbsarbeit aufgeben

In dieser Unterkategorie wird untersucht, ob Pflegepersonen ihre Erwerbstätigkeit aufgeben würden, um sich ganz der Pflege zu widmen, wenn ein bedingungsloses Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € zur Verfügung stünde. Diese Entscheidung betrifft nicht nur die Pflegesituation selbst, sondern auch die persönliche Lebensführung der Pflegenden.

Hervorzuheben ist, dass die Idee des vollständigen Ausstiegs aus der Erwerbsarbeit ausschließlich von einem männlichen Teilnehmer ausgeht. Interessanterweise handelt es sich dabei um die Person, die mit 60 Stunden an 7 Tagen in der Woche den höchsten zeitlichen Einsatz in der Pflegeverantwortung leistet.

Ein Grundeinkommen könnte die Handlungsmöglichkeit schaffen, auf Erwerbsarbeit zu verzichten, um mehr Zeit für die häusliche Pflege zu haben. Dies wird als mögliche Verbesserung der Lebensqualität gesehen.

Ein Beispiel verdeutlicht diesen Aspekt: „Den Job aufzugeben, um mehr Zeit für die häusliche Pflege zu haben. Wenn ich mehr Zeit für die häusliche Pflege habe, bleibt am Ende auch mehr Zeit für mich übrig, weil ich diese

Stunden, die ich sonst im Berufsalltag habe, natürlich aufteilen kann, in Pflege und in Freizeit. (Interview 15, Pos. 63)

Persönliche Freiheit und Selbstfürsorge sind wichtige Elemente, die durch den Ausstieg aus der Erwerbsarbeit entstehen könnten. Mehr Raum für persönliche Erholung und Aktivitäten, die das eigene Wohlbefinden fördern, wird als wichtiger Vorteil gesehen. Pflegende könnten neue Wege finden, sich selbst zu verwirklichen und ihre Freizeit zu genießen.

Fallbeispiel 4: Strukturierte Effizienz, emotionale Pflegebedürfnisse

Der 49-jährige ledige Sohn pflegt seit drei Jahren seine 76-jährige Mutter mit Pflegegrad 3 als Einzelkind ohne familiäre Unterstützung. Mit 22 Stunden an fünf Tagen pro Woche bei gleichzeitiger Vollzeiterwerbstätigkeit entwickelte er ein hochstrukturiertes Pflegemanagement. Seine Situation verdeutlicht sowohl die Möglichkeiten systematischer Organisation als auch die Grenzen rein effizienzorientierter Herangehensweisen.

Seine minutiöse Planungsstrategie umfasst die rechtzeitige Beschaffung von Pflegematerial, strukturierte Tagesabläufe und die präventive Organisation von Terminen. Ein verständnisvoller Arbeitgeber ermöglicht flexible Arbeitszeiten, wodurch er berufliche und pflegerische Verpflichtungen koordinieren kann. Die finanzielle Situation ist durch das Renteneinkommen der Mutter und Unterstützung durch die Geschwister entspannt.

Sein strukturierter Ansatz führt jedoch zu Spannungen mit der Mutter, deren Bedürfnis nach Gemütlichkeit mit seiner Effizienzorientierung kollidiert. Das soziale Netzwerk beschränkt sich hauptsächlich auf die Geschwister und wenige Freunde, wobei der Austausch mit den Geschwistern emotional entlastend wirkt. Eine Haushaltshilfe übernimmt praktische Aufgaben.

Seine Bewertung eines bedingungslosen Grundeinkommens zeigt eine charakteristische Ambivalenz: Einerseits erkennt er die Vorteile einer Erwerbsarbeitszeitreduzierung für mehr Flexibilität und reduzierten Stress. Andererseits hinterfragt er kritisch die gesellschaftlichen Auswirkungen und sieht aufgrund der bereits komfortablen finanziellen Situation seiner Mutter keinen dramatischen Veränderungsbedarf. Seine differenzierte Betrachtung zeigt, wie individuelle Umstände und Wertvorstellungen die Bewertung eines Grundeinkommens prägen.

Die *Neudefinition von Lebensprioritäten* ist in diesem Zusammenhang die zentrale Bedeutungskategorie. Die Aufgabe der Erwerbstätigkeit könnte es der Pflegeperson ermöglichen, sich ganz auf die Bedürfnisse der zu pflegenden Person zu konzentrieren. Dies könnte zu einer intensiveren und möglicherweise erfüllenderen Pflegebeziehung führen, da die pflegende Person mehr Zeit und Energie für diese wichtige Aufgabe aufwenden könnten. Damit ist die Verbesserung der Pflegequalität angesprochen. Ohne die Verpflichtungen eines Berufs könnten Pflegepersonen an Flexibilität in der Tagesgestaltung gewinnen. Dies ermöglicht eine bessere Anpassung an die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen und bietet die Chance, die Pflegequalität zu verbessern. Die zusätzliche Zeit und Aufmerksamkeit, die den Pflegebedürftigen gewidmet werden könnte, könnte zu einer deutlichen Verbesserung des Wohlbefindens und der Lebensqualität der Pflegebedürftigen führen.

„Ich würde als erstes meinen Job aufgeben und die Organisation hier bei meiner Mutter mit Pflegeeinsatz mit allem drum herum, habe ich dann natürlich wesentlich mehr Flexibilität, kann das ganz anders einteilen und hab dann die Möglichkeit, mehr Zeit für sie zu verbringen. Also, es wäre mehr für mich und mehr für sie, müsste mich dann allerdings so damit arrangieren, dass das für mich eine dauerhafte Zuwendung ist." (Interview 15, Pos. 59)

5.3.1.2 Keine Veränderung der Vereinbarkeit

Diese Unterkategorie beleuchtet Bedeutungen, die die Wirksamkeit eines Grundeinkommens in Bezug auf die Vereinbarkeit von Pflege, Familie, Freizeit und Beruf in Frage stellen. Diese Perspektive zeigt, dass ein Grundeinkommen nicht immer zu potenziellen Veränderungen führen muss und dass verschiedene Gründe dafür ausschlaggebend sein können.

Ein wesentlicher Aspekt ist die *Erhaltung des Lebensstandards*. Einige Pflegende sehen sich im Szenario eines Grundeinkommens nicht in der Lage, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren, da dies den Erhalt ihres Lebensstandards gefährden könnte.

Eine Person äußert sich dazu: „Man hat da noch mal finanzielle Einbußen, was Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld angeht, und ich habe ja auch jahrelang auch Teilzeit gearbeitet, dass ich auch selber gucken muss, dass ich auch für meine Rente einzahle, gerade die letzten Jahre." (Interview 5, Pos. 59)

Auch die *Priorisierung der beruflichen Karriere* spielt eine entscheidende Rolle. Die Sorge um die berufliche Zukunft und die Notwendigkeit, im Beruf präsent zu bleiben, überwiegt bei einigen Pflegenden die möglichen Vorteile einer Erwerbsarbeitszeitreduzierung.

Eine Person sagt: „Insofern würde mir das ja eigentlich nichts bringen. Nee, also auch im Hinblick auf Fortkommen und so weiter? Nein, nein, würde mir das so nichts bringen." (Interview 12, Pos. 79)

Ein weiterer Faktor sind die *bereits vorhandenen Unterstützungsstrukturen.* Einige Pflegende sind der Ansicht, dass die bestehenden Unterstützungsangebote wie Freistellung und Sonderurlaub für ihre Situation ausreichend sind. Dies deutet darauf hin, dass ein Grundeinkommen nicht unbedingt neue Lösungen für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bietet.

Eine Person äußert: „Ich glaube, da ist schon ganz, ganz viel passiert, finde ich. Es gibt ja Freistellungen, Sonderurlaub, den ich beantragen kann. Ob ich das mache, ich sag mal, ist meine Sache, könnte ich aber theoretisch. Also ich finde, ich kann das ja nur für den jetzigen Status beurteilen. Ich spreche jetzt nicht von einer vollen Pflegebedürftigkeit, die zu Hause stattfinden soll, dann sieht es sicherlich anders aus. Aber für den Status meiner Eltern, finde ich, ist das ausreichend." (Interview 13, Pos. 81)

Diese Perspektiven zeigen, dass ein Grundeinkommen nicht automatisch zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege, Familie, Freizeit und Beruf führt. Individuelle Lebenssituationen, berufliche Prioritäten und bestehende Unterstützungsstrukturen spielen eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung der Wirksamkeit eines Grundeinkommens.

5.3.2 Finanzielle Situation (Szenario Grundeinkommen)

Abbildung 11: Handlungsspielräume pflegebedürftiger Personen aus Sicht informeller Pflegepersonen zur finanziellen Situation im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen

In diesem Kapitel werden die möglichen Veränderungen der finanziellen Situation durch ein Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € analysiert, wie sie von den informell Pflegenden subjektiv eingeschätzt werden. Ziel ist es, aufzuzeigen, wie ein Grundeinkommen die finanziellen Handlungsmöglichkeiten sowohl der Pflegenden als auch der Pflegebedürftigen beeinflussen könnte.

5.3.2.1 Die finanzielle Situation der pflegebedürftigen Personen im Szenario Grundeinkommen

Eine besondere Stellung nimmt die Wahrnehmung und Bewertung der finanziellen Situation der pflegebedürftigen Person(en) ein. Diese Kategorie berücksichtigt, inwieweit ein Grundeinkommen zu einer Entlastung der finanziellen Situation der Pflegebedürftigen beitragen könnte und welche Auswirkungen dies auf die Entscheidungsfindung der Pflegepersonen in Bezug auf die Pflege und Betreuung haben könnte (s. Abb. 11, vorherige Seite).

Diese Kategorie ist von besonderer Relevanz, da die Pflegenden sowohl im Status quo als auch in der offenen Frage immer wieder die finanzielle Situation ihrer Eltern mit einbeziehen (s. Kap. 5.2.2).

Aktuelles Einkommen höher als das Grundeinkommen

In Situationen, in denen das aktuelle Einkommen der pflegebedürftigen Eltern höher ist als das Grundeinkommen, trägt das Grundeinkommen nicht direkt zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation bei. Da ihr Einkommen bereits ein Niveau erreicht hat, das ihre Grundbedarfe und darüber hinausgehende Ansprüche abdeckt, wird die Unterstützung durch ein Grundeinkommen in diesem Kontext nicht als notwendige Maßnahme zur Sicherung des Lebensunterhalts oder zur Finanzierung der Pflege angesehen.

Eine Person beschreibt dies so: „Überhaupt nicht, weil meine Mutter recht genau 1.500 € Rente hat. Also ich wär auf alles andere genauso angewiesen, weil wenn sie bedingungsloses Grundeinkommen bekommen würde, von 1.500 €, kriegt sie ja keine Rente mehr. Ist ja nicht so, als hätte sie plus die 1.500 € Rente. Sie hätte dann eben die 1.500 € Grundeinkommen. (Interview 6, Pos. 25)

Aktuelles Einkommen niedriger als das Grundeinkommen

In einem Fall, in dem das Haushaltseinkommen unter dem Betrag des bedingungslosen Grundeinkommens liegt, wie bei einer Person, die ihre pflegebedürftigen Eltern türkischer Herkunft pflegt (s. Kap. 5.2.2.1), könnte ein Grundeinkommen eine wichtige finanzielle Unterstützung darstellen. Dies würde den finanziellen Spielraum erweitern und es ermöglichen, qualitativ höherwertige oder zusätzliche Pflegeleistungen zu finanzieren.

Eine Person führt aus: „Ja, das ist ja auch, wenn das auch für meine Eltern zutreffen würde, dann hätte man ja, da sind wir wieder beim Geld, viel mehr Spielraum. Dann könnte man sich vielleicht, wenn man keine Pflegekräfte so bekommt, vielleicht auch privat was suchen, die dann bezahlen entsprechend, sodass die dann auch nochmal gewisse Sachen abnehmen. (Interview 3, Pos. 43)

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte spezifische finanzielle Entlastungen und Verbesserungen für Menschen mit einem Einkommen unterhalb des Grundeinkommen-Niveaus im Pflegekontext bringen. Für Pfle-

gende, deren Einkommensmöglichkeiten durch die Pflegeverpflichtung eingeschränkt sind, stellt das Grundeinkommen eine wesentliche finanzielle Unterstützung dar. Damit könnten qualitativ höherwertige oder zusätzliche Pflegeleistungen für Angehörige finanziert werden, die ohne diese Unterstützung nicht möglich wären. Dazu gehört die Inanspruchnahme professioneller Pflegedienste, die Anschaffung spezialisierter medizinischer Geräte oder der Umbau der Wohnung, um den Bedarfen der Pflegebedürftigen besser gerecht zu werden. Ein Grundeinkommen könnte die Qualität der Pflege verbessern.

Eine Person formuliert: „In Bezug auf meine Mutter jetzt, es wäre natürlich ein positiver Aspekt noch mal, vielleicht könnte man dann noch mal andere Dinge überdenken, vielleicht nochmal in dem Wohnbereich nochmal was zu verändern oder einen elektrischen Rollstuhl wie auch immer zu besorgen, wobei sie aber auch nie in der Lage sein wird, diese Dinge alleine zu bedienen. Da muss halt immer jemand bei sein. Also, das wäre vielleicht noch eine Möglichkeit. Aber, und ich weiß auch nie, wie teuer wird auch eine 24 Stundenkraft irgendwann? Die Preise gehen ja auch da in die Höhe. Im Moment können wir es hoffentlich noch gut händeln, mit Pflegegeld und Rente, und dann müssen wir halt schauen. Dann wäre natürlich, wenn alles andere mal aufgebraucht, es wäre so eine Grundsicherung immer schön, dass man sagen kann: Okay, ich kann damit den Lebensunterhalt von meiner Mutter bestreiten." (Interview 5, Pos. 51)

5.3.2.2 Die finanzielle Situation der informellen Pflegepersonen im Szenario Grundeinkommen

In dieser Kategorie wird untersucht, wie sich die finanzielle Situation der Pflegepersonen selbst verändern könnte und welche Handlungsmöglichkeiten sich daraus ergeben bzw. nicht ergeben (s. Abb. 12, folgende Seite). Dabei werden sowohl direkte finanzielle Auswirkungen als auch indirekte Auswirkungen auf die Pflegeleistungen, den Lebensstandard und die allgemeine wirtschaftliche Sicherheit der Betroffenen berücksichtigt. Ziel dieser Kategorie ist es, ein umfassendes Verständnis der subjektiven Einschätzungen und Erwartungen bezüglich der finanziellen Situation im Kontext eines Grundeinkommens zu entwickeln.

Keine Veränderung der finanziellen Situation

Einige Pflegende sehen keine wesentliche Veränderung ihrer finanziellen Situation durch ein Grundeinkommen. Diese Gruppe, deren Einkommen oder finanzielle Unterstützung bereits ausreicht, um die Pflegeverpflichtungen zu erfüllen, würde durch ein Grundeinkommen keinen direkten Einfluss auf ihre finanzielle Situation und Handlungsmöglichkeiten sehen.

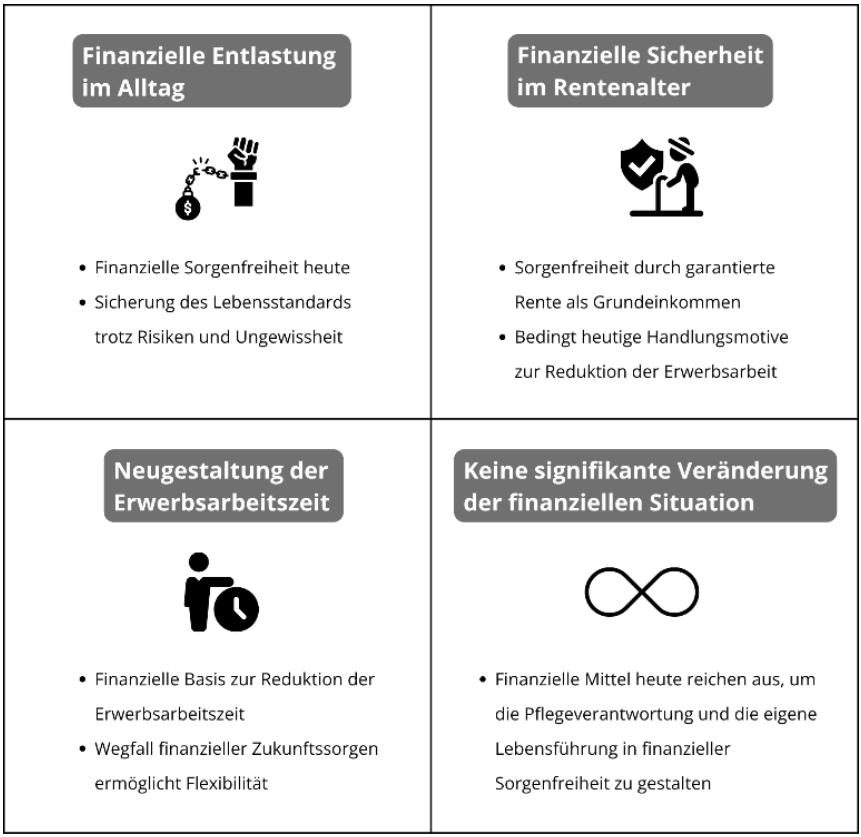


Abbildung 12: Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen zur finanziellen Situation im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen.

Eine Person beschreibt dies so: „Ich sag mal, wirtschaftlicher Art beeinträchtigt uns die Pflege ja nicht. Das könnte andere geben, die jetzt eben nicht

mehr in der Lage sind ihrer Erwerbstätigkeit im bisherigen Umfang nachzugehen, die das tatsächlich massiv wirtschaftlich einschränkt. Das ist bei uns nicht der Fall." (Interview 12, Pos. 75)

Eine andere Person ergänzt: „Auf meine persönliche Situation bezogen, habe ich kein finanzielles Problem. Das würde es ja, es würde sich, glaube ich, nicht großartig verändern in meiner Situation." (Interview 8, Pos. 49)

Die Bedeutung finanzieller Handlungsspielräume

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte zu einer finanziellen Entlastung im Alltag beitragen, indem alltägliche finanzielle Sorgen wie die Deckung der Grundbedürfnisse und die Bewältigung steigender Lebenshaltungskosten reduziert werden.

Eine Person veranschaulicht dies: „So würde ich dann irgendwann auch in dieses Bürgergeld hin abrutschen und das möchte ich eigentlich nicht. Ich bin auf der einen Seite jemand, der dem Staat nicht zur Last fallen will, der also auch für sein Einkommen selbst aufkommen will. Aber wenn ich dann keine berufliche Perspektive habe, ist mir das Risiko zu groß. Mit einem Grundeinkommen kann ich natürlich sagen: Okay, das Geld kommt, ich kann das Risiko eingehen; wenn es nicht klappt, habe ich immer noch eine Chance, dann kann ich immer noch vernünftig weiterleben. Also, das hätte für mich schon eine extrem große Bedeutung und würde auch meine permanente Überlegung wesentlich beeinflussen." (Interview 15, Pos. 61)

Damit einher geht die *Sicherung des Lebensstandards*. Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte einen konstanten und verlässlichen finanziellen Rahmen bieten, der es Individuen ermöglicht, ihren aktuellen Lebensstandard zu halten oder sogar zu verbessern, unabhängig von den Schwankungen im Erwerbsleben oder unvorhergesehenen Ereignissen.

Eine Person beschreibt diesen Aspekt wie folgt: „Man wäre beruhigter. Also ich, ich persönlich, nicht alle, sondern meine persönliche Situation wäre dann etwas beruhigter, weil dann mein Anteil hier fürs Haus gesichert wäre. Also, der ist auch jetzt gesichert. Aber man hätte so ein kleines Polster im Rücken für andere Sachen, was mir ja kein Zeitpolster verschafft." (Interview 9, Pos. 51)

Ein Grundeinkommen könnte sich auch auf die finanzielle Sicherheit im Alter auswirken. Ein garantiertes Einkommen könnte die Sorge um die finanzielle Zukunft im Alter verringern.

Eine Person erklärt: „Ja, das ist nicht so Angst um meine Rente haben muss, weil ich meine, es ist auch ein bisschen Luxus, so die Arbeitszeit zu reduzieren, finde ich, und ich habe gedacht, nachher irgendwann, wenn du da mal so 70, 80 bist, dann beißt du dich vielleicht den Hintern, weil du das damals so gemacht hast, weil du dann jetzt so sparen muss und gucken, wie du über die Runden kommst. Und dann hätte ich dann, ja dann hätte ich gesagt, mit 1.500 € hab ich schon mal die Miete und so die Grundkosten drin, und dann kann ich gucken, was da noch kommt, ja!“ (Interview 10, Pos. 50)

Diese *finanzielle Sorgenfreiheit im Alter* beinhaltet die Reduzierung von Ängsten und Sorgen um die finanzielle Absicherung im Alter. Pflegende, die sich durch die Pflegeverpflichtungen in ihrer Erwerbsfähigkeit und damit in ihrer Möglichkeit, Rentenbeiträge zu leisten, eingeschränkt sehen, gewinnen durch das Grundeinkommen eine Garantie für eine finanzielle Grundsicherung.

Eine Person weist darauf hin: „Das wird mit Sicherheit für viele pflegende Angehörige die Situation etwas entspannen, und man macht sich vor allen Dingen, und das ist so meine größte Sorge, ich mache mir nicht um meine augenblickliche Situation sorgen, sondern eigentlich viel eher darum, was wird mit meiner Rente werden? Und wenn ich weiß, es gibt ein bedingungsloses Grundeinkommen, dann ist mir das ja schon mal auch als Rentner sicher.“ (Interview 8, Pos. 57)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die *flexible Gestaltung der Erwerbsarbeitszeit* heute. Ein Grundeinkommen könnte es Pflegepersonen ermöglichen, ihre Erwerbsarbeitszeit anzupassen, ohne finanzielle Einbußen im Alter befürchten zu müssen. Diese Möglichkeit, weniger zu arbeiten, würde es ihnen erlauben, sich mehr auf die Pflege zu konzentrieren und gleichzeitig eine Balance zwischen Pflegeaufgaben und persönlichen Bedürfnissen zu finden.

Eine Person berichtet: „Wenn ich jetzt ein Grundeinkommen hätte, dann würde ich meine Arbeit doch reduzieren […].“ (Interview 11, Pos. 45)

5.3.3 Persönliches Wohlbefinden im Szenario Grundeinkommen

In diesem Kapitel werden die möglichen Veränderungen und Auswirkungen eines Grundeinkommens i. H. v. 1.500 € auf das persönliche Wohlbefinden informell Pflegender untersucht (s. Abb. 13). Die Analyse gliedert sich in zwei zentrale Aspekte: Zum einen wird untersucht, wie ein Grundeinkommen neue zeitliche Freiräume für die Selbstsorge der Pflegenden schaffen könnte. Zum anderen wird untersucht, welche Auswirkungen die zusätzlich verfügbare Zeit auf die Organisation der Pflege selbst hätte. Beide Dimensionen – Zeit für Selbstsorge und Zeit für Pflege – stehen in engem Zusammenhang mit dem subjektiven Wohlbefinden der Pflegenden.

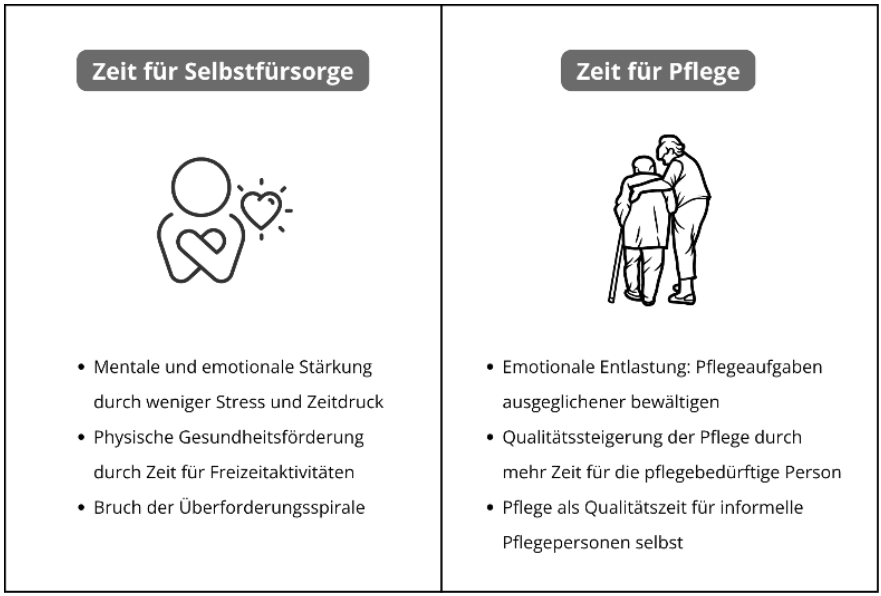


Abbildung 13: Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen zum persönlichen Wohlbefinden im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen.

5.3.3.1 Zeit für Selbstfürsorge

Diese Kategorie bezieht sich auf den potenziellen Zuwachs an zeitlichen Ressourcen durch ein Grundeinkommen, der es Pflegenden ermöglichen könnte, sich verstärkt ihren eigenen physischen, psychischen und emotionalen Bedürfnissen zu widmen. Die gewonnene Zeit könnte für Aktivitäten genutzt werden, die für die Selbstfürsorge zur Erhaltung oder der Verbesserung der eigenen Gesundheit und des Wohlbefindens beitragen, wie z. B. sportliche Betätigung, Entspannung, kulturelle oder soziale Aktivitäten sowie die Pflege sozialer Kontakte.[117]

Dies wird in folgendem Dialog deutlich.

T: „Also, ich wäre gelassener, nicht so gereizt, hätte auch Zeit, mich um meine Kinder zu kümmern, die jetzt teilweise schon ein Jahr in Köln wohnen und sagen, du warst noch nicht in unserer neuen Wohnung. Sag ich ja, jedes zweite Wochenende arbeiten, dann irgendwann mal Durchschnaufen, zum Opa hochfahren, wann? So was zum Beispiel. Also, ich wäre dann wieder mehr Mensch."

I: „Was bedeutet das für Sie, Mensch zu sein?"

T: „Zeit für mich zu haben, mal rauszugehen, das zu tun, was mir auch gut tut. [...]"

I: „Was glauben Sie, welche Auswirkungen hätte das dann auch für Sie in der Rolle als pflegende Person?"

T: „Ich bin präsenter, ich bin ausgeglichener. Das Gereizte ist weg, der Druck ist weg. Wenn mein Vater sagt, wie du fährst schon wieder, sage ich: Naja, ich habe jetzt noch anderthalb Stunden Autobahn, wenn ich gut durchkomme. Ich muss jetzt, und morgen ist wieder Frühdienst." (Interview 14, Pos. 83-87)

Die *mentale und emotionale Stärkung* ist ein zentraler Aspekt dieser Kategorie. Die Reduzierung von Stress und Druck durch die zusätzliche finanzielle Sicherheit und den damit verbundenen zeitlichen Spielraum kann zu einer deutlichen Verringerung der psychischen Belastung führen. Die Möglichkeit, sich zu entspannen, ohne sich ständig Gedanken über die finanzielle Situation

---

[117] Selbstfürsorge wird hier als wesentlicher Bestandteil einer ausgewogenen Lebensführung verstanden, die durch den Abbau von Stress und Überforderung sowie die Förderung von Erholung und Zufriedenheit gekennzeichnet ist (vgl. Reichhart 2021, 13-19).

oder den nächsten Termin machen zu müssen, verbessert das emotionale Gleichgewicht und die psychische Gesundheit.

Eine Person legt dar: „Das würde die Sache auch komplett für mich vereinfachen. Dann hätte ich viel mehr Spielraum, zeitlichen Spielraum. Und vielleicht würde mir das gesundheitlich dann auch gut tun, dass man mehr Zeit hat und auch für sich dann, dass man die Sachen in Ruhe erledigen kann und jetzt nicht mehr unter Stress erledigt, wie so ein Berserker, quasi von Ort zu Ort fährt, die Sachen telefonisch organisiert, das alles im Kopf haben muss und und und. Da sind ja so viele Sachen manchmal auch durchgeflutscht, Termine und und und also, das würde die Sache dann extremst vereinfachen." (Interview 3, Pos. 37)

Ein anderer Aspekt ist die *physische Gesundheitsförderung.* Durch mehr Zeit für sich selbst wird es möglich, etwas für die eigene körperliche Gesundheit zu tun, z. B. durch Sport oder andere körperliche Aktivitäten. Dies steht im direkten Gegensatz zur heutigen Situation, in der Zeitmangel und Stress solche gesundheitsfördernden Maßnahmen oft verhindern.

Eine Person beschreibt dies so: „Was, wenn man es erweitert sieht, ist natürlich immer wieder, je mehr Zeit ich mir freischaufeln kann und wenn das ganze hier am Laufen ist und ich dann wieder mehr Zeit habe, dann komme ich auf den Gedanken, okay ich mach mal morgen eine halbe Stunde Sport, ob das jetzt von dem Grundeinkommen ist. Aber das ist halt der Zeitfaktor." (Interview 2, Pos. 45)

Ein wiederkehrendes Thema ist das *Durchbrechen der Überforderungsspirale.* Pflegende machen sich Sorgen um ihre eigene Zukunft und die mögliche Übertragung der Pflegelast auf die nächste Generation. Mehr Zeit für Selbstfürsorge könnte helfen, diesen Kreislauf zu durchbrechen, indem Pflegende sich regenerieren und Strategien entwickeln können, die eine nachhaltigere Pflegesituation schaffen.

Eine Person erklärt: „Ja, dass man selber sich auch ein Stück weit schützt. Ja also, wir sind ja dann in der Spirale. Also, ich sehe das in der Spirale. Die Spirale läuft so ab: Ich bin jetzt für meine Eltern da, zerreiße mich im Prinzip. Irgendwann sind die nicht mehr da, naturgemäß. Dann komme ich, weil ich mich zerrissen habe, in die Situation, dann ist hoffentlich mein Sohn da, und dann passiert, fängt das gleiche wieder von vorne an. Das ist halt immer, ja, weiß ich nicht also Kosten, Zeitfaktor, das sind die Mainpoints finde ich." (Interview 3, Pos. 47)

5.3.3.2 Zeit für die Pflege

Diese Unterkategorie beschreibt die durch ein Grundeinkommen induzierten Möglichkeiten, mehr Zeit und Aufmerksamkeit für die Pflege und Betreuung pflegebedürftiger Personen aufwenden zu können. Die zusätzliche zeitliche Ressource könnte es Pflegenden ermöglichen, ihre Pflegeaufgaben ohne Druck und Stress zu bewältigen und dadurch die Qualität der Pflege sowie das eigene Wohlbefinden zu verbessern. Dies wird von einer Person wie folgt beschrieben:

T: „Das nähme den Druck weg. Ich hätte viel mehr Zeit für meinen Vater. Jetzt fahre ich hin, das, was gerade gemacht wird, eine Arztbegleitung oder weil die zwei Wochen wiederum sind oder weil irgendwas ansteht. Dann könnte ich mit ihm wirklich mal was noch machen, wo er sagt, das habe Spaß dran, nochmal irgendwo hinfahren. Ich hätte noch Zeit für mich und wäre auch, wenn ich da ankomme, ausgeglichen."

I: „Also was würden sich dann verändern?"

T: „Die Qualität seiner Betreuung wäre besser. Mir ginge es dabei besser, dass ich nicht auf dem Zahnfleisch gehe, also ich fände das gut." (Interview 14, Pos. 65-67)

Die *emotionale Entlastung* der Pflegenden ist hier eine zentrale Bedeutungsdimension. Wenn mehr Zeit für die Pflege zur Verfügung stehen würde, könnten sich der Druck auf die Pflegeperson verringern. Dies könnte zu einer emotionalen Entlastung führen, die es ihnen ermöglicht, ihre Aufgaben ausgeglichener und mit weniger Irritationen zu bewältigen. Die Reduktion von Stress trägt wesentlich zum eigenen Wohlbefinden der Pflegenden bei.

Eine Person erklärt: „Indem ich einfach mehr Zeit habe, dass ich die Sachen gelassener angehe, dass ich mir auch die Zeit nehme, vielleicht noch mehr die Zeit nehme, statt wirklich mal eine Stunde anderthalb vor Ort vielleicht zu sein, die Sachen zu erledigen, einfach mal auch, das glaube ich auch, das würden sich meine Eltern auch wünschen, weil auch da immer das Veto kommt, gehst du schon wieder und so weiter, und ja, geht halt nicht anders." (Interview 3, Pos. 39)

Die *Steigerung der Pflegequalität* bezieht sich auf die Verbesserung der Pflegeleistung durch zusätzliche Zeitressourcen, die es ermöglichen könnte, die Pflege ruhiger und mit mehr Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen zu gestalten. Mehr Präsenz und die Möglichkeit, auf individuelle Wünsche und Bedürfnisse einzugehen, tragen zu einer Verbesserung der Le-

bensqualität der Pflegebedürftigen bei. Pflege als Qualitätszeit für die Pflegenden selbst beschreibt in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, nicht nur mehr Zeit in die Pflege zu investieren, sondern auch Qualitätszeit mit dem Pflegebedürftigen zu verbringen, die über die reine Pflegetätigkeit hinausgeht. Pflege wird so zu einer Zeit, die das eigene Wohlbefinden stärkt.

5.3.4 Soziale Netzwerke im Szenario Grundeinkommen

Das Kapitel untersucht die potenziellen Auswirkungen eines Grundeinkommens von 1.500 € auf das soziale Netzwerk informeller Pflegepersonen (s. Abb. 14, folgende Seite). Analysiert werden Veränderungen in familiären Beziehungen, professionellen Unterstützungsstrukturen und ehrenamtlichem Engagement sowie mögliche Effekte auf die gesellschaftliche Wahrnehmung von Pflege.[118]

5.3.4.1 Direktes soziales Umfeld und familiäres Netzwerk

Diese Kategorie bezieht sich auf mögliche Veränderungen und Auswirkungen, die ein Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € auf die Beziehungen, Unterstützungsstrukturen und Interaktionen im direkten sozialen und familiären Umfeld der pflegenden Person haben könnte. Ein Grundeinkommen könnte die Möglichkeiten der Unterstützung durch Familienangehörige und das direkte soziale Umfeld erweitern und damit zu einer besseren Bewältigung der Pflegeaufgaben beitragen.

Eine Person beschreibt dies so: „Es könnte vielleicht schon sein, dass ich möglicherweise mit meiner Freundin dann mal drüber gesprochen hätte, ob

[118] Die Befassung mit dem sozialen Netzwerk stellte sich im Rahmen der Interviews als die abstrakteste Fragestellung dar. Diese wurde von den Pflegenden in der offenen Fragestellung nur selten thematisiert, sodass sie im Sinne der problemzentrierten Interviewmethode explizit nachgefragt werden konnte (s. Kap. 4.2.2). In diesem Kontext wurde seitens der Befragten eine Vielzahl an Interpretationsmöglichkeiten aufgezeigt. Diese reichten von einer Betrachtung der Pflege innerhalb der Familie über die Einbeziehung professioneller Hilfe und Ehrenamts bis hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive. Die Diskussion dieser unterschiedlichen Sichtweisen ist ein wesentlicher Bestandteil des Forschungsprozesses. Es lässt sich jedoch bereits jetzt ableiten, dass die Verantwortung für die Angehörigenpflege primär als Verantwortung eines kleinen Kreises wahrgenommen wird und weniger als gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

sie vielleicht noch einen Tag abknappst. [...] Es könnte natürlich schon sein, dass es mich bei dem Drumherum entlastet, wenn mir dadurch die Möglichkeit gegeben wird, dass ich ein bisschen Zeit in den Bürozeiten oder auf Businessseite dann freischaufeln kann."(Interview 2, Pos. 43)

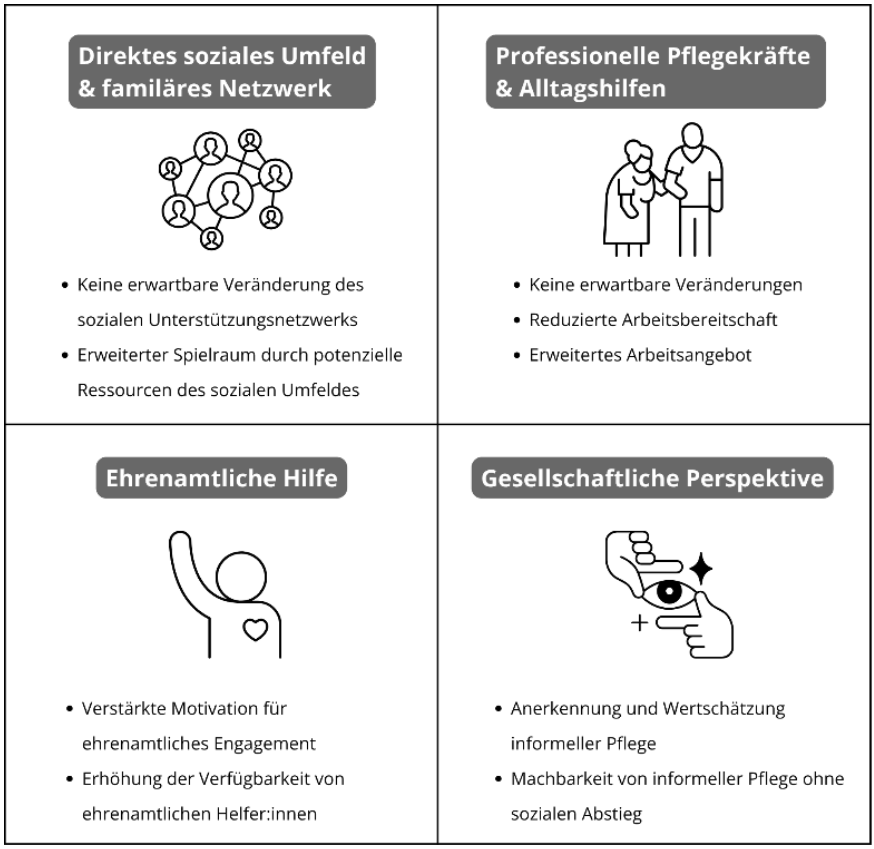


Abbildung 14: Potenzielle Handlungsmöglichkeiten sozialer Akteure im Unterstützungsnetzwerk informeller Pflegepersonen im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen.

Die *Erweiterung des familiären Unterstützungsspielraums* hat eine wichtige Bedeutung. Ein Grundeinkommen könnte die Kapazitäten von Familienmitgliedern und des direkten sozialen Umfelds beeinflussen und erweitern, so dass mehr Unterstützungsmöglichkeiten entstehen. Es könnte Pflegenden ermöglichen,

ihre Pflegeaufgaben besser zu bewältigen und gleichzeitig mehr Zeit für andere Verpflichtungen oder Erholungsphasen zu haben.

Es gibt aber auch die Perspektive, dass ein Grundeinkommen i. H. von 1.500 € *keine signifikanten Veränderungen* in den Beziehungen, Unterstützungsstrukturen und Interaktionen im direkten sozialen und familiären Umfeld der pflegenden Person bewirken würde. Aus dieser Sicht würde die Einführung eines Grundeinkommens keine oder nur marginale Auswirkungen auf ihre bestehenden Unterstützungsstrukturen haben.

Eine Person sagt dazu: „Also, wenn wir uns n dieser Dreierkonstellation, mein Mann und ich und meine Schwiegermutter, würde jetzt sich nicht viel ändern, wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe, glaube ich zumindest." (Interview 12, Pos. 83)

5.3.4.2 Professionelle Pflegekräfte und Alltagshelfer:innen

Hier wird untersucht, welche Auswirkungen ein Grundeinkommen auf die Verfügbarkeit und Motivation von professionellen Alltagshelfer:innen und Pflegekräften haben könnte, die in der Regel Unterstützung im Alltag von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen leisten. Ein Grundeinkommen könnte die Bereitschaft und Motivation dieser Helfer:innen beeinflussen, ihre Dienste weiterhin anzubieten, was direkte Auswirkungen auf die Pflegesituation haben könnte.

Eine Person erklärt dies so: „Wenn die [die Haushaltshilfe] jetzt Grundeinkommen bekommen würde [...], ich weiß nicht, ob die dann überhaupt noch die Haushaltshilfe machen würde, ob die dann nicht vielleicht einen anderen Job machen würde." (Interview 6, Pos. 35)

Eine weitere mögliche Perspektive ist, dass es *keine signifikanten Auswirkungen auf das Unterstützungsnetzwerk* geben würde. Es wird daher nicht erwartet, dass ein Grundeinkommen die Verfügbarkeit, Motivation oder Effizienz von professionellen Pflegekräften und Alltagshilfer:innen wesentlich verändern würde.

Eine Person äußert: „Nee, nicht wirklich, weil ich glaube, das würde so bleiben. Also, wir sind hier schon gut vernetzt, sag ich mal, dass man die Caritas hat, die Physiotherapie, die auch Hausbesuche macht. Das macht ja auch nicht jeder. Mittagessen, Reinigungskraft, also, ich glaube, da sind wir schon sehr gut vernetzt hier." (Interview 5, Pos. 67)

Auf der anderen Seite gibt es Bedenken hinsichtlich einer *reduzierten Erwerbsarbeitsbereitschaft*. Die persönliche und finanzielle Motivation von professionellen Alltagshelfer:innen könnte durch ein Grundeinkommen beeinflusst werden, was zu einer geringeren Verfügbarkeit von qualifizierten Helfer:innen führen könnte.

Es gibt aber auch ein *Potenzial zur Ausweitung des Engagements*. Ein Grundeinkommen könnte dazu führen, dass mehr Menschen, insbesondere ältere oder bereits pensionierte Fachkräfte, bereit sind, in der Pflege oder als Alltagshelfer:innen zu arbeiten. Dies könnte dazu beitragen, den derzeitigen Mangel an qualifizierten Pflegekräften zu lindern.

Eine Person schildert dies folgendermaßen: „Es ist natürlich auch gerade in dem Modell die Hoffnung, dass dann halt auch Leute mal eher sagen, also auch zum Beispiel, die Mutter meiner Freundin ist jetzt in Rente gegangen. Die hat ja jetzt die Rente auch noch rausgezögert, weil man das einfach kann, man kann zur Rente relativ einfach nebenbei was verdienen und erhält viel, und sie ist ja jetzt keine Pflegekraft, aber Pflegekräfte in der Situation, die auch schon was älter sind. Damit hätte man wahrscheinlich oder vielleicht auch die Möglichkeit, mehr Personal zu kriegen, und könnte vielleicht da mal wieder eine gewisse Lockerung geben, dass einfach ausreichend Personal da ist und nicht immer dieses knappe, was jetzt die Pflegedienste haben." (Interview 2, Pos. 41)

5.3.4.3 Ehrenamtliches Engagement

Diese Kategorie untersucht mögliche Veränderungen und Entwicklungen im Bereich des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements, die sich durch ein Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € ergeben könnten. Ein zentraler Aspekt dieser Kategorie ist die erhöhte Motivation für ehrenamtliches Engagement, die sich aus der finanziellen Unabhängigkeit ergibt, die ein Grundeinkommen mit sich bringen könnte. Dies könnte es den Menschen ermöglichen, ihre Zeit und ihre Fähigkeiten freiwillig und unabhängig von finanziellen Zwängen in die Unterstützung und Pflege von Pflegebedürftigen und ihren Familien einzubringen.

Eine Person beschreibt dies wie folgt: „Vielleicht wäre es interessant, dass diejenigen, die so im Augenblick so Alltagsbegleitung machen, diese Berufe, die sich entwickelt haben, dass es davon mehr und leichter jemanden gäbe zu finden, dass dieser Aspekt, der eben bei uns eine große Rolle spielt, Vereinsamung, dass man dem ein bisschen begegnen kann, weil Menschen, die jetzt

in besonderer Weise sich für so eine Ansprache und Fürsorge eignen, oft ja eben nicht so bezahlt sind, wie man sich das wünschen würde. Wenn die mit einem bedingungslosen Grundeinkommen ausgestattet wären und dann eben gleichzeitig bereit sind, Fürsorge zu leisten, dann ist das was, was ich mir ganz gut vorstellen könnte. Ja." (Interview 12, Pos. 81)

Die *Stärkung der Motivation für ehrenamtliches Engagement* ist ein zentraler Aspekt dieser Kategorie. Durch die finanzielle Unabhängigkeit, die ein Grundeinkommen bietet, könnten mehr Menschen motiviert werden, sich ehrenamtlich zu engagieren. Sie könnten ihre Zeit und ihre Fähigkeiten freiwillig einbringen, ohne auf eine finanzielle Entschädigung angewiesen zu sein.

Eine Person merkt an: „Und vielleicht, das ist eine Idee, vielleicht wäre das etwas, wo man dann mehr ehrenamtliche Menschen zu kriegen könnte, sich zu kümmern […]." (Interview 4, Pos. 37)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die *Erhöhung der Verfügbarkeit von Freiwilligen.* Ein Grundeinkommen könnte dazu führen, dass mehr Menschen bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren, da sie nicht mehr auf ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Gerade im Bereich der Pflege und Betreuung von Pflegebedürftigen könnte dies zu einer besseren Unterstützung und weniger Vereinsamung beitragen.

5.3.4.4 Gesellschaftliche Perspektive

Diese Kategorie bezieht sich auf die weitergehenden sozialen und kulturellen Auswirkungen, die ein bedingungsloses Grundeinkommen auf die Wahrnehmung von Pflegebedürftigen, die Wertschätzung ehrenamtlicher und pflegerischer Arbeit sowie auf das soziale Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben könnte. Diese Kategorie erfasst die subjektive Einschätzung der informellen Pflegepersonen, wie sich ein Grundeinkommen auf das gesellschaftliche Verständnis und die Anerkennung von Pflegearbeit auswirken könnte.

Eine Person stellt dies so dar: „Aber gesellschaftlich könnte ich mir das durchaus vorstellen, weil vielleicht der Druck dann nicht ganz so da ist. Das reibt sich ja, das Arbeitseinkommen zu erwirtschaften und gleichzeitig Pflege zu leisten. Da könnte ich mir das durchaus gut vorstellen, dass das zur Entlastung beiträgt und entsprechend natürlich auch die Rentenpunkte. Das ist ja jetzt auch schon so, dass da eben Rentenpunkte für geleistet werden, die Pflege dadurch auch eine etwas größere Bedeutung noch irgendwie erhält oder größere Wertschätzung." (Interview 12, Pos. 77)

Fallbeispiel 5: Moderate Belastung, stabiles Umfeld – Pflege ohne Veränderungsbedarf

Die 54-jährige verheiratete Tochter betreut seit fünf Jahren ihre beiden Eltern mit jeweils Pflegegrad 3 mit 10 Stunden an sieben Tagen pro Woche – der geringste Pflegeaufwand in der Stichprobe. Ihre Situation illustriert exemplarisch, wie ein funktionierendes soziales Netzwerk und systematische Organisation den Pflegeaufwand minimieren und den Bedarf nach zusätzlicher finanzieller Unterstützung reduzieren können.

Das Fundament ihrer erfolgreichen Pflegebewältigung bildet ein hocheffizientes Familiensystem: Der Ehemann unterstützt aktiv bei der Organisation, der erwachsene Sohn übernimmt delegierte Aufgaben wie Arztbegleitungen, und eine Generalvollmacht ermöglicht unbürokratische Entscheidungen. Diese arbeitsteilige Struktur reduziert ihren persönlichen Zeitaufwand erheblich. Die berufliche Flexibilität als Vollzeitangestellte ermöglicht zusätzlich spontane Freistellungen und Sonderurlaub bei Bedarf.

Ihre Bewältigungsstrategien zeichnen sich durch präventive Planung und geschickte Nutzung verfügbarer Ressourcen aus. Kombinationsleistungen und Verhinderungspflege werden strategisch eingesetzt, die finanzielle Stabilität der Familie ermöglicht vorläufige Unterstützung ohne materielle Sorgen. Die komplexe Pflegebürokratie stellt ihre größte Herausforderung dar, wird aber durch systematische Herangehensweise und familiäre Arbeitsteilung bewältigt.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde in ihrer Situation keine wesentlichen Verbesserungen bewirken. Sie sieht weder für ihre Eltern noch für sich selbst einen Mehrwert, da die finanzielle Situation bereits stabil und die Pflegeorganisation effizient ist. Bestehende Unterstützungsstrukturen wie Freistellungen und Sonderurlaub empfindet sie als ausreichend. Ihre Perspektive verdeutlicht, dass ein Grundeinkommen nicht universell als Lösung wahrgenommen wird, sondern stark von individuellen Ressourcen und Netzwerkstrukturen abhängt. Gleichzeitig räumt sie ein, dass sich ihre Bewertung bei einer Verschlechterung des Pflegezustands ändern könnte.

Die *Anerkennung und Wertschätzung der Pflegetätigkeit* ist von zentraler Bedeutung. Hier wird die Bedeutung der Anerkennung und angemessenen Wertschätzung der Arbeit von Pflegekräften und ehrenamtlich Engagierten thematisiert. Ein Grundeinkommen könnte dazu beitragen, die gesellschaftliche

Anerkennung von Pflege- und Sozialberufen zu erhöhen und ihren Stellenwert in der Gesellschaft zu stärken.

Eine weitere Dimension ist die *Leistbarkeit von Pflege ohne sozialen Abstieg*. Diese Dimension bezieht sich auf die Einschätzung der Möglichkeiten und Bedingungen, unter denen die Übernahme von Pflegeverantwortung für informelle Pflegepersonen erfolgen kann, ohne dass die pflegende Person negative Auswirkungen auf ihre soziale Stellung, ihr Einkommen und ihre berufliche Karriere hinnehmen muss.

Eine Person argumentiert so: „Gesellschaftlich betrachtet könnte sich dadurch eine Menge ändern. Das würde ich durchaus sehen, weil mehr Pflege unter Umständen privat geleistet werden kann, ohne dass da ein sozialer Abstieg mit verbunden ist. Das ist ja dann oft auch der Fall." (Interview 12, Pos. 77)

5.3.5 Allgemeine Einstellung zum Grundeinkommen

Im Rahmen der Interviews wurde nicht nur nach den Handlungsmöglichkeiten und deren Bedeutung für die Pflegenden gefragt, sondern abschließend auch die grundsätzliche Einstellung zum Grundeinkommen erfasst. Diese abschließende Darstellung der allgemeinen Einstellungen dient dazu – auch wenn sie nicht direkt zur Beantwortung der Forschungsfragen beiträgt – das Gesamtbild abzurunden und die vielfältigen Perspektiven der Teilnehmenden zu dokumentieren. Obwohl sich alle Teilnehmenden auf das Grundeinkommensszenario eingelassen und hier bereits differenziert und facettenreich argumentiert haben, zeigt sich, dass die Gesamtsicht auf das Grundeinkommen kontrovers, komplex und keineswegs einfach ist.

Die allgemeine Einstellung zum Grundeinkommen in der Stichprobe reicht von enthusiastischer Zustimmung über ambivalente Gefühle bis hin zu entschiedener Ablehnung. Diese unterschiedlichen Perspektiven spiegeln die vielfältigen Überlegungen wider, die das Thema Grundeinkommen in der Gesellschaft auslöst (s. Kap. 3.2.2.4).

Ein erheblicher Teil der Befragten steht dem Grundeinkommen positiv gegenüber. Diese Zustimmung basiert häufig auf der Erwartung, dass das Grundeinkommen die *Lebensqualität und die gesellschaftliche Teilhabe* verbessern könnte. Diese Personen betonen die Freiheit, die durch ein gesichertes Einkommen entsteht und die Möglichkeit, sich sinnvolleren Tätigkeiten zu widmen.

Eine Person formulierte dies folgendermaßen: „Ja, wenn man so viel Geld bekommt, dass man leben kann, und dann mit der Zeit, die man ja nicht arbeiten muss, wirklich was Sinnvolles macht, fände ich genial. Könnte man sich ehrenamtlich einbringen, man könnte wirklich mal die Dinge machen, die einen selber weiterbringen, wo man vielleicht nachher noch wertvolle für die Gesellschaft ist." (Interview 14, Pos. 63)

Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe von Befragten, die dem Grundeinkommen kritisch gegenübersteht. Diese Skepsis hängt häufig mit der Sorge um mögliche *negative wirtschaftliche und soziale Folgen* zusammen. Diese Personen halten das Grundeinkommen für ineffizient und unnötig, insbesondere für Personen, die bereits finanziell abgesichert sind.

Ein Beispiel für diese Haltung: „Das finde ich schon. Aber jedem jetzt, also ich meine, wofür brauchen Sie und ich irgendwie ein bedingungsloses Grundeinkommen? Also finde ich jetzt irgendwie unsinnig. Das ist so Gießkanne, finde ich nicht richtig eigentlich." (Interview 7, Pos. 25)

Ein weiterer Teil der Befragten zeigt eine ambivalente Haltung zum Grundeinkommen. Diese Personen erkennen sowohl die möglichen Vorteile als auch die möglichen Nachteile und äußern häufig gemischte Gefühle. Diese Unsicherheiten spiegeln die Komplexität des Themas wider.

Eine Interviewperson drückte diese Ambivalenz folgendermaßen aus: „Ja, ich weiß nicht, ich bin da nicht so komplett ablehnend eigentlich. Also, ich glaube schon, dass es ein bisschen Druck rausnimmt aus der Gesellschaft, weil es halt für jeden eine Belastung ist […]. Aber ich bin halt skeptisch, ob das funktionieren würde, weil ich glaube, es ist natürlich eine schöne Utopie, sage ich mal." (Interview 7, Pos. 25)

Neben den grundsätzlichen Einstellungen zum Grundeinkommen wurden in den Interviews mehrere spezifische Themenbereiche identifiziert, die die Diskussion um das Grundeinkommen prägen. Einige Befragte sehen im Grundeinkommen eine Möglichkeit, Bürokratie abzubauen und den Zugang zu Unterstützung zu erleichtern. Sie glauben, dass das Grundeinkommen administrative Hürden abbauen und mehr Menschen ermutigen könnte, Hilfe anzunehmen. Auch die *flexible Lebensgestaltung,* die ein Grundeinkommen ermöglichen könnte, wurde häufig genannt. Viele sehen darin eine Chance, ihr Leben selbstbestimmter und kreativer zu gestalten.

Die *ökonomische Tragfähigkeit* des Grundeinkommens ist ein zentraler Punkt in der Diskussion. Viele Befragte äußerten Bedenken hinsichtlich der Kosten und der Finanzierungsmöglichkeiten. Auch die Auswirkungen des Grundeinkommens auf die Leistungsgerechtigkeit wurden häufig thematisiert. Einige

Befragte sehen im Grundeinkommen eine Gefahr für die Gerechtigkeit, da es Leistungen ohne adäquate Gegenleistung gewähren könnte.

Die Meinungen darüber, wie sich ein Grundeinkommen auf die Arbeitsmotivation auswirken könnte, sind geteilt. Während die einen befürchten, dass es die Arbeitsmoral senken könnte, sehen andere darin eine Chance, die Arbeitswelt neu zu gestalten. Diese unterschiedlichen Sichtweisen wurden in den Interviews deutlich.

Eine Person äußert sich grundsätzlich skeptisch: „Ja, warum sollte ich denn dann noch arbeiten gehen? Also das ist ja unlogisch, dann geht ja kein Mensch mehr arbeiten." (Interview 7, Pos. 45).

Gleichzeitig sagt eine andere Person: „Ich glaube, dass viele, wenn sie dann plötzlich zu Hause sind und dann sagen, also mein Leben hat jetzt irgendwie keinen Sinn mehr. Deswegen glaube ich, dass es also viele auch dazu bewegt, wieder neu ins Berufsleben einzusteigen oder das Berufsleben etwas intensiver zu betreiben." (Interview 15, Pos. 65)

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Meinungen zum Grundeinkommen und den damit verbundenen Aspekten sehr unterschiedlich sind. Die unterschiedlichen Meinungen und Einstellungen spiegeln die Komplexität und die weitreichenden Implikationen wider, die die Diskussion um das Grundeinkommen bereits heute mit sich bringt (s. Kap. 3.2).

5.4 Die Wechselseitigkeit der Lebenslagenfaktoren im Szenario Grundeinkommen

Die potenziellen Handlungsmöglichkeiten im Grundeinkommensszenario sind durch eine komplexe Dynamik gekennzeichnet, bei der die Lebenslagenfaktoren in enger Wechselwirkung zueinander stehen (s. Kap. 2.3.3.3). Obwohl der Lebenslagen-Ansatz primär eine statische Analyse ermöglicht, sollen im Folgenden die zentralen Wechselwirkungen zwischen den Faktoren anhand der Interviewdaten herausgearbeitet werden.

5.4.1 Dynamisches Verhältnis von Vereinbarkeit der Lebensbereiche und finanzieller Situation

Die Balance zwischen finanzieller Absicherung und verfügbarer Zeit ist für informelle Pflegepersonen entscheidend, um sowohl die finanziellen Bedürfnisse zu befriedigen als auch genügend Zeit für die Pflegeaufgaben und die persönliche Erholung zu haben. Diese Balance wird durch ein Grundeinkommen beeinflusst, wie die subjektiven Einschätzungen der pflegenden Angehörigen zeigen (s. Abb. 15, folgende Seite).

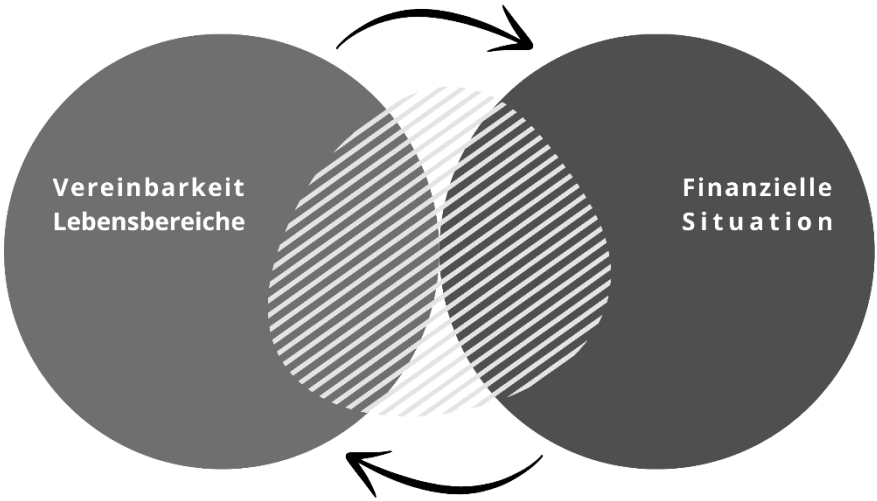


Abbildung 15: Dynamische Wechselwirkung zwischen den Lebenslagenfaktoren ‚Vereinbarkeit der Lebensbereiche' und ‚finanzielle Situation'. Die schraffierte Fläche symbolisiert den dynamischen Anpassungsprozess.

Eine Person hat die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf das zeitliche und finanzielle Gleichgewicht wie folgt beschrieben: „… in der aktuellen Planung wäre das für mich quasi eine Perspektive. Ich würde wieder Geld bekommen, kann dieses Geld, muss ich dann nicht mehr mit der Rentenversicherung verrechnen, sodass ich mir meinen Lebensabend leisten kann, sondern das wäre ja da für den Rest meiner Zeit. Ich kann meinen Job aufgeben, ich kann mich um meine Mutter kümmern und muss nicht Angst haben, was passiert, wenn sie in drei Monaten stirbt. Was mache ich dann bis zur Rente? Das schafft mir natürlich eine ganz andere Möglichkeit. Eine berufliche Perspektive habe ich dann nicht mehr. Und für mich gibt es natürlich Freiheit, die ich jetzt im Moment in meiner Situation nicht brauche, aber ich mein Leben anders gestalten könnte. Ich hätte wieder Freizeit und ich kann wieder leben, was ich im Moment nicht kann. Dadurch, dass ich dann hier die ganze Zeit über präsent bin, kann ich mir natürlich in der Betreuung in einem größeren Umfang leisten. Ich kann halt auch dann mehr mit meiner Mutter unternehmen. Also, es wäre nicht nur gut für mich, sondern es wäre natürlich auch genauso gut für meine Mutter, weil ich dann halt mehr Zeit für sie habe und mich auch draußen mehr mit ihr beschäftigen kann. Ich könnte mit ihr

zu irgendwelchen Seniorenveranstaltungen wieder gehen, was ich derzeit nicht zeitlich einfach gar nicht organisieren kann. Und ja, das wäre so der Punkt dazu." (Interview 15, Pos. 55)

Die *Sicherung des Lebensunterhalts* ist eine zentrale Bedeutungskategorie. Es geht um die Sicherung eines stabilen Einkommens, das trotz reduzierter Erwerbsarbeitszeit oder pflegebedingter Unterbrechung der Erwerbstätigkeit den eigenen Lebensunterhalt und ggf. den der zu pflegenden Person deckt.

Eine befragte Person fasst dies wie folgt zusammen: „Ich könnte halt also, wenn ich mehr Zeit ich habe, was mir tatsächlich fehlt, ist Zeit beziehungsweise Zeit bei gleichem Einkommen oder annährend gleichen Einkommen. Wenn ich das irgendwie kompensiert kriege, diese Zeit, dann ist das dann würde das sehr helfen." (Interview 2, Pos. 39)

Flexibilität in der Lebensgestaltung ist ebenfalls ein bedeutender Punkt. Ein Grundeinkommen könnte es Pflegenden ermöglichen, ihre Erwerbsarbeitszeit den Anforderungen der Pflege und ihren persönlichen Bedürfnissen anzupassen, ohne finanzielle Einbußen befürchten zu müssen. Dazu gehören Teilzeitarbeit oder flexible Arbeitszeitmodelle, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ermöglichen.

Von Bedeutung sind auch die *langfristigen finanziellen und beruflichen Perspektiven.* Dazu gehört der Erhalt beruflicher Chancen und finanzieller Stabilität auch in der Zukunft, einschließlich der Sicherung von Rentenansprüchen durch angepasste Arbeitsmodelle, die Pflegezeiten berücksichtigen.

Eine Person drückt dies so aus: „Wenn ich jetzt ein Grundeinkommen hätte, dann würde ich meine Arbeit doch reduzieren, wenn das mit meiner Rente so bleiben würde, denn ich kriege eh nicht viel Rente, und da will ich jetzt irgendwie gucken, dass ich die paar Jahre, die ich noch Arbeit hab, noch sieben Jahre, will ich einfach noch in die Rentenkasse zahlen, wenn es geht. Wenn ich jetzt wüsste, das wird mit meiner Rente jetzt nicht schmälernd wirken, und ich hätte jetzt dieses Grundeinkommen, dann würde ich viel weniger arbeiten gehen. Ich würde arbeiten gehen für mich selber, aber nicht mehr so viel, damit ich mehr Luft habe zwischendurch." (Interview 11, Pos. 45)

5.4.2 Dynamisches Verhältnis von Vereinbarkeit der Lebensbereiche und persönlichem Wohlbefinden

Der Zusammenhang zwischen der Vereinbarkeit von Lebensbereichen und dem persönlichen Wohlbefinden ist eng und zeigt, wie stark sich diese Lebenslagenfaktoren überlappen und voneinander abhängen (s. Abb. 16). Das persönliche Wohlbefinden wird im Grundeinkommensszenario vor allem durch die flexiblere Vereinbarkeit der Lebensbereiche gefördert. Ein Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € könnte dazu beitragen, dass Pflegende ihre Zeit besser zwischen Pflege, Beruf, Familie und Freizeit aufteilen können.

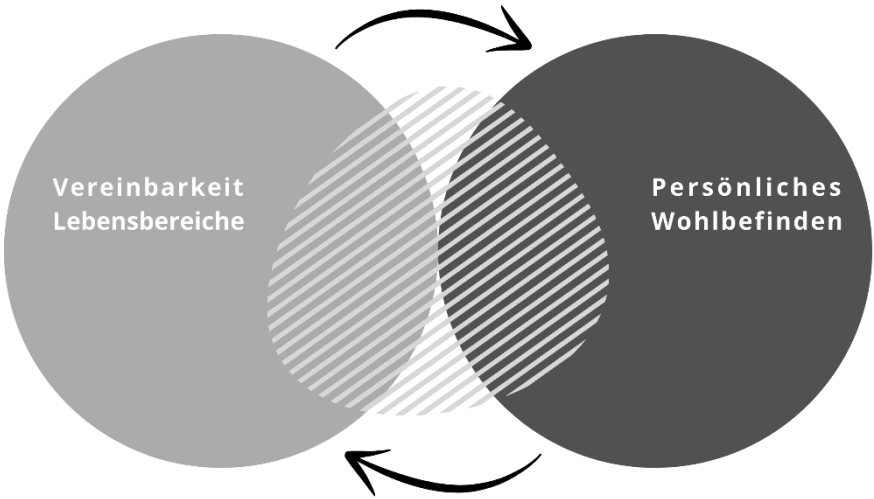


Abbildung 16: Dynamische Wechselwirkung zwischen den Lebenslagenfaktoren ‚Vereinbarkeit der Lebensbereiche' und ‚persönliches Wohlbefinden'. Die schraffierte Fläche symbolisiert den dynamischen Anpassungsprozess.

Ein Schlüsselaspekt dieses Zusammenhangs ist die *verfügbare Zeit für sich selbst.* Die Möglichkeit, mehr Zeit für persönliche Erholung und Aktivitäten zu haben, steht in direktem Zusammenhang mit der Verbesserung des Wohlbefindens. Die Pflegenden berichten, dass sie durch die zusätzliche finanzielle Sicherheit und den damit verbundenen zeitlichen Spielraum weniger gestresst und gereizt sein könnte.

Eine befragte Person beschreibt die positiven Auswirkungen auf ihr psychisches Wohlbefinden: „Also, ich wäre gelassener, nicht so gereizt, hätte auch Zeit mich um meine Kinder zu kümmern [...]. Also, ich wäre dann wieder mehr Mensch." (Interview 14, Pos. 83)

Die *flexible Gestaltung der Lebensbereiche* ermögliche es den Pflegenden, ihre Erwerbsarbeitszeit und ihre Pflegeaufgaben so zu gestalten, dass sowohl ihre eigenen Bedürfnisse als auch die Bedürfnisse der zu pflegenden Personen besser erfüllt werden könnten. Diese Flexibilität könnte wesentlich zum Abbau von Stress und Überforderung beitragen und damit das persönliche Wohlbefinden fördern.

Eine Person betont: „Das würde die Sache auch komplett für mich vereinfachen. Dann hätte ich viel mehr Spielraum, zeitlichen Spielraum. Und vielleicht würde mir das gesundheitlich dann auch gut tun […]." (Interview 3, Pos. 37)

Darüber hinaus zeigt sich, dass auch die *Zeit für die Pflege* einen signifikanten Einfluss auf das Wohlbefinden hat. Informell Pflegende, die mehr Zeit für die Pflege ihrer Angehörigen haben, könnten diese Aufgabe mit mehr Ruhe und Zuwendung erfüllen. Dies könnte nicht nur zu einer höheren Pflegequalität führen, sondern auch zu einer besseren Lebensqualität für beide Seiten.

Eine Person erklärt: „Das nähme den Druck weg. Ich hätte viel mehr Zeit für meinen Vater. [...] Die Qualität seiner Betreuung wäre besser. Mir ginge es dabei besser, dass ich nicht auf dem Zahnfleisch gehe." (Interview 14, Pos. 65-67)

Insgesamt wird deutlich, dass das persönliche Wohlbefinden und die zeitliche Vereinbarkeit der Lebensbereiche im Grundeinkommensszenario eng miteinander verknüpft sind. Ein Grundeinkommen könnte die Möglichkeit bieten, den Alltag flexibler zu gestalten, mehr Zeit für persönliche Bedürfnisse zu haben und damit Stress und Überforderung zu reduzieren. Dieser Zusammenhang verdeutlicht, wie wichtige Aspekte des persönlichen Wohlbefindens durch eine verbesserte Vereinbarkeit der Lebensbereiche positiv beeinflusst werden könnten.

5.5 Einzelfalldarstellung: Erwerbslose Pflegeperson

Folgend wird ein Einzelfall vorgestellt, der sich durch spezifische Merkmale von den anderen Teilnehmenden der Studie unterscheidet. Es handelt sich um die einzige erwerbsfähige Person, die nicht erwerbstätig ist, was ihr eine Sonderstellung in der Stichprobe verleiht. Diese Einzelfalldarstellung ist eine wichtige Ergänzung, da sie in der qualitativen Forschung auch das Seltene und Unausgesprochene beleuchtet und damit ein umfassenderes Verständnis der Lebenslage informeller Pflegepersonen ermöglicht (s. Kap. 4.5.2.3).

Die Darstellung folgt einer klaren Struktur und gliedert sich in mehrere Abschnitte. Zunächst wird eine Fallzusammenfassung vorgestellt, die den biografischen Hintergrund und die spezifische Pflegesituation der erwerbslosen pflegenden Angehörigen beleuchtet. Anschließend wird der Status quo der aktuellen Handlungsmöglichkeiten entlang der vier Lebenslagenfaktoren beschrieben. Darauf folgt die Analyse des Grundeinkommensszenarios, die mögliche Veränderungen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen betrachtet. Abschließend wird die allgemeine Meinung der Studienteilnehmerin zum Konzept des Grundeinkommens erfasst, um die Fallzusammenfassung abzurunden und ein Gesamtbild zu zeichnen.

5.5.1 Fallzusammenfassung

Biographische Einführung: Die 62-jährige Frau ist ledig, lebt aber in einer festen Beziehung mit ihrem Lebensgefährten. Seit sie vor drei Jahren mit der Pflege ihrer Mutter begonnen hat, ist sie arbeitslos. Ihre Rolle als informelle Pflegeperson entwickelte sich allmählich, als der Hilfebedarf ihrer Eltern immer größer wurde. Anfangs besuchte sie ihre Eltern ein- bis zweimal pro Woche, um administrative Aufgaben zu erledigen. Ihre Mutter, inzwischen 93 Jahre alt, litt zunehmend unter körperlichen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen, darunter mehrere Stürze und ein Herzinfarkt. Diese Ereignisse führten dazu, dass die Studienteilnehmerin immer mehr Verantwortung übernahm, zumal sie ihren Eltern versprochen hatte, sie nur im Falle einer schweren Demenz in ein Pflegeheim zu geben.

Pflegesituation, Tätigkeiten und Umfang: Die Mutter hat Pflegegrad 3 und erhält ein Pflegegeld i. H. v. 545 €. Sie ist mehrmals gestürzt und hat sich dabei verschiedene Verletzungen zugezogen, unter anderem einen Oberschenkelhalsbruch. Ihr Vater zeigt Anzeichen von Verwirrtheit, hat aber noch keinen Pflegegrad.

5.5.2 Status quo: Bedeutung der gegenwärtigen Handlungsspielräume

In diesem Kapitel werden die aktuellen Handlungsmöglichkeiten der pflegenden Angehörigen im Kontext ihrer alltäglichen Herausforderungen und Ressourcen beschrieben.

5.5.2.1 Vereinbarkeit von Lebensbereichen

Die Studienteilnehmerin hat ihren Tagesablauf minutiös organisiert, um die Pflege ihrer Eltern mit ihren eigenen Lebensbereichen in Einklang zu bringen. Spontane Aktivitäten sind selten möglich, dennoch versucht sie, sich und ihrem Partner regelmäßige Auszeiten zu gönnen.

Die pflegende Tochter hat ihre Berufstätigkeit vollständig aufgegeben, um sich der Pflege ihrer Eltern zu widmen.

Sie erklärt: „Ja, ich hab mir dann nichts Neues mehr gesucht, weil es ging nicht, ging nicht mehr, nein. Und dann hab ich ja ne Zeit Arbeitslosengeld bekommen, weil ich habe mich dann arbeitssuchend gemeldet, habe denen aber gesagt, dass sie mir nichts schicken müssen, weil ich meine Eltern pflege. Ich kriege das nicht geregelt mit einem Vollzeitjob, und dann habe ich meine 18 Monate Arbeitslosengeld in Anspruch genommen, aber voll bewusst, weil ich musste ja irgendwie eine Regelung finden, und ich habe das auch gesagt, die brauchen mir keine Vorschläge schicken, ich nehme nichts an.“ (Interview 1, Pos. 37)

Mit der Aufgabe des Berufes hat die Interviewpartnerin einen wesentlichen Teil ihrer sozialen Identität verloren. Sie reflektiert: „Ich hätte hier auch weiter Klamotten verkaufen können. Das hat mir total Spaß gemacht. Aber das geht nicht! Man hat ja dann immer so komische Zeiten, die machen um zehn nur auf, bis acht Uhr abends. Geht nicht.“ (Interview 1, Pos. 37)

5.5.2.2 Finanzielle Situation

Die finanzielle Situation der Pflegenden ist angespannt. Sie erhält lediglich das Pflegegeld von ihrer Mutter i. H. v. 545 €, wovon sie 230 € für die Krankenkasse aufwenden muss. Hinzu kommen hohe Fahrtkosten. Für ihre finanzielle Stabilität spielt ihr Partner eine wesentliche Rolle.

Dennoch empfindet sie die finanzielle Belastung als erheblich und kritisiert die mangelnde Unterstützung durch die Krankenkassen und das Sozialsystem. Der Übergang in die Arbeitslosigkeit brachte finanzielle Unsicherheit und Belastungen mit sich.

Sie schildert ihre Erfahrungen: „Ja, und dann war ich dann raus beim Arbeitsamt und aus dem sozialen Netz, und dann hat die Krankenkassen mir geschrieben, ich muss jetzt von einem imaginären Einkommen, was ich ja nicht mehr hatte, die haben dann ein Einkommen von 958 € festgelegt. Das war so ein Schnitt von irgendwas, ist wohl eine allgemeine Grenze für solche Fälle. Muss ich dann aus meiner Tasche, wo ja nichts drin war, 230 € Krankenkasse zahlen. Dann habe ich mich bemüht, ob es eine Möglichkeit gibt einen Studententarif, wie die auch immer alle heißen, und konnte nicht verstehen, dass es für pflegende Angehörige keinen Krankenkassen-Tarif gibt, den ich mir leisten kann. Nee, gibt es nicht. Da ist eine große Lücke, meines Erachtens. Dann hat sie zu mir wörtlich gesagt, wir sind ja nicht verheiratet. Dann hat sie zu mir wörtlich gesagt, dann heiraten sie. Da können sie bei ihrem Mann in die Versicherung. Habe ich gesagt, ich kann doch jetzt nicht gezwungenermaßen heiraten, damit ich krankenversichert bin. Das geht doch nicht! Dann hat zu mir gesagt, ja, dann suchen sie sich keinen Mini-, sondern einen Midi-Job, dann wären sie auch krankenversichert darüber.“ (Interview 1, Pos. 37)

5.5.2.3 Persönliches Wohlbefinden und Soziales Netzwerk

Die pflegende Tochter setzt gezielt individuelle Strategien und Maßnahmen ein, um ihr körperliches und emotionales Wohlbefinden während der Pflegeaufgaben zu erhalten oder zu verbessern. Sie erkennt die Bedeutung von Pausen und Abgrenzung, um ihr emotionales Erleben zu regulieren.

Die Studienteilnehmerin nutzt Ressourcen aus ihrem sozialen Umfeld zur Bewältigung der Pflegeanforderungen. Ihr soziales Netzwerk ist zwar klein, spielt aber eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung ihrer Pflegeaufgaben. Ihr Bruder hingegen beteiligt sich kaum an der Pflege. Die Beziehung zu ihrem Lebensgefährten ist eine wichtige Stütze, da er sie sowohl emotional als auch finanziell unterstützt.

5.5.3 Bedeutung potenzieller Handlungsspielräume im Szenario Grundeinkommen:

Die Untersuchung zeigt, dass sich ein Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € unterschiedlich auf die Handlungsmöglichkeiten der pflegenden Angehörigen auswirken würde. Während sich die finanzielle Situation und das persönliche Wohlbefinden der pflegenden Angehörigen durch die zusätzliche finanzielle Sicherheit deutlich verbessern würden, bliebe die Vereinbarkeit der Pflege mit anderen Lebensbereichen weitgehend unverändert.

5.5.3.1 Vereinbarkeit von Lebensbereichen und finanzielle Situation

Ein bedingungsloses Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € würde die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Freizeit für die pflegende Angehörige nicht wesentlich verändern.

Sie betont: „Ja, die Pflege selber eigentlich gar nicht, weil die bleibt so, wie sie ist. Meine Eltern sind so, wie sie sind. Ich muss das tun, was gemacht werden muss, und ob ich jetzt 1.500 € auf dem Konto habe oder nicht." (Interview 1, Pos. 63)

Die finanzielle Situation der Interviewpartnerin würde die Bewältigung des Alltags erleichtern. Sie müsste sich nicht mehr ständig Gedanken über hohe Fahrtkosten oder Ausgaben für die Krankenkasse machen. Die zusätzliche finanzielle Sicherheit würde es ihr ermöglichen, mehr zum Haushalt beizutragen und weniger auf die finanzielle Unterstützung ihres Partners angewiesen zu sein.

Sie erklärt: „Ja, indem ich ein bisschen mehr hier zum Haushalt beitragen könnte. Ich meine, dieses Geld hatte ich ja schon angesprochen, was ich da bekomme. Ich habe immer gut verdient. Also da war die Sache eine andere, als ich noch voll gearbeitet habe. [...] Also, das wäre das, wo ich sage, ich würde mein Gewissen erleichtern und würde sagen, ich kann jetzt auch mehr beitragen als 550 € im Monat." (Interview 1, Pos. 67)

Dies könne ihr nicht nur ein Gefühl der Unabhängigkeit, sondern auch Erleichterung verschaffen: „Ja, ich hätte ein bisschen mehr Spielraum. Ich meine, wir kommen gut aus, es ist alles gut, wir können noch tanken wann wir wollen. Aber es ist halt so, dass ich immer meinem Partner gegenüber, der ja seit Jahren alles finanziert, so ganz hinten im Kopf so ein bisschen schlechtes Gewissen habe. [...] Dann sind wir eigentlich da, wo wir jetzt sind, aber

ich trage dann meine Hälfte auch dazu bei von meiner Rente. Das ist für mein Gefühl und mein Gewissen besser. Ja!“ (Interview 1, Pos. 69)

5.5.3.2 Persönliches Wohlbefinden und soziales Netzwerk

Das persönliche Wohlbefinden der pflegenden Tochter könnte durch ein bedingungsloses Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € deutlich verbessert werden und hängt mit der finanziellen Unabhängigkeit zusammen. Es würde ihr helfen, sich weniger eingeschränkt und sorgenfreier zu fühlen, was ihr emotionales und mentales Wohlbefinden stärken könnte.

„Den Alltag selber nicht. Es würde nur mein persönliches Befinden beeinflussen, dass ich kein schlechtes Gewissen mehr hätte und mich ein bisschen freier fühlen würde. Nicht so beschränkt auf 550 €. Das ist schon heftig.“ (Interview 1, Pos. 83)

Mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens könnte sich das soziale Netz in Bezug auf die Verfügbarkeit von Alltagshilfen verändern. Viele Alltagshelfer:innen, die derzeit aus finanziellen Gründen arbeiten, würden ihre Tätigkeit möglicherweise aufgeben, wenn sie finanziell abgesichert wären.

„Ich glaube nicht, dass sich dann noch viele Frauen finden, die das freiwillig machen. [...] Die machen das nicht, weil die Langeweile haben, die machen das wirklich mal, weil die diese Aufstockung ihrer Rente brauchen!“ (Interview 1, Pos. 75)

5.5.4 Allgemeine Einstellung zum Grundeinkommen

Die Studienteilnehmerin steht der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens skeptisch gegenüber. Sie befürchtet, dass ein solches Einkommen den Arbeitsanreiz verringern könnte: „Eigentlich bin ich dann nicht dafür, nein. Also, ich finde schon, dass das dann vielen Menschen zu einfach gemacht wird. Der Anreiz zu arbeiten fürs Geld, der wäre dann nicht mehr so gegeben, glaube ich.“ (Interview 1, Pos. 87)

Sie erkennt jedoch an, dass ein Grundeinkommen Menschen in schwierigen finanziellen Situationen helfen könnte: „Also, es gibt immer die Menschen, denen würde ich das von Herzen gönnen, dass sie nicht mit ihren 600 € da rum dümpeln müssen.“ (Interview 1, Pos. 87)

Allerdings überwiegt bei ihr die Sorge, dass viele Menschen das Grundeinkommen als ausreichende Basis betrachten und keine zusätzliche Arbeit mehr suchen würden: „Also ich glaube das wäre nicht von Vorteil. Im sozialen Bereich gar nicht, glaube ich nicht." (Interview 1, Pos. 88)

5.6 Der Einfluss struktureller Bedingungen auf die Handlungsspielräume im Szenario Grundeinkommen

Ziel dieser Analyse ist es, die Bedingungen des Status quo zu identifizieren, die die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten informeller Pflegepersonen im Szenario eines bedingungslosen Grundeinkommens beeinflussen. Es soll herausgearbeitet werden, unter welchen Bedingungen das Grundeinkommen als Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen wird und unter welchen Bedingungen es in der subjektiven Perspektive unverändert bleibt. Methodisch basiert diese Analyse auf Fallzusammenfassungen, die die inhaltlichen Abschnitte jedes Interviews in Bezug auf die Forschungsfragen zusammenfassen. Diese Fallbeschreibungen wurden inhaltlich strukturiert und verglichen, um Muster und Zusammenhänge zu identifizieren (s. Kap. 4.5.2.3)

5.6.1 Strukturelle Bedingungen, unter denen ein Grundeinkommen die Handlungsspielräume erweitern könnte

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird von informell Pflegenden als Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen, wenn bestimmte Ausgangsbedingungen im Status quo eher eingeschränkt sind und durch das Grundeinkommen verbessert werden könnten. Dazu zählen finanzielle Unterstützung und Sicherheit, Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung sowie emotionales Wohlbefinden und ein tragfähiges soziales Netzwerk.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass ein Grundeinkommen als Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen wird, ist die *finanzielle Unterstützung und Sicherheit.* Pflegende Angehörige stehen vor finanziellen Herausforderungen, da sie häufig ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder ganz aufgeben müssen, um die Pflegeaufgaben zu bewältigen. Diese finanzielle Un-

sicherheit schränkt ihre Handlungsmöglichkeiten ein, da sie z. B. ihre Erwerbsarbeitszeit nicht reduzieren können. Ein Grundeinkommen könnte diese finanzielle Belastung mildern und eine stabilere Basis bieten.

Ein zweiter Faktor ist die *flexible Arbeitszeitgestaltung.* Pflegepersonen, die im Status quo keine oder nur eingeschränkte Möglichkeiten haben, ihre Erwerbsarbeitszeiten flexibel zu gestalten, könnten von einem Grundeinkommen profitieren. Die finanzielle Entlastung würde es ihnen ermöglichen, ihre Arbeitszeiten besser an den Pflegebedarf anzupassen und die schwierige Vereinbarkeit der Lebensbereiche zu erleichtern. Dies ist besonders wichtig für diejenigen, die versuchen, ihre Pflegeaufgaben mit ihren beruflichen Verpflichtungen in Einklang zu bringen.

Das *emotionale Wohlbefinden* Pflegender ist ein weiterer wichtiger Faktor, der durch ein Grundeinkommen positiv erweitert werden könnte. Pflegende Angehörige, deren emotionales Wohlbefinden im Status quo eingeschränkt ist, können durch die finanzielle Sicherheit eines Grundeinkommens und die damit verbundenen möglichen Strategien zur zeitlichen Vereinbarkeit entlastet werden. Ein Grundeinkommen würde ihnen helfen, sich weniger auf finanzielle Sorgen und mehr auf die Pflege und ihr eigenes Wohlbefinden zu konzentrieren.

Ein *starkes soziales Netzwerk* bietet nicht nur praktische Unterstützung, sondern auch emotionalen Rückhalt, was Stress und Belastung durch die Pflege reduzieren kann. Pflegepersonen, die bereits im Status quo auf ein solches Netzwerk zurückgreifen können, berichten, dass ein Grundeinkommen ihnen helfen würde, die Unterstützung durch ihr soziales Netzwerk effektiver zu nutzen und weniger von finanziellen Ressourcen abhängig zu sein.

5.6.2 Strukturelle Bedingungen, unter denen Handlungsspielräume im Szenario eines Grundeinkommens unberührt bleiben würden

Während ein bedingungsloses Grundeinkommen unter bestimmten Bedingungen als Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen wird, gibt es auch Lebenslagen, in denen die Handlungsmöglichkeiten informeller Pflegepersonen trotz eines Grundeinkommens unverändert bleiben. Zu diesen Bedingungen gehören ein hoher Pflegebedarf der Eltern, eine bestehende finanzielle Stabilität und ein stabiles soziales Umfeld.

Ein sehr *hoher Pflegebedarf* der Eltern bleibt eine große Herausforderung, die durch ein Grundeinkommen nicht grundlegend verändert werden würde. Auch im Grundeinkommensszenario bleibt die zeitliche Belastung der Pflegenden hoch. Der Bedarf an intensiver Pflege besteht unabhängig von der monetären Unterstützung. Dies bedeutet, dass die Pflegeaufgaben weiterhin zeitintensiv sind und die volle Aufmerksamkeit der pflegenden Angehörigen erfordern würden.

Einige Pflegende, die sich bereits in einer *stabilen finanziellen Situation* befinden, sehen in einem Grundeinkommen keinen großen Mehrwert für ihre Alltagsbewältigung. Sie betonen, dass ihre wirtschaftliche Situation bereits gesichert sei und das Grundeinkommen keine signifikanten Veränderungen in ihrer täglichen Pflegepraxis oder ihrem Wohlbefinden bewirken würde.

Ein weiterer Punkt, der in der Zusammenschau der Fälle deutlich wird, ist, dass das Grundeinkommen keine direkten Auswirkungen auf das bestehende soziale Umfeld hätte. Pflegende, die bereits über ein *gut vernetztes soziales Umfeld* verfügen, sehen durch das Grundeinkommen keine Veränderung in der Unterstützung durch Freunde und Familie. Sie erwarten, dass das soziale Netzwerk unabhängig von der finanziellen Unterstützung durch das Grundeinkommen weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird.

Die Analyse der strukturellen Bedingungen zeigt, dass die Wirkung eines Grundeinkommens auf die Handlungsmöglichkeiten informeller Pflegepersonen stark kontextabhängig ist. Während es in Situationen finanzieller Unsicherheit, eingeschränkter Erwerbsarbeitszeitflexibilität und emotionaler Belastung als potenziell entlastend wahrgenommen wird, bleibt sein Einfluss bei bereits bestehender finanzieller Stabilität, sehr hohem Pflegebedarf oder einem starken sozialen Netzwerk begrenzt.

6 Diskussion: Die Interpretation der Studienergebnisse

Die vorliegende Studie untersucht den potenziellen Einfluss eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Lebenslage erwerbsfähiger informeller Pflegepersonen. Sie adressiert damit eine wichtige Forschungslücke an der Schnittstelle zweier wichtiger Themenfelder: der informellen Altenpflegeökonomie und der Grundeinkommensdebatte. Durch die Bereitstellung empirischer Erkenntnisse zu einem bislang vor allem theoretisch diskutierten Feld trägt die Studie zur Erweiterung des Wissensstandes in beiden Diskursen bei.

Die Untersuchung verfolgt einen zweifachen Ansatz: Zum einen beleuchtet sie die realen Handlungsmöglichkeiten informeller Pflegepersonen und evaluiert das Versorgungsgeschehen informeller Altenpflege sowie indirekt die Relevanz aktueller sozialpolitischer Maßnahmen für ihre Lebenslage. Zum anderen erweitert sie die Grundeinkommensdebatte um eine spezifische Perspektive der Sorgearbeit: Die informelle Altenpflege. Durch diesen integrativen Ansatz gelingt es der Studie, neue Erkenntnisse an der Schnittstelle beider Forschungsfelder zu generieren. Bei der Interpretation der Ergebnisse sind allerdings die methodischen und inhaltlichen Grenzen der Studie zu berücksichtigen.

Die folgende Diskussion gliedert sich in drei Teile: Zunächst werden die Ergebnisse im Kontext der informellen Altenpflegeökonomie diskutiert (s. Kap. 6.1), anschließend erfolgt eine Einordnung der Ergebnisse in die Grundeinkommensdebatte (s. Kap. 6.2). Im dritten Teil werden die inhaltlichen Limitationen dargestellt und ein Ausblick auf weiterführende Forschung gegeben (s. Kap. 6.3). Die Analyse orientiert sich dabei an den beiden Teilforschungsfragen, die sowohl die aktuelle Alltagsbewältigung als auch das hypothetische Grundeinkommensszenario beleuchten (s. Kap. 4.1).

6.1. Die empirischen Ergebnisse im Kontext der informellen Altenpflegeökonomie

Dieses Kapitel ordnet die Studienergebnisse in den Kontext der informellen Altenpflegeökonomie ein. Es analysiert, wie die gewonnenen Erkenntnisse das Verständnis des Versorgungsgeschehens erweitern, und diskutiert sowohl Bestätigungen bisheriger Forschung als auch neue Aspekte unter besonderer Berücksichtigung sozialpolitischer Implikationen (s. Kap. 2.4).

6.1.1 Die Alltagsbewältigung informeller Pflegepersonen: Erkenntnisse zur Lebenslage

Die Analyse der Lebenslage informeller Pflegepersonen verbindet die ökosoziale Perspektive der Sozialökonomie mit den empirischen Befunden. Der Lebenslagen-Ansatz ermöglicht dabei eine differenzierte Betrachtung der potenziellen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die informelle Altenpflegeökonomie.

6.1.1.1 Theoretische Fundierung des Lebenslagen-Ansatzes

Der in der Studie verwendete Lebenslagen-Ansatz stellt eine Weiterentwicklung und Anwendung bestehender theoretischer Konzepte dar, insbesondere im Kontext der informellen Altenpflege. In dieser Arbeit wird die Lebenslage einer Person definiert als die Handlungsspielräume, die ihr im Hinblick auf die allgemeinen Chancen und Herausforderungen in ihrem Lebenszyklus zur Verfügung stehen. Diese Handlungsspielräume werden durch mehrdimensionale Ressourcen ausgestaltet und sind immer gesellschaftlich gerahmt (s. Kap. 2.2.3.3).

Einen besonders wichtigen Beitrag zur Anwendung des Lebenslagen-Ansatzes auf die Situation informeller Pflegepersonen leistet Schmitt (2022), indem drei zentrale Dimensionen der Lebenslage identifiziert werden: Kompetenzen und Fähigkeiten, ökonomische Dimension und soziale Ressourcen (s. Kap. 2.3.3.2). Die vorliegende Studie baut auf dieser Arbeit auf und entwickelt sie weiter, indem sie vier zentrale Lebenslagenfaktoren identifiziert: Vereinbarkeit der Lebensbereiche, finanzielle Situation, persönliches Wohlbefinden und soziales Netzwerk.

Diese Weiterentwicklung basiert einerseits auf der theoretischen Grundlage der ökosozialen Perspektive nach Wendt (2018a), die die Lebenswelt der Akteure in den Mittelpunkt stellt und die untrennbare Verwobenheit von sozialem und ökonomischem Handeln betont (s. Kap. 2.2.1). Andererseits wurde der Ansatz durch die Analyse des empirischen Forschungsstandes hergeleitet und verfeinert. Durch die Kombination der theoretischen Grundlage mit den empirischen Erkenntnissen entsteht ein integratives Modell, das Komplexität und Dynamik der Lebenslage informeller Pflegepersonen differenziert erfasst und analysiert (s. Kap. 2.3.3.3). Schulz-Nieswandt (2006) betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Handlungsspielräume, die Menschen benötigen, um ihre Ziele und Lebensentwürfe im Einklang mit ihren Werten zu verwirklichen. Diese Perspektive wird in der vorliegenden Studie aufgegriffen und auf die spezifische Situation informeller Pflegepersonen angewendet.

Die empirischen Ergebnisse der Studie bestätigen und erweitern die Erkenntnisse von Schmitt (2022). Die vier identifizierten Lebenslagenfaktoren erwiesen sich als relevant und umfassend für die Beschreibung der Lebenslage informeller Pflegepersonen. Ihre Relevanz zeigt sich insbesondere dadurch, dass sie in den qualitativen Interviews konsistent als zentrale Aspekte hervortraten. Aufgrund der problemzentrierten Ausrichtung des Fragebogens wurden die zuvor entwickelten Kategorien durch die offene Fragestellung nicht einschränkend verwendet (s. Kap. 4.2.2). Sie wurden nur angesprochen, wenn sie im Verlauf des Interviews nicht von den Befragten selbst thematisiert wurden. Dieser Ansatz ermöglichte es den Teilnehmenden, ihre Handlungsstrategien zur Alltagsbewältigung aus ihrer eigenen Perspektive zu beschreiben, während gleichzeitig sichergestellt wurde, dass alle relevanten Aspekte erfasst wurden.

Dabei kristallisierten sich die vier Faktoren als Hauptthemen heraus: Die Vereinbarkeit der Lebensbereiche erweist sich als Schlüsselfaktor, der die Herausforderungen der Koordination von Pflege, Beruf und Privatleben widerspiegelt. Die finanzielle Situation zeigt sich als grundlegender Einflussfaktor auf die Handlungsmöglichkeiten der Pflegenden. Das persönliche Wohlbefinden erweist sich als zentraler Aspekt, der die emotionalen und gesundheitlichen Auswirkungen der Pflegetätigkeit erfasst. Das soziale Netzwerk kristallisiert sich als wichtige Ressource für Unterstützung und Entlastung heraus. Der umfassende Charakter dieser Faktoren wird dadurch belegt, dass sie gemeinsam ein ganzheitliches Bild der Lebenslage informeller Pflegepersonen zeichnen, das sowohl objektive Bedingungen als auch subjektive Wahrnehmungen einschließt. Zudem zeigten sich in den Interviews keine weiteren

wesentlichen Aspekte der Lebenslage, die nicht durch diese vier Faktoren abgedeckt wurden.

Trotz seiner Stärken weist der Lebenslagen-Ansatz auch einige Schwächen und Herausforderungen auf, die kritisch betrachtet werden müssen. Die starke Betonung der subjektiven Wahrnehmung kann zu Diskrepanzen zwischen objektiver Bewertung und subjektiver Einschätzung führen, was als Wohlfahrtsparadox bezeichnet wird (s. Kap. 2.2.3.4). Dieses Paradox beschreibt Situationen, in denen Menschen trotz objektiv schwieriger Lebensumstände eine hohe subjektive Zufriedenheit äußern oder umgekehrt. Bei informellen Pflegepersonen könnte dies bspw. bedeuten, dass sie trotz hoher Belastung ihre Situation als zufriedenstellend bewerten, weil sie ihre Pflegetätigkeit als sinnstiftend empfinden. Dies erschwert die Vergleichbarkeit und Generalisierbarkeit der Ergebnisse, da individuelle Wahrnehmungen und Bewertungen stark variieren können.

Die Vielzahl der Faktoren und ihre Wechselwirkungen machen es schwierig, eindeutige Kausalzusammenhänge zu identifizieren. In der komplexen Lebenslage informeller Pflegepersonen beeinflussen sich verschiedene Faktoren gegenseitig. Die finanzielle Situation kann z.B. sowohl Ursache als auch Folge der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sein (s. Kap. 5.4). Diese Verflechtungen erschweren es, klare Ursache-Wirkungs-Beziehungen zu identifizieren.

Die Operationalisierung des theoretischen Konzepts in messbare Indikatoren bleibt eine Herausforderung (s. Kap. 4.4.1). Es ist schwierig, komplexe Lebenslagen in quantifizierbare Größen zu übersetzen, ohne dabei wichtige qualitative Aspekte zu vernachlässigen. Bei Pflegenden könnte z. B. die Messung der Vereinbarkeit von Lebensbereichen problematisch sein, da hier viele subjektive und kontextabhängige Faktoren eine Rolle spielen.

Die Erfassung der zeitlichen Dimension und dynamischer Prozesse stellt eine weitere Herausforderung dar. Lebenslagen sind nicht statisch, sondern unterliegen ständigen Veränderungen (s. Kap. 2.3.3.3). Die Pflegesituation kann sich bspw. durch eine Verschlechterung des Gesundheitszustands des Pflegebedürftigen rasch ändern. Solche dynamischen Prozesse adäquat zu erfassen und in die Analyse einzubeziehen, ist methodisch anspruchsvoll.

Die Kontextabhängigkeit bestimmter Lebenslagenfaktoren stellt eine zusätzliche Herausforderung dar. Bedeutung und Auswirkung bestimmter Faktoren kann je nach kulturellem, sozialem oder geografischem Kontext variieren. Was in einem urbanen Umfeld als adäquate Unterstützung für Pflegende gilt, mag in ländlichen Gebieten anders bewertet werden. Diese Kontextabhängigkeit erschwert die Analyse und die Übertragbarkeit von Erkenntnissen.

Insgesamt zeigt sich, dass die vorliegende Studie den Lebenslagen-Ansatz für informelle Pflegepersonen erfolgreich weiterentwickelt hat, indem sie auf Schmitt (2022) aufbaut und diese um neue Perspektiven und Erkenntnisse erweitert. Gleichzeitig eröffnet sie neue Möglichkeiten für zukünftige Forschung und Weiterentwicklung des Ansatzes, um das komplexe Zusammenspiel der Faktoren, die die Lebenslage informeller Pflegepersonen beeinflussen, noch besser zu verstehen und zu analysieren.

6.1.1.2 Die Alltagsbewältigung informeller Pflegepersonen: Bezug zu aktuellen Forschungserkenntnissen

Die Studienergebnisse zur gegenwärtigen Alltagsbewältigung informeller Pflegepersonen bestätigen in vielen Punkten den aktuellen Forschungsstand, bieten aber auch ergänzende Erkenntnisse. Die Analyse orientiert sich an den vier zentralen Lebenslagenfaktoren: Vereinbarkeit von Lebensbereichen, finanzielle Situation, persönliches Wohlbefinden und soziales Netzwerk.

Im Bereich der Vereinbarkeit von Lebensbereichen (s. Kap. 5.2.1) bestätigen die Studienergebnisse zunächst den Forschungsstand, der zeigt, dass informelle Pflegepersonen häufig ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren oder flexible Arbeitszeitmodelle nutzen, um Pflege und Beruf zu vereinbaren (vgl. Nowossadeck et al. 2016, 16; Klaus & Tesch-Römer 2016, 202f.). Gleichzeitig wird die Erwerbsarbeit auch als schützende und stabilisierende Ressource für die psychische Gesundheit wahrgenommen (vgl. Bidenko & Bohnet-Joschko 2020, 125). Die Studie ergänzt diese Erkenntnisse um detaillierte Einblicke in die Strategien, die Pflegende entwickeln, um ihren Alltag zu bewältigen. So berichten viele Befragte von einer minutiösen Organisation ihres Tagesablaufs und der Nutzung von Gleitzeitmodellen oder Homeoffice Möglichkeiten (s. Kap. 5.2.1.1). Diese Erkenntnisse vertiefen das Verständnis der konkreten Herausforderungen und Lösungsansätze im Alltag informeller Pflegepersonen, die in bisherigen Studien oft nur oberflächlich behandelt wurden (vgl. Geyer 2016, 38-40).

Die Studienergebnisse bestätigen auch die im Forschungsstand dokumentierten Einschränkungen in der Freizeitgestaltung informell Pflegender (vgl. Nowossadeck et al. 2016, 16; Kenny et al. 2014, 656f.). Sie liefern jedoch zusätzliche Einblicke in die emotionalen Auswirkungen dieser Einschränkungen, wie etwa das Gefühl des Verlusts von Spontaneität und persönlicher Freiheit (vgl. Kap. 5.2.1.2). Diese Erkenntnisse unterstreichen die Notwen-

digkeit, bei der Unterstützung pflegender Angehöriger auch Aspekte der Lebensqualität jenseits der reinen Pflegetätigkeit zu berücksichtigen, ein Aspekt, der in der bisherigen Forschung oft vernachlässigt wurde (vgl. Zwar et al. 2020, 5-7).

Hinsichtlich der finanziellen Situation (s. Kap. 5.2.2) bestätigt die Studie die im Forschungsstand dokumentierten Sorgen informeller Pflegepersonen um finanzielle Einbußen und Altersvorsorge (vgl. Ehrlich et al. 2020, 22f.; Simoes & Münnich 2016, 153). Sie bietet jedoch einen differenzierteren Blick auf die finanzielle Situation, indem sie zwischen der Situation der Pflegenden und der Pflegebedürftigen unterscheidet. Die Ergebnisse zeigen, dass die finanzielle Situation der Pflegebedürftigen oft einen erheblichen Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten der Pflegenden hat. Diese Erkenntnis erweitert den bisherigen Forschungsstand um eine wichtige Perspektive und unterstreicht die Notwendigkeit, die finanzielle Situation ganzheitlich zu betrachten (vgl. Dräger 2015, 122f.).

Im Bereich des persönlichen Wohlbefindens (s. Kap. 5.2.3) bestätigt die Studie die im Forschungsstand dokumentierten hohen Stressbelastungen und emotionalen Herausforderungen informeller Pflegepersonen (vgl. Zwar et al. 2020, 5-7; Pinquart 2016, 62). Sie liefert jedoch detailliertere Einblicke in die spezifischen Stressoren und die individuellen Bewältigungsstrategien. So berichten viele Befragte von der Herausforderung, die eigenen Bedürfnisse mit denen der Pflegebedürftigen in Einklang zu bringen, und von der Wichtigkeit, sich bewusst Auszeiten zu nehmen. Diese Erkenntnisse vertiefen das in bisherigen Studien oft nur grob angedeutete Verständnis der psychosozialen Dynamik in der Pflegesituation (vgl. Wetzstein et al. 2015, 3-5).

Die Studienergebnisse bestätigen auch die im Forschungsstand betonte Wichtigkeit von Selbstfürsorge und Work-Life-Balance für Pflegepersonen (vgl. Auth et al. 2018, 13). Sie zeigen jedoch, dass viele Pflegende Schwierigkeiten haben, diese in der Praxis umzusetzen (s. Kap. 5.2.3.1).

In Bezug auf das soziale Netzwerk (s. Kap. 5.3.4) bestätigt die Studie die im Forschungsstand dokumentierte Wichtigkeit familiärer Unterstützung, aber auch mögliche Konflikte in der Pflegesituation (vgl. Schmitt 2022, 165-167; Auth et al. 2018, 12). Sie bietet jedoch zusätzliche Einblicke in die Komplexität dieser Beziehungen, etwa die Herausforderungen bei der Koordination der Pflege zwischen Geschwistern oder die Rolle des Partners. Diese Erkenntnisse erweitern das Verständnis der sozialen Dynamiken in Pflegesituationen und unterstreichen die Notwendigkeit, das gesamte soziale System in Unterstützungsangebote einzubeziehen. Ebenfalls ein Aspekt, der in der bisherigen Forschung unterrepräsentiert war (vgl. Schmitt 2022, 172-174).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Studienergebnisse zur gegenwärtigen Alltagsbewältigung den bestehenden Forschungsstand in vielen Punkten bestätigen, aber auch um wichtige Detailerkenntnisse erweitern. Sie bieten ein differenzierteres Bild der Herausforderungen und Bewältigungsstrategien informeller Pflegepersonen und unterstreichen die Komplexität der Pflegesituation. Diese basalen Erkenntnisse bilden damit eine essenzielle Grundlage für das Verständnis der potenziellen Auswirkungen eines Grundeinkommens.

6.1.1.3 Potenzieller Einfluss auf die Alltagsbewältigung informeller Pflegepersonen: Bezug zum Szenario Grundeinkommen

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen zur gegenwärtigen Situation erweitern die Studienergebnisse zum Grundeinkommensszenario den bestehenden Forschungsstand. Im Bereich der Vereinbarkeit von Lebensbereichen (s. Kap. 5.3.1) zeigt die Untersuchung, dass ein Grundeinkommen die Optionen zur Erwerbsarbeitszeitreduzierung und flexiblen Arbeitszeitgestaltung deutlich ausdehnen könnte. Viele Befragte gaben an, mit einem Grundeinkommen ihre Erwerbsarbeitszeit weiter reduzieren zu wollen, um mehr Zeit für die Pflege zu haben. Dies bestätigt einerseits den im Forschungsstand dokumentierten Wunsch nach Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit (vgl. Klaus & Tesch-Römer 2016, 202f.), fügt aber eine neue Dimension hinzu: Mit einem Grundeinkommen würden potenziell mehr Pflegende von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Interessanterweise zeigten sich hier geschlechtsspezifische Unterschiede: Während Frauen eher den Erhalt der Erwerbsarbeit betonten, waren Männer eher bereit, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren oder ganz aufzugeben. Diese Erkenntnis erweitert den bisherigen Forschungsstand, der bereits geschlechtsspezifische Unterschiede im Umgang mit Pflegetätigkeit und Erwerbsarbeit aufgezeigt hat (vgl. Geyer 2016, 39f.), um eine neue Perspektive im Kontext eines Grundeinkommens. Die Studie zeigt auch, dass ein Grundeinkommen potenziell mehr Freiräume für Freizeitaktivitäten und persönliche Interessen schaffen könnte. Dies ergänzt den Forschungsstand, der bisher vor allem die Einschränkungen in der Freizeitgestaltung betont hat (vgl. Kenny et al. 2014, 656f.), um eine optimistische Perspektive.

In Bezug auf die finanzielle Situation (s. Kap. 5.3.2) bestätigt die Studie zunächst die im Forschungsstand dokumentierten Sorgen informeller Pflegepersonen um mögliche finanzielle Einbußen und ihre Altersvorsorge (vgl.

Ehrlich et al. 2020, 22f.; Simoes & Münnich 2016, 153). Sie erweitert diese Erkenntnisse jedoch um die Perspektive eines Grundeinkommens als potenziellen Lösungsansatz. Viele Befragte gaben an, dass ein Grundeinkommen ihre finanzielle Situation verbessern und Sorgen um die Altersvorsorge reduzieren würde (s. Kap. 5.3.2.2). Diese Erkenntnis ergänzt den bisherigen Forschungsstand um einen neuen Lösungsansatz, dessen langfristige Auswirkungen und gesamtgesellschaftliche Finanzierbarkeit weiter untersucht werden müssen. Die Studie zeigt auch, dass ein Grundeinkommen die Möglichkeit bieten könnte, sich bewusster zwischen Pflege und Beruf zu entscheiden, ohne finanzielle Nachteile befürchten zu müssen.

Im Bereich des persönlichen Wohlbefindens (s. Kap. 5.3.3) bestätigt die Studie zunächst die im Forschungsstand dokumentierten hohen Stressbelastungen und emotionalen Herausforderungen informell Pflegender (vgl. Zwar et al. 2020, 5-7; Pinquart 2016, 62). Sie fügt jedoch eine neue Dimension hinzu: Ein Grundeinkommen wird von den Pflegenden als potenziell stressreduzierend angesehen. Die Studienergebnisse deuten an, dass ein Grundeinkommen mehr Raum für Selbstfürsorge und eine bessere Work-Life-Balance schaffen könnte.

In Bezug auf das soziale Netzwerk (s. Kap. 5.3.4) bestätigt die Studie die im Forschungsstand dokumentierte Wichtigkeit familiärer Unterstützung, aber auch mögliche Konflikte in der Pflegesituation (vgl. Schmitt 2022, 165-167). Sie zeigt jedoch auch, dass ein Grundeinkommen die Dynamiken innerhalb der Familie verändern könnte. Einige Befragte sahen die Möglichkeit, dass mehr Familienmitglieder sich an der Pflege beteiligen könnten. Diese Erkenntnis erweitert den Forschungsstand um eine interessante Perspektive, wirft aber auch Fragen zur möglichen Verlagerung der Pflegeverantwortung in den privaten Bereich auf.

Ein neuer Aspekt, den die Studie einbringt, sind die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf professionelle Pflegekräfte und ehrenamtliches Engagement (s. Kap. 5.3.4.3). Einige Befragte äußerten Bedenken, dass ein Grundeinkommen die Motivation für professionelle Pflege reduzieren könnte. Andererseits sahen einige auch Potenzial für mehr ehrenamtliches Engagement. Diese Erkenntnisse eröffnen eine neue Diskussionsebene, die im bisherigen Forschungsstand wenig Beachtung fand.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Ergebnisse der Studie zum Grundeinkommensszenario den bisherigen Forschungsstand in vielen Punkten bestätigen, aber auch wichtige neue Perspektiven und Fragestellungen aufwerfen. Sie unterstreichen die Komplexität der Pflegesituation und die

vielfältigen Wirkungen, die ein Grundeinkommen haben könnte. Die Ergebnisse machen deutlich, dass ein Grundeinkommen potenziell positive Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, die finanzielle Situation und das persönliche Wohlbefinden informell Pflegender haben könnte. Gleichzeitig werfen sie aber auch Fragen nach möglichen unbeabsichtigten Folgen auf und unterstreichen die Notwendigkeit, die Einführung eines Grundeinkommens im Kontext des gesamten Pflegesystems zu betrachten und mögliche systemische Auswirkungen zu antizipieren.

6.1.1.4 Erwerbslose informelle Pflegepersonen: Eine vernachlässigte Gruppe

Die Situation erwerbsloser informeller Pflegepersonen in Deutschland stellt einen wichtigen, aber oft vernachlässigten Aspekt der Pflegethematik dar. Obwohl die vorliegende Studie ursprünglich alle erwerbsfähigen informellen Pflegepersonen einbeziehen wollte, konnte nur eine erwerbslose Person für die Erhebung gewonnen werden. Dieser Einzelfall bietet dennoch wertvolle Einblicke in die spezifische Lage erwerbsloser Pflegender (s. Kap. 5.5).

Die Studienteilnehmerin ist eine 62-jährige Frau, die seit drei Jahren arbeitslos ist und ihre 93-jährige Mutter pflegt. Ihre Erfahrungen verdeutlichen die komplexen Herausforderungen erwerbsloser Pflegender, insbesondere im finanziellen Bereich. Sie erhält lediglich das Pflegegeld ihrer Mutter i. H. v. 545 €, wovon noch 230 € für die Krankenkasse abgezogen werden. Zudem ist sie finanziell von ihrem Lebensgefährten abhängig. In diesem Kontext sieht sie in einem möglichen Grundeinkommen die Chance, ihr schlechtes Gewissen gegenüber ihrem Partner zu mindern.[119]

Der untersuchte Einzelfall einer erwerbslosen Pflegeperson hebt sich deutlich von den Erfahrungen der voll- und teilzeitbeschäftigten Pflegepersonen in der Studie ab. Die Unterschiede zeigen sich besonders in der Erwerbssituation und den damit verbundenen finanziellen und zeitlichen Ressourcen. Im Gegensatz zu den erwerbstätigen Pflegepersonen steht die erwerbslose Teilnehmerin vor spezifischen Herausforderungen wie dem vollständigen Wegfall des Erwerbseinkommens und einer potenziell höheren zeitlichen Verfüg-

[119] Obwohl die finanzielle Lage der Studienteilnehmerin durch die Unterstützung ihres Partners als stabil beschrieben wird (s. Kap. 5.5.2.2), legt dieser Fall die Vermutung nahe, dass erwerbslose Pflegepersonen ohne partnerschaftliche Unterstützung möglicherweise mit noch gravierenderen finanziellen Herausforderungen konfrontiert sind.

barkeit für die Pflege. Diese Unterschiede beeinflussen maßgeblich die Alltagsbewältigung, die finanzielle Situation und die persönlichen Bewältigungsstrategien der Pflegenden.

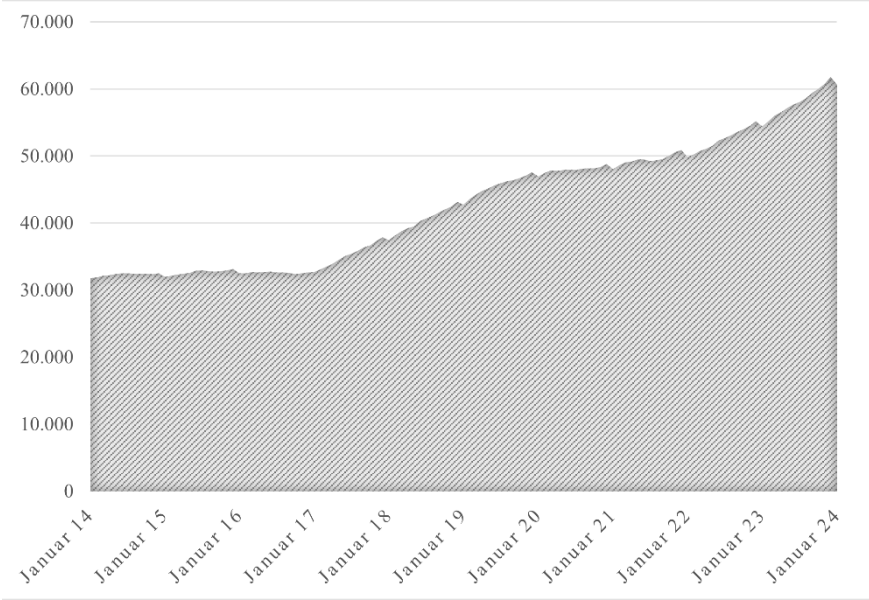


Abbildung 17: Entwicklung der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) in der Angehörigenpflege vom 01. Januar 2014 bis zum 01. Januar 2024 (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2024; eigene Darstellung).

Um ein umfassenderes Bild der Situation erwerbsloser Pflegepersonen zu erhalten, wurden Anstrengungen unternommen, weitere Teilnehmer:innen für die Studie zu gewinnen. Trotz Kontaktaufnahme mit Jobcentern und der Agentur für Arbeit erwies sich die Rekrutierung als schwierig. Es wurde festgestellt, dass der Sondertatbestand der Pflege von Angehörigen zwar erfasst wird, aber aufgrund personeller Engpässe keine direkte Vermittlung von potenziellen Studienteilnehmer:innen möglich war (s. Kap. 4.3.2.1). Als Alternative zur direkten Rekrutierung wurden statistische Daten vom Statistischen Amt der Bundesagentur für Arbeit angefordert. Diese Daten sollen dazu dienen, die Größenordnung und Charakteristika dieser möglicherweise vernachlässigten Gruppe zu identifizieren, Trends zu erkennen und eine Grundlage für zukünftige Forschungs- und Unterstützungsansätze zu schaffen.

Die Bundesagentur für Arbeit (2024) hat in einer Sonderauswertung Daten über erwerbslose Pflegepersonen bereitgestellt, die bei Jobcentern und der Agentur für Arbeit registriert sind. Diese Personen fallen in die Kategorie der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB), die grundsätzlich arbeitsfähig sind, aber finanzielle Unterstützung benötigen. Eine Untergruppe bilden die nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, denen aus verschiedenen Gründen eine Arbeitsaufnahme nicht zugemutet werden kann (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2023a, 1f.).

Laut den fachlichen Weisungen § 10 SGB II der Bundesagentur für Arbeit ist eine Arbeit unzumutbar, wenn sie mit der Pflege eines Angehörigen unvereinbar ist und keine alternative Pflegemöglichkeit besteht.[120] Die Beurteilung der Unzumutbarkeit orientiert sich am Pflegegrad: Bei höheren Pflegegraden (4 und 5) wird in der Regel keine Erwerbstätigkeit als zumutbar erachtet, während bei niedrigeren Graden eine Teilzeitbeschäftigung je nach individuellem Pflegeaufwand und verfügbaren Alternativen zumutbar sein kann (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2023b, 9-12).

Die Statistik zeigt eine bemerkenswerte Entwicklung (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2024): Im Zeitraum von Januar 2014 bis Januar 2024 hat sich die Anzahl der nicht arbeitslosen ELB, die Angehörige pflegen, für Gesamtdeutschland nahezu verdoppelt – von 31.792 auf 60.662 Personen (s. Abb. 17).[121] Im Januar 2014 waren davon 28 Prozent Männer und 72 Prozent Frauen. Interessant ist, dass im Januar 2024 62 Prozent der erfassten Personen die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, während 38 Prozent keine deutsche Staatsbürgerschaft hatten. Für das Bundesland Nordrhein-Westfalen wurden im Januar 2024 18.903 Personen in dieser Kategorie erfasst, was etwa 31 Prozent vom gesamtdeutschen Anteil entspricht.[122]

---

[120] Neben der Angehörigenpflege existieren weitere Sondertatbestände, die die Zumutbarkeit einer Arbeit beeinflussen können, darunter körperliche, geistige oder seelische Einschränkungen, besondere körperliche Anforderungen früherer Tätigkeiten, Kindererziehung und -betreuung sowie sonstige wichtige Gründe (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2023b).

[121] In der Statistik wird nicht zwischen Altenpflege und anderer Pflege unterschieden. Basierend auf der Gesamtstatistik, nach der über 50 Prozent der Pflegebedürftigen 80 Jahre oder älter sind (vgl. Abb. 1), ist jedoch davon auszugehen, dass es sich auch hier größtenteils um Altenpflege (und nicht um Pflege von Bären!) handelt.

[122] Die prozentualen Angaben beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Originaldaten, die in absoluten Zahlen angegeben werden (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2024).

Die steigende Zahl von ELB, die Angehörige pflegen, ist ein wichtiger Trend, der trotz der geringeren absoluten Zahlen im Vergleich zu ELB mit Kinderbetreuungspflichten nicht unterschätzt werden sollte.[123]

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Deutschland ist es plausibel anzunehmen, dass diese Zahl in den kommenden Jahren weiter ansteigen wird. Dies wirft wichtige sozialpolitische Fragen auf.

Erstens verdeutlicht die Statistik den erheblichen Umfang unbezahlter informeller Pflege, die von ELB geleistet wird. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, Sorgearbeit als gesellschaftlich relevante Tätigkeit anzuerkennen, auch wenn sie nicht als klassische Erwerbsarbeit gilt. Die Leistung dieser Pflegenden trägt wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und entlastet gleichzeitig das professionelle Pflegesystem.

Zweitens könnte für diese wachsende Personengruppe maßgeschneiderte sozialpolitische Maßnahmen erforderlich sein. Dies betrifft sowohl die Art der Erfassung als auch die Unterstützungsangebote, die auf die besonderen Herausforderungen pflegender ELB zugeschnitten sind. Dabei sollten die spezifische Lebenslage dieser Gruppe, wie etwa flexible Unterstützungsstrukturen oder gezielte Beratungsangebote, berücksichtigt werden.

Drittens könnte im Kontext der Grundeinkommensdiskussion ein solches Modell dazu beitragen, die Stigmatisierung von ELB, die Pflegeaufgaben übernehmen, zu reduzieren. Es würde ihre Leistung anerkennen und ihnen mehr finanzielle Sicherheit bieten, ohne sie zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit zu zwingen, die mit ihren Pflegepflichten unvereinbar sein könnte. Ein Grundeinkommen könnte somit eine Brücke zwischen der Anerkennung von Pflegearbeit und finanzieller Absicherung schlagen.[124]

Die Konzentration von 31 Prozent der Fälle in Nordrhein-Westfalen deutet zudem auf mögliche regionale Disparitäten hin. Dies könnte auf unterschiedliche demografische Strukturen, aber auch auf variierende Unterstützungsangebote in den Bundesländern hinweisen. Eine differenzierte Betrachtung und

---

[123] Die Bedeutung des Trends wird durch einen Vergleich mit den ELB, die Kinder betreuen, deutlich. Im Januar 2024 hatten 233.101 Personen den Status als ELB mit Kinderbetreuungspflichten, wovon 98 Prozent Frauen waren. Bemerkenswert ist, dass diese Zahl im Vergleich zum Berichtsmonat Januar 2014 (262.588 Personen) innerhalb von 10 Jahren um etwa 11 Prozent gesunken ist (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2024). Im Gegensatz dazu zeigt die Zahl der ELB, die Angehörige pflegen, einen Anstieg. Dieser gegenläufige Trend unterstreicht die wachsende Relevanz der Angehörigenpflege im Kontext der ELB-Statistik und deutet auf einen möglichen Wandel in den Herausforderungen für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hin.

[124] Vgl. dazu die Argumente von Baker 2008, Zelleke 2011, Fitzpatrick 1999, Winker 2021 und Appel & Prainsack 2024.

möglicherweise regional angepasste Lösungsansätze könnten hier sinnvoll sein.

Schließlich unterstreicht der hohe Frauenanteil (72 Prozent) unter den pflegenden ELB die Notwendigkeit, Geschlechteraspekte in der Pflegepolitik stärker zu berücksichtigen. Dies wirft Fragen zur geschlechtsspezifischen Verteilung von Pflegearbeit auf und zeigt, dass Maßnahmen zur Unterstützung pflegender ELB auch unter dem Aspekten feministischer Theorie betrachtet werden sollten (s. Kap. 2.2.2).

Die Analyse der Situation erwerbsloser informeller Pflegepersonen in Deutschland offenbart eine komplexe und oft vernachlässigte Dimension der informellen Altenpflegeökonomie. Obwohl nur ein Einzelfall detailliert untersucht werden konnte, unterstreicht dies die Bedeutung qualitativer Forschung, da gerade solche Einzelfälle tiefe Einblicke in die Lebenslage ermöglichen und oft verborgene Aspekte aufdecken können, die in quantitativen Studien möglicherweise übersehen werden (s. Kap. 4.2.1). Die nahezu statistische Verdoppelung der Anzahl nicht arbeitsloser erwerbsfähiger Leistungsberechtigter, die Angehörige pflegen, von 2014 bis 2024 unterstreicht die wachsende Bedeutung dieser Thematik. Dieser Trend steht im Kontrast zur sinkenden Zahl der ELB mit Kinderbetreuungspflichten und deutet auf einen Wandel in den sozialpolitischen Herausforderungen hin.

6.1.2 Leistungen und Lücken: Der sozialrechtliche Rahmen im Spiegel der Empirie

Dieser Teil analysiert die Wechselwirkungen zwischen den empirischen Ergebnissen und dem bestehenden sozialrechtlichen Rahmen sowie den Leistungen der Pflegeversicherung (s. Kap. 2.4). Ziel ist es, kritisch zu untersuchen, inwieweit die aktuellen Regelungen den Bedarfen und Herausforderungen informeller Pflegepersonen gerecht werden und das Versorgungsgeschehen der informellen Altenpflege beeinflussen.

6.1.2.1 Finanzielle Implikationen der Pflegetätigkeit: Rentenbeiträge und entgangenes Einkommen

Die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen für informelle Pflegepersonen erfordert eine eingehende Betrachtung des bestehenden sozialrechtlichen Rahmens und der Ergebnisse der vorliegenden Studie. Der aktuelle sozialrechtliche Status einer Pflegeperson ist an spezifische Kriterien geknüpft, die den Zugang zu verschiedenen Leistungen wie Rentenversicherungsbeiträgen und Freistellungsmöglichkeiten regulieren (s. Kap. 2.4.2). Trotz dieser Regelungen offenbaren die Studienergebnisse erhebliche Herausforderungen für informell Pflegende.

Ein zentraler Aspekt der sozialen Sicherung pflegender Personen sind die Rentenversicherungsbeiträge, die von der Pflegeversicherung für die Pflegeperson eingezahlt werden. Diese Maßnahme zielt darauf ab, die langfristigen finanziellen Nachteile, die durch die Reduzierung oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit entstehen können, zumindest teilweise auszugleichen. Trotz dieser und anderer Maßnahmen zeigen die Ergebnisse der empirischen Studie jedoch, dass viele Pflegende erhebliche Bedenken hinsichtlich ihrer langfristigen finanziellen Sicherheit haben. Diese Sorge wird besonders deutlich in der Aussage einer befragten Person:

Da werden nur Minimalbeträge eingezahlt. Das hilft mir kein Stück weiter. Wenn die Rentenleistung permanent runtergefahren wird, dann macht das eine extremst niedrige Rente für mich aus und das kann ich so nicht aufrechterhalten. (Interview 15, Pos. 23)

Diese Äußerung unterstreicht nachdrücklich die wahrgenommene Unzulänglichkeit der aktuellen Maßnahmen zur sozialen Sicherung informeller Pflegepersonen.

Objektive Befunde stützen diese subjektive Wahrnehmung. Ein Sachgutachten des Unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (2023) konstatiert eine Benachteiligung pflegender Beschäftigter in ihrer rentenrechtlichen Absicherung. Danach zahlen viele Pflegende nur geringe Beiträge ein und erhalten keinen vollen rentenrechtlichen Ausgleich für ihre Pflegetätigkeit (vgl. Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2023, 23).

Diese Erkenntnisse offenbaren eine signifikante Diskrepanz zwischen den Intentionen des Gesetzgebers und der tatsächlichen Wirksamkeit der Maßnahmen. Die Rentenversicherungsbeiträge für Pflegezeiten scheinen in der Praxis nicht auszureichen, um eine adäquate finanzielle Absicherung im Alter zu gewährleisten oder zumindest ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.

Die Diskussion über die soziale Sicherung informeller Pflegepersonen gewinnt eine zusätzliche Dimension, wenn man die Opportunitätskosten betrachtet, die durch die Reduzierung der Erwerbstätigkeit entstehen. Diese Kosten repräsentieren das entgangene Einkommen, das die Pflegeperson ohne die Pflegeverpflichtung hätte erzielen können. Eine befragte Person äußert sich dazu: „Und dann haben wir es mal durchgerechnet, und dann habe ich gesagt, ich muss reduzieren, sonst geht es nicht, ne. Und ja, ich meine, ich habe natürlich Zeit gewonnen, die ich dann bei meiner Mutter investiere, aber natürlich Geld verloren, ist ja klar." (Interview 9, Pos. 31)

Das folgende exemplarisches Rechenbeispiel soll das Ausmaß dieser finanziellen Einbußen verdeutlichen. Bei einer 100 Prozent Stelle im öffentlichen Dienst (Entgeltgruppe E13, Stufe 1, und Lohnsteuerklasse 1 ohne Kirchensteuer) beträgt das monatliche Nettogehalt 2.605,18 €, was sich über einen Zeitraum von 5 Jahren ohne Erhöhung zu einem Gesamtnettoeinkommen von 156.310,80 € summiert. Im Vergleich dazu ergibt eine 50 Prozent Stelle mit denselben Parametern ein monatliches Nettogehalt von 1.486,68 €, was über 5 Jahre ein Gesamtnettoeinkommen von 89.200,80 € ergibt. Somit beträgt die Differenz zwischen einer 100-Prozent- und einer 50-Prozent-Stelle auf 1.118,50 € netto pro Monat, 13.422, € netto pro Jahr und netto über den gesamten Zeitraum von 5 Jahren (vgl. oeffentlicher-dienst.info o. J.).

Diese Zahlen verdeutlichen die erheblichen finanziellen Auswirkungen einer Reduzierung der Arbeitszeit auf 50 Prozent, wie sie häufig von informell Pflegenden vorgenommen wird. Über einen Zeitraum von 5 Jahren – der durchschnittlichen Pflegedauer in der Studie – summiert sich der Einkommensverlust auf über 67.000 € netto.[125]

Diese Erkenntnisse legen nahe, dass trotz der bestehenden Maßnahmen zur sozialen Sicherung eine Lücke zwischen den Intentionen des Gesetzgebers und der Lebensrealität informeller Pflegepersonen besteht. Es stellt sich die Frage, ob die aktuellen Regelungen ausreichen, um die langfristigen finanziellen und beruflichen Nachteile, die mit der Übernahme von Pflegeverantwortung einhergehen, angemessen zu kompensieren.

[125] Die Berechnung bezieht sich auf den tariflichen Zeitraum von 01.12.2022 bis 31.10.2024 (vgl. oeffentlicher-dienst.info o. J.).

6.1.2.2 Das Pflegegeld in der Praxis: Verwendungsmuster und Bedeutung für Pflegende

Im Kontext des sozialrechtlichen Rahmens für informelle Pflegepersonen nimmt das Pflegegeld eine besondere Stellung ein. Es ist eine zentrale Leistung der Pflegeversicherung, die gemäß § 37 SGB XI als finanzielle Unterstützung für die häusliche Pflege konzipiert ist. Der Gesetzgeber sieht vor, dass das Pflegegeld direkt an die pflegebedürftige Person ausgezahlt wird, um deren Selbstbestimmung zu stärken und die Flexibilität in der Gestaltung der Pflegesituation zu erhöhen (s. Kap. 2.4.2.1). Diese Intention spiegelt sich in der Praxis wider, wie eine befragte Person unterstreicht: „Wenn das Pflegegeld nicht da wäre, dann sähe es ziemlich düster aus, weil komplett finanzieren, das geht ja nun mal auch nicht." (Interview 3, Pos. 27) Diese Aussage verdeutlicht die zentrale Rolle des Pflegegeldes bei der Finanzierung und Organisation der häuslichen Pflege. Sie zeigt, dass das Pflegegeld nicht nur eine finanzielle Unterstützung darstellt, sondern oft eine notwendige Voraussetzung für die Realisierung der häuslichen Pflege ist.

Laut der Studie von Haumann (2022) wird das Pflegegeld am häufigsten an die Pflegepersonen selbst weitergegeben (47 Prozent), teilweise um deren Einkommensverlust auszugleichen. Es wird aber auch häufig für andere Unterstützungskräfte wie Haushalts- und Betreuungshilfen (39 Prozent), 24-Stunden-Pflegekräfte (17 Prozent) oder ehrenamtliche Helfer (9 Prozent) verwendet. Darüber hinaus wird das Pflegegeld häufig für allgemeine Haushaltsausgaben verwendet. Lediglich 5 Prozent der Befragten geben an, dass sie das Pflegegeld zum Sparen, z. B. für eine mögliche spätere stationäre Pflege, verwenden.

Die empirischen Befunde der vorliegenden Studie bestätigen diese Erkenntnisse weitgehend. Sie zeigen, dass das Pflegegeld in den meisten Fällen nicht ausreicht, um den Einkommensverlust der Pflegepersonen auszugleichen. Stattdessen wird es vorwiegend für pflege-, haushalts- und betreuungsbezogene Leistungen verwendet. Dies entspricht der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers, das Pflegegeld als Unterstützung für die Organisation der häuslichen Pflege einzusetzen.

Hervorzuheben ist, dass nur ein Teil der befragten Pflegepersonen überhaupt einen Teil des Pflegegeldes erhält. Dies zeigt sich in den Beschreibungen der individuellen Pflegesituationen (s. Kap. 5.1), in denen nur etwa ein Viertel der pflegenden Angehörigen angibt, zumindest einen Teil des Pflegegeldes zu erhalten. Diese Erkenntnis ist besonders bedeutsam, da sie auf eine

potenzielle Diskrepanz zwischen der tatsächlichen finanziellen Belastung Pflegender und der Verteilung des Pflegegeldes hinweist.

Die Verwendung des Pflegegeldes für pflege-, haushalts- und betreuungsbezogene Leistungen spiegelt sich in den Aussagen der Studienteilnehmenden wider. Eine befragte Person berichtet: „Ja, dann haben wir noch jemanden, der einkauft. Okay, das ist eine nette Freundin der Familie, sag ich mal so, die was Gutes tun möchte und weil die meine Eltern eben mag. Sie macht das für die, und sie kriegt von mir ein bisschen Benzingeld." (Interview 10, Pos. 7) Diese Aussage illustriert, wie das Pflegegeld indirekt zur Finanzierung zusätzlicher Unterstützung verwendet wird, was der Intention des Gesetzgebers entspricht, die Flexibilität in der Gestaltung der Pflegesituation zu erhöhen.

Die Tatsache, dass nur ein Viertel der Pflegepersonen einen Teil des Pflegegeldes erhält, wirft Fragen zur Angemessenheit der bestehenden Unterstützungsstrukturen auf. Es deutet darauf hin, dass viele Pflegende möglicherweise finanzielle Belastungen tragen, ohne direkte Unterstützung durch das Pflegegeld zu erhalten. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die finanzielle Situation informeller Pflegepersonen ganzheitlich zu betrachten und möglicherweise alternative oder ergänzende Unterstützungsformen in Erwägung zu ziehen.

6.1.2.3 Reformvorschlag zur Unterstützung informeller Pflegepersonen: Das Familienpflegegeld

Die aktuelle Situation informeller Pflegepersonen in Deutschland ist geprägt von verschiedenen sozialpolitischen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erleichtern. Zu diesen Maßnahmen gehören die kurzzeitige Arbeitsverhinderung von bis zu zehn Arbeitstagen, die Pflegezeit von bis zu sechs Monaten und die Familienpflegezeit von bis zu 24 Monaten. Während für die kurzzeitige Arbeitsverhinderung ein Pflegeunterstützungsgeld beantragt werden kann, steht für die Pflegezeit und Familienpflegezeit lediglich ein zinsloses Darlehen zur Verfügung (s. Kap. 2.4.2.3).

Allerdings zeigen die realen Zahlen der Inanspruchnahme, dass diese Maßnahmen nur in seltenen Fällen genutzt werden. So wurden bspw. im Jahr 2019 lediglich 9.000 Anträge auf Pflegeunterstützungsgeld gestellt, obwohl die Bundesregierung von 20.000 Anträgen pro Jahr ausgegangen war. Auch die Darlehen für Pflegezeit und Familienpflegezeit wurden zwischen 2015 und 2019 nur von insgesamt 982 Personen in Anspruch genommen (s. Kap

2.4.2.3). Diese geringen Nutzungszahlen deuten darauf hin, dass die derzeitigen sozialpolitischen Interventionen zur Unterstützung informell Pflegender kaum Einfluss auf das Versorgungsgeschehen der informellen Altenpflegeökonomie haben. Obwohl die bestehenden Regelungen eine gewisse Unterstützung bieten, werden sie offenbar den komplexen Herausforderungen, mit denen Pflegepersonen konfrontiert sind, oft nicht gerecht.

Vor diesem Hintergrund wurde der Reformvorschlag des Familienpflegegeldes entwickelt, der eine grundlegende Neugestaltung der Unterstützungsleistungen für informelle Pflegepersonen vorsieht. Dieser Vorschlag, der vom Unabhängigen Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (2023) erarbeitet wurde, zielt darauf ab, die bestehenden Gesetze zur Pflegezeit und Familienpflegezeit in einem einheitlichen Gesetz zusammenzufassen und eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld einzuführen (s. Kap. 2.4.3.1). Die wesentlichen Neuerungen des Familienpflegegeldes umfassen mehrere innovative Aspekte:

- Eine maximale Bezugsdauer von 36 Monaten pro pflegebedürftige Person, was eine deutliche Ausweitung gegenüber den bisherigen Regelungen darstellt und den oft langfristigen Pflegebedarf besser berücksichtigt.
- Die Möglichkeit der Aufteilung auf mehrere Pflegepersonen, wodurch eine flexiblere Gestaltung der Pflegesituation und eine Entlastung der Hauptpflegeperson ermöglicht wird.
- Eine einkommensabhängige Lohnersatzleistung bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 250.000 €, die analog zum Elterngeld berechnet wird und somit eine substanzielle finanzielle Unterstützung bietet.
- Eine verbesserte rentenrechtliche Absicherung, die dem Risiko von Altersarmut bei pflegenden Angehörigen entgegenwirken soll.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie über den potenziellen Einfluss eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen bieten wertvolle Einblicke in die Bedürfnisse und Wünsche dieser Gruppe. Diese Erkenntnisse sind auch für die Diskussion des Familienpflegegeldes von großer Relevanz, da sie die Perspektive der direkt Betroffenen in den Mittelpunkt stellen. Die Studie untersucht, wie Pflegende ihre Handlungsmöglichkeiten in einem Szenario mit einem bedingungslosen Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € einschätzen würden. Dabei wurden vier zentrale

Lebenslagenfaktoren betrachtet: die Vereinbarkeit der Lebensbereiche, die finanzielle Situation, das persönliche Wohlbefinden und das soziale Netzwerk (s. Kap. 5.3). Diese umfassende Betrachtung ermöglicht es, die komplexen Auswirkungen finanzieller Unterstützung auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen zu verstehen.

Obwohl das Grundeinkommen und das Familienpflegegeld unterschiedliche Ansätze verfolgen – das eine als universelle, bedingungslose Leistung für alle Bürger:innen, das andere als gezielte Unterstützung ausschließlich für Pflegepersonen – lassen sich aus den Studienergebnissen wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung des Familienpflegegeldes ableiten. Insbesondere die Aussagen der Befragten zu ihren Wünschen und Bedürfnissen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, der finanziellen Absicherung und der Möglichkeit zur flexiblen Gestaltung ihrer Pflegesituation sind hier von Bedeutung. Ein wesentlicher Vorteil der Studie liegt darin, dass sie nicht nur den Status quo erfasst, sondern auch die potenziellen Veränderungen in einem Szenario mit finanzieller Absicherung untersucht. Daraus lassen sich Rückschlüsse ziehen, wie Maßnahmen wie das Familienpflegegeld die Lebenslage informeller Pflegepersonen positiv beeinflussen könnten.

Die empirischen Ergebnisse der Studie offenbaren mehrere zentrale Aspekte, die für den Reformvorschlag des Familienpflegegeldes von Bedeutung sind. Ein Kernbedürfnis informeller Pflegepersonen ist die finanzielle Absicherung, gekoppelt mit der Möglichkeit, die Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren. Dies wird exemplarisch durch folgende Aussage verdeutlicht: „Wenn ich jetzt ein Grundeinkommen hätte, dann würde ich meine Arbeit doch reduzieren, wenn das mit meiner Rente so bleiben würde […]." (Interview 11, Pos. 45) Dieser Wunsch korrespondiert direkt mit den Zielen des Familienpflegegeldes, das eine einkommensabhängige Lohnersatzleistung und eine verbesserte rentenrechtliche Absicherung vorsieht. Die Studie unterstreicht somit die Relevanz dieser Komponenten des Familienpflegegeldes und zeigt, dass sie einem realen Bedarf entsprechen.

Darüber hinaus macht die Studie deutlich, dass Pflegepersonen eine flexiblere Gestaltung ihrer Arbeitszeit anstreben. Eine befragte Person erklärte: „Ich bräuchte aber nicht mehr so viel arbeiten. Ich könnte weniger arbeiten, um vielleicht auf 2.000 € zu kommen, damit ich klar komme, um dann die Zeit...so gesehen wird ein Schuh draus." (Interview 6, Pos. 31) Das Familienpflegegeld adressiert diesen Bedarf durch die Möglichkeit einer teilweisen Freistellung und eine längere Bezugsdauer von bis zu 36 Monaten. Die empirischen Erkenntnisse bestätigen, dass dieser Ansatz den Bedarfen informeller

Pflegepersonen entspricht und möglicherweise noch weiter ausgebaut werden könnte.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der in der Studie hervortrat, ist der Bedarf nach mehr Zeit für eine qualitativ hochwertige Pflege. Eine interviewte Person äußerte: „Indem ich einfach mehr Zeit habe, dass ich die Sachen gelassener angehe, dass ich mir auch die Zeit nehme, vielleicht noch mehr die Zeit nehme [...]." (Interview 3, Pos. 39) Das Familienpflegegeld zielt darauf ab, diesen Bedarf zu erfüllen, indem es Pflegenden ermöglicht, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren, ohne dabei in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Die Studie unterstreicht die Wichtigkeit dieses Aspekts und zeigt, dass finanzielle Unterstützung nicht nur den Pflegenden selbst, sondern auch der Qualität der Pflege zugutekommen könnte.

Die Möglichkeit, die Pflegeverantwortung auf mehrere Personen zu verteilen, ist ein innovativer Aspekt des Familienpflegegeldes. Obwohl dieser Punkt in der Studie im Szenario eines Grundeinkommens nicht direkt adressiert wurde, deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Pflegepersonen eine Entlastung durch ein erweitertes soziales Netzwerk schätzen würden. Dies wird in folgender Aussage klar: „Es könnte vielleicht schon sein, dass ich möglicherweise mit meiner Freundin dann mal drüber gesprochen hätte, ob sie vielleicht noch einen Tag abknappst." (Interview 2, Pos. 43)

Diese Erkenntnis unterstützt den Ansatz des Familienpflegegeldes, die Aufteilung der Pflege auf mehrere Personen zu ermöglichen und zu fördern.

Ein Aspekt, der in der Studie zum Grundeinkommen stärker hervortrat als im Konzept des Familienpflegegeldes, ist die gesellschaftliche Perspektive auf Sorgearbeit. Eine befragte Person merkte an: „Aber gesellschaftlich könnte ich mir das durchaus vorstellen, weil vielleicht der Druck dann nicht ganz so da ist. Das reibt sich ja, das Arbeitseinkommen zu erwirtschaften und gleichzeitig Pflege zu leisten." (Interview 12, Pos. 77) Während das Familienpflegegeld primär auf die individuelle Unterstützung informell Pflegender abzielt, zeigen die Studienergebnisse, dass eine breitere gesellschaftliche Neubewertung von Sorgearbeit wünschenswert wäre. Dies könnte ein Ansatzpunkt für eine Erweiterung des Reformvorschlags zum Familienpflegegeld sein, etwa durch begleitende Maßnahmen zur Sensibilisierung und Anerkennung von Sorgearbeit in der Gesellschaft.[126]

---

[126] Im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Anerkennung von Sorgearbeit würde dieses Argument die These im Grundeinkommensdiskurs stützen, dass nur gezielte sozialpolitische Maßnahmen und der universelle Charakter dies realisieren könnten. Wobei offen bleibt, ob

Die Studienergebnisse zum Grundeinkommensszenario zeigen, dass nicht alle pflegenden Angehörigen eine Veränderung ihrer Lebenslage erwarten oder wünschen würden, selbst wenn ein bedingungsloses Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € zur Verfügung stünde. Diese Erkenntnis lässt sich auf das Konzept des Familienpflegegeldes übertragen. Einige Befragte würden nicht ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren, selbst wenn sie finanziell abgesichert wären. Eine Person äußerte: „Insofern würde mir das ja eigentlich nichts bringen. Nee, also auch im Hinblick auf Fortkommen und so weiter? Nein, nein, würde mir das so nichts bringen." (Interview 12, Pos. 79). Andere Teilnehmende betonten die Wichtigkeit des Erhalts ihres Lebensstandards und ihrer beruflichen Entwicklung. Diese Reaktionen im Grundeinkommensszenario legen nahe, dass auch beim Familienpflegegeld nicht alle potenziell Anspruchsberechtigten dieses in Anspruch nehmen würden. Die Gründe, die im Grundeinkommensszenario gegen eine Veränderung der Lebenslage angeführt wurden – wie berufliche Ambitionen, finanzielle Überlegungen und persönliche Präferenzen – wären vermutlich auch beim Familienpflegegeld relevant.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass das Grundeinkommensszenario Aspekte aufzeigt, die von Pflegepersonen positiv bewertet wurden, jedoch über den Rahmen des Familienpflegegeldes hinausgehen. Ein zentraler Punkt ist dabei die Möglichkeit, die Erwerbstätigkeit vollständig und langfristig zugunsten der Pflege aufzugeben. Im Gegensatz dazu sieht das Familienpflegegeld eine vollständige Freistellung nur für maximal 6 Monate vor. Diese Begrenzung ergibt sich aus der grundsätzlichen Ausrichtung des Familienpflegegeldes, das primär auf die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf abzielt und eine langfristige Anbindung an den Arbeitsmarkt vorsieht.

Dennoch lässt sich, basierend auf der Analyse von Heinze und Schupp (2022), argumentieren, dass die Einführung eines Familienpflegegeldes als ein weiterer Schritt in Richtung eines schrittweise implementierten Grundeinkommens gesehen werden kann. Das Autorenpaar vertritt die These, dass das Grundeinkommen nicht als radikaler Systemwechsel, sondern durch inkrementelle Reformen in verschiedenen sozialpolitischen Bereichen eingeführt wird. Sie sprechen von einer „schleichenden Transformation" (Heinze & Schupp 2022, 180; herv. i. Orig.) des deutschen Sozialstaatsmodells. Das Familienpflegegeld würde in dieses Muster passen, da es ein weiteres universelles und bedingungsarmes Element in das Sozialsystem einführt.

---

diese gesellschaftlichen Bereiche auch durch ein Grundeinkommen anerkannt werden würden (s. Kap. 3.3.1.1).

Abschließend lässt sich festhalten, dass der Reformvorschlag des Familienpflegegeldes einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Lebenslage informeller Pflegepersonen darstellen könnte. Die Erkenntnisse aus dem Grundeinkommensszenario unterstreichen die Relevanz einer solchen Maßnahme, indem sie die zentralen Bedarfe nach finanzieller Absicherung, Flexibilität und Anerkennung aufzeigen. Obwohl das Familienpflegegeld nicht alle Aspekte eines bedingungslosen Grundeinkommens abdecken kann, adressiert es diese Bedarfe pragmatisch und zielgerichtet. Es könnte somit nicht nur einen Fortschritt für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf darstellen, sondern auch zu einer umfassenderen gesellschaftlichen Neubewertung von Sorgearbeit beitragen und gleichzeitig einen weiteren Schritt in der schrittweisen Transformation des Sozialstaats markieren.

6.1.3 Das Leitprinzip der Subsidiarität im Lichte der empirischen Befunde

Dieses Kapitel untersucht das Subsidiaritätsprinzip als zentrale Idee der sozialen Ordnung in Deutschland im Kontext der Studienergebnisse zur informellen Altenpflege. Es wird analysiert, wie dieses Prinzip in der Praxis umgesetzt wird und welche potenziellen Auswirkungen ein Grundeinkommen auf seine Realisierung haben könnte.

6.1.3.1 Subsidiarität in der Praxis: Empirische Befunde zur informellen Altenpflegeökonomie

Das Subsidiaritätsprinzip, wie in Kapitel 2.4.3.2 ausführlich erläutert, ist eine basale Leitidee sozialer Ordnung in Deutschland, das die Eigenverantwortung von Individuen und kleineren sozialen Einheiten in den Vordergrund stellt. Es besagt, dass Lebensaufgaben zunächst auf der niedrigsten möglichen Ebene angegangen werden sollten, bevor höhere Instanzen eingreifen. Dieses Prinzip respektiert die Autonomie und Fähigkeit des Einzelnen zur Problemlösung und fördert lokale, passgenaue Lösungsansätze. Es impliziert eine Hierarchie der Verantwortlichkeiten von unten nach oben. Gleichzeitig warnt das Prinzip vor dem paternalistischen Charakter von Eingriffen höherer Ebenen, die zwar gut gemeint sein mögen, aber die Selbstbestimmung untergraben können. Es fordert eine sorgfältige Balance zwischen äußerer Unterstützung

und dem Erhalt von Eigenverantwortung, was besonders in komplexen Bereichen wie der Altenpflege relevant ist.

In Bezug auf die Altenpflege manifestiert sich das Subsidiaritätsprinzip in einer klaren Verantwortungshierarchie, bei der zunächst die Familie und das unmittelbare soziale Umfeld Verantwortung übernehmen, bevor staatliche Institutionen aktiv werden. Diese Hierarchie betont, dass die Pflege primär im engsten sozialen Kreis organisiert werden, gefolgt von lokalen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen, bevor staatliche Einrichtungen eingreifen. Jedoch erkennt das Prinzip auch die Notwendigkeit unterstützender Strukturen an. Übergeordnete Ebenen, insbesondere der Staat, sind demnach verpflichtet Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den unteren Ebenen ermöglichen, ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen.

Bei der Analyse der Studienergebnisse im Kontext des Subsidiaritätsprinzips ist zu beachten, dass dieses Prinzip keine starren Kriterien vorgibt. Seine Interpretation und Anwendung können je nach Perspektive variieren. In dieser Diskussion wird ein weites Verständnis des Prinzips zugrunde gelegt. Der Fokus liegt dabei auf zwei Hauptaspekten: Erstens, inwieweit wird die Eigenverantwortung der informellen Pflegepersonen gestärkt oder behindert? Und zweitens, wie effektiv unterstützen höhere Ebenen die Eigenverantwortung, ohne sie zu ersetzen?

Die Analyse erfolgt zweistufig: Zunächst wird die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der aktuellen Lebenslage der Pflegenden (Status quo) untersucht. Anschließend wird analysiert, wie ein Grundeinkommen das Verhältnis zwischen der Autonomie der Pflegenden und den notwendigen Unterstützungsstrukturen in der Altenpflege beeinflussen könnte.[127]

---

[127] Der in dieser Arbeit verwendete Lebenslagen-Ansatz als ökosoziale Perspektive auf das Versorgungsgeschehen der informellen Altenpflege eignet sich besonders gut zur Einordnung des Subsidiaritätsprinzips. Er beschreibt die Handlungsmöglichkeiten informeller Pflegepersonen (s. Kap. 2.3.3.3) und spiegelt so die eigenverantwortliche Lebensgestaltung wider, die stets von äußeren Einflüssen beeinflusst wird. Diese Verknüpfung zeigt, dass die Verwirklichung der Subsidiarität zwar anhand objektiver Kriterien betrachtet werden kann, aber stets subjektiv erlebt wird. Ähnlich dem Wohlfahrtsparadox, das die potenzielle Diskrepanz zwischen subjektiver Wahrnehmung und objektiven Bedingungen beschreibt (s. Kap. 2.1.3.1), lässt sich hier von einer *Ambivalenz des Subsidiaritätsprinzips* sprechen. Diese Ambivalenz verdeutlicht, dass trotz anlegbarer objektiver Kriterien der Subsidiarität die subjektive Wahrnehmung im Zentrum der Bewertung steht. Das Empfinden von Subsidiarität ist dynamisch, kann sich im Lebensverlauf wandeln und ist sowohl individuell als auch intersubjektiv geprägt. In dieser Unterscheidung kann von einer *intrasubjektiven Ambivalenz* der Subsidiarität gesprochen werden, die sich auf die individuellen Veränderungen im Lebensverlauf bezieht, und von einer *intersubjektiven Ambivalenz* der Subsidiarität, die die unterschiedlichen Wahrnehmungen zwischen verschiedenen Personen beschreibt.

Bei der Einordnung der Forschungsergebnisse im Kontext des Subsidiaritätsprinzips zeigt sich ein differenziertes Bild der Altenpflege in Deutschland (s. Kap. 5.2). Die Analyse offenbart sowohl Aspekte, die dem Prinzip entsprechen, als auch solche, die ihm widersprechen. Die Studienergebnisse zeigen, dass Pflegende oft große Verantwortung übernehmen und die Pflege primär selbst organisieren, was dem Kerngedanken des Subsidiaritätsprinzips entspricht, da die Herausforderungen zunächst auf der niedrigsten Ebene angegangen werden. Die starke Einbindung der Familie in die Pflege reflektiert die vom Prinzip geforderte Hierarchie der Verantwortlichkeiten. Allerdings berichten viele Pflegepersonen von Überforderung, die darauf hindeuten kann, dass die Balance zwischen Eigenverantwortung und notwendiger Unterstützung nicht optimal ist.

Bestehende staatliche Leistungen wie das Pflegegeld und die soziale Sicherung für Pflegende entsprechen grundsätzlich dem Subsidiaritätsprinzip, da sie unterstützende Rahmenbedingungen schaffen sollen. Jedoch werden diese Leistungen oft als unzureichend empfunden, was auf eine mögliche Diskrepanz zwischen der Absicht des Prinzips und seiner praktischen Umsetzung hinweist. Eine starke Regulierung und Bürokratisierung der Pflege steht teilweise im Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip, da sie die Flexibilität und Eigenverantwortung auf der unteren Ebene einschränken kann.

Die Forschungsergebnisse verdeutlichen die Ambivalenz des Subsidiaritätsprinzips. Die subjektiven Erfahrungen der Pflegenden variieren stark und zeigen sowohl intrasubjektive als auch intersubjektive Unterschiede in der Wahrnehmung der Subsidiarität. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, bei der Bewertung der Umsetzung des Prinzips sowohl objektive Kriterien als auch subjektive Erfahrungen zu berücksichtigen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Subsidiaritätsprinzip in der gegenwärtigen Alltagsbewältigung im Lichte der Forschungsergebnisse im Status Quo teilweise verwirklicht ist und möglicherweise Potenziale noch nicht ausgeschöpft sind. Eine zentrale Frage ist, inwiefern die hypothetische Einführung eines Grundeinkommens als sozialpolitische Maßnahme die Subsidiarität in der informellen Altenpflege beeinflussen könnte.

6.1.3.2 Grundeinkommen und Subsidiarität: Potenzielle Auswirkungen auf die informelle Altenpflegeökonomie

Die Analyse untersucht, wie ein Grundeinkommen die Handlungsmöglichkeiten informell Pflegender und die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Altenpflege beeinflussen könnte – insbesondere hinsichtlich Eigenverantwortung, Unterstützungsstrukturen und möglicher neuer Formen der Subsidiarität in der informellen Altenpflegeökonomie. Basierend auf den Ergebnissen des Grundeinkommensszenarios (vgl. Kap. 5.3) werden drei zentrale Lebenslagenfaktoren analysiert.[128]

Im Bereich der Vereinbarkeit der Lebensbereiche zeigen die Studienergebnisse, dass ein Grundeinkommen die Flexibilität in der Gestaltung der Erwerbsarbeit erhöhen könnte. Viele Befragte gaben an, dass sie ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren oder flexibler gestalten würden, um mehr Zeit für sich und die Pflege zu haben. Dies könnte die Eigenverantwortung in der Pflege stärken, da Pflegende ihre Pflegetätigkeit besser nach ihren individuellen Bedürfnissen und denen der Pflegebedürftigen gestalten könnten. Diese erhöhte Flexibilität entspricht dem Subsidiaritätsprinzip, da es die Möglichkeiten der untersten Ebene (Familie) stärkt, Herausforderungen selbst zu bewältigen.

Hinsichtlich der finanziellen Situation würde ein Grundeinkommen die Lage vieler Pflegepersonen verbessern und ihnen mehr Handlungsspielraum geben. Dies könnte dazu führen, dass sie weniger auf bedarfsgeprüfte staatliche Unterstützung angewiesen sind und eigenverantwortlicher agieren können. Diese finanzielle Absicherung könnte die Subsidiarität stärken, indem sie die Kapazitäten der unteren Ebene erweitert und möglicherweise den Bedarf an Unterstützung von höheren Ebenen reduziert.

Bezüglich des persönlichen Wohlbefindens deuten die Ergebnisse darauf hin, dass ein Grundeinkommen die Situation der Pflegenden verbessern könnte, indem es Stress reduziert und mehr Zeit für Selbstfürsorge ermöglicht. Ein verbessertes Wohlbefinden könnte die Fähigkeit der Pflegenden stärken, ihre Aufgaben eigenverantwortlich zu bewältigen, was wiederum dem Subsidiaritätsprinzip entspricht.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Grundeinkommen das Potenzial hat, die Subsidiarität in der informellen Altenpflege zu stärken, indem es die Eigenverantwortung und Handlungsspielräume auf der untersten Ebene erweitert. Es könnte informellen Pflegepersonen ermöglichen, flexibler und

---

[128] Das soziale Netzwerk als vierter Lebenslagenfaktor wird später im Zusammenhang mit sorgenden Gemeinschaften beleuchtet (s. Kap. 6.1.3.3).

selbstbestimmter zu agieren, was dem Kerngedanken des Subsidiaritätsprinzips entspricht. Allerdings zeigen die Ergebnisse auch mögliche Herausforderungen auf. Es besteht die Gefahr, dass sich der Staat durch ein Grundeinkommen zu sehr aus der Verantwortung zurückzieht und notwendige Unterstützungsstrukturen vernachlässigt werden.

Diese Erkenntnisse entsprechen Klies (2014) Einschätzung des Grundeinkommens als „hochrelevanten Vorschlag" (Klie 2014, 169) für die Bewältigung der Pflege im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Unterstützung (s. Kap. 2.4.3.2). Klie (2014) betont jedoch auch die Ambivalenz des Subsidiaritätsprinzips, die sich in den Forschungsergebnissen widerspiegelt: Einerseits könnte ein Grundeinkommen die Selbstorganisationsfähigkeit der Familien stärken, andererseits besteht die Gefahr eines übermäßigen staatlichen Rückzugs.

Es ist hervorzuheben, dass die bestehenden Pflegeversicherungsleistungen bereits dem Subsidiaritätsprinzip dienen (vgl. Klie 2014, 170), indem sie die Pflegeverantwortung von Familien und lokalen Gemeinschaften unterstützen. Ein Grundeinkommen sollte diese Strukturen ergänzen, nicht ersetzen.

Die zentrale Herausforderung besteht darin, eine ausgewogene Balance zu finden zwischen der Förderung von Eigenverantwortung durch ein Grundeinkommen und der Aufrechterhaltung notwendiger Unterstützungsstrukturen durch höhere Ebenen. Diese Strukturen können sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Akteure umfassen und sind essenziell für eine effektive Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Altenpflege im Sinne „subsidiärer Vorsorge" (Klie 2014, 192).

In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Einführung eines Grundeinkommens die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Altenpflegeökonomie sowohl fördern als auch herausfordern könnte. Die Stärkung der Eigenverantwortung und die Erweiterung der Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen stehen im Einklang mit dem Subsidiaritätsgedanken. Gleichzeitig wirft die Analyse Fragen zur zukünftigen Rolle staatlicher und zivilgesellschaftlicher Unterstützungsstrukturen auf. Für eine erfolgreiche Integration eines Grundeinkommens in das bestehende System der Altenpflege wäre es entscheidend, die richtige Balance zwischen individueller Autonomie und gesellschaftlicher Solidarität zu finden. Dies erfordert eine sorgfältige Gestaltung und kontinuierliche Evaluation der Wechselwirkungen zwischen Grundeinkommen und anderen Unterstützungsformen, um das Subsidiaritätsprinzip in der Praxis der Altenpflege nachhaltig zu stärken.

6.1.3.3 Sorgende Gemeinschaften: Eine mögliche Manifestation des Subsidiaritätsprinzips?

Sorgende Gemeinschaften, auch als Caring Communities bekannt, repräsentieren eine innovative Leitidee zur Bewältigung der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und des steigenden Pflegebedarfs. Diese zivilgesellschaftlichen lokalen Verantwortungsgemeinschaften erweitern das Konzept der traditionellen familiären Pflege, indem sie eine breitere soziale Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Pflegepersonen bieten. Dem Konzept liegt die Überzeugung zugrunde, dass Pflege und Fürsorge eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung darstellen und nicht ausschließlich von Familien oder professionellen Diensten getragen werden sollten. Ziel ist die Schaffung eines Netzwerks, das Unterstützung im lokalen Sozialraum organisiert, die Eigenverantwortung stärkt und pflegende Familien auch in Überforderungssituationen unterstützt (s. Kap. 2.4.3.3).

Diese Idee steht in enger Verbindung zum Subsidiaritätsprinzip, das die Bedeutung kleinerer sozialer Einheiten betont und ein Eingreifen höherer Instanzen nur vorsieht, wenn die Möglichkeiten der unteren Ebene erschöpft sind. Die hier vertretene Hypothese postuliert, dass sorgende Gemeinschaften als konkrete Manifestation des Subsidiaritätsprinzips verstanden werden können. Sie bilden eine Zwischenebene im Wohlfahrtspluralismus zwischen Familie, Markt, Drittem Sektor und staatlichen Strukturen (s. Kap. 2.1.3.2) und fungieren als lokale Verantwortungsgemeinschaften, die Aufgaben übernehmen, welche die Kapazitäten einzelner Familien übersteigen, aber noch nicht den Einsatz übergeordneter staatlicher Instanzen erfordern. Somit können sorgende Gemeinschaften als Indikator für eine gelebte Subsidiarität in der Pflegeversorgung betrachtet werden. Sie verkörpern den Grundsatz, Herausforderungen zunächst auf der niedrigsten möglichen Ebene zu lösen und dabei die Eigenverantwortung und Selbstorganisation der Bürger:innen zu fördern. Gleichzeitig bieten sie eine Struktur zur gemeinschaftlichen Bewältigung von Herausforderungen, die für Einzelne oder Familien zu groß sind, ohne sofort auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.

Die Forschungsergebnisse dieser Studie ermöglichen eine differenzierte Betrachtung der Rolle sorgender Gemeinschaften in der Lebenslage informeller Pflegepersonen. Der Lebenslagenfaktor ‚soziales Netzwerk' eignet sich besonders für diese Analyse, da er die Gesamtheit der sozialen Beziehungen und Unterstützungsstrukturen erfasst, die für Pflegepersonen relevant sind. Er bietet einen umfassenden Blick auf die verschiedenen Akteure und Unterstützungsformen in der Pflegesituation.

Im Status quo zeigt sich ein komplexes Bild des sozialen Netzwerks informeller Pflegepersonen (s. Kap. 5.4.2). Die engere Familie bildet oft das Kernstück des Unterstützungsnetzwerks, wobei der Grad der familiären Unterstützung stark variiert. Freunde und Nachbarn spielen eine wichtige, wenn auch oft begrenzte Rolle, während professionelle Unterstützung wie ambulante Pflegedienste oder Tagespflege das informelle Netzwerk ergänzen. Ehrenamtliche Hilfe, das dem Konzept sorgender Gemeinschaften am nächsten kommen, sind in der Stichprobe eher selten anzutreffen. Ein wiederkehrendes Thema ist die zunehmende soziale Isolation von Pflegepersonen und der Mangel an strukturierten, gemeinschaftsbasierten Unterstützungsangeboten.

Die Betrachtung des gegenwärtigen sozialen Netzwerks offenbart eine deutliche Diskrepanz zwischen dem theoretischen Ideal sorgender Gemeinschaften und der gelebten Realität in der Pflegepraxis. Zwar erfüllen bestehende Strukturen, insbesondere kleinere soziale Einheiten wie Familien und enge Freunde, wichtige Unterstützungsfunktionen, doch fehlt es oft an einer breiteren, organisierten gemeinschaftlichen Einbindung, die über diesen engsten Kreis hinausgeht. Betrachtet man sorgende Gemeinschaften als Indikator für gelebte Subsidiarität, wird deutlich, dass das Subsidiaritätsprinzip in der aktuellen Pflegeversorgung nur teilweise sichtbar wird. Es mangelt an einer Zwischenebene im Wohlfahrtsgeschehen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern ein bedingungsloses Grundeinkommen die Entwicklung sorgender Gemeinschaften und damit die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Pflege beeinflussen könnte. Die Analyse des Szenarios eines Grundeinkommens zeigt differenzierte Auswirkungen auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen (s. Kap. 5.3.4) und damit auf das Potenzial für sorgende Gemeinschaften.[129]

---

[129] Die Analyse eines Grundeinkommens im Kontext der Altenpflegeökonomie erfordert eine differenzierte Betrachtung aus der Perspektive sowohl der vertikalen als auch der horizontalen Sozialpolitik (s. Kap.2.1.4). Während die vertikale Sozialpolitik staatliche Maßnahmen und Regelungen umfasst, bezieht die horizontale Sozialpolitik alle gesellschaftlichen Kräfte ein. Ein Grundeinkommen wäre primär der vertikalen Sozialpolitik zuzuordnen, könnte jedoch signifikante Auswirkungen auf die horizontale Sozialpolitik haben. Es hätte das Potenzial, Handlungsspielräume und Ressourcen auf individueller und gemeinschaftlicher Ebene zu erweitern und damit neue Formen der Selbstorganisation und gegenseitigen Unterstützung in der Altenpflege zu ermöglichen. Diese Wechselwirkung zwischen vertikaler Intervention und horizontaler Aktivierung ist für das Verständnis der potenziellen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Altenpflegeökonomie als spezifischen Fall der Sozialökonomie von zentraler Bedeutung. Sie verdeutlicht, wie eine staatliche Maßnahme zivilgesellschaftliches Engagement und informelle Unterstützungsstrukturen beeinflussen könnte, was wiederum die Realisierung des Subsidiaritätsprinzips in der Pflege maßgeblich prägen würde.

Im direkten sozialen Umfeld und familiären Netzwerk sehen einige Befragte die Möglichkeit einer Stärkung durch ein Grundeinkommen. Sie vermuten, dass mehr zeitliche und finanzielle Ressourcen für gegenseitige Unterstützung freigesetzt werden könnten, was die Basis für intensivere Formen der Hilfe im nahen Umfeld bilden könnte. Bei professionellen Pflegekräften und Alltagshelfer:innen zeigt sich eine ambivalente Einschätzung: Einerseits besteht die Hoffnung auf mehr Motivation für Tätigkeiten im Pflegebereich, andererseits gibt es Bedenken bezüglich der Verfügbarkeit bezahlter Alltagshilfen in der Pflege. Besonders großes Potenzial wird im Bereich des ehrenamtlichen Engagements gesehen, da ein Grundeinkommen mehr Menschen die Möglichkeit geben könnte, sich ohne finanzielle Einbußen in der Pflege zu engagieren.

Einerseits sehen informell Pflegende im Grundeinkommen die Chance, mehr Zeit und Ressourcen für soziales Engagement und gegenseitige Unterstützung zu gewinnen. Die finanzielle Absicherung könnte den Stress reduzieren und die Bereitschaft zur Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten erhöhen. Einige Pflegepersonen äußern die Vorstellung, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren, um sich stärker in nachbarschaftliche Hilfe oder ehrenamtliches Engagement einzubringen. Dies entspricht dem Kerngedanken sorgender Gemeinschaften und könnte deren Entwicklung fördern. Zudem könnte ein Grundeinkommen mehr Flexibilität in der Pflegeorganisation ermöglichen. Pflegende könnten leichter auf gemeinschaftliche Unterstützungsangebote zurückgreifen und ihre Pflegearrangements flexibler gestalten. Dies könnte die Basis für intensivere und vielfältigere Formen der gegenseitigen Unterstützung bilden.

Andererseits zeigen die Ergebnisse auch mögliche Risiken und neutrale Aspekte auf. Es wird davon ausgegangen, dass ein Grundeinkommen an den bestehenden familiären Unterstützungsstrukturen wenig ändern würde. Die primäre Verantwortung würde weiterhin bei der engsten Familie liegen, und die Inanspruchnahme professioneller Pflegedienste würde vermutlich nicht wesentlich beeinflusst werden.

Weitere Bedenken werden hinsichtlich eines möglichen Rückzugs aus dem Erwerbsleben geäußert. Dies könnte zu einer Verringerung sozialer Kontakte und potenzieller Unterstützungsnetzwerke führen. Es wird auch die Befürchtung geäußert, dass durch ein Grundeinkommen die Motivation für bezahlte Hilfen im Alltag und für Pflegekräfte sinken könnte. Dies könnte zu einem Mangel an wichtiger Unterstützung führen.

Insgesamt zeigt die Analyse, dass ein Grundeinkommen sowohl Chancen als auch Risiken für die Entwicklung sorgender Gemeinschaften birgt. Es

könnte einerseits mehr Raum und Ressourcen für gemeinschaftliches Engagement schaffen, andererseits aber auch zu einer Verstärkung der Individualisierung der Pflege führen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass ein Grundeinkommen allein nicht ausreicht, um die Leitidee sorgender Gemeinschaften zu etablieren. Es bedarf zusätzlicher Strukturen, um das gemeinschaftliche Engagement zu fördern und zu koordinieren.

Diese Ambivalenz spiegelt die Komplexität der Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips im Kontext sorgender Gemeinschaften wider.[130] Ein Grundeinkommen könnte zwar die finanziellen und zeitlichen Voraussetzungen für mehr Eigenverantwortung und freiwilliges Engagement schaffen, garantiert aber nicht automatisch die Entstehung der notwendigen gemeinschaftlichen Strukturen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, bei der Implementierung eines Grundeinkommens auch begleitende Maßnahmen zur Förderung sorgender Gemeinschaften zu berücksichtigen, um das volle Potenzial dieses Ansatzes für die Wohlfahrt der Pflege auszuschöpfen.

[130] Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass die hier diskutierten Überlegungen zur Rolle eines Grundeinkommens für die Entwicklung sorgender Gemeinschaften auch in anderen Kontexten vom Autor dieser Arbeit thematisiert wurden. In einem Beitrag zu einem Workshop über Grundeinkommen und Solidarität stellt Dumschat (2023) die Hypothese auf, dass eine Grundeinkommensgesellschaft die Basis für kommunitaristische Solidaritätsstrukturen bilden könnte, die neben Markt und Staat existieren. Dabei wird das Potenzial eines Grundeinkommens zur Förderung sorgender Gemeinschaften durch die Freisetzung zeitlicher und finanzieller Ressourcen für gegenseitige Unterstützung diskutiert. Gleichzeitig werden Herausforderungen wie die Koordination unterschiedlicher Systemebenen und die Spannung zwischen partikularen Interessen der Gemeinschaften und universalistischen Normen thematisiert (vgl. Dumschat 2023, 4f.). Diese Perspektive unterstreicht die Komplexität der Wechselwirkungen zwischen Grundeinkommen, sorgenden Gemeinschaften und dem Subsidiaritätsprinzip, die auch in den vorliegenden Forschungsergebnissen deutlich wird.

6.2. Die empirischen Ergebnisse im Kontext der Grundeinkommensdiskussion

Die Ergebnisse werden in zwei Schritten eingeordnet: Zunächst werden zentrale Aspekte der allgemeinen Grundeinkommensdebatte mit den Erfahrungen der Pflegenden verglichen. Anschließend wird die Schnittstelle von Sorgearbeit und Grundeinkommen untersucht, insbesondere hinsichtlich Geschlechterdynamik, Anerkennung und Zeitsouveränität, wobei explizit Bezug auf die deutsche Sorgearbeit- und Grundeinkommensdebatte genommen wird.

6.2.1 Kernargumente der Grundeinkommensdebatte im Spiegel der Lebenslage informeller Pflegepersonen

Die Studienergebnisse bestätigen einige zentrale Argumente der Grundeinkommensdebatte, während sie andere relativieren. Die folgende Analyse zeigt, dass die potenziellen Wirkungen eines Grundeinkommens differenziert und kontextspezifisch betrachtet werden müssen.

6.2.1.1 Freiheit, Rolle der Arbeit, Arbeitsmarkt und Finanzierbarkeit

Ein Kernargument für ein Grundeinkommen ist die *Förderung individueller Freiheit und Selbstbestimmung* (vgl. Van Parijs 1995). Die Ergebnisse der Studie bestätigen diesen Aspekt teilweise (s. Kap. 5.3). Einige Befragte gaben an, dass ein Grundeinkommen ihnen mehr Flexibilität bei der Gestaltung ihrer Erwerbsarbeitszeit und der Pflege ermöglichen würde. Die Studie zeigt aber auch die Grenzen dieser Freiheit auf: Die Anforderungen der Pflege bleiben bestehen und erweitern nicht automatisch die Handlungsspielräume der Pflegenden.

Die Studie liefert auch Erkenntnisse zur These einer möglichen *Neudefinition von Arbeit* durch ein Grundeinkommen, wie sie von Gorz (2000) vertreten wird. Die Ergebnisse stützen die Annahme, dass ein Grundeinkommen zu einer Aufwertung der unbezahlten Sorgearbeit führen könnte. In den Interviews zeigt sich die Perspektive, dass ein Grundeinkommen zu einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung der Sorgearbeit führen und damit eine Neubewertung verschiedener Arbeitsformen bewirken könnte.

Hinsichtlich der *Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt* liefert die Studie differenzierte Ergebnisse. In dieser Stichprobe bestätigt sich die von Fratzscher (2017) geäußerte Befürchtung eines massiven Rückzugs vom Arbeitsmarkt nicht vollständig. In den Interviews werden unterschiedliche Sichtweisen deutlich: Einerseits wird der Wunsch nach einer Reduzierung der Erwerbsarbeit geäußert, andererseits wird die Bedeutung der beruflichen Identität betont. Diese Befunde relativieren die Befürchtung negativer Arbeitsmarkteffekte und unterstreichen die Komplexität individueller Entscheidungen im Kontext eines Grundeinkommens.

Zu einigen zentralen Aspekten der allgemeinen Grundeinkommensdebatte kann die Studie aufgrund ihres spezifischen Fokus keine direkten Aussagen treffen. Fragen der *gesamtwirtschaftlichen Finanzierbarkeit*, wie sie vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2021) diskutiert werden, liegen außerhalb des Untersuchungsrahmens. Ebenso können keine Aussagen zur administrativen Effizienz eines Grundeinkommens oder zu seiner Effizienz im Vergleich zu gezielten Sozialprogrammen getroffen werden, wie sie etwa von Hanna & Olken (2018) thematisiert werden.

6.2.1.2 Sozioökonomische Armutsbeseitigung

Die Studie liefert bestätigende Hinweise für das Potenzial eines Grundeinkommens zur Armutsbekämpfung und Verbesserung der sozialen Sicherheit, wie u. a. Standing (2020) als zentrales Argument angeführt. Besonders deutlich wird dieser Aspekt bei der Betrachtung der in der Studie beschriebenen Situation zweier pflegebedürftiger Personen mit Migrationshintergrund (s. Kap. 5.2.2.1).

Das Ehepaar mit türkischem Migrationshintergrund bezieht eine Gesamtrente von lediglich 1.090 € brutto, was deutlich unter der Armutsgrenze liegt. In einem Szenario mit einem Grundeinkommen von 1.500 € pro Person würde sich das Haushaltseinkommen auf 3.000 € erhöhen, also fast verdreifachen. Diese deutliche finanzielle Verbesserung hätte weitreichende Auswirkungen auf die Lebenslage des Ehepaares und des pflegenden Sohnes.

Die unmittelbare Folge wäre eine deutliche Linderung der finanziellen Not. Darüber hinaus könnte dieses zusätzliche Einkommen zur Verbesserung der Pflegesituation beitragen, wie der Sohn in der Studie erläutert:

Ja, das ist ja auch, wenn das auch für meine Eltern zutreffen würde, dann hätte man ja, da sind wir wieder beim Geld, viel mehr Spielraum. Dann könnte man sich vielleicht, wenn man keine Pflegekräfte so bekommt, vielleicht auch

privat was suchen, die dann bezahlen entsprechend, sodass die dann auch nochmal gewisse Sachen abnehmen. Also, am Ende des Tages es kristallisiert sich ja jetzt so raus, dass Zeit und Geld eigentlich fehlt aktuell, um die Situation für mich, für den pflegenden Angehörigen, zu entschärfen. (Interview 3, Pos. 43)

Ein oft übersehener Aspekt in der Diskussion um ein Grundeinkommen im Pflegekontext ist die doppelte Wirkung: Nicht nur die informell Pflegenden, sondern auch die Pflegebedürftigen selbst könnten davon profitieren. Für die Pflegebedürftigen würde ein Grundeinkommen neben der Linderung finanzieller Not auch ihre Autonomie und Würde stärken, indem sie selbstbestimmter über zusätzliche Pflegeleistungen oder Hilfsmittel entscheiden könnten (s. Kap. 5.3.2.1).

Gleichzeitig würde die verbesserte finanzielle Situation der Pflegebedürftigen den Druck auf die Pflegepersonen verringern. Diese müssten sich weniger Sorgen um die finanzielle Absicherung ihrer pflegebedürftigen Familienmitglieder machen und könnten ihre eigenen Ressourcen flexibler einsetzen (s. Kap. 5.3.2.2).

Dieses Beispiel verdeutlicht, wie ein Grundeinkommen nicht nur zur Armutsbekämpfung beitragen, sondern auch die Qualität der Pflege verbessern und die Handlungsspielräume sowohl der Pflegenden als auch der Pflegebedürftigen erweitern könnte. Es zeigt sich, dass ein Grundeinkommen insbesondere für vulnerable Gruppen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und geringen Rentenansprüchen, wie sie Zelleke (2011) beschreibt, eine deutliche Verbesserung ihrer Lebenslage bedeuten könnte. Allerdings ist zu beachten, dass ein Grundeinkommen allein nicht alle strukturellen Probleme lösen kann, wie Gheaus (2008) argumentiert.

6.2.1.3 Persönliche Indifferenz bei gesamtgesellschaftlicher Skepsis

Die Ergebnisse der Studie zeigen eine bemerkenswerte Ambivalenz in der Wahrnehmung des Grundeinkommens: Es zeigt sich eine Diskrepanz zwischen der Einschätzung der persönlichen und der gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen. Während für die eigene Situation keine wesentlichen Veränderungen erwartet werden, bestehen gleichzeitig Befürchtungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Folgen. Diese differenzierte Sichtweise (vgl. Kap. 5.3.5) bestätigt die Komplexität der Grundeinkommensdebatte.

Aus manchen Interviews geht hervor, dass ein Grundeinkommen – je nach individueller Lebenslage – keine wesentlichen Veränderungen bewirken würde. Diese Einschätzung beruht häufig auf einer bereits als stabil empfundenen finanziellen Situation oder auf der Überzeugung, dass die bestehenden Unterstützungsstrukturen ausreichen. Eine Teilnehmerin formuliert dies prägnant: „Für meine persönliche Situation habe ich kein finanzielles Problem. Das würde, das würde, glaube ich, an meiner Situation nicht viel ändern." (Interview 8, Pos. 49) Diese Aussage spiegelt eine gewisse finanzielle Sicherheit wider, die durch ein Grundeinkommen nicht wesentlich verbessert würde.[131]

Die persönliche Indifferenz steht jedoch in starkem Kontrast zu den geäußerten gesamtgesellschaftlichen Bedenken. Diese Bedenken beziehen sich auf verschiedene Aspekte, die in der allgemeinen Grundeinkommensdebatte häufig diskutiert werden (s. Kap. 3.2.2.4):

- *Arbeitsmotivation:* Befürchtet werden negative Auswirkungen auf die Arbeitsmotivation, wie es eine Teilnehmerin pointiert ausdrückt: „Ja, warum sollte ich dann noch arbeiten gehen? Das ist ja unlogisch, dann geht ja keiner mehr arbeiten." (Interview 7, Pos. 45) Diese Befürchtung deckt sich mit den Argumenten von Raddatz (2019), Cremer (2019) und Fratzscher (2017).
- *Finanzierbarkeit:* Eine kritische Perspektive bezieht sich auf die Finanzierung: Es bestehen Zweifel an der Realisierbarkeit eines allgemeinen Grundeinkommens und an möglichen Konsequenzen wie Steuererhöhungen oder Kürzungen in anderen Bereichen. Diese Bedenken spiegeln die Diskussionen wider, die von mehreren Autor:innen angeführt werden (vgl. Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2021; Rincón, 2023; Chrisp et al., 2020; Rossetti et al., 2020).
- *Leistungsgerechtigkeit:* Im Diskurs zeigt sich auch der Einwand gegen die Vergabe eines gleichen Grundeinkommens unabhängig von individueller Leistung. Diese Sichtweise knüpft an Elsters (1987) Diskussion zur Leistungsgerechtigkeit an.

---

[131] Interessanterweise könnte hier auch eine individuelle Überschätzung der eigenen sozioökonomischen Situation eine Rolle spielen. Johnson et al. (2024) zeigen in ihrer Studie, dass selbst Personen, die objektiv deutlich von einem Grundeinkommen profitieren würden, häufig glauben, dass dies nicht der Fall wäre. Diese Diskrepanz zwischen objektiver Situation und subjektiver Einschätzung unterstreicht die Komplexität der Wahrnehmungen und Einstellungen zum Grundeinkommen.

- *Effizienz:* Es wird argumentiert, dass ein universelles Grundeinkommen weniger effektiv sein könnte als gezielte Unterstützungsmaßnahmen für bedürftige Gruppen. Diese Sichtweise findet sich auch in der Argumentation von Hanna und Olken (2018).

Diese Kombination aus persönlicher Indifferenz und gesellschaftlicher Skepsis zeigt eine differenzierte Sicht auf die Idee des Grundeinkommens. Sie zeigt, dass die Befragten in der Lage sind, zwischen ihrer individuellen Situation und den möglichen weiterreichenden gesellschaftlichen Auswirkungen zu unterscheiden. Diese Haltung könnte auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein, wie z. B. relative finanzielle Stabilität, Zufriedenheit mit den bestehenden Strukturen oder ein ausgeprägtes gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein.

Die in der Studie zum Ausdruck gebrachte Haltung zeigt, dass selbst von potenziell Begünstigten oder neutral Betroffenen eines solchen Systems kritische Fragen nach den gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen gestellt werden. Diese differenzierte Sichtweise macht deutlich, dass die Einführung eines Grundeinkommens nicht nur unter dem Aspekt des individuellen Nutzens, sondern auch hinsichtlich seiner weitergehenden sozialen, ökonomischen und ethischen Implikationen weiter diskutiert werden muss.

6.2.1.4 Sozialversicherung und Grundeinkommen

Die Analyse der Studienergebnisse im Kontext eines bedingungslosen Grundeinkommens ergibt ein komplexes Bild hinsichtlich der Rolle der Sozialversicherungen, insbesondere der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Es zeigt sich, dass diese Versicherungssysteme auch in einem Grundeinkommensszenario eine unverzichtbare Funktion erfüllen würden, wobei sich gleichzeitig Potenziale für eine verbesserte Absicherung informeller Pflegepersonen eröffnen.

Im Rahmen der Studie wurden Interventionen und Fragen zum Thema Grundeinkommen und dessen Auswirkungen auf die Sozialversicherungen vorbereitet (s. Anh. A.1 Interviewleitfaden). Bemerkenswert ist, dass die Befragten diesen Aspekt nicht von sich aus angesprochen haben, was auf eine mögliche implizite Prämisse der bestehenden Sozialversicherungssysteme hinweist (s. Kap. 4.4.3, Fußnote 98).

Ein zentraler Aspekt, der sich aus den Ergebnissen herauskristallisiert, ist die mögliche Verbesserung der Alterssicherung durch ein Grundeinkommen.

Viele Pflegende äußern erhebliche Bedenken hinsichtlich ihrer langfristigen finanziellen Absicherung, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„Es gibt keine richtige Unterstützung, was das Geldliche anbetrifft. Es gibt keine Aufrechterhaltung der Einzahlungsleistung in die Rentenversicherung. Da werden nur Minimalbeträge eingezahlt." (Interview 15, Pos. 23)

Das derzeitige System sieht zwar Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen vor, diese sind jedoch an bestimmte Bedingungen geknüpft und variieren je nach Pflegegrad (vgl. BMG 2024b; s. Kap. 2.4.2.2). Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte hier eine kontinuierliche Absicherung bieten, die unabhängig von der Erwerbssituation oder dem Pflegegrad gewährt wird, wie von Van Parijs und Vanderborght (2017) vorgeschlagen.

Trotz der möglichen Vorteile eines Grundeinkommens für die Alterssicherung zeigt die Studie auch, dass die spezifischen Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung weiterhin als unverzichtbar angesehen werden. Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass informelle Pflegepersonen spezifische Leistungen wie die Verhinderungspflege als unverzichtbar für die Bewältigung ihrer Pflegeaufgaben ansehen (vgl. BMG 2024f).

Die Komplexität und Intensität der Pflegesituationen erfordert häufig spezifische und kostenintensive Leistungen, die die Möglichkeiten eines allgemeinen Grundeinkommens übersteigen würden. Die Befragten betonen die Bedeutung professioneller Pflegedienste und einer umfassenden medizinischen Versorgung, die derzeit durch die bestehenden Kranken- und Pflegeversicherungssysteme abgedeckt sind.

Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass eine optimale Lösung darin bestehen könnte, ein Grundeinkommen mit den bestehenden Versicherungssystemen zu kombinieren. Diese Sichtweise entspricht dem moderaten Ansatz von Van Parijs und Vanderborght (2017) und unterscheidet sich von radikal liberalen Vorschlägen wie dem von Straubhaar (2017), die eine vollständige Ersetzung des Sozialversicherungssystems durch ein Grundeinkommen vorsieht.[132]

Ein solcher kombinierter Ansatz würde sowohl eine Grundsicherung für alle als auch spezifische Leistungen im Pflege- und Krankheitsfall gewährleisten. Das Grundeinkommen könnte dabei als finanzielle Basis dienen, die es

[132] Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass dieser moderate Ansatz mit erheblichen finanziellen Herausforderungen verbunden wäre. Die Beibehaltung bestehender Sozialversicherungssysteme parallel zu einem Grundeinkommen würde zu deutlich höheren Kosten führen als ein Modell, das das bestehende System vollständig ersetzt. Diese finanzielle Dimension stellt eine wesentliche Herausforderung für die praktische Umsetzbarkeit des moderaten Ansatzes dar und muss in der weiteren Diskussion berücksichtigt werden.

informellen Pflegepersonen ermöglicht, flexibler auf ihre individuelle Pflegesituation zu reagieren und ihre Alterssicherung langfristig zu sichern. Gleichzeitig würde die Kranken- und Pflegeversicherung weiterhin die notwendige spezifische Unterstützung zur Bewältigung komplexer Pflegesituationen bieten.

Diese differenzierte Betrachtung unterstreicht die Notwendigkeit, bei der Diskussion um ein Grundeinkommen die komplexen Bedürfnisse spezifischer Gruppen wie informeller Pflegepersonen sorgfältig zu berücksichtigen und bestehende, bewährte Strukturen nicht unhinterfragt aufzugeben, sondern in ein erweitertes Konzept sozialer Sicherung zu integrieren.

6.2.2 Sorgearbeit im Spannungsfeld: Möglichkeiten und Limitationen eines Grundeinkommens

Diese Studie erweitert die Care-Grundeinkommensdebatte durch eine ökosoziale Perspektive und empirische Erkenntnisse aus der informellen Pflege. Die Untersuchung von geschlechtsspezifischen Dynamiken, gesellschaftlicher Anerkennung und Zeitsouveränität zeigt, dass die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Sorgearbeit komplexer sind als oft angenommen. Die Ergebnisse werden im Kontext der deutschen Debatte analysiert und ermöglichen ein differenzierteres Verständnis der Wechselwirkungen zwischen Grundeinkommen und Sorgearbeit.

6.2.2.1 Geschlechtsspezifische Aspekte der Sorgearbeit

Der aktuelle Forschungsstand zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Pflege im Kontext eines Grundeinkommens zeigt ein vielschichtiges und teilweise widersprüchliches Bild (s. Kap. 3.3.1). Die vorliegende Studie ergänzt diese Debatte um empirische Erkenntnisse und zeigt differenzierte Perspektiven auf.

Ein zentrales Argument in der Literatur ist die Befürchtung, dass ein Grundeinkommen die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verstärken könnte. Robeyns (2001) und McKay (2001) argumentieren, dass sich Frauen, insbesondere in Niedriglohnjobs, eher vom Arbeitsmarkt zurückziehen könnten, was zu einer Verfestigung traditioneller Geschlechterrollen führen würde (vgl. Fitzpatrick 1999).

Baker (2008) argumentiert hingegen, dass ein Grundeinkommen Sorgearbeit für beide Geschlechter attraktiver machen und damit auch Männern den Einstieg erleichtern könnte. Uhde (2018) kritisiert die Annahme, ein Grundeinkommen würde Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalten, als zu starr und plädiert für eine differenziertere Betrachtung möglicher Verhaltensänderungen.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie (s. Kap. 5.3), liefern wichtige Erkenntnisse für diese Diskussion. Es zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede in den Erwerbsarbeitspräferenzen:

- *Frauen:* Die meisten der befragten Frauen betonen die Aufrechterhaltung der Erwerbsarbeit und sehen diese als wesentlichen Bestandteil ihrer Identität und sozialen Integration. Dies widerspricht teilweise den Befürchtungen von Robeyns (2001) und McKay (2001) und deutet darauf hin, dass ein Grundeinkommen nicht zwangsläufig zu einer Verfestigung traditioneller Geschlechterrollen führen muss.
- *Männer:* Alle männlichen Teilnehmer zeigen eine Bereitschaft zur Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit bis hin zur Aufgabe der Erwerbsarbeit. Dies bestätigt teilweise die Argumente von Baker (2008) und Uhde (2018), dass ein Grundeinkommen Männern den Einstieg in die Sorgearbeit erleichtern könnte.[133]

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Studienergebnissen ermöglichen eine differenzierte Betrachtung der Hypothese von Gheaus (2008) und Zelleke (2011), dass ein Grundeinkommen zu einem Qualifikations- und Humankapitalverlust bei Frauen in Sorgearbeit führen könnte. Die Ergebnisse eröffnen eine neue Perspektive: Einerseits zeigen die befragten Frauen eine starke Bindung an ihre Erwerbsarbeit, was den geäußerten Befürchtungen teilweise widerspricht. Andererseits zeigen die männlichen Befragten eine höhere Bereitschaft, ihre Erwerbsarbeit zu reduzieren. Diese Ergebnisse stützen nicht nur die Argumente von Baker (2008) und Uhde (2018) zur möglichen Umverteilung von Sorgearbeit, sondern verdeutlichen auch, dass die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Qualifikation und Humankapital von individuellen und kontextuellen Faktoren abhängen könnten.

---

[133] Es ist wichtig anzumerken, dass dieser Befund auf einer sehr kleinen Stichprobe basiert. Von den 15 Studienteilnehmenden waren nur 4 männlich. Diese geringe Anzahl männlicher Teilnehmer schränkt die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse ein. In Kapitel 6.3 werden weitere Limitationen dieser Studie ausführlich diskutiert.

Die Studienergebnisse liefern wichtige empirische Erkenntnisse zur aktuellen Debatte. Sie zeigen, dass die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf geschlechtsspezifische Aspekte der Pflege komplexer und kontextabhängiger sind als oft angenommen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit differenzierterer Analysen jenseits vereinfachender Annahmen über Geschlechterrollen.

6.2.2.2 Anerkennung und Wertschätzung von Sorgearbeit

Anerkennung und Wertschätzung von Sorgearbeit ist ein zentrales Thema in der Grundeinkommensdebatte. Der aktuelle Forschungsstand zeigt hier unterschiedliche Perspektiven. Baker (2008) und Zelleke (2011) argumentieren, dass ein Grundeinkommen den Eigenwert von unbezahlter Sorgearbeit anerkennen und aufwerten würde. Krebs (2000) und Robeyns (2001) argumentieren hingegen, dass ein universelles Grundeinkommen keine besondere Anerkennung von Sorgearbeit darstelle, da es unabhängig von der Beteiligung an dieser gezahlt würde. Und Kim (2021) betont, dass ein Grundeinkommen Sorgearbeit nicht automatisch als öffentlichen Wert anerkennen würde. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um spezifische Einkommen für informell Pflegende relevant. Wie in Kapitel 2.4.3.1 des Theorieteils dargestellt, wird als mögliche Alternative zum Grundeinkommen das Konzept des Familienpflegegeldes diskutiert. Dieses zielt explizit auf die finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung der Sorgearbeit informeller Pflegepersonen ab.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie liefern wichtige Erkenntnisse für diese Diskussion. In Kap. 5.3.4.4 der Studienergebnisse wird deutlich, dass Pflegepersonen durch ein Grundeinkommen eine höhere gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit erwarten würden. Eine befragte Person äußert:

„Aber gesellschaftlich könnte ich mir das durchaus vorstellen, weil vielleicht der Druck dann nicht ganz so da ist. [...] Die Pflege dadurch auch eine etwas größere Bedeutung noch irgendwie erhält oder größere Wertschätzung." (Interview 12, Pos. 77)

Diese Daten bestätigen teilweise die Argumente von Baker (2008) und Zelleke (2011). Gleichzeitig zeigen sie, dass die erwartete Anerkennung nicht nur aus der finanziellen Unterstützung resultiert, sondern auch aus der Möglichkeit, Pflege und Erwerbsarbeit besser vereinbaren zu können und mehr Zeit für sich und die Pflege zu haben. Dies deutet darauf hin, dass die Anerkennung der Sorgearbeit von Pflegenden durch ein Grundeinkommen vielschichtiger ist als häufig angenommen und nicht nur auf der finanziellen Ebene stattfindet.

Interessanterweise haben die Befragten keine expliziten Präferenzen für eine spezifische finanzielle Unterstützung wie das Familienpflegegeld gegenüber einem universellen Grundeinkommen geäußert. Dies könnte darauf hindeuten, dass aus Sicht der Pflegenden die allgemeine finanzielle Sicherheit und Flexibilität, die ein Grundeinkommen bietet, als ebenso wertvoll empfunden wird wie eine spezifische Entlohnung für die Sorgearbeit.

Die Studie widerspricht teilweise der Kritik von Krebs (2000) und Robeyns (2001), indem sie zeigt, dass informelle Pflegepersonen trotz der Universalität des Grundeinkommens eine spezifische Anerkennung ihrer Arbeit erwarten würden. Sie bestätigt aber auch das Argument von Kim (2021), dass diese Anerkennung nicht automatisch erfolgt, sondern Teil eines breiteren gesellschaftlichen Prozesses sein müsste.

Insgesamt erweitern die Ergebnisse der Studie die aktuelle Debatte, indem sie die subjektiven Erwartungen und Wahrnehmungen Pflegender in den Mittelpunkt rücken. Sie unterstreichen die Notwendigkeit, bei der Diskussion um ein Grundeinkommen oder alternative Konzepte wie das Familienpflegegeld die komplexen Zusammenhänge zwischen finanzieller Unterstützung, zeitlicher Autonomie und gesellschaftlicher Anerkennung zu berücksichtigen.

6.2.2.3 Flexibilität und Zeitsouveränität in der Sorgearbeit

Die Frage der Flexibilität und Zeitsouveränität ist ein zentrales Thema in der Diskussion um ein Grundeinkommen im Kontext von Sorgearbeit. Standing (1992) argumentiert, dass ein Grundeinkommen Teilzeitarbeit finanziell attraktiver machen und damit die Segregation zwischen Teilzeit- und Vollzeitarbeit verringern könnte. Van Parijs und Vanderborght (2017) betonen, dass ein Grundeinkommen die Autonomie der Individuen erhöhen und ihnen mehr Freiheit bei der Zeiteinteilung geben würde.

Gheaus (2008) weist jedoch darauf hin, dass die reale Wahlfreiheit zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit durch ein Grundeinkommen nicht automatisch verbessert würde, da andere strukturelle Faktoren wie Geschlechternormen und Arbeitsmarktbedingungen weiterhin eine Rolle spielen.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie bringen wichtige empirische Erkenntnisse in diese Debatte ein. In Kapitel 5.3.2.1 der Studienergebnisse wird deutlich, dass einige Pflegende ein Grundeinkommen als Möglichkeit sehen, ihre Erwerbsarbeitszeit zu reduzieren und flexibler zu gestalten. Eine befragte Person beschreibt:

„Ich hätte weniger Stress. Also meine Tage beginnen jetzt morgens um viertel nach fünf und enden so um 21 Uhr, was sehr lang ist und ich würde wahrscheinlich wieder mehr Freizeit haben. [...] Ich hätte wieder, ich hätte nicht nur gefühlt, sondern auch zeitlich mehr Luft wieder für mich, für mein Leben. Ja, das wäre die Bedeutung." (Interview 6, Pos. 33)

Diese Ergebnisse bestätigen teilweise die Argumente von Standing (1992) sowie Van Parijs und Vanderborght (2017), dass ein Grundeinkommen zu mehr Flexibilität und Zeitsouveränität führen könnte. Sie zeigen, dass informelle Pflegepersonen ein Grundeinkommen als Instrument sehen, um ihre Zeit freier zwischen Pflege, Erwerbsarbeit, Freizeit und Familie aufteilen zu können.

Gleichzeitig fügen die Ergebnisse der Studie der Debatte eine interessante Nuance hinzu. Wie in Kapitel 5.3.2.2 dargestellt, wird auch die Perspektive deutlich, dass ein Grundeinkommen nicht zwangsläufig zu Veränderungen in der Zeitorganisation führen würde. Eine Person äußert:

„Ja, die Pflege selber eigentlich gar nicht, weil die bleibt so, wie sie ist. Meine Eltern sind so, wie sie sind. Ich muss das tun, was gemacht werden muss, und ob ich jetzt 1.500 € auf dem Konto habe oder nicht." (Interview 1, Pos. 63)

Diese Aussage stützt teilweise die Bedenken von Gheaus (2008), dass ein Grundeinkommen allein nicht ausreicht, um echte Wahlfreiheit zu schaffen. Sie zeigt, dass Betreuungsanforderungen und andere strukturelle Faktoren weiterhin eine wichtige Rolle bei der Zeitgestaltung spielen würden.

Insgesamt erweitern die Ergebnisse der Studie die aktuelle Debatte, indem sie ein differenzierteres Bild der möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Flexibilität und Zeitsouveränität zeichnen. Die Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit, in der Diskussion um ein Grundeinkommen die komplexen Zusammenhänge zwischen finanzieller Absicherung, Zeitsouveränität und den spezifischen Anforderungen der Sorgearbeit zu berücksichtigen.

6.2.2.4 Anschluss an die deutsche Sorgearbeit- und Grundeinkommensdebatte

Die Studienergebnisse bieten wichtige Anknüpfungspunkte zur deutschen Sorgearbeit- und Grundeinkommensdebatte und lassen sich mit den Arbeiten mehrerer Autor:innen in Verbindung bringen (s. Kap. 3.3.2). Dabei kristallisieren sich mehrere übergeordnete Themen heraus.

Ein zentrales Thema ist die Integration von Grundeinkommen und anderen Care-Strukturen. Praetorius (2014) und Ringger (2015) betonen die Notwendigkeit, ein Grundeinkommen mit bestehenden oder neu zu schaffenden Care-Strukturen zu kombinieren. Die Studienergebnisse unterstützen diese Position, indem sie zeigen, dass die Befragten die Leistungen der Pflegeversicherung implizit voraussetzen und neben einem Grundeinkommen als notwendig erachten. Dies deutet darauf hin, dass die Frage, wie ein Grundeinkommen mit den bestehenden sozialen Sicherungssystemen interagieren könnte, in der deutschen Debatte stärker berücksichtigt werden könnte.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Transformation des Care-Sektors. Fischer (2015) und Winker (2021) diskutieren das Potenzial eines Grundeinkommens für eine solche Transformation. Die Ergebnisse der Studie liefern konkrete Hinweise, wie diese Transformation aus Sicht Pflegender aussehen könnte. Insbesondere die erwartete höhere Flexibilität und Zeitsouveränität sowie die antizipierte gesellschaftliche Aufwertung von Sorgearbeit unterstützen die These, dass ein Grundeinkommen zu einer Neugestaltung von Sorgearbeit beitragen könnte. In Anlehnung an die Transformation greifen die Studienergebnisse auch das von Appel und Prainsack (2024) diskutierte emanzipatorische Potenzial eines Grundeinkommens auf. Die Befragten erwarten von einem solchen mehr Autonomie in der Gestaltung ihrer Pflegearbeit, was die These eines emanzipatorischen Potenzials teilweise unterstützt.

In Anlehnung an die Forderung von Schnerring und Verlan (2020) nach einem ‚Care-Konto' lässt sich ein entscheidender Unterschied zur Idee des Grundeinkommens herausarbeiten. Während das ‚'Care-Konto' als gezielte Maßnahme von außen die Sichtbarkeit und Verteilung von Sorgearbeit steuern will, setzt das Grundeinkommen grundsätzlich auf das Prinzip der individuellen Freiheit. Die von Blaschke (2014) und Schnerring und Verlan (2020) thematisierte Frage der Geschlechtergerechtigkeit in der Sorgearbeit findet in den Studienergebnissen ein interessantes Echo. Die größere Bereitschaft der männlichen Teilnehmenden, ihre Erwerbsarbeit zugunsten der Pflege zu reduzieren, deutet auf ein Potenzial des Grundeinkommens hin, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Pflege neu zu verhandeln. Der Kernaspekt des Grundeinkommens liegt darin, dass es nicht als direktive Maßnahme von außen wirkt, sondern Freiräume für selbstbestimmte Entscheidungen schafft. Es ermöglicht den Individuen, ihre Zeit flexibel zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit aufzuteilen, unabhängig von externen Vorgaben oder spezifischen ‚Care-Konten'. Diese Freiheit könnte indirekt zu einer Umverteilung und Aufwertung von Sorgearbeit führen, ohne dass dies explizit vorgeschrieben wäre.

Diese Zusammenhänge zeigen, dass die Ergebnisse der Studie die deutsche Debatte um Sorgearbeit und Grundeinkommen in mehrfacher Hinsicht bereichern und differenzieren können. Sie bieten empirische Anknüpfungspunkte für theoretische Positionen und verdeutlichen zugleich die Komplexität der möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Sozialökonomie. Die Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit, die Perspektiven der direkt Betroffenen in die Debatte einzubeziehen und machen deutlich, dass die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Sorgearbeit vielschichtiger sein könnten, als bisher häufig angenommen.

6.2.3 Höhere Auflösung: Neuer Forschungsweg erfolgreich?

Der in dieser Studie verfolgte Forschungsansatz eröffnet einen deutlich differenzierteren Blick auf Sorgearbeit im Kontext eines Grundeinkommens (s. Kap. 3.3.3). Durch die Fokussierung auf erwerbsfähige informelle Pflegepersonen in der Altenpflege gelingt es, ein umfassenderes und realitätsnäheres Bild zu zeichnen, das der Komplexität dieser spezifischen Form von Sorgearbeit gerecht wird.

Die bisherige Forschung tendiert dazu, ‚Care' als einheitliches Konzept zu behandeln, wodurch wesentliche Unterschiede zwischen verschiedenen Sorgeformen verwischen (s. Kap. 2.2.2.2). So werden etwa Kinderbetreuung, Altenpflege und andere Formen der Sorgearbeit oft unter dem gleichen begrifflichen Dach subsumiert, obwohl sie sich in ihren Anforderungen, zeitlichen Strukturen und emotionalen Belastungen fundamental unterscheiden.

Der hier gewählte fokussierte Blick ermöglicht es dagegen, die besonderen Herausforderungen und Bedürfnisse der Gruppe der informell Pflegenden detailliert zu erfassen. Die in Kapitel 5.1 beschriebene Vielfalt der Pflegesituation älterer Menschen und die daraus resultierenden Anforderungen an informell Pflegende unterstreichen die Notwendigkeit dieser differenzierten Betrachtung.[134]

---

[134] Ein wesentlicher Vorteil dieser Studie liegt in ihrem qualitativen Forschungsansatz. Während es insbesondere im Bereich der allgemeinen Meinungsforschung bereits zahlreiche quantitative Studien zum Thema Grundeinkommen gibt (vgl. Zimmermann et al. 2020), sind qualitative Studien in diesem Bereich rar. Der hier gewählte qualitative Ansatz ermöglicht ein vertieftes Verständnis dafür, wie informell Pflegende den möglichen Einfluss eines Grundeinkommens auf ihre Handlungsmöglichkeiten wahrnehmen und bewerten. Diese Einblicke in individuelle Erfahrungen, Motivationen und Kontexte sind mit quantitativen Methoden oft

Ein wesentlicher Beitrag zur erhöhten Auflösung liegt in der empirischen Herangehensweise dieser Studie. Während viele bisherige Arbeiten, wie z. B. von Van Parijs und Vanderborght (2017), auf theoretischen Überlegungen basieren, bietet die vorliegende Untersuchung konkrete Einblicke in die Lebenswirklichkeit informell Pflegender. Die in Kapitel 5 dargestellten Interviews liefern subjektive Einschätzungen zu den möglichen Wirkungen eines Grundeinkommens und ermöglichen so eine empirisch fundierte Diskussion.

Die Berücksichtigung des spezifischen sozialpolitischen Kontextes in Deutschland, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, trägt wesentlich zur Präzisierung bei. Diese Einbettung ermöglicht eine genauere Analyse der Wechselwirkungen zwischen einem möglichen Grundeinkommen und den bestehenden sozialpolitischen Strukturen, wie sie bspw. von Praetorius (2014) und Ringger (2015) diskutiert werden.

Die differenzierte Betrachtung verschiedener Lebenslagenfaktoren (s. Kap. 2.3.3.3), trägt wesentlich zu einem differenzierteren Bild bei. Diese mehrdimensionale Perspektive geht über die oft eindimensionalen Betrachtungen, wie sie z. B. bei Gheaus (2008) zu finden sind, hinaus und ermöglicht ein tieferes Verständnis der komplexen Zusammenhänge.

Die Berücksichtigung individueller Perspektiven, exemplarisch in der Einzelfalldarstellung in Kapitel 5.5, verdeutlicht die Heterogenität der Lebenslagen und Einschätzungen innerhalb der Gruppe der informellen Pflegepersonen. Dies entspricht der Forderung von McLean und McKay (2015) nach einer stärkeren Berücksichtigung intersektionaler Perspektiven und bereichert die Debatte um wichtige qualitative Erkenntnisse.

Insgesamt ermöglicht dieser Forschungsansatz eine deutlich differenziertere Betrachtung von Sorgearbeit im Kontext eines Grundeinkommens. Er ermöglicht ein feinkörnigeres und realitätsnäheres Verständnis der möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen und unterstreicht die Notwendigkeit, in der Diskussion um ein Grundeinkommen die spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen und Bedürfnisse der verschiedenen Bereiche der Sorgearbeit und ihrer Akteure zu berücksichtigen.

---

nur schwer zu erfassen (s. Kap. 4.2.1). Damit trägt die Studie zu einem differenzierteren und lebensnäheren Bild der Thematik bei.

6.3 Inhaltliche Limitationen der Studienergebnisse und weiterführende Forschung

Während die methodischen Limitationen bereits in Kapitel 4.5.3 diskutiert wurden, fokussiert dieses Kapitel auf inhaltliche Grenzen der Studie hinsichtlich Verallgemeinerbarkeit, Vollständigkeit und theoretischer Anschlussfähigkeit. Die Limitationen werden dabei sowohl für die informelle Altenpflegeökonomie als auch für die Grundeinkommensdebatte im Sorgearbeitskontext analysiert, um Perspektiven für weiterführende Forschung aufzuzeigen.

6.3.1 Grenzen der Erkenntnisse zur informellen Altenpflegeökonomie

Im Bereich der informellen Altenpflegeökonomie ergeben sich mehrere Einschränkungen, die die Aussagekraft und Generalisierbarkeit der Studienergebnisse begrenzen. Eine zentrale Limitation stellt die begrenzte Stichprobengröße von 15 informellen Pflegepersonen dar. Obwohl diese Größe für eine qualitative Studie angemessen ist und tiefe Einblicke in individuelle Erfahrungen ermöglicht, schränkt sie die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse ein. Es besteht die Möglichkeit von Selektionseffekten, da möglicherweise bestimmte Gruppen von Pflegenden, z. B. besonders belastete oder sozial isolierte Personen, in der Stichprobe möglicherweise unterrepräsentiert sind.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass sich die Studie ausschließlich auf erwerbsfähige informell Pflegende bezieht und nur wenige erwerbslose und keine berenteten Pflegepersonen einbezogen wurden. Diese Fokussierung auf eine spezifische Gruppe von Pflegepersonen schränkt die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Gesamtheit der informell Pflegenden ein.

Die regionale Fokussierung auf Nordrhein-Westfalen birgt das Risiko, dass spezifische lokale Bedingungen die Ergebnisse beeinflussen, die nicht repräsentativ für ganz Deutschland sind. Unterschiede in der Infrastruktur, den regionalen Unterstützungsangeboten oder kulturelle Faktoren könnten die Perspektive der Befragten beeinflusst haben. Dies schränkt die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Bundesländer oder den gesamtdeutschen Kontext ein.

Eine weitere wichtige Einschränkung ergibt sich aus dem Querschnittdesign der Studie. Die fehlende Langzeitperspektive macht es unmöglich, dynami-

sche Veränderungen in der Lebenslage und deren Auswirkungen auf die Einstellungen und Erwartungen der Pflegenden zu erfassen. Pflegesituationen sind häufig von Veränderungen geprägt, sei es durch den sich verändernden Gesundheitszustand der Pflegebedürftigen oder durch Anpassungen in den Lebensumständen der Pflegenden. Diese zeitliche Dimension konnte in der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt werden.

Die Studie konzentriert sich in erster Linie auf die informelle Pflege und berücksichtigt weniger die Wechselwirkungen mit dem professionellen Pflegesektor. Dies führt zu einer eingeschränkten Sicht auf das Gesamtsystem der Altenpflegeökonomie. Die komplexen Wechselwirkungen zwischen informeller und formeller Pflege, die für ein umfassendes Verständnis der Ökonomie der Altenpflege wichtig sind, konnten nicht vollständig erfasst werden.

Schließlich beruhen die Ergebnisse auf Selbsteinschätzungen der Befragten, was zu möglichen Verzerrungen führen kann. Die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der eigenen Pflegesituation könnte durch soziale Erwünschtheit oder persönliche Bewältigungsstrategien beeinflusst sein (s. Kap. 4.5.3). Dies könnte zu einer Über- oder Unterschätzung bestimmter Aspekte der Lebenslage führen.

6.3.2 Limitationen in der Analyse des Grundeinkommens

Abschließend werden die Grenzen der Untersuchung kritisch reflektiert. Während die Studie wertvolle Einblicke in die Perspektiven informell Pflegender auf ein Grundeinkommen bietet, müssen ihre Limitationen vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstandes diskutiert werden.

Ein wichtiger Aspekt, der bei den Limitationen berücksichtigt werden muss, ist die Rolle der ‚Utopie als Methode' in der sozialwissenschaftlichen Forschung, wie sie in den Vorüberlegungen zu dieser Studie diskutiert wurde (s. Kap. 3.1). Während der Ansatz von Kubon-Gilke und Maier-Rigaud (2020), Utopien als Orientierungsfunktion zu nutzen, wertvolle Einsichten ermöglicht, bringt er auch methodische Herausforderungen mit sich.

Die Betrachtung des Grundeinkommens als ‚Realutopie' (vgl. Kubon-Gilke & Maier-Rigaud 2020) eröffnet zwar neue Perspektiven, stößt aber an Grenzen der empirischen Überprüfbarkeit. Der hypothetische Charakter des Grundeinkommens erschwert es, konkrete Verhaltensänderungen oder gesellschaftliche Auswirkungen präzise vorherzusagen. Dies spiegelt sich in den Antworten der Befragten wider, die auf Annahmen und Erwartungen und

nicht auf tatsächlichen Erfahrungen beruhen. Die Studie zeigt auch die Grenzen des von Levitas (2013) beschriebenen Ansatzes der ‚Utopie als Methode' auf. Während dieser Ansatz es ermöglicht, alternative Zukunftsszenarien zu entwerfen und kritisch zu hinterfragen, bleibt die Übertragbarkeit auf reale sozialökonomische Kontexte eine Herausforderung.[135]

Ein zentraler Aspekt, den die Studie nicht abschließend klären kann, ist die tatsächliche Verhaltensänderung der informellen Pflegepersonen nach Einführung eines Grundeinkommens. Widerquist (2018) diskutiert diese Einschränkung als generelles Problem der Grundeinkommensforschung. Standing (2021) fordert daher Langzeitstudien und Pilotprojekte, um diese Lücke zu schließen. Der hypothetische Charakter der Fragestellung führt dazu, dass die Antworten der Teilnehmenden auf Annahmen beruhen, was die Validität der Aussagen einschränkt.

Auch die von Gheaus (2008) und Zelleke (2011) aufgeworfene Frage, wie sich ein Grundeinkommen auf die gesamtgesellschaftliche Verteilung von Sorgearbeit auswirken würde, kann die Studie nicht umfassend beantworten. Sie bietet zwar Einblicke in individuelle Perspektiven in einem spezifischen Bereich der Sorgearbeit, kann aber keine Aussagen über gesamtgesellschaftliche Verschiebungen treffen. Dies hängt auch mit der begrenzten Stichprobengröße von 15 informell Pflegenden zusammen, die die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse einschränkt (s. Kap. 6.3.1).

Die von Robeyns (2001) und McKay (2001) aufgeworfene Frage, ob ein Grundeinkommen zu einer Verfestigung oder zu einem Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen in der Sorgearbeit führen würde, kann durch die Studie nicht abschließend beantwortet werden. Dies hängt auch damit zusammen, dass es sich bei der Studie um eine Momentaufnahme handelt und Langzeiteffekte sowie mögliche Veränderungen in den Einstellungen der Pflegenden im Laufe der Zeit nicht erfasst werden können.

Die Wechselwirkung eines Grundeinkommens mit anderen sozialpolitischen Maßnahmen, die von De Wispelaere (2015) diskutiert wird, kann in dieser Studie nicht umfassend beleuchtet werden. Zwar wird der spezifische deutsche Kontext berücksichtigt, eine umfassende Analyse der komplexen Wechselwirkungen zwischen einem Grundeinkommen und dem gesamten

---

[135] Dennoch bietet die utopische Perspektive auch Chancen: Sie ermöglicht es, über bestehende Strukturen hinauszudenken und innovative Lösungsansätze zu entwickeln. Die Studie zeigt, dass die Befragten durch die Auseinandersetzung mit dem utopischen Konzept des Grundeinkommens ihre eigene Lebenslage reflektieren und Veränderungspotenziale artikulieren konnten.

Sozialsystem fehlt jedoch. Die regionale Fokussierung auf Nordrhein-Westfalen könnte zudem spezifische lokale Bedingungen widerspiegeln, die nicht repräsentativ für ganz Deutschland sind.

Darüber hinaus sind Fragen der Finanzierung und der makroökonomischen Auswirkungen eines Grundeinkommens, die von Van Parijs und Vanderborght (2017) ausführlich behandelt werden, nicht Gegenstand dieser qualitativen Studie.[136]

Trotz dieser Einschränkungen leistet die Studie einen wichtigen Beitrag zur Erweiterung des Forschungsstandes, indem sie eine differenzierte und lebensweltnahe Perspektive auf die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Handlungsmöglichkeiten informell Pflegender und damit auf einen spezifischen Bereich der Sorgearbeit bietet. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, die Debatte um Grundeinkommen und Sorgearbeit mit empirischen Erkenntnissen zu unterfüttern und verdeutlicht die Komplexität des Themas sowie den Bedarf an weiterer interdisziplinärer Forschung.

6.3.3 Weiterführende Forschung

Die identifizierten Limitationen und die gewonnenen Erkenntnisse dieser Studie eröffnen vielfältige Ansatzpunkte für weiterführende Forschungen im Bereich der informellen Altenpflegeökonomie und der Grundeinkommensdebatte.

Um die dynamischen Veränderungen in den Lebenslagen informell Pflegender besser erfassen zu können, wären Längsschnittstudien über mehrere Jahre sinnvoll. Diese könnten Aufschluss darüber geben, wie sich die Handlungsspielräume im Zeitverlauf verändern und welche Faktoren diese Veränderungen beeinflussen. Insbesondere könnte untersucht werden, wie sich die vier identifizierten Lebenslagenfaktoren (Vereinbarkeit von Lebensbereichen, finanzielle Situation, persönliches Wohlbefinden und soziales Netzwerk) im

---

[136] Es ist anzumerken, dass das in dieser Studie angenommene Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € im oberen Bereich der üblicherweise diskutierten Spanne von 1.000 bis 1.500 € liegt (s. Kap. 4.4.3, Fußnote 96). Diese Höhe wurde primär aus praktischen Gründen gewählt, um den Studienteilnehmenden eine konkrete und leicht vorstellbare Größenordnung zu bieten. In der Realität würde ein Grundeinkommen dieser Höhe wahrscheinlich mit erheblichen Kürzungen in anderen Bereichen des Sozialsystems einhergehen müssen, um finanzierbar zu sein (s. Kap. 6.2.1.4, Fußnote 132). Diese finanziellen Implikationen waren jedoch nicht Fokus der Studie, die sich auf die subjektiven Wahrnehmungen und Einschätzungen der Teilnehmenden konzentrierte.

Verlauf einer Pflegebiografie entwickeln und sich gegenseitig beeinflussen. Basierend auf den Ergebnissen dieser Studie zur Entwicklung und Vertiefung des Lebenslagenmodells könnten quantitative Längsschnittstudien spezifische Hypothesen zu den Zusammenhängen zwischen den vier Faktoren prüfen. Zentrale Forschungshypothesen wären:

1. Die finanzielle Situation moderiert den Zusammenhang zwischen Vereinbarkeitsproblemen und persönlichem Wohlbefinden – Menschen mit besserer finanzieller Ausstattung leiden weniger stark unter Zeitproblemen zwischen Pflege und Beruf.
2. Die Stärke des sozialen Netzwerks mediiert den Zusammenhang zwischen Pflegebelastung und Wohlbefinden – ein starkes Unterstützungsnetzwerk kann negative Auswirkungen der Pflegebelastung abfedern.
3. Mit zunehmender Pflegedauer verfestigen sich geschlechtsspezifische Muster in der Lebenslagengestaltung.

Eine quantitative Studie könnte etwa 800 pflegende Angehörige über drei Jahre begleiten und regelmäßig mit Fragebögen zu den vier Lebenslagenbereichen befragen.

Ein besonderer Fokus könnte auf der empirischen Überprüfung des Vereinbarkeitsfaktors liegen, da dieser als besonders zentral identifiziert wurde. Qualitative Studien könnten durch vertiefende Interviews untersuchen, ob sich die identifizierten Bewältigungsstrategien auch in anderen Kontexten zeigen. Quantitative Untersuchungen könnten systematisch testen, ob der Vereinbarkeitsfaktor tatsächlich die zentrale Rolle spielt, die ihm im Modell zugeschrieben wird. Ergänzend könnten Unternehmensbefragungen erforschen, wie sich eine pflegefreundliche Unternehmenskultur auf die Lebenslagenfaktoren der pflegenden Mitarbeitenden auswirkt und welche betrieblichen Maßnahmen besonders wirksam zur Verbesserung der Vereinbarkeit beitragen.

Eine Ausweitung der Untersuchung auf andere Bundesländer mit einer größeren Anzahl von Studienteilnehmer:innen könnte regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der informellen Altenpflegeökonomie aufzeigen. Dies würde es ermöglichen, den Einfluss unterschiedlicher regionaler Pflegeinfrastrukturen und sozialpolitischer Maßnahmen auf die Lebenslage informell Pflegender zu analysieren.

Die informelle Altenpflegeökonomie beschreibt nur einen Teilaspekt der gesamten Sozialökonomie. Zukünftige Forschung könnte daher untersuchen,

inwieweit andere Bereiche der Sozialökonomie, wie z. B. die Kinderbetreuung oder die Behindertenhilfe, ähnliche oder andere Dynamiken aufweisen. Ein Vergleich der verschiedenen Bereiche der Sorgearbeit könnte wertvolle Erkenntnisse über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Lebenslagen und Handlungsspielräumen der Pflegenden liefern.

Die hier eingenommene ökosoziale Perspektive, die die unmittelbare Lebenswelt in den Mittelpunkt stellt, könnte durch weitere Perspektiven ergänzt werden, um zu einem umfassenderen Verständnis zu gelangen. Ziel wäre es, die verschiedenen Ebenen und Aspekte der informellen Altenpflege und des Grundeinkommens nicht isoliert zu betrachten, sondern ihre Wechselwirkungen und Interdependenzen zu erfassen. So könnte eine makroökonomische Analyse die gesamtwirtschaftlichen Effekte informeller Pflege und eines möglichen Grundeinkommens untersuchen und dabei aufzeigen, wie diese mit den individuellen Lebenslagen der Pflegenden interagieren. Eine politikwissenschaftliche Perspektive könnte die institutionellen Rahmenbedingungen und politischen Prozesse beleuchten, die die Ausgestaltung der Sozialpolitik beeinflussen, und gleichzeitig analysieren, wie diese Strukturen die Handlungsspielräume der Pflegenden auf der Mikroebene prägen. Durch die Verknüpfung dieser unterschiedlichen Perspektiven könnte ein mehrdimensionales Bild entstehen, das die Komplexität der Thematik besser erfasst und die Zusammenhänge zwischen individuellen Erfahrungen, gesellschaftlichen Strukturen und politischen Entscheidungsprozessen sichtbar macht.

Um die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die informelle Ökonomie der Altenpflege abzuschätzen, könnten computergestützte Mikrosimulationsmodelle wie z. B. agentenbasierte Modelle entwickelt werden (vgl. Hamill & Gilbert 2016). Diese könnten verschiedene Szenarien durchspielen und mögliche Auswirkungen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene prognostizieren. Solche Modelle könnten etwa simulieren, wie sich unterschiedliche Höhen eines Grundeinkommens auf die Erwerbsbeteiligung, die Pflegebereitschaft und die finanzielle Situation von Pflegepersonen auswirken würden.

Für ein umfassendes Verständnis der Auswirkungen eines Grundeinkommens wäre es sinnvoll, Pilotprojekte durchzuführen, die verschiedene Bevölkerungsgruppen einschließen – sowohl Personen mit als auch ohne Pflegeverantwortung.[137] Dies würde es ermöglichen, die gesamtgesellschaftlichen

[137] Ein aktuelles Beispiel für ein solches umfassendes Modellprojekt ist das in Hamburg geplante Volksbegehren zur Durchführung eines wissenschaftlichen Modellversuchs mit verschiedenen Varianten eines Grundeinkommens. Ziel ist es, die Auswirkungen eines beding-

Effekte zu untersuchen und zu verstehen, wie ein Grundeinkommen die Dynamiken der informellen Pflege im breiteren Kontext beeinflusst. Solche Pilotprojekte könnten bspw. in ausgewählten Kommunen oder Regionen implementiert werden, wobei alle Einwohner:innen ein Grundeinkommen erhalten würden. Dies würde es ermöglichen, nicht nur die direkten Auswirkungen auf Pflegende zu untersuchen, sondern auch potenzielle Veränderungen in der gesellschaftlichen Bereitschaft zur Übernahme von Pflegeverantwortung.

Ausgehend von den Ergebnissen dieser Studie, die darauf hindeuten, dass sich die Handlungsspielräume für einen Teil der informellen Pflegepersonen durch ein Grundeinkommen erweitern würden, wäre es sinnvoll, das Konzept des Familienpflegegeldes in der Realität zu erproben und wissenschaftlich zu begleiten. Ein Modellprojekt zum Familienpflegegeld könnte wertvolle empirische Daten über die tatsächlichen Auswirkungen auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen liefern. Im Mittelpunkt könnte dabei stehen, wie sich die Handlungsspielräume der Pflegenden konkret verändern. Die Untersuchung könnte sich auf verschiedene Aspekte konzentrieren, wie z. B. Veränderungen in der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, Auswirkungen auf die finanzielle Situation, Auswirkungen auf das persönliche Wohlbefinden, Veränderungen im sozialen Netzwerk, Auswirkungen auf die Qualität der geleisteten Pflege, Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit und Veränderungen in der gesellschaftlichen Anerkennung von Pflegearbeit. Die wissenschaftliche Begleitung könnte sowohl quantitative als auch qualitative Methoden umfassen, um ein umfassendes Bild der Auswirkungen zu erhalten. Besonders wertvoll wären Langzeitstudien, um auch längerfristige Effekte und Veränderungen in der Lebenslage der Pflegenden zu erfassen. Ein solches Modellprojekt könnte wichtige Erkenntnisse darüber liefern, inwieweit das Familienpflegegeld die Handlungsspielräume informell Pflegender effektiv erweitert und welche spezifischen Aspekte ihrer Lebenslage dadurch besonders beeinflusst werden. Diese Erkenntnisse könnten dann als Grundlage

---

ungslosen Grundeinkommens auf verschiedene Bevölkerungsgruppen zu untersuchen. Dabei sollen nicht nur die direkten Auswirkungen auf die Teilnehmer:innen, sondern auch weitergehende gesellschaftliche Veränderungen untersucht werden. Ein besonderer Fokus liegt auf den Auswirkungen in Bereichen wie Verhalten, soziale Beziehungen, Gesundheit und gesellschaftliches Engagement. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt könnten wertvolle Einblicke in die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Dynamiken informeller Altenpflege und die gesellschaftliche Bereitschaft zur Übernahme von Pflegeverantwortung liefern (vgl. Hamburg testet Grundeinkommen 2024).

für die Weiterentwicklung und mögliche flächendeckende Einführung des Familienpflegegeldes dienen.

Diese weiterführenden Forschungsansätze könnten die gewonnenen Erkenntnisse vertiefen und fundiertere Aussagen über die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die informelle Altenpflegeökonomie ermöglichen und damit einen wertvollen Beitrag zur aktuellen Debatte und zur Analyse sozialpolitischer Reformen leisten. Die Kombination verschiedener methodischer Ansätze würde dabei ein umfassenderes Verständnis der Zusammenhänge zwischen Grundeinkommen oder anderen sozialpolitischen Ideen, Altenpflegeökonomie und gesellschaftlichen Strukturen entwickeln.

7 Fazit

Die vorliegende Arbeit untersuchte den potenziellen Einfluss eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Lebenslage erwerbsfähiger informeller Pflegepersonen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der großen Bedeutung häuslicher Pflege in Deutschland widmete sich die Studie einer Forschungslücke an der Schnittstelle zweier Themenkomplexe: der informellen Altenpflegeökonomie und der Grundeinkommensdebatte. Durch die Verknüpfung dieser Themenfelder wurde analysiert, wie sich ein Grundeinkommen auf die Handlungsspielräume informell Pflegender auswirken könnte.

Die Arbeit orientierte sich an zwei Unterforschungsfragen: Zunächst wurde untersucht, welche Bedeutung die gegenwärtigen Handlungsspielräume für erwerbsfähige informelle Pflegepersonen haben. Darauf aufbauend wurde analysiert, wie diese Pflegepersonen den potenziellen Einfluss eines Grundeinkommens auf ihre Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung des Pflegealltags einschätzen. Dieses zweistufige Vorgehen ermöglichte es, sowohl den Status quo als auch mögliche Veränderungen durch ein Grundeinkommen detailliert zu erfassen und zu analysieren. Dabei wurde die Idee des Grundeinkommens als ‚Realutopie' verstanden, die eine sozialwissenschaftliche Orientierungsfunktion erfüllt. Das Grundeinkommen lässt sich als ‚Realutopie' verstehen – als ein Konzept, das zwischen konkreter Gegenwart und möglicher Zukunft vermittelt. Dieser Ansatz ermöglicht es, ausgehend von einer fundierten Analyse bestehender Verhältnisse, über den Status quo hinauszudenken und potenzielle Entwicklungspfade zu erkunden, ohne dabei den Realitätsbezug aufzugeben. Die eingehende Untersuchung der aktuellen Lebenslage informell Pflegender bildete die unverzichtbare Grundlage, um die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens realistisch einschätzen zu können.

Für die Untersuchung wurde ein umfassender theoretischer Rahmen entwickelt. Dabei wurde die Altenpflegeökonomie als spezifischer Anwendungsfall der Sozialökonomie nach Wendt (2007, 2016, 2018a) betrachtet und analysiert. Die gewählte ökosoziale Perspektive auf die Sozialökonomie der Altenpflege stellt die Lebenswirklichkeit in den Mittelpunkt, ohne eine geschlechtsspezifische Differenzierung in den Vordergrund zu stellen. Dieser Ansatz ermöglicht eine ausgewogene Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes, die über eine rein feministische Perspektive hinausgeht und eine umfassende, neutrale Analyse erlaubt. Als Analyseinstrument diente der Lebenslagen-Ansatz, der vier zentrale Faktoren identifiziert, die die Handlungsmöglichkeiten

informell Pflegender maßgeblich beeinflussen: a) die Vereinbarkeit von Lebensbereichen, b) die finanzielle Situation, c) das persönliche Wohlbefinden und d) das soziale Netzwerk. Diese vier Faktoren erweitern und präzisieren ältere Konzepte, die durch empirische Befunde zum Status quo gestützt werden. Ergänzend wurden aktuelle sozialpolitische Unterstützungsmaßnahmen für informell Pflegende analysiert und weiterführende Konzepte vorgestellt, um eine solide Grundlage für die anschließende Diskussion der Forschungsergebnisse zu schaffen.

Die Theorie des bedingungslosen Grundeinkommens wurde zunächst in einem allgemeinen Kontext dargestellt. Der moderate und anschlussfähige Ansatz von Van Parijs und Vanderborght (2017) diente als Ausgangspunkt, um ein kohärentes Konzept zu entwickeln und die wesentlichen Diskussionsstränge zu erfassen. Ein Literaturüberblick zu Sorgearbeit bzw. ‚Care' im Kontext der Grundeinkommensdebatte ergab, dass Sorgearbeit in der bisherigen Diskussion häufig als homogenes Tätigkeitsfeld betrachtet und primär aus feministischer Perspektive analysiert wurde. Eine differenzierte Betrachtung spezifischer Bereiche der Sorgearbeit sowie empirische Untersuchungen fehlten bislang. Diese Forschungslücke unterstreicht die Bedeutung der vorliegenden Studie, die erstmals eine detaillierte Analyse der Wechselwirkungen zwischen Grundeinkommen und einer spezifischen Form von Sorgearbeit vornimmt.

Die empirische Untersuchung basierte auf einem qualitativen Forschungsansatz, der tiefe Einblicke in die komplexe Alltagsbewältigung informell Pflegender ermöglichen sollte. Den methodischen Kern bildeten problemzentrierte Interviews, die durch eine Kombination aus Szenario-Methode und Fallvignette ergänzt wurden. Diese Vorgehensweise erlaubte es, sowohl die faktische Lebenslage Pflegender als auch das hypothetische Szenario eines Grundeinkommens zu erfassen. Die Stichprobe umfasste 15 informell Pflegende (11 Frauen, 4 Männer) im Alter von 49 bis 62 Jahren, die insgesamt 19 pflegebedürftige Personen betreuten. Alle Teilnehmenden waren erwerbsfähig, 14 waren erwerbstätig und eine Person war erwerbslos. Diese heterogene Gruppe ermöglichte es, ein breites Spektrum an Erfahrungen und Perspektiven zu erfassen.

Die Ergebnisse der Arbeit zeichnen ein vielschichtiges Bild der potenziellen Auswirkungen eines Grundeinkommens auf die Lebenslage informeller Pflegepersonen. Als zentrales Ergebnis zeigte sich, dass ein Grundeinkommen die finanzielle Lage von Pflegepersonen verbessern und ihnen mehr Spielraum in der Gestaltung ihres Alltags eröffnen könnte. Insbesondere für diejenigen, die ihre Erwerbstätigkeit aufgrund von Pflegeaufgaben reduzieren

mussten, könnte es eine wichtige Einkommensquelle darstellen und Existenzängste mindern. Das Grundeinkommen wird als Möglichkeit wahrgenommen, die verschiedenen Lebensbereiche Pflege, Beruf, Familie und Freizeit besser miteinander in Einklang zu bringen. Als besonders wichtig wurde die Möglichkeit angesehen, Erwerbsarbeitszeiten flexibler zu gestalten oder zu reduzieren, ohne gravierende finanzielle Einbußen befürchten zu müssen. Dies könnte sowohl zu einer Verbesserung der Pflegequalität als auch der persönlichen Lebensqualität der informellen Pflegepersonen führen.

Gleichzeitig zeigte sich, dass die potenzielle Wirkung eines Grundeinkommens stark von individuellen Umständen und bestehenden Strukturen abhängt. Für Pflegende, die sich bereits in einer stabilen finanziellen Situation befinden oder über ein gut funktionierendes soziales Unterstützungsnetzwerk verfügen, würde ein Grundeinkommen vermutlich keine signifikante Veränderung bewirken. Zudem wurde deutlich, dass bei sehr hohem Pflegebedarf trotz finanzieller Unterstützung die zeitlichen Herausforderungen bestehen bleiben.

Ein bemerkenswerter Aspekt war die geschlechtsspezifische Betonung der beruflichen Identität durch die Teilnehmenden. Insbesondere die befragten Frauen sahen ihre Erwerbstätigkeit als wesentlichen Teil ihres Selbstverständnisses und ihrer sozialen Teilhabe an, weshalb sie trotz eines möglichen Grundeinkommens keine Reduzierung ihrer Erwerbsarbeitszeit in Erwägung zogen. Im Gegensatz dazu zeigten sich die männlichen Teilnehmer offener für eine Reduzierung oder gar Aufgabe ihrer Erwerbsarbeitszeit zugunsten von Pflegetätigkeiten.

Bei der Diskussion der Ergebnisse wurden zwei Aspekte besonders hervorgehoben: Zum einen wurde der Einzelfall einer erwerbslosen Pflegeperson näher betrachtet. Dieser Fall bot nicht nur Einblicke in eine spezifische und oft übersehene Gruppe von Pflegenden, sondern führte auch zu einer vertieften Analyse der statistischen Entwicklung dieser Gruppe. Die Verdoppelung der Zahl der erwerbslosen informellen Pflegepersonen innerhalb von 10 Jahren (2014–2024) unterstreicht die wachsende Bedeutung dieser Gruppe und die dringende Notwendigkeit, ihre spezifischen Bedarfe in der Altenpflege zu berücksichtigen.

Zweitens wurde der Reformvorschlag des Familienpflegegeldes vor dem Hintergrund der Untersuchungsergebnisse analysiert. Dieser auf die spezifischen Bedarfe informell Pflegender zugeschnittene sozialpolitische Ansatz könnte möglicherweise einige der identifizierten Herausforderungen gezielter angehen als ein bedingungsloses Grundeinkommen. Auch wenn die Ergeb-

nisse zum Grundeinkommen nicht direkt auf das Familienpflegegeld übertragbar sind, lassen sich wichtige Parallelen und Anknüpfungspunkte erkennen, die neue Forschungsperspektiven eröffnen.

Besonders relevant erscheinen die Erkenntnisse zur Bedeutung von finanzieller Sicherheit und zeitlicher Flexibilität für Pflegende. Als vielversprechender nächster Forschungsschritt wurde ein Modellprojekt zum Familienpflegegeld vorgeschlagen, um die Stärken und Schwächen des Reformvorschlags im Kontext der Unterstützung informell Pflegender zu evaluieren.

Die begrenzte Stichprobengröße von 15 Teilnehmenden und die regionale Fokussierung auf den Raum Köln und Umgebung schränken die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse ein. Die Unterrepräsentanz bestimmter Gruppen, insbesondere von erwerbslosen und männlichen Pflegenden, stellt eine weitere Einschränkung dar. Inhaltlich basiert die Untersuchung auf einem hypothetischen Szenario, so dass die tatsächlichen Wirkungen eines Grundeinkommens in der Realität davon abweichen können. Die Komplexität individueller Lebenslagen erschwert zudem allgemeingültige Aussagen. Diese Einschränkungen bieten wichtige Ansatzpunkte für zukünftige Forschung, die mit größeren, repräsentativeren Stichproben, Längsschnittdesigns und möglicherweise auch quantitativen Methoden die Erkenntnisse dieser Arbeit ergänzen und erweitern könnte.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die vorliegende Untersuchung die Forschungsfrage nach dem möglichen Einfluss eines bedingungslosen Grundeinkommens auf die Lebenslage erwerbsfähiger informeller Pflegepersonen umfassend beantwortet hat. Trotz der genannten Einschränkungen leistet die Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Schließung der Forschungslücke zwischen der informellen Altenpflegeökonomie und der Grundeinkommensdebatte, indem sie das Verständnis der komplexen Wechselwirkungen zwischen finanzieller Unterstützung, Vereinbarkeit von Lebensbereichen, persönlichem Wohlbefinden und sozialem Netzwerk informell Pflegender deutlich erweitert. Angesichts der eingangs skizzierten demografischen Entwicklung und der hohen Bedeutung der häuslichen Pflege leistet die Untersuchung einen Beitrag zur Erforschung von Lösungsansätzen für eine drängende gesellschaftliche Aufgabe: die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und menschenwürdigen Pflege in einer alternden Gesellschaft. Dabei steht nicht nur die Lebensqualität der Pflegebedürftigen im Vordergrund, sondern gleichermaßen die individuelle Wohlfahrt der informellen Pflegepersonen – den maßgeblichen Akteuren der Altenpflegeökonomie.

8 Literatur

Akremi, L. (2019). Stichprobenziehung in der qualitativen Sozialforschung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 313-332. Wiesbaden: Springer VS.

Althammer, J., Lampert, H. & Sommer, M. (2021). *Lehrbuch der Sozialpolitik*. Berlin, Heidelberg: Springer VS.

Amann, A. (1983). Lebenslage und Sozialarbeit: Elemente zu einer Soziologie von Hilfe und Kontrolle. Berlin: Duncker & Humblot.

AOK (2023). Pflegegrade und Pflegebegutachtung im Überblick. Verfügbar unter: https://www.aok.de/pk/pflege-im-alltag/pflegegrade/ (abgerufen am 01.07.2025)

Appel, M. & Prainsack, B. (2024). *Care – Arbeit – Grundeinkommen*. Wien, Berlin: Mandelbaum.

Atkinson, A. B. (2015). *Inequality: What Can Be Done?* London: Harvard University Press.

Aulenbacher, B. (2020). Auf neuer Stufe vergesellschaftet: Care und soziale Reproduktion im Gegenwartskapitalismus. In K. Becker, K. Binner & F. Décieux (Hrsg.), *Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus*, 125-147. Wiesbaden: Springer VS.

Auth, D., Discher, K., Kaiser, P., Leiber, S., Leitner, S. & Varnholt, A. (2018). Sorgende Angehörige als Adressat_innen einer vorbeugenden Pflegepolitik: eine intersektionale Analyse. Düsseldorf: FGW.

Autrata, O. & Scheu, B. (2021). Subjektive Lebensqualität und Soziale Arbeit – Soziale Widerspiegelung als Grundlage. Wiesbaden: Springer VS.

BAFzA (o. J.). Bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Verfügbar unter: https://www.wege-zur-pflege.de/familienpflegezeit (abgerufen am 01.07.2025)

Baker, J. (2008). All Things Considered, Should Feminists Embrace Basic Income? *Basic Income Studies*, 3(3), 1-8.

Baumann, K. (2018). Zwischen vielen Stühlen. Caritaswissenschaft als interdisziplinäre Disziplin Praktischer Theologie. *Caritas et Veritas*, 8(1), 18-25.

Baumann, K. (2024). Care-Ökologie und Grundeinkommen: Eine komplexe Beziehung. In B. Neumärker & J. Schulz (Hrsg.), Care & Gender – Potentials & Risks of Universal Basic Income (UBI), 79-105. Zürich: Lit Verlag.

Bellermann, M. (2011). *Sozialpolitik – eine Einführung für soziale Berufe*. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag.

Benz, B. (2014). Soziale Dienste und Sozialstaatlichkeit im europäischen Kontext. In U. Arnold, K. Grunwald & B. Maelicke (Hrsg.), *Lehrbuch der Sozialwirtschaft*, 89-107. Baden-Baden: Nomos.

Berglund, E., Lytsy, P. & Westerling, R. (2015). Health and wellbeing in informal caregivers and non-caregivers: a comparative cross-sectional study of the Swedish general population. *Health Quality Life Outcomes*, 13(109), 1-11.

Bergmann, B. R. (2004). A Swedish-Style Welfare State or Basic Income: Which Should Have Priority? *Politics & Society*, 32(1), 107-118.

Berner, F. (2015). Das Leitbild der Caring Community und der 7. Altenbericht. In Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (Hrsg.), *Seniorenbüros und neue sozial-ökologische Investitionen – Wie gestalten sie die Bürgergesellschaft?*, 6-15. Neckarstadt-West: BAS.

Bidadanure, J. U. (2019). The Political Theory of Universal Basic Income. *Annual Review of Political Science*, 22, 481-501.

Bidenko, K. & Bohnet-Joschko, S. (2020). Vereinbarkeit von Beruf und Pflege: Wie wirkt sich Erwerbstätigkeit auf die Gesundheit pflegender Angehöriger aus? *Gesundheitswesen*, 83, 122-127.

BIEN (o. J.). About Basic Income. Verfügbar unter: https://basicincome.org/about-basic-income/ (abgerufen am 01.07.2025)

Biesecker, A. (2009). Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative. In A. Biesecker, G. Michalitsch, S. Reiner & Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise*, 30-48. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung WiSo.

Biesecker, A., Mathes, M., Schön, S. & Scurell, B. (Hrsg.). (2000). *Vorsorgendes Wirtschaften: Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Bielefeld: Kleine Verlag.

Bischof, J. & Gerspach, J. (2017). Pflegende Angehörige – ein Berufsstand ohne „soziale" Absicherung. *Bayerische Sozialnachrichten*, 1, 14-15.

Blaschke, R. (2011). Grundeinkommen – Was ist das? In R. Blaschke, A. Otto & N. Schepers (Hrsg.), *Grundeinkommen: Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung*, 10-16. Hamburg: VSA Verlag.

Blaschke, R. (2014). Grundeinkommen und Care-Arbeit. Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 34(134), 113-127.

Blaschke, R. (2015). *Ein historischer Abriss über Vorschläge und Ideen zum Grundeinkommen*. Verfügbar unter: https://www.grundeinkommen.de/wp-content/uploads/2016/01/GEschichte.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Blaschke, R. (2024). *Grundeinkommen – Modelle BGE in Deutschland, Februar 2024 – Eine Auswahl*. Verfügbar unter: https://www.grundeinkommen.de/wp-content/uploads/2024/02/24-02-25-Uebersicht-Modelle.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Bluhm, J. S. (1973, 14. Juni). *Are You Kidding, George? $1000 a Person?* The Harvard Crimson. Verfügbar unter: https://www.thecrimson.com/article/1973/6/14/are-you-kidding-george-1000-a/ (abgerufen am 01.07.2025)

BMAS (2024). Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Gestaltung einer rechtssicheren Grundlage für die Live-In-Betreuung im familiären Bereich. Verfügbar unter: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/abschlussbericht-live-in-betreuung-im-familiaeren-bereich.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (abgerufen am 01.07.2024)

BMFSFJ (2002). Vierter Altenbericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

BMG (2009). Bericht des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/

5_Publikationen/Pflege/Berichte/Bericht_des_Beirats_zur_UEberpruefung_des_Pflegebeduerftigkeitsbegriffs.pdf (abgerufen am 01.07.2025)
BMG (2013). Bericht des Expertenbeirats zur konkreten Ausgestaltung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Pflege/Berichte/Bericht_Pflegebegriff_RZ_Ansicht.pdf (abgerufen am 01.07.2025)
BMG (2021). Siebter Pflegebericht: Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung und den Stand der pflegerischen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtszeitraum: 2016-2019. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/P/Pflegebericht/Siebter_Pflegebericht_barrierefrei.pdf (abgerufen am 01.07.2025)
BMG (2023a). Soziale Pflegeversicherung Leistungsempfänger nach Altersgruppen und Pflegegraden am 31.12.2023. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Statistiken/Pflegeversicherung/Leistungsempfaenger/2023_Leistungsempfaenger-nach-Altersgruppen-und-Pflegegraden-insgesamt.pdf (abgerufen am 01.07.2025)
BMG (2023b). Das ändert sich 2024 in Gesundheit und Pflege. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/das-aendert-sich-2024-in-gesundheit-und-pflege-pm-15-12_-23 (abgerufen am 01.07.2025)
BMG (2023c). Soziale Pflegeversicherung Leistungsempfänger nach Leistungsarten und Pflegegraden im Jahresdurchschnitt 2023. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Statistiken/Pflegeversicherung/Leistungsempfaenger/2023_Leistungsempfaenger-nach-Leistungsarten-und-Pflegegraden.pdf (abgerufen am 01.07.2025)
BMG (2024a). Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/ 3_Downloads/Statistiken/Pflegeversicherung/Zahlen_und_Fakten/Zahlen-Fakten_Pflegeversicherung.pdf (abgerufen am 01.07.2025)
BMG (2024b). Soziale Absicherung für Pflegepersonen. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/online-ratgeber-pflege/leistungen-der-pflegeversicherung/leistungen-im-ueberblick/soziale-absicherung-fuer-pflegepersonen (abgerufen am 01.07.2025)
BMG (2024c). Antragsverfahren. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/online-ratgeber-pflege/pflegebeduerftig-was-nun (abgerufen am 01.07.2025)
BMG (2024d). Leistungen bei Pflegegrad 1. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/pflege-zu-hause/leistungen-bei-pflegegrad-1 (abgerufen am 01.07.2025)

BMG (2024e). Pflege durch Angehörige oder sonstige ehrenamtliche Personen (Häusliche Pflege). Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/pflege-zu-hause.html (abgerufen am 01.07.2025)

BMG (2024f). Verhinderungspflege (Urlaubs-/Krankheitsvertretung). Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/verhinderungspflege (abgerufen am 01.07.2025)

BMG (2024g). Pflegekurse. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/p/pflegekurse.html (abgerufen am 01.07.2025)

BMG (2025). Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung. Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Statistiken/Pflegeversicherung/Zahlen_und_Fakten/Zahlen-Fakten_Pflegeversicherung.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Bohmann, S., Fiedler, S., Kasy, M., Schupp, J. & Schwerter, F. (2025). Pilotprojekt Grundeinkommen: kein Rückzug vom Arbeitsmarkt, aber bessere mentale Gesundheit. *DIW-Wochenbericht*, 15, 221-229.

Bregman, R. (2017). Utopien für Realisten: Die Zeit ist reif für die 15-Stunden-Woche, offene Grenzen und das bedingungslose Grundeinkommen. Hamburg: Rowohlt.

Breinbauer, M., Jacob, R., Richter, N. & Kopp, J. (2019). Häusliche Pflege in der Region Trier. In R. Münnich & J. Kopp (Hrsg.), *Pflege an der Grenze*, 149-175. Wiesbaden: Springer VS.

Brinkmann, V. (2010). Sozialwirtschaft: Grundlagen – Modelle – Finanzierung. Wiesbaden: Gabler.

Brown, J. R. & Fehige, Y. (2023). *Thought Experiments*. Verfügbar unter: https://plato.stanford.edu/entries/thought-experiment/ (abgerufen am 01.07.2025)

Büchele, H. & Wohlgenannt, L. (1985). *Grundeinkommen ohne Arbeit: Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft*. Wien, München, Zürich: Europaverlag.

Bundesagentur für Arbeit (2023a). Statistik der gemeldeten erwerbsfähigen Personen: Methodischer Hinweis zu Grundlagen zu den gemeldeten erwerbsfähigen Personen (geP) und den statusrelevanten Lebenslagen. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

Bundesagentur für Arbeit (2023b). Zweites Buch Sozialgesetzbuch – SGB II: Fachliche Weisungen § 10 SGB II. Verfügbar unter: https://www.arbeitsagentur.de/datei/fw-sgb-ii-10_ba032565.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Bundesagentur für Arbeit (2024). Auftragsnummer 355617: Bestand an nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) nach ausgewählten Sondertatbeständen. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2024). Pflegewirtschaft. Verfügbar unter: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Branchenfokus/Wirtschaft/branchenfokus-pflegewirtschaft.html (abgerufen am 01.07.2025)

Bundesregierung (2024). Bürgergeld und Sozialhilfe – welche Hilfen gibt es für Menschen in Not? Verfügbar unter: https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/arbeit-und-soziales/sozialhilfe-und-buergergeld-2253064 (abgerufen am 01.07.2025)

Bundeszentrale für Politische Bildung (2014). Politik. Verfügbar unter: https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18019/politik/ (abgerufen am 01.07.2025)

Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Dortmund (2019). Grundeinkommen, bedingungslos: eine Bürger:innen-Gesellschaft für alle. Verfügbar unter: https://www.gruene-dortmund.de/assets/dortmund-kv/assets/downloads/Beschluss_Grundeinkommen_ bedingungslos_1.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Büscher, A., Peters, L., Stelzig, S. & Lübben, A. (2022). *Zu Hause pflegen – zwischen Wunsch und Wirklichkeit*. Verfügbar unter: https://www.vdk.de/assets/bundesverband/dokumente/publikationen_vdk/Pflegestudie_2021/VdK-Pflegestudie_Dritter_Zwischenbericht.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Busemeyer, M. R. & Sahm, A. H. J. (2022). Social Investment, Redistribution or Basic Income? Exploring the Association Between Automation Risk and Welfare State Attitudes in €pe. *Journal of Social Policy*, 51(4), 751-770.

Busemeyer, M. R., Rinscheid, A. & Schupp, J. (2023). Strong support for a universal basic income, in particular among those who would benefit. *DIW Weekly Report*, 21, 144-150.

Butterwegge, C. & Rinke, K. (Hrsg.). (2018). *Grundeinkommen kontrovers: Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Cannuscio, C. C., Colditz, G. A., Rimm, E. B., Berkman, L. F., Jones, C. P. & Kawachi, I. (2004). Employment status, social ties, and caregivers' mental health. *Social Science & Medicine*, 58(7), 1247-1256.

Carastathis, A. (2014). The Concept of Intersectionality in Feminist Theory: The Concept of Intersectionality in Feminist Theory. *Philosophy Compass*, 9(5), 304-314.

CareComLabs (2022). Sorgende Gemeinschaft Obfelden – Ergebnisse einer Obfelder Interviewstudie und erste Aktivitäten zur Förderung gegenseitiger Sorge und Hilfe. Verfügbar unter: ttps://www.sorgendegemeinschaft.net/_files/ugd/e8acb2_5c88bd3b113344848eecc3f3381a7f60.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Carlson, J. (1997). Is a Basic Income Women Friendly? Assessment of the Problems and Prospects Associated with Basic Income Schemes. Hertfordshire: University of Hertfordshire.

Charlier, J. (1848). *Solution du problème social, ou Constitution humanitaire*. Verfügbar unter: https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k5718047v/f3.image (abgerufen am 01.07.2025)

Chrisp, J., Pulkka, V.-V. & Rincón, L. (2020). Snowballing or Wilting? What affects Public Support for Varying Models of Basic Income? *Journal of International and Comparative Social Policy*, 36(3), 223-236.

Colombino, U. (2019). Is unconditional basic income a viable alternative to other social welfare measures? *IZA World of Labor*, 1-11.

Crenshaw, K. W. (1989). Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. *University of Chicago Legal Forum*, 139-167.

Davala, S., Jhabvala, R., Mehta, S. K. & Standing, G. (2015). *Basic Income: A Transformative Policy for India*. London, New York: Bloomsbury.

De Wispelaere, J. (2015). An Income of One's Own? The Political Analysis of Universal Basic Income. Tampere: Tampere University Press.

De Wispelaere, J., Halmetoja, A. & Pulkka, V.-V. (2023). A Primer on the Finnish Basic Income Experiment: From Design and Implementation to Evaluation and Impact. In M. Torry (Hrsg.), *The Palgrave International Handbook of Basic Income*, 413-435. Cham: Palgrave Macmillan.

Der Paritätische (2024). Pflegeversicherung: Paritätischer fordert solidarische Vollversicherung. Verfügbar unter: https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/pflegeversicherung-paritaetischer-fordert-solidarische-vollversicherung/ (abgerufen am 01.07.2025)

Dermont, C. & Weisstanner, D. (2020). Automation and the future of the welfare state: basic income as a response to technological change? *Political Research Exchange*, 2, 1-11.

Deutscher Bundestag (1994). Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit. Verfügbar unter: https://dserver.bundestag.de/btd/12/ 073/ 1207323.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Deutscher Bundestag (2014). Drucksache 18/3124 – Entwurf eines Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2020). Drucksache 19/18378 – Aktuelle Daten und Entwicklungen beim „Pflege-Darlehen". Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (2023). Drucksache 20/8183 – Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 28. August 2023 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutsches Ärzteblatt (2020). Pflegeunterstützung wird kaum genutzt. Verfügbar unter: https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/115370/Pflegeunterstuetzung-wird-kaum-genutzt (abgerufen am 01.07.2025)

Die Linke (2021). Zum Mitgliederentscheid bedingungsloses Grundeinkommen. Verfügbar unter: https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/siebenter-parteitag/detail/zum-mitgliederentscheid-bedingungsloses-grundeinkommen/ (abgerufen am 01.07.2025)

Dräger, D. (2015). Die Einbindung der Angehörigen von Pflegebedürftigen. In K. Jacobs, A. Kuhlmey, S. Greß & A. Schwinger (Hrsg.), *Pflege-Report 2015: Schwerpunkt: Pflege zwischen Heim und Häuslichkeit*, 121-134. Stuttgart: Schattauer.

Dülmer, H. (2019). Vignetten. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 863-874. Wiesbaden: Springer VS.

Dumschat, T. (2023). Grundeinkommen als Vehikel für sorgende Gemeinschaften der informellen Altenpflege? Über die Möglichkeit kommunitaristischer Solidarität in einer Grundeinkommensgesellschaft. FRIBIS Policy Debate. Verfügbar unter: https://www.fribis.uni-freiburg.de/wp-content/ uploads/2023/06/PP_Muenster-Workshop_Tobias-Dumschat_Care.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Dumschat, T., Krämer, C. & Kell, R. (2021). *Gemeinsame Fürsorge und Pflege in ländlichen Regionen – Lösungen jenseits von Markt und Staat*. Verfügbar unter: https://resilienz-aachen.de/ gemeinsame-fuersorge-und-pflege-in-laendlichen-regionen-loesungen-jenseits-von-markt-und-staat/ (abgerufen am 01.07.2025)

Eggen, B. (2012). Hochaltrigkeit: Aspekte einer späten Lebensphase. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 1, 11-16.

Ehrlich, U., Minkus, L. & Hess, M. (2020). Einkommensrisiko Pflege? Der Zusammenhang von familiärer Pflege und Lohn. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 53, 22-28.

Elster, J. (1987). Comment on Van der Veen and Van Parijs. *Theory and Society*, 15, 709-721.

Ethik-Kommission der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (2024). Antragstellung Ethik-Kommission Umlaufgruppe 4: Studien, die typische Methoden aus den Geistes-, Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften nutzen. Verfügbar unter: https://www.uniklinik-freiburg.de/ ethikkommission/antragstellung/gsvw.html (abgerufen am 01.07.2025)

Etzioni, A. (1973). The Third Sector and Domestic Missions. *Public Administration Review*, 33(4), 314-323.

Evers, A. (2011). Wohlfahrtsmix und soziale Dienste. In A. Evers, R. G. Heinze & T. Olk (Hrsg.), *Handbuch Soziale Dienste*, 265-283. Wiesbaden: Springer VS.

Evers, A. & Olk, T. (1996). Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs. In A. Evers & T. Olk (Hrsg.), *Wohlfahrtspluralismus: Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*, 9-62. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Felder, L., Geyer, J., Haan, P. & Teschner, M. (2022). Verteilungswirkungen von finanziellen Unterstützungsmodellen für pflegende Angehörige – Mikrosimulationsstudie – Gutachten des DIW Berlin im Auftrag des Sozialverband VdK. Verfügbar unter: https://www.vdk.de/assets/bundesverband/dokumente/publikationen_vdk/Pflegestudie_2021/VdK-Studie_Dr_Geyer_ DIW_final.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Ferber, M. A. & Nelson, J. A. (Hrsg.). (2009). *Beyond economic man: Feminist theory and economics*. Chicago: University of Chicago Press.

Feyerabend, P. (1980). *Erkenntnis für freie Menschen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fietz, J. & Friedrichs, J. (2019). Gesamtgestaltung des Fragebogens. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 813-828. Wiesbaden: Springer VS.

Finis Siegler, B. (2019). *Ökonomik Sozialer Arbeit*. Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag.

Fischer, U. (2015). Fürsorge als gesellschaftliche Aufgabe denken. Das Konzept Grundeinkommen als Grundlage veränderter Care-Strukturen? *Sozial Extra*, 1, 40-43.

Fischer, U. L. (2009). Anerkennung, Integration und Geschlecht: Zur Sinnstiftung des modernen Subjekts. Bielefeld: Transcript.

Fitzpatrick, T. (1999). Freedom and security: An introduction to the basic income debate. Basingstoke: Macmillan.

Fleischer, E. (2023). Caring Communities – Appell an den Gemeinsinn statt sozialer Rechte? In R. Sempach, C. Steinebach & P. Zängl (Hrsg.), *Care schafft Community – Community braucht Care*, 107-118. Wiesbaden: Springer VS.

Flick, U. (2019). Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 473-488. Wiesbaden: Springer VS.

Flick, U. (2021). Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung. Reinbek: Rowohlt.

Folbre, N. (1995). "Holding hands at midnight": The paradox of caring labor. *Feminist Economics*, 1(1), 73-92.

Folbre, N. (2001). The Invisible Heart: Economics and Family Values. New York: The New Press.

Franke, A., Kramer, B., Jann, P. M., van Holten, K., Zentgraf, A., Otto, U. & Bischofberger, I. (2019). Aktuelle Befunde zu ‚distance caregiving'. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 52, 521-528.

Fraser, N. (1994). After the Family Wage: Gender Equity and the Welfare State. *Political Theory*, 22(4), 591-618.

Fraser, N. (2018). Krise, Kritik und Kapitalismus: Eine Orientierungshilfe für das 21. Jahrhundert. In A. Scheele & S. Wöhl (Hrsg.), *Feminismus und Marxismus*, 40-58. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Fratzscher, M. (2017). Irrweg des bedingungslosen Grundeinkommens. *Wirtschaftsdienst*, 97, 521-523.

FRIBIS Team Care (2022). Workshop-Bericht – Arbeit am Care-Begriff: Verwendungen und Differenzierung des Care-Begriffs. Verfügbar unter: https://www.fribis.uni-freiburg.de/wp-content/uploads/2022/08/Workshop-Bericht_Arbeit-am-Care-Begriff_FRIBIS-Team-care_Aug2022.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Friedman, M. (1962). *Capitalism and Freedom*. Chicago: University of Chicago Press.

Friedrichs, J. (2019). Forschungsethik. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 67-76. Wiesbaden: Springer VS.

Fromm, E. (1966). The Psychological Aspects of the Guaranteed Income. In R. Theobald (Hrsg.), *The Guaranteed Income. Next Step in Economic Evolution?*, 175-184. New York: Doubleday & Co.

Fuchs-Heinritz, W. (2020). Sozialökonomie. In D. Klimke, R. Lautmann, U. Stäheli, C. Weischer & H. Wienold (Hrsg.), *Lexikon zur Sozialökonomie*, 723-724. Wiesbaden: Springer VS.

Galbraith, J. K. (1966). The Attack on Poverty and Its Consequences. *Journal of Social Issues*, 22(1), 1-12.

Gashi, S., Aal, T., Shumbin, G., Kirschsieper, D. & Müller, C. (2022). Sorgende Gemeinschaft Obfelden – Abschlussbericht. Verfügbar unter: https://arbor.bfh.ch/entities/ publication/fcd3e0be-589f-4bde-a76e-98cf52dc167c (abgerufen am 01.07.2025)

Gerlinger, T. (2022). *Ziele und Wirkungen der Pflegeversicherung*. Verfügbar unter: https://www.bpb.de/themen/gesundheit/gesundheitspolitik/516172/ziele-und-wirkungen-der-pflegeversicherung/ (abgerufen am 01.07.2025)

Geyer, J. (2016). Informell Pflegende in der deutschen Erwerbsbevölkerung: Soziodemografie, Pflegesituation und Erwerbsverhalten. In Zentrum für Qualität in der Pflege (Hrsg.), *Vereinbarkeit von Beruf und Pflege*, 24-43. Berlin: ZQP.

Geyer, J. & Schulz, E. (2014). Who cares? Die Bedeutung der informellen Pflege durch Erwerbstätige in Deutschland. *DIW-Wochenbericht*, 81(14), 294-301.

Gheaus, A. (2008). Basic Income, Gender Justice and the Costs of Gender-Symmetrical Lifestyles. *Basic Income Studies*, 3(3), 1-8.

Glatzer, W. & Zapf, W. (1984). Lebensqualität in der Bundesrepublik. In W. Glatzer & W. Zapf (Hrsg.), *Lebensqualität in der Bundesrepublik: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*, 391-401. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Goebel, J., Grabka, M., Liebig, S., Kroh, M., Richter, D., Schröder, C. & Schupp, J. (2019). The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 239(2), 345-360.

Google Scholar (2024). Suchergebnisse für „bedingungsloses Grundeinkommen", „Grundeinkommen", „basic income", „universal basic income" und „unconditional basic income". Verfügbar unter: https://scholar.google.com/ (abgerufen am 01.07.2025)

Gorz, A. (1984). Wege ins Paradies: Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin: Rotbuch Verlag.

Gorz, A. (2000). *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Gourevitch, A. (2016). The Limits of a Basic Income: Means and Ends of Workplace Democracy. *Basic Income Studies*, 11(1), 17-28.

Groot, L. (2004). *Basic Income, Unemployment and Compensatory Justice*. New York: Springer Science+Business Media.

Grunwald, K. (2014). Sozialwirtschaft. In U. Arnold, K. Grunwald & B. Maelicke (Hrsg.), *Lehrbuch der Sozialwirtschaft*, 33-63. Baden-Baden: Nomos.

Grunwald, K. & Langer, A. (2018). Sozialwirtschaft – Eine Einführung in das Handbuch. In K. Grunwald & A. Langer (Hrsg.), *Sozialwirtschaft: Handbuch für Wissenschaft und Praxis*, 45-64. Baden-Baden: Nomos.

Gubitzer, L. & Mader, K. (2011). Care-Ökonomie: Ihre theoretische Verortung und Weiterentwicklung. *Kurswechsel*, 4, 7-21.

Haarmann, C., Haarmann, D. & Nattrass, N. (2023). The Namibian Basic Income Grant Pilot. In M. Torry (Hrsg.), *The Palgrave International Handbook of Basic Income*, 381-395. Cham: Palgrave Macmillan.

Haberstumpf-Münchow, C. (2020). Die Beschäftigung von polnischen Haushaltshilfen in deutschen Pflegehaushalten aus rechtlicher Perspektive. In B. Städtler-Mach & H. Ignatzi (Hrsg.), *Grauer Markt Pflege – 24-Stunden-Unterstützung durch osteuropäische Betreuungskräfte*, 11-21. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Hamburg testet Grundeinkommen (2024). Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung eines Grundeinkommen-Modellversuchs im Land Hamburg. Verfügbar unter: https://directus.volksentscheid-grundeinkommen.de/assets/de0e236e-49c4-49d0-aa69-6db8d21145bb.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Hamill, L. & Gilbert, N. (2016). *Agent-Based Modelling in Economics*. Chichester, West Sussex: John Wiley & Sons.

Hammer, E. (2014). *Unterschätzt: Männer in der Angehörigenpflege*. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.

Hanna, R. & Olken, B. A. (2018). Universal basic incomes versus targeted transfers: Anti-poverty programs in developing countries. *Journal of Economic Perspectives*, 32(4), 201-226.

Hansen, T. & Slagsvold, B. (2014). Feeling the squeeze? The effects of combining work and informal caregiving on psychological well-being. *€pean Journal of Ageing*, 12(2), 51-60.

Haumann, W. (2022). Häusliche Pflege: Erfahrungen, Einstellungen, Forderungen – Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach. In T. Klie (Hrsg.), *Pflegereport 2022: Häusliche Pflege – das Rückgrat der Pflege in Deutschland*, 31-74. Heidelberg: medhochzwei Verlag.

Heinze, R. G. & Schupp, J. (2022). Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation. Wiesbaden: Springer VS.

Helfferich, C. (2011). Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden: Springer VS.

Helfferich, C. (2019). Leitfaden- und Experteninterviews. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 669-686. Wiesbaden: Springer VS.

Helfrich, S. & Bollier, D. (2020). *Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons*. Bielefeld: transcript.

Hermann, J., Rebaudo, M. & Calahorrano, L. (2022). *Daten zur Informellen Pflege: Pflegebedürftige und Pflegende*. Sankt Augustin: Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik.

Hochschild, A. R. (2000). Global Care Chains and Emotional Surplus Value. In A. Giddens & W. Hutton (Hrsg.), *Global Capitalism*, 130-146. New York: The New Press.

Hochschild, A. R. (2003). *The Commercialization of Intimate Life: Notes from Home and Work*. Berkeley: University of California Press.

Hohenleitner, I. & Straubhaar, T. (2008). Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld - mehr als sozialutopische Konzepte. In T. Straubhaar (Hrsg.), *Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte*, 9-127. Hamburg: Hamburg University Press.

Hoynes, H. & Rothstein, J. (2019). Universal Basic Income in the United States and Advanced Countries. *Annual Review of Economics*, 11, 929-958.

Hussy, W., Schreier, M. & Echterhoff, G. (2013). *Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaft für Bachelor*. Berlin, Heidelberg: Springer VS.

Jensen, A. (2018). *Schwarzmarkt für häusliche Pflege*. Verfügbar unter: https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-schwarzmarkt-fuer-haeusliche-pflege-6074.htm (abgerufen am 01.07.2025)

Jochimsen, M. A. (2003). Careful Economics: Integrating Caring Activities and Economic Science. Boston: Kluwer Academics.

Jochimsen, M. A., Kesting, S. & Knobloch, U. (Hrsg.). (2004). *Lebensweltökonomie*. Bielefeld: Kleine Verlag.

Johnson, M. T., Aidan Johnson, E., Reed, H. & Nettle, D. (2024). Can the 'downward spiral' of material conditions, mental health and faith in government be stopped? Evidence from surveys in ‚red wall' constituencies. *The British Journal of Politics and International Relations*, 26(1), 131-148.

Kantar (2019). Wissenschaftliche Evaluation der Umstellung des Verfahrens zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit (§ 18c Abs. 2 SGB XI) – Los 2: Allgemeine Befragungen. München: Bundesministeriums für Gesundheit.

Kapser, H., Pelzelmayer, K., Schürch, A., Bäumer, F., Ertl, T., Gashi, S., Müller, C., Serefliogl u, T. & van Holten, K. (2021). Können sorgende Gemeinschaften die häusliche Langzeitversorgung verbessern? *Primary and Hospital Care – Allgemeine Innere Medizin*, 21(6), 188-190.

Kaufmann, F.-X. (1997). *Herausforderungen des Sozialstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Kaufmann, F.-X. (2003). Varianten des Wohlfahrtsstaats: Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kaufmann, F.-X. (2009). Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Wiesbaden: Springer VS.

Kay, J. (2017). The Basics of Basic Income. *Intereconomics*, 52, 69-74.

Kenny, P., King, M. T. & Hall, J. (2014). The physical functioning and mental health of informal carers: evidence of care-giving impacts from an Australian population-based cohort. *Health & Social Care in the Community*, 22, 646-659.

Kim, H. (2021). The basic income and care ethics. *Journal of Social Philosophy*, 52(3), 328-343.

Klaus, D. & Tesch-Römer, C. (2016). Pflege und Unterstützung bei gesundheitlichen Einschränkungen: Welchen Beitrag leisten Personen in der zweiten Lebenshälfte für andere? In K. Mahne, J. Wolff, J. Simonson & C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*, 191-207. Wiesbaden: Springer VS.

Klie, T. (2013). Caring Community – Leitbild für Kirchengemeinden in einer Gesellschaft des langen Lebens? *KIRCHE im ländlichen Raum*, 16-21.

Klie, T. (2014). Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gemeinschaft. München: Pattloch.

Klie, T. (2017). Wohlfahrtspluralismus und Subsidiarität in modernen Gesellschaften – Perspektiven für eine Neuausrichtung von Sozialpolitik. In A. Klein & O. Zimmermann (Hrsg.), *Impulse der Reformation: Der zivilgesellschaftliche Diskurs*, 247-259. Wiesbaden: Springer VS.

Klie, T. (2021). Caring Community. Leitbild für eine solidarische Gesellschaft? Eine Zwischenbilanz in Zeiten von Corona. In I. Darmann-Finck & H. Mertesacker (Hrsg.), *Pflegerische Versorgung alter Menschen. Qualität – Konzepte – Rahmenbedingungen*, 179-194. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Knecht, U., Krüger, C., Markert, D., Moser, M., Mulder, A.-C., Praetorius, I., Roth, C., Schrupp, A. & Trenkwalder-Egger, A. (2012). *ABC des guten Lebens*. Rüsselsheim: Christel Göttert Verlag.

Kofman, E. & Raghuram, P. (2015). Gendered migrations and global social reproduction. Migration, diasporas and citizenship. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.

Kosow, H. & Gaßner, R. (2008). Methoden der Zukunfts- und Szenarioanalyse: Überblick, Bewertung und Auswahlkriterien. Berlin: IZT.

Kosow, H. & León, C. D. (2015). In M. Niederberger & S. Wassermann (Hrsg.), *Methoden der Experten- und Stakeholdereinbindung in der sozialwissenschaftlichen Forschung*, 217-242. Wiesbaden: Springer VS.

Kovce, P. & Priddat, B. P. (2019). Bedingungsloses Grundeinkommen. Zur Einführung. In P. Kovce & B. P. Priddat (Hrsg.), *Bedingungsloses Grundeinkommen: Grundlagentexte*, 11-53. Suhrkamp: Berlin.

Kovce, P. & Priddat, B. P. (Hrsg.). (2019). *Bedingungsloses Grundeinkommen: Grundlagentexte*. Berlin: Suhrkamp.

Krause, J. & Münnich, R. (2019). Kleinräumige Projektionen der zukünftigen Pflegesituation in der Großregion Trier. In R. Münnich & J. Kopp (Hrsg.), *Pflege an der Grenze*, 77-97. Wiesbaden: Springer VS.

Krebs, A. (2000). Why Mother Should be Fed. *Analyse und Kritik*, 22, 155-178.

Kricheldorff, C., Klott, S. & Tonello, L. (2015). Sorgende Kommunen und Lokale Verantwortungsgemeinschaften - Modellhafte Ansätze zur Sicherung von gelingendem Altern und Pflege im Quartier. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 5, 408-414.

Kubon-Gilke & Maier-Rigaud (2020). Utopien und Sozialpolitik: Über die Orientierungsfunktion von Gesellschaftsmodellen. Marburg: Metropolis Verlag.

Kuckartz, U. & Rädiker, S. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Kuckartz, U. & Rädiker, S. (2024). *Fokussierte Interviewanalyse mit MAXQDA: Schritt für Schritt*. Wiesbaden: Springer VS.

Kuhlmey, A. & Budnick, A. (2023). Pflegende Angehörige in Deutschland: Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit. *Bundesgesundheitsblatt*, 66, 550-556.

Lambert, S. D., Bowe, S. J. & Livingston, P. M. (2017). Impact of informal caregiving on older adults' physical and mental health in low-income and middle-income countries: a cross-sectional, secondary analysis based on the WHO's Study on global AGEing and adult health. *BMJ Open*, 7, 1-14.

Lamnek, S. & Krell, C. (2016). *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim: Beltz/Juventa.

Lang, E. (1994). Altern – Alterskrankheiten – Geroprophylaxe. In H. Reimann & H. Reimann (Hrsg.), *Das Alter: Einführung in die Gerontologie*, 282-318. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.

Laufenberg, M. (2018). Sorgende Gemeinschaften? Demenzfreundliche Kommunen zwischen sozialstaatlichem Sparmodell und Emanzipationsgewinn. *Zeitschrift für kritische Stadtforschung*, 6(1), 77-96.

Lee, J. A., Walker, M. & Shoup, R. (2001). Balancing Elder Care Responsibilities and Work: The Impact on Emotional Health. *Journal of Business and Psychology*, 16, 277-289.

Leopold, F. & Lindenmeier, J. (2024). Determinants of the Unconditional Basic Income Acceptance Among German Citizens: An Empirical Analysis Based on Innovation Resistance Theory. *Social Policy & Administration*, 1-11.

Levitas, R. (2013). Utopia as Method: The Imaginary Reconstruction of Society. London: Palgrave Macmillan.

Liebermann, S. (2005). Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise. *UTOPIE kreativ*, 176, 525-533.

Linsbichler, A. & da Cunha, I. F. (2023). Otto Neurath's Scientific Utopianism Revisited – A Refined Model for Utopias in Thought Experiments. *Journal for General Philosophy of Science*, 54, 233-258.

Löffler, V. (2021). Questioning the feasibility and justice of basic income accounting for migration. *Politics, Philosophy & Economics*, 20(3), 273-314.

Lucius-Hoene, G. & Deppermann, A. (2002). Rekonstruktion narrativer Identität: Ein Arbeitsbuch zur Analyse narrativer Interviews. Wiesbaden: Springer VS.

Madörin, M. (2001). Care Economy – ein blinder Fleck in der Wirtschaftstheorie. *Widerspruch*, 40, 41-45.

Martinelli, L. (2017). Assessing the Case for a Universal Basic Income in the UK. Bath: IPR Policy Brief.

Mayring, P. & Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 633-648. Wiesbaden: Springer VS.

Mayring, P. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.

McKay, A. (2001). Rethinking Work and Income Maintenance Policy: Promoting Gender Equality Through a Citizens' Basic Income. *Feminist Economics*, 7(1), 97-118.

McLean, C. & McKay, A. (2015). Beyond Care: Expanding the Feminist Debate on Universal Basic Income. *WiSE Working Paper*, 1-12.

Merrill, R., Neves, C. & Lain, B. (2022). Basic Income Experiments: A Critical Examination of Their Goals, Contexts, and Methods. Cham: Palgrave Macmillan.

Meyer, J. A. (1996). Der Weg zur Pflegeversicherung: Positionen – Akteure – Politikprozesse. Frankfurt am Main: Mabuse-Verlag.

Milanovic, B. (2019). *Capitalism, Alone: The Future of the System That Rules the World*. Cambridge, London: Harvard University Press.

Misoch, S. (2019). *Qualitative Interviews*. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.

Müller, B. (2018). Die sorgenfreie Gesellschaft: Wert-Abjektion als strukturelle Herrschaftsform des patriarchalen Kapitalismus. In A. Scheele & S. Wöhl (Hrsg.), *Feminismus und Marxismus*, 84-101. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Münnich, S. (2017). Netzwerke, Felder und die wirtschaftssoziologische "Neoklassik": Zentrale Vertreter und Perspektiven der New Economic Sociology. In A. Maurer (Hrsg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*, 107-125. Wiesbaden: Springer VS.

Nahnsen, I. (1992). Lebenslagenvergleich. Ein Beitrag zur Vereinigungsproblematik. In H. A. Henkel & U. Merle (Hrsg.), *‚Magdeburger Erklärung' – Neue Aufgaben der Wohnungswirtschaft*, 101-144. Regensburg: Transfer Verlag.

Nell-Breuning, O. v. (1990). *Baugesetze der Gesellschaft – Solidarität und Subsidiarität*. Freiburg im Breisgau: Herder.

Netzwerk Caring Communities (o. J.). Caring Community – was ist das eigentlich? Verfügbar unter: https://www.caringcommunities.ch/cc/caring-community/ (abgerufen am 01.07.2025)

Neumärker, B., Blum, B., Yalcin, B. & Yalcin, S. (2021). UBI in Times of Crisis: The Net Basic Income Discussing the Case of Germany. *Journal for Markets and Ethics*, 9(1), 15-36.

Nowossadeck, S., Engstler, H. & Klaus, D. (2016). *Pflege und Unterstützung durch Angehörige. Report Altersdaten 01/2016*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.

oeffentlicher-dienst.info (o. J.). Gehaltsrechner für den Öffentlichen Dienst: Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder 2023. Verfügbar unter: https://oeffentlicher-dienst.info/c/t/rechner/tv-l/allg?id=tv-l-2023 (abgerufen am 01.07.2025)

Oevermann, U. (2000). Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis. In K. Kraimer (Hrsg.), *Die Fallrekonstruktion*, 58-153. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Opielka, M. & Vobruba, G. (Hrsg.). (1986). Das garantierte Grundeinkommen: Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Frankfurt am Main: Fischer.

Oppolzer, A. (1990). Sozialökonomie – Zu Gegenstand, Begriff und Geschichte eines interdisziplinären und praxisbezogenen Wissenschaftskonzeptes. *Sozialökonomische Beiträge*, 1, 6-29.

Pankoke, E. (2008). Solidarwirtschaft. In A. Maurer (Hrsg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*, 431-450. Wiesbaden: Springer VS.

Papst Leo XIII. (1891). *Rerum novarum*. Verfügbar unter: https://www.vatican.va/content/leo-xiii/en/encyclicals/documents/hf_l-xiii_enc_15051891_rerum-novarum.html (abgerufen am 01.07.2025)

Papst Pius XI. (1931). *Quadragesimo anno*. Verfügbar unter: https://www.vatican.va/content/pius-xi/en/encyclicals/documents/hf_p-xi_enc_19310515_quadragesimo-anno.html (abgerufen am 01.07.2025)

Petersen, H.-G. (1989). *Sozialökonomik*. Stuttgart u. a.: Kohlhammer Verlag.

Pflege Wegweiser NRW (2022). Frage des Monats – Dezember 22. Verfügbar unter: https://www.pflegewegweiser-nrw.de/frage-des-monats-dezember-22 (abgerufen am 01.07.2025)

Pilotprojekt Grundeinkommen (o. J.). So funktioniert die Studie. Verfügbar unter: https://www.pilotprojekt-grundeinkommen.de/so-funktioniert-die-studie (abgerufen am 01.07.2025)

Pinquart, M. (2016). Belastungs- und Entlastungsfaktoren pflegender Angehöriger – die Bedeutung der Erwerbstätigkeit. In Zentrum für Qualität in der Pflege (Hrsg.), *Vereinbarkeit von Beruf und Pflege*, 60-72. Berlin: ZQP.

Porst, R. (2019). Leitfaden- und Experteninterviews. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 669-862. Wiesbaden: Springer VS.

Praetorius, I. (2014). Care und Grundeinkommen: Oder: Postpatriarchal gedacht macht das bedingungslose Grundeinkommen Sinn. *Widersprüche*, 34(134), 99-111.

Praetorius, I. (2015). Wirtschaft ist Care – oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen. Schriften zu Wirtschaft und Soziales. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Przyborski, A. & Wohlrab-Sahr, M. (2014). *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Reichhart, T. (2021). Selbst Für Sorge: Wie wir Verantwortung für uns übernehmen und gelassen und frei leben. München: Kösel.

Reuband, K. H. (1984). Dritte Personen beim Interview: Zuhörer, Adressaten oder Katalysatoren der Kommunikation? In H. Meulemann & K. H. Reuband (Hrsg.), *Soziale Realität im Interview: empirische Analysen methodischer Probleme*, 117-156. Frankfurt am Main: Campus.

Rieger, E. (2003). Bürger: Kulturelle Grundlagen des demokratischen Wohlfahrtsstaates. In S. Lessenich (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe: Historische und aktuelle Diskurse*, 215-242. Frankfurt am Main: Campus.

Rieger, G. (2014). Die lokale Ebene der Sozialpolitik. In U. Arnold, K. Grunwald & B. Maelicke (Hrsg.), *Lehrbuch der Sozialwirtschaft*, 131-156. Baden-Baden: Nomos.

Rincón, L. (2023). A Robin Hood for All: A Conjoint Experiment on Support for Basic Income. *Journal of €pean Public Policy*, 30(2), 375-399.

Rincón, L., Vlands, T. & Hiilamo, H. (2022). What's Not to Like? Benefit Design, Funding Structure and Support for Universal Basic Income. *Journal of €pean Social Policy*, 32(4), 467-483.

Ringger, B. (2015). Perspektive Care-Gesellschaft: Einlösen, was das BGE verspricht. In R. Gurny, B. Ringger & U. Tecklenburg (Hrsg.), *Würde, bedingunglos – Wie die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen fruchtbar gemacht werden kann*, 89-98. Zürich: edition8.

Robeyns, I. (2001). Will a Basic Income Do Justice to Women? *Analyse & Kritik*, 22(2), 88-105.

Roosma, F. & van Oorschot, W. (2020). Public opinion on basic income: Mapping €pean support for a radical alternative for welfare provision. *Journal of €pean Social Policy*, 30(2), 190-205.

Rossetti, F., Roosma, F., Laenen, T. & Abts, K. (2020). An Unconditional Basic Income? How Dutch Citizens Justify their Opinions about a Basic Income and Work Conditionality. *Journal of International and Comparative Social Policy*, 36(3), 284-300.

Rothgang, H. (2023). Zur Notwendigkeit einer Finanz- und Strukturreform der Pflegeversicherung. *Bundesgesundheitsblatt*, 66, 498-507.

Rothgang, H. & Domhoff, D. (2019). Die Pflegebürgerversicherung als Vollversicherung – Beitragssatz- und Verteilungseffekte bei Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung mit Vollversicherung. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung.

Rothgang, H. & Müller, R. (2018). *BARMER Pflegereport 2018*. Berlin: Barmer.

Rothgang, H., Kalwitzki, R., Müller, R., Runte, R. & Unger, R. (2016). Barmer GEK Pflegereport 2016. Berlin: BARMER GEK.Rudolf, C. & Löffler, V. (2024). *Erste Zeitreihen-Analyse der Wertschöpfung von unbezahlter Arbeit, 2012 bis 2021*. Verfügbar unter: https://www.caringeconomy.jetzt/zeitreihen-analyse-deutschland/ (abgerufen am 01.07.2025)

Sachße, C. (2003). Subsidiarität: Leitmaxime deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit. In S. Lessenich (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe: Historische und aktuelle Diskurse*, 191-212. Frankfurt am Main: Campus.

Schäufele, M., Köhler, L. & Hendlmeier, I. (2016). Erwerbstätigkeit und Pflege von Menschen mit Demenz: Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativstudie. In Zentrum für Qualität in der Pflege (Hrsg.), *Vereinbarkeit von Beruf und Pflege*, 44-59. Berlin: ZQP.

Scheu, B. & Autrata, O. (2011). Theorie Sozialer Arbeit – Gestaltung des Sozialen als Grundlage. Wiesbaden: Springer VS.

Scheu, B. & Autrata, O. (2018). *Das Soziale: Gegenstand der Sozialen Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS.

Schlosser, T. (2022). Methodik der qualitativen Szenarioanalyse. In M. Roos, J.-H. Kamlage & E.-J. Schmitt (Hrsg.), *Klimaresiliente Kommunalpolitik*, 33-51. Wiesbaden: Springer VS.

Schmid, J. (1996). Der Welfare-Mix in der vergleichenden Politikforschung: Der Weg vom Etatismus über den Korporatismus zum Pluralismus. In A. Evers & T. Olk (Hrsg.), *Wohlfahrtspluralismus: Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*, 186-207. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schmid, T. (Hrsg.). (1984). Befreiung von falscher Arbeit: Thesen zum garantierten Mindesteinkommen. Berlin: Wagenbach.

Schmidt, E., Straub, D. & Müller, C. (2016). *Grundeinkommen von A bis Z*. Zürich: Limmat Verlag.

Schmidt, M. & Schneekloth, U. (2011). *Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes"*. Berlin: Bundesministerium für Gesundheit.

Schmitt, S. (2022). Care-Praxis zwischen Prekarität und Chance – Eine empirische Studie über die Rahmenbedingungen der Care-Praxis pflegender Angehöriger in einer entgrenzten Gesellschaft. Weinheim, Basel: Beltz/Juventa.

Schmitt, S., Mutz, G. & Erbe, B. (2018). Care economies – feminist contributions and debates in economic theory. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 43, 7-18.

Schnabl, C. (2005). Gerecht sorgen – Grundlagen einer sozialethischen Theorie der Fürsorge. Freiburg, Wien: Herder.

Schnerring, A. & Verlan, S. (2020). *Equal Care: Über Fürsorge und Gesellschaft*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Schnurr, S. (2003). Vignetten in quantitativen und qualitativen Forschungsdesigns. In H.-U. Otto, G. Oelerich & H.-G. Micheel (Hrsg.), *Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*, 393-400. Neuwied: Luchterhand.

Schreier, M. (2012). Qualitative content analysis in practice. London: Sage.

Schreier, M. (2014). Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 15(1), Art. 18, 1-27.

Schulz-Nieswandt, F. (2006). *Sozialpolitik und Alter*. Stuttgart: Kohlhammer.

Schulz-Nieswandt, F. (2016). Sozialökonomie der Pflege und ihre Methodologie: Abriss der forschungsorientierten Lehre in Vallendar. Baden-Baden: Nomos.

Schulz-Nieswandt, F. (2020). Der Sektor der stationären Langzeitpflege im sozialen Wandel. Eine querdenkende sozialökonomische und ethnomethodologische Expertise. Wiesbaden: Springer VS.

Schweizerische Eidgenossenschaft (2016). Vorlage Nr. 601 Übersicht. Verfügbar unter: https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20160605/det601.html (abgerufen am 01.07.2025)

Sen, A. (2009). *The idea of justice*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.

Simoes, E. & Münnich, R. (2016). Schlussbericht „Pflege und Pflegebedürftigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Wo tickt die Uhr?" Eine grenzüberschreitende Studie im Rahmen der Zusammenarbeit Deutschland-Schweiz im Gesundheitswesen. Verfügbar unter: https://www.medizin.uni-tuebingen.de/files/view/0OP6En7BXZM 9raZwz8kRyWeA/ Abschlussbericht Prozent20Pflege Prozent20Loerrach_Basel.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Simoes, E., Münnich, R., Krause, J., Graf, J. & Brucker, S. Y. (2019). Implikationen häuslicher Pflegeverpflichtung im Vergleich zweier Grenzregionen. Reicht die Weitsicht weit genug? In R. Münnich & J. Kopp (Hrsg.), *Pflege an der Grenze*, 225-264. Wiesbaden: Springer VS.

Simon, M. (2021). Das Gesundheitssystem in Deutschland – Eine Einführung in Struktur und Funktionsweise. Bern: Hogrefe.

Spence, T. (1797). *The Rights of Infants*. Verfügbar unter: https://www.thomas-spence-society.co.uk/ rights-of-infants/ (abgerufen am 01.07.2025)

Spermann, A. (2022). Aktuelle Mikrosimulationsstudien zur Einführung eines partiellen bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland – eine kritische Analyse. *FRIBIS Discussion Paper Series*, 1, 1-11.

Städtler-Mach, B. & Igantzi, H. (2020). Zu diesem Buch. In B. Städtler-Mach & H. Ignatzi (Hrsg.), *Grauer Markt Pflege – 24-Stunden-Unterstützung durch osteuropäische Betreuungskräfte*, 7-10. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Stamann, C., Janssen, M. & Schreier, M. (2016). Qualitative Inhaltsanalyse: Versuch einer Begriffsbestimmung und Systematisierung. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 17(3), 1-17.

Standing, G. (1992). The Need for a New Social Consensus. In P. van Parijs (Hrsg.), *Arguing for Basic Income*, 47-61. London: Verso.

Standing, G. (2020). *Battling Eight Giants: Basic Income Now*. London, New York: I.B. Tauris.

Standing, G. (2021). Basic Income Pilots: Uses, Limitations and Design Principles. *Basic Income Studies*, 16(1), 75-99.

Statistisches Bundesamt (2019). Bevölkerung im Wandel: Annahmen und Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2022). Pflegestatistik: Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Publikationen/Downloads-Pflege/pflege-deutschlandergebnisse-522400121 9005.xlsx?_blob=publicationFile (abgerufen am 01.07.2025)

Statistisches Bundesamt (2023). Pflegevorausberechnung: 1,8 Millionen mehr Pflegebedürftige bis zum Jahr 2055 zu erwarten. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/ Presse/ Pressemitteilungen/2023/03/PD23_124_12.html (abgerufen am 01.07.2025)

Statistisches Bundesamt (2024a). Pflegestatistik – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung 2023. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Publikationen/Downloads-Pflege/statistischer-bericht-pflege-deutschlandergebnisse-5224001239005.xlsx?_blob=publicationFile&v=2 (abgerufen am 01.07.2025)

Statistisches Bundesamt (2024b). Pflegebedürftige nach Versorgungsart, Geschlecht und Pflegegrade 2023. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Tabellen/pflegebeduerftige-pflegestufe.html (abgerufen am 01.07.2025)

Statistisches Bundesamt (2024c). Sterbefälle und Lebenserwartung in Deutschland. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbetafel.html#:~:text=Nach Prozent20den Prozent20 Ergebnissen Prozent20der Prozent20aktuellen,in Prozent20den Prozent20damaligen Prozent20Grenzen Prozent20war (abgerufen am 01.07.2025)

Statistisches Bundesamt (2024d). Armutsgefährdungsschwelle1 für ausgewählte Haushaltstypen, Median und Durchschnitt des Nettoäquivalenzeinkommens. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrdung/Tabellen/armutsschwelle-zvgl.html (abgerufen am 01.07.2025)

Steinebach, C., Sempach, R. & Schulte, V. (2023). Erfolgsfaktoren. Was ist wichtig an Caring Communities? In R. Sempach, C. Steinebach & P. Zängl (Hrsg.), *Care schafft Community – Community braucht Care*, 25-48. Wiesbaden: Springer VS.

Steiner, J., Prieler, V., Leiblfinger, M. & Benazha, A. (2019). Völlig legal!? Rechtliche Rahmung und Legalitätsnarrative in der 24h-Betreuung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 44, 1-19.

Stephens, R. (2019). The Universal Basic Income: should it replace the existing social security system? *Policy Quarterly*, 15(1), 30-37.

Stiftung Warentest (2017). Trautes Heim, da will ich sein. *Stiftung Warentest*, 5, 86-95.

Straubhaar, T. (2017). Radikal gerecht: Wie das bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat
revolutioniert. Hamburg: edition Körber-Stiftung.

Thiele, G. & Güntert, B. J. (2014). *Sozialökonomie: Pflege- und Gesundheitsökonomie*. München: De Gruyter.

Thomas, C. (1993). De-Constructing Concepts of Care. *Sociology*, 27(4), 649-669.

Thomas, P. (1796). *Agrarian Justice*. Verfügbar unter: https://archive.org/details/agrarianjusticeo00pain (abgerufen am 01.07.2025)

TNS Infratest (2017). Studie zur Wirkung des PflegeNeuausrichtungs-Gesetzes und des ersten Pflegestärkungsgesetzes. München: TNS Infratest Sozialforschung.

Tobin, J. (1968). Raising the Incomes of the Poor. In K. Gordon (Hrsg.), *Agenda for the Nation*, 77-116. Washington DC: The Brookings Institution.

Torry, M. (2021). *Basic Income: A History*. Cheltenham, Norhthampton: Edward Elgar Publishing.

Torry, M. (2023a). The Definition and Characteristics of Basic Income. In M. Torry (Hrsg.), *The Palgrave International Handbook of Basic Income*, 17-41. Cham: Palgrave Macmillan.

Torry, M. (2023b). Feasibility and Implementation. In M. Torry (Hrsg.), *The Palgrave International Handbook of Basic Income*, 225-242. Cham: Palgrave Macmillan.

Torry, M. (Hrsg.). (2023). *The Palgrave International Handbook of Basic Income*. London: Palgrave Macmillan.

Tronto, J. C. (1993). *Moral Boundaries*. London: Routledge.

Tronto, J. C. (2013). *Caring Democracy*. New York: New York University Press.

Uhde, Z. (2018). Caring Revolutionary Transformation: Combined Effects of a Universal Basic Income and a Public Model of Care. *Basic Income Studies*, 13(2), 1-12.

Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (2019). Erster Bericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (2023). Zweiter Bericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Van Parijs, P. (1991). Why Surfers Should be Fed: The Liberal Case for an Unconditional Basic Income. *Philosophy & Public Affairs*, 20(2), 101-131.

Van Parijs, P. (1992). Competing Justification of Basic Income. In P. Van Parijs (Hrsg.), *Arguing for Basic Income: Ethical Foundations for a Radical Reform*, 3-43. London, New York: Verso.

Van Parijs, P. (1995). Real Freedom for All: What (if anything) can justify capitalism? Oxford: Clarendon Press.

Van Parijs, P. (2023). A Short History of the Basic Income Idea. In M. Torry (Hrsg.), *The Palgrave International Handbook of Basic Income*, 43-59. Cham: Palgrave Macmillan.

Van Parijs, P. (Hrsg.). (1992). Arguing for Basic Income: Ethical Foundation for a Radical Reform. London, New York: Verso.

Van Parijs, P. & Vanderborght, Y. (2017). *Basic Income: A radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy*. Cambridge, London: Harvard University Press.

Vaudt, S. (2022). *Sozialökonomie: Eine kritische Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

Vinz, D. (2011). Wer kocht? – Zeitverwendung und Geschlechterarrangements im Ernährungsbereich. Verfügbar unter: https://www.gwi-boell.de/de/2011/03/04/wer-kocht-%E2%80%93-zeitverwendung-und-geschlechterarrangements-im-ern%C3%A4hrungsbereich (abgerufen am 01.07.2025)

Voges, W., Jürgens, O., Mauer, A. & Meyer, E. (2003). *Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes*. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.

Wegleitner, K. & Schuchter, P. (2018). Caring communities as collective learning process: Findings and lessons learned from a participatory research project in Austria. *Annals of Palliative Medicine*, 7(2), 1-15.

Wegleitner, K. & Schuchter, P. (2022). *Handbuch Caring Communities – Sorgenetze Stärken – Solidarität Leben*. Wien: Österreichisches Rotes Kreuz.

Wegleitner, K., Schuchter, P. & Kainradl, A. (2023). Caring Communities als „Keimlinge" gesellschaftlicher Transformation? In R. Sempach, C. Steinebach & P. Zängl (Hrsg.), *Care schafft Community – Community braucht Care*, 49-73. Wiesbaden: Springer VS.

Weichbold, M. (2019). Pretest. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, 349-356. Wiesbaden: Springer VS.

Weicht, B. (2015). The Meaning of Care: The Social Construction of Care for Elderly People. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Weisser, G. (1956). Wirtschaft. In W. Ziegenfuss (Hrsg.), *Handbuch der Soziologie*. Stuttgart: Enke.

Weisser, G. (1972). Sozialpolitik. In W. Bernsdorf (Hrsg.), *Wörterbuch der Soziologie*, 769-776. Frankfurt am Main: Fischer.

Weisser, G. (1978). *Beiträge zur Gesellschaftspolitik*. Göttingen: Otto Schwartz & Co.

Wendt, W. R. (2007). Zum Stand der Theorieentwicklung in der Sozialwirtschaft. In W. R. Wendt & A. Wöhrle (Hrsg.), *Sozialwirtschaft und Sozialmanagement in der Entwicklung ihrer Theorie*, 19-100. Bobingen: Kessler Verlagsdruckerei.

Wendt, W. R. (2010). *Das ökosoziale Prinzip. Soziale Arbeit, ökologisch verstanden*. Freiburg im Breisgau: Verlag Lambertus.

Wendt, W. R. (2014). Die Geschichte der Sozialwirtschaft – Herkommen und Entwicklung. In U. Arnold, K. Grunwald & B. Maelicke (Hrsg.), *Lehrbuch der Sozialwirtschaft*, 64-85. Baden-Baden: Nomos.

Wendt, W. R. (2016). Sozialwirtschaft kompakt: Grundzüge der Sozialwirtschaftslehre. Wiesbaden: Springer VS.

Wendt, W. R. (2018a). Wirtlich handeln in Sozialer Arbeit: Die ökosoziale Theorie in Revision. Opladen u. a.: Verlag Barbara Budrich.

Wendt, W. R. (2018b). Geschichte der Sozialwirtschaft. In K. Grunwald & A. Langer (Hrsg.), *Sozialwirtschaft: Handbuch für Wissenschaft und Praxis*, 67-78. Baden-Baden: Nomos.

Wendt, W. R. (2022). Zwischen Kommerz und Commons: Zur Rekonzeptualisierung von Sozialwirtschaft. In C. Gehrlach, M. von Bergen & K. Eiler (Hrsg.), *Zwischen gesellschaftlichem Auftrag und Wettbewerb – Sozialmanagement und Sozialwirtschaft in einem sich wandelnden Um*feld, 21-36. Wiesbaden: Springer VS.

Werner, G. (2008). *Einkommen für alle*. Köln: Bastei Lübbe.

Wernet, A. (2009). Einführung in die Interpretationstechnik der objektiven Hermeneutik. Wiesbaden: Springer VS.

Wetzstein, M., Rommel, A. & Lange, C. (2015). Pflegende Angehörige – Deutschlands größter Pflegedienst. *GBE kompakt*, 3(6), 1-12.

Wichmann, A. (2019). Quantitative und Qualitative Forschung im Vergleich: Denkweisen, Zielsetzungen und Arbeitsprozesse. Berlin: Springer VS.

Widerquist, K. (2013). Independence, Propertylessness, and Basic Income: A Theory of Freedom as the Power to Say No. New York: Palgrave Macmillan.

Widerquist, K. (2018). A Critical Analysis of Basic Income Experiments for Researchers, Policymakers, and Citizens. Cham: Palgrave Macmillan.

Widerquist, K., Noguera, J. A., Vanderborght, Y. & De Wispelaere, J. (Hrsg.). (2013). *Basic Income: An Anthology of Contemporary Research*. Chichester: Wiley Blackwell.

Winker, G. (2021). Solidarische Care Ökonomie: Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. Bielefeld: Transcript.

wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e. V. (2024). So gelingt die zukunftssichere Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung nicht! – Stellungnahme von wir pflegen e.V. zum Bericht der Bundesregierung. Verfügbar unter: https://www.wir-pflegen.net/images/pdf/wir_pflegen_e.V.__Stellungnahme_zukunftssichere_Finanzierung_Aug._2024.pdf (abgerufen am 01.07.2025)

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2021). Bedingungsloses Grundeinkommen. Verfügbar unter: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE /Downloads/Ministerium/Wissenschaftlicher-Beirat/Gutachten/bedingungsloses-grundeinkommen.pdf?_blob= publication File&v=1 (abgerufen am 01.07.2025)

Witzel, A. (1985). Das problemzentrierte Interview. In G. Jüttemann (Hrsg.), *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*, 227-255. Weinheim: Beltz.

Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1(1), Art. 22.

Wright, E. O. (2017). *Reale Utopien: Wege aus dem Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Wurm, S. (2019). Lebensalter, drittes und viertes. In M. A. Wirtz (Hrsg.), *Dorsch Lexikon der Psychologie*. Verfügbar unter: https://dorsch.hogrefe.com/stichwort/lebensalter-drittes-und-viertes (abgerufen am 01.07.2025)

Yamamori, T. (2022). Is a Penny a Month a Basic Income? A Historiography of the Concept of a Threshold in Basic Income. *Basic Income Studies*, 17(1), 29-51.

Zack, N. (2007). Can Third Wave Feminism Be Inclusive? Intersectionality, Its Problems, and New Directions. In L. Alcoff & E. F. Kittay (Hrsg.), *The Blackwell guide to feminist philosophy*, 193-210. Malden, Oxford: Blackwell Publishing.

Zängl, P. (2023). Was ist eine Caring Community? In R. Sempach, C. Steinebach & P. Zängl (Hrsg.), *Care schafft Community – Community braucht Care*, 3-24. Wiesbaden: Springer VS.

Zelleke, A. (2005). Basic income in the United States: Redefining citizenship in the liberal state. *Review of Social Economy*, 63(4), 633-648.

Zelleke, A. (2011). Feminist political theory and the argument for an unconditional basic income. *Policy & Politics*, 39(1), 27-42.

Zimmermann, K., Boljka, U., Rakar, T. & Filipovič Hrast, M. (2020). The social legitimacy of the universal basic income from a social justice perspective: a comparative analysis of Germany and Slovenia. *Journal of International and Comparative Social Policy*, 36(3), 301-331.

Zwar, L., König, H.-H. & Hajek, A. (2020). Psychosocial consequences of transitioning into informal caregiving in male and female caregivers: Findings from a population-based panel study. *Social Science & Medicine*, 264, 1-9.

9 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 (S. 52): Absolutes Verhältnis der über 80-jährigen Pflegebedürftigen zur Gesamtzahl der Pflegebedürftigen in Deutschland, Stichtag 31.12.2023 (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a; eigene Darstellung).

Abbildung 2 (S. 76): Die vier Lebenslagenfaktoren informeller Pflegepersonen. Vereinbarkeit der Lebensbereiche (grün, links), finanzielle Situation (blau, rechts), persönliches Wohlbefinden (unten links) und soziales Netzwerk (unten rechts) bestimmen den zentralen Handlungsspielraum (weiß). Die Schattierung zeigt dynamische Anpassungsmöglichkeiten, der äußere gestrichelte Kreis verdeutlicht die Offenheit und den emergenten Charakter der Lebenslage.

Abbildung 3 (S. 77): Lebenslagenfaktoren in dynamischer Wechselwirkung. Die Spiralform zeigt die dynamische Beziehung der Faktoren, die sich gegenseitig beeinflussen und die individuelle Lebenslage kontinuierlich neu gestalten.

Abbildung 4 (S. 170): Phasen der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz & Rädiker (2022) in einem zirkulären Prozess (angelehnt an Kuckartz & Rädiker 2022, 132; eigene Darstellung).

Abbildung 5 (S. 173): Kategorienbasierte Auswertung der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse mit Einzelfallanalyse, Analyse der Hauptkategorien und Analyse der Zusammenhänge als Fortführung der Analysephasen aus Abb. 4 (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022, 147f.; eigene Darstellung).

Abbildung 6 (S. 185): Das Pflegeprofil. Der innere Kreis stellt das ‚innere Pflegeprofil' mit individuellen Aspekten der Pflegebedürftigkeit dar, der äußere Kreis das ‚äußere Pflegeprofil' mit umgebungs- und situationsbezogenen Faktoren.

Abbildung 7 (S. 191): Vereinbarkeit der Lebensbereiche. Die schattierte, dynamische Form verdeutlicht das individuelle Ausbalancieren von Beruf, Familie und Haushalt, Freizeit sowie die notwendigen Anpassungen im Pflegealltag.

Abbildung 8 (S. 206): Handlungsstrategien des persönlichen Wohlbefindens. Die schattierte, dynamische Form zeigt die individuellen Anpassungen, die informell Pflegende zur Erhaltung und Stärkung ihres Wohlbefindens nutzen.

Abbildung 9 (S. 209): Soziales Netzwerk informeller Pflegepersonen. Die schattierte, dynamische Form zeigt die individuellen Möglichkeiten der Unterstützung durch Familie, Freunde, Nachbarschaft sowie ehrenamtliche und haushaltsnahe Hilfen zur Bewältigung der Pflege.

Abbildung 10 (S. 215): Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen zur Vereinbarkeit der Lebensbereiche im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen.

Abbildung 11 (S. 224): Handlungsspielräume der pflegebedürftigen Personen aus Sicht der informellen Pflegepersonen zur finanziellen Situation im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen.

Abbildung 12 (S. 227): Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen zur finanziellen Situation im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen.

Abbildung 13 (S. 230): Handlungsspielräume informeller Pflegepersonen zum persönlichen Wohlbefinden im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen.

Abbildung 14 (S. 235): Potenzielle Handlungsmöglichkeiten sozialer Akteure im Unterstützungsnetzwerk informeller Pflegepersonen im Szenario Grundeinkommen mit ihren Bedeutungsdimensionen.

Abbildung 15 (S. 244): Dynamische Wechselwirkung zwischen den Lebenslagenfaktoren ‚Vereinbarkeit der Lebensbereiche' und ‚finanzieller Situation'. Die schraffierte Fläche symbolisiert den dynamischen Anpassungsprozess.

Abbildung 16 (S. 246): Dynamische Wechselwirkung zwischen den Lebenslagenfaktoren ‚Vereinbarkeit der Lebensbereiche' und ‚persönliches Wohlbefinden'. Die schraffierte Fläche symbolisiert den dynamischen Anpassungsprozess.

Abbildung 17 (S. 267): Entwicklung der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) in der Angehörigenpflege vom 01. Januar 2014 bis zum 01. Januar 2024 (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2024; eigene Darstellung).

10 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 (S. 81): Leistungsinanspruchnahme in der häuslichen Pflege. Verteilung nach Leistungsarten der sozialen Pflegeversicherung (SPV), Jahresdurchschnitt 2023 (vgl. BMG 2023c; eigene Darstellung in Anlehnung an Hermann et al. 2022, 9).

Tabelle 2 (S. 82): Monatliche Pflegegeldleistungen nach Pflegegraden, Stand 2024 (vgl. BMG 2024e; eigene Darstellung).

Tabelle 3 (S. 154): Soziodemografische Merkmale und Interviewdauer der interviewten Pflegepersonen. Die Stichprobe (n=15) setzt sich aus elf Frauen und vier Männern zusammen. Die Beschäftigungssituation verteilt sich auf sieben Vollzeitbeschäftigte (V), sieben Teilzeitbeschäftigte (T) und eine erwerbslose Person (E). Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 52,3 Minuten bei einem Durchschnittsalter von 55,0 Jahren.

Tabelle 4 (S. 180): Familiäre Konstellation und Erwerbssituation der informell Pflegenden. Darstellung der persönlichen familiären Situation (Alter, Geschlecht, Familienstand, eigene Kinder), der Beziehung zur pflegebedürftigen Person (Verwandtschaftsverhältnis) sowie der beruflichen Einbindung (Beschäftigungsstatus).

Tabelle 5 (S. 184): Demografische Merkmale und Pflegegrade in den Pflegekonstellationen. Dargestellt sind das Alter der Pflegeperson, die verwandtschaftliche Beziehung sowie Alter, Geschlecht und Pflegegrad der Pflegebedürftigen (PB), bei Mehrfachpflege für beide PB.

Tabelle 6 (S. 188): Zeitliche Dimension der Pflegetätigkeit. Dargestellt sind die bisherige Pflegedauer in Jahren sowie der wöchentliche Pflegeaufwand, differenziert nach Stunden und Tagen.

Tabelle 7 (S. 199): Monatliches Einkommen der pflegebedürftigen Person. Dargestellt sind Alter und verwandtschaftliche Beziehung der Pflegenden sowie Alter, Geschlecht und monatliches Einkommen der Pflegebedürftigen (PB), bei Mehrfachpflege für beide PB. Keine Angabe (k. A.) bedeutet, dass die pflegenden Personen keine Auskunft über das Einkommen der Pflegebedürftigen geben konnten oder wollten.

Tabelle 8 (S. 201): Soziodemografische Merkmale und Einkommenssituation der informell Pflegenden. Dargestellt sind Alter, Geschlecht, Familienstand und Beschäftigungsstatus sowie das persönliche und das Haushaltseinkommen der Pflegenden. Bei fehlenden Angaben (k. A.) wollten oder konnten die Befragten keine Auskunft über ihre Einkommenssituation geben.

11 Abkürzungsverzeichnis

BAFzA	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BIEN	Basic Income Earth Network
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DIW Berlin	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin
ELB	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
FPfZG	Familienpflegezeitgesetz
FRIBIS	Freiburg Institute for Basic Income Studies
GG	Grundgesetz
GGR	Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung
PflegeZG	Pflegezeitgesetz
PPV	Private Pflegepflichtversicherung
SGB	Sozialgesetzbuch
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel

12 Anhang

Der folgende Anhang enthält zentrale Dokumente und Materialien der durchgeführten qualitativen Studie. Er gliedert sich in zwei Hauptteile:

Anhang A umfasst alle Erhebungsinstrumente, die im Rahmen der Datensammlung verwendet wurden. Dies beinhaltet den Interviewleitfaden (A.1) sowie den soziodemographischen Fragebogen (A.2).
Anhang B dokumentiert das entwickelte Kategoriensystem mit allen Hauptkategorien und Subkategorien.

Alle personenbezogenen Daten wurden gemäß den Datenschutzrichtlinien anonymisiert.

Anhang A: Erhebungsinstrumente

A.1 Interviewleitfaden

Biografischer Teil (ca. 10-15 Minuten)

- Wie kam es dazu, dass Sie die Rolle eines pflegenden Angehörigen übernommen haben?
- Wie hat sich Ihr Leben verändert, seitdem Sie diese Rolle übernommen haben?

Status Quo (ca. 30-40 Minuten, Beschreibend)

- Können Sie mir beschreiben, wie die aktuelle Pflegesituation aussieht?
- Wer ist in die Pflege involviert?
- Wie sieht der Umfang der Pflege aus?
- Welche konkreten Tätigkeiten sind mit der Pflege für Sie verbunden?
- Welchen Aufwand bedeutet das für Sie?
- Sinngebung/subjektive Bedeutung:
- Wie gelingt es Ihnen, Ihren Pflegealltag zu bewältigen?
- Inwiefern ist der genannte Aspekt bedeutsam für Ihre Situation?
- Gibt es weitere Aspekte, die für Sie in Ihrer Situation von Bedeutung sind?

- Inwieweit spielt Ihr gesundheitliches Wohlbefinden eine Rolle bei der Bewältigung ihres Pflegealltags?
- Inwieweit beeinflusst ihre finanzielle Situation Ihren Pflegealltag?
- Inwieweit ist die zeitliche Vereinbarkeit von Pflege und anderen Lebensbereichen für Sie von Bedeutung?
- Welche Bedeutung hat Ihr soziales Netzwerk in Bezug auf die Pflegesituation?

Übergangsfragen (ca. 5-10 Minuten)

- Gibt es etwas, das Ihnen helfen würde, die Situation zu verbessern oder Ihren Pflegealltag zu erleichtern?
- Welche Veränderungen wären für die Bewältigung Ihres Pflegealltags besonders bedeutsam?

Szenario (ca. 30-40 Minuten)

Einführung ins Szenario:

- Wie Sie wissen, interessiere ich mich in meiner Forschung dafür, wie pflegende Angehörige ihren Alltag bewältigen. Jetzt möchte ich Ihnen ein hypothetisches Szenario vorstellen, das seit Jahren in Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft diskutiert wird. Es handelt sich dabei um die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens. Haben Sie eine Vorstellung davon, worum es bei dieser Idee geht? (Erste Assoziationen, Meinungen und Bewertungen Raum geben)
- In der öffentlichen Diskussion gibt es viele Konzeptvorschläge, wie die Idee eines Grundeinkommens realisiert werden könnte. Für das Szenario hier stellen wir uns vor, es gäbe ein Bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 1.500 €. Das bedeutet, dass alle Bürger:innen, unabhängig davon, ob sie arbeiten oder nicht, monatlich 1.500 € erhalten würde. Das Grundeinkommen wäre eine existenzielle Basis für alle, über die hinaus hinzuverdient werden kann.
- Ich würde gerne wissen, wie sich ein solches monatliches Grundeinkommen i. H. v. 1.500 € auf Ihren Pflegealltag als pflegender Angehöriger auswirken könnte.
- Was meinen Sie, wie sich Ihr Pflegealltag verändern würde, wenn es ein Bedingungsloses Grundeinkommen gäbe?
- Inwiefern wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen für Sie in Ihrem Pflegealltag bedeutsam?

Vorbereitete Interventionen auf mögliche Einwände zum Grundeinkommen:

- Argument „Finanzierung“: Ein zentraler Punkt in der Diskussion ist die Finanzierung des Bedingungslosen Grundeinkommens. Es gibt unterschiedliche Meinungen dazu. Manche sagen es sei nicht finanzierbar, manche sagen es sei sehr wohl finanzierbar. Mich interessiert vor allem, wie ein solches Grundeinkommen Ihren Pflegealltag beeinflussen könnte. Welche Auswirkungen könnten Sie sich vorstellen?
- Argument „Faulheit“: Ein weiterer Punkt, der oft diskutiert wird, ist die Befürchtung, dass Menschen bei einem Grundeinkommen weniger arbeiten würden. Auch hier gibt Argumente dafür und dagegen. Doch unabhängig davon, wie sehen Sie das in Bezug auf Ihren Pflegealltag? Welche Veränderungen könnten sich für Sie ergeben?
- Argument Wegfall der weiteren Sozialversicherung (nicht relativieren): Inwiefern wäre das für Ihren Pflegealltag bedeutsam?

Fragen für das Szenario:

- Was meinen Sie, wie sich Ihr Pflegealltag verändern würde, wenn es ein Bedingungsloses Grundeinkommen gäbe?
- Inwiefern wäre ein Bedingungsloses Grundeinkommen für Sie in Ihrem Pflegealltag bedeutsam?
- Inwiefern würde sich ein Grundeinkommen ...
- … auf ihr gesundheitliches Wohlbefinden auswirken?
- … ihre finanzielle Situation beeinflussen?
- … die zeitliche Vereinbarkeit mit anderen Lebensbereichen beeinflussen?
- … auf ihr soziales Umfeld/Netzwerk auswirken?

Begleitende Frage zu den Aspekten:

- Inwieweit ist das für ihren Pflegealltag bedeutsam?

Abschluss (ca. 5-10 Minuten)

- Wie stehen Sie grundsätzlich zur Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens?
- Gibt es noch weitere Anmerkungen oder Gedanken, die Sie teilen möchten?

A.2 Soziodemographischer Fragebogen

Zur Pflegeperson

- Name
- Alter
- Geschlecht
- Staatszugehörigkeit
- Muttersprache
- Wohnort
- Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet)
- Anzahl Kinder (Töchter/Söhne)
- Alter Kinder
- Bildungsstand (höchster Abschluss)
- Beschäftigungsstatus (Vollzeit, Teilzeit, erwerbslos)
- Beruf
- Monatliches persönliches Einkommen (Netto)
- Monatliches Haushaltseinkommen (Netto)
- Vermögen (falls bekannt)
- Zeit, die für die Pflege aufgewendet wird (pro Woche)
- Anzahl der Tage, die mit Pflege verbunden sind (pro Woche)

Zur pflegebedürftigen Person

- Name
- Alter
- Geschlecht
- Staatszugehörigkeit
- Muttersprache
- Wohnort
- Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet)
- Anzahl Kinder (Töchter/Söhne)
- Alter Kinder
- Verwandtschaftsverhältnis/ Wahlverwandtschaftsverhältnis zur Pflegeperson (Sohn, Schwiegersohn, Tochter, Schwiegertochter, Verwandte/r, Zugehörige/r)
- Monatliches Einkommen
- Vermögen (falls bekannt)
- Pflegegrad
- Bezogene Pflegeleistungen

Anhang B: Analysematerial – Kategoriensystem

Das vorliegende Kategoriensystem wurde im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse sowohl deduktiv aus dem Interviewleitfaden als auch induktiv aus dem Datenmaterial entwickelt. Die Herleitung der jeweiligen Kategorie ist in Klammern angegeben (deduktiv/induktiv). Das System ist hierarchisch in bis zu sechs Ebenen gegliedert, wobei sich die Hauptkategorien (erste Ebene) an der Struktur des Interviewleitfadens orientieren. Die Nummerierung folgt dem Schema: 1, 1.1, 1.1.1, etc. Die Abkürzung ‚BDK' steht für ‚Bedeutungsdimension der Kategorie' und kennzeichnet Kategorien, die die subjektive Bedeutung für die informell Pflegenden erfassen. Im Verlauf des Analyseprozesses wurde das Kategoriensystem kontinuierlich überarbeitet und verfeinert, um die Komplexität der erhobenen Daten angemessen abzubilden.

Das vollständige Codebuch enthält darüber hinaus detaillierte Kategoriendefinitionen, Hinweise zu möglichen Abgrenzungen zwischen Kategorien, Ankerbeispiele sowie die Anzahl der Kodierungen pro Kategorie. Diese umfassende Version wurde den Gutachter:innen zur Verfügung gestellt und kann bei Interesse beim Autor dieser Arbeit angefragt werden. Dadurch soll größtmögliche Transparenz des Forschungsprozesses gewährleistet werden.

Biographie

- **Gründe für Rolle**
  - Autonomieverlust der pflegebedürftigen Person(en)
  - Wunsch der Eltern, zu Hause zu altern
  - Familiäres Verpflichtungsgefühl
  - Besonderes Verpflichtungsgefühl bei Einzelkindern
  - Schleichender Prozess
    - *Frühe Anzeichen und Selbstverständlichkeiten*
    - *Übernahme bürokratischer Aufgaben*
    - *Hilfe im Haushalt und im Alltag*
    - *Koordination von professionellen Dienstleistungen*

- **Akute Krisensituationen**
  - Krise im sukzessiven Prozess
  - Krise, die zur Pflegebedürftigkeit führt

- **Veränderung im Leben**
  - Beziehungsdynamik
  - Physische und psychische Beanspruchung
  - Einschränkung der Freizeit
  - Berufliche Situation

Situationsbeschreibung

- **Pflegesituation**
  - Pflegeprofil
    - *Inneres Pflegeprofil*
      - Physische Gesundheit und Mobilität
      - Kognitive Beeinträchtigungen
      - Psychische Gesundheitszustände
      - Alltagskompetenzen und Selbstständigkeit
    - *Äußeres Pflegeprofil*
      - Sozialrechtliche Aspekte
      - Finanzielle Aspekte
      - Häusliche Umgebung

- **Pflege-Mix**
    - *Familienangehörige und informelle Helfer*
      - Primäre Pflegepersonen
      - Weitere Familienmitglieder
      - Freunde und Nachbarn
    - *Professionelle Pflegedienste*
    - *24-Stunden-Betreuung*
    - *Alltags- und Haushaltshilfe*
    - *Soziale Unterstützungshilfe*

- **Umfang der Tätigkeiten**
  - Körpernahe Pflege
  - Haushaltsführung und Alltagsorganisation
  - Bürokratische Aufgaben
  - Begleitung von Arztbesuchen und Therapie
  - Soziale Betreuung und Freizeitgestaltung

- **Pflegeaufwand**

Status quo: Gegenwärtige Handlungsspielräume

Vereinbarkeit Lebensbereiche – Berufsleben

- **Anpassung der Erwerbsarbeitszeit**
  - Arbeitszeitreduktion: Teilzeit
    - *Persönliche Entlastung (BDK)*
    - *Erfüllung der Pflegeverantwortung (BDK)*
    - *Neudefinition der sozialen Rollen (BDK)*
    - *Finanzielle Kompromisse und Unsicherheiten (BDK)*
  - Flexible Arbeitszeitgestaltung
    - *Aufrechterhaltung des beruflichen Engagements (BDK)*
    - *Dynamische Anpassung an die Pflegesituation (BDK)*
  - Homeoffice oder Telearbeit
    - *Erhöhte Flexibilität und Verfügbarkeit für die Pflege (BDK)*
    - *Aufrechterhaltung des beruflichen Engagements (BDK)*
  - Anpassung der beruflichen Rolle und Verantwortung
    - *Reduktion beruflicher Belastungen (BDK)*
  - Spezielle Urlaubsregelungen und Freistellungen
    - *Flexibilität und Autonomie (BDK)*
    - *Sicherung der Erholungsphasen (BDK)*
    - *Bewältigung von Krisensituationen (BDK)*
  - Nutzung von unterstützenden Unternehmensprogrammen
    - *Entlastung im Organisationsaufwand (BDK)*
    - *Zugang zu spezialisierten Ressourcen (BDK)*
    - *Psychologische Entlastung (BDK)*
  - Krankschreibung
    - *Notwendigkeit der physischen und psychischen Regeneration (BDK)*
    - *Legitimation von Auszeiten im Kontext von Überlastung (BDK)*
  - Schichtdienste
    - *Präzise Koordination von Pflege- und Arbeitszeiten (BDK)*
    - *Psychische Belastung durch Schichtarbeit (BDK)*
    - *Antizipierte Herausforderungen des Schichtdienstes (BDK)*

- **Erwerbsarbeit als Ressource**
  - Ausgleich und Quelle der Zufriedenheit (BDK)
  - Erhalt der eigenen Identität (BDK)
  - Soziale Integration und Abwechslung (BDK)

Vereinbarkeit Lebensbereiche – Freizeit

- **Umorganisation des sozialen Lebens**
  - Reduzierung der sozialen Aktivitäten (BDK)
  - Verlust von Spontaneität und Flexibilität (BDK)

- **Anpassung der Urlaubsplanung**
  - Verlust von Spontaneität und Flexibilität (BDK)
  - Intensive Planung und Organisation (BDK)

- **Familie & Haushalt**
  - Neugestaltung der alltäglichen Haushaltsführung (BDK)
  - Balancierung familiärer Bedürfnisse (BDK)

- **Finanzielle Situation**
  - Finanzielle Situation der pflegebedürftigen Person
    - *Stabile Einkommenssituation*
      - Sicherstellung der Pflegequalität (BDK)
      - Finanzielle Autonomie der Pflegeperson (BDK)
    - *Prekäre Einkommenssituation*
      - Begrenzte Ressourcen für die Pflege (BDK)
      - Erhöhter finanzieller Druck auf die Pflegeperson (BDK)
  - Finanzielle Situation der Pflegeperson
    - *Stabile finanzielle Situation der Pflegeperson*
      - Finanzielle Unabhängigkeit (BDK)
  - Einkommensminderung bei Erwerbsarbeitszeitreduktion
    - *Unmittelbare Einkommensminderung (BDK)*
    - *Eingeschränkte berufliche Entwicklung (BDK)*
    - *Unsicherheit in der Altersvorsorge (BDK)*

Vereinbarkeit Lebensbereiche – Persönliches Wohlbefinden

- **Herausforderungen des persönlichen Wohlbefindens**
  - Physische und psychische Belastungen (BDK)
  - Vernachlässigung des eigenen Wohlbefindens (BDK)
  - Soziale Isolation und Verlust des persönlichen Freiraums (BDK)

- **Freizeitaktivitäten**
  - Selbstbestimmung und Autonomie (BDK)
  - Selbstverwirklichung (BDK)
  - Körperliches Wohlbefinden (BDK)
  - Emotionale Ausgeglichenheit (BDK)
  - Erholung im Urlaub (BDK)
  - Strukturierung des Tages (BDK)

- **Soziale Kontakte**
  - Zugehörigkeitsgefühl (BDK)
  - Emotionale Ventile (BDK)
  - Perspektiverweiterung und Inspiration (BDK)

- **Abgrenzung als Selbstfürsorge**
  - Prävention vor Erschöpfung (BDK)
  - Wahrung der emotionalen Ausgeglichenheit (BDK)
  - Vermeidung von Überforderung (BDK)
  - Sicherung der Lebensqualität (BDK)
  - Langfristige Pflegefähigkeit (BDK)

- **Positive Einstellung**
  - Akzeptanz der Unvollkommenheit (BDK)
  - Bewusste Wertschätzung von Momenten (BDK)
  - Offene Kommunikation mit Familie
  - Emotionaler Austausch und Unterstützung (BDK)

- **Dankbarkeit der Pflegebedürftigen Person**
  - Bestätigung und Anerkennung (BDK)
  - Ausgleich für persönliche Opfer (BDK)

Vereinbarkeit Lebensbereiche – Soziales Netzwerk

- **Familie**
  - Geschwister
    - *Koordinierte Pflege und Entscheidungsfindung (BDK)*
    - *Konflikte und Spannungen (BDK)*
  - Partnerschaft
    - *Gemeinsame Bewältigung von Herausforderungen (BDK)*
    - *Konflikte und Spannungen (BDK)*
  - Kinder
  - Erweiterte Familie

- **Freundschaften und Nachbarschaft**

- **Professionelle Hauswirtschaftshilfe**

- **Ehrenamtliche Hilfen**

- **BDKs für Soziales Netzwerk gesamt**
  - Praktische Hilfe im Alltag (BDK)
  - Zeitliche Entlastung und Flexibilität (BDK)
  - Emotionale Unterstützung (BDK)
  - Herausforderung sozialer Erwartungen (BDK)

Einzelfalldarstellung: Erwerbslose pflegende Angehörige

- **Erwerbslosigkeit – Berufsverzicht für die Pflege**
  - Verlust identitätsstiftender sozialer Rolle (BDK)
  - Finanzielle Unsicherheit und Belastung (BDK)
  - Auseinandersetzung m. d. Gesundheits- und Sozialsystem (BDK)

Übergangsfragen

- **Familiäre Lösungen**
  - Auflösung von Konflikten der pflegebedürftigen Person
  - Lösung von Konflikten unter Geschwistern und Familie
  - Entlastung von der Allein-Verantwortung bei Einzelkindern

- **Öffentliche Strukturen**
  - Beratung & Information
  - Externe Pflegekoordination
  - Bürokratieabbau
  - Pflegeinfrastruktur
  - Finanzielle Unterstützung
  - Flexibilisierung der Pflegezeit und -organisation

- **Gesellschaftliche Wertschätzung und Integration im Alter**

Szenario Grundeinkommen – Handlungsspielräume

- **Vereinbarkeit Lebensbereiche – Szenario**
  - Erwerbsarbeitszeitreduktion
    - *Harmonisierung der Lebensbereiche (BDK)*
    - *Flexibilität und Autonomie (BDK)*
    - *Verbesserung der Pflegequalität (BDK)*
  - Erhalt der Erwerbsarbeit
    - *Finanzielle Einbußen (BDK)*
    - *Berufliche Entwicklung (BDK)*
    - *Emotionale Entlastung (BDK)*
    - *Soziale Integration (BDK)*
    - *Identitätserhaltung und Selbstverwirklichung (BDK)*
  - Aufgabe der Erwerbsarbeit
    - *Neudefinition der Lebensprioritäten (BDK)*
    - *Persönliche Freiheit und Selbstfürsorge (BDK)*
    - *Verbesserung der Pflegequalität (BDK)*
  - Keine signifikante Wirkung auf Vereinbarkeit Lebensbereiche
    - *Reduktion des Lebensstandards (BDK)*
    - *Bereits vorhandene Unterstützungsstrukturen (BDK)*
    - *Priorisierung der beruflichen Laufbahn (BDK)*

- **Finanzielle Situation – Szenario**
  - Finanzielle Situation der pflegebedürftigen Person
    - *Aktuelles Einkommen höher als BGE*
    - *Aktuelles Einkommen niedriger als BGE*
    - *Erweiterung des fin. Spielraums für Pflegeleistungen (BDK)*
  - Finanzielle Situation der Pflegeperson
    - *Keine signifikante Veränderung (BDK)*
    - *Finanzielle Sicherheit im Alter (BDK)*
    - *Finanzielle Sorgenfreiheit im Alter (BDK)*
    - *Flexible Gestaltung der Erwerbsarbeitszeit heute (BDK)*
    - *Finanzielle Entlastung (BDK)*
    - *Sicherung des Lebensstandards (BDK)*
    - *Verbesserung der Pflegequalität (BDK)*
  - Verhältnis von Einkommen und zeitlicher Vereinbarkeit
    - *Sicherung des Lebensunterhalts (BDK)*
    - *Flexibilität in der Lebensgestaltung (BDK)*
    - *Langfristige finanzielle und berufliche Perspektiven (BDK)*

Szenario Grundeinkommen – Persönliches Wohlbefinden

- **Zeit für Selbstfürsorge**
  - Mentale und emotionale Stärkung (BDK)
  - Physische Gesundheitsförderung (BDK)
  - Bruch der Überforderungsspirale (BDK)

- **Zeit für Pflege**
  - Emotionale Entlastung der Pflegenden (BDK)
  - Qualitätssteigerung der Pflege (BDK)
  - Pflege als Qualitätszeit für Angehörige (BDK)

Szenario Grundeinkommen – Soziales Netzwerk

- **Direktes soziales Umfeld und familiäres Netzwerk**
  - Spielraum für familiäre Unterstützung (BDK)
  - Keine signifikanten Veränderungen (BDK)

- **Professionelle Pflegekräfte und Alltagshelfer**
  - Keine signifikanten Auswirkungen auf das Unterstützungsnetzwerk (BDK)
  - Reduzierte Arbeitsbereitschaft (BDK)
  - Potenzial zur Ausweitung des Engagements (BDK)

- **Ehrenamtliches Engagement**

- **Gesellschaftliche Perspektiven**
  - Anerkennung und Wertschätzung der Pflegetätigkeit (BDK)
  - Leistbarkeit von Pflege ohne sozialen Abstieg (BDK)

Allgemeine Meinung zum Grundeinkommen

- **Einstellung und Meinung**

- **Zustimmung / Ablehnung / Ambivalenz**

Themen rund ums Grundeinkommen

- **Bürokratismus**

- **Lebensgestaltung**

- **Finanzierbarkeit**

- **Leistungsgerechtigkeit**

- **Arbeitsmotivation**

Studien des Freiburger Instituts für Grundeinkommensstudien (FRIBIS) an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg/ Freiburg Studies on Basic Income

Leon Hartmann; Gudrun Kaufmann; Sebastian Kaufmann; Robert Krause (Hg.)
Das Bedingungslose Grundeinkommen als ökonomisches Narrativ?
Bd. 8, 2026, 200 S., 24,90 €, br., ISBN 978-3-643-15846-8

Anita Vollmer; Ulrich Schachtschneider (Eds.)
Social Sustainability and Basic Income Policies
Perspectives for the European Union
Vol. 6, 2026, 240 pp., 24,90 €, br., ISBN 978-3-643-91679-2

Bernhard Neumärker; Jessica Schulz (Eds.)
Care & Gender – Potentials & Risks of Univeral Basic Income (UBI)
Proceedings of the FRIBIS Annual Conference 2023
The third annual FRIBIS conference in October 2023 centered its discussions on two previously underrepresented subjects in the Basic Income debate: care and gender. By focusing on these topics, the conference highlighted the importance of exploring basic income through an intersectional feminist lens, particularly addressing issues of care, the care economy, and the division of labor. The main conference was organized by the two international FRIBIS Teams: Care & Basic Income and Gender & Basic Income. Parallel sessions from other FRIBIS teams and members, as well as external researchers and advocates from multiple disciplines and fields of expertise, completed the program. A selection of the contributions is available in this volume.
Vol. 5, 2024, 378 pp., 24,90 €, br., ISBN 978-3-643-91669-3

Leon Hartmann; Sebastian Kaufmann; Bernhard Neumärker; Andreas Urs Sommer (Hg./Eds.)
Politische Partizipation und bedingungsloses Grundeinkommen – ‚Narrative' der Zukunft / Political Participation and Universal Basic Income – 'Narratives' of the Future
Das Verhältnis des bedingungslosen Grundeinkommens zur partizipativen Demokratie und seine Rolle als ökonomisches ‚Narrativ' sind in jüngerer Zeit von unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen bereits als Forschungsdesiderate identifiziert und ansatzweise untersucht worden. Im vorliegenden Sammelband wird dieser Zusammenhang erstmals übergreifend aus trans- und interdisziplinären Perspektiven in den Blick genommen: Zu Wort kommen Ansätze aus Philosophie, Literaturwissenschaft, Rechtswissenschaft, Politologie und Ökonomik sowie auch aus dem politischen Aktivismus.
Bd. 4, 2024, 384 S., 19,90 €, br., ISBN 978-3-643-15416-3

Bernhard Neumärker; Jessica Schulz (Eds.)
Basic Income and Development
Proceedings of the FRIBIS Annual Conference 2022
The second annual FRIBIS conference in October 2022 gave an opportunity to reflect on global developments and challenges through Basic Income research and advocacy. The three-day conference consisted of three keynotes, all focusing on current international challenges and ways in which societies could encounter them with basic income. The main conference was organized by the two international FRIBIS Teams: Water-Energy-Food Nexus and Foreign Aid Basic Income (WEF_FABI) together with Basic Income for Nature and Climate (BINC). Parallel sessions from other FRIBIS teams and members as well as external researchers and advocates from multiple disciplines and fields of expertise completed the program. A selection of the contributions is available in this volume.
Bd. 3, 2023, 216 S., 19,90 €, br., ISBN 978-3-643-91641-9

LIT Verlag Berlin – Münster – Wien – Zürich – London
Auslieferung Deutschland / Österreich / Schweiz: siehe Impressumsseite

Otto Lüdemann; Bernhard Neumärker; Ulrich Schachtschneider (Hg.)
Grundeinkommen braucht Europa – Europa braucht Grundeinkommen
Ohne eine Strategie des Ausgleichs zwischen reicheren und ärmeren Mitgliedsstaaten ist der soziale Zusammenhalt in der Europäischen Union gefährdet. Hier allein auf eine Angleichung der Wirtschaftskraft zu setzen, wird nicht funktionieren. Die EU braucht eine soziale Säule, um die Disparitäten bei der ökonomischen Leistungsfähigkeit ansatzweise auszugleichen. Die Einführung eines Grundeinkommens könnte diese Säule sein: als eine solidarische, möglichst unbürokratische Existenzsicherung für alle Europäerinnen und Europäer. Der 2013 von Philippe Van Parijs eingebrachte Vorschlag einer Euro-Dividende bildet den Startpunkt für diesen Debattenband.
Bd. 2, 2023, 216 S., 19,90 €, br., ISBN 978-3-643-15431-6

Bernhard Neumärker; Jessica Schulz (Eds.)
Financial Issues of a Universal Basic Income (UBI)
Proceedings of the FRIBIS Annual Conference 2021
The first annual FRIBIS conference in October 2021 aimed to take into account the growing economic interest in financial issues in basic income research. After all, research on Unconditional Basic Income is significantly influenced by this development of monetary policy issues and, in turn, contributes just as influentially to the discussion. In addition to the economically focused main sessions, the two-day conference also included parallel sessions of other FRIBIS teams, in which prominent guests of the basic income discourse presented and discussed together with the interdisciplinary and international teams and members of FRIBIS.
Vol. 1, 2022, 344 pp., 19,90 €, br., ISBN 978-3-643-91512-2

LIT Verlag Berlin – Münster – Wien – Zürich – London
Auslieferung Deutschland / Österreich / Schweiz: siehe Impressumsseite

Studien des Freiburger Instituts für Grundeinkommensstudien (FRIBIS)
an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg //
Freiburg Studies on Basic Income

Die Pflege hochaltriger Menschen wird in Deutschland zu großen Teilen von Angehörigen übernommen – meist unbezahlt, im privaten Umfeld und häufig neben Erwerbsarbeit und Familie. Diese informelle Altenpflege steht unter Druck: Während die Zahl pflegebedürftiger Menschen steigt, sinkt zugleich das Potenzial familiärer Pflegepersonen im erwerbsfähigen Alter.

Die Studie untersucht aus sozialökonomischer Perspektive, wie erwerbsfähige pflegende Angehörige den möglichen Einfluss eines bedingungslosen Grundeinkommens von 1.500 Euro auf die Bewältigung ihres Pflegealltags einschätzen. Die qualitativen Interviews zeigen ein differenziertes Bild: Einige erwarten Entlastung, finanzielle Sicherheit und größere Selbstbestimmung; andere erwarten kaum Veränderungen ihrer Lebenslage. Die Ergebnisse verdeutlichen, wie eng finanzielle Sicherheit, Wohlbefinden, soziale Netzwerke sowie die Vereinbarkeit von Pflege, Erwerbsarbeit und Privatleben zusammenhängen. Die Arbeit leistet damit einen Beitrag zur sozialökonomischen Pflegeforschung und zur Diskussion über die Zukunft informeller Altenpflege in einer alternden Gesellschaft.

Tobias Dumschat ist selbstständiger Coach und Mentaltrainer. Mit WorkCarePlus.org begleitet er Unternehmen dabei, pflegende Mitarbeitende wirksam zu entlasten, ihre Arbeitsfähigkeit zu erhalten und die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege strukturell zu verbessern. Er lebt in Weilerswist-Metternich bei Köln.

Das Freiburg Institute for Basic Income Studies (FRIBIS) ist ein interdisziplinärer Kompetenzverbund zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen. WissenschaftlerInnen aus Volkswirtschaft, Psychologie, Theologie, Ethnologie, Informatik und Erziehungswissenschaften sowie politische Aktivistinnen und Aktivisten forschen und debattieren in multithematischen Teams.

978-3-643-15732-4

LIT
www.lit-verlag.de